Deutscher Bundestag
6. Wahlperiode

Drucksache VI/2847

Sachgebiet 7

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
I/4 (IV/2) — 600 06 — Gu 5/71

Bonn, den 22. November 1971

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich das

Jahresgutachten 1971 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Das Gutachten wird vom Sachverständigenrat gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der zur Zeit geltenden Fassung veröffentlicht.

Brandt

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. (0 22 29) 6 35 51

**Sachverständigenrat
zur Begutachtung
der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**

Jahresgutachten 1971

November 1971

Vorwort

1. Gemäß § 6 Abs. 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 in der Fassung vom 8. November 1966 und vom 8. Mai 1967 [1]) legt der Sachverständigenrat hiermit sein achtes Jahresgutachten vor [2]).

2. Die konjunkturelle Entwicklung, vor allem die währungspolitischen Ereignisse, haben den Sachverständigenrat veranlaßt, seine Ansichten am 6. Mai 1971 dem Bundesminister für Wirtschaft in einem Brief mitzuteilen [3]).

3. Die sich abzeichnenden Fehlentwicklungen waren ferner Gegenstand des Sondergutachtens „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971" vom 24. Mai 1971, das der Sachverständigenrat im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen (nach § 6 Abs. 2 des Sachverständigenratsgesetzes) kurze Zeit nach seiner Fertigstellung veröffentlicht hat [4]).

4. Die drucktechnische Anordnung des Minderheitsvotums im vorangegangenen Jahresgutachten (JG 70 Ziffern 297 bis 321) hat da und dort zu Mißverständnissen Anlaß gegeben. In diesem Gutachten wird dafür Sorge getragen, daß sich die Voten der Minderheit auch äußerlich von der Meinung der Mehrheit deutlich abheben.

5. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, die anstehenden konjunktur- und wirtschaftspolitischen Probleme mit dem Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen sowie mit dem Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und deren Mitarbeitern, der Deutschen Bundesbank, Vertretern des Bundeskartellamtes, der Sozialpartner, des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu erörtern. Fragen der Devisenkurssicherung wurden mit Fachleuten aus Industrie, Handel und Banken diskutiert. Zur Klärung dieser Fragen hat außerdem der Deutsche Industrie- und Handelstag durch eine Umfrage beigetragen.

An den Gesprächen im Rahmen der „Konzertierten Aktion" beim Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen hat der Rat teilgenommen.

---

[1]) Das Gesetz mit den Änderungen durch das Änderungsgesetz vom 8. November 1966 und durch die den Sachverständigenrat betreffenden Bestimmungen des „Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967 sowie die §§ 1 bis 3 dieses Gesetzes sind als Anhang I und II angefügt.
Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1968/69 erläutert.

[2]) Eine Liste der bisher erschienenen Jahresgutachten und der Sondergutachten ist in Anhang III abgedruckt.

[3]) Der Brief wird in Anhang IV veröffentlicht.

[4]) Abgedruckt in Anhang V.

6. Dr. Armin Gutowski, Professor an der Universität Frankfurt, wurde am 3. Dezember 1970 in den Sachverständigenrat berufen. Er trat an die Stelle von Dr. Manfred Schäfer, Saarbrücken, der entsprechend den Vorschriften des § 1 Abs. 3 Sachverständigenratsgesetz, wie bereits im letzten Jahresgutachten mitgeteilt, sein Amt am 13. Juli 1970 niedergelegt hat, da er als Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft in die Regierung des Saarlandes eingetreten ist.

7. Die Amtsperiode als Ratsmitglied ist für Professor Dr. Wilhelm Bauer am 1. März 1971 abgelaufen. Der Bundespräsident hat ihn für weitere fünf Jahre in den Sachverständigenrat berufen.

8. Die Gespräche, die der Rat mit Vertretern der Wirtschaftswissenschaften an Hochschulen und an Forschungsinstituten im Laufe des Jahres führen konnte, haben ihm für seine Arbeit wertvolle Erkenntnisse vermittelt. Allen Beteiligten gilt der Dank des Rates.

9. Ferner dankt der Rat Professor Dr. Albeda, Rotterdam, Dr. Odd Aukrust, Oslo, Dr. A. Molander und H. Aintila, Helsinki sowie dem Ökonomischen Rat in Kopenhagen für Berichte und Unterlagen über ausländische Erfahrungen mit bestimmten wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

10. Die Professoren Dr. W. Albers, Kiel, Dr. Th. Heidhues, Göttingen, Dr. E. Sohmen, Heidelberg, Dr. A. Woll, Gießen sowie die Herren Dr. H. Irmler, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, Dr. W. Kau und Dr. S. Lörcher, Tübingen, und Dr. R. Pohl, Berlin, haben dankenswerterweise zu Einzelfragen schriftlich Stellung genommen und damit die Arbeit des Rates bei der Vorbereitung des Gutachtens erleichtert. An den Abschlußarbeiten am Jahresgutachten haben sich Dr. H. Albeck, Tübingen, und Dr. M. Feldsieper, Mainz, beteiligt.

11. Die volkswirtschaftliche und statistische Abteilung der Deutschen Bundesbank hat wie immer den Sachverständigenrat bei seinen statistischen Arbeiten in großzügiger Weise unterstützt, in zahlreichen Einzelfragen beraten und ihm bei der Materialbeschaffung in vielen Fällen wertvolle Hilfe geleistet. Ihr dafür zu danken, ist ein besonderes Anliegen des Rates.

Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahre sehr gut. Der weit über das Normale hinausgehende Einsatz vieler Angehöriger des Amtes, insbesondere der ständigen Mitarbeiter der Geschäftsstelle, hat die Arbeiten des Rates sehr erleichtert.

12. Auch dieses Jahresgutachten hätte der Sachverständigenrat ohne die unermüdliche Hilfe seiner Mitarbeiter nicht fertigstellen können. Beim Abschluß dieses Gutachtens gehörten dem wissenschaftlichen Stab des Rates an: Dipl.-Volkswirt Dipl.-

Kaufmann Helmut Becker, Dr. Robert Fecht, Dr. Hartmut E. Fest, Dipl.-Volkswirt Hans-Hermann Jürgensmann, Dipl.-Volkswirt Karl-Heinz Ketterer und Dipl.-Volkswirt Rainer Vollmer sowie vorübergehend auch Dr. Rüdiger Pohl, Hannover.

Ein besonderes Maß an Verantwortung für die wissenschaftliche Arbeit des Stabes hatte der Generalsekretär des Sachverständigenrates, Dr. Hans J. Barth, zu tragen. Alle Fehler und Mängel, die dieser Bericht enthält, gehen indessen allein zu Lasten der Unterzeichneten.

Wiesbaden, den 18. November 1971

W. Bauer *A. Gutowski* *Cl. Köhler* *N. Kloten* *O. Sievert*

Inhalt

	Seite
Vorschau	1
Die Lage	1
Die voraussichtliche Entwicklung	1
Erstes Kapitel: Zur Konjunkturlage	2
I. Der internationale Rahmen 1971: Währungsunruhen, schwächeres Wachstum, anhaltende Kosteninflation	2
Weltwährungssystem in der Krise	2
Der Weg in die Krise	2
Unmittelbare Ursachen und Folgen der Maßnahmen vom 15. August	5
Schwacher Aufschwung in den Vereinigten Staaten	5
Entspannung in Kontinentaleuropa	12
Stagnation in Großbritannien, Ende des Booms in Japan	14
Weltweit kosteninduzierte Inflation	16
II. Entspannung ohne Stabilität	18
Zurückhaltende Auslandsnachfrage	20
Labile Investitionsneigung	21
Differenzierte Baukonjunktur	22
Zurückhaltende Lagerdispositionen	23
Kräftig expandierende Verbrauchsnachfrage	23
Nachlassende Überforderung des Produktionspotentials	24
Deutliche Entspannung am Arbeitsmarkt	28
Abnehmender Importsog	29
Spätes Abklingen des Verteilungskampfes	30
Zur Einkommenssituation der Landwirtschaft	38
Preisklima nur wenig abgekühlt	40
III. Die Außenwirtschaft unter dem Einfluß des „Floating"	43
Kontinuierliche Aufwertung ohne nennenswerten Abbau der Devisenreserven	43
Verschärfter Wettbewerb im Außenhandel	46
Kaum veränderte außenwirtschaftliche Überschüsse	49
Kapitalverkehr mit dem Ausland: Reflex der Kredit- und Währungspolitik	50
IV. Geld- und Kreditpolitik: Neuer Handlungsspielraum nach der Wechselkursfreigabe	52
Restriktionspolitik durch Devisenzuflüsse unterlaufen	52
Exkurs: Bankenliquidität, Mindestreservesätze und Kreditschöpfung	55
Bundesbank nutzt erweiterten Handlungsspielraum	58
V. Öffentliche Haushalte konjunkturgerecht?	60
Ausgabenexpansion trotz Restriktion	63

Seite

Unvorhergesehene Steuermehreinnahmen 1971 nach Steuerausfällen 1970 ... 65
Expansive Wirkungen der Finanzpolitik ... 67
Auch konsolidierter Haushalt expansiv ... 71
Öffentliche Haushalte bei Inflation ... 71

VI. Der Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose — nach Unterbrechung wieder abwärts gerichtet ... 73

Zweites Kapitel: Die voraussehbare Entwicklung ... 75

I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1972 ... 75

II. Die öffentlichen Finanzen im Jahre 1972 ... 78

III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur ... 81

Drittes Kapitel: Anschluß an die Zukunft ... 87

I. Die Situation im Herbst 1971 ... 87

II. Die Wirtschaftspolitik 1971 im Rückblick ... 88

III. Für eine neue Grundlage: Forderungen an die Währungspolitik ... 90
Die internationale Seite: Reform des Weltwährungssystems ... 90
Die europäische Seite: Weltwährungssystem und europäische Währungsunion ... 99
Für eine marktgerechte Kurssicherung ... 102
Minderheitsvotum: Zur Frage der Wechselkursflexibilität ... 106

IV. Die Chancen des Abschwungs nicht vergeben ... 107
Was 1972 nicht mehr möglich ist ... 109
Eine Strategie der zukunftsgerechten Expansion ... 110
Alternativen ... 117
Minderheitsvotum: Zur Frage der wirtschaftspolitischen Strategie ... 121

Viertes Kapitel: Für eine konsequente Wettbewerbspolitik ... 123
Wettbewerb als Mittel zur Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Ziele ... 123
Konzentration und Wettbewerbsgesetzgebung in der Bundesrepublik 125
Zur geplanten Novellierung des GWB ... 127

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 134

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 136

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 137

IV. Brief des Sachverständigenrates vom 6. Mai 1971 an den Bundesminister für Wirtschaft 138

V. Sondergutachten vom 24. Mai 1971: Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971 141

VI. Einige Zusatzversionen des Gesamtindikators zur Konjunkturdiagnose 154

VII. Auszug aus dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und dem Entwurf eines Zweiten Änderungsgesetzes 164

VIII. Methodische Erläuterungen 168

IX. Statistischer Anhang 171

Sachregister 239

Verzeichnis der Schaubilder

		Seite
1	Bruttosozialprodukt ausgewählter Länder	3
2	Aufwertungssätze ausgewählter Währungen gegenüber der US-Dollar-Parität	6
3	Indikatoren der Konjunkturentwicklung	19
4	Nachfrageschwankungen 1962 bis 1971	20
5	Kosten- und Preiszyklen 1962 bis 1971	20
6	Investitionsgüternachfrage	22
7	Lagerinvestitionen	23
8	Verfügbares Einkommen, Verbrauch und Ersparnis der privaten Haushalte	24
9	Gesamtwirtschaftliches Produktionspotential	25
10	Kapazitätsauslastung in der Verarbeitenden Industrie	26
11	Produktion ausgewählter Industriegruppen	26
12	Arbeitsproduktivität	27
13	Beschäftigung und Arbeitsmarkt	28
14	Beitrag der Einfuhr zur inländischen Güterversorgung	29
15	Löhne und Gehälter in der Gesamtwirtschaft	31
16	Zur Lohndrift	34
17	Lohnkosten in der Industrie	34
18	Zur Einkommenssituation in der Landwirtschaft	38
19	Erzeugerpreise	41
20	Preisindex für die Lebenshaltung	42
21	Entwicklung der Verbraucherpreise in konjunkturellen Abschwungsphasen	42
22	Devisenkurse und Währungsreserven	44
23	Zur Wettbewerbsposition der deutschen Exportwirtschaft	46
24	Entwicklung der Außenhandelspreise	48
25	Außenhandelspreise und Terms of Trade	49
26	Zinssätze für Dreimonatsgelder	53
27	Rechnerisches Kreditmaximum, Kreditbestand und Rechnerischer Kreditschöpfungsspielraum	57
28	Ausgewählte Zinssätze in der Bundesrepublik Deutschland	59
29	Zinssätze und Kurssicherung	60
30	Preisniveau für die öffentlichen Ausgaben	73
31	Ein Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose	74
32	Entwicklung wichtiger Komponenten des Sozialprodukts	82
33	Alternative Strategien	119

Verzeichnis der Tabellen im Text

		Seite
1	Übersicht währungspolitisch wichtiger Ereignisse in ausgewählten westlichen Industrieländern im Jahre 1971	7
2	Ausfuhr Japans	15
3	US-Dollar-Reserven ausgewählter westlicher Industrieländer	17
4	Lohnkosten je Produkteinheit in der Verarbeitenden Industrie ausgewählter Länder	17
5	Anstieg der Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern	18
6	Quellen des Arbeitskräfteangebots	29
7	Übersicht einkommenspolitisch wichtiger Ereignisse	32
8	Verteilung des Volkseinkommens	35
9	Tatsächliche und rechnerische Lohnquote	36
10	Elemente der Produktivitäts- und Reallohnentwicklung	37
11	Wechselkursänderungen ausgewählter Währungen	45
12	Privater langfristiger Kapitalverkehr	51
13	Übersicht über die Maßnahmen der Deutschen Bundesbank	54
14	Übersicht finanzpolitisch wichtiger Ereignisse	61
15	Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte	63
16	Ausgaben des Bundes, der Länder und der Gemeinden (Gv.)	64
17	Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern	66
18	Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht	68
19	Kreditaufnahme der Gebietskörperschaften	71
20	Öffentliche Haushalte bei Inflation	72
21	Zur Auslandskonjunktur	76
22	Einnahmen und Ausgaben des Staates	79
23	Die Haushalte der Gebietskörperschaften 1972	80
24	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	84
25	Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	118
26	Zur Unternehmenskonzentration	125

Verzeichnis der Tabellen im statistischen Anhang

		Seite
27	Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	176
28	Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen	177
29	Beiträge zusammengefaßter Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt	178
30	Sozialprodukt und Volkseinkommen	180
31	Verteilung des Volkseinkommens	182
32	Volkseinkommen und Produktivität	183
33	Verwendung des Sozialprodukts	184
34	Investitionen	188
35	Einkommen und Ersparnis der privaten Haushalte	189
36	Käufe der inländischen privaten Haushalte für den Privaten Verbrauch	190
37	Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu den anderen Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt	192
38	Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden	194
39	Kassenmäßige Steuereinnahmen	196
40	Kreditmarktverschuldung der öffentlichen Haushalte	197
41	Konsolidierte Bilanz des Bankensystems	198
42	Zahlungsmittelbestände und Kredite	200
43	Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie	201
44	Umsatz in der Industrie	204
45	Industrielle Produktion	207
46	Beschäftigte in der Industrie	208
47	Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie	210
48	Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie	211
49	Baugenehmigungen	212
50	Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe	213
51	Großhandelsumsatz	214
52	Einzelhandelsumsatz	215
53	Zahlungsbilanz	216
54	Kapitalverkehr mit dem Ausland	218
55	Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte im Außenhandel	220
56	Warenausfuhr und -einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik	221
57	Warenausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	222
58	Wareneinfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik	223
59	Warenausfuhr nach Ländergruppen	224
60	Wareneinfuhr nach Ländergruppen	225
61	Zur Preis- und Lohnentwicklung in wichtigen Industrieländern	226
62	Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	228
63	Index der Grundstoffpreise	229
64	Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	230
65	Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise	231
66	Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	232
67	Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter	233
68	Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	234
69	Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte	235
70	Preisindex für die Lebenshaltung, neue Systematik, alle privaten Haushalte	236
71	Preisindex für die Lebenshaltung, alte Systematik, Zusatzdarstellung	237
72	Löhne und Gehälter	238

Statistische Materialquellen

Angaben aus der amtlichen Statistik für die Bundesrepublik Deutschland stammen, soweit nicht anders vermerkt, vom Statistischen Bundesamt. Diese Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet einschl. Berlin (West); andere Gebietsstände sind ausdrücklich angemerkt.

Material über das Ausland wurde in der Regel internationalen Veröffentlichungen entnommen. Darüber hinaus sind in einzelnen Fällen auch nationale Veröffentlichungen herangezogen worden.

Abkürzungen

Hj.	=	Halbjahr
Vj.	=	Vierteljahr
Mill.	=	Millionen
Mrd.	=	Milliarden
JG	=	Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
JWB	=	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung
SG	=	Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
DIW	=	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EWG	=	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
GATT	=	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
HWWA	=	HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg
Ifo	=	Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München
IFW	=	Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
IWF	=	Internationaler Währungsfonds
OECD	=	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
RWI	=	Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Essen
UN	=	Vereinte Nationen
WWI	=	Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften, Köln

Zeichenerklärung

—	=	nichts
0	=	weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
.	=	kein Nachweis
...	=	Angaben fallen später an
—— oder	=	der zeitliche Vergleich ist durch grundsätzliche Änderungen beeinträchtigt
×	=	Nachweis ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Vorschau

Die Lage

Für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1971 ergibt sich aus unserer Diagnose folgendes Bild:

— In der westdeutschen Wirtschaft verstärkt sich seit dem Sommer der konjunkturelle Abschwung, der Anfang des Jahres vorübergehend unterbrochen worden war. Die Nachfrage beansprucht das Produktionspotential zwar noch in hohem Maße, aber nicht mehr so stark wie vor einem Jahr. Die Preissteigerungen sind immer noch sehr hoch.

— Die Zuwachsrate des realen Bruttosozialprodukts hat 1971 weiter abgenommen; mit knapp 3 vH ist sie nur etwa halb so groß wie 1970 (5½ vH) und niedriger als im Durchschnitt der letzten zehn Jahre (4½ vH). Nachdem sich die Nachfrage von der Jahresmitte an zunehmend abgeschwächt hat, sind die Sachkapazitäten kaum noch irgendwo überfordert, am wenigsten in der Industrie.

— Auch der Arbeitsmarkt hat sich aufgelockert. Zwar zeigt die Arbeitslosenquote von 0,8 vH im Oktober 1971 weiterhin einen hohen Beschäftigungsstand an, doch nimmt die Anzahl der Arbeitslosen stetig zu. Die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften ist stark zurückgegangen. Im Jahresdurchschnitt dürften noch 170 000 Arbeitnehmer mehr als 1970 beschäftigt sein. Seit dem Sommer 1971 nimmt die Anzahl der Beschäftigten indes nicht mehr zu; in der Industrie geht sie schon seit einem Jahr zurück.

— Die konjunkturelle Unsicherheit wirkt in der Lohnpolitik allmählich auf mehr Zurückhaltung hin. Noch gehen die Lohnsteigerungen jedoch über das hinaus, was mit einer Stabilisierung des Kostenniveaus vereinbar wäre. Die Einkommensverteilung hat sich 1971 weiter zugunsten der Arbeitnehmer verschoben.

— Der Preisauftrieb hat bisher nur auf der Erzeugerstufe nachgelassen. Die Höherbewertung der D-Mark nach der Wechselkursfreigabe hat die Importgüter verbilligt und die Preiserhöhungsspielräume im Inland eingeengt. Daß die Preissteigerungen auf der Verbraucherstufe rasch nachlassen würden, war nicht zu erwarten. Die Lebenshaltung hat sich in den letzten zwölf Monaten um fast 6 vH verteuert.

— Auf die außenwirtschaftlichen Überschüsse ist die Höherbewertung der D-Mark bislang ohne sichtbaren Einfluß geblieben. Allerdings geht die Auslandsnachfrage zurück. Der Außenbeitrag dürfte 1971 annähernd 12 Mrd. DM betragen; das entspricht, wie im Vorjahr, etwa 1,6 vH des Bruttosozialprodukts. Auch 1971 führten hohe Zinsen im Inland zu Importen von langfristigem Kapital. Im kurzfristigen Kapitalverkehr wurde durch die Wechselkursfreigabe der kräftige Liquiditätszustrom unterbrochen. Seitdem überwiegen die Kapitalexporte.

Die voraussichtliche Entwicklung

Für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1972 ergibt sich aus unserer Prognose folgendes Bild:

— Der Konjunkturabschwung wird sich zunächst fortsetzen. Ob er im späteren Verlauf des Jahres in eine Rezession führen, zum Stillstand kommen oder in einen neuen Aufschwung münden wird, ist derzeit nur schwer abzuschätzen.

— Die deutlichsten kontraktiven Einflüsse werden von der privaten Investitionsnachfrage ausgehen, vor allem von der Nachfrage nach Ausrüstungsgütern. Mit einem Einbruch wie 1966 rechnen wir allerdings nicht. Die Vorratsinvestitionen werden sich zumindest in der ersten Jahreshälfte weiter verringern. Bei nachlassender Einkommensexpansion werden die privaten Verbrauchsausgaben wesentlich langsamer als bisher steigen. Verhalten wird auch der Anstieg der Ausfuhr sein, da der verschärfte Wettbewerbsdruck infolge der Höherbewertung der D-Mark schwerer wiegen dürfte als die Konjunkturbelebung in einigen Partnerländern. Die Ausgaben des Staates werden schwächer zunehmen als 1971.

— Das reale Bruttosozialprodukt wird nur wenig höher sein als 1971. Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials wird weiter sinken, aber nicht so tief wie im Rezessionsjahr 1967. Auch die Anzahl der Beschäftigten wird deutlich abnehmen, selbst wenn die Unternehmen zunächst bestrebt sein mögen, vor allem die geleistete Arbeitszeit zu verringern.

— Die Löhne werden weniger stark steigen als 1971. Der gemessene Produktivitätszuwachs wird wieder größer werden, zunächst aber vor allem, weil die Unternehmen Arbeitskräfte entlassen. Aus beidem wird sich eine gewisse Minderung des Kostendrucks ergeben.

— Auch der Preisauftrieb wird schwächer sein als bisher; eine rasche Beruhigung ist jedoch — zumindest auf der Verbraucherstufe — vorerst nicht zu erwarten.

ERSTES KAPITEL

Zur Konjunkturlage

I. Der internationale Rahmen 1971: Währungsunruhen, schwächeres Wachstum, anhaltende Kosteninflation

1. Der Verlauf der Weltkonjunktur wurde 1971 von schweren Währungsunruhen überschattet, die schließlich in die Krise des Weltwährungssystems einmündeten, in der wir uns gegenwärtig noch befinden. Sie traf die westlichen Industrieländer in einer Phase schwachen oder sich abschwächenden Wachstums (Schaubild 1). In den Vereinigten Staaten blieb die Nachfragebelebung hinter den Erwartungen zurück (Ziffern 11 f.), in den meisten kontinentaleuropäischen Industrieländern verstärkte sich die konjunkturelle Entspannung (Ziffern 13 ff.) und in Großbritannien nahmen die rezessiven Tendenzen zu (Ziffer 18). Sogar in Japan verlangsamte sich — verglichen mit dem gewohnten Wachstum — die Expansion beträchtlich (Ziffer 19). Bei unverändert starkem Kostendruck hielt der weltweite Preisauftrieb jedoch weiterhin an (Ziffern 20 f.).

Weltwährungssystem in der Krise

2. Eine Erschütterung des Weltwährungssystems kündigte sich schon seit geraumer Zeit an. Die Zeichen krisenhafter Zuspitzung mehrten sich, als in den ersten Monaten 1971 den Zentralbanken der meisten westeuropäischen Industrieländer große Mengen von Auslandsgeldern zuflossen. Besonders betroffen wurde die Deutsche Bundesbank, die für mehr als 18 Mrd. DM Dollars aufnehmen mußte, davon allein für 8 Mrd. DM in den beiden letzten Tagen vor der Schließung der Devisenbörse am 5. Mai. Am 9. Mai 1971 gab die Bundesregierung den Wechselkurs vorläufig frei. Die Niederlande taten das gleiche. Die Schweiz wertete ihre Währung um 7 vH, Österreich um 5 vH auf. Frankreich und Belgien dagegen entschlossen sich, ihre Devisenkontrollen zu verschärfen.

Das Mißtrauen in den Dollar erreichte seinen Höhepunkt, als ein Ausschuß des amerikanischen Kongresses Anfang August die Abwertung des Dollars und eine Neufestsetzung aller Währungsparitäten offen empfahl. Die weltweite Flucht aus dem Dollar war nicht mehr zu bremsen. So sah sich die amerikanische Regierung schließlich am 15. August zu dem Schritt gezwungen, der einen wichtigen Grundpfeiler des Währungssystems von Bretton-Woods zerstörte: Die Pflicht der Vereinigten Staaten, auf Verlangen offizielle ausländische Dollarguthaben in Gold umzutauschen. Daraufhin gingen auch jene westeuropäischen Länder — mit Ausnahme Frankreichs —, die ihre Wechselkurse noch nicht freigegeben hatten, zu einem beschränkten Floating über; etwas später folgte Japan.

Der Weg in die Krise

3. Die Anfälligkeit des Weltwährungssystems begann sich schon zu zeigen, als gegen Ende der fünfziger Jahre mit der Einführung der Ausländerkonvertibilität neben der Liberalisierung des Handels die Freiheit des internationalen Kapitalverkehrs in den westlichen Industrieländern erreicht worden war.

Das Abkommen von Bretton-Woods aus dem Jahre 1944 sollte für das internationale Währungssystem die Lehren aus der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre ziehen. Als Kernstück des Systems wurde der Internationale Währungsfonds (IWF) gegründet. Er sollte den Welthandel und die Stabilität der Währungen fördern, insbesondere Abwertungen aus Wettbewerbsgründen verhindern, bei der Beseitigung von Devisenverkehrsbeschränkungen mitwirken und den Mitgliedern Mittel zur Verfügung stellen, damit sie Ungleichgewichte in ihren Zahlungsbilanzen beseitigen können. Jedes Land mußte für seine Währung eine Parität in Gold oder Dollar festlegen; es mußte sich ferner verpflichten, die Wechselkurse um nicht mehr als ein Prozent nach oben und unten davon abweichen zu lassen, ohne Genehmigung des Fonds nicht um mehr als 10 Prozent insgesamt abzuwerten oder aufzuwerten und Zahlungen für laufende Transaktionen nicht zu beschränken. Auf der anderen Seite kann jedes Land nach festen Regeln auf den Fonds ziehen, also Fremdwährungskredite aufnehmen, die zum Teil mit Auflagen verbunden sind und in der Regel nach drei bis fünf Jahren zurückgezahlt werden müssen. Es steht außer Frage, daß der IWF wesentlich zum Erreichen der ihm gesetzten Ziele beigetragen hat.

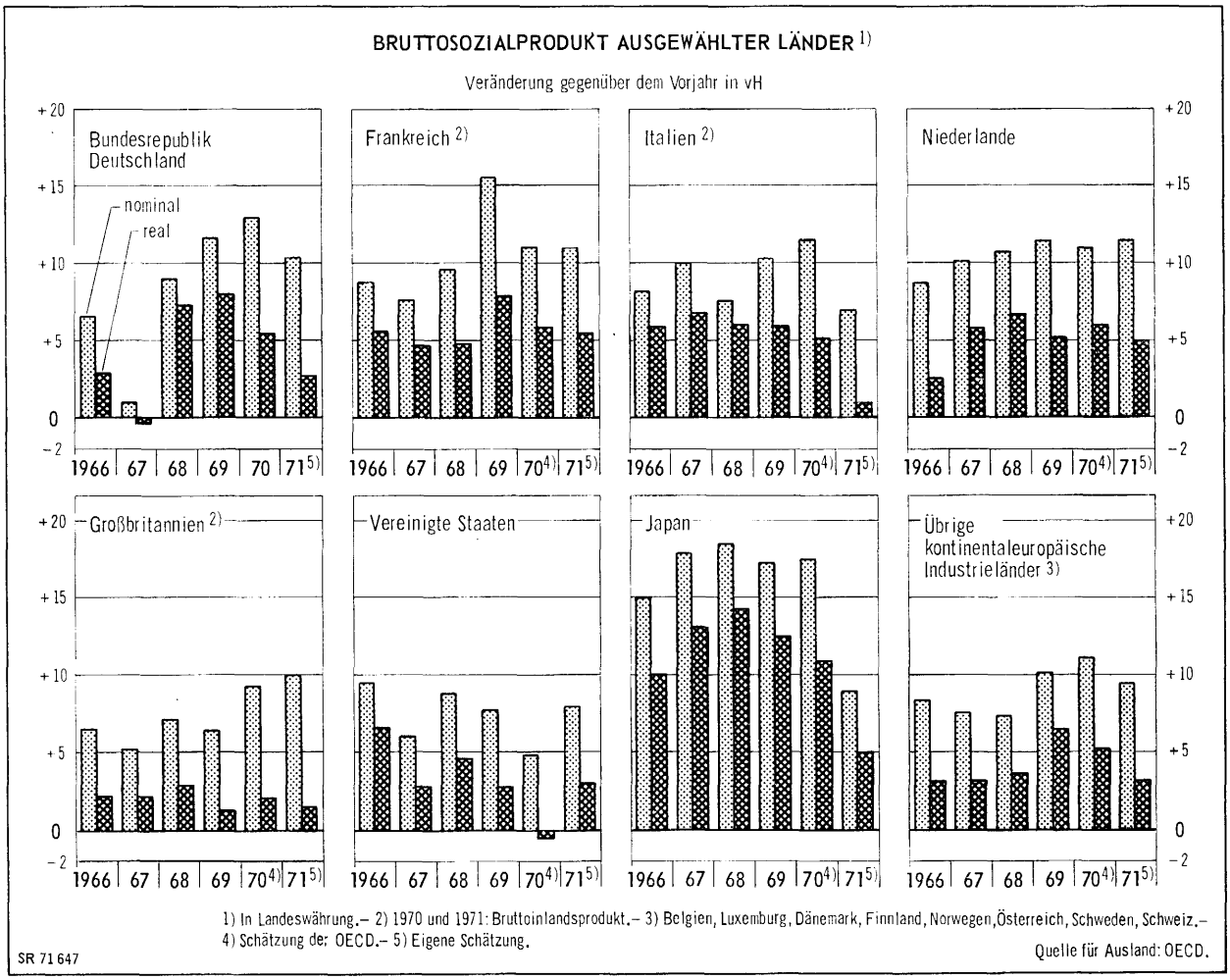
4. Daß das System trotz aller Erfolge in den sechziger Jahren zunehmend in Schwierigkeiten kam, hatte im wesentlichen drei Ursachen, die nur zum Teil dem System selbst, zum Teil aber auch der Art seiner Handhabung zuzuschreiben sind:

- die Beschränkung der wirtschaftspolitischen Autonomie durch die mit der Konvertibilität gegebene Freiheit des Kapitalverkehrs,
- das weitgehende Festhalten der Länder an ihren Währungsparitäten bei unterschiedlichen Inflationsraten und
- der Konflikt zwischen Leitwährungspflicht und binnenwirtschaftlichen Erfordernissen der Vereinigten Staaten.

5. Der freie Kapitalverkehr, der Expansion des Welthandels förderlich, hat die konjunkturelle Autonomie der einzelnen Länder beeinträchtigt; denn feste Währungsparitäten und freie Konvertibilität verknüpfen nationale Liquidität unmittelbar mit der internationalen. Erhöht zum Beispiel ein Land aus konjunkturellen Gründen sein Zinsniveau stärker über dasjenige des Auslandes hinaus, als das enge Kursband an Differenz zwischen Kassa- und Terminkurs zuläßt, strömt ausländisches Kapital ein, wodurch die inländische Geldpolitik konterkariert wird. Autonome Geld- und Kreditpolitik ist also nur insoweit möglich, als der internationale Zinsverbund unvollkommen ist. Die zunehmende Mobilität des Kapitals, verstärkt durch die Möglichkeiten, die der wachsende, einer Kontrolle durch Notenbanken weitgehend entzogene Euro-Geldmarkt bietet, ließ immer weniger Spielraum für den konjunkturpolitischen Einsatz des Zinses. Eine Reihe von Ländern versuchte, sich diesem Zwang durch erneute Kontrollen des Kapitalverkehrs zu entziehen, keineswegs jedoch immer mit Erfolg, wie sich 1971, aber auch schon früher gezeigt hat.

6. Unterschiedliche Raten der Geldentwertung haben es stabilitätsbewußten Ländern schwergemacht, sich vor der Inflation zu schützen. Bei festem Kurs und freiem Handel kann sich kein Land auf die Dauer von der inflatorischen Entwicklung in der Welt absetzen. Der Sachverständigenrat hat auf diese Tatsache in seinem Gutachten immer wieder hingewiesen (zum Beispiel JG 64 Ziffern 237 ff.; JG 66 Ziffern 206 ff. und 255 ff.). Nur wenn der internationale Preiszusammenhang unvollkommen ist, hat ein Land Aussicht, sich von der internationalen Preisentwicklung abzusetzen. Benutzt es dabei den Zins als konjunkturpolitisches Instrument, unterliegt es der Gefahr der Kapitalzuflüsse aus dem Ausland. Auch wenn es diese vermeiden, kompensieren oder abwehren kann, ist die Gefahr nicht behoben; denn aus erfolgreicher Stabilisierung im Innern resultieren Leistungsbilanzüberschüsse, die ihrerseits preissteigernde Einkommens- und Liquiditätswirkungen haben. Um dem zu begegnen, war

Schaubild 1



1) In Landeswährung.– 2) 1970 und 1971: Bruttoinlandsprodukt.– 3) Belgien, Luxemburg, Dänemark, Finnland, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz.– 4) Schätzung der OECD.– 5) Eigene Schätzung.

SR 71 647

Quelle für Ausland: OECD.

man eher bereit, den Kapitalexport auch mit dirigistischen Mitteln zu fördern, als daß man rechtzeitig aufwertete. Häufig mußten erst massive spekulative Kapitalzuflüsse den Anstoß dazu geben.

7. Auf der anderen Seite hätten die Defizitländer spätestens abwerten müssen, sobald ihre Devisenbestände abgeflossen und ihre Ziehungsmöglichkeiten beim IWF erschöpft waren. Zinsinduzierte und spekulative Kapitalabflüsse haben das manchmal sehr rasch bewirken können. Aus Furcht, diese Länder würden eher ihren Handel beschränken als abwerten, war man jedoch oft nur zu leicht bereit, mit Krediten auszuhelfen, die entweder die Ziehungsmöglichkeiten beim Fonds ergänzten oder außerhalb des Fonds gewährt wurden.

Für die verschiedenen Abkommen zur gegenseitigen Kreditgewährung gab es jedoch auch gute Gründe. Man war sich darüber im klaren, daß die Möglichkeiten des Fonds — trotz Quotenerhöhungen und trotz über die Ziehungen hinausgehender Beistandskredite — nicht ausreichen würden, einen plötzlich auftretenden großen Kreditbedarf bedeutenderer Länder zu decken. Dann hätte der IWF auch in satzungsgemäß vorgesehenen Fällen keine Hilfe leisten können.

So wurden Anfang 1962 die Allgemeinen Kreditvereinbarungen zwischen den zehn wichtigsten Industrieländern und dem IWF abgeschlossen, vor allem um den bei Konvertibilität überraschend auftretenden spekulativen Bewegungen gegen den Dollar oder das Pfund wirksam, das heißt mit ausreichenden Beträgen entgegentreten zu können. Die Länder stellten 6 Mrd. US-Dollar für diesen Zweck zur Verfügung [1]).

Schon 1961 hatten die zehn Notenbanken auf Initiative der Vereinigten Staaten ohne den Fonds Swap-Abkommen geschlossen, denen zufolge jedes Land den übrigen eine Kreditlinie einräumte. In Höhe dieser Kreditlinie können die jeweils anderen Länder gegen Zahlung ihrer eigenen Währung Devisen erwerben. Ihre eigene Währung müssen sie gleichzeitig per Termin (in der Regel meistens nach drei Monaten) zurückkaufen. Allein die Swap-Abkommen der Vereinigten Staaten betrugen 1971 bereits mehr als 10 Mrd. US-Dollar.

Daneben gibt es das Baseler Abkommen, zusätzliche bilaterale Kreditvereinbarungen und manche informellen Möglichkeiten, seit sich die Notenbankgouverneure der Zehnergruppe einschließlich der Schweiz regelmäßig in Basel treffen.

Hier kann es nicht darum gehen, die einzelnen Abkommen oder gar einzelne Kredite, die etwa aus Anlaß von Pfund-, Franc- oder Dollarkrisen gewährt wurden, zu bewerten. Entscheidend ist, daß die so geschaffene Elastizität des offiziellen internationalen Kreditapparates nicht nur Hilfe in akuten Notfällen ermöglichte, sondern auch dazu beitrug, daß notwendige Abwertungen hinausgeschoben werden konnten. Je mehr das geschah, desto größer wurden die von unterschiedlichen Inflationsraten ausgehenden Spannungen.

8. Von Anfang an wurde der US-Dollar zur Leitwährung der Welt, neben dem Pfund Sterling, das später seine Leitwährungsfunktionen einbüßte. Viele Länder hielten einen großen Teil ihrer Währungsreserven in Dollars. Mit der Rolle des Leitwährungslandes, für das die Vereinigten Staaten von ihrer Wirtschaftskraft und ihrem Anteil am Welthandel her prädestiniert waren, übernahmen sie jedoch auch eine große Verantwortung. Denn von ihrem Verhalten hing weitgehend Knappheit oder Überfluß an internationaler Liquidität ab. Sie mußten in einen Konflikt geraten, wenn die eigene binnenwirtschaftliche Situation expansive Maßnahmen erforderte, die Lage der Weltwirtschaft aber verlangte, daß keine weiteren Dollars über Zahlungsbilanzdefizite der Vereinigten Staaten in die übrige Welt abströmten. Wohlverhalten der Vereinigten Staaten setzte also viel stärker als in anderen Ländern eine Orientierung der Konjunkturpolitik an den Erfordernissen der Zahlungsbilanz voraus. Demgegenüber war der binnenwirtschaftliche Antrieb, dieser Maxime zu folgen, weitaus geringer als in Defizitländern ohne Leitwährungsfunktion: Der Außenhandel der Vereinigten Staaten, im Welthandel zwar dominierend, ist im Verhältnis zur Größe des Sozialprodukts von nur geringer Bedeutung; das Defizit drückt nicht, wenn die Außenwelt die abfließenden Dollars willig oder unwillig aufnimmt und nicht oder nur begrenzt ihren Umtausch in Gold verlangt.

Solange Dollars knapp waren und in den Vereinigten Staaten Preisstabilität annähernd erreicht war, bestanden keine Probleme. Man machte allenfalls Pläne, wie ein als säkular befürchteter Mangel an internationaler Liquidität behoben werden könnte. Die Dollarknappheit wandelte sich jedoch in den sechziger Jahren allmählich zum Dollarüberfluß. Symptome waren, um nur einige zu nennen, die Goldkrisen, die Maßnahmen zur Beschränkung der Kapitalausfuhr, Frankreichs Umtausch von Dollars in Gold, der Druck der Vereinigten Staaten auf andere Länder, keinen Umtausch von Dollars in Gold zu verlangen und die Dollars aus zahlungsbilanzkosmetischen Gründen in den Vereinigten Staaten anzulegen. Die 1967 beschlossene Einführung eines neuen Reservemediums, der Sonderziehungsrechte, wurde nicht mehr so sehr unter dem ursprünglichen Aspekt aktueller Knappheit an internationaler Liquidität gesehen, sondern mehr unter dem Gesichtspunkt, daß die Vereinigten Staaten dann ihre Zahlungsbilanz in Ordnung bringen und die Dollarforderungen ablösen könnten, ohne eine solche Knappheit hervorzurufen. Dies alles konnte nicht verhindern, daß die Dollarbestände der Welt, gespeist vor allem von den Zahlungsbilanzdefiziten der Vereinigten Staaten, weiter anwuchsen. Indem die Pflicht der Vereinigten Staaten als Leitwährungsland mit den eigenen binnenwirtschaftlichen Erfordernissen immer mehr in Konflikt geriet, hatte das System seine möglicherweise größte Schwäche offenbart.

[1]) Die Schweiz schloß sich diesem Abkommen alsbald mit einem Betrag von 0,2 Mrd. US-Dollar an.

Unmittelbare Ursachen und Folgen der Maßnahmen vom 15. August

9. Schon seit geraumer Zeit stand demnach die Bereinigung des Dollarproblems an. Daß sich dieses Problem gerade 1971 krisenhaft zuspitzte und schließlich die Vereinigten Staaten als Leitwährungsland eine Korrektur der überholten Paritätsverhältnisse in der Welt forderten, hatte binnenwirtschaftliche und außenwirtschaftliche Gründe:

— Die Arbeitslosenquote lag im Sommer 1971 immer noch bei knapp 6 vH, angestrebt waren zum Jahresende aber 4½ vH;

— der Preisauftrieb blieb nach vorübergehender Dämpfung seit dem Frühjahr 1971 kräftiger als der für das zweite Halbjahr 1971 als tolerierbar angesehene Anstieg der Verbraucherpreise um 2,8 vH;

— die Handelsbilanz wies im zweiten Vierteljahr 1971 ein so hohes Defizit aus, daß zum ersten Mal in diesem Jahrhundert ein Passivsaldo für das ganze Jahr nicht ausgeschlossen schien;

— Japan hatte sich kurz zuvor geweigert, zusätzliche Selbstbeschränkungen einzugehen, die sein rapides Vordringen auf dem amerikanischen Markt bremsen sollten;

— allein im ersten Vierteljahr 1971 war trotz aller Bemühungen, Euro-Dollars abzuschöpfen, Kapital in Höhe von knapp 6 Mrd. US-Dollar abgeflossen;

— die amerikanischen Goldvorräte drohten, die magische Grenze von 10 Mrd. US-Dollar zu unterschreiten, vor allem wegen französischer Goldkäufe in Höhe von knapp einer halben Milliarde Dollar; die gesamten Währungsreserven fielen im August 1971 um reichlich 1,2 Mrd. US-Dollar auf einen Bestand von 12 Mrd. US-Dollar, den tiefsten seit 1936;

— die Abwehrmaßnahmen gegen Dollarzuflüsse wurden in den meisten westlichen Industrieländern verschärft, nach dem sich die Bundesrepublik und die Niederlande mit der Wechselkursfreigabe schon weitgehend abgeschirmt hatten und die vagabundierenden Dollars Anlage in anderen Ländern suchten (Tabelle 1);

— zu einer weltweiten Flucht aus dem Dollar kam es schließlich, als der Unterausschuß für internationalen Zahlungsverkehr des amerikanischen Kongresses Anfang August in einem offiziellen Bericht empfahl, den Dollar abzuwerten und das internationale Währungssystem neu zu ordnen.

Alle diese Gründe bewogen die amerikanische Regierung, auch im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen 1972, am 15. August die „Neue Wirtschaftspolitik" zu verkünden. Die außenwirtschaftliche Komponente dieser Wirtschaftspolitik umfaßt neben der erwähnten Suspendierung der Goldumtauschpflicht auf unbefristete Zeit eine bis zu 10 vH gehende Einfuhrsteuer auf knapp die Hälfte aller Importe und eine Investitionsprämie, die nur für Anlagen aus überwiegend inländischer Produktion gewährt wird. Die Importsteuer soll solange bestehen bleiben, bis die Paritäten im Sinne der Vereinigten Staaten bereinigt sind.

10. In den meisten Ländern wurden die Devisenbörsen am Montag, dem 23. August 1971, nach einwöchiger Schließung unter dem neuen Vorzeichen beweglicher Wechselkurse aller westeuropäischen Währungen mit Ausnahme des französischen Franc wieder geöffnet. Obwohl es an Gerüchten über angestrebte oder empfohlene Aufwertungssätze für einzelne Währungen nicht fehlte, blieben die vielfach erwarteten hektischen Kursschwankungen aus.

Die meisten Länder intervenierten nach der De-facto-Freigabe des Wechselkurses, um den Aufwertungseffekt ihrer Währungen gegenüber dem Dollar nicht zu groß werden zu lassen. Nachdem in vielen Ländern die Anlage kurzfristiger Dollars infolge des Floatens an Attraktivität verloren hatte oder die Dollars infolge von Kontrollen ganz oder teilweise ausgesperrt waren, kam es schließlich auch zu kurzfristigen Kapitalzuflüssen nach Großbritannien, das vor dem August stärker als andere Länder davon verschont geblieben war. Daraufhin erließ die britische Regierung weitere Kapitalkontrollen, unter anderem ein Verzinsungsverbot für neue Auslandsgelder. Der Wechselkurs des Yen wurde unter dem politisch-wirtschaftlichen Druck der Vereinigten Staaten eine Woche später freigegeben, während der die japanische Notenbank noch erhebliche Dollarbeträge, vorwiegend aus dem Außenhandel, aufgenommen hatte. Das einzige wichtige Industrieland, das sich im August 1971 nicht zur Wechselkursfreigabe entschloß, war Frankreich, das einen gespaltenen Devisenmarkt einführte. Dies mag sich aus der Befürchtung erklären, die seit 1970 erzielten außenwirtschaftlichen Überschüsse könnten im Falle einer Aufwertung schnell wieder schrumpfen; daneben mag die französische Einstellung zur Reform des IWF-Systems, nach der festen Paritäten mit engen Bandbreiten sowie Gold als primärem Reservemedium auch weiterhin der Vorzug gegeben wird, eine Rolle gespielt haben.

Die Aufwertungssätze der meisten Währungen stiegen bis zur Konferenz des IWF Ende September 1971 kräftig an, vor allem infolge der härter werdenden amerikanischen Verhandlungsposition, aber auch weil Sätze bis zu 15 vH als Aufwertungsziel für den Yen und die D-Mark gerüchteweise genannt wurden. Nach der Konferenz, die ohne wesentliche Ergebnisse beendet wurde, blieben die Aufwertungssätze etwa auf dem zuvor erreichten hohen Niveau (Schaubild 2).

Schwacher Aufschwung in den Vereinigten Staaten

11. Die Maßnahmen, die die amerikanische Regierung am 15. August 1971 im Rahmen ihrer „Neuen Wirtschaftspolitik" ergriffen hat, sollen die Arbeitslosigkeit verringern, den Preisauftrieb dämpfen und die Zahlungsbilanz verbessern. Daß sie die wirtschaftliche Entwicklung — vor allem im realen Bereich — noch in diesem Jahr nennenswert beeinflussen würden, war nicht zu erwarten.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde

— eine Investitionsprämie in Höhe von 7 vH für zwei Jahre auf solche Anlagen und Maschinen überwiegend amerikanischer Herkunft eingeführt, mit denen neue Arbeitsplätze geschaffen werden,

— die Kaufsteuer von 7 vH auf Automobile aufgehoben und

— der Einkommensteuerfreibetrag zum 1. Januar 1972 um 50 Dollar erhöht.

Zur Dämpfung des Preisauftriebs wurde

— der Bundeshaushalt für 1972 um 4,7 Mrd. US-Dollar gekürzt, unter anderem durch Zurückstellen von Gehaltserhöhungen und Verringerung der Stellenzahl in der öffentlichen Verwaltung sowie

— ein Lohn- und Preis-Stopp für 90 Tage angeordnet; zugleich wurde ein Lebenshaltungskostenrat gebildet, der zusammen mit den Unternehmen und den Gewerkschaften Vorschläge zu entwickeln hat, wie nach Ablauf der 90-Tage-Frist der Fortbestand der Preis- und Lohnstabilität gewährleistet werden soll.

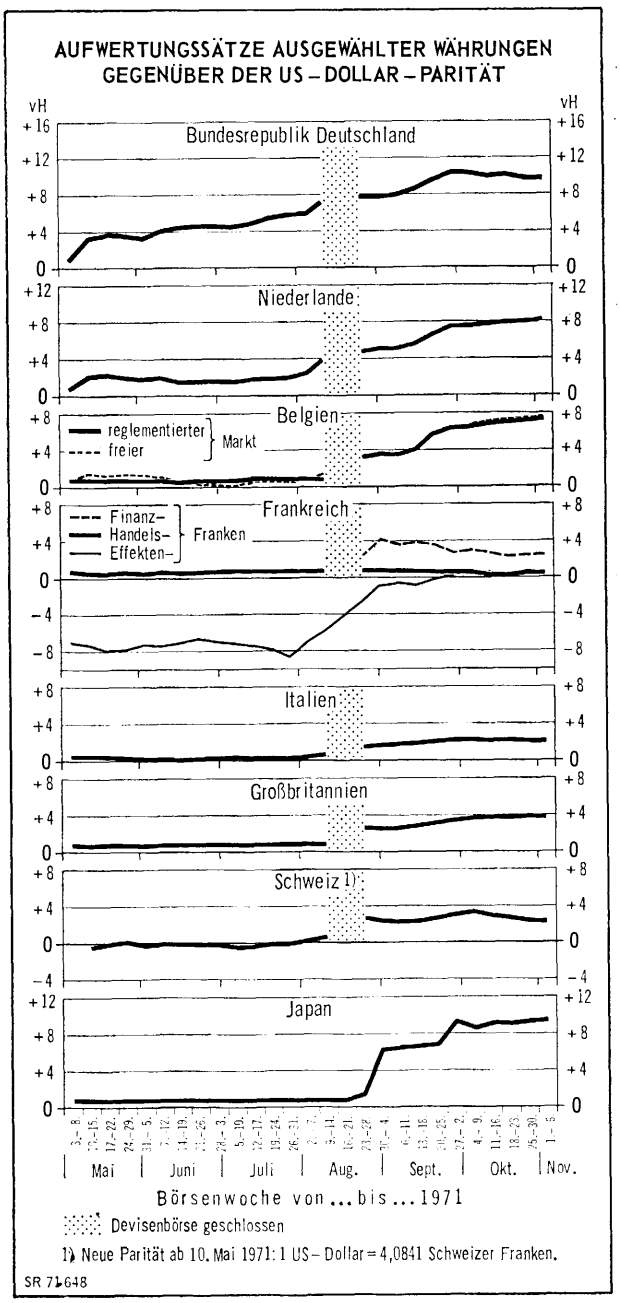
Zur Verbesserung der Zahlungsbilanz wurde

— die Konvertibilität des Dollars in Gold ausgesetzt und

— eine bis zu 10 vH reichende Einfuhrsteuer auf ungefähr die Hälfte aller Importe eingeführt.

Die Zahlungsbilanz wurde vermutlich unmittelbar entlastet. Löhne und Preise sind in den letzten Monaten 1971 langsamer gestiegen; ob diese Entwicklung anhält, dürfte vor allem davon abhängen, wie streng die administrativen Kontrollen gehandhabt werden, die für die Zeit nach Auslaufen des Preis- und Lohn-Stopps vorgesehen sind.

Schaubild 2



12. Im Jahre 1971 gingen vergleichsweise kräftige konjunkturelle Impulse von der Konsumgüternachfrage aus, die schon am Jahresanfang durch eine massive Steigerung der öffentlichen Sozialleistungen angeregt und durch Steuerermäßigungen zusätzlich begünstigt worden war. Die Nachfrage nach Investitionsgütern hingegen nahm trotz der Abschreibungsvergünstigungen seit Jahresbeginn insgesamt nur wenig zu, nicht zuletzt, weil die Kapazitäten immer noch relativ niedrig ausgelastet sind. Lediglich der private Wohnungsbau hat sich infolge erheblich verbesserter Finanzierungsmöglichkeiten stark belebt. Die Bundesregierung dürfte ihre Ausgaben, die sie im Vorjahr ungewöhnlich kräftig eingeschränkt hatte, 1971 nur wenig erhöht haben. Dagegen weiteten die Länder und Gemeinden ihre Ausgaben verstärkt aus, denn infolge des niedrigen Zinsniveaus konnten sie sich leichter verschulden. Im ganzen ist für 1971 mit einem Wachstum des realen Bruttosozialprodukts von etwa 3 vH zu rechnen, gegenüber einer Abnahme von 0,7 vH im Vorjahr. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte kaum weniger als 4½ vH betragen (1970: 5,9 vH).

Die Zahlungsbilanz verschlechterte sich 1971 gegenüber dem Vorjahr vor allem infolge der fundamentalen Veränderung im Außenhandel spürbar; auch die bis zum August eingetretenen Kapitalabflüsse trugen dazu bei. Allein in den ersten acht Monaten 1971 belief sich das Handelsbilanzdefizit auf fast 1 Mrd. US-Dollar gegenüber einem Überschuß in Höhe von 2,6 Mrd. US-Dollar im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dies beruhte bei nur schwach expandierender Auslandsnachfrage hauptsächlich auf dem beginnenden Importsog sowie auf massiven Vorratskäufen von Stahl und Aluminium, die wegen drohender Streiks getätigt wurden. So ist für 1971 damit zu rechnen, daß sich das Defizit der Zahlungsbilanz (auf Netto-Liquiditätsbasis) 1971 gegenüber dem Jahr 1970, in dem es 3,8 Mrd.

Tabelle 1

Übersicht währungspolitisch wichtiger Ereignisse in ausgewählten westlichen Industrieländern

im Jahre 1971

Datum	
	Vereinigte Staaten
8. Januar	Die Federal Reserve Bank of New York senkt den Diskontsatz bis zum 22. Januar zweimal um je 1/4 % von 5 1/2 % auf 5 %; die übrigen Reservebanken folgen einige Tage später.
25. Januar	Die Export-Import-Bank begibt für 1 Mrd. $ Drei-Monatswechsel zu 6 % an ausländische Niederlassungen amerikanischer Banken, um nachteilige Effekte der kurzfristigen Kapitalabflüsse auf die Zahlungsbilanz auszugleichen.
13. Februar	Der Diskontsatz wird von 5 % auf 4 3/4 % gesenkt.
3. März	Die Export-Import-Bank begibt 500 Millionen $ Drei-Monatswechsel zu 5 1/8 %.
7. April	Das Schatzamt gibt für 1,5 Mrd. $ Drei-Monatswechsel zu 5 3/8 % an ausländische Niederlassungen amerikanischer Banken ab.
19. April	Die Export-Import-Bank ersetzt 1,6 Mrd. $ fällige Drei-Monatswechsel durch neue Papiere.
1. Juni	Das Schatzamt ersetzt 500 Millionen $ fällige Drei-Monatswechsel der Export-Import-Bank durch neue Staatspapiere zu 6 3/4 %.
28. Juni	Das Schatzamt bietet der Deutschen Bundesbank an, kurzfristige Dollarguthaben in Höhe von 5 Mrd. $ gegen nichtmarktfähige, mit marktmäßiger Verzinsung ausgestattete Schatzanweisungen einzutauschen; die Transaktion ist bis Ende Juli abgeschlossen.
15. Juli	Der Diskontsatz wird um 1/4 % auf 5 % erhöht.
7. August	Der Unterausschuß für internationalen Zahlungsverkehr des Kongresses empfiehlt, den Dollar abzuwerten, und zwar entweder durch ein multilaterales Realignment der Paritäten oder durch die Aufhebung der Goldkonvertibilität des Dollar.
15. August	Der Umtausch von Dollars ausländischer Zentralbanken in Gold oder andere Reservemedien wird vorübergehend ausgesetzt; außerdem wird der Zusatzzoll bis 10 vH eingeführt, zum Schutz der „amerikanischen Produktion gegen die Benachteiligung ‚unfairer' Wechselkurse".
7. September	Das Schatzamt gibt bekannt, daß die fälligen kurzfristigen Papiere, die es zwischen 25. Januar und 7. April an ausländische Niederlassungen amerikanischer Banken abgegeben hatte, nicht erneuert werden; bis zum 26. Oktober wurden alle zurückgenommen (3 Mrd. $).
	Frankreich
19. Januar	Die Zentralbank senkt, um ausländischen Zinssenkungstendenzen Rechnung zu tragen, ihre Abgabesätze für Geldmarktpapiere unter den Diskontsatz von 6 1/2 %.
6. Mai	Der Mindestreservesatz auf Einlagen Gebietsfremder wird um 1 vH auf 3 1/4 vH erhöht.
13. Mai	Der Mindestreservesatz auf Einlagen Gebietsfremder wird auf 9 1/4 vH heraufgesetzt; der Diskontsatz um 1/4 % auf 6 3/4 % erhöht.
18. Mai	Der nationale Kreditrat ermächtigt die Zentralbank, die Mindestreserveanforderungen auf Auslandseinlagen bis auf 100 vH zu erhöhen.

noch Tabelle 1

Datum	
2. August	Der Mindestreservesatz auf Einlagen Gebietsfremder wird um 3 vH auf 12¼ vH erhöht.
3. August	Die Zentralbank weist die Geschäftsbanken an, ab sofort ihre gesamte Nettodevisenposition gegenüber Gebietsfremden nicht über den Stand vom 3. August hinaus zu erhöhen, ausgenommen Zahlungen für laufende Transaktionen und Kapitaltransaktionen Gebietsansässiger; die Kapitalkontrollen für Gebietsansässige werden gelockert.
5. August	Ein generelles Verzinsungsverbot für kurzfristige Auslandseinlagen Gebietsfremder wird mit Wirkung vom 17. August eingeführt.
7. August	Erste Anzeichen eines grauen Devisenmarktes werden sichtbar.
16. August	Die Devisenbörsen werden geschlossen (wieder geöffnet am 23. August).
21. August	Der Devisenmarkt wird statt wie bisher in zwei in drei Teilmärkte (Handels-, Finanz- und Effekten-Franken) gespalten. Auch der Kurs des Finanz-Franken wird freigegeben; für den Handelsfranken gilt weiterhin die alte Parität mit unveränderter Bandbreite. Außerdem werden die Devisenkontrollen für Gebietsfremde nochmals verschärft.
7. September	Die Kapitalverkehrs- und Devisenkontrollen für Gebietsansässige werden nochmals gelockert; die Gewährung von Fremdwährungskrediten an Außenhandelsunternehmen durch inländische Banken wird verboten.
24. September	Den Geschäftsbanken wird gestattet, ihre Nettoposition gegenüber dem Ausland zu erhöhen, wenn sie sich die dafür benötigten fremden Währungen auf dem Devisenmarkt für Finanz-Franken beschaffen.
20. Oktober	Die Effektendevise wird abgeschafft; die entsprechenden Transaktionen laufen nun über den Devisenmarkt für Finanz-Franken; zugleich werden die Kapitalkontrollen für Deviseninländer weiter gelockert.
	Italien
11. Januar	Der Lombardsatz wird von 5½ % auf 5 % gesenkt, um ausländischen Zinssenkungstendenzen Rechnung zu tragen.
5. April	Der Diskontsatz wird um ½ % auf 5 % gesenkt, um die Zinsdifferenz zum Ausland abzubauen.
16. August	Die Devisenbörsen werden geschlossen (wieder geöffnet am 23. August).
23. August	Der Wechselkurs wird zu begrenztem Floating freigegeben; das Devisenamt weist die Geschäftsbanken an, bis zum 15. September ihre Nettoschuldenposition in Fremdwährung auszugleichen.
14. Oktober	Der Diskontsatz wird von 5 % auf 4½ % gesenkt, um ausländischen Zinssenkungstendenzen Rechnung zu tragen.
	Niederlande
5. April	Der Diskontsatz wird, um ausländischen Zinssenkungstendenzen Rechnung zu tragen und den Kapitalzufluß einzudämmen, von 6 % auf 5½ % gesenkt.
5. Mai	Die Devisenbörsen werden geschlossen (wieder geöffnet am 10. Mai).
9. Mai	Der Wechselkurs wird zu begrenztem Floating freigegeben.

noch Tabelle 1

Datum	
21. Mai	Ein Verzinsungsverbot für kurzfristige Auslandsgelder wird eingeführt.
1. Juni	Gebietsfremden wird verboten, mit Guldenguthaben auf Gulden lautende Bankakzepte oder Schatzanweisungen zu kaufen.
16. August	Die Devisenbörsen werden geschlossen (wieder geöffnet am 23. August).
23. August	Ein Währungsblock wird gebildet mit den beiden anderen Benelux-Ländern, mit unveränderten Paritäten nach innen und einer Bandbreite von 1,5 vH sowie begrenztem Floating nach außen.
6. September	Der Devisenmarkt wird, um einfließendes Auslandskapital abzuwehren, durch Einführung eines Obligationen-Gulden gespalten.
15. September	Der Diskontsatz wird um ½ % auf 5 % gesenkt, um die Zinsdifferenz zum Ausland abzubauen.
	Großbritannien
12. Januar	Die Aufnahme von Krediten im Ausland, mit einer Laufzeit bis zu fünf Jahren, wird Gebietsansässigen untersagt; Kredite heimischer Banken in ausländischer Währung an Inländer werden der Genehmigungspflicht unterworfen.
1. April	Der Diskontsatz wird von 7 % auf 6 % gesenkt, nicht zuletzt wegen der Zinssenkungstendenzen im Ausland.
8. Juli	Die Paritätsgarantie, die den staatlichen Industrien und den Gebietskörperschaften vom Schatzamt für langfristige Auslandsanleihen gegeben wurde, wird für die Laufzeiten unter 10 Jahren ausgesetzt.
16. August	Die Devisenbörsen werden geschlossen (wieder geöffnet am 23. August).
23. August	Die Zentralbank hebt die obere Interventionsgrenze für den Dollar auf.
27. August	Die Devisenkontrollen werden verschärft: u. a. Verzinsungsverbot für neue Auslandseinlagen sowie partielles Verbot für Finanzinstitute, Ausländern Effekten mit einer Laufzeit unter 5 Jahren zu verkaufen sowie Einlagen von Gebietsfremden anzunehmen.
2. September	Der Diskontsatz wird von 6 % auf 5 % gesenkt, vor allem um den Zufluß von kurzfristigem Auslandsgeld abzuwehren.
21. September	Das Baseler Abkommen, zwischen Großbritannien und einer Reihe von Notenbanken im September 1968 zur Konsolidierung der Pfund-Guthaben von Ländern der Sterlingzone abgeschlossen, wird um 2 Jahre verlängert.
6. Oktober	Die Zentralbank verschärft nochmals die Kapitalkontrollen, um den Kapitalzustrom zu dämpfen und die Höherbewertung des Pfundes zu beschränken; u. a. wird jetzt auch der Erwerb langfristiger Staatspapiere durch Gebietsfremde untersagt.
	Japan
19. Januar	Der Diskontsatz wird von 6 % auf 5¾ % gesenkt, u. a. um ausländischen Zinssenkungstendenzen Rechnung zu tragen sowie zu verhindern, daß die Außenhandelsfinanzierung von Yen- auf Dollarbasis umgestellt wird.
18. Februar	Die Regierung beschließt, angesichts der hohen Zahlungsbilanzüberschüsse, im Fiskaljahr 1971/72 generell keine japanischen Auslandsanleihen zu genehmigen, deren Erlöse im Inland verwendet werden sollen.

noch Tabelle 1

Datum	
9. März	Die Zentralbank stellt, um die Importfinanzierung auf das Inland zu verlagern, den Außenhandelsbanken besondere Devisenplafonds zur Verfügung, damit diese Importkredite zu Konditionen gewähren können, wie sie in den Vereinigten Staaten vorherrschen.
18. März	Die Zentralbank gibt bekannt, daß der Erwerb gewisser Staatspapiere durch Gebietsfremde nicht mehr automatisch genehmigt wird.
15. bis 17. Mai	Die Devisenkontrollen für den Kapitalexport durch Gebietsansässige werden weiter gelockert, die für den Kapitalimport nochmals verschärft; u. a. wird Gebietsansässigen verboten, Ausländern Wertpapiere zu verkaufen, die nicht an japanischen Aktienbörsen gehandelt werden.
4. Juni	Die Regierung beschließt ein 8-Punkte-Programm zur Beschränkung des übermäßigen Wachstums der Währungsreserven; es sieht u. a. vor: — weitere Liberalisierung der Einfuhr sowie Gewährung von Zollpräferenzen auf Einfuhren aus Entwicklungsländern, — Senkungen des Einfuhrzolls auf bestimmte Konsumgüter, — weitere Liberalisierung ausländischer Direktinvestitionen in Japan, — Abbau nichttarifärer Einfuhrbeschränkungen, — Verbesserung und Verstärkung der Entwicklungshilfe, — zurückhaltendere Absatzpolitik im Exportgeschäft (orderly marketing policy).
10. August	Der Satz für Exportwechsel wird angehoben auf die Höhe des Diskontsatzes.
19. August	Die Zentralbank verschärft die Devisenkontrollen und weist die Geschäftsbanken an, ab sofort sowohl ihre Eurodollar-Verschuldung als auch den Gesamtbestand konvertibler Yen-Konten Gebietsfremder nicht weiter zu erhöhen.
27. August	Der Wechselkurs des Yen wird begrenzt freigegeben.
23. September	Die Regierung beschließt ein Hilfsprogramm für kleinere Firmen, deren Ausfuhr von der amerikanischen Importsteuer betroffen wird; unter anderem sieht es Kreditgarantien und Steuererleichterungen vor. Zusätzlich werden den Außenhandelsbanken Subventionen gewährt, damit diese für kleinere Unternehmen eine Versicherung zur Abdeckung des Wechselkursrisikos aufbauen.
1. Oktober	Die Devisenbeschränkungen im Reiseverkehr werden für Gebietsansässige weiter gelockert.
	Belgien
25. März	Der Diskontsatz wird, um die durch den Zustrom von Auslandsgeld verursachte Liquiditätsausweitung einzuschränken, von 6½ % auf 6 % gesenkt.
5. Mai	Die Devisenbörsen werden geschlossen (wieder geöffnet am 10. Mai).
10. Mai	Der Devisenmarkt wird durch weitere Verschärfung der Kapitalkontrollen vollständig gespalten; die Notenbank gibt die Stützung des Finanz-Franken auf.
13. Juni	Eine Zuwachsmindestreserve von 100 Prozent wird für solche ausländischen Einlagen eingeführt, die den Stand vom 24. März 1971 überschreiten.
16. August	Die Devisenbörsen werden geschlossen (wieder geöffnet am 23. August).

noch Tabelle 1

Datum	
23. August	Das System gespaltener Devisenmärkte wird de facto ausgesetzt, nachdem zusammen mit den beiden anderen Benelux-Ländern ein Währungsblock gebildet wurde (vgl. Niederlande).
15. September	Die am 13. Juni eingeführte Zuwachsmindestreserve von 100 Prozent wird aufgehoben; die damit bislang verbundenen Mittel werden im Oktober freigegeben.
	Schweiz
5. Mai	Die Devisenbörsen werden geschlossen (wieder geöffnet am 10. Mai).
9. Mai	Der Franken wird um 7,07 vH aufgewertet; die Bandbreite wird geringfügig auf 3,67 vH erweitert.
25. Juni	Die Zentralbank wird ermächtigt, ab sofort auf eigene Rechnung Devisen-Termingeschäfte mit einer Laufzeit bis zu drei Monaten zu tätigen.
9. August	Die Einlagen Gebietsfremder bleiben nach Umtausch in Franken zehn Tage lang eingefroren.
16. August	Die Zentralbank gibt die Intervention an den Devisenmärkten auf; rückwirkend ab 31. Juli wird eine 100prozentige Zuwachsmindestreserve sowie ein Verzinsungsverbot für kurzfristige Auslandseinlagen eingeführt.
26. August	Für den Umtausch von Einlagen Gebietsfremder wird eine Höchstgrenze festgelegt; sie beträgt 2 Millionen sfr. je Tag pro Person bei einem Kurs von 3,96 sfr./Dollar und 1 Million sfr. je Tag pro Person bei einem Kurs von 3,95 sfr./Dollar; Restbeträge werden für drei Monate nicht verzinst.
27. August	Das Verzinsungsverbot wird rückwirkend ab 31. Juli auf Einlagen Gebietsfremder mit einer Laufzeit von mehr als 6 Monaten ausgedehnt.
29. September	Der Nationalrat verabschiedet ein Gesetz, das die Regierung ermächtigt, Notmaßnahmen zum Schutz der Währung im Falle einer internationalen Währungskrise zu ergreifen, insbesondere zur Abwehr spekulativer Liquiditätszuflüsse.
	Österreich
5. Mai	Die Devisenbörsen werden geschlossen (wieder geöffnet am 10. Mai).
10. Mai	Die österreichische Währung wird um 5,05 vH aufgewertet, zugleich die Bandbreite geringfügig auf 0,97 vH erweitert; eine 40prozentige Mindestreserve auf ausländische Geldeinlagen und weitere Devisenkontrollen werden eingeführt.
17. Juni	Die Zentralbank wird ermächtigt, den Geschäftsbanken Höchstsätze für die Verzinsung von Guthaben Gebietsansässiger in ausländischer Währung vorzuschreiben.
16. August	Die Devisenbörsen werden geschlossen (wieder geöffnet am 24. August).
24. August	Der Wechselkurs des Schilling wird zu einem begrenzten Floating freigegeben und die Devisenkontrollen werden verschärft; zur Kursstabilisierung werden verstärkt Interventionen gegenüber den wichtigsten europäischen Währungen, vor allem der D-Mark und dem Schweizer Franken, durchgeführt; außerdem werden 75 vH des Gegenwertes des den Banken nach dem 13. August zugeflossenen Auslandsgeldes eingefroren.
16. September	Die Devisenkontrollen vom 24. August werden aufgehoben.

noch Tabelle 1

Datum	
	Dänemark
20. Januar	Der Diskontsatz wird, um Zinssenkungstendenzen im Ausland Rechnung zu tragen, von 9 % auf 8 % gesenkt.
15. April	Der Diskontsatz wird auf 7½ % gesenkt, u. a. um die Zinsdifferenz zum Ausland abzubauen.
16. August	Die Devisenbörse wird geschlossen (wieder geöffnet am 23. August).
23. August	Der Wechselkurs wird zu einem beschränkten Floating freigegeben.
	Norwegen
16. August	Die Devisenbörse wird geschlossen (wieder geöffnet am 23. August).
23. August	Der Wechselkurs wird zu einem beschränkten Floating freigegeben.
	Schweden
19. März	Der Diskontsatz wird von 7 % auf 6½ % gesenkt, u. a. um ausländischen Zinssenkungstendenzen Rechnung zu tragen.
23. April	Der Diskontsatz wird, zum Teil wegen übermäßiger Zinsdifferenzen zum Ausland, um ½ % auf 6 % gesenkt.
16. August	Die Devisenbörse wird geschlossen (wieder geöffnet am 23. August).
23. August	Der Wechselkurs wird zu beschränktem Floating freigegeben.
10. September	Der Diskontsatz wird von 6 % auf 5½ % gesenkt, unter anderem um das Zinsgefälle zum Ausland abzubauen.

US-Dollar betragen hatte und niedriger ausgefallen war als 1969, mehr als verdoppelt. [1])

Entspannung in Kontinentaleuropa

13. In den Ländern Kontinentaleuropas, die mehr als die Hälfte der deutschen Ausfuhren aufnehmen, schwächte sich die Nachfrageexpansion im Jahre 1971 vor allem unter dem Einfluß von Stabilisierungsmaßnahmen deutlich ab. Das amerikanische Programm sowie die Höherbewertung der Währungen der meisten Industrieländer nach der Wechselkursfreigabe wirkten ebenfalls dämpfend. Dabei verringerte sich der Zuwachs der Investitionsgüternachfrage zumeist stärker als jener der Auslandsnachfrage und der Konsumgüternachfrage. So verlangsamte sich das Wachstum des realen Bruttosozialprodukts im allgemeinen erneut beträchtlich. Eine Ausnahme bildete Frankreich (Ziffer 14). Gemeinsam ist allen Ländern der scharfe Lohnanstieg, der im Verlauf des Jahres 1971 kaum nachließ. Dies und die konjunkturell bedingt niedrigen Produktivitätszuwächse bewirkten, daß sich der starke Lohn-

[1]) Anders als die Bilanz auf Netto-Liquiditätsbasis (net liquidity balance) berücksichtigt die Bilanz der offiziellen Reservetransaktionen (official reserve transactions balance) auch die Veränderungen derjenigen kurzfristigen Nettokapitalanlagen, die liquider Art sind. Als liquide werden in diesem Zusammenhang alle kurzfristigen Verbindlichkeiten bzw. Forderungen gegenüber Ausländern angesehen, die von amerikanischen Banken gemeldet werden, als nichtliquide diejenigen, die von Nichtbanken gemeldet werden. Die Bilanz der offiziellen Reservetransaktionen dürfte sich 1971 nochmals verschlechtert haben; schon im Vorjahr war ein Defizit in Höhe von 9,8 Mrd. US-Dollar entstanden.

kostendruck 1971 kaum abschwächte (Tabelle 4). Trotz verringerter Nachfrageexpansion hielt der kräftige Preisauftrieb an (Tabelle 5).

14. In Frankreich, Deutschlands wichtigstem Handelspartner, setzte sich die kräftige Nachfrageexpansion im Jahre 1971 ungeschwächt fort. Allerdings ging dies mit anhaltenden Lohn- und Preissteigerungen einher.

Die Regierung hatte im Herbst 1970 ihren Restriktionskurs vollends aufgegeben, nachdem der erwartete Aufschwung der Konsumgüternachfrage noch nicht eingetreten war und der zweijährige Investitionsboom bei sich abschwächender Auslandsnachfrage schnell auszulaufen drohte. Die expansive Geld- und Kreditpolitik wurde vom Frühjahr 1971 an durch den Zustrom von Auslandsgeld unterstützt. Von den öffentlichen Haushalten gingen erneut anregende Wirkungen aus. Die Investitionsneigung belebte sich wieder; der private Verbrauch reagierte auf die sukzessive Erleichterung der Konsumentenkredite seit Herbst 1970 und stieg rasch an, so daß die Binnennachfrage die Abschwächung der ausländischen Nachfrage weitgehend ausglich. Die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts dürfte 1971 etwas niedriger sein als 1970 (5,9 vH).

Die Bereitschaft, Lohnerhöhungen zu gewähren, nahm aufs neue zu, obgleich die Arbeitslosigkeit im Jahre 1971 kaum zurückging. Um den Kaufkraftschwund zu bekämpfen — die Verbraucherpreise waren im Frühjahr mit einer Jahresrate von fast 7 vH gestiegen —, entschloß sich die Regierung nach den Währungsunruhen im Mai wieder zu restriktiven monetären Maßnahmen. Außerdem schloß sie im September 1971 mit dem Unternehmerverband ein auf sechs Monate befristetes Stillhalteabkommen für Industriepreise.

Das amerikanische Programm vom August 1971 beantwortete die französische Regierung mit der Einführung gespaltener Devisenmärkte sowie einer Verschärfung der Kapitalkontrollen. Damit wurde nicht nur verhindert, daß eine Höherbewertung des Franc den Export dämpfte, vielmehr ergab sich für die französische Währung sogar ein Abwertungseffekt, der den Exportindustrien einen Wettbewerbsvorteil verschaffte (Tabelle 11). Der Ausfuhrüberschuß des Jahres 1970 (300 Mill. US-Dollar [1]) dürfte daher trotz rasch zunehmender Importe 1971 noch übertroffen werden. Dagegen weist die Bilanz der laufenden Rechnung 1971 infolge stark erhöhter Aufwendungen für Dienstleistungen wohl einen größeren Passivsaldo aus als 1970 (100 Mill. US-Dollar).

15. In Italien verminderte sich 1971 das Wachstum; zu den Arbeitskonflikten und anhaltenden sozialen Unruhen trat eine spürbare Abschwächung der Nachfrage hinzu. Der kräftige Rückgang der Industrieproduktion seit Jahresbeginn zeigt, daß rezessive Tendenzen auf breiter Front die Oberhand gewannen. Trotzdem stiegen die Preise weiter.

[1]) Die in Dollar angegebenen Beträge wurden zu den vor dem 9. Mai 1971 geltenden Paritäten umgerechnet.

Um eine Rezession noch abzuwenden, hat die Zentralbank die monetären Restriktionen seit Jahresbeginn 1971 kräftig gelockert. Die Regierung erhöhte ihre Ausgaben stärker als 1970 und verabschiedete im Juli 1971 ein zusätzliches Konjunkturprogramm. Da aber das unsichere Investitionsklima eher auf schwindendem Vertrauen der Unternehmer in die Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse als auf endogenen Abschwungskräften beruhte, blieben die Investoren äußerst zurückhaltend. Auch die Konsumenten dehnten ihre Nachfrage nicht mehr so stark aus, teils wegen der allgemeinen konjunkturellen Unsicherheit, teils weil die Lohneinkommen — nach einem Rekordzuwachs von etwa 20 vH im Jahre 1970 — erheblich schwächer zunahmen. Die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts dürfte 1971 kaum noch 2 vH betragen (1970: 5,7 vH). Dennoch dürften die Preise für die Lebenshaltung noch ebenso stark gestiegen sein wie 1970 (5,0 vH). Im September wurde ein Tarif-Stopp für öffentliche Dienstleistungen erlassen, die sich bis dahin besonders stark verteuert hatten.

Die Währungsunruhen berührten Italien kaum; es floß nur wenig Auslandsgeld zu. Die Lira wurde nach der Freigabe des Wechselkurses im August nur geringfügig höher bewertet (Schaubild 2).

Rückläufiger industrieller Importbedarf einerseits sowie vermehrte Exportanstrengungen andererseits dürften dazu führen, daß die Handelsbilanz 1971 mit einem geringeren Defizit abschließt; im Vorjahr war ein Passivsaldo in Höhe von 1740 Mill. US-Dollar entstanden. Der Überschuß in der laufenden Rechnung hat vermutlich zugenommen, denn wahrscheinlich sind die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr sowie aus den Überweisungen von Gastarbeitern gestiegen. Dies und die Kapitalzuflüsse bewirkten 1971 einen Umschlag in der Zahlungsbilanz. Allein in den ersten acht Monaten betrug ihr Überschuß reichlich 1 Mrd. US-Dollar; im entsprechenden Vorjahreszeitraum hatte ein Defizit in Höhe von 430 Mill. US-Dollar bestanden.

16. Die Wirtschaftsentwicklung der Niederlande stand im Jahre 1971 im Zeichen einer beginnenden konjunkturellen Entspannung. Während der Nachfragesog infolge einer wiederholt verstärkten Restriktionspolitik allmählich an Intensität verlor, stieg das Preisniveau lohnkostenbedingt eher wieder beschleunigt.

Die Steuererhöhungen zum Jahresbeginn haben dämpfend auf die Zunahme der Verbrauchsausgaben gewirkt. Dagegen hatten die Kreditrestriktionen bis zum Frühsommer 1971 kaum eine spürbare Wirkung auf die Investitionsgüternachfrage; zudem wurde der Rektriktionskurs zunehmend durch die Auslandseinflüsse unterlaufen. Dies änderte sich erst, als im Mai 1971, wie in der Bundesrepublik, die Interventionspflicht der Notenbank aufgehoben wurde. Die Anzeichen für einen Rückgang der Investitionsneigung mehrten sich, zumal sich die Absatzerwartungen verschlechterten. Die öffentlichen Haushalte hingegen scheinen 1971 expansiver gewirkt zu haben als im Vorjahr. Aufs ganze gesehen dürfte das reale Bruttosozialprodukt 1971 um etwa 5 vH höher sein

als 1970. Die Lebenshaltung verteuerte sich gegenüber dem Vorjahr um etwa 7 vH (1970: 4,4 vH). Die behördliche Preisregulierung wurde zusammen mit dem Lohn-Stopp von der neuen Regierung zur Jahresmitte als offenbar untauglich aufgegeben.

Der Passivsaldo der Handelsbilanz dürfte 1971 nur wenig abnehmen: Einerseits schwächte sich der äußerst kräftige Importsog, der im Vorjahr trotz starker Zunahme der Ausfuhren zu einem Handelsbilanzdefizit in Höhe von 884 Mill. US-Dollar geführt hatte, nur langsam ab. Andererseits nahm die Auslandsnachfrage in diesem Jahr weniger zu als 1970, nicht zuletzt wegen der Höherbewertung des Gulden nach der Wechselkursfreigabe. Die Bilanz der laufenden Rechnung wird vermutlich ein etwas größeres Defizit ausweisen als 1970 (474 Mill. US-Dollar).

Nach den Währungsunruhen vom August 1971 setzte der Kapitalzustrom verstärkt ein. Da Schatzwechsel schon seit Juni von Gebietsfremden nur noch in begrenztem Umfang erworben werden konnten und ein Verzinsungsverbot für kurzfristige Auslandseinlagen bestand, drängten die ausländischen Anleger auf den Obligationenmarkt. Um dem zu begegnen, spaltete die Regierung den Devisenmarkt Anfang September durch Einführung des sogenannten Obligationen-Gulden. Außerdem wurde der Diskontsatz gesenkt.

17. In den übrigen kontinentaleuropäischen Industrieländern [1]) verlangsamte sich das wirtschaftliche Wachstum 1971 weiter, teils infolge einer verschärften Stabilisierungspolitik, teils wegen einer schwächeren Auslandsnachfrage. Die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts dürfte im Jahre 1971 im Durchschnitt dieser Länder nur noch etwa 3 vH betragen, gegenüber 5 vH im Jahre 1970. Gleichwohl verstärkten sich in fast allen Ländern die Preissteigerungen erheblich und der kräftige Lohnauftrieb setzte sich fort. Das gilt auch für die nordischen Länder, obwohl sie Zuflucht zu einer dirigistischen Preis- und Lohnpolitik genommen haben.

Nur in Österreich und der Schweiz dürfte sich 1971 die Verbrauchskonjunktur infolge rasch steigender Lohneinkommen nochmals, wenn auch nur geringfügig, beschleunigt haben. Beide Länder werteten ihre schon länger unterbewerteten Währungen auf, als die Bundesrepublik, mit der sie im Außenhandel eng verflochten sind, Anfang Mai 1971 ihren Wechselkurs freigab. Auch sollte damit die Spekulation abgeschreckt werden.

In Dänemark wurde Ende Oktober 1971 eine bis März 1973 befristete Einfuhrsteuer von 10 vH auf reichlich die Hälfte aller Importe eingeführt, um das seit 1968 kräftig gestiegene Defizit der Handelsbilanz abzubauen. Die anfallenden Mittel sollen vor allem zur Investitionsfinanzierung verwendet werden, vorzugsweise in den Industriezweigen, die starker Importkonkurrenz ausgesetzt sind.

[1]) Belgien, Luxemburg, Dänemark, Finnland, Norwegen, Österreich, Schweden und die Schweiz.

Stagnation in Großbritannien, Ende des Booms in Japan

18. In Großbritannien fiel das Wachstum 1971 noch schwächer aus als im Vorjahr: Das reale Sozialprodukt ging im ersten Halbjahr 1971 — saisonbereinigt — sogar zurück; in der zweiten Jahreshälfte stieg es wieder an. Während sich der Preisauftrieb nochmals beschleunigte, nahm die Arbeitslosenquote rasch zu; im Oktober betrug sie 3,9 vH.

Mit dem im März 1971 vorgelegten Budget für das Haushaltsjahr 1971/72 hatte die Regierung das konjunkturpolitische Ruder auf Expansionskurs herumgeworfen. Im Juli folgte ein Zwischenbudget mit einem weiteren Ankurbelungsprogramm, dessen Schwerpunkt auf steuerlichen Konsumanreizen lag. Diese kräftig stimulierenden Budgets sollen binnen Jahresfrist insgesamt einen zusätzlichen Nachfrageeffekt in Höhe von eineinhalb Prozent des Sozialprodukts ausüben. Wegen des Wirkungslags ist jedoch frühestens im Winter mit stärkeren Einflüssen auf die konjunkturelle Entwicklung zu rechnen.

Die Geld- und Kreditpolitik wurde 1971 nur zögernd gelockert. Der zinsinduzierte Zustrom von Auslandsgeld weitete jedoch die Liquidität kräftig aus und begünstigte den raschen Geldwertschwund. Um dem zu begegnen, hatte die Zentralbank zunächst Kreditplafonds eingeführt und englischen Unternehmen verboten, Auslandskredite mit einer Laufzeit bis zu fünf Jahren aufzunehmen. Als im August 1971 verstärkt Auslandskapital zuströmte, wurden Anfang September umfassende Devisenkontrollen eingeführt (Tabelle 1) und der Diskontsatz weiter gesenkt.

Der starke Lohnauftrieb — der Anstieg der Lohneinkommen hatte 1970 etwa 13 vH betragen — schwächte sich im Verlauf des Jahres 1971 kaum ab. Die Unternehmen nutzten die Preiserhöhungsspielräume, die sich ihnen mit dem Expansionsprogramm der Regierung boten. Im Jahre 1971 ist mit einem noch stärkeren Anstieg der Verbraucherpreise als im Vorjahr (6,4 vH) zu rechnen. Wie stark er sein wird, hängt von der Wirksamkeit des im Juli 1971 getroffenen Übereinkommens zwischen Regierung und Unternehmerverband ab, daß die Preise binnen Jahresfrist um nicht mehr als 5 vH erhöht werden sollen. Nur auf längere Sicht dürfte auch das im Sommer 1971 in Kraft getretene Industriegesetz, das die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern neu regelt, die Preisentwicklung beeinflussen [2]).

Trotz der konjunkturellen Abschwächung in vielen Teilen der Welt waren die verstärkten Exportanstrengungen der Unternehmer erfolgreich. Der Überschuß der Handelsbilanz dürfte 1971 knapp 700 Mill. US-Dollar betragen (1970: 7 Mill. US-Dollar),

[2]) Das Industriegesetz (Industrial Relations Act) sieht vor, daß Tarifvereinbarungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften rechtlich bindend sind (Friedenspflicht für die Dauer des Vertrages), daß das „closed-shop"-System abgeschafft wird und daß die Gewerkschaften sich registrieren lassen müssen, um offiziell anerkannt zu sein.

obwohl die Importe rasch expandierten. Da auch der Aktivsaldo der Dienstleistungsbilanz weiter zunahm, dürfte die Bilanz der laufenden Rechnung, die vor 1969 viele Jahre lang defizitär gewesen war, 1971 ihren Überschuß nochmals beträchtlich vergrößern (1970: 1,5 Mrd. US-Dollar).

19. Die Wirtschaft Japans befand sich — nach außerordentlich hohen Wachstumsraten in den Vorjahren — 1971 in einer Phase gedämpfter Expansion. Von Mitte 1970 bis zum Frühsommer 1971 stagnierte die Industrieproduktion sogar. Der fünfjährige Investitionsboom, in dessen Verlauf sich der Kapitalstock annähernd verdoppelt hatte, klang ab. Die Expansionspolitik, zu der die Regierung deshalb Ende 1970 übergegangen war, hatte noch kaum eine anregende Wirkung gezeigt, als der seit langem schwelende japanisch-amerikanische Handelskonflikt auf dem Höhepunkt der weltweiten Währungskrise offen ausbrach. Die Maßnahmen der Vereinigten Staaten richteten sich vornehmlich gegen die Exportoffensive, mit der japanische Unternehmen, begünstigt durch eine zunehmende Unterbewertung des Yen, immer stärker auf dem amerikanischen Markt vorgedrungen waren. Seit 1968 hat dieser Markt knapp ein Drittel der Gesamtausfuhr Japans aufgenommen (Tabelle 2). Der Überschuß

Tabelle 2

Ausfuhr Japans

Jahr	Warengruppe	Ausfuhr insgesamt	davon					
			Vereinigte Staaten	EWG zusammen	EWG dar. BRD	EFTA	Asien	übrige Welt
		Mill. US-$						
1969	Insgesamt	15 990	5 017	968	393	722	5 104	4 179
1970	Insgesamt	19 318	6 015	1 303	550	1 057	5 647	5 296
1970 1. Hj.	Insgesamt	8 799	2 671	588	240	463	2 675	2 402
1971 1. Hj.	Insgesamt	10 925	3 492	731	283	572	2 981	3 149
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH						
1969	Insgesamt	+23,3	+21,4	+41,0	+36,7	− 5,0	+22,9	+29,0
1970	Insgesamt	+20,8	+19,9	+34,6	+39,9	+46,4	+10,6	+26,7
1971 1. Hj.	Insgesamt	+24,2	+30,7	+24,3	+17,9	+23,5	+11,4	+31,1
		Mill. US-$	Anteil an der jeweiligen Warengruppe in vH					
1969	Fahrzeuge	2 631	22,1	1,5	0,2	8,1	21,8	46,5
	Eisen und Stahl	2 165	33,9	6,0	0,8	1,7	32,9	25,5
	Elektrotechnische Erzeugnisse	1 995	46,7	5,2	2,6	3,2	26,0	18,9
	Garne, Gewebe, fertiggestellte Spinnstoffwaren u. ä.	1 645	17,7	3,6	2,1	2,6	47,4	28,7
	Maschinenbauerzeugnisse	1 539	20,8	7,9	3,3	3,2	45,1	23,0
	Feinmechanische, optische und fotochemische Erzeugnisse; Uhren	570	32,5	14,8	6,1	6,3	25,4	21,0
	Bekleidung	451	58,1	5,0	3,5	2,1	6,0	28,8
	Chemische Grundstoffe und Verbindungen	445	16,6	9,5	4,1	4,5	52,5	16,8
	Kunststoffe, regenerierte Zellulose und Kunstharze	328	11,1	10,2	5,0	5,3	48,9	24,5
	Fisch und Fischwaren	273	33,3	16,0	4,7	14,4	15,6	20,7
	Insgesamt	15 990	31,4	6,1	2,5	4,5	31,9	26,1

Quelle: OECD

im Warenverkehr mit den Vereinigten Staaten war bis 1970 auf 2,8 Mrd. US-Dollar hinaufgeschnellt.

Die anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschüsse belasteten die internationalen Handelsbeziehungen Japans zunehmend, und schnell steigende Währungsreserven ließen erkennen, daß die japanische Währung in starkem Maße aufwertungsverdächtig geworden war. Im August 1971 flossen trotz wiederholter Verschärfung der Kapitalkontrollen vermehrt Devisen zu, nachdem sich die Reserven schon im Mai um 1,2 Mrd. US-Dollar auf knapp 7 Mrd. US-Dollar erhöht hatten (Tabelle 3). Das kurzfristige Problem, die Abwehr von unerwünschtem Auslandsgeld, versuchte man mit der Kursfreigabe des Yen zu lösen. Mit einem umfassenden Acht-Punkte-Programm, das die Regierung im Juni 1971 verabschiedete, soll auf längere Sicht eine gleichgewichtige Entwicklung der Zahlungsbilanz verwirklicht werden (Tabelle 1). Durch die neue Liberalisierungsrunde vom Oktober 1971 wurde die Anzahl der nicht freigegebenen Warenarten um 20 auf 40 verringert. Die Freigabe von Kapitalimporten, auf die von den Vereinigten Staaten gedrängt wird, sowie u. a. der Abbau von Zollschranken, Niederlassungsbeschränkungen stehen jedoch noch aus. Auf längere Sicht dürfte der Erfolg dieses Programms, sieht man von dem Tempo ab, mit dem es verwirklicht wird, einerseits vom bevorstehenden Realignment bestimmt sein, andererseits davon, ob sich die Politik Japans künftig stärker darauf richtet, die Produktivkräfte des Landes für binnenwirtschaftliche Ansprüche einzusetzen. Da ein wechselkursbedingter Wettbewerbsnachteil durch das äußerst wirksame System von Exportförderungen teilweise kompensiert werden könnte, dürfte von einer Neufestsetzung der Paritäten nicht zuviel erwartet werden. Die langfristig wichtigere Erfolgsbedingung dürfte eher in den sich schon abzeichnenden Veränderungen der Nachfragestruktur sowie der sozialen und kulturellen Verhältnisse zu sehen sein, die den zur angestrebten Änderung der Warenströme notwendigen inneren Druck erzeugen könnten. Kurzfristig sind allerdings kaum Auswirkungen zu erwarten.

Die amerikanische Initiative vom August 1971 drohte, die konjunkturelle Abschwächung zu verstärken; die Absatzerwartungen wurden noch unsicherer, vor allem in den Exportindustrien. Um die Konjunktur zu stabilisieren, stockte die Regierung die staatlichen Investitionsprogramme auf, nachdem schon im Frühjahr zusätzliche Mittel dafür bereitgestellt und außerdem in größerem Umfang Ausgaben in die erste Hälfte des Fiskaljahres (1. April bis 31. März) vorgezogen worden waren. Stark dämpfende Effekte gingen 1971 von der privaten Investitionsgüternachfrage aus; dabei spielte mit, daß es wegen des außerordentlich hohen Konsolidierungsbedarfs länger als üblich dauerte, bis die monetäre Lockerung auf die Zinsen durchschlug. Die amerikanischen Maßnahmen und die Höherbewertung des Yen nach der Wechselkursfreigabe Ende August 1971 haben die Auslandsnachfrage beeinträchtigt. Bis dahin bildete sie 1971 zusammen mit der Konsumgüternachfrage die wichtigste Konjunkturstütze. Im ganzen dürfte das reale Bruttosozialprodukt nur um 5 vH höher sein als im Vorjahr (10,9 vH). Der Preisauftrieb war 1971 insbesondere wegen des starken Lohnkostendrucks noch kräftig. Die Verbraucherpreise dürften um etwa 6,5 vH höher sein als 1970 (7,7 vH).

Der Ausfuhrüberschuß dürfte 1971 erheblich größer sein als im Jahre 1970 (4 Mrd. US-Dollar), nicht zuletzt deshalb, weil die Importe erheblich langsamer zunahmen. Obgleich sich das Defizit der Dienstleistungsbilanz erhöhte, vor allem infolge gestiegener Frachtraten, dürfte die Bilanz der laufenden Rechnung einen größeren Aktivsaldo ausweisen als 1970 (2 Mrd. US-Dollar). Die Zahlungsbilanz ergab schon in den ersten acht Monaten 1971 — auch infolge der spekulativ beeinflußten Liquiditätszuflüsse — einen Aktivsaldo in Höhe von 3,3 Mrd. US-Dollar.

Weltweit kosteninduzierte Inflation

20. In vielen Industrieländern Westeuropas ist die Bekämpfung der Inflation im Jahre 1971 durch die monetären Auslandseinflüsse erheblich erschwert worden. Die meisten europäischen Zentralbanken mußten, vor allem im Frühjahr, den von den Vereinigten Staaten seit dem vorigen Jahr ausgehenden Zinssenkungstendenzen nachgeben (Schaubild 26), überwiegend entgegen dem erklärten Ziel ihrer binnenwirtschaftlichen Politik. Das Zinsniveau wurde gesenkt, entweder unter dem Druck oder wegen der Gefahr massiver Devisenzuflüsse (Tabelle 3). Kanada hatte dem Druck zuerst nachgegeben — die kanadischen Diskontsenkungen waren den amerikanischen zumeist binnen Tagesfrist gefolgt — dann aber, um sich dem Inflationsdruck zu entziehen, im Juni 1970 den Wechselkurs freigegeben.

21. In einer Konjunkturphase mit nachlassendem Nachfragezuwachs waren die Erfolgsaussichten der in den westeuropäischen Industrieländern getroffenen Dämpfungsmaßnahmen an sich günstig. Angesichts des anhaltend starken Lohnkostendrucks (Tabelle 4) wäre es deshalb entscheidend darauf angekommen zu verhindern, daß sich den Unternehmen neue Preiserhöhungsspielräume boten. Da die Restriktionspolitik in fast allen westeuropäischen Industrieländern durch die monetären Auslandseinflüsse bis zur Freigabe der Wechselkurse konterkariert wurde, war dies jedoch nicht möglich. So konnten allenthalben kräftige Preiserhöhungen durchgesetzt werden. Auch dort, wo der Lohnkostendruck nachließ, wie zum Beispiel in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien, nutzten die Unternehmen die Chance, ihre Gewinnmargen, die in der Vergangenheit stark geschrumpft waren, wieder aufzubessern. Der weltweite Preisauftrieb hielt folglich nahezu unvermindert an (Tabelle 5). Der Anstieg der Verbraucherpreise, der 1970 im Durchschnitt der 13 wichtigsten Industrieländer [1]) 5,7 vH betragen hatte, dürfte im Jahre 1971 nur wenig niedriger ausfallen.

[1]) Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Großbritannien, Dänemark, Österreich, Schweden, Schweiz, Kanada, Vereinigte Staaten und Japan.

Tabelle 3

US-Dollar-Reserven ausgewählter westlicher Industrieländer

Mill. US-$

Monatsende	Bundesrepublik Deutschland	Frankreich	Niederlande	Belgien	Italien	Großbritannien	Japan	Schweiz
1970 Januar	2 467	339	405	722	998	.	2 564	535
Februar	2 634	413	366	712	983	.	2 546	570
März	2 763	417	378	730	1 097	936	2 773	928
April	2 876	488	316	752	1 149	.	2 828	550
Mai	3 155	601	288	658	794	.	2 775	783
Juni	4 115	739	308	676	877	1 037	2 638	1 198
Juli	5 059	949	381	760	1 003	.	2 384	837
August	5 261	1 009	517	784	1 096	1 008	2 395	778
September	6 286	1 039	557	830	1 303	943	2 423	1 360
Oktober	6 861	1 080	820	878	1 659	1 015	2 542	897
November	8 468	1 256	761	930	1 753	1 188	2 761	1 307
Dezember	8 455	1 257	764	780	2 059	1 212	3 188	2 401
1971 Januar	8 651	1 475	547	848	2 405	1 142	3 205	1 414
Februar	9 462	1 526	736	856	2 498	1 335	3 538	1 400
März	10 391	1 613	872	844	2 658	1 711	4 285	1 817
April	11 310	1 684	730	868	2 823	1 916	4 481	1 693
Mai	13 559	1 754	733	954	2 723	2 131	5 545	1 832
Juni	11 199	1 781	636	740	2 678	2 328	6 238	2 226
Juli	11 461	2 279	527	834	2 645	...	6 567	1 547
August	11 147	3 366	404	852	3 064	...	11 069	3 672
September	11 380	3 033	...	848	...	...	11 939	3 640

Quelle: International Monetary Fund

Lohnkosten je Produkteinheit in der Verarbeitenden Industrie ausgewählter Länder [1])

Tabelle 4

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Land	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971 [2])
Vereinigte Staaten	−1,3	+3,2	+4,8	+2,3	+4,2	+ 5,3	3
Frankreich	+1,8	−0,4	+3,0	+5,2	+0,6	+ 4,5	6½
Italien	−3,8	−2,1	+5,0	−1,0	+5,8	+14,0	18
Niederlande	+6,8	+5,6	+4,2	−0,3	+2,7	+ 1,3	10
Bundesrepublik Deutschland	+2,8	+4,9	−0,6	−0,8	+3,9	+14,5	9
Großbritannien	+6,2	+6,9	−2,5	+3,0	+5,3	+10,7	8
Japan	+8,0	−0,6	−1,9	+1,5	+2,9	+ 1,7	8½

[1]) In Landeswährung; die Veränderungsraten können aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von den in nationalen Statistiken ausgewiesenen abweichen.

[2]) Eigene Schätzung aufgrund von Unterlagen der OECD und anderer Organisationen.

Quelle: US Bureau of Labor Statistics

Tabelle 5

Anstieg der Verbraucherpreise in ausgewählten Ländern [1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Land	1966	1967	1968	1969	1970	1971 [a])	1970		1971	
							1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Vereinigte Staaten	+2,9	+2,8	+4,1	+5,5	+5,9	+4,3	+6,1	+5,7	+4,6	+4,4
Frankreich	+2,7	+2,7	+4,6	+6,4	+5,9	+5,5	+6,0	+5,9	+5,2	+5,2
Italien	+2,3	+3,2	+1,4	+2,6	+5,0	+5,0	+5,0	+5,0	+5,3	+4,9
Niederlande	+5,4	+3,4	+4,0	+7,5	+4,4	+7,1	+3,2	+5,4	+7,2	+7,6
Bundesrepublik Deutschland	+3,7	+1,7	+1,6	+2,7	+3,8	+5,1	+3,7	+4,0	+4,5	+5,6
Übrige kontinentaleuropäische Industrieländer [2])	+4,7	+4,5	+3,8	+3,1	+5,4	+6,0	+5,0	+6,1	+5,9	+6,0[a])
Großbritannien	+3,9	+2,5	+4,7	+5,5	+6,4	+9,5	+5,4	+7,3	+9,3	+10,1
Japan	+5,1	+4,0	+5,4	+5,2	+7,7	+6,4	+7,9	+7,5	+6,7	+6,3[a])
Wichtigste Industrieländer [3])	+3,4	+2,9	+3,9	+5,0	+5,7	+5,2	+5,8	+5,7	+5,2	+5,3[a])

[1]) In Landeswährung.
[2]) Belgien, Luxemburg, Dänemark, Finnland, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz.
[3]) Vereinigte Staaten, Kanada, Japan, Bundesrepublik Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Großbritannien, Dänemark, Österreich, Schweden, Schweiz.
[a]) Eigene Schätzung.

Quelle für Ausland: OECD

II. Entspannung ohne Stabilität

22. Die westdeutsche Wirtschaft befindet sich im Herbst 1971 in einer Phase zunehmender konjunktureller Entspannung. Die Kräfte, die in der ersten Jahreshälfte den Abschwung verzögert haben, verlieren immer mehr an Einfluß (Schaubild 3). Die Nachfrageexpansion verlangsamt sich spürbar; die Auslastung der Kapazitäten nimmt ab, der Arbeitsmarkt lockert sich zusehends auf. Das Inflationsklima hat sich indes bislang nur wenig abgekühlt. Immerhin scheinen die konjunkturellen und währungspolitischen Unsicherheiten darauf hinzuwirken, daß sich Unternehmen und Tarifpartner mehr an den Risiken der Zukunft orientieren als an den Übersteigerungen des vorangegangenen Booms, zumal die Höherbewertung der D-Mark die Preis- und Lohnerhöhungsspielräume einengt.

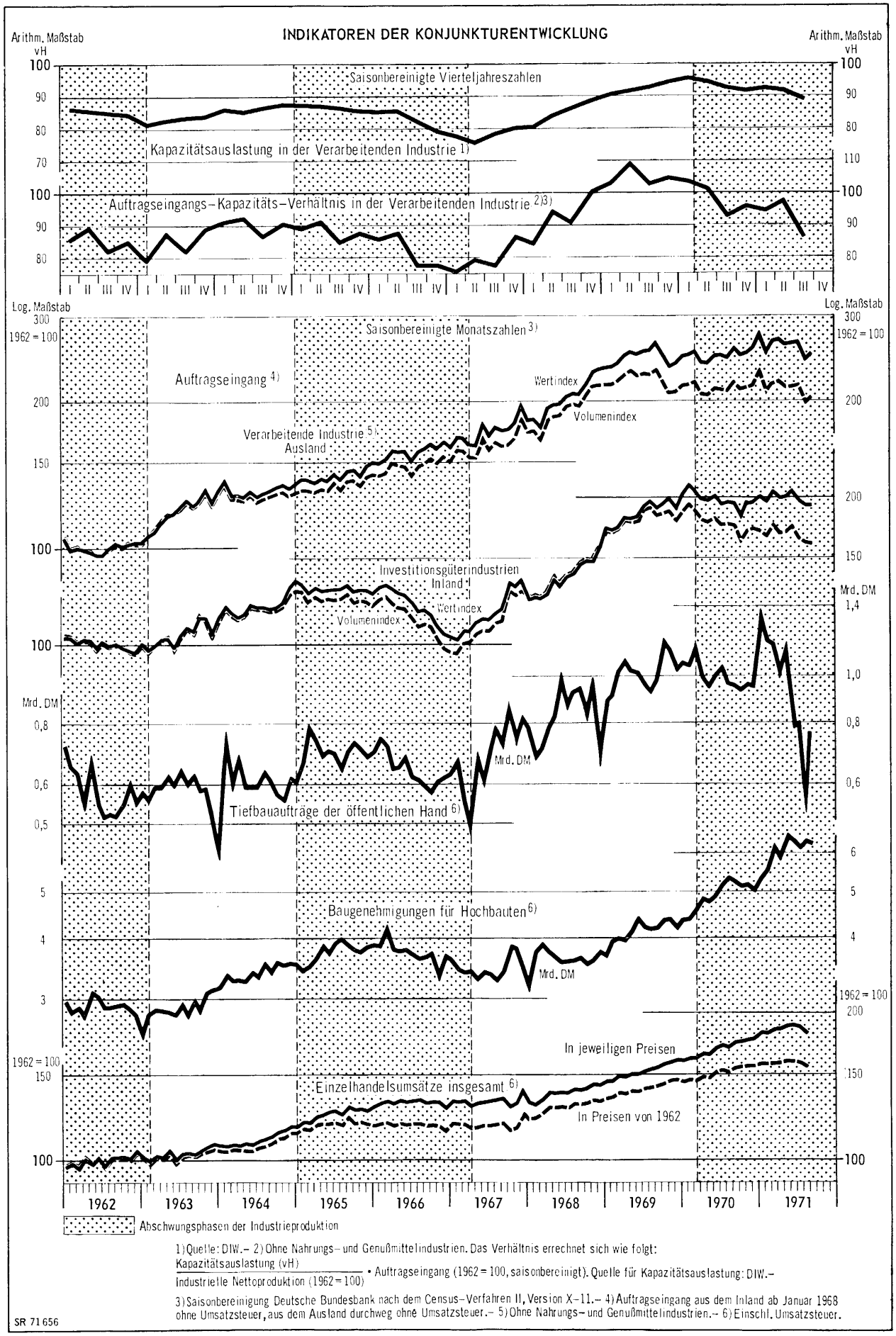
23. Entgegen vielfach gehegter Erwartung war es um die Jahreswende 1970/71 vorübergehend zu einem deutlichen Nachfrageanstieg gekommen. Mehrere Monate lang gingen die Bestellungen über die Lieferungen hinaus, und dies, obwohl die Produktion gleichfalls ausgeweitet wurde; die Auftragsbestände, noch immer hoch, nahmen bis zum Frühjahr 1971 aufs neue zu. Erst vom Sommer an setzten sich die Abschwächungstendenzen wieder stärker durch (Schaubild 4).

Expansive Impulse — wenn auch von den hohen Preissteigerungen überzeichnet — gingen 1971 vor allem vom privaten wie vom öffentlichen Verbrauch aus (Ziffern 44 ff. und Ziffer 166). Bis zur Jahresmitte gehörte auch die Auslandsnachfrage zu den Kräften, die die konjunkturelle Entspannung verzögerten (Ziffern 26 ff.). Dasselbe gilt für die Nachfrage nach Bauten, ausgenommen allerdings den Tiefbau, dem es an Aufträgen fehlte (Ziffern 36 ff.). Die Inlandsnachfrage nach Ausrüstungsgütern erreichte 1971, der gedämpften Investitionsneigung der Unternehmen entsprechend, das Vorjahresniveau nicht mehr (Ziffern 31 ff.). Die Vorratsinvestitionen, die bereits 1970 rückläufig waren, nahmen weiter ab (Ziffern 41 ff.).

24. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential wurde 1971 noch in hohem Maße ausgeschöpft (Ziffer 51). In der verarbeitenden Industrie, in der die konjunkturellen Schwankungen des Auslastungsgrades stets am deutlichsten ausgeprägt sind, nahmen die Kapazitätsspielräume zwar zu, doch waren sie nicht größer als im Hochkonjunkturjahr 1965 (Ziffer 53). Arbeitskräfte waren 1971 weniger knapp als im Vorjahr; während die Anzahl offener Stellen erheblich zurückging, hielt sich die Arbeitslosigkeit in vergleichsweise engen Grenzen (Ziffern 60 ff.).

25. In der Lohnpolitik wurde auch 1971 mehr gefordert und gewährt, als kostenniveauneutral hätte

Schaubild 3



1) Quelle: DIW. – 2) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien. Das Verhältnis errechnet sich wie folgt:
$\frac{\text{Kapazitätsauslastung (vH)}}{\text{Industrielle Nettoproduktion (1962 = 100)}}$ • Auftragseingang (1962 = 100, saisonbereinigt). Quelle für Kapazitätsauslastung: DIW. –

3) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 4) Auftragseingang aus dem Inland ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer, aus dem Ausland durchweg ohne Umsatzsteuer. – 5) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien. – 6) Einschl. Umsatzsteuer.

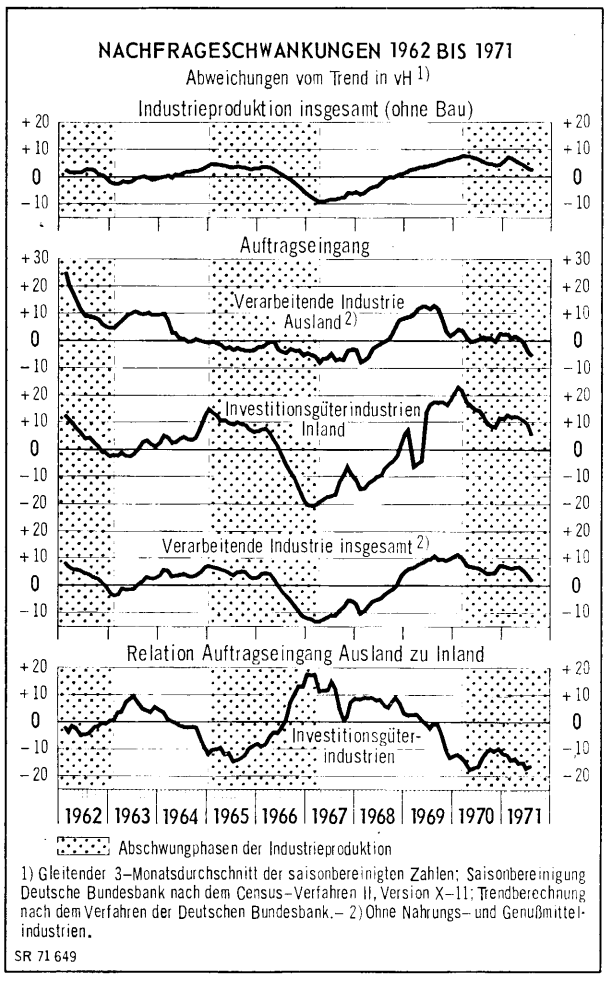
SR 71 656

verteilt werden können: Die Lohnsteigerungen gingen nach wie vor beträchtlich über den Produktivitätszuwachs hinaus (Ziffern 64 ff.). Dies gab den Preissteigerungen weiteren Auftrieb (Schaubild 5); die Unternehmen nutzten die Möglichkeiten zu Kostenüberwälzungen, die ihnen die Nachfrage noch bot. Auf der Erzeugerstufe stiegen die Preise weiter an, in den letzten Monaten allerdings langsamer als zuvor. Auf der Verbraucherstufe hat sich die Teuerung 1971 im Vergleich zu 1970 sogar beschleunigt (Ziffern 95 ff.).

Zurückhaltende Auslandsnachfrage

26. Die Auslandsnachfrage wurde 1971 außer durch konjunkturelle Einflüsse von den währungspolitischen Ereignissen geprägt. Die faktische Aufwertung der D-Mark, handels- und devisenpolitische Interventionen in anderen Ländern sowie die Ungewißheit über die Zukunft der Währungsordnung haben das Auslandsgeschäft zunehmend erschwert, insbesondere das längerfristige Anlagengeschäft, dessen Möglichkeiten zur Kurssicherung bislang begrenzt sind. Damit fand der Anstieg der Auslandsbestellungen vorläufig ein Ende, der im ersten Halbjahr 1971

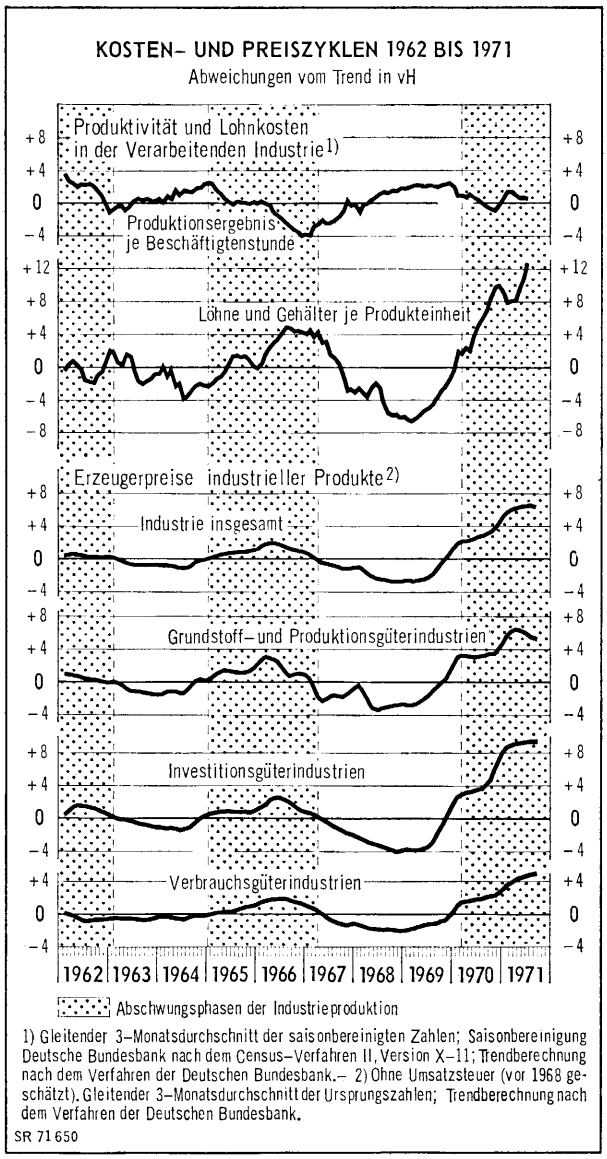
Schaubild 4



1) Gleitender 3-Monatsdurchschnitt der saisonbereinigten Zahlen; Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11; Trendberechnung nach dem Verfahren der Deutschen Bundesbank. – 2) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien.

SR 71 649

Schaubild 5



1) Gleitender 3-Monatsdurchschnitt der saisonbereinigten Zahlen; Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11; Trendberechnung nach dem Verfahren der Deutschen Bundesbank. – 2) Ohne Umsatzsteuer (vor 1968 geschätzt). Gleitender 3-Monatsdurchschnitt der Ursprungszahlen; Trendberechnung nach dem Verfahren der Deutschen Bundesbank.

SR 71 650

wesentlich dazu beigetragen hatte, die konjunkturelle Entspannung zu verzögern.

27. Um die Jahreswende 1970/71 waren die ausländischen Bestellungen beschleunigt gestiegen. Obwohl sich das wirtschaftliche Wachstum in einigen Partnerländern abschwächte, in anderen weniger als erwartet erhöhte, nahmen die Auslandsaufträge bis zum Sommer 1971 noch mit einer Rate zu, die dem mittelfristigen Trend entsprach (Schaubild 4). Zum Rückgang kam es, als die D-Mark nach der Jahresmitte immer höher bewertet wurde und die Handelshemmnisse, die die amerikanische Regierung im August verfügte, den Wettbewerbsdruck auf den Auslandsmärkten zusätzlich verstärkten. Im dritten Vierteljahr 1971 unterschritt der ausländische Auftragseingang in der verarbeitenden Industrie das entsprechende Vorjahresniveau dem Volumen nach um fast 4 vH; nur dem Werte nach übertraf er es mit rund 1/2 vH noch geringfügig.

28. Sondereinflüsse, wie die Streiks in der amerikanischen und britischen Automobilindustrie oder der lange Zeit drohende Ausstand der amerikanischen Stahlarbeiter, dürften die Auslandsbestellungen in der ersten Jahreshälfte 1971 gefördert haben. Wichtiger scheint jedoch, daß sich die Unternehmen seit 1970 stärker um die Auslandsmärkte bemühten, nachdem der Nachfragesog aus dem Inland schwächer geworden war.

29. Selbst eine erhebliche Verteuerung deutscher Waren stand dem zunächst kaum entgegen. Hatte die Paritätsänderung der D-Mark vom Herbst 1969 den Wettbewerbsvorsprung der Exporteure auch verkürzt, so schuf der rasche Preis- und Kostenanstieg im Ausland ihnen ständig neue Preiserhöhungsspielräume. Erst nach der Wechselkursfreigabe wurde es den Exporteuren schwerer, Kostensteigerungen auf ihre ausländischen Abnehmer zu überwälzen, wollten sie nicht Mengeneinbußen in Kauf nehmen. Die Ausfuhrpreise, die in den Monaten davor mit einer Jahresrate von fast 8 vH angehoben worden waren, stiegen seit Mai 1971 insgesamt nicht mehr, in einzelnen Industrien jedoch immer noch recht stark (Ziffern 112 ff.).

30. Vor allem in den Investitionsgüterindustrien wirkte sich die Währungsunsicherheit hemmend auf die Auslandsnachfrage aus: Geschäftsabschlüsse mit mehrjährigen Zahlungszielen, wie sie insbesondere im Maschinenbau üblich sind, scheiterten nicht selten daran, daß funktionsfähige Devisenterminmärkte, die eine Kurssicherung für solche Fristen erlaubt hätten, nicht vorhanden waren [1]). Zudem ging die Investitionsbereitschaft im Ausland konjunkturell zurück. Die Investitionsgüterexporteure sahen sich daher vom Frühsommer 1971 an zu einer zurückhaltenden Preispolitik gezwungen, obwohl die Auslandsnachfrage nach Ausrüstungsgütern, des hohen Spezialisierungsgrades wegen, nicht sehr preiselastisch ist. Dagegen vermochten die Hersteller von Verbrauchsgütern auch nach der Wechselkursfreigabe noch spürbare Preiserhöhungen durchzusetzen, zumal die Verbrauchskonjunktur im Ausland anhielt.

Labile Investitionsneigung

31. Die Investitionsgüternachfrage der inländischen Unternehmen, die am stärksten von allen Nachfragekomponenten den Verlauf des Konjunkturzyklus prägt, bot 1971 zunächst ein unerwartetes Bild. Die Investoren dehnten um die Jahreswende ihre Auftragsvergabe wieder merklich aus, nachdem es zuvor geschienen hatte, als wollten sie diese zunehmend einschränken. Im ersten Vierteljahr erreichten die Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterindustrien wertmäßig etwa den Stand, den sie im Sommer 1970, also einige Monate nach ihrem konjunkturellen Höhepunkt, hatten. Bis zur Jahresmitte verharrten sie auf diesem Niveau; danach erst nahmen sie wieder ab. Zum Teil spiegelt die Zunahme der wertmäßigen Bestellungen allerdings nur die weitere Verteuerung der Investitionsgüter wider. Dem Volumen nach waren die Aufträge trotz der Nachfragebelebung auch in der ersten Jahreshälfte deutlich hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben.

32. Zwar ist es nicht außergewöhnlich, daß die Investitionsgüternachfrage im Abschwung noch einmal ansteigt; auch in den beiden Zyklen davor — im Winter 1961/62 wie um die Jahreswende 1965/66 — war dies vorübergehend der Fall. Der Wiederanstieg des Auftragseingangs fiel diesmal jedoch kräftiger aus als damals und währte außerdem länger.

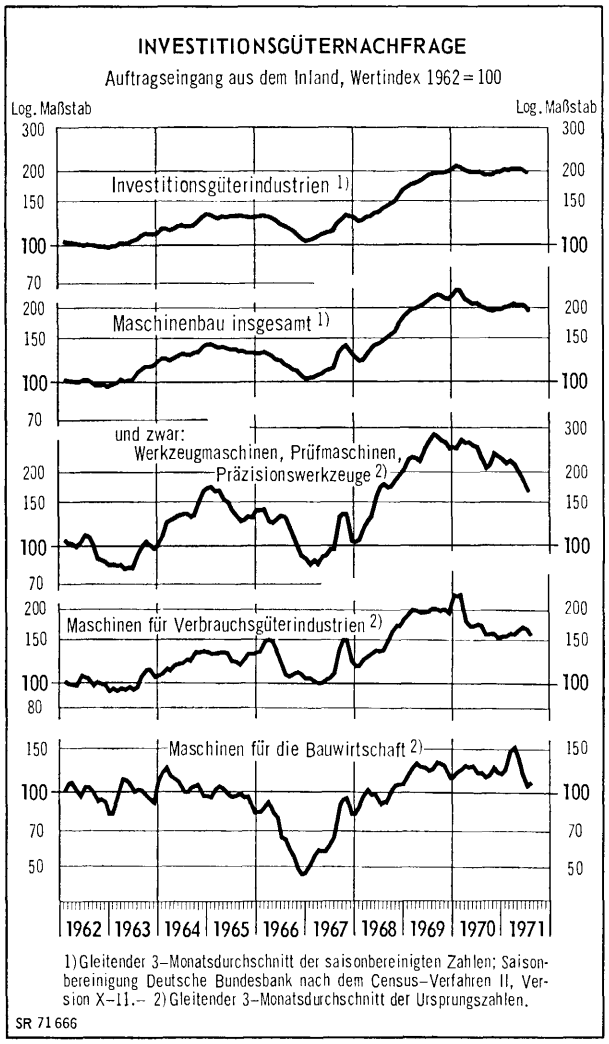
Anregend mag dabei gewirkt haben, daß die private wie die staatliche Nachfrage in den ersten Monaten 1971 bei hoher Kapazitätsauslastung die Auftragsbestände nochmals ansteigen ließen, der Kostendruck sich abzuschwächen begann und Kredite reichlich verfügbar waren. Zudem wurde Anfang des Jahres die Investitionssteuer von 6 vH auf 4 vH gesenkt und die degressive Abschreibung wieder zugelassen. All dies vermochte jedoch nicht, die Investitionsneigung nachhaltig zu beleben. Im Frühjahr 1971 revidierte die Industrie — dem Ifo-Investitionstest zufolge — ihre Investitionspläne sogar erneut leicht nach unten. Wie stets in Abschwungsphasen investierten die Unternehmen vornehmlich noch, um ihre Produktion zu rationalisieren, während der Ausbau der Kapazitäten in den Hintergrund trat. Die Zunahme der Bestellungen dürfte daher überwiegend als Ausgleich dafür gedient haben, daß die Investoren im Herbst 1970 — vielfach in Erwartung jener steuerlichen Maßnahmen — weit weniger Aufträge vergeben hatten, als ihren tatsächlichen Investitionsabsichten entsprach. So war die Investitionsneigung bereits gedämpft, als das Stabilisierungsprogramm vom Mai 1971, insbesondere die Freigabe des Wechselkurses und die Verschärfung der monetären Restriktion, das Konjunkturklima abkühlte.

33. Deutlicher als in den Inlandsbestellungen bei den Investitionsgüterindustrien insgesamt wird die vorsichtige Investitionspolitik in den Auftragseingängen beim Maschinenbau sichtbar, die besonders konjunkturreagibel sind (Schaubild 6). Der Nachfrageschub, der auch dort um die Jahreswende zu verzeichnen war, unterbrach den Auftragsrückgang nur für kurze Zeit.

Am stärksten hielten sich vom Jahresbeginn 1971 an — nach den Bestellungen von Werkzeugmaschinen, Prüfmaschinen und Präzisionswerkzeugen zu urteilen — die Investitionsgüterhersteller selbst mit der Vergabe neuer Aufträge zurück. Auch die Bauwirtschaft schränkte seit dem zweiten Vierteljahr ihre Aufträge an den Maschinenbau zunehmend ein. Weniger zurückhaltend waren die Investoren dage-

[1]) Die Aufnahme von Fremdwährungskrediten bot nur unvollkommen Ersatz, denn zum einen haben nicht alle Exporteure Zugang zum ausländischen Kreditmarkt, zum anderen konnte der Zinssatz meist nicht für die gesamte Kreditlaufzeit vereinbart werden, so daß an die Stelle des Kursrisikos das Zinsrisiko trat.

Schaubild 6



gen in den Verbrauchsgüterindustrien, da die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen konjunkturell weiter anstieg.

34. Die außerordentlich hohen Auftragsbestände, die sich im Boom bei den Investitionsgüterproduzenten gebildet hatten, nahmen im Laufe des Jahres 1971 spürbar ab; gemessen an den Produktionskapazitäten waren sie im Herbst allerdings noch immer so hoch wie 1965, im Höhepunkt des letzten Zyklus.

35. Obwohl die Neubestellungen 1971 den vorjährigen Umfang nicht mehr erreichten, waren die Lieferungen inländischer Ausrüstungsgüter, durch den Abbau unerledigter Aufträge bedingt, nochmals höher als 1970. Größer als damals waren auch die Investitionsgüterimporte, obwohl sie vom Frühjahr an zurückgingen. Insgesamt dürfte die Zunahme der realen Ausrüstungsinvestitionen 1971 rund 4½ vH gegenüber dem Vorjahr betragen. Mit reichlich 13½ vH dürfte deren Anteil am realen Bruttosozialprodukt ebenso hoch wie 1970 sein und damit höher als während des Aufschwungs.

Differenzierte Baukonjunktur

36. Der Rückgang der Baunachfrage, der im Herbst 1970 zu beobachten war, wurde im ersten Halbjahr 1971 von einem erneuten Anstieg abgelöst. In großen Teilbereichen trug die Nachfrage zeitweilig sogar ausgesprochen expansive Züge, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die hohen Preissteigerungen die Nachfrageintensität überzeichnen. Die Reichweite der Aufträge, zuvor spürbar geschrumpft, nahm nicht nur in den Wintermonaten, sondern auch im Frühjahr noch deutlich zu. Erst nach der Jahresmitte schwächte sich die Nachfrage wieder ab, nicht zuletzt durch die neuerlichen kredit- und finanzpolitischen Restriktionen bedingt.

37. Expansive Impulse gingen 1971, wie schon im vorangegangenen Jahr, vor allem von der Nachfrage nach Wohnbauten aus. Bis zum Sommer nahmen die Baugenehmigungen noch einmal außerordentlich stark zu. Auch wenn sie danach nur noch wenig stiegen, lagen sie in den ersten neun Monaten 1971, am umbauten Raum gemessen, um 16 vH höher als ein Jahr zuvor. Der Anteil des Wohnungsbaus am gesamten Bauvolumen, der seit Jahren einen rückläufigen Trend aufweist, hat damit wieder zugenommen.

Die anhaltende Einkommensexpansion und die nach der Jahreswende 1970/71 zunächst geschwundene Rezessionsfurcht haben dazu wohl wesentlich beigetragen. Hinzu kam, daß die Bauherren 1971 erheblich mehr Eigenmittel aus neu zugeteilten Bausparverträgen einsetzen konnten, so daß die hohen Kreditzinsen bei ihnen weniger stark zu Buche schlugen. Außerdem wurde 1971 die Wohnungsbauförderung durch öffentliche Mittel, die in den Vorjahren ständig eingeschränkt worden war, erhöht. Eine wichtige Rolle dürfte auch gespielt haben, daß sich die Hoffnungen auf eine rasche Beruhigung des starken Baupreisanstiegs erneut als trügerisch erwiesen. Zu der Befürchtung, Bauen werde in Zukunft noch teurer sein, kam 1971 anscheinend verstärkt das Bestreben, angesichts des allgemeinen Geldwertschwunds mit Wohnungseigentum wertbeständiges Sachvermögen zu erwerben.

38. Im öffentlichen Hochbau belebte sich die Nachfrage Anfang 1971 ebenfalls kräftig, nachdem sie im zweiten Halbjahr 1970 wertmäßig stagniert hatte und real rückläufig gewesen war. Ausschlaggebend dafür dürfte gewesen sein, daß insbesondere die Gemeinden, die fast neun Zehntel des öffentlichen Hochbaus bestreiten, ihren erheblichen Einnahmenzuwachs (Ziffer 160) für Bauvorhaben nutzten. Offenbar geschah dies jedoch in einem so großen Ausmaß, daß sie sich vom Frühsommer 1971 an wieder mehr zurückhalten mußten. Die erteilten Genehmigungen sanken rasch, nach der Jahresmitte sogar unter das Vorjahresniveau. Im ersten Halbjahr hatte die Mehrnachfrage real noch reichlich 17 vH betragen, in den ersten neun Monaten waren es nurmehr 6 vH.

39. Die Nachfrage nach gewerblichen Bauten nahm im Verlauf des Jahres 1971 nicht mehr zu. Die Ge-

nehmigungen übertrafen ihren Vorjahresstand in den ersten neun Monaten nur noch dem Werte nach; am Volumen umbauten Raumes gemessen blieben sie dagegen knapp hinter denen des Vorjahres zurück. Dies entspricht der abnehmenden Neigung zu Erweiterungsinvestitionen, die sich, vor allem im industriellen Bereich, in der Baunachfrage meist besonders deutlich niederschlägt.

40. Im Tiefbau herrschte 1971 bei vielen Unternehmen erheblicher Auftragsmangel. Nur vorübergehend hatte sich die Lage nach der Jahreswende 1970/71 gebessert. Vom Frühjahr bis zum Herbst war die Nachfrage der öffentlichen Hand erneut rückläufig. Eine Ausnahme bildeten auch hier die Gemeinden. Angesichts ihres geringen Gewichtes als Auftraggeber im Tiefbau reichte ihre Mehrnachfrage jedoch nicht aus, den starken Rückgang der Aufträge von Bund und Ländern auszugleichen, der vor allem den Straßenbau traf. Maßgebend zum Nachfrageausfall dürfte insbesondere beim Bund beigetragen haben, daß das Stabilisierungsprogramm vom Mai 1971 Aufträge zu Lasten künftiger Haushalte nur in vermindertem Umfang zuließ (Ziffer 156). Im Herbst 1971 sicherten die Auftragsbestände — nach dem Ifo-Konjunkturtest zu schließen — dem Tiefbau noch eine Produktionsdauer von 2½ Monaten; das entsprach dem niedrigen Stand vom Winter 1966/67.

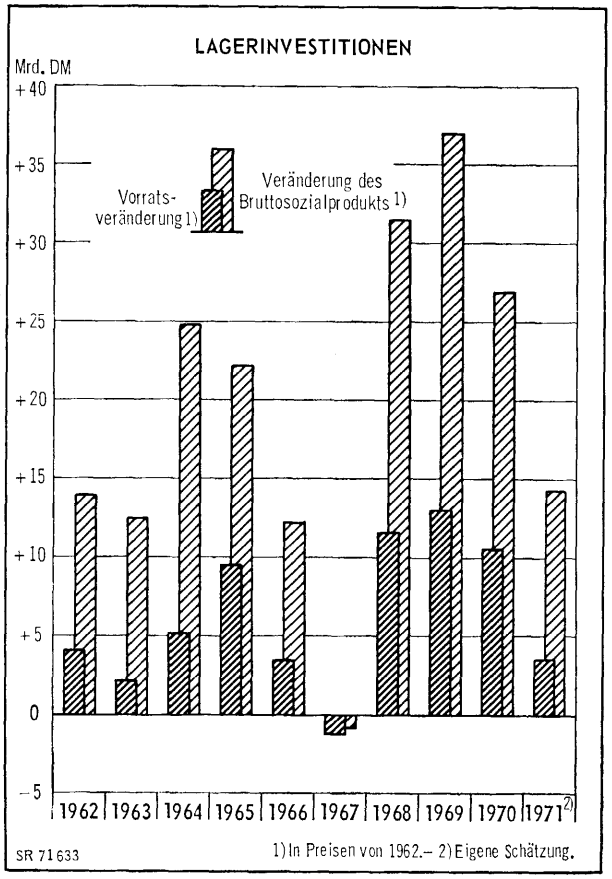
Zurückhaltende Lagerdispositionen

41. Die Vorratsbildung hat 1971 weiter abgenommen. Bereits 1970 war erkennbar gewesen, daß die Unternehmen in ihren Lagerdispositionen vorsichtiger waren als in der Abschwungsphase des letzten Zyklus und die Aufstockung ihrer Läger früher als damals einschränkten (Schaubild 7). Nach unserer Schätzung haben Industrie und Handel ihre Vorratsinvestitionen 1971 um etwa zwei Drittel auf rund 4 Mrd. DM gekürzt. Dabei scheinen nicht nur die Input-, sondern auch die Output-Läger weniger als im Vorjahr zugenommen zu haben.

42. Die Unternehmen haben 1971 ihre Läger an Rohstoffen und Vorerzeugnissen nur noch wenig ausgedehnt. Die Rohstoffeinfuhr, die mit der Ausweitung der Produktion in den ersten Monaten noch einmal stieg, ging danach rasch zurück. Auch die Reichweite der Walzstahlläger bei den Stahlverarbeitern und im Stahlhandel nahm im Vergleich zum Vorjahr ab. Maßgebend dafür dürfte nicht nur die verhaltenere Produktionstätigkeit der Verarbeiter — vor allem in den Investitionsgüterindustrien — gewesen sein, sondern auch die gestiegene Lieferfähigkeit der Stahlhersteller.

43. Zu einem ungeplanten Aufbau von Fertigwarenlägern, wie er im Abschwung oft als Folge zu optimistischer Absatzerwartungen eintritt, scheint es bisher nur vereinzelt gekommen zu sein. Nach den Erfahrungen aus dem vergangenen Zyklus hatten die Unternehmen diesmal — den Meldungen zum

Schaubild 7



Ifo-Konjunkturtest zufolge — ihre Absatzchancen sogar überwiegend zu pessimistisch beurteilt. Dies zeigt sich auch daran, daß eine zunehmende Anzahl von Firmen ihre Bestände an Fertigwaren als zu groß ansah, obwohl die Produktion rasch an die Nachfrageentwicklung angepaßt wurde. Lediglich im Einzelhandel, der sich mit Nachorders im letzten Jahr stark zurückgehalten hatte, entsprachen die Läger den Vorstellungen der Firmen.

Kräftig expandierende Verbrauchsnachfrage

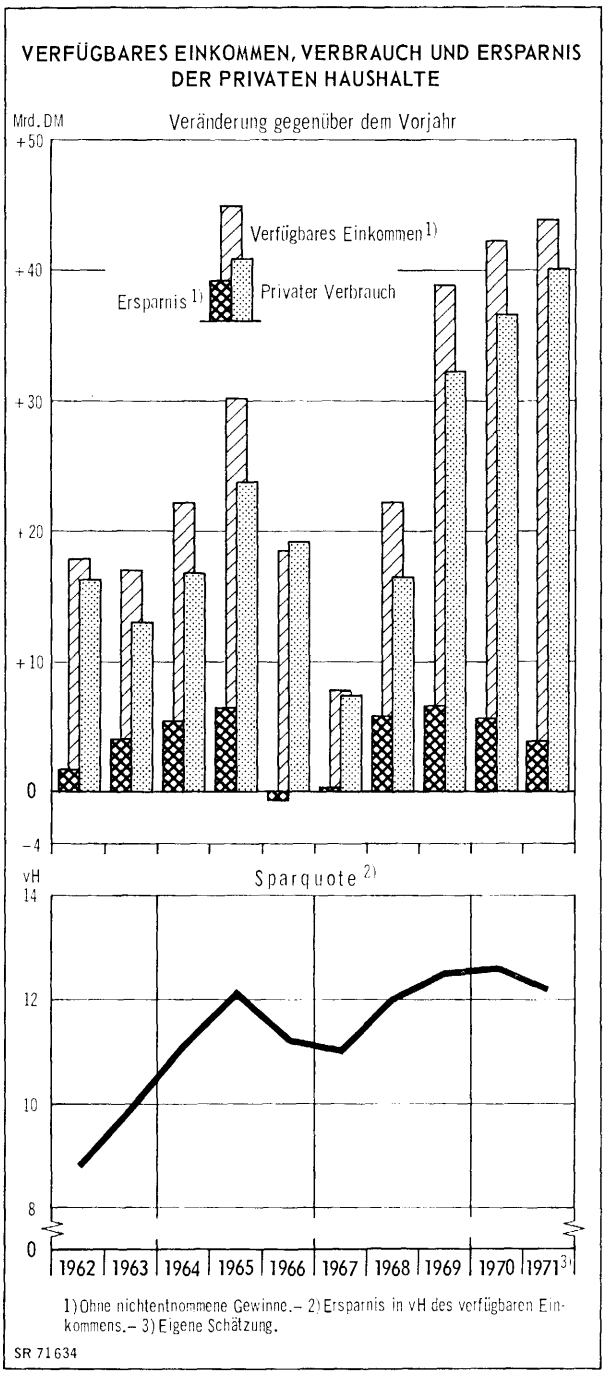
44. Die Verbrauchsnachfrage der privaten Haushalte ist 1971 nochmals kräftig gestiegen, wenn auch in der zweiten Jahreshälfte verlangsamt. Zwar entspricht es der Erfahrung, daß der Höhepunkt der Verbrauchskonjunktur wegen des Lohn-Lags in die Phase rückläufiger Gesamtkonjunktur fällt; die Ausweitung des privaten Konsums wurde 1971 jedoch in besonderem Maße dadurch begünstigt, daß sich der Lohnauftrieb nur zögernd abschwächte (Ziffer 64).

Erstmals in diesem Zyklus war die Zuwachsrate der Verbrauchsausgaben im ersten Halbjahr 1971 mit knapp 12 vH gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum höher als die der nominalen Gesamtnachfrage (11½ vH). Dabei wurden die zunehmenden Preissteigerungen beim privaten Verbrauch von jenen bei den übrigen inländischen Nachfragekomponenten noch immer übertroffen.

45. Anders als in der Abschwungsphase 1966/67 haben die privaten Haushalte 1971 ihren Verbrauch kaum zu Lasten des Sparens ausgeweitet. Die laufende Ersparnis, die in der zweiten Hälfte des Vorjahres außerordentlich stark zugenommen hatte, stieg 1971 zwar nicht mehr so rasch, aber nur wenig langsamer als das verfügbare Einkommen. Die Sparquote reichte damit an das hohe Niveau der beiden Vorjahre heran (Schaubild 8).

Dabei ging die Geldentwertungsrate vom Frühjahr 1971 an zumindest über den Eckzins für Spareinlagen hinaus. Die Sparneigung der Haushalte wäre jedoch wohl nicht so hoch gewesen, hätten nicht Sonderfaktoren das Sparen — vor allem der Arbeitnehmer — gefördert. Eine wichtige Rolle haben die vermehrt in Tarifabschlüssen vereinbarten vermögenswirksamen Leistungen gespielt. Solche Leistungen dürften 1971 etwa 10½ Mill. abhängig Beschäftigten zufließen; mit schätzungsweise 3½ Mrd. DM werden sie rund dreimal so hoch sein wie 1970. Verstärkte Sparanreize gingen auch vom Dritten Vermögensbildungsgesetz (624-Mark-Gesetz) aus.

Schaubild 8



46. Am stärksten dehnten die Konsumenten 1971 erneut ihre Nachfrage nach Gütern des gehobenen Bedarfs aus. Vor allem die besonders konjunkturempfindliche Nachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern wurde durch die Einkommensexpansion zunächst noch begünstigt. Mit dieser schwächte sie sich vom Sommer an ab. An den Umsätzen des Einzelhandels gemessen standen Käufe von Hausrat und Wohnbedarf auch 1971 im Vordergrund des Verbraucherinteresses; lebhaft gekauft wurden daneben optische und elektrotechnische Erzeugnisse. Deutlich zurückgegangen ist dagegen die Zuwachsrate der Kraftfahrzeugkäufe, die in den Vorjahren außerordentlich groß gewesen war; die höheren Herstellerpreise und vor allem die sprunghaft gestiegenen Unterhaltungskosten dürften dazu beigetragen haben.

47. Der lebhaften Nachfrage entsprechend dehnte auch der Handel seine Ordertätigkeit nochmals spürbar aus. Die Inlandsbestellungen bei den Verbrauchsgüterindustrien stiegen in der ersten Jahreshälfte 1971 sogar so kräftig, daß die Hersteller, die im Vorjahr teilweise über Auftragsmangel geklagt hatten, bis zum Sommer 1971 wieder zunehmende Auftragsbestände verbuchen konnten. Danach flauten die Bestellungen des Handels zwar ab, doch waren sie auch im dritten Vierteljahr 1971 selbst dem Volumen nach noch um knapp 4½ vH höher als zur entsprechenden Vorjahreszeit.

Nachlassende Überforderung des Produktionspotentials

48. Die gesamtwirtschaftliche Expansion hat sich im Verlauf des Jahres 1971 — nach einer Unterbrechung im ersten Halbjahr — deutlicher als 1970 abgeschwächt. Waren im Vorjahr noch überwiegend Kapazitätsengpässe und Arbeitskräftemangel für das Wachstumstempo der Produktion maßgebend, so wurde es 1971 mehr und mehr von der konjunkturellen Beruhigung der Nachfrage bestimmt. Die Überforderung des Produktionspotentials ließ nach. Die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts — 1970 hatte sie noch 5,5 vH betragen — verringerte sich 1971 auf knapp 3 vH. Während der Abschwungsphasen in den beiden vorangegangenen Zyklen hatte das Produktionsvolumen der Gesamtwirtschaft 1962 noch stärker zugenommen (4,0 vH), 1966 dagegen etwa im gleichen Ausmaß (2,8 vH).

49. Wechsel in den Konjunkturphasen schlagen sich als Schwankungen im Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials nieder.

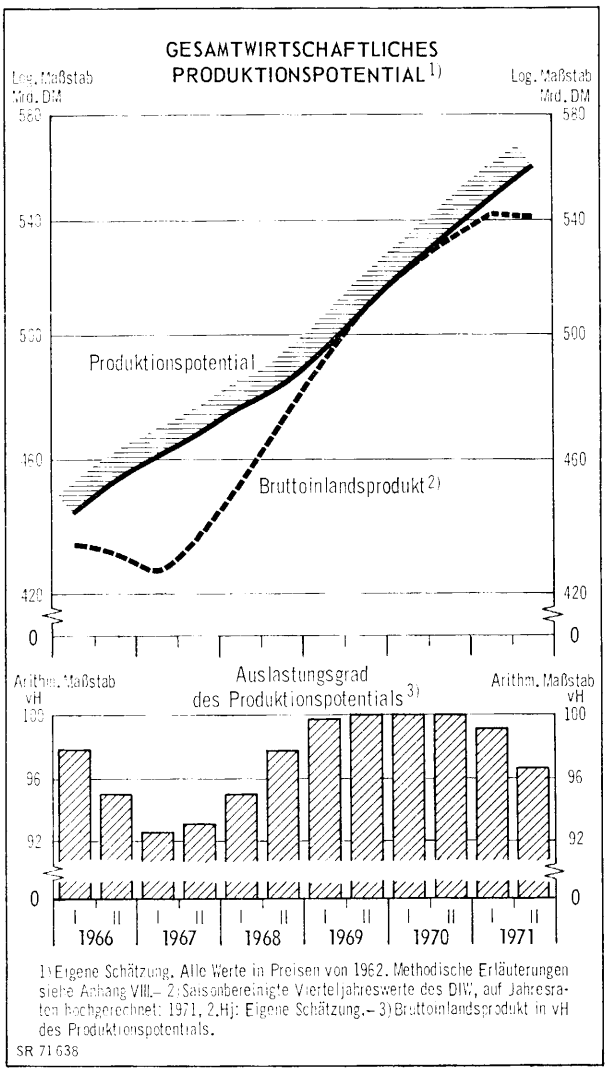
Nach unserer Potentialschätzung waren die Sachkapazitäten über das ganze Jahr 1970 hinweg auf das Äußerste beansprucht; selbst die Höchstauslastung im Boomjahr 1969 wurde noch übertroffen. Erst als mit dem Abbau der hohen Bestände an unerledigten Aufträgen die laufende Nachfrage stärker die Produktionstätigkeit bestimmte, ging die Überforderung der Kapazitäten allmählich zurück (Schaubild 9).

50. Im Jahre 1971 ist nach unseren Schätzungen das Produktionspotential mit rund 5 vH etwas langsamer gewachsen als 1970 (5½ vH). Dies ist einmal darauf zurückzuführen, daß 1971 das Investitionsvolumen weniger zugenommen hat als im Vorjahr. Zum anderen hat sich die trendmäßige Verringerung der Kapitalproduktivität weiter fortgesetzt, wobei der Trend aber nicht mehr so stark sinkt wie früher [1]).

51. Da das Bruttoinlandsprodukt 1971 nur noch um rund 3 vH und damit weniger stark zunimmt, als das Produktionspotential wächst, verringert sich die Auslastung der Sachkapazitäten gegenüber dem Vorjahr um mehr als einen Prozentpunkt auf rund 98½ vH. Die Beanspruchung des Produktionspotentials ist damit im Jahresdurchschnitt zwar noch immer etwas höher als 1965, dem Höhepunkt des vorangegangenen Konjunkturzyklus (98 vH). Gegen Jahresende 1971 dürfte der Auslastungsgrad jedoch nur noch 96 vH betragen, so daß die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten dann nicht mehr als überfordert anzusehen sind [2]).

52. *Nach statistischer Konvention werden im Bruttoinlandsprodukt alle Güter und Dienstleistungen erfaßt, die während eines Jahres für den Markt produziert werden.*

Schaubild 9



Dennoch darf diese statistische Kennziffer nur mit Vorbehalt als Maßstab für die Güterausstattung der Gesellschaft verwendet werden. Zwar bedeutet ein Wachsen des Bruttoinlandsprodukts ein Mehr an Gütern und Diensten und somit — bei nur geringfügiger Bevölkerungszunahme — rein rechnerisch eine höhere Güterversorgung der Einwohner. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß ein zunehmender Teil des Produktionsvolumens zur Beseitigung von Umweltschäden aufgewendet werden muß, die nicht zuletzt im Zuge der Expansion des Inlandsprodukts entstehen. Auch aus diesem Grund wäre zu prüfen, inwieweit neben das Bruttoinlandsprodukt andere Indikatoren für das Wohlstandsniveau treten können.

53. Schwankungen im Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials sind weitgehend Folge von Auslastungsschwankungen der industriellen Sachkapazitäten. In der verarbeitenden Industrie, auf die fast die Hälfte des inländischen Produktionsvolumens entfällt, waren die Sachanlagen auch 1971 im Jahresdurchschnitt noch immer in hohem Maße genutzt. Darin spiegelt sich, daß die Entspannung nach der konjunkturellen Wende langsamer als erwartet vorankam. Zwar nahm die Beanspruchung der industriellen Kapazitäten im

---

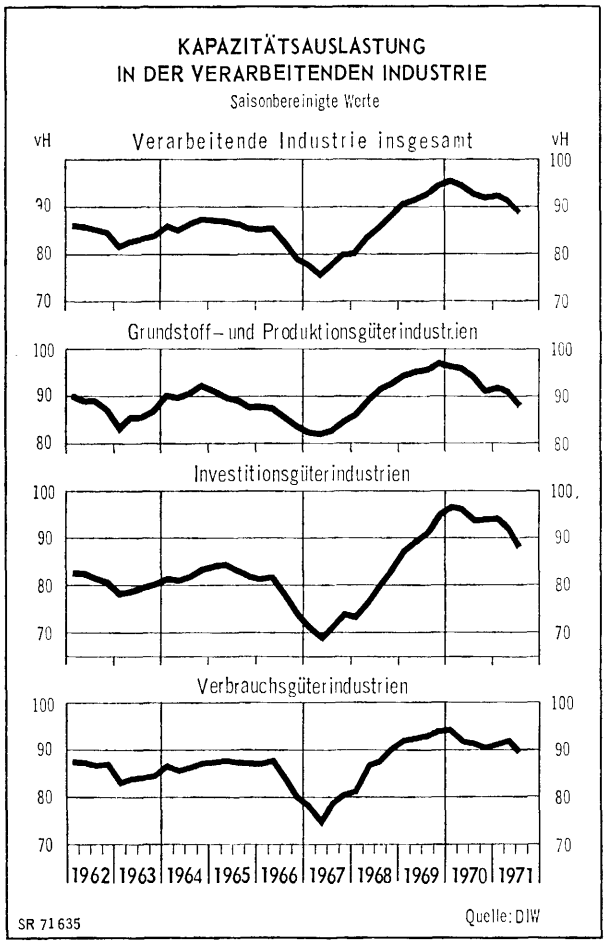
[1]) Im Jahre 1970 legten wir unserer Schätzung des Produktionspotentialwachstums die Annahme zugrunde, daß sich die Kapitalproduktivität nicht mehr so stark verringere, wie es dem längerfristigen Trend eigentlich entspräche. Unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus den Vorjahren folgerten wir, es sei sogar nicht unwahrscheinlich, „daß die Kapitalproduktivität einem neuen Trend folgen und in den nächsten Jahren nur noch etwa halb so stark abnehmen wird wie in der Periode von 1960 bis 1968" (JG 70 Ziffer 38). Die tatsächliche Entwicklung hat diese These erhärtet: Da der Auslastungsgrad der Sachanlagen nur noch geringfügig zunahm und sich das reale Bruttoinlandsprodukt 1970 um 5,5 vH erhöhte, muß das Produktionspotential mit fast der gleichen Rate gewachsen sein.
Änderungen in den Wachstumsbedingungen kommen um so eher im Trendverlauf der Kapitalproduktivität zum Ausdruck, je gegenwartsnaher der Stützbereich ist, von dem die Trendberechnung ausgeht. Hatten wir im Vorjahr als Stützbereich die Periode 1960 bis 1969 angenommen, so beruhen die von uns für 1971 und 1972 geschätzten Werte der Kapitalproduktivität auf deren Entwicklung während der Jahre 1961 bis 1970. Auf diese Weise wird eine Periode von konstanter Länge, die die Dauer von etwa zwei Konjunkturzyklen umfaßt, jeweils um das abgelaufene Jahr aktualisiert.

[2]) Dem liegt die Annahme zugrunde, daß zur Jahreswende 1971/72 das reale Bruttoinlandsprodukt um einen halben Prozentpunkt niedriger sein wird als im Jahresdurchschnitt 1971.

Jahresverlauf deutlich ab; gleichwohl waren sie im Herbst 1971 noch immer annähernd so stark ausgelastet wie in der Boomphase 1964/65 (Schaubild 10).

Nur in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien waren die Anforderungen an die Sachanlagen kaum höher als in vergangenen Abschwungsphasen.

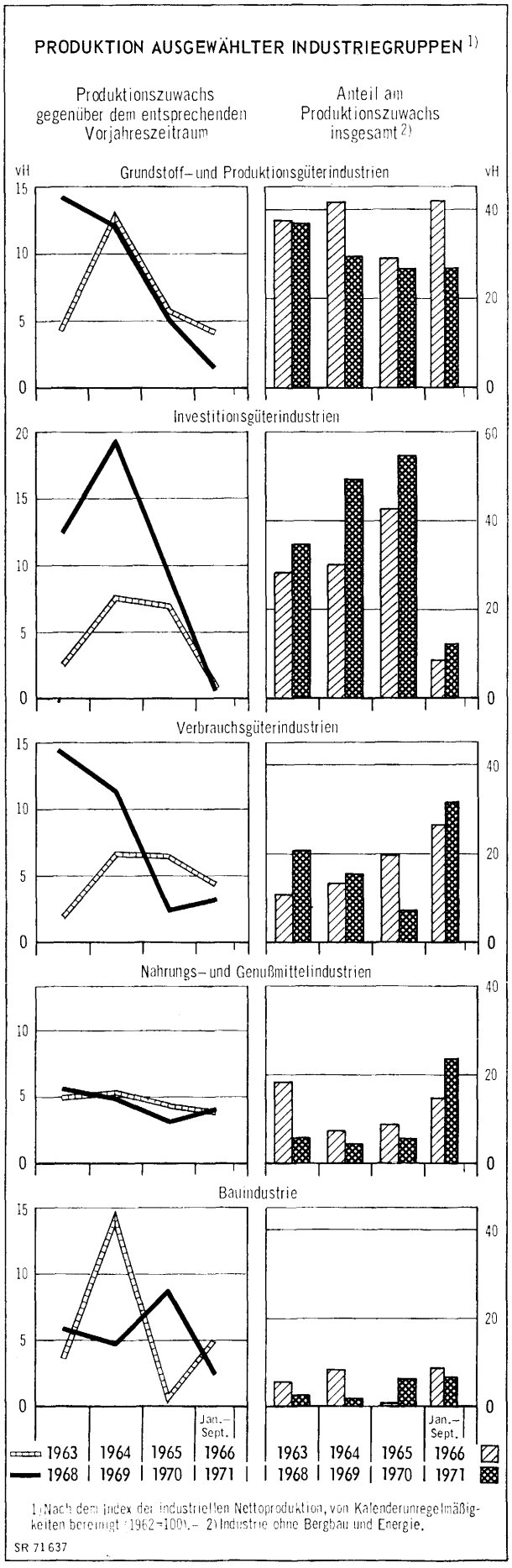
Schaubild 10



Die Investitionsgüterindustrien dagegen verfügten selbst anderthalb Jahre nach Beginn des gegenwärtigen konjunkturellen Abschwungs über geringere Kapazitätsreserven als im Höhepunkt des vorangegangenen Zyklus. In den Verbrauchsgüterindustrien stieg der Auslastungsgrad im ersten Halbjahr 1971 sogar deutlich an; erst danach ließ auch hier die Anspannung nach.

54. Kapazitätsspielräume entstanden 1971 vor allem durch die Einschränkung der Produktionstätigkeit. Zwar nahm die Produktion zu Beginn des Jahres 1971 unter dem Einfluß der Nachfragebelebung vorübergehend wieder zu; sie wurde jedoch erneut gedrosselt, als diese nicht anhielt. Im Herbst 1971 lag das Produktionsniveau wieder deutlich tiefer als im Frühjahr. Insgesamt stellte die verarbeitende Industrie in den ersten neun Monaten 1971 nur noch um 1,8 vH mehr Güter her als im gleichen Zeitraum des Vorjahres; damals waren es noch 7,6 vH.

Schaubild 11



55. Wie auch in früheren Konjunkturzyklen haben die Unterschiede in der Produktionsentwicklung der einzelnen Industriegruppen mit der Abkühlung des Konjunkturklimas zugenommen. Eine Gegenüberstellung der Produktionstätigkeit während der Jahre 1966 und 1971 — Jahre, die in konjunkturell vergleichbare Phasen fallen — zeigt jedoch, daß jede der beiden Perioden Besonderheiten aufweist (Schaubild 11).

Die damaligen Erfahrungen lassen sich deshalb nur bedingt auf die Gegenwart übertragen, noch weniger erlauben sie eine Vorhersage der zukünftigen Entwicklung.

56. Auffallend an der gegenwärtigen Abschwungsphase ist, daß der Anteil der Investitionsgüter an der industriellen Mehrproduktion diesmal um etwa ein Drittel größer ist als 1966. Trotz des 1970 erreichten hohen Erzeugungsniveaus schwächte sich der Produktionszuwachs gegenüber dem Vorjahr bis zum Herbst 1971 kaum stärker ab als 1966, insbesondere wohl wegen des ungewöhnlich großen Auftragsstaus in der Boomphase. Dagegen nahm in den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien die Fertigung weitaus weniger zu als 1966. Beigetragen hat dazu vor allem, daß im gegenwärtigen Abschwung die Expansion auch im Bereich der Chemie und in der Mineralölverarbeitung — beide zusammen sind mit rund 40 vH an der gesamten Produktion der Vorleistungsindustrien beteiligt — deutlich nachließ; 1966 hatte das Wachstumstempo dieser Industriezweige nahezu unvermindert angehalten. Hinzu kommt, daß Eisen- und Stahlhersteller bereits seit Sommer 1970 ihre Produktion wegen des beginnenden Lagerabbaus im Handel und bei den Verarbeitern drastisch herabsetzten; 1966 hatten sie ihre Erzeugung noch bis zur Jahresmitte zügig ausgeweitet. Auch die Fertigung in den verbrauchsnahen Industriebereichen zeigt ein anderes Bild: Während die Komsumwelle 1971 erst ihren Höhepunkt erreichte, war sie 1966 bereits weitgehend abgeklungen.

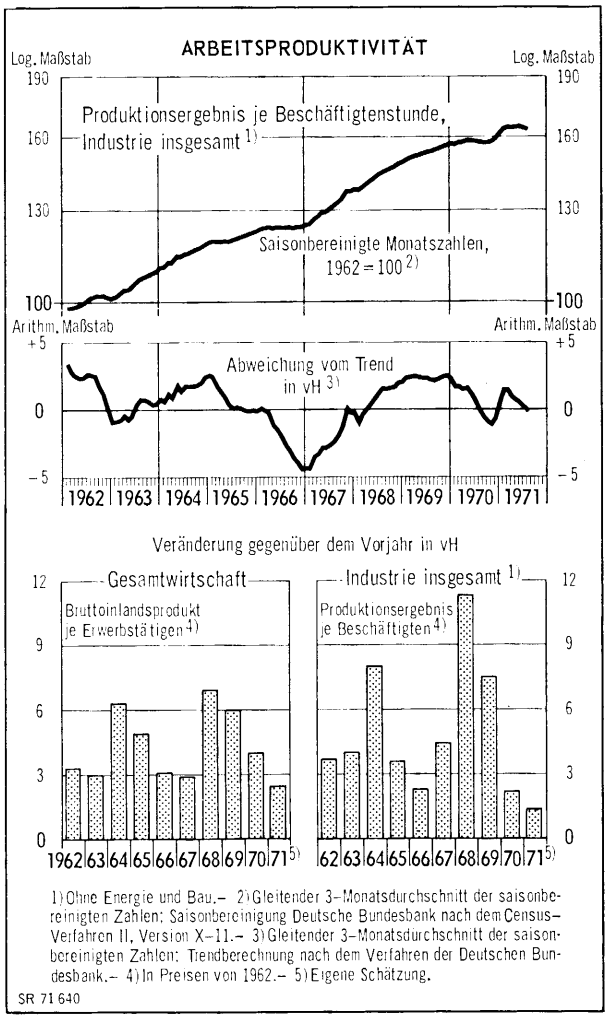
57. In der Bauwirtschaft setzte sich zwar die kräftige Ausweitung der Produktion bis zum Frühjahr fort, gefördert durch das milde Winterwetter. Danach aber, als die Witterungseinflüsse an Bedeutung verloren, nahm das Bauvolumen konjunkturell nur noch wenig zu. Im Tiefbau wurde es aufgrund des Nachfragemangels sogar deutlich eingeschränkt. Der Wohnungsbau dagegen expandierte noch kräftig. Insgesamt wurden in den ersten neun Monaten 1971 2,2 vH mehr Bauleistungen erbracht als im entsprechenden Vorjahreszeitraum (6,7 vH).

58. Seit Beginn des Konjunkturabschwungs hat sich auch der Produktivitätsanstieg in der Industrie deutlich abgeflacht (Schaubild 12).

Dies entspricht dem zyklischen Muster, wonach einer Phase beschleunigten Produktivitätsfortschritts im Aufschwung, wenn die Produktion voll in die Kapazitäten hineinwächst, im Abschwung eine starke Verlangsamung folgt. Die Produktionsleistung je Beschäftigtenstunde hatte sich zwar um die Jahreswende 1970/71 mit der Produktion vorübergehend nochmals deutlich erhöht. Seither stagniert sie jedoch auf dem Niveau vom Frühjahr, da die Unternehmen mit dem Produktionsvolumen auch das Arbeitsvolumen einschränkten: Überstunden und Sonderschichten wurden abgebaut, die Arbeitsplätze aus dem Erwerbsleben ausscheidender Mitarbeiter nicht neu besetzt, Kurzarbeit wurde eingeführt. Ähnlich wie im Abschwungsjahr 1966 scheinen die Unternehmen jedoch bestrebt gewesen zu sein, ihren Beschäftigtenstand möglichst lange zu halten. Die frühzeitige Zunahme der Anzahl der Kurzarbeiter im jetzigen Abschwung (Schaubild 13) deutet sogar darauf hin, daß die Sorge, man könne für freigesetzte Arbeitskräfte bei einem möglichen Umschwung nicht rechtzeitig und außerdem nur zu höheren Löhnen Ersatz finden, 1971 lange Zeit noch größer war als damals. Erst ab Jahresmitte gingen die Unternehmen allmählich mehr dazu über, Arbeitskräfte auch zu entlassen.

Insgesamt gesehen betrug der Produktivitätszuwachs in der Industrie in den ersten neun Monaten 1971 gegenüber dem Vorjahr rund 4½ vH. Obwohl damit die Stundenproduktivität in der jetzigen Abschwungsphase kaum stärker zugenommen hat als

Schaubild 12



1) Ohne Energie und Bau. – 2) Gleitender 3-Monatsdurchschnitt der saisonbereinigten Zahlen; Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11. – 3) Gleitender 3-Monatsdurchschnitt der saisonbereinigten Zahlen; Trendberechnung nach dem Verfahren der Deutschen Bundesbank. – 4) In Preisen von 1962. – 5) Eigene Schätzung.

SR 71 640

im entsprechenden Zeitraum 1966 (4,0 vH), liegt sie im Herbst 1971 — anders als damals — immer noch auf einem Niveau, das etwa dem mittelfristigen Trend entspricht.

59. Wie stets in Abschwungsphasen war der Produktivitätsfortschritt in der Gesamtwirtschaft höher als in der Industrie. Die Produktionsleistung je Erwerbstätigen lag im ersten Halbjahr 1971 um 3,4 vH über ihrem Vorjahresniveau; in der Industrie dagegen erhöhte sich die Beschäftigtenproduktivität im gleichen Zeitraum nur um 2,3 vH. Insgesamt gesehen dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktivität im Jahresdurchschnitt 1971 den Stand des Vorjahres um 2½ vH übersteigen.

Dieser Produktivitätszuwachs ist vor allem das Ergebnis der Rationalisierungsanstrengungen, mit denen die Wirtschaft in den letzten beiden Jahren dem Kostendruck zu begegnen versuchte; eine konjunkturell bedingte Zunahme konnte sich bei sinkender Kapazitätsauslastung nicht mehr ergeben.

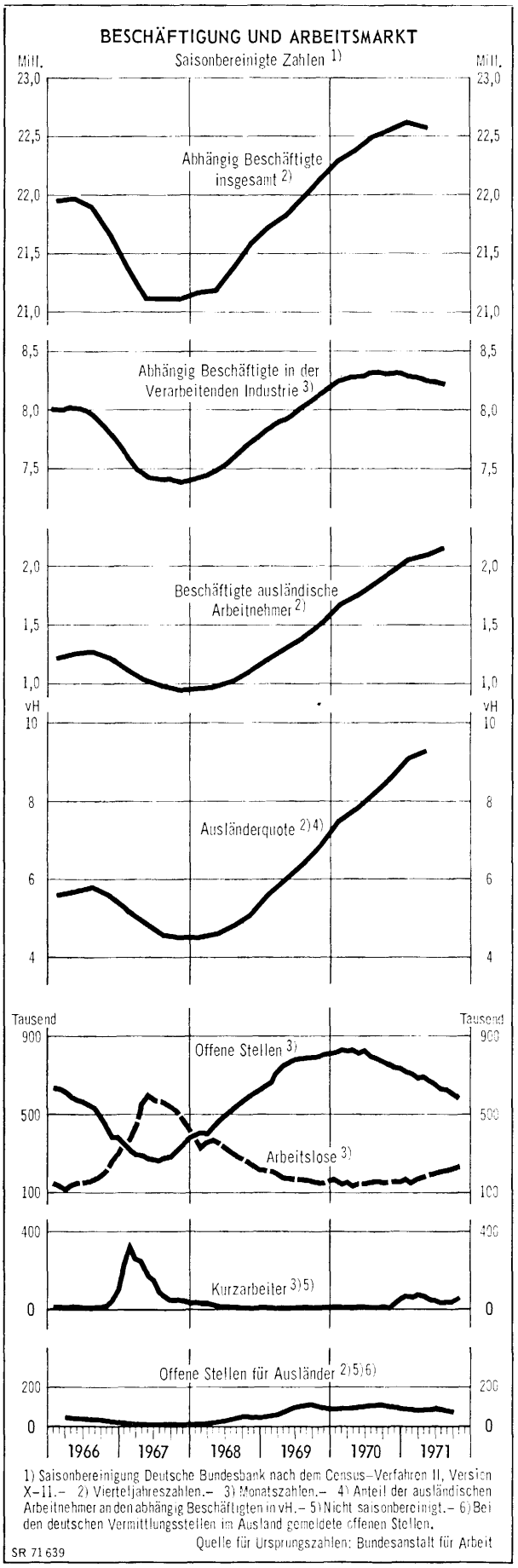
Deutliche Entspannung am Arbeitsmarkt

60. Mit der nachlassenden Überforderung des Produktionspotentials war 1971 eine fortschreitende Entspannung des Arbeitsmarktes verbunden (Schaubild 13).

Die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften — inländischen wie ausländischen — ging spürbar zurück, die Anzahl der Arbeitslosen nahm zu. Zu einem stärkeren Beschäftigungseinbruch, der vielfach noch zu Beginn des Jahres befürchtet wurde, kam es bislang jedoch nicht. Allerdings dürfte seit dem Sommer 1971 die Beschäftigtenzahl auch in der Gesamtwirtschaft rückläufig sein, nachdem sie in der Industrie bereits gegen Ende des letzten Jahres ihren Höhepunkt überschritten hatte.

61. Die Tendenz zur Lockerung am Arbeitsmarkt hatte bereits in der zweiten Jahreshälfte 1970 eingesetzt, blieb aber bis zum Frühjahr 1971 weitgehend auf einen Rückgang der Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften beschränkt. Dazu hat vor allem auch beigetragen, daß die niedrige Saisonarbeitslosigkeit in diesem Winter das konjunkturell bedingte Ansteigen der Arbeitslosenziffer überdeckte. Außerdem versuchten die Unternehmen in weit stärkerem Umfang als in vergleichbaren Abschwungsphasen früherer Zyklen Absatzschwierigkeiten durch Kurzarbeit zu überbrücken. Erst im weiteren Verlauf des Jahres 1971 zeigte sich die fortschreitende Entspannung auch in der Anzahl der Arbeitslosen. Im Oktober 1971 waren mit 170 000 Personen rund 59 000 Arbeitslose mehr registriert als ein Jahr zuvor. Dennoch lag die Arbeitslosenquote mit 0,8 vH nur um 0,3 Prozentpunkte über dem extrem niedrigen Stand vom Vorjahr. Gleichzeitig waren noch 570 000 offene Stellen gemeldet; das waren 178 000 weniger als ein Jahr zuvor. Weitaus stärker verringerte sich die Nachfrage nach ausländischen Arbeitskräften. Hier sanken die Anforderungen von 98 000 im Oktober 1970 auf 44 000 im Oktober dieses Jahres.

Schaubild 13



1) Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.– 2) Vierteljahreszahlen.– 3) Monatszahlen.– 4) Anteil der ausländischen Arbeitnehmer an den abhängig Beschäftigten in vH.– 5) Nicht saisonbereinigt.– 6) Bei den deutschen Vermittlungsstellen im Ausland gemeldete offenen Stellen.

Quelle für Ursprungszahlen: Bundesanstalt für Arbeit

SR 71 639

62. Die Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Produktionswachstums bedingte im Jahresdurchschnitt 1971 nur noch eine geringfügige Zunahme der Beschäftigung.

Tabelle 6

Quellen des Arbeitskräfteangebots

Veränderung gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt in 1000

	1968	1969	1970	1971 [1]
Natürliche Bevölkerungsbewegung ..	− 30	− 32	− 20	− 20
Änderung der Erwerbsbeteiligung	− 61	+ 21	− 69	−189
Ausländische Arbeitnehmer	+ 5	+ 347	+ 441	+309
Erwerbspersonen [2] ..	− 86	+ 336	+ 352	+100
Arbeitslose	− 136	− 144	− 30	+ 40
Erwerbstätige	+ 50	+ 480	+ 382	+ 60
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	− 100	− 110	− 131	−110
Abhängig Beschäftigte	+ 150	+ 590	+ 513	+170

[1] Eigene Schätzung.
[2] Erwerbstätige + Arbeitslose.

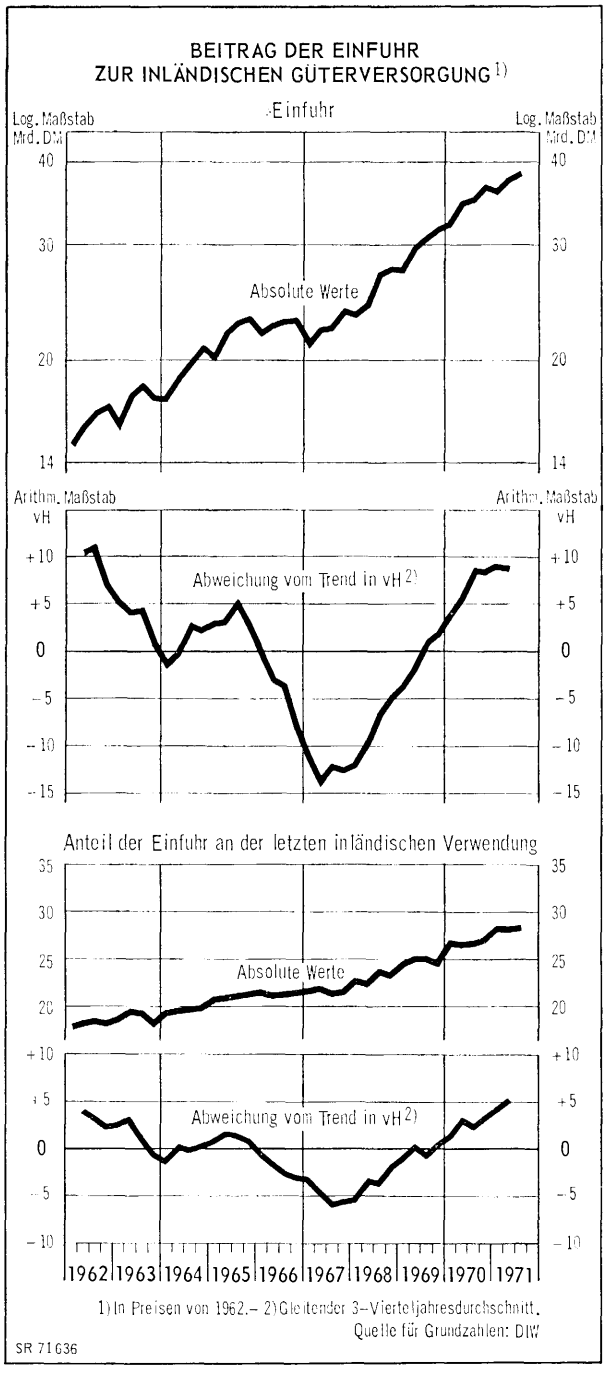
Die Anzahl der Erwerbstätigen überschreitet ihr Vorjahresniveau wohl nur noch um etwa 60 000, wobei in der zweiten Jahreshälfte bereits 30 000 weniger Personen beschäftigt sein dürften als ein Jahr zuvor (Tabelle 6).

Das heimische Angebot an Arbeitskräften reichte nicht einmal aus, selbst ein stagnierendes Beschäftigtenvolumen aufrechtzuerhalten. 1971 schieden — wie in den Vorjahren — mehr Personen aus Altersgründen aus dem Erwerbsprozeß aus, als Junge das erwerbsfähige Alter erreichten; hinzu kam die Änderung der Erwerbsbeteiligung, insbesonders die trendmäßige Verlängerung der Schulausbildung und die Neigung zum vorzeitigen Austritt aus dem Erwerbsleben, die erfahrungsgemäß in konjunkturellen Abschwungsphasen zunimmt. Der Rückgang des heimischen Arbeitskräfteangebots konnte nur durch ausländische Arbeitnehmer ausgeglichen werden. Im Jahresdurchschnitt 1971 erhöhte sich ihre Anzahl gegenüber dem Vorjahr um mehr als 300 000 auf einen Höchststand von 2,1 Millionen Beschäftigten. Mit der Abkühlung des Arbeitsmarktklimas hat sich jedoch auch hier im Verlauf des Jahres 1971 der Zugang abgeschwächt; im letzten Vierteljahr dürfte die Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte erstmals in diesem Zyklus rückläufig sein.

Abnehmender Importsog

63. Der Importsog, der sich in den Jahren zuvor infolge der Spannungen auf den inländischen Gütermärkten herausgebildet hatte, verlor im Jahre 1971 spürbar an Kraft. Zwar lag das Einfuhrvolumen im Herbst 1971 um rund 10 vH über dem Niveau des Vorjahres, der Stand vom Jahresanfang wurde aber nur noch wenig übertroffen. Die Wareneinfuhr, auf die mehr als drei Viertel des gesamten Einfuhrvolumens entfallen, verlangsamte sich am stärksten. Während die Importe von Vorprodukten, dem ver-

Schaubild 14



minderten Produktionstempo im Inland entsprechend, ihr Vorjahresniveau nur noch knapp überschritten, war die Einfuhr von Fertigwaren in den ersten neun Monaten 1971 noch um 18,4 vH höher als ein Jahr zuvor.

Insgesamt wurden 1971 fast 28 vH der im Inland angebotenen Güter vom Ausland bereitgestellt. Der Anteil der Einfuhr an der inländischen Güterversorgung hat sich damit gegenüber dem Vorjahr (26½ vH) sogar noch erhöht, obwohl nach früheren Erfahrungen bei fortschreitender konjunktureller Beruhigung im Inland eine Abnahme zu erwarten war (Schaubild 14). Daß es dazu nicht kam, dürfte in erster Linie auf die Freigabe des Wechselkurses zurückzuführen sein, durch die mit steigendem Aufwertungssatz der D-Mark ausländische Güter auf dem Inlandsmarkt allmählich wettbewerbsfähiger wurden; obwohl sich die Lieferfähigkeit der heimischen Unternehmen mit sinkender Kapazitätsauslastung verbessert hat, dürfte nicht länger fehlendes inländisches Angebot, sondern vielmehr verstärkte Konkurrenzfähigkeit ausländischer Unternehmen die Einfuhr begünstigt haben.

Spätes Abklingen des Verteilungskampfes

64. Die Hoffnungen, schon zu Beginn des Jahres 1971 werde es zu einer Wende in der Lohnpolitik kommen, haben sich nicht erfüllt. Da sich die konjunkturelle Entspannung verzögerte, sahen die Arbeitnehmer wohl geringere Gefahren für die Sicherheit der Arbeitsplätze; die Arbeitgeber rechneten offenbar weiterhin damit, stabilitätswidrig hohe Lohnzugeständnisse weitgehend in den Preisen überwälzen zu können. Daß der Preisauftrieb anhielt, wirkte auf die Lohnforderungen zurück. Erst als sich die Abschwungskräfte wieder stärker durchzusetzen begannen, wurde in der Lohnpolitik Zurückhaltung erkennbar (Schaubild 15).

65. Bereits im ersten Vierteljahr 1971 lag das Tariflohnniveau — bedingt durch starke Lohnerhöhungen im zweiten Halbjahr 1970 und durch den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst zur Jahreswende — um 10 vH über dem Jahresdurchschnitt 1970. Damit war offenbar, daß die Orientierungsdaten der Bundesregierung von der Lohnpolitik nicht eingehalten werden würden. Denn die Tariflohnerhöhungen bewirkten, daß die effektiven Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten, auf die sich diese Orientierungsdaten beziehen, schon im ersten Vierteljahr 1971 um 9,1 vH höher lagen als im Jahresdurchschnitt 1970 und damit bereits nach Ablauf weniger Monate ein Niveau erreichten, das für den Jahresdurchschnitt 1971 gelten sollte.

66. Der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst erwies sich als wichtiges Datum für die weitere Lohnentwicklung. Die Tariflöhne der Arbeiter und Angestellten des Staates wurden durchschnittlich um 11 vH erhöht [1]). Mehrbelastungen aus früheren Vereinbarungen kamen hinzu: Eine Erhöhung des Weihnachtsgeldes von bisher 50 vH auf 66,7 vH eines Monatsgehaltes führte — aufs Jahr gerechnet — zu einem Anstieg der Löhne und Gehälter je Beschäftigten um weitere 1,3 vH; eine Verkürzung der Arbeitszeit von 43 auf 42 Wochenstunden und eine Verlängerung des Urlaubs bewirkten, je Beschäftigtenstunde gerechnet, einen zusätzlichen Lohnanstieg um rund 3 vH. Somit brachte der Tarifvertrag im öffentlichen Dienst unter Einschluß der früheren Vereinbarungen Lohn- und Gehaltserhöhungen, die — auf Monatsbasis — schätzungsweise 12 vH, auf Stundenbasis 15 vH betrugen. Schon vor der Jahreswende hatten die gesetzgebenden Körperschaften begonnen, in ähnlichem Ausmaß eine Verbesserung der Beamtenbesoldung zu verabschieden. Die Bezüge der Beamten wurden im Durchschnitt um 14 vH angehoben. Höhereinstufungen und Sonderzulagen kamen hinzu.

Diese Steigerungsraten im öffentlichen Dienst blieben nicht ohne Einfluß auf die Tarifabschlüsse, die in anderen Bereichen folgten. Im Bauhauptgewerbe stiegen die Tariflöhne um 7,9 vH, einschließlich vereinbarter Nebenleistungen um 11,7 vH.

67. Gegen Ende des ersten Halbjahres 1971 wurden Anzeichen einer Reaktion der Tarifpolitik auf die Entspannung am Arbeitsmarkt und auf das Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung, insbesondere auf die Freigabe des Wechselkurses der D-Mark, sichtbar. Zwar kam es auch nach dem 9. Mai 1971 in wichtigen Tarifbereichen, rechnet man alle Nebenleistungen ein, noch zu zweistelligen Tariflohnerhöhungen. Erst der Tarifvertrag in der stark exportabhängigen chemischen Industrie, der durch eine Schlichtungsvereinbarung zustande kam und zwei Monate nach Auslaufen des alten Vertrages in Kraft trat, blieb mit einer tariflichen Lohnsteigerung von rund 9 vH — auf zwölf Monate gerechnet und unter Einschluß der vereinbarten Pauschalzahlungen und der Jahresabschlußprämien — unter der 10-vH-Marke. Effektiv wurde nur eine Lohnerhöhung von 7 vH, da die Jahresabschlußprämie bereits freiwillig gezahlt worden war.

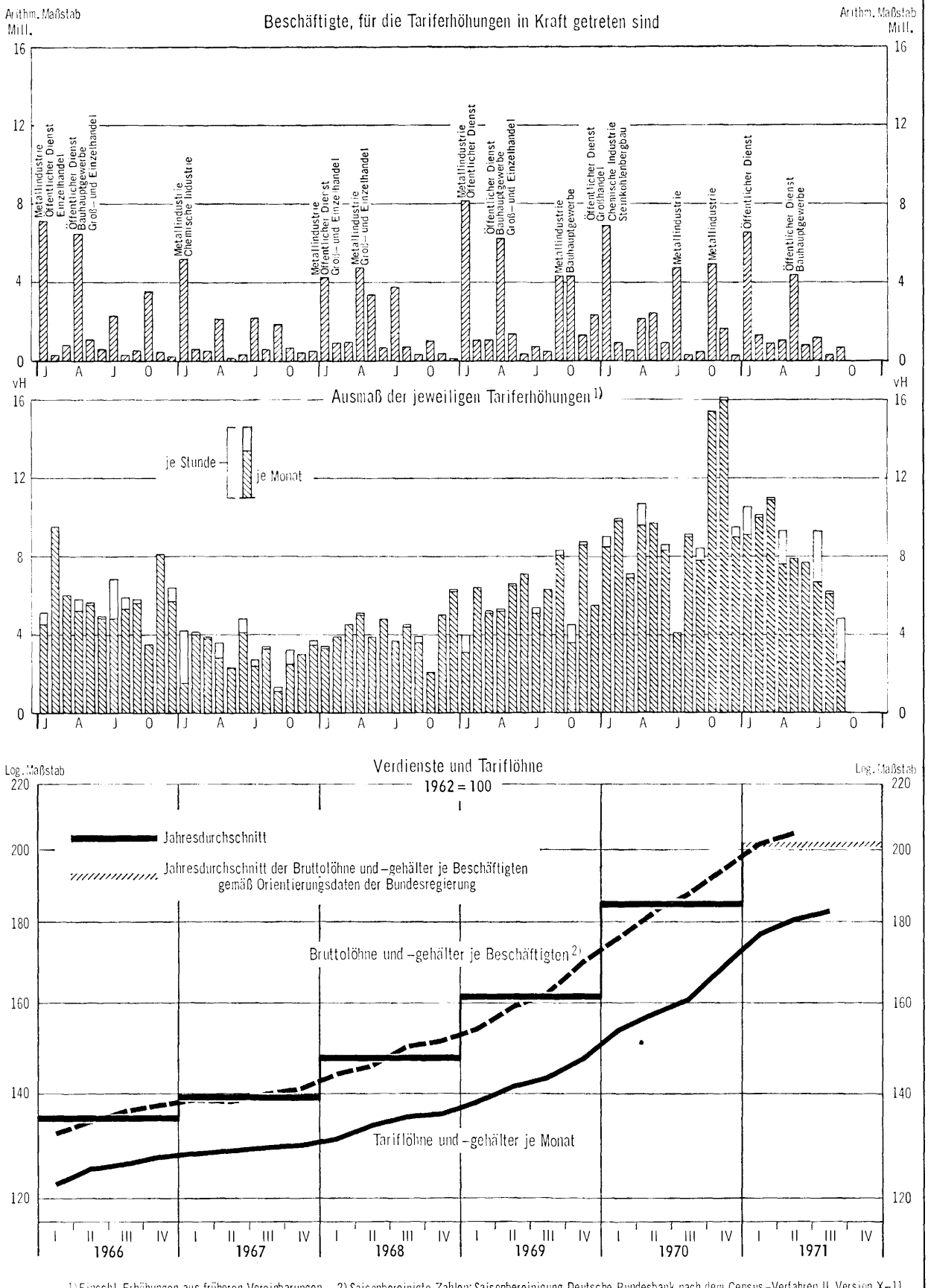
Die Lohnpolitik hatte zur Folge, daß das gesamtwirtschaftliche Tariflohn- und -gehaltsniveau (auf Studenbasis) im ersten Halbjahr 1971 um 15,3 vH höher lag als im Jahr zuvor. Die Unsicherheit über den Abschluß im Metallbereich berücksichtigt, dürfte das Tariflohnniveau in der zweiten Jahreshälfte nach unserer Schätzung den entsprechenden Vorjahresstand um 12 vH bis 13 vH überschreiten.

68. Das volle Ausmaß der jeweiligen Tariflohn- und -gehaltserhöhungen blieb oft unbekannt. Im

[1]) Im einzelnen stiegen die Tariflöhne und -gehälter je Monat
- um 7 vH durch eine lineare Anhebung der Grundvergütung und der Ortszuschläge,
- um 2 vH durch eine zusätzliche Aufstockung der Ortszuschläge um 27 DM,
- um ½ vH durch vermögenswirksame Leistungen auch für jene Arbeitnehmer, die monatlich mehr als 1 000 DM verdienen,
- um 1½ vH durch Zulagen für verschiedene Besoldungsgruppen.

Schaubild 15

LÖHNE UND GEHÄLTER IN DER GESAMTWIRTSCHAFT



1) Einschl. Erhöhungen aus früheren Vereinbarungen. – 2) Saisonbereinigte Zahlen; Saisonbereinigung Deutsche Bundesbank nach dem Census-Verfahren II, Version X-11.

SR 71644

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Jahre 1971 wurden in erheblichem Umfang tarifliche Nebenleistungen vereinbart, vor allem vermehrt vermögenswirksame Leistungen. Diese Leistungen werden, soweit sie keine laufenden Zahlungen darstellen, tarifstatistisch nicht erfaßt. Noch im Herbst 1970 waren die Gewerkschaften weniger auf die Vereinbarungen von Nebenleistungen als vielmehr auf sichtbar hohe Steigerungsraten für die Lohnsätze selbst bedacht. Überdies haben die Gewerkschaften danach gestrebt, den Abstand zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen zu verringern. Sie vereinbarten sogenannte Vorweganhebungen, die voll in den Tariflohnindex eingingen, die effektiv zu zahlenden Löhne im allgemeinen jedoch nicht verändern sollten.

Seit Anfang 1971 versuchten die Gewerkschaften hingegen, die Steigerungssätze der Tariflöhne niedrig zu halten (Tabelle 7). Oft wurde dies fälschlich

Tabelle 7

Übersicht einkommenspolitisch wichtiger Ereignisse

Monat		Zahl der Betroffenen	
1971			
Januar	Alters- und Unfallrenten		Ab ersten Januar 1971 werden die Altersrenten um 5,5 vH, die Unfallrenten um 9,3 vH erhöht.
	Orientierungsdaten		Die Bundesregierung erklärt im Jahreswirtschaftsbericht, daß mit ihrer Zielprojektion für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1971 Lohnabschlüsse auf der Basis der Effektivverdienste je beschäftigten Arbeitnehmer von durchschnittlich 7 vH bis 8 vH vereinbar sind.
	Öffentlicher Dienst, Bundesbahn, Bundespost	1 600 000	Anhebung der Grundvergütung und der Ortszuschläge um 7 vH, Zuschlag von monatlich 27 DM, Wegfall der Einkommensgrenze von 1000 DM für vermögenswirksame Leistungen (13 DM monatlich), Zulagen für verschiedene Besoldungsgruppen.
	Graphisches Gewerbe	220 000	Vermögenswirksame Leistungen in Höhe von monatlich 26 DM werden vereinbart.
	Papier- und Pappeverarbeitung	130 000	Lohnerhöhungen um 7,5 vH bis 12 vH, Vereinbarung vermögenswirksamer Leistungen in Höhe von monatlich 26 DM.
Februar	Graphisches Gewerbe	220 000	Lohnerhöhungen um 9 vH.
März	Konzertierte Aktion		Die Vertreter der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften erklären, daß sie an der Wiedergewinnung der Stabilität interessiert seien und in ihrer Politik diese Notwendigkeit berücksichtigen.
	Banken	280 000	Lohnerhöhungen um 7,9 vH; Aufstockung der vermögenswirksamen Leistungen von 156 DM auf 312 DM jährlich, rückwirkend ab Januar 1971; Verlängerung des Urlaubs um ein bis zwei Tage.
April	Versicherungen	185 000	Lohnerhöhungen um 7,5 vH, Zahlung eines 13. Monatseinkommens, Verlängerung des Urlaubs um vier Tage; Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen von monatlich 13 DM auf 26 DM ab September 1971.
Mai	Bauhauptgewerbe	1 500 000	Lohnerhöhungen um 7,9 vH, Erhöhung der Vergütung für Überstunden und Sonn- und Feiertagsarbeit, Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen von 9 Pfennigen auf 25 Pfennige je Stunde bzw. von 18 DM auf 46 DM je Monat.
	Textilindustrie	480 000	Lohnerhöhungen um 9,0 vH, Anhebung des Urlaubsgeldes um bis zu 70 DM für knapp die Hälfte der Arbeitnehmer, Verlängerung des Urlaubs um zwei Tage.
	Bekleidungsindustrie	380 000	Lohnerhöhungen um 9,5 vH, Verlängerung des Urlaubs um vier Tage.

noch Tabelle 7

Monat		Betroffenen Zahl der	
Juni	Konzertierte Aktion		Die Vertreter der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften erkennen an, daß mit dem 9. Mai 1971 eine neue Lage eingetreten ist. Sie wollen darauf hinwirken, daß alle Beteiligten sich nicht an den Preis- und Einkommenserwartungen des Booms orientieren, sondern an den Notwendigkeiten einer Phase der gesamtwirtschaftlichen Konsolidierung.
	Steinkohlenbergbau	250 000	Lohnerhöhungen um 7,3 vH, Verdoppelung der Nachtschichtzulage, Anhebung des Weihnachtsgeldes von 400 DM auf 500 DM, Verbesserung der Tarifstruktur.
	Chemische Industrie	710 000	In Rheinland-Pfalz werden nach einem zweimonatigen tariflosen Zustand durch Schlichtungsspruch Lohnerhöhungen um 7,8 vH vereinbart; in den übrigen Tarifbereichen werden die Löhne um 7,8 vH erhöht und einmalig 60 DM gezahlt. Stufenweise wird ein tarifliches 13. Monatseinkommen eingeführt.
Juli	Konjunkturzuschlag		Der Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 10 vH wird — wie gesetzlich festgelegt — nicht mehr erhoben.
August	Metall-, Eisen- und Stahlindustrie	4 550 000	Mit der Kündigung der Lohn- und Gehaltstarifverträge wird zum 30. September begonnen. Gefordert werden Lohnerhöhungen von 9 vH bis 11 vH. Hinzu kommen, in einzelnen Tarifgebieten unterschiedlich, zusätzliche Nebenforderungen.
September	Konzertierte Aktion		Die Gesprächsteilnehmer stimmen darin überein, daß nunmehr der Prozeß der konjunkturellen Entspannung klarer zu erkennen sei.

schon als deutliche Annäherung an die Orientierungsdaten der Bundesregierung und als Tendenzwandel in der Lohnpolitik ausgelegt. Die 1971 tariflich vereinbarten Nebenleistungen, insbesondere die vermögenswirksamen Lohnzuschläge, wurden — anders als die Vorweganhebungen im Vorjahr — voll kostenwirksam.

69. Früher und deutlicher als in den Tarifabschlüssen zeigte sich die konjunkturelle Entspannung in der Entwicklung der Effektivverdienste. In der Gesamtwirtschaft nahmen die Löhne und Gehälter je Beschäftigten, die im Verlauf des Jahres 1970 um 14,1 vH gestiegen waren, vom vierten Vierteljahr 1970 bis Mitte 1971 immerhin noch mit einer Jahresrate von 10,8 vH zu.

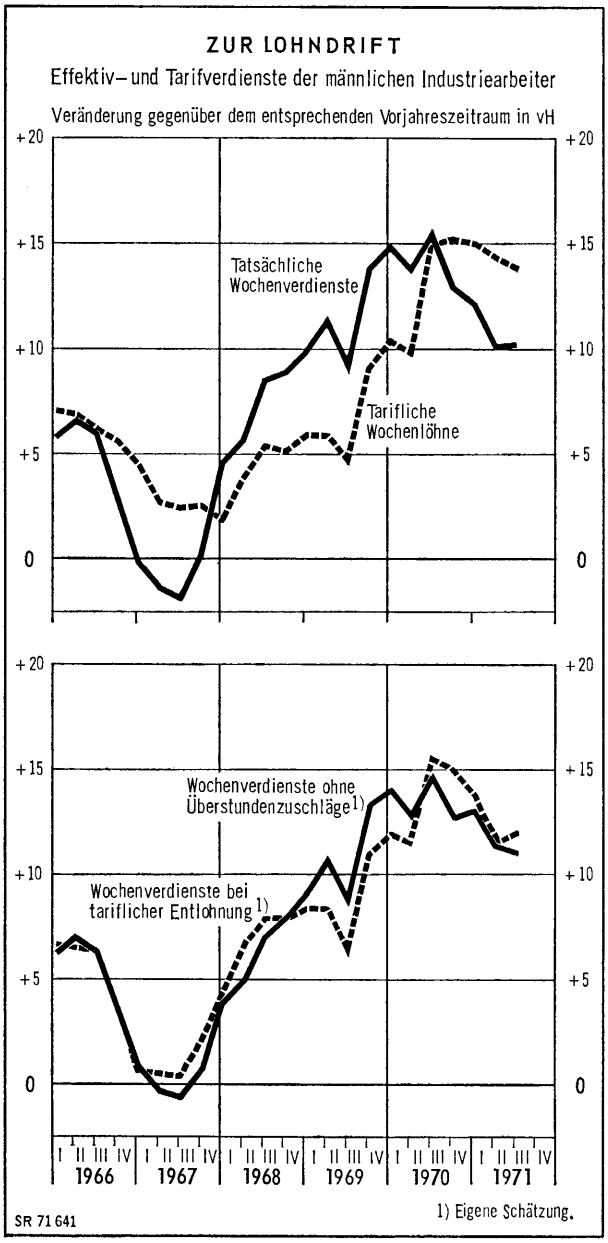
Die gesamtwirtschaftliche Lohndrift — die Differenz zwischen Effektiv- und Tariflohnsteigerungen — war im vierten Vierteljahr 1970 erstmals wieder negativ. Dafür waren zum größten Teil Vorweganhebungen maßgebend. Bestimmend für den Rückgang der Lohndrift wurden 1971 der weitere Abbau von Überstunden und der härtere Widerstand der Unternehmen gegen übertarifliche Lohnzugeständnisse (Schaubild 16).

Daß die gemessene Lohndrift für das Jahr 1971 nicht stärker negativ war, hat vor allem statistische Gründe: Die vermehrten Nebenleistungen, obwohl tarifvertraglich vereinbart, werden in der Tarifstatistik — wie erwähnt — nur teilweise, in den Effektivverdiensten aber voll berücksichtigt.

70. Obwohl die konjunkturelle Entspannung den Anstieg der Effektivverdienste dämpfte, stiegen die Lohnkosten je Produkteinheit — bei abnehmendem Produktivitätszuwachs — im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt um 9 vH, also um fast so viel wie 1970 (10,7 vH).

In der Industrie war der Anstieg der Lohnkosten je Produkteinheit 1971 nicht mehr so stark wie im Vorjahr, da dort die Produktivität, die im Verlauf des Vorjahres gesunken war, seit dem Frühjahr 1971 nicht weiter abnahm (Ziffer 59). In den ersten acht Monaten 1971 lag das Niveau der Lohnkosten je Produkteinheit um 9,6 vH höher als ein Jahr zuvor (Schaubild 17).

Schaubild 16



Der Anteil der Lohnkosten am Umsatz der Industrie war demgegenüber in den ersten acht Monaten 1971 nur um 4,2 vH größer als vor Jahresfrist. 1971 hat die Industrie einen erheblichen Teil des Lohnkostenanstiegs in den Preisen überwälzt, obwohl die Nachfrageexpansion nachließ und die De-facto-Aufwertung der D-Mark den Wettbewerb von außen verschärfte. Bei den Vorleistungen stand der Verteuerung der Dienstleistungen die Verbilligung der Importe gegenüber, die sich infolge der Freigabe des Wechselkurses der D-Mark, teils auch wegen sinkender Weltmarktpreise verbilligten (Ziffer 115). Auf eine Erhöhung der Stückkosten wirkte der Rückgang der Kapazitätsauslastung hin. Die Finanzierungskosten — mittelfristig gesehen nach wie vor hoch — dürften gegenüber dem Vorjahr nur leicht gesunken sein.

71. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen waren 1971 nur geringfügig höher als ein Jahr zuvor, nachdem sie 1970 das Niveau des Aufschwungsjahres 1969 noch um 9 vH übertroffen hatten (Tabelle 8). Der schwache Anstieg im Jahre 1971 ist das Ergebnis unterschiedlicher Entwicklungen der heterogenen Einkommensarten, die in dieser Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung enthalten sind. Die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte und des Staates — insbesondere aus Zinsen, Mieten, Pachten und der Nutzung von Eigenheimen —, deren Anteil längerfristig steigt, haben wohl auch 1971 kräftig zugenommen. Die Einkommen aus Unternehmertätigkeit für sich genommen dürften dagegen ihr Vorjahresniveau nicht mehr erreichen.

72. Der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, die Lohnquote, erhöhte sich 1971 stärker als in den beiden vorangegangenen Jahren. Im Jahresdurchschnitt wird die Lohnquote schätzungsweise 69 vH betragen (Tabelle 9). Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß sich die Lohnquote zum Teil allein deshalb erhöht, weil die Anzahl der abhängig Beschäftigten

Schaubild 17

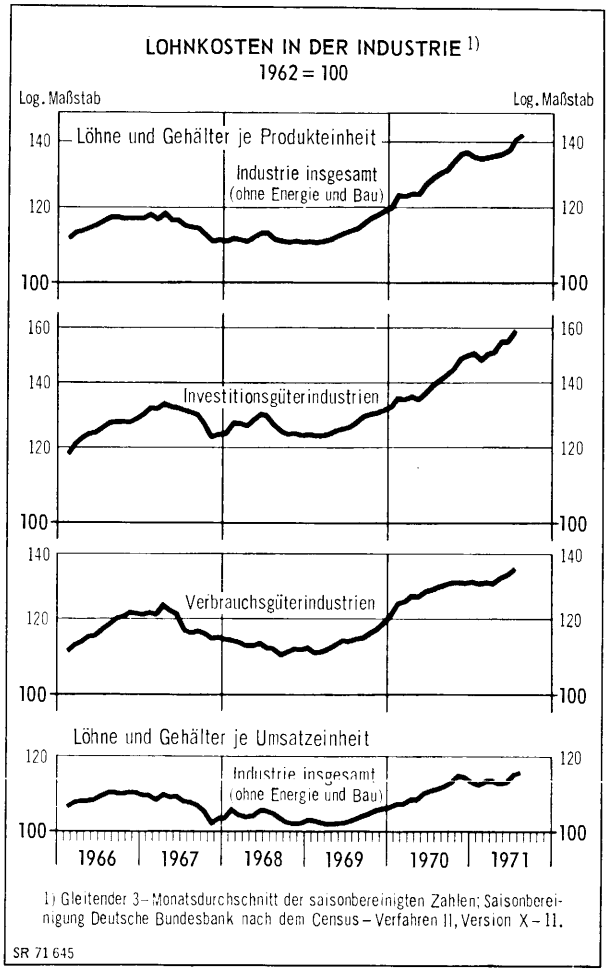


Tabelle 8

Verteilung des Volkseinkommens

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus				Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen [4]	Empfangene laufende Übertragungen vom Staat [5]	Verfügbares Einkommen [6]
		unselbständiger Arbeit		Unternehmertätigkeit und Vermögen				
		brutto [1]	netto [2]	brutto	netto [3]	private Haushalte		
1961 bis 1969 [7]	+ 7,5	+ 8,1	+ 7,3	+6,3	+ 6,6	+ 9,2	+ 8,8	+ 7,4
1969	+10,1	+12,7	+10,3	+5,6	+ 4,0	+17,0	+ 7,9	+11,3
1970	+14,7	+17,7	+14,8	+9,0	+12,6	+ 7,9	+ 7,4	+11,1
1970 1. Hj.	+15,0	+18,0	+15,3	+9,3	+13,2	− 3,6	+ 8,2	+ 8,8
2. Hj.	+14,4	+17,4	+14,3	+8,8	+12,1	+15,9	+ 6,5	+13,0
1971 1. Hj.	+10,6	+14,9	+11,5	+1,9	+ 0,3	+13,8	+12,9	+12,1

[1]) Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (einschließlich der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und des fiktiven Pensionsfonds für Beamte) sowie zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[2]) Bruttoeinkommen abzüglich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfreibeträge zur Sozialversicherung und abzüglich Lohnsteuer.
[3]) Bruttoeinkommen abzüglich direkter Steuern u. ä.
[4]) Einkommen der privaten Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nach Abzug der direkten Steuern auf diese Einkommen (z. B. Einkommensteuer u. ä., jedoch nicht der Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch, wie Kraftfahrzeugsteuer u. ä.), der Pflichtbeiträge der Selbständigen zur Sozialversicherung sowie der nichtentnommenen Gewinne der Einzelunternehmen u. ä.
[5]) Nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen.
[6]) Ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä.
[7]) Durchschnittliche jährliche Veränderung.

relativ zur Erwerbstätigenzahl steigt [1]). Dies erklärt zwischen 1968 und 1971 anderthalb Prozentpunkte im Anstieg der Lohnquote. Ohne den Einfluß des Wandels der Beschäftigtenstruktur gerechnet, lag die Lohnquote um reichlich drei Prozentpunkte höher als 1968 (Tabelle 9, Spalte 3). Zwar ist es typisch für konjunkturelle Aufschwungsphasen, daß die Lohnquote steigt. Einen so lange anhaltend starken Anstieg der Lohnquote wie seit 1968 hat es jedoch nach 1950 noch nicht gegeben.

73. Dem Anstieg der Lohneinkommen stand 1971 ein außergewöhnlich hoher Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber, so daß sich die Reallöhne weit weniger erhöhten als die Nominallöhne. Der Zuwachs des realen Lohneinkommens je Arbeitnehmer dürfte 1971 rund 5½ vH betragen, immerhin noch einmal mehr als im Durchschnitt der Jahre 1961 bis 1969 (4,0 vH).

74. Im privaten Bereich der Gesamtwirtschaft hätte 1971 ein Anstieg des Realeinkommens je Arbeitnehmer um 2½ vH gegenüber 1970 kostenniveauneutral verteilt werden können (Tabelle 10). Denn der Beitrag des privaten Sektors zum realen Inlandsprodukt je Erwerbstätigen dürfte 1971 — im Jahresdurchschnitt — um 2½ vH höher liegen als 1970 (Tabelle 10, Spalte 1). Hinzu kommt, daß sich nach der Freigabe des Wechselkurses das reale Austauschverhältnis gegenüber dem Ausland (Terms of Trade) verbesserte. Da die Exportpreise relativ zu den Importpreisen (jeweils in D-Mark ausgedrückt) stiegen, erbrachte der Außenhandel 1971 einen zusätzlichen Einkommensvorteil, der — wie ein inländischer Produktivitätsfortschritt — verteilbar war. Den Terms-of-Trade-Effekt schätzen wir für 1971 auf 0,7 vH des Realeinkommens (Tabelle 10, Spalte 2). Andererseits hatten 1971 höhere Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung einen Anstieg

[1]) Wird die Beschäftigtenstruktur des Jahres 1960 konstant gehalten (Tabelle 9, Spalte 3), so ergibt sich ein Anstieg der rechnerischen Lohnquote von 60,6 vH im Jahre 1960 auf 60,9 vH im Jahre 1968, also um 0,3 Prozentpunkte. Die tatsächliche Lohnquote stieg im selben Zeitraum von 60,6 vH auf 63,9 vH, also um 3,3 Prozentpunkte. Allein aufgrund des Wandels der Beschäftigtenstruktur, also ohne jegliche Veränderung der Einkommensrelation zwischen Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer und dem Volkseinkommen je Erwerbstätigen, ist die Lohnquote, so gesehen, von 1960 bis 1968 um 3 Prozentpunkte, nämlich von 60,6 vH auf 63,6 vH gestiegen (Tabelle 9, Spalte 2).

Tabelle 9

Tatsächliche und rechnerische Lohnquote

vH

Jahr	Tatsächliche Lohnquote [1]	Rechnerische Lohnquote bei konstant gehaltener	
		Einkommensrelation [2]	Beschäftigtenstruktur [3]
1960	60,6	60,6	60,6
1961	62,2	61,2	61,6
1962	64,0	61,7	62,8
1963	64,4	62,2	62,7
1964	64,3	62,7	62,1
1965	64,7	63,2	62,1
1966	65,7	63,4	62,8
1967	65,9	63,3	63,2
1968	63,9	63,6	60,9
1969	65,4	64,2	61,7
1970	67,0	64,8	62,8
1971 [4]	68,8	65,0	64,1

[1] Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.
[2] Konstant gehalten wird der Anteil des Bruttoeinkommens aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer am Volkseinkommen je Erwerbstätigen des Jahres 1960.
[3] Konstant gehalten wird der Anteil der Abhängigen an den Erwerbstätigen des Jahres 1960.
[4] Eigene Schätzung.

der Lohnkosten um 0,6 vH der Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer zur Folge (Tabelle 10, Spalte 4). In diesem Ausmaß verringerte sich der Spielraum für kostenniveauneutrale Lohnerhöhungen.

Auch die Veränderung der Kapitalkosten müßte in eine solche Rechnung eingehen (JG 66 Ziffern 309 ff.). Die Unterlagen für eine Schätzung der Kapitalkosten lassen jedoch nach wie vor gesicherte Aussagen über das Ausmaß der Kapitalkostenentwicklung nicht zu. In Tabelle 10 sind die Kapitalkosten nicht in Ansatz gebracht; es wird damit unterstellt, daß die Kapitalkosten je Produkteinheit in gleichem Ausmaß gestiegen sind wie die Lohnkosten je Produkteinheit.

75. Vergleicht man den Reallohnanstieg im Jahre 1971 mit dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachs, korrigiert um die erwähnten Größen, so zeigt sich, daß sich die Reallohnposition der Arbeitnehmer nochmals spürbar verbessert hat (Tabelle 10, Spalte 7).

Bei dieser Rechnung wurde der Anstieg der Nominallöhne um den Anstieg der Verbraucherpreise bereinigt. Die Arbeitnehmer können sich jedoch hinsichtlich ihrer Ersparnisse wie Investoren verhalten, etwa indem sie Wohnungseigentum erwerben; sie werden insoweit vom Anstieg der Investitionsgüterpreise, besonders vom Anstieg der Baupreise, betroffen. Ein Preisindex für die Gesamtwirtschaft, in den diese Preise eingehen, ist der sogenannte Preisindex für die letzte Verwendung. Im Jahre 1970 stieg er erheblich rascher als der Index der Verbraucherpreise, eben weil sich Investitionsgüter und Bauten besonders stark verteuerten. Aus diesem Grunde hat sich die Reallohnposition der Arbeitnehmer 1970 wahrscheinlich nicht in dem Maße verbessert, wie es Tabelle 10, Spalte 7, ausweist. Um die Größenordnung des möglichen Fehlers zu veranschaulichen, teilen wir in Tabelle 10, Spalte 6, auch den Anstieg des Preisindex der Gesamtnachfrage im privaten Bereich mit.

76. Die privaten Haushalte verfügten 1971 über erheblich höhere Nettoeinkommen als ein Jahr zuvor (Tabelle 8). Der Anteil der Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit am verfügbaren Einkommen war allerdings kleiner, jener der entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen und der öffentlichen Übertragungseinkommen größer als 1970.

77. Die Einkommen aus unselbständiger Arbeit sind 1971 netto — also nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und der Lohnsteuer — wiederum weniger gestiegen als brutto (Tabelle 8). Die Differenz im Anstieg der Brutto- und Nettoeinkommen hat sich sogar weiter vergrößert. Dies mag zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß der Konjunkturzuschlag zur Einkommensteuer 1970 in fünf Monaten, 1971 in sechs Monaten erhoben wurde. Überwiegend spiegelt sich darin jedoch die Progression der Einkommensteuer. Sie vergrößert, dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit folgend, die durchschnittliche Einkommensteuerlast überproportional zum Einkommensanstieg. Ist dieser, wie gegenwärtig, inflatorisch aufgebläht, werden Steuerfreibeträge, die das Steuerrecht zur Wahrung der Steuergerechtigkeit einräumt, rascher entwertet, als die Leistungsfähigkeit steigt.

78. Die Sozialeinkommen nahmen 1971 stärker als im Vorjahr zu (Tabelle 8). Das mag überraschen, weil die Renteneinkommen aus der Sozialversicherung — gemäß der geltenden Rentenformel — der Entwicklung der Durchschnittsverdienste in den Jahren 1966 bis 1968 folgten und daher nur um 5,5 vH erhöht wurden. Das ist nur wenig mehr als der Verteuerung der Lebenshaltung der Rentner- und Sozialhilfeempfängerhaushalte entspricht. Außerdem gingen bei den Einkommensübertragungen der Arbeitslosenversicherung die Zahlungen von Schlechtwettergeld wegen günstiger Witterung und geringem Ausfall an Arbeitsstunden erheblich zu-

Tabelle 10

Elemente der Produktivitäts- und Reallohnentwicklung [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

Jahr	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 je Erwerbstätigen	Terms-of-Trade-Effekt [2])	Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer	Lohnkosteneffekt der Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung [3])	Preisindex für die Lebenshaltung [4])	Preisindex für die letzte Verwendung	Reallohnposition der Arbeitnehmer [5])
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
1961	+4,6	+0,7	+10,5	−0,7	+2,3	+3,0	+1,8
1962	+3,6	+0,4	+ 9,8	−0,2	+3,0	+3,2	+2,3
1963	+3,3	+0,2	+ 5,9	−0,2	+3,0	+2,3	−0,9
1964	+7,0	±0,0	+ 9,4	−0,9	+2,3	+2,1	−1,0
1965	+5,3	−0,2	+ 8,8	−0,4	+3,4	+3,0	−0,3
1966	+3,4	−0,2	+ 6,9	+0,3	+3,5	+2,9	+0,4
1967	+3,3	−0,1	+ 3,0	+0,3	+1,4	+0,7	−1,3
1968	+7,3	+0,2	+ 6,4	+0,4	(+1,1) [a])	+0,6	−1,7
1969	+6,4	−0,2	+ 8,9	+0,4	(+2,4) [a])	+2,6	+0,6
1970	+4,1	+0,8	+15,0	+0,2	+3,7	+4,9	+5,9
1971 [6])	+2,5	+0,7	+10,4	+0,6	+5,2	+4,9	+2,3

[1]) Gesamtwirtschaft ohne Staat.
[2]) Gesamtwirtschaft.
[3]) Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung einschließlich zusätzlicher Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[4]) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[5]) Bei der Berechnung wurden die Meßzahlen multiplikativ verknüpft: (3) + (4) — (1) — (2) — (5). Nicht berücksichtigt wurde die Veränderung der Kapitalkosten (JG 66 Ziffern 309 ff.). — Weitere Erläuterungen siehe JG 66 Anhang VI.
[6]) Eigene Schätzung.
[a]) Nach Berücksichtigung der Mehrwertsteuererhöhung am 1. Juli 1968 (JG 69 Ziffer 74).

rück. Daß gleichwohl die Sozialeinkommen verstärkt stiegen, ist darauf zurückzuführen,

— daß die Beamtenpensionen als unmittelbarer Reflex der Einkommensexpansion im öffentlichen Dienst heraufgesetzt wurden,

— daß die Zahlungen von Wohngeld und Kindergeld stark angehoben wurden, denn aufgrund von Gesetzesänderungen erhielten mehr Berechtigte höhere Leistungen,

— daß die Zahlungen von Arbeitslosengeld bei steigender Arbeitslosigkeit und zunehmender Kurzarbeit beträchtlich erhöht wurden,

— daß die Zahlungen für Umschulung und Fortbildung, die sich in den ersten sieben Monaten 1971 auf rund eine Milliarde DM beliefen, im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt wurden,

— daß die Arbeitnehmersparzulage erstmals ab 1971 gewährt wurde.

79. Während die Rentenzahlungen relativ wenig stiegen, erhöhten sich, bedingt durch die anhaltende Lohnexpansion, die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung beträchtlich. Der Kassenüberschuß war in den ersten sieben Monaten mehr als doppelt so groß wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Damit hat sich die gegenwärtige Finanzlage der Rentenversicherung verbessert. Die Bundesregierung kommt in ihren Vorausberechnungen im Jahre 1971 zu dem Ergebnis, daß sich auch langfristig die Finanzlage der Rentenversicherung verbessern werde. Dies führte zu Plänen, den potentiellen Finanzspielraum in der gesetzlichen Rentenversicherung für Leistungsverbesserungen zu nutzen. Dabei wurde, wie der Sozialbeirat in seinem Gutachten beanstandet, zu wenig beachtet, daß die Annahmen, die der Berechnung der Bundesregierung zugrunde liegen, zu optimistisch sind. Die Bundesregierung wählt die Endphase einer Hochkonjunktur als Basis und unterstellt, daß die Entwicklung ohne Konjunktureinbruch in eine Phase gleichgewichtigen Wachstums übergeht. Bei diesen Annahmen bleiben die Ausgaben langfristig hinter den Einnahmen zurück, da die Zuwachsrate der Ausgaben erst mit zeitlicher

Verzögerung an die Durchschnittsverdienste angepaßt wird, und dies von dem niedrigeren Ausgangsniveau der Renten aus. Der Einnahmenüberschuß, der dann entsteht, würde jedoch — käme es zu einem Konjunktureinbruch — teilweise wieder abgebaut werden.

Zur Einkommenssituation der Landwirtschaft

80. Von der Einkommensexpansion des letzten Jahres blieb die Landwirtschaft weitgehend ausgeschlossen. Im Wirtschaftsjahr 1970/71 erreichte das Durchschnittseinkommen der Landwirte (gemessen am Betriebseinkommen je Vollarbeitskraft) nominal allenfalls das Niveau des Vorjahres,

— obwohl die strukturell bedingte Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte weiter angehalten hat — im Wirtschaftsjahr 1970/71 dürfte die Abnahme etwa 6 vH bis 7 vH betragen haben — und

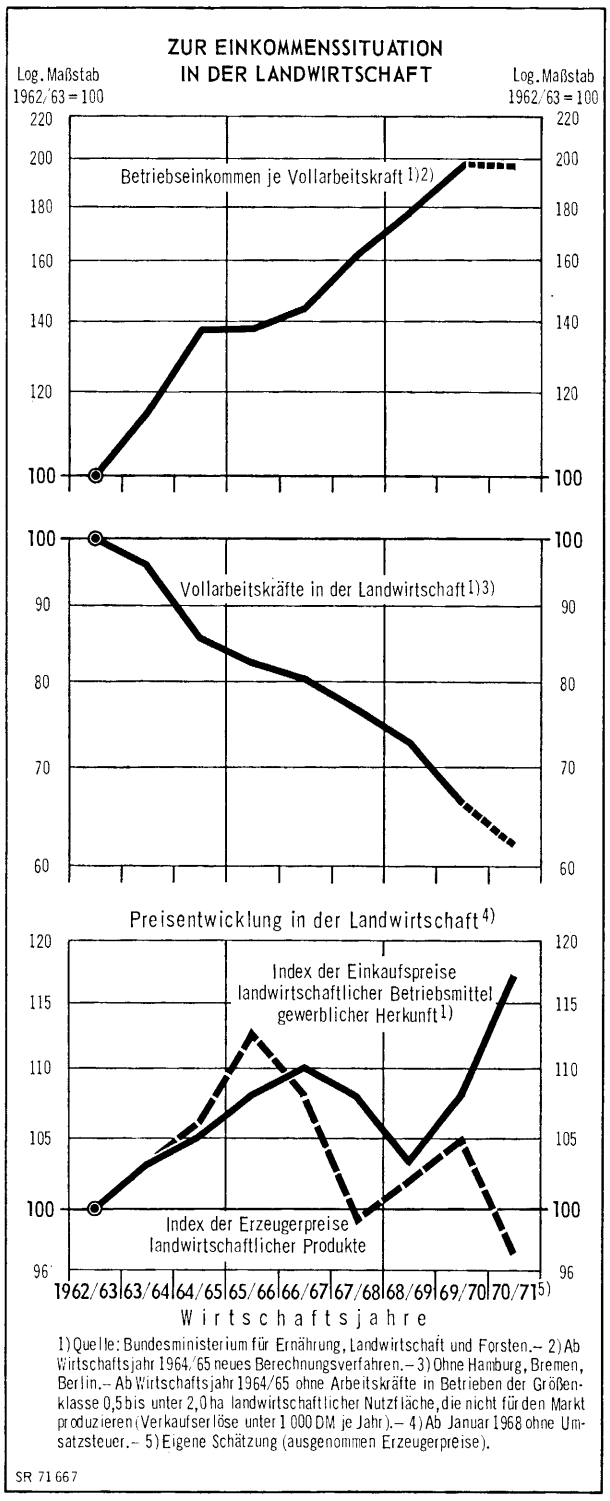
— obwohl im Einkommen der Landwirtschaft auch die 1,7 Mrd. DM enthalten sind, die sie zum Ausgleich der durch die D-Mark-Aufwertung vom Oktober 1969 eingetretenen Erlöseinbußen erhalten hat.

Berücksichtigt man darüber hinaus die starke Verteuerung der Lebenshaltung, so wurde das vorjährige Einkommensniveau real deutlich unterschritten.

81. Bestimmend für die ungünstige Entwicklung der landwirtschaftlichen Einkommen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr war neben einer relativ geringen Ernte vor allem der Kostendruck, dem die Agrarwirtschaft, bedingt durch den starken Anstieg der industriellen Erzeugerpreise, in zunehmendem Maße ausgesetzt war. So verteuerten sich die Betriebsmittel, die die Landwirtschaft vom gewerblichen Sektor bezieht, im Wirtschaftsjahr 1970/71 um 8,3 vH (Schaubild 18). Besonders ausgeprägt waren dabei die Preissteigerungen bei der Instandhaltung von Gebäuden und Maschinen.

Gleichzeitig sanken die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise; sie lagen im Wirtschaftsjahr 1970/71 um nahezu 8 vH unter denen des Vorjahres. Dies beruhte — von der angebotsbedingten Abnahme der Marktpreise für Schweine abgesehen — darauf, daß die Marktordnungspreise (Grund-, Orientierungs- und Interventionspreise für Marktordnungsgüter) nach der D-Mark-Aufwertung vom Herbst 1969 gesenkt werden mußten: Um die Absatzbedingungen in den Europäischen Gemeinschaften zu vereinheitlichen, sind die Preise solcher Agrarprodukte, für die Marktordnungen mit Interventionsmaßnahmen vereinbart wurden (über 80 vH der Agrarerzeugung), in Rechnungseinheiten festgelegt; der Wert einer Rechnungseinheit entspricht einer Feingoldmenge von 0,889 Gramm und damit der Goldparität des Dollars. Die Preise in nationalen Währungseinheiten werden über die jeweilige Dollar-Parität des betreffenden Landes berechnet. Jede Paritätsänderung muß dann automatisch zu einer Änderung der nationalen

Schaubild 18



1) Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. – 2) Ab Wirtschaftsjahr 1964/65 neues Berechnungsverfahren. – 3) Ohne Hamburg, Bremen, Berlin. – Ab Wirtschaftsjahr 1964/65 ohne Arbeitskräfte in Betrieben der Größenklasse 0,5 bis unter 2,0 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, die nicht für den Markt produzieren (Verkaufserlöse unter 1 000 DM je Jahr). – 4) Ab Januar 1968 ohne Umsatzsteuer. – 5) Eigene Schätzung (ausgenommen Erzeugerpreise).

SR 71 667

Marktordnungspreise führen; sie steigen im Falle einer Abwertung, sinken im Falle einer Aufwertung.

Die Regel galt auch für die D-Mark-Aufwertung vom Herbst 1969, doch wurde die Senkung der Agrarpreise um 8,5 vH erst vom 1. Januar 1970 an wirksam; für die Zwischenzeit wurden der Bundesrepublik Grenzausgleichsmaßnahmen (Importabgaben und Exporterstattungen) zugestanden. Danach ver-

hinderten Ausgleichszahlungen, die der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften bis zu einem Betrag von jährlich 1,7 Mrd. DM für die Dauer von 4 Jahren genehmigt hatte [1]), daß die aufwertungsbedingten Preissenkungen nicht zu einer aufwertungsbedingten Minderung der landwirtschaftlichen Nominaleinkommen führten.

82. Im Wirtschaftsjahr 1971/72 werden sich die landwirtschaftlichen Nominaleinkommen voraussichtlich günstiger als im Vorjahr entwickeln, da

— der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften am 25. März 1971 die Preise für Marktordnungsgüter für das Wirtschaftsjahr 1971/72 um 2 vH bis 6 vH angehoben hat,

— die Ernte, vor allem die Getreideernte, sehr gut ausfiel, die Verkaufserlöse sich also kräftig erhöhen werden, und

— die Schweinepreise wieder eine steigende Tendenz aufweisen.

Die erhoffte Verbesserung bedingt, daß sich der Preisauftrieb bei den Vorleistungen weiter abschwächen wird; erste Anzeichen einer Beruhigung sind in den letzten Monaten erkennbar geworden.

83. Nicht ausgeräumt ist die Unsicherheit, ob der De-facto-Aufwertung der D-Mark nach der Wechselkursfreigabe nicht eine De-jure-Aufwertung folgen wird, die eine erneute Senkung der deutschen Marktordnungspreise mit sich bringen würde. Bislang wurde den Ländern, die ihre Wechselkurse freigegeben hatten, durch eine Verordnung des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 12. Mai 1971 (Verordnung 974/71) eingeräumt, bei allen Waren, für die in den Marktordnungen Interventionsmaßnahmen vorgesehen sind, ein System von Importabgaben und Exporterstattungen, also einen Grenzausgleich anzuwenden, sofern die Kurse um mehr als 2,5 vH von der Parität abweichen. Die Höhe des Grenzausgleichs richtet sich nach der Abweichung des wöchentlichen Durchschnittskurses einer Landeswährung von deren Dollar-Parität. Die nationalen Agrarpreise sind dadurch vorerst vor den Folgen von Wechselkursänderungen außerhalb der alten Bandbreiten weitgehend abgeschirmt.

Die Regelung tritt automatisch außer Kraft, wenn neue Paritäten festgelegt werden. Im Falle einer De-jure-Aufwertung der D-Mark müßte das deutsche Agrarpreisniveau erneut gesenkt werden. Zu einer Herabsetzung der Agrarpreise käme es auch in anderen Ländern der Gemeinschaft, wenn diese ihre Währungen ebenfalls gegenüber dem Dollar aufwerteten. Nur wenn alle Länder ihre Dollar-Paritäten gleichzeitig in der gleichen Richtung änderten, würde sich nach einem Beschluß des Ministerrates aus dem Jahre 1968 (Verordnung 653/68) auch der Wert der Rechnungseinheit ohne Beschlußfassung um das Maß der geringsten Paritätsanpassung verändern. Die in nationaler Währung ausgedrückten Marktordnungspreise brauchten dann in den Ländern mit höheren Aufwertungssätzen gegenüber dem US-Dollar entsprechend weniger herabgesetzt zu werden. Da anzunehmen ist, daß die Bundesrepublik das Land mit dem höchsten Aufwertungssatz sein wird, würde das deutsche Agrarpreisniveau in jedem Falle nochmals gesenkt werden müssen.

84. Wird dies alles gesehen und wird zudem das Maß an Anpassungsfähigkeit gewürdigt, das der deutschen Landwirtschaft seit den preispolitischen Beschlüssen des Jahres 1967 — wenn auch durch Strukturprogramme gemildert — abverlangt wurde, dann sind die sich seit etwa einem Jahr mehrenden Anzeichen von Überreaktionen im Strukturwandel nicht leicht zu nehmen.

Eine Vergrößerung des Einkommensabstandes der Landwirtschaft gegenüber vergleichbaren Bereichen stellt solange kein ökonomisches Problem dar, als dadurch die wachstumsnotwendige Strukturanpassung in einem sozial vertretbaren Ausmaß gefördert wird. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft ist im Grundsatz wünschenswert und unbedenklich, und zwar auch dann, wenn dieser Prozeß sich in der Bundesrepublik — angesichts der besseren Chancen für einen Berufswechsel und höherer Einkommen außerhalb der Landwirtschaft — rascher vollziehen sollte als in anderen Ländern der Gemeinschaft. Dadurch würde lediglich dem EWG-Vertrag entsprochen, der eine Verbesserung der agrarischen Arbeitsteilung innerhalb Europas anstrebt. Schwerer fällt die ökonomische Rechtfertigung gegenüber sozialen Härten des Strukturwandels, wenn es zu Einkommenseinbrüchen kommt, weil die Politik Daten setzt oder Entwicklungen zuläßt, mit denen auch anpassungswillige Landwirte nicht rechnen konnten. Ein starker Einkommensdruck kann sogar, obwohl der Strukturwandel wünschenswert ist, ökonomisch bedenklich sein. Er ist es dann, wenn in größerer Zahl gut geführte und an sich lebensfähige Betriebe zur Aufgabe gezwungen werden und so der Erfolg langjähriger Bemühungen um eine Strukturverbesserung in der Landwirtschaft gefährdet ist. Dem Sachverständigenrat ist dargelegt worden, daß solche Fälle sich häufen. Er hat jedoch keine Unterlagen über das Ausmaß des Problems.

85. Neben den längerfristigen Anpassungsaufgaben der deutschen Landwirtschaft sind es, wie erwähnt, zwei Probleme, mit denen sie zu kämpfen hat, die inflationsbedingte Entwertung der garantierten Agrarpreise — steigende Kosten für Betriebsmittel und Lebenshaltung — sowie der Zwang zur Anpassung bei abrupten Wechselkursänderungen.

86. Die Beschleunigung der Geldentwertung ist an sich ein EG-weites Problem. Die Europäischen Behör-

[1]) Die Ausgleichszahlungen setzen sich zusammen aus
— nicht abzuführenden Mehrerlösen aus der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes der Agrarprodukte von 5 vH auf 8 vH in Höhe von etwa 780 Mill. DM jährlich und
— direkten Zahlungen in Höhe von 920 Mill. DM in den Jahren 1970 und 1971, die sich nach einem Flächenschlüssel bemessen. 1972 verringert sich dieser Betrag auf 810 Mill. DM, 1973 auf voraussichtlich 700 Mill. DM.

den haben sich bisher die inflationsbedingte Minderung der Einkommenschancen in der Landwirtschaft eine Hilfe bei der Lösung des Problems der Agrarüberschüsse sein lassen, das sie selbst verursachten, indem sie Preise festsetzten, die keinen Marktausgleich herbeiführten. Auch heute sind noch nicht alle Überschußprobleme gelöst, von der Frage, wie hoch auf längere Sicht der Außenschutz gegen Agrarerzeugnisse aus Drittländern sein soll, ganz abgesehen. Gäbe es keine Überschußprobleme, wäre eine Preisniveaupolitik der einfachste Weg, bei allgemeiner Geldentwertung die Landwirtschaft vor dadurch bedingten Einkommenseinbußen zu bewahren. Die deutschen Landwirte machen geltend, daß die Beschleunigung des inflatorischen Prozesses sie besonders hart getroffen und ihre Anpassungsfähigkeit überfordert hätte, weil die wichtigsten deutschen Agrarpreise bei der Festsetzung gemeinsamer Preise im Jahre 1967 hatten gesenkt werden müssen, während sie in den Partnerländern heraufgesetzt wurden.

87. Wechselkursänderungen sollen Unterschiede in der internationalen Preis- und Kostenentwicklung ausgleichen. Sie tun das auch. Stetige Wechselkursänderungen würden deshalb wahrscheinlich für die Landwirtschaft im Prinzip keine Probleme aufwerfen, die es anderswo nicht auch gäbe; selbst für die schwerfällige Marktordnungstechnik ließen sich wohl Anpassungsregeln finden. Anders ist es bei abrupten Wechselkursänderungen. Dann kommt es vor, daß eine Wechselkursänderung Unterschiede in der Kostenentwicklung nicht bloß konstatiert, sondern ihnen vorausgeht, genauer: sie erst allmählich erzwingt. Dies ist gravierend für die Landwirtschaft, weil deren Verkaufspreise durch die Bindung an die Rechnungseinheit mit der Wechselkursänderung abrupt angepaßt werden. Über die Entwicklung der Betriebsmittelpreise der Landwirtschaft in den Partnerländern der Europäischen Gemeinschaften gibt es leider keine verläßliche Auskunft. Immerhin läßt der Anstieg der Betriebsmittelpreise in der Bundesrepublik den Schluß zu, daß sie nicht zu denen gehören, die unter einem Aufwertungsdruck rasch nachgeben.

88. Diese Gründe machen verständlich, warum für die Landwirtschaft der Bundesrepublik Spielraum begehrt wird, der es ihr erlaubt, die — längerfristig unausweichliche — Anpassung an neue Bedingungen zeitlich zu strecken, besser: eine Beschleunigung des Anpassungsprozesses unter dem Druck sinkender Realeinkommen zu vermeiden. Wir nehmen an, daß sich die Partner in den Europäischen Gemeinschaften hierfür auch gewinnen lassen, wenn sie sicher sein können, daß nicht daran gedacht ist, diesen Prozeß aufzuhalten und so den Pflichten der Römischen Verträge auszuweichen. Der Strukturwandel im Sinne dieser Verträge hat sich in der Vergangenheit in einer ständigen Schrumpfung der deutschen Landwirtschaft, gemessen an den dort Erwerbstätigen, sowie in einer kräftigen Zunahme der Einfuhr von Agrarerzeugnissen aus den Partnerländern manifestiert. Die Agrarpolitik der Bundesregierung geht davon aus, daß dieser Prozeß sich ohne Unterbrechung fortsetzen soll. Die Römischen Verträge verlangen, ja gestatten nicht, daß er ohne Rücksicht auf die Einkommen der Landwirte eines Mitgliedstaates abläuft.

Preisklima nur wenig abgekühlt

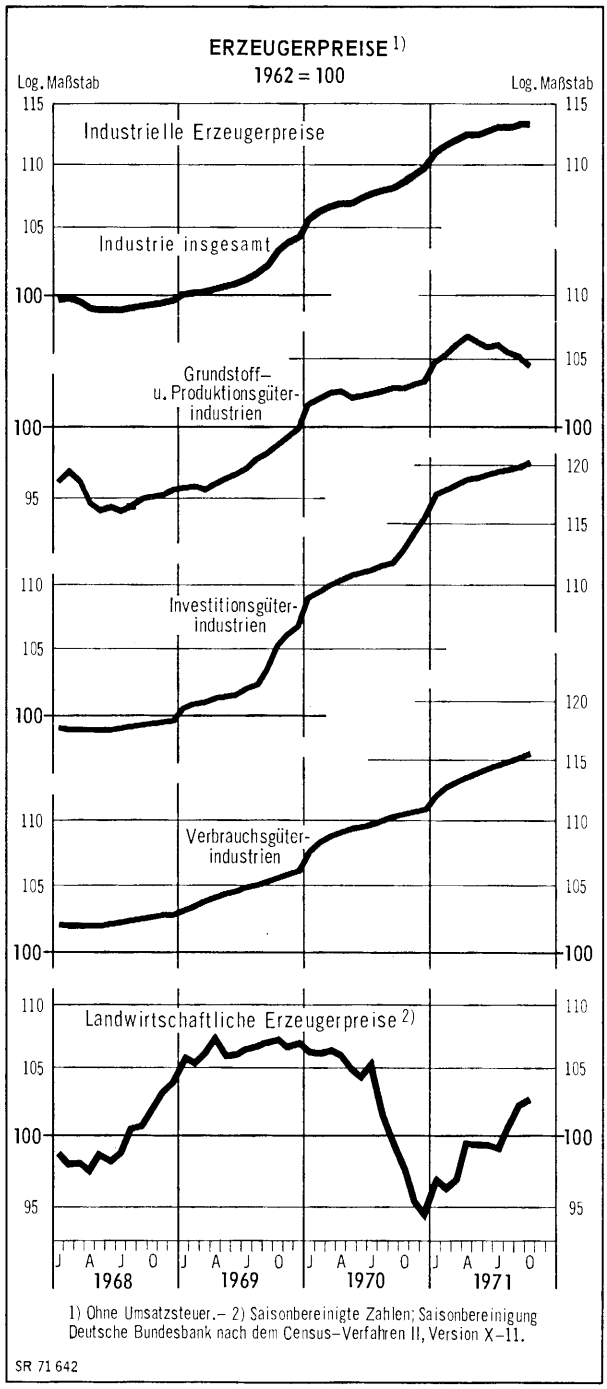
89. Im Herbst 1971, 18 Monate nach dem konjunkturellen Höhepunkt, wirken in der Preisentwicklung auf den Binnenmärkten immer noch die Übersteigerungen des Booms nach. Seit der Freigabe des D-Mark-Wechselkurses hat die verschärfte Importkonkurrenz die Preiserhöhungsspielräume der inländischen Anbieter eingeengt, die Preissteigerungen in der kurzen Zeit jedoch nicht zum Stillstand bringen können. Immerhin schwächte sich der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise seit dem Frühjahr 1971, wenn auch langsam, ab; eine deutliche Abkühlung des Preisklimas in der Industrie wäre jedoch erst erreicht, wenn im vierten Vierteljahr 1971 ein ähnlich starker Preisschub wie Ende 1969 und Ende 1970 ausbliebe (Ziffern 90 ff.). Von den landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen ist — anders als 1970 — keine stabilisierende Wirkung mehr auf das Binnenpreisniveau ausgegangen. Auf den Baumärkten hielt der scharfe Preisauftrieb fast unvermindert an (Ziffer 94). Beunruhigt war die Öffentlichkeit im Jahre 1971 über die beschleunigte Verteuerung der Lebenshaltung (Ziffern 95 ff.).

90. Der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise schwächte sich bis zum Herbst 1971 nur zögernd ab. Bis zum Oktober 1971 haben sich Industrieprodukte auf den inländischen Märkten binnen Jahresfrist noch um 4,2 vH verteuert. Da sich die Nachfrage bis Mitte 1971 auf hohem Niveau hielt (Ziffer 23), versuchten die Unternehmen dem anhaltenden Kostendruck zunächst wohl eher durch Preiserhöhungen als durch einen Abbau der Beschäftigung entgegenzuwirken. Zwar stiegen die industriellen Erzeugerpreise im dritten Vierteljahr 1971 nicht mehr an, doch hatten die kräftigsten, vor allem lohnkosteninduzierten, Preisschübe 1969 und 1970 jeweils erst im vierten Vierteljahr eingesetzt (Schaubild 19).

91. In den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sanken die Erzeugerpreise — nach einem vorübergehend beschleunigten Anstieg — seit dem Frühjahr 1971. Diese Entwicklung spiegelt die Preistendenzen bei importierten Rohstoffen, vor allem Erdöl und NE-Metallen. Andere wichtige Inputgüter, wie Eisen-, Stahl- und chemische Erzeugnisse, haben sich im Verlauf des Jahres dagegen weiter verteuert. Insgesamt waren die Preise für Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien im dritten Vierteljahr 1971 um 2,9 vH höher als ein Jahr zuvor.

92. Abgeschwächt hat sich der Preisauftrieb auch in den Investitionsgüterindustrien, nachdem es dort von Oktober 1970 bis Januar 1971 — wohl überwiegend als Folge der kräftigen Lohnerhöhungen im

Schaubild 19



Metallbereich — noch einmal zu einem Preisschub gekommen war. Dabei brauchten die Unternehmen bis zur Wechselkursfreigabe die Preiskonkurrenz importierter Erzeugnisse nur wenig zu fürchten, weil deren Preise — während des Jahres 1970 weitgehend stabil — seit Anfang 1971 kräftig anzogen. Seit Mai 1971 ergab sich ein gewisser Druck von den Einfuhren her, der aber trotz labiler Investitionsneigung im Inland den Preisanstieg bisher nur wenig beeinflußt hat.

93. Auf den verbrauchsnahen Industriemärkten dagegen stiegen 1971 die inländischen Erzeugerpreise bis zum Herbst stärker als ein Jahr zuvor. Die Verbrauchsgüterindustrien konnten bei lebhaften Inlandsbestellungen Kostensteigerungen noch weitgehend in Preiserhöhungen weitergeben, obwohl seit dem Frühjahr 1971 die D-Mark-Preise für ausländische Verbrauchsgüter rasch sanken. Auch in den Nahrungs- und Genußmittelindustrien setzte sich der Preisauftrieb fort. Hier dürfte ausschlaggebend gewesen sein, daß die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte, die 1970 kräftig gesunken waren, seit der Jahreswende 1970/71 wieder stiegen. Ins Gewicht fielen dabei die Preiserhöhungen bei tierischen Produkten. Die Orientierungs-, Grund- und Richtpreise der Agrarmarktordnungen wurden im Frühjahr 1971 heraufgesetzt, für Milch und Schlachtrinder um 6 vH; die Preise für Schlachtschweine stiegen aufgrund einer Verknappung des Angebots.

94. Die höchsten Preissteigerungen haben sich auch 1971 auf dem Baumarkt durchgesetzt. Es scheint der Bauwirtschaft gelungen zu sein, die hohen Kostensteigerungen, vor allem den Anstieg der Lohnkosten nach den Tariflohnerhöhungen im Mai, weitgehend zu überwälzen. Der Auftragslage entsprechend wurden besonders die Preise im Hochbau angehoben, am stärksten im Wohnungsbau. Selbst im Tiefbau, der seit Anfang 1970 über Auftragsmangel klagt, kam der Preisanstieg erst Mitte 1971 zum Stillstand.

95. Die Verbraucher mußten 1971 einen stärkeren Kaufkraftverlust hinnehmen als jemals in den vergangenen zwanzig Jahren. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, der in der Öffentlichkeit gebräuchliche Maßstab für die Geldwertentwicklung, stieg 1971 noch schneller als im Vorjahr, von Januar bis Oktober 1971 mit einer Jahresrate von 5,9 vH. Im Oktober 1971 lagen die Verbraucherpreise um 5,9 vH höher als ein Jahr zuvor.

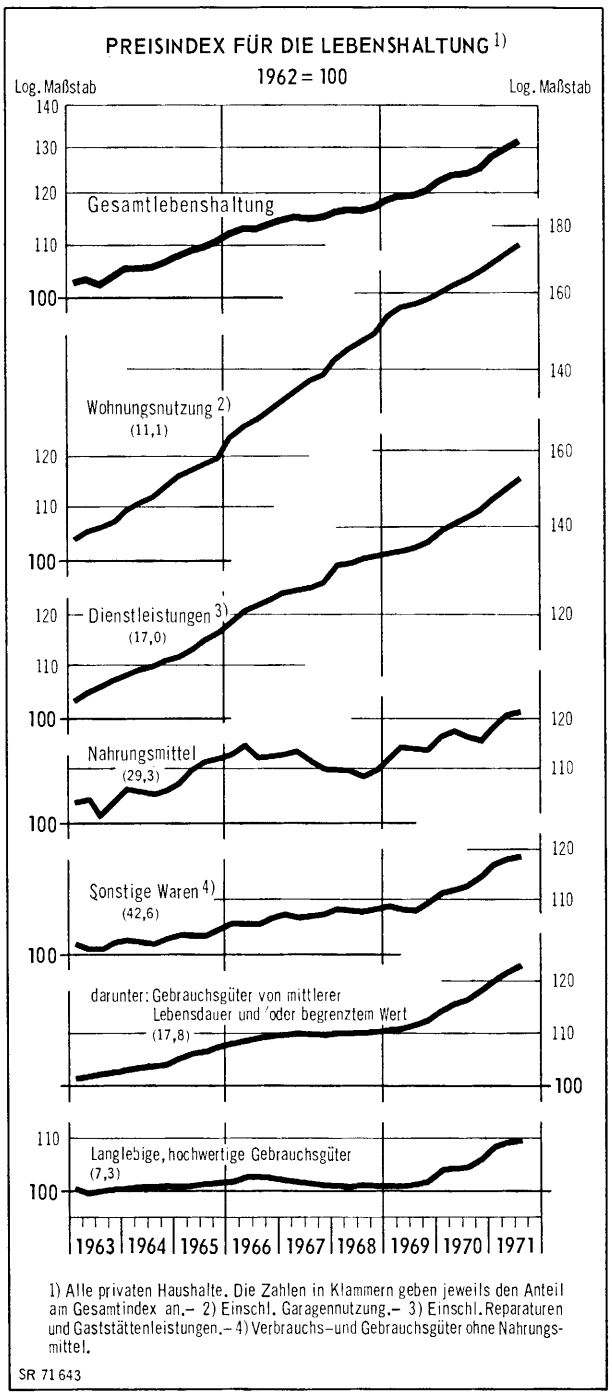
Dabei waren

- Dienstleistungen um 7,6 vH,
- Wohnungsmieten um 6,5 vH,
- Nahrungsmittel um 5,7 vH und
- sonstige Waren, das sind hauptsächlich Industriewaren, um 5,0 vH

teurer als vor Jahresfrist (Schaubild 20).

96. Rund zwei Fünftel der Verteuerung der Lebenshaltung waren 1971 noch immer auf Preissteigerungen bei den industriell erzeugten Gebrauchsgütern und Verbrauchsgütern zurückzuführen. Die Preise für diese Güter zogen seit Anfang 1970 beträchtlich stärker an als in den vergleichbaren Phasen der beiden vorangegangenen Konjunkturzyklen (Schaubild 21). Das ist stabilitätspolitisch um so bedenklicher, als langfristig das Niveau der Verbraucherpreise nur konstant bleiben kann, wenn die Preise für Industriegüter wegen der vergleichsweise hohen Produktivitätsfortschritte sinken und so Preiserhöhungen in Bereichen mit niedrigeren Produktivitätsfortschritten ausgleichen. Aber gerade von den Ver-

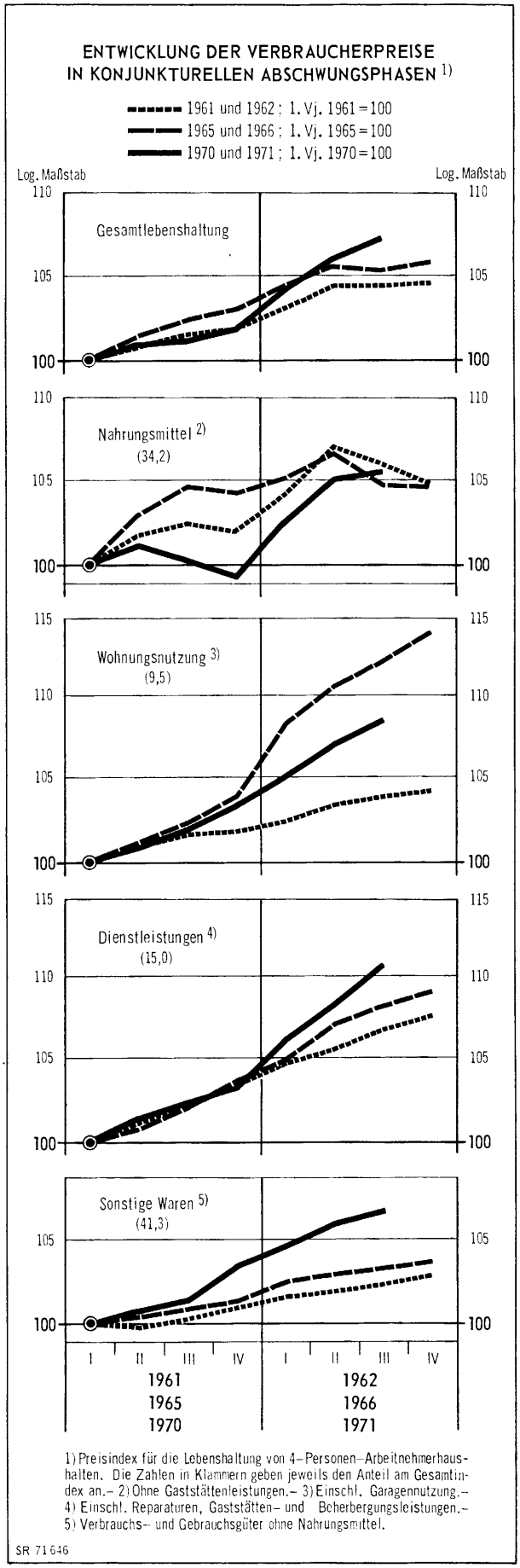
Schaubild 20



1) Alle privaten Haushalte. Die Zahlen in Klammern geben jeweils den Anteil am Gesamtindex an.– 2) Einschl. Garagennutzung.– 3) Einschl. Reparaturen und Gaststättenleistungen.– 4) Verbrauchs- und Gebrauchsgüter ohne Nahrungsmittel.

SR 71 643

Schaubild 21



1) Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten. Die Zahlen in Klammern geben jeweils den Anteil am Gesamtindex an.– 2) Ohne Gaststättenleistungen.– 3) Einschl. Garagennutzung.– 4) Einschl. Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.– 5) Verbrauchs- und Gebrauchsgüter ohne Nahrungsmittel.

SR 71 646

brauchsgüterindustrien gingen bis zum Herbst 1971 noch immer erhebliche Preissteigerungen aus, die sich nahezu ungebrochen auf die Handelsstufe übertrugen.

97. Stärker als im Vorjahr schlug diesmal der Preisanstieg für Nahrungsmittel bei den Verbrauchern zu Buche. Vom Herbst 1970 bis zum Sommer 1971 stiegen die Nahrungsmittelpreise weit mehr als saisonüblich. Danach kam es — entgegen dem jahreszeitlichen Muster — kaum zu Preissenkungen. Verteuernd hat sowohl der starke Preisauftrieb auf

der landwirtschaftlichen Erzeugerstufe als auch der auf der industriellen Verarbeiterstufe gewirkt. Über die Entwicklung der Handelspannen fehlen zuverlässige statistische Informationen. Doch ist zu vermuten, daß das Vordringen neuer Handelsformen es erschwerte, höhere Einkaufspreise voll zu überwälzen.

98. Die Wohnungsmieten sind 1971 stärker gestiegen als im Vorjahr, jedoch nicht so stark wie in den Jahren 1966 bis 1969. Im Oktober 1971 waren sie um 6,5 vH höher als ein Jahr zuvor.

Relativ kräftig zogen in den letzten zwölf Monaten die Mieten für Altbauwohnungen an, so daß sich das Gefälle zu den Mieten für Neubauwohnungen weiter verringert hat. Mitbestimmend hierfür waren wohl in erster Linie die Steigerungen der Kosten für Modernisierung und Instandhaltung, die von dem inflationären Preisauftrieb auf den Baumärkten erheblich beeinflußt wurden. Dagegen dürfte der Index der Wohnungsmieten durch die Freigabe gebundener Altbaumieten, die zu Beginn des Jahres in einigen Städten durchgeführt wurde, nur wenig angehoben worden sein. Die Mieten für freifinanzierte Neubauwohnungen wurden 1971 nicht stärker erhöht als im Durchschnitt der vergangenen acht Jahre (5,4 vH). Angesichts der außerordentlichen Baupreissteigerungen in den Jahren 1970 und 1971 erstaunt dies zunächst. Hier kommt aber wohl zum Ausdruck, daß in die Renditeüberlegungen der Bauherren mehr als früher die Vorwegnahme künftiger Wertsteigerungen eingeht. Aus solchen Gründen können sich die für Neubauten geforderten Mieten, der jeweiligen Marktlage entsprechend, durchaus für längere Zeit von der Entwicklung der Baukosten lösen.

99. Der Preisanstieg für Dienstleistungen hat sich im Verlauf des Jahres 1971 stark beschleunigt. Zum Teil mag dies daran liegen, daß die Nachfrage nach Dienstleistungen kräftig expandierte. Doch wurden 1971 auch administrierte Preise in großer Zahl angehoben, deren Anpassung an die Kostenentwicklung lange Zeit hinausgeschoben worden war. Im Februar und März wurden die Bundesbahntarife heraufgesetzt. Gebührenerhöhungen bei der Bundespost folgten im Sommer. Zweimal binnen Jahresfrist wurden die Versicherungsprämien für Kraftfahrzeuge beträchtlich aufgestockt. Verteuerungen im Gesundheitswesen kamen hinzu. Alles in allem dürfte rund ein Fünftel des Anstiegs der Dienstleistungspreise allein durch Anhebungen solcher administrierter Preise bedingt sein, die im Preisindex der Lebenshaltung erfaßt werden.

III. Die Außenwirtschaft unter dem Einfluß des „Floating"

100. Nach der Freigabe des Wechselkurses am 9. Mai 1971 kam es zu einer nahezu kontinuierlichen Höherbewertung der D-Mark (Ziffern 101 ff.). Der Wettbewerb im Außenhandel verschärfte sich wieder (Ziffern 106 ff.); in den Warenströmen schlug sich dies bislang nicht spürbar nieder, die Bestellungen aus dem Ausland gehen aber jetzt zurück. Die außenwirtschaftlichen Überschüsse veränderten sich 1971 kaum (Ziffern 119 ff.). Der Kapitalverkehr mit dem Ausland war von kredit- und währungspolitischen Maßnahmen stark beeinflußt (Ziffern 125 ff.).

Kontinuierliche Aufwertung ohne nennenswerten Abbau der Devisenreserven

101. Von der Freigabe des Wechselkurses bis Ende September 1971 stieg der D-Mark-Kurs fast ununterbrochen. Seitdem ist der Aufwertungssatz gegenüber dem US-Dollar leicht gesunken; in der ersten Novemberhälfte betrug er rund 9,5 vH. Eine wesentlich niedrigere Aufwertungsrate ergab sich für die D-Mark gegenüber der Gesamtheit unserer Handelspartner (6,3 vH).

Die Devisenbestände der Bundesbank, die vor der Freigabe des Wechselkurses 68,6 Mrd. DM betragen hatten — allein in den ersten Maitagen waren rund 8 Mrd. DM zugeflossen —, konnten in den folgenden Monaten nur unwesentlich abgebaut werden. Mitte November 1971 beliefen sie sich noch auf 63,6 Mrd. DM.

Der Devisenhandel paßte sich den veränderten Bedingungen auf den Devisenmärkten ohne größere Schwierigkeiten an. Nur anfangs schwankten die Devisennotierungen stärker, da es unsicher war, wie lange der Wechselkurs der D-Mark beweglich bleiben und ob die Bundesregierung wieder zu dem engen Band um die Parität von 3,66 DM/US-Dollar zurückkehren würde.

102. In der bisherigen Kursentwicklung lassen sich drei Phasen unterscheiden:

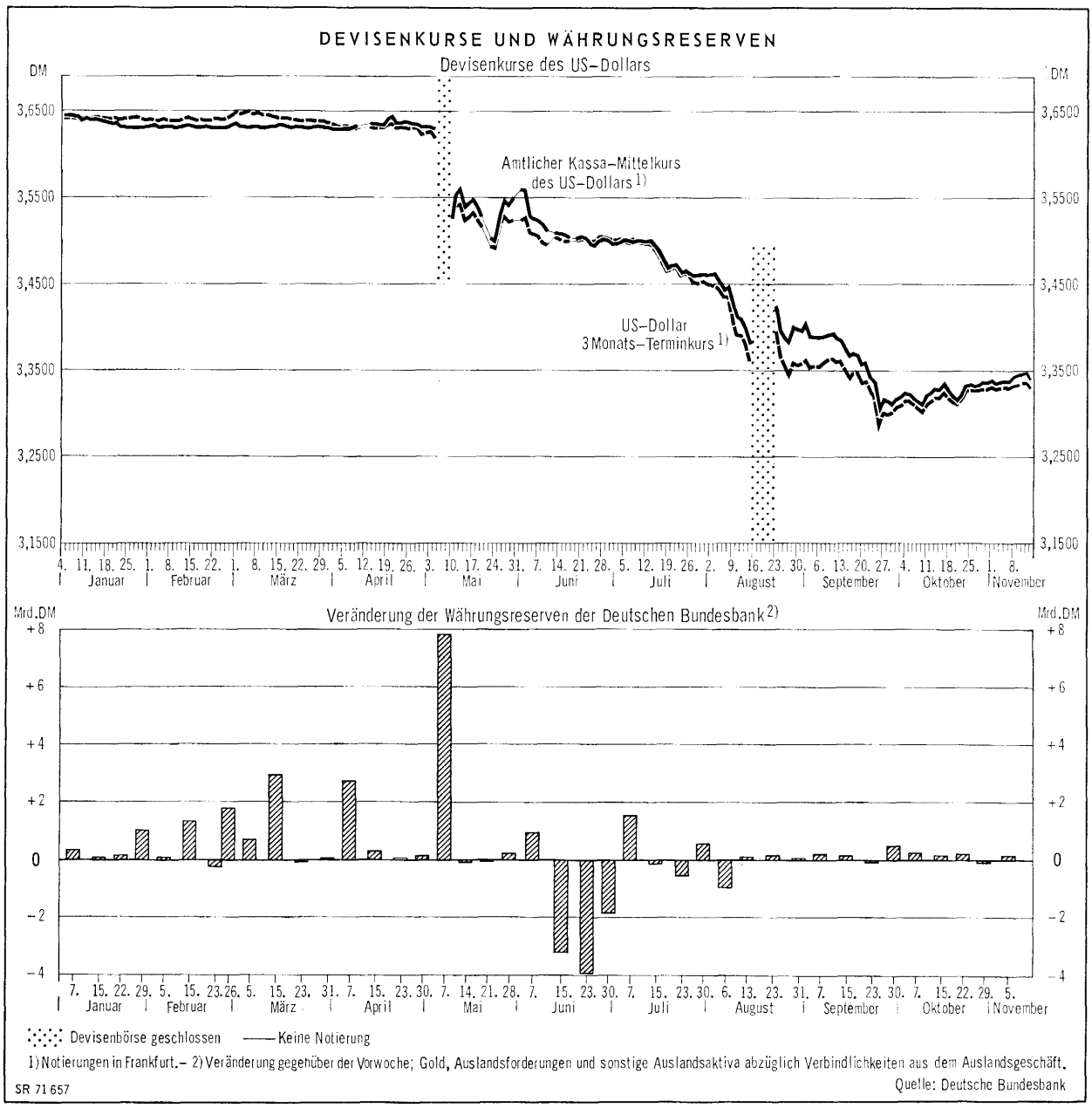
Nach der Freigabe im Mai fiel der Dollarkurs zunächst ab, stieg aber im späteren Verlauf des Monats wieder an (Schaubild 22); im Durchschnitt wurde die D-Mark gegenüber dem US-Dollar vom Markt um 3,5 vH höher bewertet.

Von Juni bis zu den wirtschafts- und währungspolitischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten am 15. August 1971 (Ziffer 9) setzte sich die Aufwertung der D-Mark fast kontinuierlich, zuletzt beschleunigt fort. Die Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar betrug während dieser Periode durchschnittlich 5,1 vH.

Nach der Wiedereröffnung der Devisenbörsen, die Mitte August während einer ganzen Woche geschlossen waren, sank der Dollarkurs weiter, bis Ende September mit knapp 11 vH der bisher höchste Aufwertungssatz der D-Mark gegenüber dem US-Dollar erreicht wurde. Seitdem hat sich der Aufwertungssatz leicht vermindert. Im Durchschnitt betrug er von Mitte August bis Mitte November 9,3 vH.

103. In der ersten Phase nach der Wechselkursfreigabe, bis Ende Mai, intervenierte die Bundesbank weder am Devisenkassa- noch am Devisenterminmarkt. Für ihr Verhalten mag eine Rolle gespielt haben, daß sie die Kursentwicklung den Marktkräften überlassen, also durch die Abgabe von Devisen keinen zusätzlichen Druck auf den Dollar ausüben

Schaubild 22



wollte. Auch mag sie gehofft haben, dadurch eine Rückkehr zum Band um die Parität von 3,66 DM/US-Dollar zu erleichtern und Buchverluste zu vermeiden, die ihr sonst beim Verkauf von Dollars entstanden wären.

Anfang Juni 1971 nahm die Bundesbank ihre Interventionen am Devisenmarkt wieder auf und gab laufend Devisen ab. Damit wollte sie wohl vor allem vermeiden, daß die Devisenbestände aufgrund der Käufe von Termindollars, die sie vor der Freigabe des Wechselkurses getätigt hatte, weiter anstiegen. Zwar führten die Devisenabgaben der Bundesbank im Juni zu einer Verminderung der Devisenbestände um rund 7 Mrd. DM, doch reichten die Abgaben in der folgenden Zeit nur dazu aus, die weiteren Zuflüsse aus den früheren Termingeschäften zu kompensieren.

Hatte die Bundesbank — mit Ausnahme weniger Tage — bis Mitte August nur Devisen am Markt abgegeben, so hat sie danach sowohl am Kassamarkt wie vor allem am Terminmarkt fast ausschließlich Devisen aufgenommen. Dies geschah insbesondere deshalb, weil sich der Druck auf den Dollar verstärkte, als vor Beginn der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds unerwartet hohe Aufwertungssätze für die D-Mark in der internationalen Diskussion genannt wurden.

104. Ein Urteil über die Auswirkungen der Wechselkursfreigabe auf unseren Außenhandel darf sich nicht nur an der Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar orientieren; vielmehr ist ein gewogener Aufwertungssatz zugrunde zu legen, der sich ergibt, wenn man die Wechselkursänderungen

Tabelle 11

Wechselkursänderungen ausgewählter Währungen [1])

vH

Zeitraum	D-Mark			Yen		Pfund Sterling		Französischer Franc		US-Dollar
	gegenüber									
	dem US-Dollar [2])	den Ländern mit amtlich notierter Währung [3])	der Welt [4])	dem US-Dollar [2])	der Welt [5])	dem US-Dollar [2])	der Welt [5])	dem US-Dollar [2])	der Welt [5])	der Welt [5])
1971										
Mai (10. bis 28.) ..	+ 3,5	.	.							
Juni	+ 4,2	.	.							
Juli	+ 5,1	.	.							
August (1. bis 13.)	+ 6,7	.	.							
10. Mai bis 13. August	+ 4,7	.	.							
August (23. bis 31.)	+ 7,7	+4,6	+5,4	+2,1	+1,3	+2,5	+0,7	+0,7	−2,4	−3,0
September	+ 8,9	+5,5	+6,3	+6,7	+5,9	+2,9	+0,8	+0,6	−2,9	−3,7
Oktober	+10,0	+5,8	+6,9	+8,9	+7,9	+3,8	+1,3	+0,4	−3,8	−4,3
November (1. bis 12.)	+ 9,5	+5,3	+6,3	+9,5	+8,5	+3,9	+1,3	+0,4	−3,9	−4,4
23. August bis 12. November ..	+ 9,3	+5,5	+6,4	+7,4	+6,5	+3,3	+1,2	+0,5	−3,4	−4,0

[1]) Aufwertung: +; Abwertung: —.
[2]) Erhöhung des Kurses der jeweiligen Währung gegenüber ihrer US-Dollar-Parität von Ende Mai 1970.
[3]) Veränderung der an der Frankfurter Devisenbörse festgestellten Mittelkurse dieser Währungen gegenüber ihrer rechnerischen DM-Parität von Ende Mai 1970; gewogen mit dem Anteil des jeweiligen Landes am deutschen Außenhandel (Ausfuhr + Einfuhr) im Durchschnitt der Jahre 1968 bis 1970.
[4]) Auf die Länder mit nicht amtlich notierter Währung entfielen im Durchschnitt der Jahre 1968 bis 1970 25,4 vH des deutschen Außenhandels. Es wurde unterstellt, daß diese Länder per Saldo ihre Währungsparität gegenüber dem US-Dollar nicht geändert haben.
[5]) Zur Berechnungsmethode siehe Ziffer 104.

Quelle: Deutsche Bundesbank

bei unseren Handelspartnern mit in Rechnung stellt [1]) (Tabelle 11).

Von der Wechselkursfreigabe bis Mitte August 1971 betrug dieser gewogene Aufwertungssatz im Durchschnitt etwa 3,9 vH [2]), verglichen mit einem Aufwertungssatz von 4,7 vH gegenüber dem Dollar. Denn gleichzeitig mit dem Kurs der D-Mark war auch der Kurs des holländischen Gulden freigegeben worden, und die Schweiz und Österreich hatten ihre Währungen aufgewertet.

[1]) Ein solcher gewogener Aufwertungssatz läßt sich — nach einem üblichen Verfahren — ermitteln, indem man den Aufwertungssatz eines Landes gegenüber dem US-Dollar um die Aufwertungssätze seiner Handelspartner gegenüber dem US-Dollar, gewichtet mit deren Anteilen am Außenhandel des Landes (Export plus Import), vermindert. Vereinfachend wird dieses Verfahren zumeist auf die jeweils amtlich notierten Währungen beschränkt. Für die übrigen Währungen — weitgehend die der Entwicklungsländer — wird die Annahme gemacht, daß sich ihre Währungsrelationen zum US-Dollar nicht verändert haben.

[2]) Durchschnittlicher Aufwertungssatz gegenüber dem US-Dollar, vermindert um die Aufwertungsrate des Schweizer Franken (7,1 vH), des österreichischen Schillings (5,1 vH) und der durchschnittlichen Höherbewertung des Gulden gegenüber dem US-Dollar (2,3 vH), gewichtet mit dem Anteil dieser Länder am Außenhandel der Bundesrepublik (Export plus Import der Jahre 1968 bis 1970).

Besonders nach den währungspolitischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten bedeutete die Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar nicht in gleichem Maße einen Anstieg des gewogenen Aufwertungssatzes. Denn bis auf Frankreich hatten alle wichtigen Industrieländer ihre Währungen freigegeben, die dann gegenüber dem US-Dollar ebenfalls höher bewertet wurden.

Der gewogene Aufwertungssatz der D-Mark erhöhte sich in den drei Monaten seit den amerikanischen Maßnahmen auf durchschnittlich 6,4 vH, während der Aufwertungssatz gegenüber dem US-Dollar auf 9,3 vH stieg.

105. Für die Höhe des gewogenen Aufwertungssatzes ist die regionale Struktur des Außenhandels bedeutsam. Der gewogene Aufwertungssatz für den japanischen Yen, der zuletzt den gleichen Aufwertungssatz gegenüber dem US-Dollar hatte wie die D-Mark, fällt beispielsweise wesentlich höher aus als für die D-Mark, denn der Anteil der Vereinigten Staaten und der Drittländer am japanischen Außenhandel ist beträchtlich größer als am deutschen Außenhandel. Die Wettbewerbsposition der deutschen Exportwirtschaft ist also vergleichsweise weniger beeinträchtigt als die der japanischen.

Andererseits liegen die gewogenen Aufwertungssätze für Länder wie die Schweiz, Österreich, Belgien und die Niederlande, die einen sehr großen Teil ihres Außenhandels mit der Bundesrepublik abwickeln, trotz weitgehend gleicher Aufwertungsraten gegenüber dem Dollar unter denen der D-Mark. Die Exportwirtschaft ist in diesen Ländern weniger belastet als bei uns.

Schließlich verbesserte das allgemeine Floating die Wettbewerbsposition der amerikanischen und französischen Exporteure gegenüber allen wichtigen Konkurrenten. Für diese beiden Länder ergibt sich im gewogenen Durchschnitt ein Abwertungseffekt, der sich im November 1971 auf 3,9 vH für den französischen Franc und auf 4,4 vH für den US-Dollar belief. Die deutschen Exporteure werden also mit einer verschärften Konkurrenz dieser Länder auf den Weltmärkten zu rechnen haben.

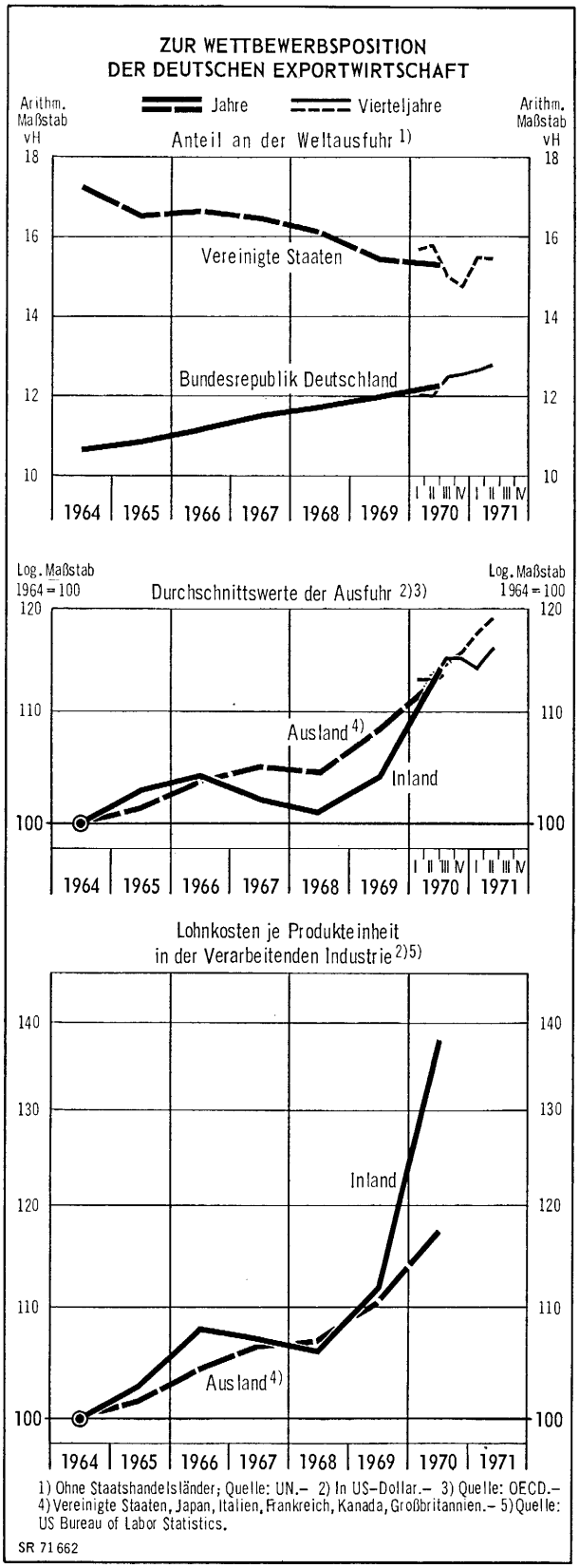
Verschärfter Wettbewerb im Außenhandel

106. Durch die Höherbewertung der D-Mark seit der Freigabe des Wechselkurses scheinen die Wettbewerbsvorteile der deutschen Exporteure, die zuvor noch bestanden haben mögen, nunmehr beseitigt.

107. Daß unsere Exporteure in den letzten Jahren auf den Weltmärkten eine starke Wettbewerbsposition gehabt haben müssen, ist deshalb anzunehmen, weil der Anteil der Bundesrepublik an der Weltausfuhr von 1964 bis Mitte 1971 kontinuierlich zugenommen hat, während beispielsweise der Anteil der Vereinigten Staaten in der gleichen Zeit ständig zurückging (Schaubild 23).

Dieser Entwicklung entspricht, daß sich unsere Ausfuhrgüter, gemessen an den Durchschnittswerten der

Schaubild 23



Ausfuhr, in den letzten Jahren weniger verteuerten als die der wichtigsten Industrieländer. Zwar stiegen die Durchschnittswerte der deutschen Ausfuhr — in US-Dollar gerechnet — nach der Aufwertung

1969 sofort stark an und holten im Vergleich zu den Außenhandelspreisen der wichtigsten Handelspartner zunächst auf, doch zeigte sich seit Frühsommer 1970 wieder deutlich, daß der Preisanstieg für deutsche Exportgüter unter dem der Partnerländer lag; die Preisschere zum Ausland — gemessen an den Durchschnittswerten der Ausfuhr — öffnete sich wieder.

108. *Für solche internationalen Preisvergleiche ist man auf die „Durchschnittswerte der Ausfuhr" angewiesen, die den Nachteil haben, daß sie nicht die „reine" Preisentwicklung, sondern auch Veränderungen in der Warenqualität und Warenstruktur widerspiegeln (JG 69 Ziffer 106). Jedoch mögen diese Faktoren die Durchschnittswerte der Gesamtausfuhr weniger beeinflussen als beispielsweise die Durchschnittswerte der Ausfuhr einzelner Warengruppen. Ein „Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter" (Kontraktpreise), wie ihn das Statistische Bundesamt ermittelt, wird nur von wenigen Ländern errechnet. Dieser Index ist in der Bundesrepublik in den letzten Jahren wesentlich stärker gestiegen als die Durchschnittswerte der Ausfuhr. Die Beurteilung, ob eine solche Entwicklung auch in anderen Ländern konstatiert werden könnte, scheitert, weil Vergleichsmöglichkeiten fehlen.*

109. *Die deutliche Diskrepanz, die sich seit Mitte 1968 in der Entwicklung der Durchschnittswerte der Ausfuhr und der Kontraktpreise abgezeichnet hat (Schaubild 25), glaubten wir zunächst auf den Lag zwischen dem Auftragseingang bei den Exportindustrien und der Erfüllung der Exportkontrakte zurückführen zu können (JG 69 Ziffer 96). Diese Erklärungshypothese scheint inzwischen immer weniger haltbar. Es ist nicht auszuschließen, daß die Verschlechterung der Wettbewerbsposition der deutschen Exportwirtschaft, die die Entwicklung der Kontraktpreise vermuten läßt, überzeichnet ist, weil Änderungen in der Warenstruktur des Außenhandels unberücksichtigt bleiben. Infolge ihrer Konstruktion als Laspeyres-Index informieren die Indizes der Kontraktpreise über die Preisentwicklung des Exportsortiments, das die Bundesrepublik im Jahre 1962 ausführte. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß dieser Index vom Statistischen Bundesamt demnächst auf das Jahr 1970 umbasiert wird.*

110. Deutet der kontinuierliche Anstieg des Welthandelsanteils der Bundesrepublik und die Entwicklung der Durchschnittswerte der Ausfuhr im Vergleich zu wichtigen Handelspartnern darauf hin, daß unsere Exportwirtschaft bis zum Frühjahr 1971 noch Wettbewerbsvorteile besaß, so bietet die Entwicklung der Lohnkosten je Produkteinheit ein anderes Bild. Hier hat sich seit der Aufwertung 1969 — in US-Dollar gerechnet — in der Bundesrepublik eine wesentlich stärkere Erhöhung ergeben als bei unseren Handelspartnern (Schaubild 23) [1]). Dies würde auf eine verminderte Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Rahmen schließen lassen. Jedoch ist zu berücksichtigen, daß einerseits der Anstieg der Lohnkosten je Produkteinheit nicht unbedingt Aufschluß gibt über den Anstieg der Gesamtkosten und daß andererseits die Kostenentwicklung für Produkte, die vorwiegend exportiert werden, von dem abweichen kann, was für Industrieerzeugnisse insgesamt gilt.

[1]) Das Schaubild 23 zeigt diese Entwicklung nur bis 1970. Eine Berechnung für den Durchschnitt des Jahres 1971 ist wegen der Änderungen der Währungsrelationen wenig sinnvoll.

111. Durch die außenwirtschaftlichen Maßnahmen seit 1968 und die Überwälzung der starken Kosten- und Preissteigerungen auf die ausländischen Abnehmer sind die Preiserhöhungsspielräume, die unsere Exporteure damals besaßen und durch die inflationäre Entwicklung im Ausland noch gewannen, zunehmend aufgezehrt worden. Die Entwicklung der Kontraktpreise (Ziffern 112 ff.) und der Auslandsaufträge (Ziffern 26 ff.), der wichtigsten Indikatoren für die Beurteilung der aktuellen Lage im Exportbereich, deutet darauf hin, daß diese Preiserhöhungsspielräume bei der Wechselkursfreigabe im Frühjahr dieses Jahres bereits stark eingeengt, möglicherweise ausgeschöpft waren.

112. Seit der Wechselkursfreigabe erhöhten sich die Kontraktpreise, die seit Herbst 1968 fast kontinuierlich gestiegen waren, nicht weiter. Offensichtlich waren die Exporteure nun nicht mehr in der Lage, gleichzeitig die Höherbewertung der D-Mark und die binnenwirtschaftlichen Kosten- und Preissteigerungen in ihren Preisen in ausländischer Währung voll weiterzugeben. Die Kosten-Erlös-Relationen in der Exportwirtschaft dürften sich also verschlechtert haben.

Gelegentlich wird vorgebracht, die Erlösposition der Exporteure habe sich seit Beginn des Floating auch deshalb verschlechtert, weil in größerem Umfange Kurssicherungsgeschäfte getätigt worden und dadurch zusätzliche Kosten entstanden seien. Minderungen der D-Mark-Erlöse, die darauf beruhten, zeige aber der Index der Kontraktpreise nicht an, weil in der Statistik Kontrakte in ausländischer Währung, obwohl sie ihrem Charakter nach Terminforderungen sind, zu Kassakursen anstatt zu Terminkursen umgerechnet würden.

Richtig ist, daß der Index der Kontraktpreise die Entwicklung der D-Mark-Erlöse im Exportgeschäft verzerrt widergibt. Das war jedoch auch schon früher so. Das Risiko von Wechselkursänderungen ist bei flexiblen Kursen — vor allem was die längerfristigen Kontrakte angeht — im Grundsatz nicht größer als das Risiko von Paritätsänderungen. Unterblieb früher eine Kurssicherung und wurde das Kursrisiko auch nicht in der Exportpreiskalkulation berücksichtigt, so beruhte dies auf der Wechselkursillusion des Exporteurs. Er rechnete insofern falsch, während er jetzt richtig rechnet, wenn er Terminforderungen mit ihrem echten Wert, das heißt dem zu erwartenden D-Mark-Gegenwert, ansetzt.

113. Seit der Freigabe des Wechselkurses waren im Durchschnitt für die Exportgüter — anders als nach der Aufwertung 1969 — keine Preiserhöhungen mehr zu verzeichnen; die Entwicklung in einzelnen Bereichen verlief allerdings, entsprechend der konjunkturellen Entspannung im Inland, unterschiedlich (Schaubild 24).

Beispielsweise konnten die Exporteure von Verbrauchsgütern noch kräftige Preiserhöhungen durchsetzen. In diesem Bereich lagen die Preise im September um 2,3 vH höher als im April 1971 (Jahresrate: 5,4 vH). Weniger stark fiel der Anstieg für exportierte Investitionsgüter aus (September gegen-

über April 1971 1,0 vH), denn — trotz der im allgemeinen geringen Preiselastizität — dürfte hier die Gefahr der Mengeneinbußen größer gewesen sein: einmal, weil sich die Investitionsbereitschaft im Ausland abschwächt, zum zweiten, weil Investitionsgüter nicht nur durch den amerikanischen Importzoll, sondern auch durch den diskriminierenden Steuernachlaß (investment tax credit) benachteiligt sind (Ziffer 11).

114. Die Importwaren haben sich nach der Wechselkursfreigabe verbilligt; nach der Aufwertung 1969 hatten sie sich, unter anderem bedingt durch die Aufhebung des außenwirtschaftlichen Absicherungsgesetzes, zunächst weiter verteuert.

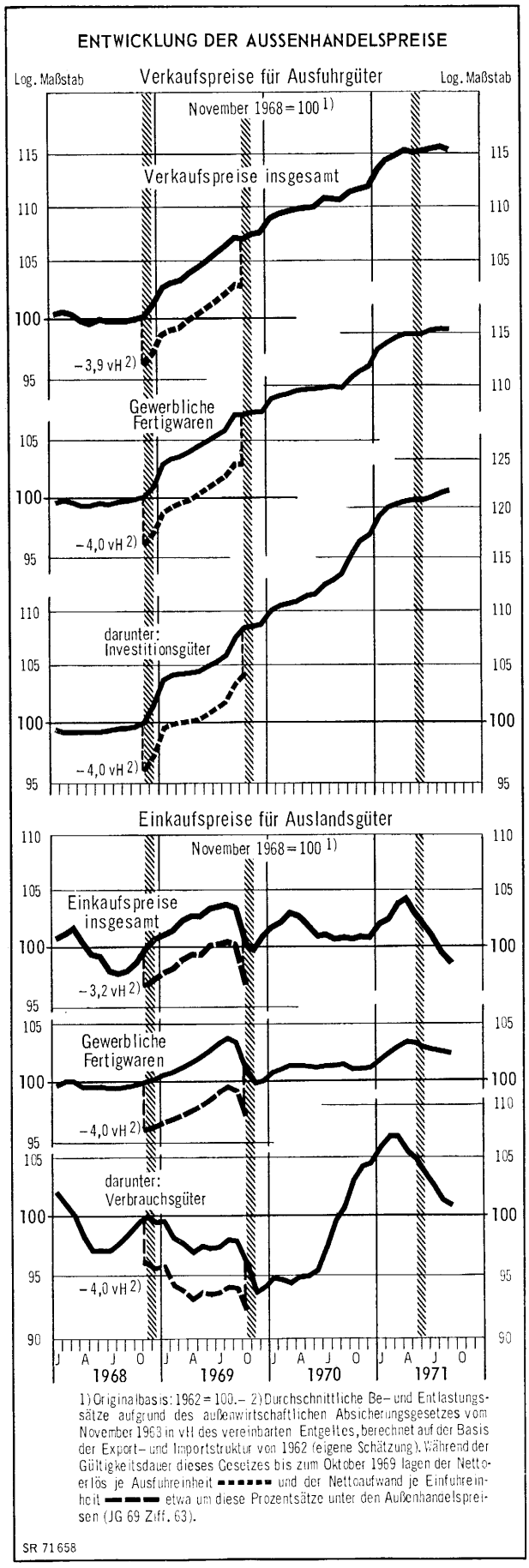
115. Bei gewerblichen Importen lagen die Preise im Durchschnitt im September um 4,2 vH niedriger als im April 1971, nachdem sie in den sechs Monaten davor, vor allem auch wegen eines erheblichen Anstiegs der Rohstoffpreise, mit einer Jahresrate von 7 vH gestiegen waren.

Importierte Fertigwaren verbilligten sich — der binnenwirtschaftlichen Konjunkturlage entsprechend — mit 1,0 vH (September gegenüber April 1971) wesentlich weniger als die gewerblichen Importgüter insgesamt. Allerdings überrascht es, daß — im Gegensatz zur Ausfuhrseite — die Preise für Verbrauchsgüter mit 4,7 vH (September gegenüber April 1971) wesentlich stärker zurückgingen als die für Investitionsgüter, ja sogar stärker fielen als die Preise für den Durchschnitt aller importierten Waren.

116. Die allmähliche, aber in ihrem Ausmaß nicht vorhersehbare Höherbewertung der D-Mark dürfte im Gegensatz zu einer abrupten, in ihrer Höhe aber bekannten Stufenaufwertung mit dazu beigetragen haben, daß sich die Höherbewertung der D-Mark größtenteils in einer Senkung der Importpreise für gewerbliche Güter niedergeschlagen hat. Zuletzt lagen sie sogar unter dem Niveau des Vorjahres, während die Preise inländischer Konkurrenzprodukte weiter angestiegen sind. Seit der Wechselkursfreigabe geht daher von den gewerblichen Importen wieder ein stärkerer preisdämpfender Effekt aus.

117. Ähnlich stark wie bei den gewerblichen Gütern schlug der Aufwertungseffekt bei den importierten Agrargütern durch. Die Einkaufspreise für Ernährungsgüter fielen nämlich von April bis September 1971 um rund 4 Prozentpunkte mehr als sonst in dieser Jahreszeit üblich, wenn man den Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre zugrunde legt. Die Agrarpreise reagierten damit wesentlich stärker auf die Höherbewertung der D-Mark als nach der Aufwertung 1969. Der Preisrückgang bei den Agrarimporten bedeutet jedoch keine entsprechende Verbilligung für den inländischen Abnehmer, denn seit der Wechselkursfreigabe wird eine Ausgleichsabgabe erhoben, deren Höhe sich nach der Abweichung des Kassakurses von der Parität gegenüber dem US-Dollar richtet.

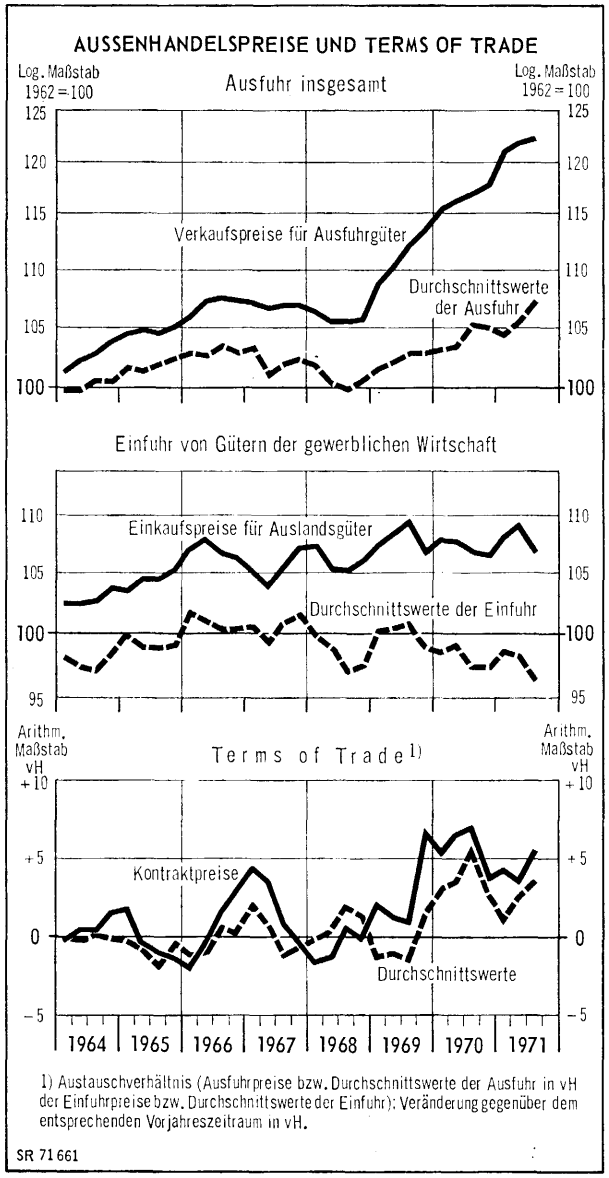
Schaubild 24



1) Originalbasis: 1962 = 100. – 2) Durchschnittliche Be- und Entlastungssätze aufgrund des außenwirtschaftlichen Absicherungsgesetzes vom November 1963 in vH des vereinbarten Entgeltes, berechnet auf der Basis der Export- und Importstruktur von 1962 (eigene Schätzung). Während der Gültigkeitsdauer dieses Gesetzes bis zum Oktober 1969 lagen der Nettoerlös je Ausfuhreinheit ▪▪▪▪▪ und der Nettoaufwand je Einfuhreinheit ▬▬ etwa um diese Prozentsätze unter den Außenhandelspreisen (JG 69 Ziff. 63).

SR 71 658

Schaubild 25



118. Das Verhältnis von Ausfuhr- zu Einfuhrpreisen (Terms of Trade) hat sich 1971 weiter verbessert (Schaubild 25). Legt man der Berechnung das übliche Maß, die Durchschnittswerte der Ausfuhr und Einfuhr, zugrunde, so ergibt sich in den ersten neun Monaten eine Verbesserung von 2,2 vH gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Noch ausgeprägter zeigte sie sich bei den Kontraktpreisen. Hier betrug sie in den ersten neun Monaten 4,5 vH.

Auf das ganze Jahr gesehen dürfte die Verbesserung der Terms of Trade — gemessen an den Durchschnittswerten — schwächer ausfallen als 1970 (+ 3,8 vH); solch kräftige Verbesserungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren gab es zuletzt nach der Aufwertung 1961.

Kaum veränderte außenwirtschaftliche Überschüsse

119. Seitdem die Vereinigten Staaten protektionistische Maßnahmen ergriffen haben und sich die faktische Aufwertung der D-Mark verstärkte, setzte sich bei der Auslandsnachfrage eine rückläufige Tendenz durch (Ziffern 26 ff.). Dies führte zu einer Abnahme der Bestände unerledigter Auslandsaufträge in der verarbeitenden Industrie. Allerdings hatten diese bis zur Wechselkursfreigabe deutlich zugenommen, so daß sie selbst im dritten Vierteljahr 1971 dem Werte nach noch um 3,6 vH höher waren als vor Jahresfrist; ihr Volumen lag nur wenig unter dem entsprechenden Vorjahresniveau. Es überrascht daher nicht, daß die Exporte bis zum Herbst 1971 expandierten. In den ersten neun Monaten 1971 waren sie um 11 vH höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

120. Die Ausfuhren in die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaften, die rund zwei Fünftel unseres Exports aufnehmen, stiegen bis zum Frühjahr 1971 beschleunigt. Danach flachte sich ihr Anstieg jedoch ab, vor allem, weil die Ausfuhren nach Italien kaum noch zunahmen, seitdem sich dort rezessive Tendenzen durchzusetzen begannen (Ziffer 15).

Der Zuwachs der Ausfuhren in die EFTA-Länder beruhte zu einem großen Teil auf steigenden Exporten nach Großbritannien. Die Bundesrepublik führte nach Großbritannien in den ersten neun Monaten 1971 rund 23 vH mehr aus als im entsprechenden Vorjahreszeitraum; die gesamte britische Wareneinfuhr nahm demgegenüber nur etwa halb so schnell zu.

121. Der Export in die Vereinigten Staaten hat sich, begünstigt durch die konjunkturelle Belebung, im bisherigen Verlauf des Jahres 1971 kräftig erhöht. Wie sich die amerikanischen Maßnahmen vom August auf unsere Exporte auswirken werden, läßt sich noch nicht überblicken, nicht zuletzt weil eine nach Ländern gegliederte Statistik des Auftragseingangs fehlt.

Der Anteil der Exporte in die Vereinigten Staaten an der gesamten deutschen Ausfuhr ist zwar nicht so hoch, daß die protektionistischen amerikanischen Maßnahmen unsere Ausfuhr insgesamt stark beeinträchtigen könnten. Einzelne Branchen, für die die Vereinigten Staaten ein besonders wichtiger Markt sind, haben freilich eine wesentlich ungünstigere Entwicklung ihres Auslandsgeschäfts zu erwarten; das gilt vor allem, wenn ihre Absatzmöglichkeiten auch noch durch den diskriminierenden Steuernachlaß auf Investitionsgüter überwiegend amerikanischer Herkunft (Ziffer 11) beeinträchtigt werden.

122. Die Zunahme der Importe ließ seit dem Frühjahr 1971 deutlich nach; zuletzt gingen die Einfuhren — saisonbereinigt — sogar zurück. Nicht ganz so stark ist die Abschwächung beim Importvolumen. Da die Einfuhrpreise seit der Wechselkursfreigabe gesunken sind (Ziffer 115), dürften heimische Unternehmen mehr als zuvor auf ausländische Erzeugnisse zurückgegriffen haben; überlagert wurde dies von der konjunkturellen Entspannung im Inland. Die Bezüge von Rohstoffen und Halbwaren spiegelten besonders deutlich das geringere Produktions-

tempo und die vorsichtigen Lagerdispositionen. Daß die Importe in den ersten neun Monaten dennoch um 11 vH — unter Ausschluß der nicht konjunkturabhängigen Importe von Verteidigungsgütern noch um knapp 10 vH — höher lagen als im gleichen Vorjahreszeitraum, ist vor allem auf den beschleunigten Anstieg der Einfuhr von Fertigwaren bis zum Frühjahr 1971 zurückzuführen.

123. Der Überschuß in der Handelsbilanz war im ersten Dreivierteljahr 1971 mit 11,5 Mrd. DM um 0,9 Mrd. DM höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Auch das ganze Jahr 1971 dürfte mit einem höheren Exportüberschuß abschließen als 1970 (15,7 Mrd. DM).

Bei den Dienstleistungen wird sich das Defizit nicht wesentlich verändern (1970: 3,9 Mrd. DM). Allerdings nahmen im Reiseverkehr die Ausgaben erneut schneller zu als die Einnahmen. Daß die Ausgaben für Auslandsreisen stark gestiegen sind, kann 1971 noch weniger als nach der Aufwertung 1969 Folge der Höherbewertung der D-Mark sein; Reisedevisen für die Schweiz, Österreich und die Niederlande — auf diese Länder entfallen rund 40 vH der Ausgaben deutscher Auslandsreisender — sind 1971 kaum billiger geworden. Vielmehr ist die Zunahme der Reiseausgaben in erster Linie eine Folge der anhaltenden Expansion der Masseneinkommen (JG 70 Ziffer 135).

Dem vergrößerten Defizit in der Reiseverkehrsbilanz stand jedoch ein vermindertes Defizit in der Kapitalertragsbilanz gegenüber. Zwar stiegen die Zinszahlungen für im Ausland aufgenommene Kredite beträchtlich; dies wurde aber durch die erhöhten Einnahmen der Bundesbank aus verzinslich angelegten Währungsreserven kompensiert. Die Zahlungen von Erträgen aus Wertpapieren und Beteiligungen an das Ausland blieben zumindest bis Mitte 1971 hinter denen des Vorjahres zurück, während — wie nach den hohen Kapitalexporten in den vergangenen Jahren nicht anders zu erwarten — die entsprechenden Einnahmen weiter anwuchsen. Die anderen Posten der Dienstleistungsbilanz entwickelten sich weitgehend gemäß ihrem längerfristigen Trend. Sonderbewegungen, die der Wechselkursfreigabe zuzuschreiben wären, sind bislang nicht zu erkennen.

124. Der Außenbeitrag wird 1971 mit 11,9 Mrd. DM absolut zwar höher ausfallen als im Vorjahr (11,0 Mrd. DM), auf das Bruttosozialprodukt bezogen jedoch mit 1,6 vH nahezu unverändert bleiben.

In laufender Rechnung, also unter Einschluß der unentgeltlichen Leistungen, ergab sich in den ersten neun Monaten 1971 ein Defizit von 0,3 Mrd. DM, nach einem Überschuß von 0,4 Mrd. DM im gleichen Vorjahreszeitraum. Dies beruht vor allem darauf, daß mit kräftig steigenden Löhnen und steigender Anzahl ausländischer Arbeitskräfte auch deren Überweisungen in ihre Heimatländer nochmals deutlich zugenommen haben. Die Bilanz der laufenden Posten wird aufs ganze Jahr gesehen wohl ausgeglichen sein.

Kapitalverkehr mit dem Ausland: Reflex der Kredit- und Währungspolitik

125. Der Kapitalverkehr mit dem Ausland stand 1971 bis zur Wechselkursfreigabe unter dem Einfluß des kreditpolitischen Restriktionskurses, den die Bundesbank im Frühjahr 1970 eingeschlagen hatte. Der damals einsetzende Tendenzwandel im langfristigen Kapitalverkehr, der seit Mitte 1970 dazu führte, daß die Bundesrepublik per Saldo wieder langfristiges Kapital importierte, hielt an. Erstmals seit 1966 wird für das Jahr 1971 insgesamt wieder ein Importüberschuß in der langfristigen Kapitalbilanz zu verzeichnen sein — ein Umschwung, der sich ausschließlich aufgrund der privaten Transaktionen ergibt. Damit hat sich gezeigt, daß die Salden im langfristigen Kapitalverkehr rasch umschlagen können, wenn sich die Marktverhältnisse, insbesondere die Zinsrelationen zum Ausland, ändern (JG 68 Ziffer 90).

126. Vielfach wird vermutet, bei flexiblen Wechselkursen könnte eine größere Unsicherheit die Dispositionen der Kapitalanleger derart nachteilig beeinflussen, daß der langfristige Kapitalverkehr mit dem Ausland eingeschränkt wird. Die wenigen Zahlen, die über das Verhalten der Kapitalanleger seit der Wechselkursfreigabe verfügbar sind, erlauben noch keine endgültige Beurteilung dieser These. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Wechselkurspolitik im nationalen und internationalen Rahmen mag den Anlegern zusätzliche Verlustrisiken, aber auch zusätzliche Gewinnchancen gebracht haben. Übermäßige Reaktionen im Kapitalverkehr mit dem Ausland waren bisher jedenfalls nicht zu beobachten.

127. Für Aussagen über den Umfang des langfristigen Kapitalverkehrs sind Salden aus Kapitalimporten und Kapitalexporten ein wenig geeigneter Maßstab; denn die Salden und ihre Veränderungen lassen das dahinter stehende Transaktionsvolumen nicht sichtbar werden. Bruttogrößen des Kapitalverkehrs sind daher ein besserer Maßstab. In Tabelle 12 (obere Hälfte) ist die jeweilige Bruttoforderungszunahme des Inlandes gegenüber dem Ausland bzw. des Auslandes gegenüber dem Inland, gegliedert nach den einzelnen Bereichen des langfristigen Kapitalverkehrs, aufgeführt. Diese Zahlen können als Indiz für die Bereitschaft gewertet werden, Valutapositionen neu zu erwerben.

128. Bei den Portfolioinvestitionen, insbesondere bei den Käufen von ausländischen Wertpapieren, zeigt sich seit der Wechselkursfreigabe ein deutlicher Rückgang. In welchem Maße dies Folge der Kursfreigabe oder Reflex der Tatsache ist, daß die kreditpolitischen Bremsen nach der Wechselkursfreigabe wieder zogen, der Kapitalmarktzins zunächst wieder nach oben tendierte und so restriktive Wirkungen auf den Kapitalexport ausgingen, läßt sich gegenwärtig noch nicht abschätzen.

Auf der anderen Seite scheint die Bereitschaft der Ausländer zur längerfristigen Verschuldung in

Tabelle 12

Privater langfristiger Kapitalverkehr [1])

Mill. DM

Zeitraum	Portfolioinvestitionen			Langfristige Kredite und Darlehen			Direktinvestitionen		
	Käufe der Inländer von ausländischen Wertpapieren [2])	Käufe der Ausländer von inländischen Wertpapieren [2])	zusammen	Kreditgewährung der Inländer an Ausländer	Kreditgewährung der Ausländer an Inländer	zusammen	Neuanlagen der Inländer im Ausland	Neuanlagen der Ausländer im Inland	zusammen
1962	83	255	338	73	81	154	88	132	220
1963	73	372	445	75	72	147	71	144	215
1964	191	278	469	93	74	167	87	199	286
1965	232	197	429	96	159	255	104	344	448
1966	282	146	428	126	295	421	116	338	454
1967	410	163	573	144	172	316	134	319	453
1968	974	265	1 239	478	189	667	161	225	386
1969	1 383	243	1 626	1 010	273	1 283	241	220	461
1970	804	257	1 061	517	592	1 109	254	257	511
1971 [3])	1 107	331	1 438	437	1 056	1 493	298	422	720
1970 1. Vj.	763	259	1 022	852	172	1 024	278	203	481
2. Vj.	676	181	857	327	429	756	171	164	335
3. Vj.	785	215	1 000	434	736	1 170	262	260	522
4. Vj.	991	374	1 365	455	1 031	1 486	303	401	704
1971 1. Vj.	1 191	357	1 548	430	643	1 073	343	311	654
2. Vj.	1 127	298	1 425	433	1 166	1 599	246	455	701
1971 Juni	758	137	895	296	1 416	1 712	368	753	1 121
Juli	799	349	1 148	467	1 964	2 431	318	656	974
August	966	330	1 296				169	200	369

Zeitraum	nachrichtlich								
	Verkäufe der Inländer von ausländischen Wertpapieren [2])	Verkäufe der Ausländer von inländischen Wertpapieren [2])	zusammen	Kreditrückzahlung der Ausländer an Inländer	Kreditrückzahlung der Inländer an Ausländer	zusammen	Liquidationen der Inländer im Ausland	Liquidationen der Ausländer im Inland	zusammen
1962	67	149	216	57	59	116	10	43	53
1963	58	155	213	37	38	75	17	17	34
1964	146	276	422	53	45	98	10	22	32
1965	194	189	383	72	76	148	16	70	86
1966	214	174	388	96	178	274	14	51	65
1967	294	215	509	81	204	285	47	84	131
1968	505	264	769	111	163	274	28	101	129
1969	602	343	945	177	215	392	65	105	170
1970	635	146	781	270	256	526	45	166	211
1971 [3])	1 121	201	1 322	487	454	941	66	242	308
1970 1. Vj.	490	204	694	221	197	418	37	269	306
2. Vj.	614	160	774	229	234	463	20	117	137
3. Vj.	628	109	737	402	203	605	51	101	152
4. Vj.	810	110	920	230	388	618	71	177	248
1971 1. Vj.	1 045	189	1 234	384	351	735	55	163	218
2. Vj.	1 214	221	1 435	577	539	1 116	86	356	442
1971 Juni	936	148	1 084	510	438	948	92	695	787
Juli	1 068	176	1 244	524	511	1 035	41	135	176
August	997	199	1 196				32	46	78

[1]) Für Jahre und Vierteljahre: Monatsdurchschnitte.
[2]) Aktien, Investmentzertifikate, festverzinsliche Wertpapiere.
[3]) Januar bis Juli.

Quelle: Deutsche Bundesbank

D-Mark noch nicht zurückgegangen zu sein. So war beispielsweise das Volumen an D-Mark-Auslandsanleihen von Mai bis August 1971 fast ebenso hoch wie in den vier Monaten davor, obwohl wegen der Emissionssperre im Juni die Zugangsbedingungen zum Kapitalmarkt sicherlich erschwert waren. Allerdings ist der Kapitalmarkt in der Bundesrepublik nach wie vor einer der freiesten Märkte für ausländische Emittenten. Außerdem müssen am Euro-Anleihemarkt für Dollars, hauptsächlich wohl aufgrund der Abwertungserwartungen in bezug auf den Dollar, derzeit wesentlich höhere Zinsen als für D-Mark gezahlt werden. Diese beiden Gründe dürften dafür maßgebend sein, daß international noch eine große Bereitschaft besteht, sich längerfristig in D-Mark zu verschulden.

129. Langfristige Kredite und Darlehen an das Ausland wurden weiterhin in etwa gleichem Umfang gewährt, die vom Ausland gewährten Kredite nahmen hingegen kräftig zu. Dies dürfte sowohl zins- als auch spekulationsbedingt sein. Für die Direktinvestitionen spielen kurzfristige Faktoren kaum eine Rolle.

130. Die Bilanz des kurzfristigen Kapitalverkehrs (einschließlich des Restpostens der Zahlungsbilanz), die von Anfang 1970 bis Mai 1971 fast ununterbrochen einen hohen Überschuß aufgewiesen hatte — insgesamt 41,2 Mrd. DM in diesem Zeitraum —, zeigte für die ersten drei Monate seit der Wechselkursfreigabe (Juni bis August) ein Defizit in Höhe von 7,9 Mrd. DM.

Gleichzeitig mit diesem Umschwung ergab sich eine Strukturänderung in den Kapitalbewegungen. Im Bankensektor war es nach den hohen Kapitalimporten der vergangenen Jahre bereits seit Anfang 1971 — unterstützt durch die Termingeschäfte der Bundesbank — wieder zu Kapitalexporten gekommen; dagegen hatten die Kapitalimporte des Unternehmenssektors bis zur Wechselkursfreigabe weiter zugenommen (Ziffer 134).

Seitdem haben die Unternehmen ihre Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland laufend verringert, während sich die Banken wieder zunehmend als Kapitalimporteure betätigten. Infolge der Höherbewertung der D-Mark mag es den Unternehmen günstig erschienen sein, nicht kursgesicherte Kredite in ausländischer Währung abzubauen. Auch scheint die Ankündigung eines Bardepot-Gesetzes einen Abbau der Verbindlichkeiten begünstigt zu haben, da zunächst unklar blieb, ob auch der Bestand an Auslandsverbindlichkeiten von der Bardepotpflicht betroffen sein würde.

IV. Geld- und Kreditpolitik: Neuer Handlungsspielraum nach der Wechselkursfreigabe

131. Noch stärker als im Vorjahr ist in den ersten Monaten des Jahres 1971 der Restriktionskurs der Bundesbank von außenwirtschaftlichen Einflüssen unterlaufen worden. Zinsdifferenzen zum Ausland und spekulative Kapitalbewegungen führten — durch den Euro-Geldmarkt gefördert — zu einem anschwellenden Devisenzustrom, der die Kreditpolitik zur Erfolglosigkeit verurteilte, solange die Bundesbank ihrer Interventionspflicht gegenüber dem Dollar nachkommen mußte. Die liquiden Mittel der Banken waren im Frühjahr 1971 wieder so umfangreich wie 1968, einem Jahr der „Liquiditätsschwemme"; steigender Kreditschöpfungsspielraum und rückläufige Zinsen an allen Kreditmärkten wiesen aus, daß von der monetären Seite immer geringere kontraktive Einflüsse auf die Ausgabendispositionen der Wirtschaft ausgingen.

Mit der Wechselkursfreigabe vom Mai 1971 gewann die Bundesbank ihren Handlungsspielraum zurück. Sie nutzte ihn alsbald zu spürbaren Restriktionsmaßnahmen. Dollarverkäufe und eine zusätzliche Bindung liquider Mittel in der Mindestreserve reduzierten Mitte 1971 die freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute auf das vor Jahresfrist erreichte Maß. Der Kreditschöpfungsspielraum wurde stärker eingeschränkt als jemals in diesem Konjunkturzyklus, die Zinsen stiegen erneut an: Die kreditpolitischen Bremsen begannen wieder zu ziehen.

Nicht nur die deutlichere konjunkturelle Entspannung, sondern auch außenwirtschaftliche Gründe veranlaßten die Bundesbank im Herbst, ihren Restriktionskurs zu lockern. Die Senkung des Diskontsatzes im Oktober und der Mindestreservesätze im November 1971 sorgten dafür, daß die Zinssätze ihre zuvor unterbrochene Abwärtsbewegung wieder aufnahmen.

Restriktionspolitik durch Devisenzuflüsse unterlaufen

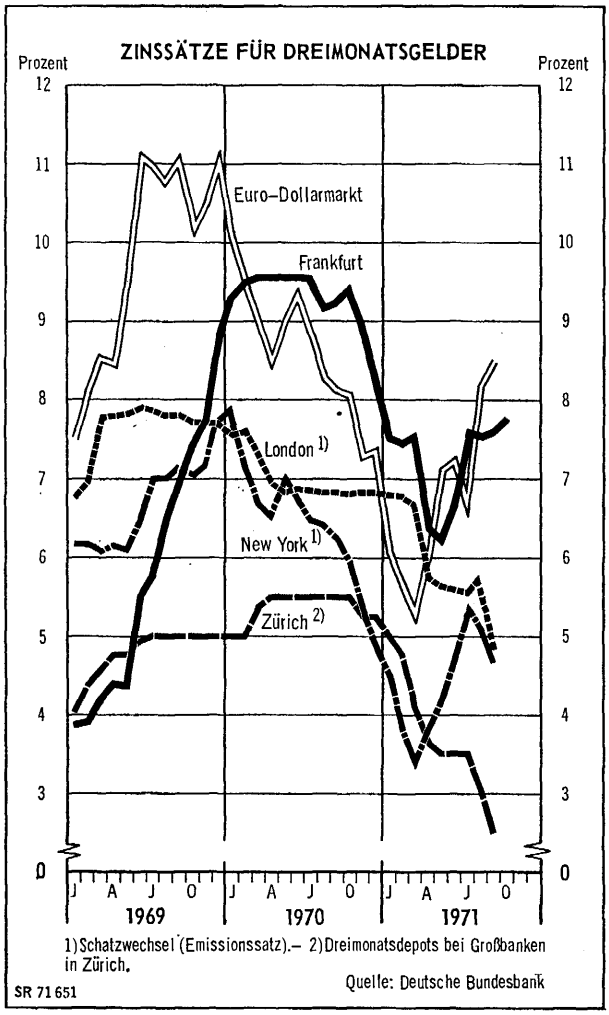
132. Was sich im Vorjahr bereits andeutete, wurde 1971 zur Gewißheit: Die westdeutsche Hochzinspolitik konnte nicht gegen Zinssenkungstendenzen im Ausland durchgehalten werden. Das im Bereich kurzfristiger Anlagen besonders ausgeprägte Zinsgefälle zum Ausland (Schaubild 26), zu dessen Einebnung die Bundesbank angesichts der hohen Preissteigerungen auch 1971 nicht bereit war, führte, vor allem infolge kurzfristiger Kapitalimporte, zu immer stärkeren Devisenzuflüssen.

133. Als erste waren bereits im Jahre 1970 die Geschäftsbanken, wegen der angespannten Liquiditätssituation im Inland, auf die internationalen Geldmärkte ausgewichen. Nachdem jedoch eine zusätzliche Mindestreserve auf die Zunahme der Auslandsverbindlichkeiten der Kreditinstitute verfügt sowie eine Kürzung der Rediskontkontingente bei Umgehung der Zuwachsmindestreserve angekündigt worden war, stieg die Mittelbeschaffung deutscher Banken im Ausland kaum noch an.

134. Dagegen ergriff die Bundesbank keine Maßnahmen, die Auslandsverschuldung inländischer Wirtschaftsunternehmen zu beschränken [1]). In immer

[1]) Es hätte die Möglichkeit bestanden, durch Einführung von Avalkontingenten — eine Maßnahme, die keiner Gesetzesänderung bedarf — die Aufnahme kurzfristiger Finanzkredite im Ausland zu erschweren.

Schaubild 26



größerem Ausmaß nutzten deutsche Firmen die Möglichkeit, kurzfristige Kredite auf dem Euro-Dollarmarkt zu niedrigeren Zinsen als im Inland aufzunehmen. So war in den letzten Monaten vor der Wechselkursfreigabe die Kreditaufnahme deutscher Unternehmen im Ausland fast ebenso hoch wie die Kreditgewährung des deutschen Bankensystems an inländische Nichtbanken.

135. Die Kapitalzuflüsse waren zunehmend spekulativ bestimmt. Ein wachsendes Mißtrauen gegenüber der amerikanischen Währung (Ziffern 2 ff.) und das ausgeprägte Vertrauen in die deutsche Währung waren die Gründe, warum die Spekulation den Weg vom US-Dollar vornehmlich in die D-Mark nahm.

Die amerikanischen Behörden versuchten, dem Dollarabfluß, die Bundesbank versuchte, dem Dollarzufluß entgegenzuwirken:

— Das Federal Reserve System vergrößerte in der ersten Märzhälfte durch Ankauf von Termin-Dollars den Report vorübergehend beträchtlich, um höhere Zinserträge von Geldanlagen in einer europäischen Währung durch erhöhte Kurssicherungskosten auszugleichen.

— Das amerikanische Schatzamt und die staatliche Export-Import-Bank entzogen den Euro-Märkten Dollars durch den Verkauf kurzfristiger Papiere, die sich in ihrer Verzinsung an den Konditionen des Euro-Geldmarktes orientierten.

— Die Bundesbank senkte Anfang April den Diskontsatz erneut, diesmal um einen ganzen Prozentpunkt.

— Die Bundesbank erklärte sich bereit, ab 1. April Termin-Dollars — zunächst zum Kurs von 3,6350 DM je US-Dollar, ab 2. April zum Kurs von 3,6300 DM — anzukaufen. Mit dieser Bereitschaft, Termin-Dollars zum unteren Interventionspunkt des Kassakurses anzukaufen, wollte sie dem Markt demonstrieren, daß eine Paritätsänderung der D-Mark auszuschließen sei.

136. Der Devisenstrom war jedoch nicht aufzuhalten. Die Marktkräfte erwiesen sich als stärker, zumal der Euro-Geldmarkt die internationale Mobilität kurzfristigen Kapitals seit langem spürbar erhöht und dessen Zinsreagibilität erheblich vergrößert hat. Europäische Notenbanken sahen sich immer mehr gehalten, bei kreditpolitischen Maßnahmen Rücksicht auf das Zinsniveau am Euro-Geldmarkt zu nehmen.

Das Gesamtvolumen aller über Euro-Märkte gewährten Fremdwährungskredite betrug — nach einer Schätzung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich — im Jahre 1970 rund 57 Mrd. Dollar, nach rund 44 Mrd. Dollar im Vorjahr und 30 Mrd. Dollar im Jahre 1968.

Dieses Wachstum des Euro-Dollarmarktes ist nicht allein Ausdruck von Liquiditätszuflüssen aus den Vereinigten Staaten. Die Euro-Märkte hätten kaum ihr heutiges Volumen erreicht, wenn sie nur durch solche Dollarzuflüsse alimentiert worden wären. Hinzu kommt, daß die Euro-Banken Kreditschöpfung am Euro-Markt betreiben. Freilich werden die Zinssätze am Euro-Geldmarkt von der in Amerika betriebenen Geldpolitik wesentlich bestimmt.

137. Den Ankauf von Termin-Dollars gab die Bundesbank am 28. April 1971 ohne Angabe von Gründen auf. In den folgenden Tagen überschwemmten Dollarzuflüsse die deutschen Devisenbörsen. Am 5. Mai stellte die Bundesbank ihre Interventionen ein; die Devisenbörsen wurden geschlossen. Mit Wirkung vom 10. Mai wurde die Bundesbank bis auf weiteres von ihrer Interventionspflicht gegenüber dem Dollar entbunden. Darüber hinaus wurden gemäß § 23 des Außenwirtschaftsgesetzes die Verzinsung von Ausländerguthaben bei Kreditinstituten im Inland sowie der Erwerb von Geldmarktpapieren durch Gebietsfremde und der Abschluß von Pensionsgeschäften mit Gebietsfremden einer Genehmigungspflicht unterworfen.

138. Von Anfang 1970 bis Ende Mai 1971 hatte die Bundesbank aufgrund ihrer Interventionspflicht an den Devisenmärkten Dollars im Gegenwert von rund 45 Mrd. DM aufnehmen müssen. In derselben Höhe wurde Zentralbankgeld geschaffen. Im ge-

Tabelle 13

Übersicht über die Maßnahmen der Deutschen Bundesbank

Datum	
1970	
18. November	Die Abgabesätze für Schatzwechsel und Vorratsstellenwechsel werden um 1/2 %, für unverzinsliche Schatzanweisungen um 1/4 % herabgesetzt. Die Bundesbank gibt weiterhin Geldmarktpapiere an Kreditinstitute nur unter der Voraussetzung ab, daß diese nicht an Gebietsfremde veräußert werden.
1. Dezember	Die Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen werden um 1/4 % gesenkt.
3. Dezember	Der Diskontsatz wird von 6 1/2 % auf 6 %, der Lombardsatz von 8 % auf 7 1/2 % ermäßigt. Die Abgabesätze für Schatzwechsel und Vorratsstellenwechsel werden um 1/2 %, für unverzinsliche Schatzanweisungen um 1/4 % herabgesetzt.
30. Dezember	Die Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen werden um 1/4 % vermindert.
1971	
12. Februar	Die Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen werden um 1/8 % gesenkt.
17. Februar	Die Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen werden um 1/4 % gesenkt.
9. März	Die Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen werden um 1/4 % erhöht.
31. März	Der Diskontsatz wird von 6 % auf 5 %, der Lombardsatz von 7,5 % auf 6,5 % herabgesetzt. Die Rediskontkontingente werden um 10 vH gekürzt; Überschreitungen der Kontingente müssen bis spätestens Ende Juni abgebaut sein. Die Bundesbank beschließt außerdem, ihre Offen-Markt-Geschäfte mit Nichtbanken zu intensivieren.
1. April	Die Abgabesätze für Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen und Vorratsstellenwechsel werden um 1 % gesenkt. Die Bundesbank nimmt ihre seit dem 29. September 1969 eingestellten Swapgeschäfte mit Kreditinstituten wieder auf. Sie kontrahiert auf Drei-Monats-Basis mit einem Report von 1/2 % p. a.
2. April	Die Bundesbank stellt ihre Swapgeschäfte mit Kreditinstituten wieder ein, da diese zu „Karussellgeschäften" benutzt werden. Sie erklärt sich jedoch bereit, Termin-Dollars auf Drei-Monats-Basis zum Kurs von 3.6300 DM in beliebiger Höhe anzukaufen.
19. April	Die Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen werden um 1/8 % herabgesetzt.
28. April	Die Bundesbank beendigt ihre Käufe von Termin-Dollars.
5. Mai	Die Bundesbank stellt die Dollar-Ankäufe am Kassamarkt ein, nachdem es zu einem weltweiten Run auf die D-Mark gekommen war.
9. Mai	Die Bundesbank wird von ihrer Interventionspflicht an den Devisenmärkten entbunden.
2. Juni	Die Mindestreservesätze auf Inlandsverbindlichkeiten der Kreditinstitute werden um 15 vH erhöht, die Reservesätze auf den Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber Ausländern auf den doppelten Betrag der neuen Inlandssätze angehoben. Durch diese Maßnahmen werden rund 5 Mrd. DM liquider Mittel der Banken gebunden. Erstmals seit der Wechselkursfreigabe vom 9. Mai bietet die Bundesbank Dollars am Devisenmarkt an.

noch Tabelle 13

Datum	
3. Juni	Die Abgabesätze für Schatzwechsel werden um 1/2 %, für unverzinsliche Schatzanweisungen mit einer Laufzeit von einem halben Jahr um 1/4 %, mit einer Laufzeit von einem Jahr um 1/8 % gesenkt. Der Abgabesatz für unverzinsliche Schatzanweisungen mit einer Laufzeit von zwei Jahren wird um 1/8 % erhöht.
16. Juni	Die Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen werden um 1/4 % heraufgesetzt.
14. Juli	Die Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen werden um 1/4 % erhöht.
13. Oktober	Der Diskontsatz wird von 5 % auf 4 1/2 %, der Lombardsatz von 6 1/2 % auf 5 1/2 % herabgesetzt. Die Mindestreservesätze werden mit Wirkung vom 1. November um 10 vH gesenkt; dadurch werden rund 3 Mrd. DM liquider Mittel freigesetzt. Die Abgabesätze für Schatzwechsel und Vorratsstellenwechsel werden um 1/2 % zurückgenommen.
10. November	Die Abgabesätze für unverzinsliche Schatzanweisungen werden um 1/2 % gesenkt.

nannten Zeitraum konnte die Bundesbank davon 12,1 Mrd. DM zusätzlich in der Mindestreserve binden. Des weiteren entzog sie den Banken durch Offen-Markt-Operationen mit Nichtbanken (2,7 Mrd. DM) und durch Kürzung der Rediskontkontingente (3,1 Mrd. DM) Liquidität. Steigender Bargeldumlauf (1,9 Mrd. DM) und erhöhter Liquiditätsentzug durch die öffentliche Hand (9,1 Mrd. DM) wirkten zudem der Verflüssigung entgegen. Immerhin verblieb noch ein Betrag, der die freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute beträchtlich vergrößerte; von ihrem Tiefstand im März 1970 (15,2 Mrd. DM) waren sie auf 34,5 Mrd. DM im Mai 1971 angewachsen.

139. Steigende Bankenliquidität und schrittweise Senkungen des Diskontsatzes hatten die monetären Märkte bis Mai 1971 merklich aufgelockert, die Zinsen waren gesunken — am stärksten am Geldmarkt. Tagesgeld, das im März und April 1970 noch über dem damals geltenden Lombardsatz von 9 1/2 Prozent gehandelt wurde, war im Durchschnitt des Monats Mai 1971 zu etwas mehr als 2 Prozent überreichlich zu erhalten. Die Sollzinsen hatten sich etwa im Ausmaß der Diskontsenkungen ermäßigt, da der größte Teil der Kreditverträge nach wie vor mit einer Diskontklausel versehen ist. Für Kontokorrentkredite unter 1 Mill. DM waren im Mai 1970 Zinsen von rund 12 Prozent berechnet worden; ein Jahr später betrug der Satz etwa 9 1/2 Prozent. Auch die Habenzinsen waren gesunken, allerdings verzögert und nicht im gleichen Ausmaß. Festgelder unter 1 Mill. DM mit vereinbarter Laufzeit von drei Monaten waren im Frühsommer 1970 mit rund 8 Prozent verzinst worden, ein Jahr später erhielten die Anleger rund 6 Prozent. Der Zinssatz für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist wurde, wohl auch in Anbetracht der hohen Preissteigerungsraten, nur um einen halben Prozentpunkt auf 4 1/2 Prozent im Mai 1971 herabgesetzt.

140. Allein für den Kapitalmarkt hatte die monetäre Auflockerung nur eine vorübergehende Erleichterung gebracht. Die Nominalverzinsung von Neuemissionen war um die Jahreswende 1970/71 binnen weniger Wochen von 8 1/2 auf 7 1/2 Prozent zurückgegangen. Zu dieser Bewegung kam es, nachdem die Diskontsenkungen vom November und Dezember 1970 die Erwartung verstärkt hatten, die Zinssenkungstendenzen im Ausland würden auch auf den langfristigen Zinssatz im Inland übergreifen.

Eine Rolle mag auch gespielt haben, daß die bis zur Jahreswende 1970/71 rasch verlaufende konjunkturelle Entspannung vermuten ließ, die restriktive Kreditpolitik werde bald gelockert werden. Überdies hatten die Geldzuflüsse aus dem Ausland die Liquidität der Banken spürbar angereichert, so daß deren Wertpapiererwerb zugenommen hatte. Der Zinsrückgang setzte sich jedoch zunächst nicht fort. Neuerliche Auftriebskräfte verzögerten die konjunkturelle Abschwächung; mit einem weiteren Rückgang des Nominalzinses am Kapitalmarkt konnte nicht mehr gerechnet werden. Bereits im März begannen die Emissions- und Umlaufrenditen wieder zu steigen.

Exkurs: Bankenliquidität, Mindestreservesätze und Kreditschöpfung

141. Die Bundesbank versuchte seit Anfang 1970, dem Problem der Liquiditätszuflüsse aus dem Ausland vornehmlich mit der Mindestreservepolitik zu begegnen.

In welchem Umfang die Mindestreservepolitik die von Veränderungen der Bankenliquidität ausgehenden monetären Impulse verstärkt oder neutralisiert, müßte mit Hilfe eines quantitativen Maßes beurteilt werden, in das sowohl die Bankenliquidität selbst als auch die Mindestreservesätze eingehen. Als ein solches Maß können an sich die „freien Liquiditätsreserven der Kreditinstitute" gelten, die sowohl auf Änderungen der Liquiditätsausstattung der Banken als auch der Mindestreservesätze reagieren. Die freien Liquiditätsreserven bringen jedoch nicht zum Ausdruck, daß eine bestimmte Menge freier Liquidität je nach der Höhe der Mindestreservesätze für das Geschäftsbankensystem von unterschiedlicher Bedeutung ist: Bei geringer Mindestreservebelastung können die Banken mit einer Einheit Zentralbankgeld bedeutend mehr an Krediten schaffen als bei hoher Mindestreservebelastung. Ein Maß, das auf der Kreditschöpfungstheorie beruht, berücksichtigt dies. Darin werden Mindestreservesätze und liquide Mittel der Banken multiplikativ verknüpft, so daß sich ein Rechnerisches Kreditmaximum ergibt (Anhang VIII).

Unterzeichnen die freien Liquiditätsreserven wegen der bloß additiven Verknüpfung von Mindestreserven und liquiden Mitteln die Wirkung der Mindestreservepolitik, so mag die multiplikative Verknüpfung dieser beiden Größen, wie es in der Kreditschöpfungstheorie geschieht, die Wirkung der Mindestreservepolitik überzeichnen. Das Rechnerische Kreditmaximum, das sich so ergibt, ist sicherlich keine realistische Obergrenze für den Kreditbestand. Es basiert zwar auf einer Kreditschöpfungstheorie, ist jedoch das Ergebnis einer verkürzten Erklärung des Kreditschöpfungsvorgangs. Das Rechnerische Kreditmaximum ist dann erreicht, wenn die Banken keinerlei freie Liquiditätsreserven mehr haben. In Wirklichkeit können die Banken selbstverständlich nicht so weit gehen. Indes läßt der enge Zusammenhang zwischen Rechnerischem Kreditmaximum und der Zinsentwicklung darauf vertrauen, daß man die Stoßkraft und Wirkungsrichtung monetärer Impulse an der Veränderung des Rechnerischen Kreditmaximums ablesen kann (Schaubild 27).

142. Das Geschäftsbankensystem kann mit einer Einheit Zentralbankgeld ein Mehrfaches an Krediten schaffen. Kreditschöpfung können die Banken sowohl auf ihren frei verfügbaren Bestand an Zentralbankgeld (Überschußreserve) als auch auf Zentralbankgeld gründen, das sie sich durch Hingabe liquider Aktiva an die Notenbank beschaffen können. Solche liquiden Aktiva sind inländische Geldmarktpapiere und offene Rediskontkontingente; in einem System fester Wechselkurse zählen auch die Geldmarktanlagen im Ausland dazu. Das frei verfügbare Zentralbankgeld und die liquiden Aktiva werden unter der Bezeichnung „freie Liquiditätsreserven der Kreditinstitute" zusammengefaßt [1]).

[1]) Die Bundesbank rechnet auch nach der Wechselkursfreigabe im Mai 1971 die Geldmarktanlagen im Ausland noch zu den freien Liquiditätsreserven, obwohl die Banken seither nicht mehr damit rechnen können, bei der Umwandlung dieser Anlagen in Zentralbankgeld die Bundesbank in Anspruch nehmen zu können.

Im Zuge der Kreditschöpfung entstehen Einlagen, von denen entsprechend den Reserveanforderungen der Notenbank Mindestreserven in Form von Zentralbankgeld zu halten sind. Die vorhandenen Mindestreserven sind weitgehend das Resultat der vergangenen Kreditschöpfung, die noch mögliche Kreditgewährung der Banken hängt von den freien Liquiditätsreserven und den Reserveanforderungen ab. Rein rechnerisch können die Banken ihren Kreditbestand ausdehnen, bis das Einlagenvolumen so groß ist, daß die gesamten freien Liquiditätsreserven aufgezehrt worden sind, um die Mindestreservepflicht zu erfüllen. In diesem Falle wäre das Rechnerische Kreditmaximum erreicht, der Rechnerische Kreditschöpfungsspielraum wäre dann gleich Null.

143. Als Basis des Rechnerischen Kreditmaximums ist also die Summe aller jemals den Banken zugeflossenen liquiden Mittel anzusehen. Für die Summe aus freier Liquidität und in Mindestreserven gebundener Liquidität verwenden wir den Begriff Liquiditätssaldo.

144. Die Bestimmung des Rechnerischen Kreditmaximums (Anhang VIII) zeigt, wie über einen von den Mindestreservesätzen und der Einlagenstruktur abhängigen Multiplikator [2])

— der Liquiditätssaldo das Rechnerische Kreditmaximum und

— die freien Liquiditätsreserven den Rechnerischen Kreditschöpfungsspielraum (den „ungenutzten" Teil des Rechnerischen Kreditmaximums)

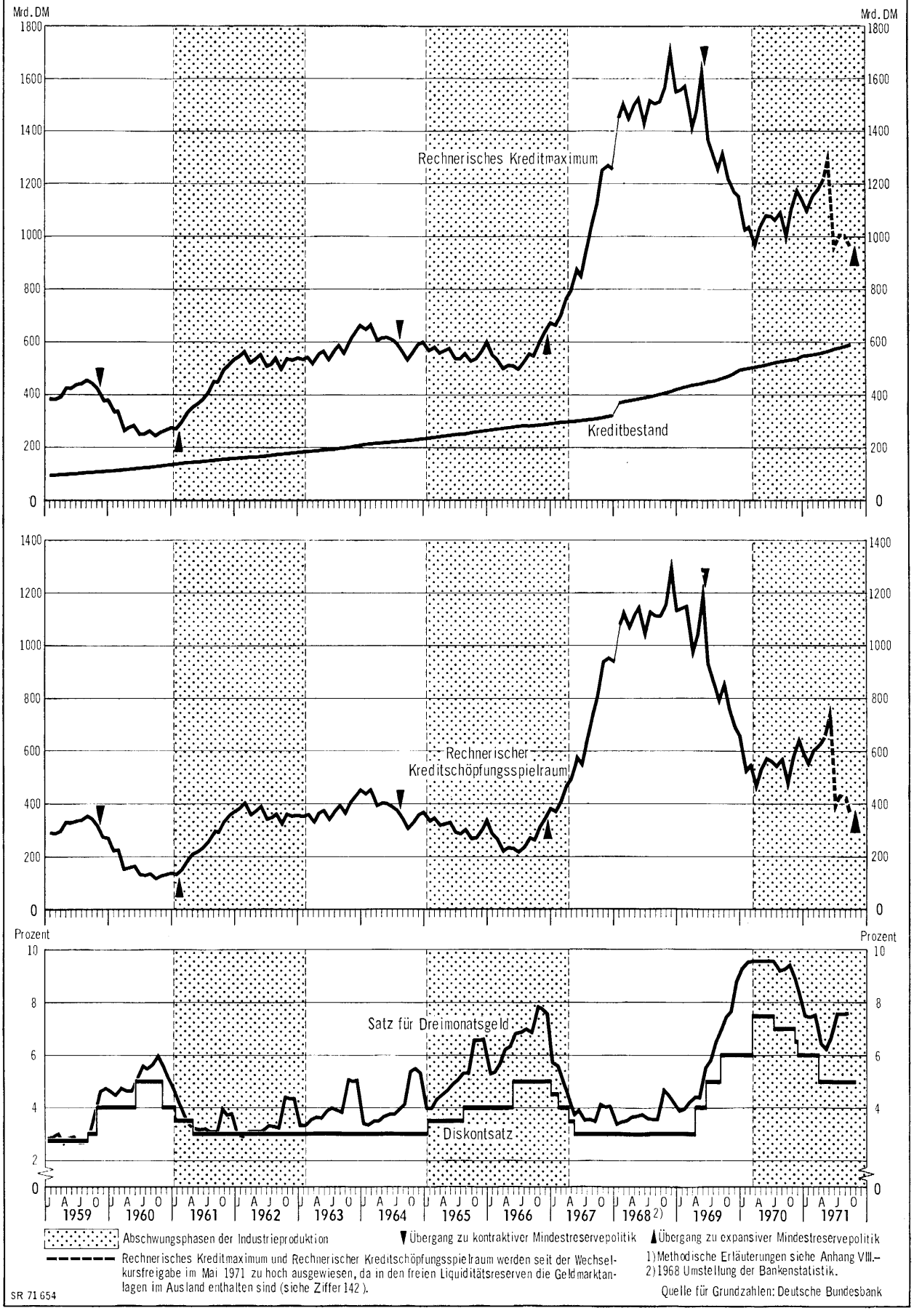
bestimmen.

145. Welchen Teil des Rechnerischen Kreditmaximums die Banken durch Kreditvergabe ausnutzen, hängt nicht zuletzt auch von der Kreditnachfrage ab. Gesetzt den Fall, die Bundesbank habe restriktive Maßnahmen ergriffen. Trotzdem nehme die Kreditgewährung stark zu. Auch ohne zusätzliche restriktive Maßnahmen würde sich dann der Rechnerische Kreditschöpfungsspielraum verengen, die freien Liquiditätsreserven verringern, das Rechnerische Kreditmaximum und der Liquiditätssaldo blieben dagegen unverändert. In diesem Falle würden sich, wie es hier gewünscht ist, das Rechnerische Kreditmaximum und der Liquiditätssaldo — die durch die monetäre Politik steuerbaren Größen — nicht ändern, also kein aktives Handeln der Kreditpolitik anzeigen. Hingegen würden der Rechnerische Kreditschöpfungsspielraum und die freien Liquiditätsreserven abnehmen; so kann es vorkommen, daß als Ausdruck der Kreditpolitik gedeutet wird, was Zeichen ihres Mißerfolgs ist.

[2]) Dieser Multiplikator weicht von den in der Kreditschöpfungstheorie gebräuchlichen Multiplikatoren dadurch ab, daß er quantitativ kaum oder gar nicht erfaßbare Versickerungsverluste an Zentralbankgeld im Kreditschöpfungsprozeß nicht einbezieht. Die Berücksichtigung solcher Versickerungsverluste könnte jedoch allenfalls das Niveau, nicht aber die Bewegungen des Rechnerischen Kreditmaximums verändern.

Schaubild 27

RECHNERISCHES KREDITMAXIMUM, KREDITBESTAND UND RECHNERISCHER KREDITSCHÖPFUNGSSPIELRAUM[1)]



Abschwungsphasen der Industrieproduktion

▼ Übergang zu kontraktiver Mindestreservepolitik

▲ Übergang zu expansiver Mindestreservepolitik

Rechnerisches Kreditmaximum und Rechnerischer Kreditschöpfungsspielraum werden seit der Wechselkursfreigabe im Mai 1971 zu hoch ausgewiesen, da in den freien Liquiditätsreserven die Geldmarktanlagen im Ausland enthalten sind (siehe Ziffer 142).

1) Methodische Erläuterungen siehe Anhang VIII.–
2) 1968 Umstellung der Bankenstatistik.

Quelle für Grundzahlen: Deutsche Bundesbank

SR 71 654

146. Das Rechnerische Kreditmaximum ausschließlich als Indikator des kreditpolitischen Kurses anzusehen, ist nicht gerechtfertigt. Zwar schlagen sich im Rechnerischen Kreditmaximum Änderungen der Kreditpolitik nieder. Darüber hinaus hängt das Rechnerische Kreditmaximum aber auch von marktbedingten Liquiditätsänderungen ab, die nicht der direkten Kontrolle der Zentralbank unterliegen, sondern ein Verhalten der Nichtbanken widerspiegeln. Ändert sich das Rechnerische Kreditmaximum nicht, so kann das bedeuten, daß sowohl der Mindestreservesatz als auch die Liquiditätsausstattung der Banken konstant geblieben sind; möglich wäre aber auch, daß marktbedingte Zuflüsse oder Abflüsse von Liquidität durch gegenläufige Bewegungen des Mindestreservesatzes neutralisiert worden sind. Eine Verwendung des Rechnerischen Kreditmaximums als Indikator monetärer Impulse erfährt ihren Sinn nur dann, wenn die Interpretation des Indikators die Analyse seiner Bestimmungsgründe einschließt.

147. Schaubild 27 zeigt die Entwicklung des Rechnerischen Kreditmaximums und des Rechnerischen Kreditschöpfungsspielraums im Konjunkturverlauf.

Der Umschwung von Expansion auf Kontraktion und vice versa im Rechnerischen Kreditmaximum wurde bisher immer durch einen Umschwung im Liquiditätssaldo und nicht durch die Mindestreservepolitik ausgelöst. Dominierender Bestimmungsgrund des Liquiditätssaldos war die Entwicklung der Devisenbilanz. Daß die Wendepunkte in den marktmäßigen Bestimmungsfaktoren der Bankenliquidität den Kurswechseln der Mindestreservepolitik vorausgingen, zeigt, daß die Bundesbank in der Regel selbst in der Mindestreservepolitik die Wende erst vollzogen hat, als die Marktkräfte bereits den Weg gewiesen hatten.

Bundesbank nutzt erweiterten Handlungsspielraum

148. Im gegenwärtigen Konjunkturzyklus hatte das Rechnerische Kreditmaximum einen ersten Tiefpunkt im März 1970 (Schaubild 27), danach zeigte es wieder eine steigende Tendenz. Bereits von diesem Zeitpunkt an ist es also — gemessen an solchem Maßstab — der Bundesbank nicht mehr gelungen, den bis dahin erreichten Restriktionsgrad der Kreditpolitik aufrechtzuerhalten. Obwohl die Liquidisierung im Frühjahr 1971 derjenigen des Jahres 1968 nicht nachstand, haben sich jedoch sowohl das Rechnerische Kreditmaximum als auch der Rechnerische Kreditschöpfungsspielraum weitaus weniger erhöht als damals. Insoweit hat das Mindestreserveinstrument gewirkt.

149. Die Wechselkursfreigabe vom 9. Mai 1971 verschaffte der Bundesbank wieder jenen Handlungsspielraum, den sie zuvor verloren hatte. Von der Interventionspflicht gegenüber dem Dollar befreit, nutzte sie ungesäumt die Möglichkeit, die inländische Liquidität einzuengen. Eine Anfang Juni verfügte Erhöhung der Mindestreservesätze band rund 5 Mrd. DM liquider Mittel der Banken; Dollarabgaben der Bundesbank entzogen ihnen allein im Juni weitere flüssige Mittel in Höhe von 7,8 Mrd. DM. Das rapide Absinken des Rechnerischen Kreditmaximums nach dem Mai 1971 weist aus, welch kräftige Restriktionswirkung von diesen Maßnahmen ausging. Wie drastisch der Liquiditätsentzug die Kreditinstitute traf, zeigte sich daran, daß deren Refinanzierungsobligo bei der Bundesbank von 9,8 Mrd. DM Ende Mai schon in der zweiten Junihälfte auf über 25 Mrd. DM hochschnellte.

150. Die außerordentliche Verengung des Kreditschöpfungsspielraums in den Monaten nach der Wechselkursfreigabe brachte einen Tendenzumschwung in der Zinsentwicklung. Auch ohne Diskont- oder Lombardsatzmaßnahmen begannen Mitte 1971 die Zinsen vorübergehend wieder zu steigen. In den vorangegangenen Konjunkturzyklen hatten die Zinsen an den wichtigsten monetären Märkten jeweils nur einen Höhepunkt, diesmal jedoch einen zweiten, der allerdings deutlich niedriger lag als der erste (Schaubild 28).

151. Bereits ab Anfang Juni hatten die Geldmarktsätze den Kontakt zur Bankrate verloren. Tagesgeld wurde zeitweise zu Sätzen gesucht, die um mehr als 3 Prozentpunkte über dem Lombardsatz lagen. Der Satz für Dreimonatsgeld bewegte sich zumeist wieder auf höherem Niveau als in den ersten Monaten des Jahres 1971. Soll- und Habenzinsen — mit Ausnahme der Zinssätze für Spareinlagen — machten die Aufwärtsbewegung mit.

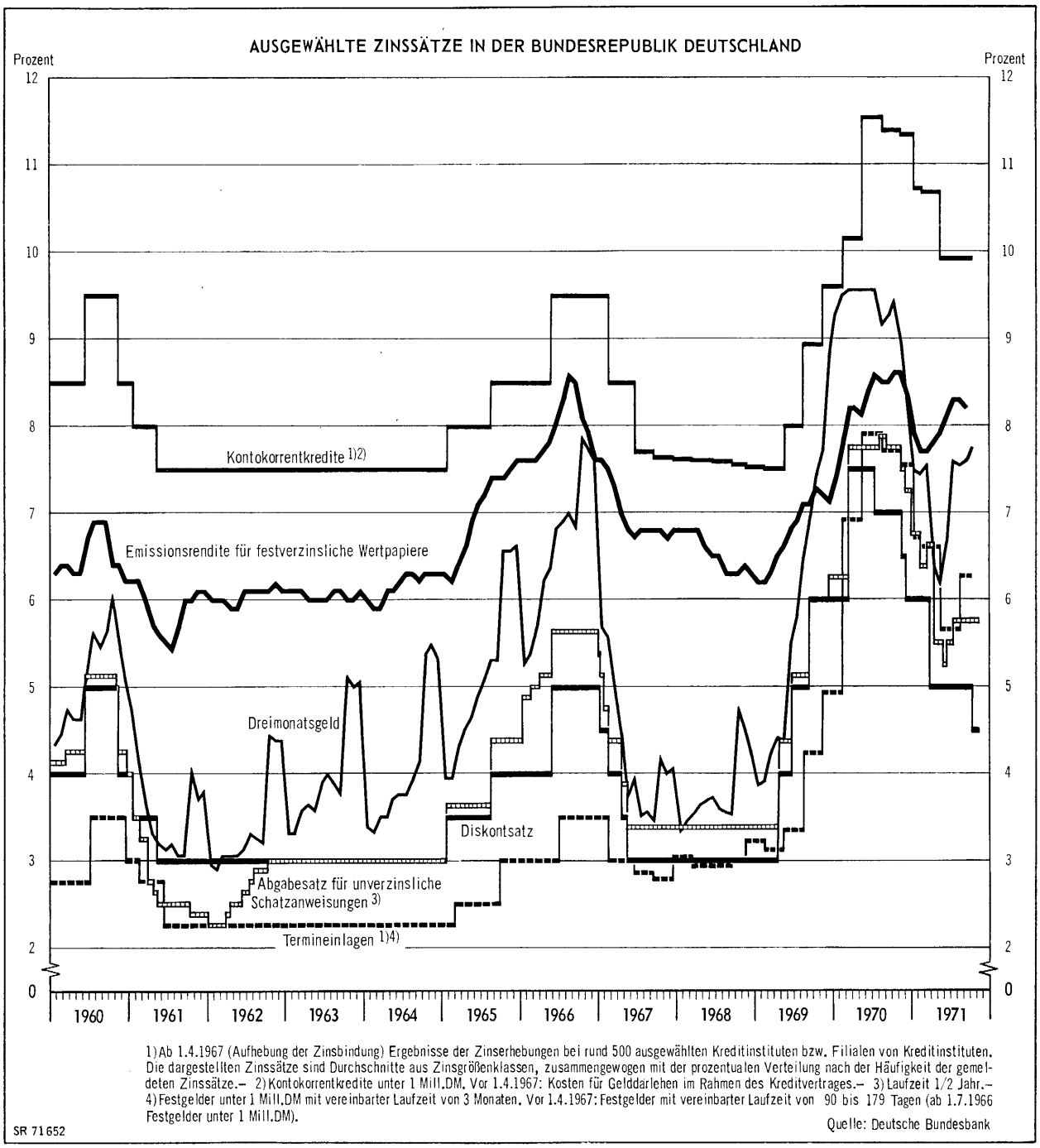
Am Kapitalmarkt hatten die Renditen bereits ab März wieder zu steigen begonnen; auch die vom Zentralen Kapitalmarktausschuß für den Juni beschlossene Emissionspause hatte nicht zu verhindern vermocht, daß Anfang Juli der 8-prozentige den $7^1/_2$-prozentigen Emissionstyp vorübergehend verdrängte.

Der Beschluß des Zentralbankrats vom 13. Oktober 1971, den Diskontsatz um einen halben, den Lombardsatz um einen ganzen Prozentpunkt herabzusetzen und die Mindestreservepflicht zu ermäßigen, deutet allerdings einen endgültigen Durchbruch der Zinssenkungstendenzen an.

152. Nach der Freigabe des Wechselkurses hätte man erwarten können, daß ein Zinsgefälle zum Euro-Dollarmarkt zu einem entsprechenden Aufschlag (Report) des Termin- gegenüber dem Kassadollar führen würde: Dollars wären so lange in D-Mark konvertiert, höherverzinslich im Inland angelegt und gleichzeitig per Termin zurückgekauft worden, bis der Gewinn aus der Zinsdifferenz durch den Aufschlag des Dollars beim Terminrückkauf ausgeglichen worden wäre.

Die Funktionsbedingungen für das System flexibler Wechselkurse waren jedoch durch die Unsicherheit über die Zukunft der Weltwährungsordnung, vor allem aber durch staatliche Kontrollen und Eingriffe verzerrt (Ziffern 237 ff.). Inländische Maßnahmen — höhere Mindestreserven der Banken auf ausländische Verbindlichkeiten und Verzinsungsverbot für Ausländerguthaben im Inland nach § 23 AWG — sollten

Schaubild 28



1) Ab 1.4.1967 (Aufhebung der Zinsbindung) Ergebnisse der Zinserhebungen bei rund 500 ausgewählten Kreditinstituten bzw. Filialen von Kreditinstituten. Die dargestellten Zinssätze sind Durchschnitte aus Zinsgrößenklassen, zusammengewogen mit der prozentualen Verteilung nach der Häufigkeit der gemeldeten Zinssätze.– 2) Kontokorrentkredite unter 1 Mill.DM. Vor 1.4.1967: Kosten für Gelddarlehen im Rahmen des Kreditvertrages.– 3) Laufzeit 1/2 Jahr.– 4) Festgelder unter 1 Mill.DM mit vereinbarter Laufzeit von 3 Monaten. Vor 1.4.1967: Festgelder mit vereinbarter Laufzeit von 90 bis 179 Tagen (ab 1.7.1966 Festgelder unter 1 Mill.DM).

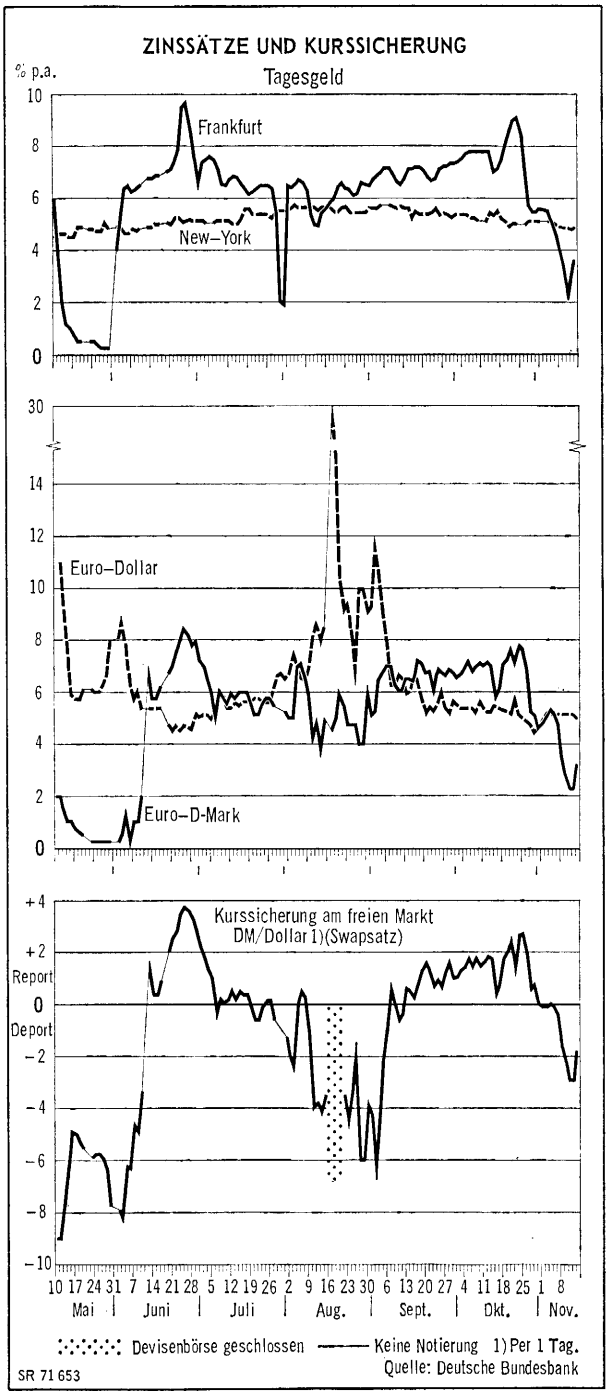
SR 71652

Quelle: Deutsche Bundesbank

die Interdependenz der nationalen Geldmärkte unterbrechen. Dadurch wurde zum einen den ausländischen Zinsarbitrageuren der Zutritt zu den monetären Märkten der Bundesrepublik de facto verwehrt; zum anderen wurden bestehende Auslandseinlagen umgeschichtet, etwa zu den Euro-Märkten.

153. Infolge der administrativen Behinderung des freien Kapitalverkehrs wurde die Terminkursbildung der D-Mark verzerrt. Da Geldanlagen von Inländern am Euro-Markt keinen Beschränkungen unterworfen waren, entsprach nur dann, wenn der deutsche Geldmarktsatz unter dem Satz für Euro-Dollar lag, der Swapsatz des Dollars dieser Zinsdifferenz. Dagegen richtete sich der Swapsatz in Zeiten, in denen die deutschen Geldmarktsätze über jenen des Euro-Marktes lagen, nach der Differenz der Zinssätze zwischen Euro-Dollar und Euro-D-Mark.

Schaubild 29



Auf den völlig unreglementierten Euro-Märkten konnten also Zinsarbitragegeschäfte so lange durchgeführt werden, bis ein Gleichgewicht durch den Terminabschlag der entsprechend höherverzinslichen Währung erreicht war: Lag der Satz für den Euro-Dollar unter jenem für die Euro-D-Mark, so wurde der Termin-Dollar mit einem Report gehandelt; mit einem Deport, wenn er darüber lag (Schaubild 29). Dies galt für Märkte aller Fristigkeiten, selbst dann, wenn das Zinsgefälle zwischen Euro-D-Mark und Euro-Dollar für Tagesgeld eine andere Richtung nahm als für Dreimonatsgeld. So wurde zum Beispiel ab Mitte September bis Anfang November der Termin-Dollar per 1 Tag mit einem Report, der Termin-Dollar per drei Monate jedoch mit einem Deport gehandelt (Schaubild 22).

V. Öffentliche Haushalte konjunkturgerecht?

154. Bei ihrer Haushaltsplanung waren die Gebietskörperschaften im Herbst 1970 davon ausgegangen, es werde 1971 zu einer spürbaren konjunkturellen Abschwächung kommen. Die Rückkehr von einem kontraktiv wirkenden Ausgabenvolumen, wie es damals für 1970 zu unterstellen war, zu einem konjunkturneutralen Gesamthaushalt 1971 wäre daher auch konjunkturgerecht gewesen. Dem entsprach es, daß die Gebietskörperschaften planten, ihre Haushalte — einer Empfehlung des Finanzplanungsrates gemäß — um 12 vH auszuweiten.

155. Die konjunkturelle Entspannung kam jedoch 1971 nur zögernd voran, bedingt wohl auch dadurch, daß die Finanzpolitik 1970 tatsächlich bereits expansiv gewirkt hatte (Ziffer 177). Der Staat mußte also um einer weiteren Stabilisierung willen zumindest darauf verzichten, einen noch größeren expansiven Effekt als im Vorjahr auf die Wirtschaft auszuüben. Als die öffentlichen Stellen ihre Ausgabentätigkeit unerwartet stark beschleunigten, empfahlen daher Finanzplanungsrat und Konjunkturrat für die öffentliche Hand den Gebietskörperschaften für die erste Jahreshälfte 1971 eine zurückhaltendere Haushaltsführung.

Die Bundesregierung versuchte, diesem Appell Rechnung zu tragen, indem sie die Ressorts anwies, gesetzlich und vertraglich nicht fixierte Ausgaben einzuschränken. Trotzdem gaben die Ressorts in den ersten Monaten des Jahres 1971 mehr aus, als mit der empfohlenen Zurückhaltung vereinbar war. Noch stärker als der Bund weiteten Länder und Gemeinden ihre Ausgaben aus.

156. Als sich eine konjunkturelle Entspannung im Frühjahr 1971 noch immer nicht deutlich abgezeichnet hatte, trat die Bundesregierung der Ausgabenexpansion durch ihr Stabilisierungsprogramm vom Mai 1971 entgegen. Nach Abstimmung mit dem Finanzplanungsrat und dem Konjunkturrat für die öffentliche Hand sah der binnenwirtschaftliche Teil des Programms Ausgabenrestriktionen des Bundes in Höhe von 1,0 Mrd. DM, der Länder von 0,8 Mrd. DM vor. In entsprechendem Umfang hatten Bund und Länder ihre Kreditaufnahme zu vermindern. Die Ermächtigungen, Ausgabenverpflichtungen zu Lasten späterer Haushaltsjahre einzugehen, sollten eingeschränkt werden, beim Bund um 2 bis 3 Mrd. DM und bei den Ländern um 1½ bis 2 Mrd. DM. Über die Planansätze hinausgehende Steuereinnahmen waren bis zu einem Betrag von 1,7 Mrd. DM in den Konjunkturausgleichsrücklagen stillzulegen. Die Gemeinden sollten nicht mehr als 90 vH der für 1971 vorgesehenen Kredite aufnehmen; davon erhoffte man sich Ausgabenkürzungen der Gemeinden in Höhe von 0,5 Mrd. DM.

Tabelle 14

Übersicht finanzpolitisch wichtiger Ereignisse

Datum	
1970	
2. November	Der Konjunkturrat für die öffentliche Hand (Kreditfragen) empfiehlt den öffentlichen Haushalten, keine Zinssteigerung am Kapitalmarkt auszulösen.
8. Dezember	Der Konjunkturrat für die öffentliche Hand erklärt, daß — die Ausgabenplanungen der Gebietskörperschaften angesichts deren Nachholbedarfs berechtigt sind, da die gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen dafür erfüllt seien, — der Tarifabschluß im öffentlichen Dienst ein wichtiger Schritt auf dem Wege dazu ist, die Einkommensentwicklung an die veränderte konjunkturelle Situation anzupassen. Außerdem sollen die Gebietskörperschaften bei den erforderlichen Erhöhungen „administrierter" Preise die Stabilisierung unterstützen. Der Konjunkturrat hält es nicht für angebracht, den Konjunkturzuschlag vorzeitig nicht mehr zu erheben oder gar bereits zurückzuzahlen.
17. Dezember	Der Finanzplanungsrat vertritt die Ansicht, daß die von den Gebietskörperschaften für 1971 geplante Ausgabensteigerung nicht auf stabilitätspolitische Bedenken stößt.
1971	
15. Januar	Der Konjunkturrat für die öffentliche Hand stellt fest: Die Ausgabenplanungen von Bund und Ländern entsprechen den konjunkturpolitischen Erfordernissen. Es ist Vorsorge dafür zu treffen, daß die öffentliche Investitionstätigkeit — falls erforderlich — schnell verstärkt werden kann. Die Bedingungen dafür, den Konjunkturzuschlag vorzeitig nicht mehr zu erheben oder ihn bereits zurückzuzahlen sowie die Konjunkturausgleichsrücklagen aufzulösen, sind jedoch noch nicht gegeben.
22. Januar	Die Bundesregierung legt den Jahreswirtschaftsbericht 1971 vor. Sie geht davon aus, daß 1971 — die Ausgaben der Gebietskörperschaften (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) um 11½ bis 12½ vH steigen und — der Staatsverbrauch um 12½ bis 13½ vH zunimmt.
12. Februar	Der Bundestag verabschiedet den Bundeshaushalt 1971 mit einem Ausgabenvolumen von 100,1 Mrd. DM; gegenüber den Ist-Ausgaben 1970 entspricht das einer Steigerung um 14,7 vH.
19. Februar	Der Finanzplanungsrat spricht sich dafür aus, daß die Gebietskörperschaften — die geplante Ausgabensteigerung verwirklichen, — die konjunkturellen Erfordernisse berücksichtigen und sich in ihrer Haushaltsführung in der ersten Jahreshälfte 1971 zunächst noch zurückhalten sowie — die Konjunkturausgleichsrücklagen noch nicht auflösen.
19. März	Der Konjunkturrat für die öffentliche Hand empfiehlt, — mögliche Steuermehreinnahmen gegenüber den Haushaltsansätzen nicht für Mehrausgaben, sondern zur Verminderung des Kreditbedarfs zu verwenden und — in der Haushaltsführung, insbesondere im öffentlichen Verbrauch, weiterhin zurückhaltend zu sein.
30. März	Die Steuerreformkommission übergibt ihren Bericht der Bundesregierung.
22. April	Der Finanzplanungsrat erneuert seinen Appell an Bund, Länder und Gemeinden zu einer weiterhin zurückhaltenden Haushaltsführung. Er wiederholt die Aufforderung des Konjunkturrates, bei Steuermehreinnahmen die Kreditaufnahme einzuschränken.

noch Tabelle 14

Datum	
1971	
9./14. Mai	Die Bundesregierung beschließt ein Stabilisierungsprogramm. Nach Abstimmung mit dem Konjunkturrat und dem Finanzplanungsrat sieht der binnenwirtschaftliche Teil des Programms vor: — Bund und Länder schränken gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 und 2 StWG ihre Ausgaben ein (insbesondere für den sächlichen Verwaltungsaufwand, für Zuweisungen und Zuschüsse, für Baumaßnahmen sowie für sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen). Der Bund soll so Minderausgaben von 1,0 Mrd. DM, die Länder von 800 Mill. DM erreichen. Außerdem sollen — wie in § 6 Abs. 1 StWG gleichfalls vorgesehen — der Bund 2 bis 3 Mrd. DM, die Länder 1½ bis 2 Mrd. DM weniger Verpflichtungsermächtigungen in Anspruch nehmen. — Bund und Länder führen Steuereinnahmen, die über die Haushaltsansätze hinaus anfallen, den Konjunkturausgleichsrücklagen zu, der Bund bis zu 1 Mrd. DM, die Länder bis zu 700 Mill. DM. — Der Bund kürzt seine Kreditaufnahme um 1,0 Mrd. DM, die Länder um 800 Mill. DM. Für die Gemeinden wird empfohlen, deren Kreditaufnahme grundsätzlich nicht über 90 vH der für 1971 veranschlagten Beträge ansteigen zu lassen; dadurch soll die vorgesehene Kreditaufnahme um rund 500 Mill. DM vermindert werden.
13. Mai	Das Bundesministerium der Finanzen und das Bundesministerium für Wirtschaft werden zum Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen zusammengelegt.
9. bis 11. Juni	Die Bundesregierung beschließt Eckwerte und Grundsätze für die Steuerreform.
28. Juni	Der Konjunkturrat und der Finanzplanungsrat empfehlen dem Bund und den Ländern, wesentliche Teilbeträge der unvorhergesehenen Steuereinnahmen schon im September 1971 den Konjunkturausgleichsrücklagen zuzuführen. Sie erörtern die Gestaltung der Haushalte im Jahre 1972: die öffentlichen Ausgaben sollen um 8 vH steigen.
10. September	Die Bundesregierung verabschiedet — den Finanzplan des Bundes 1971 bis 1975, — den Entwurf des Bundeshaushaltsplanes 1972, der mit einem Ausgabenvolumen von 106,6 Mrd. DM eine Steigerung gegenüber dem Haushalts-Soll 1971 um 8,4 vH, gegenüber den voraussichtlichen Ist-Ausgaben um 9,5 vH vorsieht.
21. September	Der Finanzplanungsrat befaßt sich mit — der Haushaltsführung 1971, — den Grundannahmen für die Aufstellung der Haushalte 1972 und für die mittelfristige Finanzplanung bis 1975, — der Umsatzsteuerverteilung zwischen Bund und Ländern.

Tabelle 15

Die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte [1])

Art der Ausgaben bzw. Einnahmen	1969 [2])	1970 [3])	1971 [4])	1970 [3])	1971 [4])
	Mrd. DM			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Eigenfinanzierte Ausgaben (ohne Schuldentilgung) [5])	173,2	192,8	220,0	+ 11,3	+ 14,1
Laufende Rechnung	130,1	144,1	164,2	+ 10,7	+ 13,9
davon:					
Personalausgaben	52,1	60,1	70,9	+ 15,4	+ 17,9
Sachaufwand [6])	32,5	34,4	37,6	+ 5,6	+ 9,5
Laufende Übertragungen [7])	39,5	43,2	48,2	+ 9,2	+ 11,7
Zinszahlungen	6,0	6,5	7,4	+ 8,0	+ 13,9
Kapitalrechnung	43,1	48,8	55,7	+ 13,2	+ 14,0
davon:					
Sachinvestitionen	26,2	31,4	36,3	+ 19,7	+ 15,5
Vermögensübertragungen [8])	8,8	9,6	11,3	+ 8,8	+ 18,2
Gewährung von Darlehen	7,2	6,7	6,7	− 7,2	+ 0,3
Beteiligungen	0,9	1,2	1,4	+ 31,0	+ 18,6
Eigene Einnahmen (ohne Kreditmarkt- und Rücklagemittel) [5])	175,2	188,4	210,6	+ 7,5	+ 11,2
Laufende Rechnung	170,4	183,4	205,5	+ 7,7	+ 12,2
darunter: Steuern [9])	145,3	156,4	175,4	+ 7,6	+ 12,2
Kapitalrechnung	4,9	5,0	5,2	+ 2,9	+ 3,6
darunter: Darlehensrückflüsse	3,3	3,4	3,3	+ 2,7	− 3,4
Nettofinanzierungssaldo	+ 2,0	− 4,4	− 9,4	.	.

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ötfa, Länder und Gemeinden (Gv.), Europäische Gemeinschaften.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.
[3]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[4]) Eigene Schätzung; eigene Steuerschätzung vgl. Ziffer 168.
[5]) Gesamtausgaben bzw. Gesamteinnahmen nach Abzug der Zahlungen von Gebietskörperschaften (Zuweisungen, Darlehen, Darlehensrückflüsse).
[6]) Einschließlich militärischer Beschaffungen und Anlagen.
[7]) Darunter: Zuschüsse an die Träger der Sozialversicherung (1969: 11,8 Mrd. DM, 1970: 12,2 Mrd. DM, 1971: 13,0 Mrd. DM).
[8]) Darunter: Investitionszuschüsse an Dritte (1969: 5,0 Mrd. DM, 1970: 6,6 Mrd. DM, 1971: 7,9 Mrd. DM).
[9]) Darunter: Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer (1970: 2,3 Mrd. DM, 1971: 3,6 Mrd. DM).

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen

Ausgabenexpansion trotz Restriktion

157. Diesem binnenwirtschaftlichen Stabilisierungsprogramm waren nur Teilerfolge beschieden. Es vermochte zwar das Ausgabenverhalten des Bundes, nicht aber das der Länder und Gemeinden wie erwünscht zu beeinflussen.

Nach unserer Schätzung haben die Gebietskörperschaften zusammengenommen 1971 220,0 Mrd. DM ausgegeben [1]) (Tabelle 15); das sind 14,1 vH mehr als 1970. Der kräftigen Ausgabensteigerung im Vorjahr folgte damit 1971 eine noch stärkere. Obwohl die Finanzpolitik einen Restriktionskurs beabsich-

[1]) In diesem Haushaltsvolumen sind Ausgaben der Europäischen Gemeinschaften in Höhe von 2,1 Mrd. DM für die EG-Agrarmarktordnung in der Bundesrepublik enthalten.

tigt hatte, um die konjunkturelle Entspannung zu fördern, war das Haushaltsvolumen weit größer, als die Gebietskörperschaften Ende 1970 in Erwartung einer deutlichen Konjunkturabschwächung für 1971 geplant hatten.

158. Allein der Bund hielt sich an die Beschränkung, die ihm das Stabilisierungsprogramm auferlegt hatte. Nachdem die Bundesausgaben in der ersten Jahreshälfte 1971 kräftig zugenommen hatten (gegenüber den Ausgaben in den ersten sechs Monaten 1970 um gut 16 vH), ist danach das Bemühen um eine restriktive Ausgabenpolitik wieder deutlich geworden. Im zweiten Halbjahr 1971 dürften die Ausgaben noch um 11½ vH höher sein als im gleichen Vorjahreszeitraum; das bedeutet eine spürbare Ausgabenzurückhaltung, denn gerade für die zweite Jahreshälfte 1971 ist die Basis im Vorjahr besonders niedrig, weil der Bund seine Ausgaben in den letzten Monaten 1970 stark gedrosselt und so das zuvor bereits verminderte Haushaltssoll noch unterschritten hatte.

Für das ganze Jahr 1971 rechnen wir mit einer Zunahme der Bundesausgaben gegenüber dem Haushalts-Ist 1970 um reichlich 13½ vH, gegenüber dem Haushalts-Soll des Vorjahres um 11 vH.

159. Auf die Ausgabenexpansion der Länder hingegen blieben die Maßnahmen des Stabilisierungsprogramms ohne Einfluß. Die Länder sperrten zwar, wie von ihnen gefordert, Haushaltsmittel in vorgesehener Höhe, vor allem für Investitionen und Investitionszuschüsse, gaben dafür aber wie im Vorjahr für andere Zwecke umso mehr aus. Bereits vom Sommer 1970 an hatten sie ihre Ausgaben beschleunigt ausgeweitet und so zusammen mit den Gemeinden dazu beigetragen, daß das Haushaltsvolumen der Gebietskörperschaften erheblich größer war, als der Planung für 1971 als Basis zugrundegelegt worden war. Im Jahre 1971 haben sie diese expansive Ausgabentätigkeit fortgesetzt. Selbst bezogen auf das Haushaltsvolumen des Vorjahres nahmen ihre Ausgaben um 14½ vH zu — weit stärker, als die Länder ursprünglich, vom Soll 1970 ausgehend, für 1971 geplant hatten.

160. Ebenso expansiv haben sich die Gemeinden in ihrer Ausgabentätigkeit verhalten. Nach unserer Rechnung haben sie ihre Ausgaben 1971 um gut 14 vH erhöht.

Die Finanzierung dieses Ausgabenvolumens bereitete ihnen kaum Schwierigkeiten. Die Steuereinnahmen flossen reichlich, die Gebühren und Entgelte wurden verstärkt heraufgesetzt. Die Länder versorgten sie großzügig mit Finanzzuweisungen; im Vergleich zu 1970 waren diese um fast 15 vH höher. Das geplante Kreditvolumen, das sie nur zu 90 vH beanspruchen sollten, brauchten die Gemeinden nicht einmal in dieser Höhe zu nutzen. Die Kreditrestriktion blieb also ohne Einfluß auf ihre Ausgaben.

161. *Mit ihrem prozyklischen Verhalten sind die Gemeinden 1971 den Empfehlungen des Finanzplanungsrates und des Konjunkturrates für die öffentliche Hand erneut nicht gefolgt (Tabelle 16). Bereits 1969 und 1970 hatten sie den Restriktionskurs des Bundes unterlaufen. Ebensowenig war ihr Verhalten in der Rezession konjunkturgerecht gewesen. Im Jahre 1967 hatten sie ihre Ausgaben im Vergleich zu 1966 eingeschränkt und so den Konjunkturprogrammen des Bundes entgegengewirkt.*

Grundsätzlich ist es Aufgabe der Länder, „durch geeignete Maßnahmen darauf hinzuwirken, daß die Haushaltswirtschaft der Gemeinden (Gemeindeverbände) den konjunkturellen Erfordernissen entspricht" (§ 16 Abs. 2 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes — StWG —). Diesen Auftrag des StWG haben die Länder insgesamt in den letzten drei Jahren nicht erfüllt, ja sie selbst sind 1970 und 1971 ihrer Verpflichtung, zum Erreichen der Ziele des § 1 StWG beizutragen, nicht nachgekommen.

Tabelle 16

Ausgaben des Bundes, der Länder und der Gemeinden (Gv.) [1]

	1966	1967	1968	1969 [2]	1970 [3]	1971 [4]	1967	1968	1969 [2]	1970 [3]	1971 [4]
	Mrd. DM						Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH				
Bund	67,62	75,98	75,42	81,65	87,27	99,14	+12,4	− 0,7	+ 8,3	+ 6,9	+13,6
Länder	57,62	59,52	62,49	66,80	76,43	87,48	+ 3,3	+ 5,0	+ 6,9	+14,4	+14,5
Gemeinden (Gv.)	40,29	40,25	42,41	47,59	53,88	61,46	− 0,1	+ 5,4	+12,2	+13,2	+14,1

[1]) Gesamtausgaben ohne Schuldentilgung.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.
[3]) Schätzung nach Teilergebnissen.
[4]) Eigene Schätzung.

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen

162. *Die Gemeinden sind im StWG zwar auch unmittelbar dazu angehalten, in ihrer Haushaltspolitik diesen Zielen Rechnung zu tragen, weil auf sie zusammen genommen etwa ein Viertel der Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushaltes entfällt. Tatsächlich aber sind nach wie vor für das Ausgabenverhalten jeder einzelnen Gemeinde gesamtwirtschaftliche Überlegungen kaum ausschlaggebend. Vielmehr richten sich die Gemeinden in ihrer gesamten Haushaltswirtschaft vorwiegend nach der Entwicklung ihrer laufenden Einnahmen; von dieser machen sie sogar ihre Kreditaufnahme weitgehend abhängig. Ihr prozyklisches Verhalten in der Schuldenpolitik wird noch dadurch gefördert, daß die Kommunalaufsichtsbehörden nach geltendem Haushaltsrecht die Verschuldungsmöglichkeit einer Gemeinde nach den laufenden Einnahmen, in der Regel nach denen der letzten zwei bis drei Jahre, bestimmen. Das wird wohl auch nach der geplanten Novellierung des kommunalen Haushaltsrechts nicht anders werden.*

163. *Das prozyklische Ausgabenverhalten der Gemeinden läßt sich demnach verhindern, wenn ihre laufenden Einnahmen verstetigt werden. Dem Auftrag des StWG an die Länder würde es entsprechen, wenn diese die Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden antizyklisch variierten (JG 68 Ziffer 335). Das könnte in Boomphasen etwa in der Form geschehen, daß die Schlüsselmasse wie üblich auf die Gemeinden verteilt, jedoch ein Teil dieser Mittel, wie die Konjunkturausgleichsrücklagen von Bund und Ländern, zugunsten der Gemeinden bei der Bundesbank stillgelegt würde. Die gleiche Wirkung hätte es, wenn den Gemeinden in Höhe des stillzulegenden Teiles der Schlüsselmasse von den Ländern Offenmarktpapiere zugeteilt würden.*

164. *Der Anteil der Schlüsselzuweisungen an den laufenden Einnahmen der Gemeinden ist sehr unterschiedlich: Bei Gemeinden mit mehr als 50 000 Einwohnern — ihre Zahl beträgt kaum mehr als hundert — machte er 1968 (einschließlich sonstiger allgemeiner Finanzzuweisungen) nur rund 8 vH, bei den übrigen Gemeinden dagegen etwa 15 vH der laufenden Einnahmen aus. Sollen diese größeren Gemeinden nicht gegenüber kleineren begünstigt werden, müßten sie dazu verpflichtet werden, gegebenenfalls wie Bund und Länder nach § 15 StWG einen Teil ihrer Steuereinnahmen in Konjunkturausgleichsrücklagen stillzulegen.*

165. *Insgesamt wäre allerdings sicherzustellen, daß die Gemeinden dann nicht kompensatorisch ihre Kreditaufnahme erhöhen. Das kann die Bundesregierung verhindern, indem sie von den §§ 19 ff. StWG Gebrauch macht. Danach ist ihr die Möglichkeit gegeben, die Kreditaufnahme der Gemeinden — neben der von Bund und Ländern — durch Rechtsverordnung bis auf 80 vH der Neuverschuldung im Durchschnitt der jeweils vergangenen fünf Rechnungsjahre zu beschränken. Dieses Mittel hat die Bundesregierung bis 1970 nicht genutzt; 1971 tat sie es in einer Form, die wirkungslos blieb (Ziffer 160).*

166. Die Ausgabenexpansion aller Gebietskörperschaften ist zu einem ungewöhnlich hohen Teil auf die sprunghafte Ausweitung der Personalausgaben zurückzuführen, die weit über das hinausging, was im Herbst 1970 abzusehen war. Damals hatten wir für 1971 mit Personalausgaben in Höhe von rund 67 Mrd. DM gerechnet. Ein Jahr später müssen wir davon ausgehen, daß dieser Betrag um nicht weniger als 4 Mrd. DM überschritten wird.

In ihren Haushaltsplänen hatten die Gebietskörperschaften wohl niedrigere Lohn- und Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst veranschlagt, als sie beim Tarifabschluß für den öffentlichen Dienst und bei den Anhebungen der Beamtenbezüge sowie der Versorgungsleistungen zugestanden. Das Ausmaß dieser Einkommenserhöhungen, zu denen noch Sonderzulagen und Höhereinstufungen kamen, war den Gebietskörperschaften zunächst offenbar nicht bekannt. Erst im Laufe des Jahres merkten sie, welche unvorhergesehenen Mehrausgaben diese tatsächlich mit sich brachten.

In den ersten neun Monaten gaben die Länder — sie sind bedeutendster Dienstherr und Arbeitgeber im öffentlichen Sektor — für Aktivitäts- und Versorgungsbezüge nahezu 20 vH mehr aus als im gleichen Vorjahreszeitraum, der Bund 15 vH. Insgesamt waren die Personalausgaben der Gebietskörperschaften nach unserer Schätzung um rund 18 vH höher als 1970.

167. Die zusätzlichen Personalausgaben haben Länder und Gemeinden nicht durch entsprechende Zurückhaltung bei anderen Ausgaben kompensiert. Besonders stark haben sie im Aufschwung zurückgestellte Investitionen nachgeholt. Die Länder hatten damit bereits Anfang 1970, die Gemeinden nur wenig später begonnen. Der Bund schloß sich ihnen zwar ein Jahr danach an, er bemühte sich aber schon bald mit Erfolg, die Expansion seiner Investitionsausgaben, vor allem für Bauten, zu bremsen. Gemeinden und Länder folgten seinem Beispiel nur zögernd.

Die Ausgaben für Sachinvestitionen waren 1971 — so schätzen wir — noch einmal um 15½ vH höher als im Vorjahr. Gleichwohl ist es angesichts der über Erwarten starken Preissteigerungen nicht sicher, ob alle für 1971 geplanten staatlichen Investitionen verwirklicht werden konnten.

Unvorhergesehene Steuermehreinnahmen 1971 nach Steuerausfällen 1970

168. Verzögerungen im Abschwung und unerwartet lange anhaltender Lohn- und Preisauftrieb schlugen sich 1971 in höheren Steuereinnahmen nieder, als die Gebietskörperschaften in ihren Haushaltsplänen unterstellt hatten. Vor Beginn der Etatperiode konnte man aufgrund der voraussehbaren Entwicklung des Bruttosozialproduktes mit einem Steueraufkommen in Höhe von 171,9 Mrd. DM rechnen. Tatsächlich stieg das Bruttosozialprodukt stärker als angenommen. Entsprechend höher waren die Steuereinnahmen; nach unserer Schätzung betrugen sie 175,4 Mrd. DM [1]), 12,2 vH mehr als 1970.

---

[1]) Einschließlich 1,0 Mrd. DM, die den Europäischen Gemeinschaften aus den deutschen Zolleinnahmen zuflossen, an denen sie 1971 erstmals beteiligt waren.

Tabelle 17

Das Aufkommen der wichtigsten Einzelsteuern

Steuerart	1969	1970	1971 [1]	1970	1971 [1]	1970	1971	
	Mrd. DM			Veränderung in vH [2]		Mrd. DM		Veränderung in vH [2]
	Jahr					Januar bis September		
Gesamtsteueraufkommen	145,29	156,39 [a]	175,40 [a]	+ 7,6	+12,2	.	.	.
Lohnsteuer	27,06	35,09	43,00	+29,7	+22,6	24,28	29,76	+22,6
Veranlagte Einkommensteuer	16,99	16,00	17,80	− 5,8	+11,2	11,69	13,11	+12,1
Körperschaftsteuer	10,89	8,72	7,00	−20,0	−19,7	6,77	5,15	−23,9
Umsatzsteuer	26,43	26,79	31,00	+ 1,4	+15,7	19,34	22,48	+16,3
Einfuhrumsatzsteuer ..	7,28 [b]	11,33 [b]	12,00	+55,6	+ 5,9	8,38	8,95	+ 6,8
Mineralölsteuer	10,60	11,51	12,70	+ 8,6	+10,3	7,89	8,84	+12,0
						Januar bis Juni		
Gewerbesteuer [3]	14,22	10,73	12,00	−24,5	+11,9	4,93	5,85	+18,8

[1]) Eigene Schätzung.
[2]) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH.
[3]) Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital.
[a]) Einschließlich Konjunkturzuschlag.
[b]) Ohne Vergütungen aufgrund des Absicherungsgesetzes.

Quelle: Bundesministerum für Wirtschaft und Finanzen

169. Am stärksten nahm 1971 erneut — den kräftigen Einkommenssteigerungen der Arbeitnehmer folgend — das Lohnsteueraufkommen zu (Tabelle 17). Damit haben sich die Lohnsteuereinnahmen seit 1968 nahezu verdoppelt. Der Ertrag aus der veranlagten Einkommensteuer ist diesmal nach den Steuerausfällen im Vorjahr (Ziffern 172 ff.) sprunghaft gestiegen. Zum Teil ist dies wohl darauf zurückzuführen, daß Einnahmen aus dieser Steuer, mit denen man bereits 1970 gerechnet hatte, erst 1971 eingingen. Bei der Körperschaftsteuer hingegen setzte sich der Rückgang des Aufkommens fast unvermindert fort, so daß die Einnahmen gerade das niedrige Niveau des gewinnschwachen Jahres 1967 erreichten.

Die unvorhergesehenen Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuer spiegeln vor allem die lebhafte Verbrauchskonjunktur bei hohen Preissteigerungen wider. Mehrwertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer haben 1971 zusammen 2 Mrd. DM mehr erbracht, als zu Beginn des Jahres angenommen worden war.

170. Steuerrechtsänderungen haben die Einnahmen der Gebietskörperschaften 1971 per Saldo nur wenig beeinflußt.

Zu Mindereinnahmen in Höhe von 1,2 Mrd. DM führte

— das 624-DM-Gesetz, das sich erstmals ein ganzes Jahr auswirkte (0,9 Mrd. DM), und

— die Ausweitung der Berlinpräferenzen (0,3 Mrd. DM).

Dem stand ein Mehraufkommen von 1,1 Mrd. DM gegenüber aus

— der Straßengüterverkehrsteuer, die um ein Jahr verlängert wurde (0,4 Mrd. DM), und

— der Mineralölsteuer auf Heizöle (0,7 Mrd. DM), mit deren Abbau 1971 nicht, wie ursprünglich vorgesehen, begonnen wurde.

171. Im Gegensatz zu 1970, als das Aufkommen trotz der steuerpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung (Erhebung des Konjunkturzuschlages und Aussetzung der degressiven Abschreibung) nur um 7,6 vH, das nominale Sozialprodukt hingegen um 13,0 vH zugenommen hatte, überstieg diesmal die Zuwachsrate der Steuereinnahmen (12,2 vH) deutlich die des Sozialprodukts (10,4 vH). Entgegen dem zyklischen Muster war die so gemessene Aufkom-

menselastizität des Steuersystems nach dem Konjunkturumbruch doppelt so hoch wie im Jahr des konjunkturellen Höhepunktes. Die Ursache dafür ist vorwiegend in den Steuerausfällen 1970 zu sehen.

172. Den Ursachen dieser Einnahmenausfälle, wie sie 1970 bei den Veranlagungssteuern aufgetreten waren, ist nachzugehen.

Noch zur Jahresmitte 1970 hatten die Gebietskörperschaften mit 5½ Mrd. DM höheren Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer gerechnet, als tatsächlich aufkamen. Damals hatte man unterschätzt, wie stark die Vorauszahlungen bei den Steuern auf Unternehmereinkommen 1968 und 1969 an die gestiegenen Gewinne angepaßt worden waren. Die Gebietskörperschaften hatten sich somit 1970 auf höhere Abschlußzahlungen eingestellt, als ihnen tatsächlich zuflossen. Höhere Abschlußzahlungen hätten auch bedeutet, daß die Vorauszahlungen nochmals heraufgesetzt worden wären, denn diese werden aufgrund der Steuerschuld bei der jeweils letzten Veranlagung festgelegt.

Tatsächlich sahen sich im Verlauf des Jahres 1970 viele Steuerpflichtige sogar veranlaßt, angesichts ihrer verschlechterten Gewinnsituation die Vorauszahlungen herabsetzen zu lassen. Bei der Körperschaftsteuer verhinderten die Finanzbehörden nicht, daß dies offenbar in einem Umfang geschah, der den Gesamtgewinnen und den niedriger belasteten Ausschüttungen der Kapitalgesellschaften häufig nicht mehr entsprach.

173. Für das Einkommensteueraufkommen 1970 spielte zudem eine wichtige Rolle, daß nach den kräftigen Lohnsteigerungen im Herbst 1969 die Zahl der Lohnsteuerpflichtigen, die zu veranlagen waren, sprunghaft zugenommen hatte. Wird veranlagten Lohnsteuerpflichtigen ein Teil der gezahlten Steuer zurückerstattet, geht dies zu Lasten des Aufkommens an veranlagter Einkommensteuer. Gerade 1970 dürften diese Erstattungen stark gestiegen sein, weil die dann für 1969 Veranlagten zunächst auf ihr höheres Einkommen vom Herbst 1969 an so viel Lohnsteuer hatten entrichten müssen, als hätten sie ein so hohes Einkommen das ganze Jahr über bezogen. Welchen Umfang diese Erstattungen inzwischen angenommen haben, ist bisher nicht bekannt.

174. Zu Steuerausfällen hat auch geführt, daß sich 1970 der Veranlagungs-Lag — zuvor bereits im Durchschnitt etwa zwei Jahre bei der Einkommensteuer, bei der Körperschaftsteuer rund anderthalb Jahre — wohl noch vergrößerte. Daß sich diese Veranlagungsarbeiten verzögerten, begründeten die Finanzbehörden vor allem mit der Mehrbelastung durch die Vermögensteuer-Hauptveranlagung 1969.

175. Die Finanzpolitik muß sich vor Fehlschätzungen des Steueraufkommens besser als bisher schützen. Fehlschätzungen des Steueraufkommens, wie sie 1970 vorkamen, machen ein konjunkturgerechtes Verhalten der öffentlichen Hand unmöglich. Denn sie beruhten nicht auf einer Fehlprognose der konjunkturellen Entwicklung; die unvorhergesehenen Einnahmenausfälle waren also nicht Reflex geringerer Nachfrage der Privaten. Vielmehr erlaubten sie diesen, höhere Ansprüche an das Produktionspotential zu stellen, Ansprüche also, von denen die Gebietskörperschaften bei ihrem Ausgabenverhalten angenommen hatten, sie würden in Form von Steuereinnahmen auf sie übertragen werden.

176. Derartige Schätzfehler bei den Veranlagungssteuern sind so lange unvermeidlich, wie die Grundlagen für die Schätzung nicht entscheidend verbessert werden. Vor allem müssen aktuelle statistische Angaben über die Höhe der steuerpflichtigen Einkommen und die Anzahl der Zensiten vorliegen. Gegenwärtig ist die Steuerschätzung überfordert; die an sie gestellte Frage, wieviel Einnahmen zu erwarten sind, läßt sich nur durch Zufall annähernd richtig beantworten, solange die steuerpflichtigen Einkommen unbekannt sind.

Die Steuerschätzung würde auch erleichtert, wenn die Finanzbehörden etwa monatlich über den jeweiligen Stand der Veranlagungsarbeiten sowie über Anpassungen der Vorauszahlungen berichteten. Selbst darüber gibt es gegenwärtig keine zuverlässigen Informationen. Zusammen mit einer Steuererklärungsstatistik machte es eine solche monatliche Berichterstattung möglich, Steuerausfälle oder Mehreinnahmen, die im laufenden Jahr durch eine Veränderung des Veranlagungs-Lags entstehen, vorherzusagen.

Expansive Wirkungen der Finanzpolitik

177. Die Finanzpolitik hatte sich 1971 erneut zum Ziel gesetzt, die konjunkturelle Entspannung zu fördern und damit zur Preisstabilisierung beizutragen. Dieses Ziel hat sie nicht erreicht. Die Haushaltspolitik hat kräftig expansiv gewirkt.

Das gleiche muß heute rückblickend für das Jahr 1970 gesagt werden. Die Finanzpolitik schien 1970 zunächst so angelegt, daß sie einen kontraktiven Effekt in der Größenordnung von 3 Mrd. DM ausgelöst hätte. Erst später zeigte sich, daß sie nicht kontraktiv, sondern in beachtlichem Umfang expansiv gewirkt hatte (Tabelle 18). Denn die Einnahmen waren aufgrund der Steuerausfälle (Ziffern 172 ff.) um 4½ Mrd. DM hinter den Erwartungen zurückgeblieben und die Ausgaben um reichlich 2½ Mrd. DM über das hinausgegangen, was vorauszusehen war.

Zwar kam es — wie erwähnt — zu diesem expansiven Impuls gegen die erklärte Absicht der Finanzpolitik. Doch dies ändert nichts daran, daß so gerade die Kräfte gefördert wurden, die zu hemmen man sich vorgenommen hatte. Im Jahre 1971 fortgesetzt, dürfte das Verhalten der öffentlichen Hand wesentlich dazu beigetragen haben, das von Ende 1970 bis in das Jahr 1971 hinein noch einmal konjunkturelle Auftriebskräfte an Einfluß gewannen und die Entspannung verzögerten.

Tabelle 18

Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht [1])

	Einheit	1966	1967	1968	1969	1970	1971 [2])
(1) Produktionspotential in jeweiligen Preisen [3])	Mrd. DM	509,8	533,7	560,2	604,5	684,0	771,9
(2) Produktionspotential bei „konjunkturneutraler" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialproduktes im jeweiligen Jahr [4])	Mrd. DM	509,8	538,2	562,6	599,1	659,9	743,3
(3) Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966 $\frac{(2) \cdot (13) \text{ im Basisjahr } 1966}{100}$	Mrd. DM	145,1	153,3	160,2	170,6	187,9	211,6
(4) Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	490,7	495,5	540,0	603,4	682,1	753,1
(5) Steuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966 $\frac{(4) \cdot (12) \text{ im Basisjahr } 1966}{100}$	Mrd. DM	112,5	113,6	123,8	138,3	156,3	172,6
(6) Tatsächliche Steuereinnahmen [5])	Mrd. DM	112,5	114,6	121,8	145,3	156,4	175,4
(7) Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (6) ./. (5)	Mrd. DM	—	+1,0	−2,0	+7,0	+0,1	+2,8
(8) Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (3) + (7)	Mrd. DM	145,1	154,3	158,2	177,6	188,0	214,4
(9) Tatsächliche Staatsausgaben [6])	Mrd. DM	145,1	154,4	157,9	173,2	192,8	220,0
(10) Konjunktureller Effekt [7]) des Haushalts (9) ./. (8)	Mrd. DM	—	+0,1	−0,3	−4,3	+4,8	+5,6
(11) Veränderung des konjunkturellen Effektes gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	Mrd. DM	—	+0,1	−0,4	−4,0	+9,1	+0,8
Zum Vorjahresvergleich							
Steigerungsrate							
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben (9) gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	vH	*+4,5*	*+6,4*	*+2,3*	*+ 9,7*	*+11,3*	*+14,1*

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ufffa, Länder und Gemeinden (Gv.), Europäische Gemeinschaften.
[2]) Eigene Schätzung.
[3]) Produktionspotential in Preisen von 1962, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts.
[4]) Produktionspotential in Preisen von 1962, inflationiert mit dem Preisindex des Bruttosozialprodukts im jeweiligen Vorjahr und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus im jeweiligen Jahr.
[5]) Kassenmäßige Einnahmen einschließlich Konjunkturzuschlag (1970: 2,3 Mrd. DM, 1971: 3,6 Mrd. DM).
[6]) Eigenfinanzierte Ausgaben.
[7]) Expansiv: +; kontraktiv: —.

noch Tabelle 18

	Einheit	1966	1967	1968	1969	1970	1971 [2])
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens (8) gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr (9)	vH	—	+6,3	+2,5	+12,5	+ 8,5	+11,2
Bestimmungsfaktoren von (b) [8])							
c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1962	vH	+4,8	+3,5	+3,3	+ 4,3	+ 5,5	+ 5,0
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialproduktes	vH	—	+2,0	+2,0	+ 2,5	+ 3,5	+ 3,5
(e) Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der Steuerquote von der des jeweiligen Vorjahres $\left(\frac{\frac{(12)\ \%\ (12)\text{ i. jew. Vorj.}}{100} \cdot (4)}{(8)\text{ i. jew. Vorj.}}\right) \cdot 100$	vH	—	+0,7	−2,0	+ 5,8	− 4,4	+ 1,4
(f) Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der tatsächlichen von der konjunkturneutralen Preissteigerungsrate im jeweiligen Vorjahr ..... $\left(\frac{(1)\text{ i. jew. Vorj. }\%\ (2)\text{ i. jew. Vorj.}}{(2)\text{ i. jew. Vorj.}}\right) \cdot 100$	vH	—	0,0	−0,8	− 0,4	+ 0,9	+ 3,7
(g) Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr vom konjunkturneutralen Haushaltsvolumen des jeweiligen Vorjahres ..... $\left(\frac{(9)\text{ i. jew. Vorj. }\%\ (8)\text{ i. jew. Vorj.}}{(8)\text{ i. jew. Vorj.}}\right) \cdot 100$	vH	—	0,0	−0,1	+ 0,2	+ 2,4	− 2,6
(12) Volkswirtschaftliche Steuerquote $\frac{(6)}{(4)} \cdot 100$	vH	22,9	23,1	22,6	24,1	22,9	23,3
(13) Konjunkturneutrale Staatsquote $\frac{(8)}{(2)} \cdot 100$	vH	28,5	28,7	28,1	29,6	28,5	28,8
(14) Beanspruchte Staatsquote ..... $\frac{(9)}{(2)} \cdot 100$	vH	28,5	28,7	28,1	28,9	29,2	29,6
(15) Konjunktureller Effekt, bezogen auf das Produktionspotential in (2) ..... (14) % (13)	vH	—	− 0,0	− 0,1	− 0,7	+ 0,7	+ 0,8
(16) Realisierte Staatsquote ..... $\frac{(9)}{(1)} \cdot 100$	vH	28,5	28,9	28,2	28,7	28,2	28,5

[8]) (b) ergibt sich als Zusammenfassung der Komponenten (c) bis (g). Wegen der überwiegend multiplikativen Verknüpfung der Komponenten ist (b) nicht genau gleich der Summe aus (c) bis (g). Vgl. hierzu Anhang VIII.

178. Für das Jahr 1971 wäre, berücksichtigt man die Erhöhung der volkswirtschaftlichen Steuerquote gegenüber dem Basisjahr, ein Staatsanteil am Produktionspotential von 28,8 vH konjunkturneutral gewesen (konjunkturneutrale Staatsquote). Diesem Anteil hätte 1971 ein Haushaltsvolumen in Höhe von 214,4 Mrd. DM entsprochen; das sind 11,2 vH mehr als die Ist-Ausgaben des Vorjahres.

179. *Die Öffentlichkeit ist daran gewöhnt, bei der konjunkturellen Würdigung der öffentlichen Haushalte von den Steigerungsraten im Vorjahresvergleich auszugehen. Deshalb haben wir in die Tabelle „Die Haushalte der Gebietskörperschaften in konjunktureller Sicht" einen Abschnitt neu aufgenommen, in dem die tatsächlichen Steigerungsraten der Staatsausgaben — Zeile (a) — den konjunkturneutralen Steigerungsraten — Zeile (b) — gegenübergestellt sind. Zudem werden die Komponenten mitgeteilt, die diese Zuwachsraten bestimmen:*

- *Zeile (c) gibt die wichtigste Größe für eine potentialorientierte Finanzpolitik an: das Wachstum des Produktionspotentials (in Preisen von 1962); für 1971 schätzen wir es auf 5 vH.*
- *Die Werte der Zeile (d) zeigen, was jeweils an unvermeidlichen Preissteigerungen vorwegzunehmen ist, wenn die öffentlichen Haushalte nicht kontraktiv wirken sollen. Diese „konjunkturneutrale" Preiserhöhung, gemessen am Preisindex des Sozialprodukts, haben wir für 1971 auf 3,5 vH veranschlagt.*
- *Den Spielraum für die Ausgaben, der sich durch eine Veränderung der volkswirtschaftlichen Steuerquote ergibt, fügt Zeile (e) hinzu. Die Steuerquote war 1971 um 0,4 vH höher als im Vorjahr. Dem entsprachen 2,7 Mrd. DM; bezogen auf das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen 1970 sind das 1,4 vH.*
- *Die Angaben in Zeile (f) drücken aus, inwieweit der tatsächliche Preisanstieg im jeweiligen Vorjahr von der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus abgewichen ist. Im Jahre 1970 waren das 3,7 vH. Die Preissteigerungen der Vergangenheit hat eine konjunkturneutrale Finanzpolitik ebenso einzuplanen wie die unvermeidlichen des jeweils laufenden Jahres — Zeile (d). Denn konjunkturneutral nennen wir die Finanzpolitik, die dem Staat einen konstanten Anteil am Produktionspotential sichert (modifiziert um Änderungen der volkswirtschaftlichen Steuerquote — Zeile [e]).*
- *Schließlich ist in einer Steigerungsrate, die die Ist-Ausgaben des Vorjahres konjunkturneutral fortschreiben soll, zu berücksichtigen, inwieweit im jeweils vorausgegangenen Jahr diese Ausgaben das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen unter- oder überschritten. Der expansive Effekt der öffentlichen Haushalte im Jahre 1970 verminderte den Expansionsspielraum für das folgende Jahr 1971 um 2,6 vH — Zeile (g).*

180. Tatsächlich haben die Gebietskörperschaften mit 220,0 Mrd. DM 14,1 vH mehr als im Vorjahr ausgegeben. Mit diesem Ausgabenvolumen haben sie das Produktionspotential zu 29,6 vH beansprucht. Ein Vergleich dieser beanspruchten Staatsquote mit der konjunkturneutralen (28,8 vH; Ziffer 178) zeigt, daß die öffentliche Hand 1971 mit 5,6 Mrd. DM expansiv gewirkt hat, was 0,8 vH des Produktionspotentials ausmacht. Damit war der expansive Effekt des öffentlichen Gesamthaushaltes — entgegen der finanzpolitischen Zielsetzung — noch größer als im Vorjahr.

Wieder einmal konnte der Staat allerdings die von ihm beanspruchte Quote am Produktionspotential nicht voll realisieren, weil — sicherlich von ihm mitbestimmt — die Preissteigerungen über das hinausgingen, was als unvermeidlich in der Planung der öffentlichen Haushalte vorwegzunehmen war. Die realisierte Staatsquote, in die die tatsächlichen Preissteigerungen eingehen, unterschritt die beanspruchte um einen vollen Prozentpunkt.

181. Das vergleichende Urteil über die Finanzpolitik der Jahre 1970 und 1971 muß auch berücksichtigen, daß sich die Gebietskörperschaften 1970 bei ihrer Ausgabentätigkeit auf höhere als die tatsächlichen Steuereinnahmen eingestellt hatten. Wären ihnen diese Steuern wie erwartet zugeflossen, hätten deren Entzugseffekte die expansiven Impulse des geplanten Ausgabenvolumens kompensiert, allerdings nicht die der Mehrausgaben von Ländern und Gemeinden. Daß dies nicht geschehen ist, konnten die Gebietskörperschaften nicht voraussehen, wenngleich sie die Gründe für die Fehlschätzungen zumindest teilweise zu vertreten haben.

182. Im Jahre 1971 hingegen rechneten die Gebietskörperschaften von vornherein mit einem niedrigeren Steueraufkommen, als einer Steuerquote entsprochen hätte, die nicht von kurzfristigen Sondereinflüssen bestimmt ist. In ihrer Ausgabenpolitik mußten sie dies berücksichtigen. Das haben sie nicht getan; vielmehr haben sie im Laufe des Jahres 1971 sogar weit mehr ausgegeben, als die kontraktiven Effekte der unvorhergesehenen Steuereinnahmen aufwiegen konnten. Ihr Verhalten im Jahre 1971 ist demnach bewußt expansiv zu nennen.

183. Eine umfassende Würdigung der Finanzpolitik scheitert noch immer daran, daß keine Daten über die Auftragsvergabe aller Gebietskörperschaften verfügbar sind. So ist zwar bekannt geworden, daß die Länder, wie im Stabilisierungsprogramm vorgesehen, die Ermächtigungen in ihren Haushaltsplänen, Ausgabenverpflichtungen zu Lasten späterer Rechnungsjahre einzugehen, um knapp 1½ Mrd. DM gekürzt haben. Doch ist ungewiß, ob sie die verbliebenen Ermächtigungen dafür nicht stärker als im Vorjahr in Anspruch genommen haben, wie das wohl für den Bund gilt.

Die Bundesressorts hatten bis zum Sommer 1971 die Verpflichtungsermächtigungen nur sehr zögernd genutzt. Danach haben sie jedoch ihre Zurückhaltung aufgegeben. Nach unserer Schätzung dürften von den planmäßigen Ermächtigungen im Bundeshaushalt 1971 in Höhe von 26½ Mrd. DM knapp 20 Mrd. DM bis zum Jahresende beansprucht worden sein, das sind etwa drei Viertel des Solls. Allein 12½ Mrd. DM davon entfielen auf die letzten vier Monate des Jahres. Wenn auch der Bund (selbst unter Berücksichtigung überplanmäßiger Ausgabenverpflichtungen für zukünftige Rüstungskäufe im Ausland) die Anforderungen des Stabilisierungsprogramms (Ziffer 156) erfüllt hat, so war er doch in seiner Auftragsvergabe weniger restriktiv als im Vorjahr; 1970 hatte er seine Verpflichtungsermächti-

gungen nur zu etwa 60 vH — das waren 16 Mrd. DM — in Anspruch genommen.

184. Die Gebietskörperschaften mußten 1971 weit mehr Kredite aufnehmen, als sie vor Beginn der Haushaltsperiode geplant hatten. Im ersten Halbjahr 1971 betrug die Neuverschuldung rund 3½ Mrd. DM; ein Jahr zuvor waren es nur etwa ¼ Mrd. DM gewesen.

Welche Wirkungen von der Schuldenpolitik der öffentlichen Hand ausgegangen sind, läßt sich erst nach dem Jahresende beurteilen. Das Schwergewicht der Kreditaufnahme fällt 1971 — wie in jedem Jahr — in die letzten Monate. Für diese Periode liegen uns noch keine Angaben vor. Uns ist demnach nicht bekannt, in welchem Umfang die Gebietskörperschaften auf kürzerfristige Kredite zurückgreifen, die nicht mit Entzugseffekten für Unternehmen und private Haushalte verbunden sind, und wie stark sie die privaten Ersparnisse in Form längerfristiger Kredite beanspruchen (Tabelle 19).

Auch konsolidierter Haushalt expansiv

185. Gebietskörperschaften und Sozialversicherung — zum konsolidierten Haushalt zusammengefaßt (JG 70 Ziffern 354 ff.) — haben 1971 mehr ausgegeben, als ihrem mittelfristigen Anteil am Produktionspotential entsprochen hätte.

Die Ausgaben der Sozialversicherung (einschließlich der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst) sind für sich betrachtet nach unserer Schätzung um 10½ vH auf 89½ Mrd. DM gestiegen. Zwar erhöhten sich die Geldleistungen der Parafisci nur um 8 vH, jedoch haben insbesondere die Krankenversicherungen ihre Sachleistungen kräftig ausgeweitet. Insgesamt haben die Ausgaben der Sozialversicherungsträger wesentlich stärker zugenommen als im Vorjahr, ihre Zuwachsrate blieb aber deutlich hinter der Ausgabensteigerung der Gebietskörperschaften im Jahre 1971 zurück. Das Beitragsaufkommen der Parafisci folgte dem steilen Anstieg der Arbeitnehmereinkommen. Nach unserer Rechnung hat es sich 1971 um 13½ vH auf knapp 82 Mrd. DM erhöht.

186. Die Ausgaben des konsolidierten Haushaltes erreichten ein Volumen von rund 287 Mrd. DM. Es war damit um reichlich 13 vH größer als 1970. Dabei sind die Staatszuschüsse an die Parafisci (13 Mrd. DM) und die Zahlungen der Sozialversicherung an die Gebietskörperschaften für Krankenhausleistungen (4½ Mrd. DM) aus dem konsolidierten Ausgabenvolumen herausgerechnet. Ferner sind auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmenseite die Sozialversicherungsbeiträge der Gebietskörperschaften (4½ Mrd. DM) eliminiert.

Die Steuer- und Beitragseinnahmen veranschlagen wir für 1971 auf 252½ Mrd. DM; gegenüber 1970 bedeutet das eine Zunahme um 12½ vH.

187. Der öffentliche Sektor hat das Produktionspotential 1971 durch seine Ausgaben unmittelbar oder mittelbar zu 38,7 vH in Anspruch genommen, das waren 0,5 vH oder fast 4 Mrd. DM mehr, als unter Berücksichtigung der gegenüber 1966 erhöhten Steuer- und Beitragsquote konjunkturneutral gewesen wären. Der konsolidierte Haushalt hat demnach einen expansiven Effekt auf die übrige Wirtschaft ausgeübt. Im Abschwungsjahr 1971 war er jedoch geringer als 1970, dem Jahr des konjunkturellen Höhepunktes.

Öffentliche Haushalte bei Inflation

188. In der Öffentlichkeit wird häufig die These vertreten, vom Staat sei nicht zu erwarten, er werde unter großen Anstrengungen für Geldwert-

Tabelle 19

Kreditaufnahme der Gebietskörperschaften [1])

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd. DM

	1966	1967	1968	1969	1970	1971
Kurzfristige Kredite [2])	+3,5	+5,8	+ 0,3	−8,8	− 1,4	.
Längerfristige Kredite [3])	+7,0	+8,3	+10,7	+8,7	+ 9,3	.
Konjunkturneutrale längerfristige Kreditaufnahme [4])	+ 7,5	+7,6	+ 8,2	+9,2	+10,4	+11,5

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder und Gemeinden (Gv.).
[2]) Schatzwechsel, unverzinsliche Schatzanweisungen, Steuergutscheine, Kredite (einschließlich Buchkredite) der Deutschen Bundesbank, Kassenobligationen.
[3]) Anleihen, verzinsliche Schatzanweisungen, Kredite von Banken und Sparkassen, Versicherungen (ohne Sozialversicherung) und Bausparkassen.
[4]) Eigene Berechnung (siehe JG 70 Ziffern 342 ff.).

Tabelle 20

Öffentliche Haushalte bei Inflation [1])

vH

	1966	1967	1968	1969	1970	1971
(1) Beanspruchte Staatsquote	28,5	28,7	28,1	28,9	29,2	29,6
(2) Realisierte Staatsquote (ohne Berücksichtigung von Änderungen der Preisstruktur)	28,5	28,9	28,2	28,7	28,2	28,5
(3) Realisierte Staatsquote (unter Berücksichtigung von Änderungen der Preisstruktur)	28,5	28,8	27,9	27,7	26,8	26,7
(4) Volkswirtschaftliche Steuerquote	22,9	23,1	22,6	24,1	22,9	23,3

[1]) Zur Definition von (1), (2) und (4) siehe Tabelle 18, zu (3) siehe Ziffer 191.

stabilität eintreten, weil der Geldwertschwund den Staat begünstige. Das Ergebnis der inflatorischen Entwicklung in den vergangenen Jahren paßt eher zur Gegenthese: Versäumt der Staat, die Geldwertstabilität zu sichern, so trifft der Geldwertschwund die Erfüllung öffentlicher Aufgaben stärker als die Befriedigung privater Bedürfnisse.

189. In den letzten fünf Jahren planten die Gebietskörperschaften zumeist, das Produktionspotential stärker zu beanspruchen (beanspruchte Staatsquote; Tabelle 20) als 1966, dem Basisjahr der ersten mittelfristigen Finanzplanung, in der die Bundesregierung einen mittelfristig steigenden Staatsanteil für erforderlch gehalten hatte. Ihre Ansprüche vermochten die Gebietskörperschaften jedoch nicht durchzusetzen: Die Preissteigerungen waren insgesamt höher, als jeweils zu Beginn der Haushaltsperiode für unvermeidlich zu halten war. Tatsächlich hat der Staatsanteil am Produktionspotential kaum zugenommen; die realisierte Staatsquote war 1971 genauso hoch wie 1966.

Der Geldwertschwund hat dem Staat die Finanzierung seiner Ausgaben nicht erleichtert. Denn entgegen der These, die Inflation begünstige den Staat, haben die hohen Preis- und Einkommenssteigerungen nicht zu progressiv zunehmenden Steuereinnahmen geführt. Nur 1969 war die volkswirtschaftliche Steuerquote — durch Sonderfaktoren bedingt — deutlich höher als 1966, dafür aber 1970 um so niedriger, wenn man berücksichtigt, daß dem Staat von den Steuereinnahmen 2,3 Mrd. DM aus dem Konjunkturzuschlag nicht zur Finanzierung seiner Ausgaben zur Verfügung standen. Vom Konjunkturzuschlag bereinigt, erreichte die Steuerquote auch 1971 nicht das Niveau des Jahres 1966.

190. Diese Betrachtung läßt noch außer acht, daß sich die Preisstruktur zuungunsten des Staates verändert hat. Die Produktion öffentlicher Güter läßt nämlich — in diesem Punkte privaten Dienstleistungen vergleichbar — nur in beschränktem Umfang den Einsatz von Kapital zu; der Produktivitätsfortschritt ist entsprechend gering. Diese mittelfristige Änderung der Preisstruktur wird von inflationsbedingten Änderungen überlagert. Beruht ein beschleunigter Geldwertschwund vor allem auf einer beschleunigten Expansion der Lohneinkommen, so verteuert sich die Produktion öffentlicher Güter stärker als die der Güter für den privaten Bedarf.

Die Preise für die Waren und Dienste des privaten Bedarfs sind seit 1966 um rund 20 vH gestiegen. Diese Steigerungsrate ergibt sich, wenn man aus den Veränderungen des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus — gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts — die Preiserhöhungen für den Staatsverbrauch der Gebietskörperschaften und der öffentlichen Nettoinvestitionen eliminiert. Größere Schwierigkeiten bereitet es, die Verteuerung abzuschätzen, die der Staat in diesem Zeitraum hinzunehmen hatte. Denn der Staat beansprucht das Produktionspotential nicht nur unmittelbar durch seinen Verbrauch und seine Investitionen, sondern auch mittelbar dadurch, daß er privaten Haushalten und Unternehmen Einkommens- und Vermögenstransfers zufließen läßt. Eine Schätzgröße für die Preissteigerungen, die den Staat trafen, muß auch Preisänderungen für diese mittelbare Beanspruchung des Produktionspotentials berücksichtigen. Für diese Transfers haben wir bei unserer Rechnung spezifische Preisindizes aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verwandt. Im einzelnen wurden dabei „deflationiert"

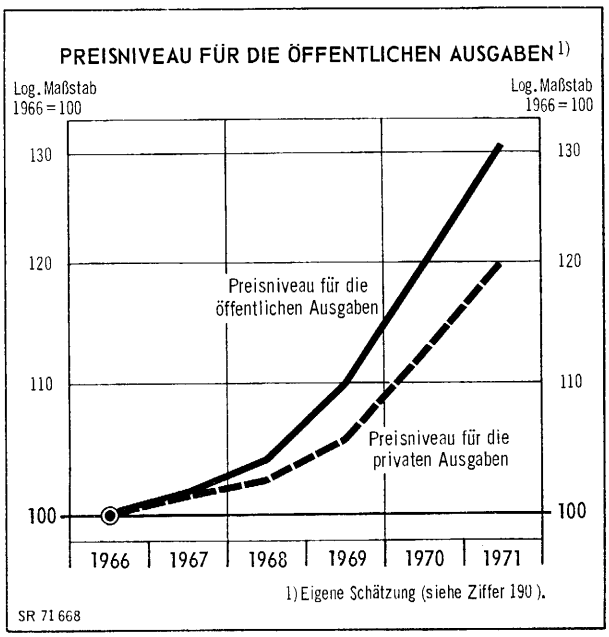
— die Einkommens- und Vermögenstransfers an private Haushalte sowie die laufenden Zahlungen an die übrige Welt mit dem Preisindex für den privaten Verbrauch,

— die Subventionen mit einem gewichteten Index, in den wir zur Hälfte den Deflator für den privaten Verbrauch und den Deflator für Bruttoanlageinvestitionen eingehen ließen, von der Annahme ausgehend, daß diese Transfers, insbesondere die für die Landwirtschaft, für Verbrauchs- und für Investitionszwecke bestimmt sind [1]), und

— die Vermögentransfers an Unternehmen und an das Ausland mit dem Deflator für die Bruttoanlageinvestitionen.

191. Wie grob die so ermittelte Schätzgröße auch sein mag, sie läßt doch das Urteil zu, daß der Geldwertschwund den Staat stärker noch als die Privaten getroffen hat: Von 1966 bis 1971 betrug der Preisanstieg für den Staat rund 30 vH, gegenüber etwa 20 vH für die Privaten (Schaubild 30). Berücksichtigt man diese höheren Preissteigerungen in den Staatsausgaben, zeigt sich, daß die so bereinigte Staatsquote von 28,5 vH im Jahre 1966 auf 26,7 vH im Jahre 1971 gefallen ist; nur für das Rezessionsjahr 1967 ergab sich ein Anstieg (Tabelle 20).

Schaubild 30



[1]) Dies mag problematisch sein. Die Subventionen haben jedoch nur einen Anteil von rund 5 vH an den Ausgaben der Gebietskörperschaften. Fehler bei der Schätzung können das Ergebnis also nicht stark verzerren.

VI. Der Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose — nach Unterbrechung wieder abwärts gerichtet

192. Im Jahresgutachten 1970 hat der Sachverständigenrat einen Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose als Versuch zur Diskussion gestellt, die konjunkturellen Tendenzen zu einem Gesamtbild zu verdichten (JG 70 Ziffern 142 ff. und Anhang VIII). Dabei wurden verschiedene konjunkturreagible Einzelreihen nach dem Prinzip eines Diffusionsindex zusammengefaßt. Die Einzelreihen repräsentieren Komponenten der Nachfrage und des Angebots, der Kostensituation, des Arbeitsmarkts und der Geldversorgung.

193. Der Gesamtindikator hat 1971, dem ersten Jahr seiner Bewährung, den Konjunkturverlauf zutreffend angezeigt. Frühzeitig war abzulesen, daß an der Jahreswende 1970/71 eine deutliche Zäsur im Konjunkturabschwung eingetreten ist (Schaubild 31). Die konjunkturelle Abschwächung in den Monaten davor wurde durch neuerliche Auftriebskräfte unterbrochen (Ziffern 23 ff.); der Indikator stieg vorübergehend wieder an, bewegt sich aber seit Februar 1971 erneut abwärts. Der letzte verfügbare Wert des Gesamtindikators vom August 1971, der statistische Informationen bis einschließlich September erfaßt, steht mit 2,17 noch knapp oberhalb des unteren Schwellenwertes.

194. Kritisch wurde gegen den Gesamtindikator vor allem eingewandt,

— er zeige nicht die Intensität konjunktureller Aufschwungs- und Abschwungsbewegungen an,

— er müsse seiner Konstruktion nach in einer Situation stagnierender Produktion bei hohen Preissteigerungsraten versagen,

— er würde bei Strukturbrüchen in einer oder mehreren Einzelreihen an Aussagekraft verlieren, weil dann die Normwerte der betreffenden Reihen im laufenden Zyklus einer anderen Konjunkturlage entsprechen als in vorangegangenen Zyklen.

Im Anhang VI wird gezeigt, daß diese Einwendungen das Grundprinzip der Indikatorkonstruktion nicht treffen.

Schaubild 31

ZWEITES KAPITEL

Die voraussehbare Entwicklung

195. Unsere Prognose für das Jahr 1972 beschreibt diejenige Entwicklung, die wir beim gegenwärtigen Stand unseres Wissens für die wahrscheinlichste ansehen. Sie gründet sich auf die uns verfügbaren statistischen Informationen, auf unsere Erfahrung mit früheren Konjunkturzyklen, bei entscheidenden Größen aber auch nur auf Annahmen und Hypothesen über das Verhalten der Wirtschaftssubjekte und der wirtschaftspolitischen Instanzen, von denen wir nicht wissen, ob sie durch die tatsächlichen Ereignisse bestätigt werden.

196. Über Wert und Grenzen von Konjunkturprognosen haben wir uns in früheren Gutachten wiederholt geäußert. Die größeren Schwierigkeiten, unter denen wir diesmal unsere Vorausschau erstellen mußten, gebieten es jedoch, noch einmal ausdrücklich auf die erheblichen Schätzrisiken hinzuweisen. Neben der üblichen Unsicherheit, die immer dann besonders groß ist, wenn die konjunkturelle Lage labil ist und mit kurzfristigen Änderungen in den Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte gerechnet werden muß, haben besonders zwei Umstände unsere Arbeit erschwert:

— Unsere Prognose stützte sich auf Informationen, die uns bis Mitte November zur Verfügung standen und die in den meisten Fällen nur bis September reichten. Sie schlossen zwar erste Reaktionen auf die währungspolitischen Ereignisse vom Sommer ein, doch dürften in ihnen kurzfristige Überreaktionen weitaus stärker zum Ausdruck kommen als die auf das folgende Jahr hinweisenden Tendenzen.

— Zudem ist eine Prognose gegenwärtig auch deshalb mit erheblichen Risiken behaftet, weil das Jahr 1972 wichtige konjunkturpolitische Entscheidungen bringen wird, von denen niemand weiß, wie sie ausfallen werden. Es erscheint daher auf den ersten Blick wenig sinnvoll, eine Prognose unter den Bedingungen des wirtschaftspolitischen Status-quo zu erstellen, die über das Frühjahr 1972 hinausreicht. Wenn wir trotzdem eine Vorausschau für das ganze Jahr wagen, so nur, um die Chancen und Risiken abzuschätzen, deren sich die Wirtschaftspolitik bewußt werden muß.

197. Im einzelnen gehen wir bei unserer Prognose davon aus,

— daß die öffentlichen Haushalte wie geplant vollzogen werden; das bedeutet, daß konjunkturell bedingte Steuerausfälle durch erhöhte Kreditaufnahmen ausgeglichen werden,

— daß der Mitte November erreichte Aufwertungssatz beibehalten wird.

198. Wie immer kleiden wir unsere Prognose nur deshalb in Zahlen, um sie dem Konsistenztest der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu unterziehen. Dies macht es erforderlich, quantitative Angaben auch für jene Größen zu machen, bei denen wir das Schätzrisiko für besonders groß halten; soweit das der Fall war, haben wir es im Text vermerkt.

I. Die Weltkonjunktur im Jahre 1972

199. Für die Entwicklung der Weltkonjunktur im Jahre 1972 haben wir unterstellt, daß es trotz der ungelösten Währungsprobleme nicht zu gravierenden Behinderungen des internationalen Handels- und Zahlungsverkehrs kommen wird. In den Vereinigten Staaten wird sich die Expansion im Laufe des kommenden Jahres kräftig beschleunigen (Tabelle 21). Dabei werden Kapazitätsauslastung und Beschäftigung zunehmen. In Kontinentaleuropa außerhalb der Bundesrepublik Deutschland wird sich im ganzen das relativ geringe Wachstumstempo nicht nennenswert verändern. Vielfach wird es aber noch zu einer leichten Abnahme der Kapazitätsauslastung und der Beschäftigung kommen. In Großbritannien und Japan zeichnet sich ein neuer Aufschwung ab. Alles in allem wird 1972 das Wirtschaftswachstum in der westlichen Welt kräftiger als im Vorjahr sein. Ein fühlbares Nachlassen des Preisauftriebs ist nicht zu erwarten.

200. In den Vereinigten Staaten wird sich die konjunkturelle Erholung 1972 beschleunigen; der private Verbrauch, die Ausgaben der Länder und Gemeinden sowie der Wohnungsbau werden die stärksten Auftriebskräfte sein. Dabei nehmen wir an, daß die Regierung ihre Expansionspolitik nicht weiter verstärkt, die Löhne und Preise im größten Teil des Jahres administrativ reguliert bleiben sowie insbesondere die Gewerkschaften ihre Mitarbeit im Lohn- und Gehaltsausschuß nicht aufkündigen, die monetäre Politik zurückhaltender eingesetzt wird als 1971 und die Maßnahmen zur zahlungsbilanzpolitischen Absicherung des Aufschwungs vorerst bestehen bleiben (Ziffer 11).

Die wirtschaftspolitischen Instanzen haben sich für 1972 Ziele gesetzt, die vollständig zu erreichen schwerfallen dürfte. Bis zum Jahresende soll die Arbeitslosenquote auf 5 vH und der Anstieg der Verbraucherpreise auf 2 bis 3 vH zurückgehen; das reale Bruttosozialprodukt soll um knapp 6 vH zunehmen. Unsere Skepsis beruht vor allem darauf, daß von der Lohn- und Preisregulierung zwiespäl-

tige Einflüsse auf den privaten Verbrauch ausgehen könnten. Es ist ungewiß, wie sich die als verbindlich verkündeten Leitlinien für Löhne (5,5 vH Jahresrate) und Preise (2,5 vH Jahresrate) in der zweiten Phase der Lohn- und Preisregulierung auswirken werden. Allerdings wird infolge zunehmender Beschäftigung und wegen der Einkommensteuersenkungen das verfügbare Einkommen wieder schneller ansteigen als zuvor. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen, die Anfang November auf eine Umsatzzunahme von etwa 8 vH für 1972 gerichtet waren, könnten freilich enttäuscht werden, wenn wieder mehr gespart werden sollte, nachdem die Konsumenten den Kauf von Automobilen in die Zeit des Preis-Stopps vorgezogen haben. Die Nachfrage nach Hausrat und Wohnbedarf dürfte hingegen weiter kräftig zunehmen, da der private Wohnungsbau 1972 noch stark expandieren wird, wenn auch weniger als 1971 (30 vH). Vom Lagerzyklus werden 1972 wieder expansive Impulse ausgehen. Auch der Bundeshaushalt wird anregend wirken, vor allem weil die Auftragsvergabe für militärische Zwecke zum ersten Mal seit 1969 wieder zunehmen wird. Die Investitionsgüternachfrage dürfte 1972 um etwa 7 vH bis 8 vH höher liegen; real bedeutet dies jedoch bestenfalls eine geringfügige Zunahme. In der Vergangenheit hatte sich gezeigt, daß zwischen Einführung einer Investitionsprämie und einer spürbaren Belebung der Investitionstätigkeit eine Spanne von etwa zwei Jahren liegt; die geringe Kapazitätsauslastung 1971 läßt auch diesmal eine erhebliche Verzögerung vermuten.

Die Leistungsbilanz dürfte sich 1972 infolge der Einfuhrsteuer und der De-facto-Abwertung des Dollars allmählich verbessern. Jedoch wird sich die Wirkung dieser Maßnahmen in der Handelsbilanz infolge konjunkturell steigender Importe nicht in voller Stärke niederschlagen.

201. In Frankreich wird sich die Nachfrageexpansion im Verlauf des Jahres 1972 nur wenig abschwächen. Die Vollbeschäftigungspolitik wird dazu beitragen, das hohe Wachstumstempo trotz der bei wichtigen Handelspartnern Frankreichs zu erwartenden Konjunkturabschwächung zu halten. Da die Regierung ihre Entschlossenheit zu erkennen gegeben hat, die Franc-Parität gegenüber dem US-Dollar nicht ändern zu wollen, dürfte die Unsicherheit, unter der die Unternehmen seit der Währungskrise bis in den Spätherbst 1971 hinein standen, vorerst

Tabelle 21

Zur Auslandskonjunktur

Land	Anteil am Bruttosozialprodukt der OECD [1]	Anteil am Export der Bundesrepublik	Bruttosozialprodukt (real) [2]		Preisindex des Bruttosozialprodukts [2]	
	1969		1971	1972	1971	1972
	vH		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH			
Vereinigte Staaten	50,6	9,4	3	5½	4½	4
Frankreich	7,5	13,3	5½	5	5½	5
Italien	4,4	8,2	1	2½	6	6½
Niederlande	1,5	10,1	5	3	6½	7½
Belgien-Luxemburg	1,3	8,2	4	4½	6	4
Großbritannien	5,8	4,0	1½	3	8½	6
Schweiz	1,0	5,8	4	3½	9	7½
Österreich	0,7	4,3	5½	4½	6	4½
Schweden	1,5	3,8	½	3	5½	5
Dänemark	0,7	2,4	3½	3	6½	6
Japan	8,9	1,4	5	7	4	5

[1] Quelle: OECD.
[2] Eigene Schätzung nach Informationen internationaler Organisationen und ausländischer Institute.

nachlassen. Die Ausfuhren werden 1972 beschleunigt steigen; der Wettbewerbsvorteil, den die Exportindustrien seit Mai 1971 infolge des Abwertungseffektes der französischen Währung genießen, wird bei der Auslandsnachfrage allmählich stärker zu Buche schlagen. Dies und stark erhöhte Ausgaben, die im Budget 1972 für Infrastrukturaufgaben und Investitionshilfen vorgesehen sind, dürften zusammen mit dem auch 1972 noch vergleichsweise rasch expandierenden privaten Verbrauch ausreichen, eine eventuelle Abschwächung des Investitionstempos auszugleichen. Daß der Lohn- und Preisauftrieb 1972 nennenswert gebremst wird, ist kaum zu erwarten.

202. Die wirtschaftliche Entwicklung Italiens wird auch 1972 entscheidend von außerökonomischen Einflüssen abhängen. Gelänge es, die sozialen Unruhen zu beseitigen, so könnte eine ziemlich kräftige Expansion einsetzen. Dann würde die Realisierung des aufgestauten Investitionsbedarfs zusammentreffen mit einer kräftig steigenden öffentlichen Nachfrage, einer durch das neue Förderungsgesetz induzierten Belebung des Wohnungsbaus und einer erheblichen Aufstockung der Läger, die aber, mitbedingt durch die auf den 1. Juli 1972 verschobene Einführung der Mehrwertsteuer, verzögert einsetzen würde. Noch gibt es allerdings kaum Anzeichen für eine Beilegung der sozialen Konflikte. Wir haben daher eine nur leichte konjunkturelle Erholung unterstellt, die vor allem von der öffentlichen Nachfrage und vom Wohnungsbau, weniger dagegen von der Ausfuhr getragen wird; von der Wiederauffüllung der Läger werden in diesem Fall geringere expansive Einflüsse ausgehen.

203. In den meisten übrigen kontinentaleuropäischen Industrieländern wird sich das wirtschaftliche Wachstum 1972 eher noch etwas verlangsamen. In den Niederlanden steht eine stärkere konjunkturelle Entspannung bevor. Die expansive Konjunkturpolitik, zu der einige Länder bereits übergegangen sind und andere — die Niederlande vermutlich ausgenommen — noch übergehen werden, wird erst im späteren Verlauf des Jahres 1972 zu einer nennenswerten Nachfragebelebung führen. Von der Auslandsnachfrage, vor allem aus der Bundesrepublik, aber auch aus den Vereinigten Staaten, werden 1972 geringere konjunkturelle Impulse ausgehen als zuvor. Spürbar erholen wird sich die Konjunktur hingegen in Schweden, nachdem 1971 der Konjunktureinbruch überwunden wurde. Auch in Belgien dürfte sich die Nachfrage vor allem aufgrund interner Auftriebskräfte wieder rascher ausdehnen. In allen diesen Ländern ist vorerst nicht mit einem merklichen Nachlassen des kräftigen Lohn- und Preisauftriebs zu rechnen.

204. In Großbritannien dürfte sich die im Ansatz erkennbare Expansion durchsetzen. Zwar werden die Maßnahmen zur direkten Anregung des privaten Konsums vermutlich nur noch in den ersten Monaten des Jahres 1972 nennenswert dazu beitragen. Doch die steuerliche Entlastung der Unternehmen, die steigende öffentliche Nachfrage und lagerzyklische Einflüsse werden die Expansionskräfte stärken und damit auch indirekt den privaten Konsum beleben. Im übrigen dürfte die Regierung im neuen Budget (April 1972) anregende Maßnahmen zusätzlich vorsehen, wenn sich bis dahin der gewünschte Erfolg nicht abzeichnet. Die vom Export ausgehenden Impulse dürften eher schwächer werden. Entscheidend für den Erfolg dieser Strategie wird jedoch letztlich sein, ob es gelingt, die Investitionsneigung zu heben. Ob sich die in letzter Zeit festzustellende Abschwächung des Lohnanstiegs fortsetzen wird, dürfte nicht zuletzt vom Erfolg der Bemühungen um die freiwillige Begrenzung der Preisanhebungen abhängen, zu der sich die großen Unternehmen bereit erklärt haben. Auch wenn sich die gewerblichen Investitionen 1972 nur wenig erhöhen werden, kann mit einer nennenswert stärkeren Zunahme des realen Bruttosozialprodukts als 1971 gerechnet werden.

205. In Japan wird die Ankurbelungspolitik, die nach dem sogenannten Dollarschock vom 15. August verstärkt wurde, im Jahre 1972 allmählich zu einer stärkeren konjunkturellen Erholung führen; der Expansionskurs wird wohl während des ganzen Jahres beibehalten werden. Das Zusatzbudget vom September 1971, das verstärkte Investitions- und Kredithilfeprogramm sowie eine im Vorgriff auf das Fiskaljahr 1972/73 (1. April bis 31. März) forcierte öffentliche Auftragsvergabe von Infrastrukturprojekten werden die Nachfrage kräftig beleben. Die rückwirkend zum 1. April 1971 vorgenommene Senkung der Einkommensteuer wird den privaten Verbrauch spürbar anregen. Ferner ist damit zu rechnen, daß sich die Sparquote verringern wird, denn die Konsumenten haben den Kauf von dauerhaften Konsumgütern schon seit längerem zurückgestellt; die Zunahme der Lohneinkommen dürfte sich 1972 nicht weiter abflachen. Obgleich die Investitionsgüternachfrage der verarbeitenden Industrie seit eineinhalb Jahren stagniert und Kredite reichlich zur Verfügung stehen, wird sich die Investitionstätigkeit erst im späteren Jahresverlauf 1972 deutlich beleben. Unsicherheit über die Stärke der Auslandsnachfrage sowie über den mit dem Aufschwung erwarteten Lageraufbau dürfte sich verzögernd auswirken.

Wir rechnen damit, daß die Zahlungsbilanz 1972 — anders als in diesem Jahr — wieder mehr von den Außenhandelsströmen als von den Kapitalbewegungen bestimmt wird. Der Überschuß der Zahlungsbilanz wird wohl kaum zunehmen — eventuell wird er sich sogar verringern —, da sich die Wettbewerbsposition der japanischen Unternehmen durch die Höherbewertung des Yen spürbar verschlechtert hat (Tabelle 11). Auch die amerikanische Importsteuer sowie die anläßlich eines Realignments erwartete weitere Aufwertung der japanischen Währung und das Selbstbeschränkungsabkommen für Textilausfuhren in die Vereinigten Staaten werden die Exportaussichten zweifellos weiterhin erheblich dämpfen. Ob und wie lange aber die Auslandsnachfrage abnimmt — von August auf September 1971 gingen die Auslandsaufträge stark zurück —, ist un-

gewiß. Sicherlich kann eine gewisse überstürzte Reaktion auf die Augustereignisse angenommen werden. Doch kurzfristig scheint die Auslandsnachfrage recht unelastisch zu sein. Es ist daher zu erwarten, daß die Ausfuhr 1972 weiter zunehmen wird, wenn auch langsamer als bisher (1971: etwa 20 vH).

206. Nachfrageexpansion und Wirtschaftswachstum im Ausland werden 1972, wenn man die Volkswirtschaften entsprechend ihrem Anteil an der Ausfuhr der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt, etwas stärker sein als 1971. Das ist vor allem auf den Konjunkturaufschwung in den Vereinigten Staaten zurückzuführen, auf die ein Zehntel unserer Ausfuhr entfällt, jedoch nur in geringem Maße auf die Entwicklung in Westeuropa, das mit fast zwei Dritteln Anteil das wichtigste Absatzgebiet der Bundesrepublik ist. Soweit unsere Ausfuhr von der Konjunkturentwicklung in den Abnehmerländern bestimmt wird, ist also im kommenden Jahr eine gewisse Verbesserung der Absatzaussichten zu erwarten. Der Preisanstieg wird nach unseren Schätzungen im Durchschnitt bei unseren Handelspartnern zumindest nicht geringer sein als in der Bundesrepublik. Doch die Höherbewertung der D-Mark hat die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Exportwirtschaft verringert; hinzu kommen die protektionistischen Maßnahmen der Vereinigten Staaten. Das wird schwerer wiegen als die leichte Verstärkung der Nachfrageexpansion in den Abnehmerländern.

II. Die öffentlichen Finanzen im Jahre 1972

207. Anders als die privaten werden die öffentlichen Ansprüche an das Produktionspotential 1972 weiter kräftig zunehmen, wenn auch nicht mehr so stark wie 1971. Vom geplanten Haushaltsvolumen werden also konjunkturanregende Impulse ausgehen.

Dazu wird es allerdings nur kommen, wenn die Gebietskörperschaften — wie wir in unserer Prognose unterstellt haben — ihre Ausgabenpläne voll realisieren. Bei ihrer Haushaltsplanung sind die Gebietskörperschaften von höheren Einnahmen ausgegangen, als ihnen voraussichtlich zufließen werden. Das Urteil, die Haushalte wirkten insgesamt expansiv, gilt also nur, wenn die staatlichen Instanzen konjunkturell bedingte Einnahmenausfälle nicht zum Anlaß nehmen, ihre Ausgabenansätze nach unten zu revidieren, sondern die fehlenden Deckungsmittel durch Kreditaufnahme beschaffen.

208. Unter diesen Annahmen schätzen wir, daß die Ausgaben der öffentlichen Haushalte insgesamt (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) im Jahre 1972 um 10 vH (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) zunehmen werden (Tabelle 22).

Besonders stark weitet der Staat 1972 erneut seinen Verbrauch aus. Die Personaletats sind durch die im Laufe des Jahres 1971 vereinbarten Zulagen und andere Einkommensverbesserungen erheblich vorbelastet. Eine Neuregelung des Weihnachtsgeldes steht an; wir haben bei unserer Rechnung angenommen, daß es 1972 aufgestockt wird. Zusammen mit den Tarifvereinbarungen, die gegen Ende 1971 zu erwarten sind, führt all dies wiederum zu einer kräftigen Erhöhung der Personalausgaben. Geplant ist ferner eine starke Ausweitung des Personalbestandes. Zwar wird es beim Bund kaum zu Neueinstellungen kommen, dagegen — nach den uns vorliegenden Haushaltsplänen zu schließen — umso mehr bei den Ländern, insbesondere im Bildungsbereich.

Die Expansion der Einkommensübertragungen scheint 1972 deutlich nachzulassen (Tabelle 22). Das Bild ist jedoch durch die Einführung der — nicht nachfragewirksamen — Arbeitnehmersparzulage im Jahre 1971 verzerrt. Von dieser Verzerrung bereinigt, dürften die Einkommensübertragungen 1972 stärker steigen als im Vorjahr, und zwar vor allem deshalb, weil der Anpassungssatz für die Sozialrenten höher sein wird und infolge des konjunkturellen Abschwungs mit einem beschleunigten Anstieg der Zahlungen an Arbeitslose und Kurzarbeiter zu rechnen ist.

209. Die öffentliche Hand wird 1972, den Planansätzen zufolge, ihre Investitionstätigkeit verstärken. Bei nachlassendem Preisauftrieb ist eine kräftige Zunahme der realen Bauinvestitionen, vor allem im Tiefbau, zu erwarten (6,5 vH). Der Bund plant, seine Bauausgaben um ein Fünftel auszuweiten; er gibt damit seine konjunkturpolitisch begründete Zurückhaltung auf. Demgegenüber wird sich der Ausgabenzuwachs bei Ländern und Gemeinden verringern.

210. Die Gesamteinnahmen des Staates werden 1972 nach unseren Schätzungen nur noch um etwa 5,5 vH und damit weniger stark steigen als das Sozialprodukt. Das entspricht dem zyklischen Muster.

An Steuern dürften den Gebietskörperschaften rund 5 vH mehr zufließen als im Jahr zuvor. Daß es nicht mehr sein wird, beruht vor allem auf der konjunkturellen Entwicklung. Das wirkt sich besonders bei der Lohnsteuer und bei der Umsatzsteuer aus. Hinzu kommen steuerpolitische Maßnahmen: Der Investitionssteuersatz wird vom 1. Januar 1972 an halbiert, den Konjunkturzuschlag wird es nicht mehr geben. Dies wird nicht ausgeglichen durch die Erhöhung der Mineralölsteuer (1,3 Mrd. DM), der Branntweinmonopolabgabe (0,5 Mrd. DM) und der Kraftfahrzeugsteuer (0,2 Mrd. DM) zum Jahresbeginn und, im weiteren Verlauf des Jahres, der Tabaksteuer (0,4 Mrd. DM). Das erwartete Mehraufkommen aus der Mineralölsteuer soll zu drei Vierteln den Gemeinden für Verkehrsinvestitionen zufließen.

211. Der Finanzierungsüberschuß des ablaufenden Jahres wird 1972 in ein Defizit von schätzungsweise 11 Mrd. DM umschlagen. Die Gebietskörperschaften, für sich genommen, hatten schon bisher ein

Tabelle 22

Einnahmen und Ausgaben des Staates [1])

Schätzung für das Jahr 1971 und Prognose für das Jahr 1972 [2])

	1970		1971	1972
	Mrd. DM	Anteil in vH	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Einnahmen insgesamt	258,7	100	+13,5	+ 5,5
Steuern	158,1	61,1	+13,0	+ 5,0
Sozialversicherungsbeiträge	82,7	32,0	+12,5	+ 5,5
Sonstige laufende Einnahmen	15,5	6,0	+27,0	+ 8,0
Vermögensübertragungen	2,4	0,9	− 0,5	+ 1,5
Ausgaben insgesamt	253,9	100	+14,5	+10,0
Staatsverbrauch	108,2	42,6	+16,0	+12,5
Einkommensübertragungen	101,1	39,8	+15,5	+ 8,5
Private Haushalte	86,4	34,0	+14,0	+ 9,5
Unternehmen und übrige Welt	14,7	5,8	+26,0	+ 3,5
Zinsen	6,2	2,4	+15,0	+13,0
Vermögensübertragungen	12,7	5,0	+ 7,0	+ 1,0
Investitionen [3])	25,7	10,1	+ 7,5	+ 9,5
Finanzierungssaldo (Mrd. DM) [4])	+ 4,8	.	+ 2,4	−11,0
Gebietskörperschaften	− 2,1	.	− 4,5	−12,4
Sozialversicherung	+ 6,9	.	+ 6,9	+ 1,4

[1]) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[2]) Eigene Schätzung; Veränderungsraten gerundet.
[3]) Nettoinvestitionen.
[4]) Überschuß: +, Defizit: −.

Defizit; es wird sich noch vergrößern. An der Veränderung des Finanzierungssaldos wird in der Öffentlichkeit meist die zur Deckung der Ausgaben notwendige zusätzliche Kreditaufnahme und auch der konjunkturelle Effekt der öffentlichen Haushalte gemessen. Gerade im Vergleichsjahr 1971 enthielten die öffentlichen Einnahmen aber Bestandteile, nämlich den Konjunkturzuschlag, die dem Staat nicht zur Finanzierung seiner Ausgaben zur Verfügung standen. Von diesem bereinigt, wird sich der Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften von 1971 auf 1972 nicht, wie sich aus Tabelle 22 ergibt, um rund 8 Mrd. DM, sondern nur um 4½ Mrd. DM verändern. Auch aus anderen Gründen messen wir die konjunkturellen Wirkungen öffentlicher Haushalte nicht am Finanzierungssaldo, sondern am Maßstab des konjunkturneutralen Haushalts.

212. Den Werten unserer Prognose für den Staatssektor entsprechen Kassenausgaben der Gebietskörperschaften für 1972 in Höhe von insgesamt 240½ Mrd. DM; das sind 9½ vH mehr als die Ist-Ausgaben des Jahres 1971.

Konjunkturneutral wäre hingegen eine Ausweitung des öffentlichen Gesamthaushaltes um 7½ vH auf 236½ Mrd. DM. (Tabelle 23 enthält die Komponenten, die das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen im einzelnen bestimmen.) Das von uns geschätzte Ausgabenvolumen ist also um 4 Mrd. DM größer als das konjunkturneutrale. Der Anteil am Produktionspotential, den der Staat 1972 zu beanspruchen plant, wird 29,0 vH betragen, vorausgesetzt, der Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus, gemessen am Preisindex des Bruttosozialprodukts, läßt sich auf das unvermeidliche Maß begrenzen.

Tabelle 23

Die Haushalte der Gebietskörperschaften 1972 [1])

	Einheit	1971	1972
Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr 1966 (3) ...	Mrd. DM	211,6	236,2
Steuereinnahmen bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr 1966 (5) ..	Mrd. DM	172,6	183,2
Tatsächliche Steuereinnahmen (6)	Mrd. DM	175,4 [a])	183,6
Mehreinnahmen aufgrund erhöhter Steuerquote (7)	Mrd. DM	+ 2,8	+ 0,4
Konjunkturneutrales Haushaltsvolumen (8)	Mrd. DM	214,4	236,6
Tatsächliche Staatsausgaben (9)	Mrd. DM	220,0	240,6
Konjunktureller Effekt des Haushalts (10)	Mrd. DM	+ 5,6	+ 4,0
Veränderung des konjunkturellen Effektes gegenüber dem jeweiligen Vorjahr (11)	Mrd. DM	+ 0,8	− 1,6
Zum Vorjahresvergleich			
Steigerungsrate			
(a) der tatsächlichen Staatsausgaben gegenüber dem jeweiligen Vorjahr	vH	+14,1	+ 9,4
(b) des konjunkturneutralen Haushaltsvolumens gegenüber den tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr	vH	+11,2	+ 7,5
Bestimmungsfaktoren von (b)			
(c) Wachstumsrate des Produktionspotentials in Preisen von 1962 ...	vH	+ 5,0	+ 4,3
(d) „Konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus des Bruttosozialprodukts	vH	+ 3,5	+ 3,0
(e) Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der Steuerquote von der des jeweiligen Vorjahres	vH	+ 1,4	− 1,2
(f) Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der tatsächlichen von der konjunkturneutralen Preissteigerungsrate im jeweiligen Vorjahr	vH	+ 3,7	+ 3,8
(g) Veränderung des Ausgabenspielraumes durch Abweichung der tatsächlichen Staatsausgaben im jeweiligen Vorjahr vom konjunkturneutralen Haushaltsvolumen des jeweiligen Vorjahres	vH	− 2,6	− 2,6
Volkswirtschaftliche Steuerquote (12)	vH	23,3	23,0
Konjunkturneutrale Staatsquote (13)	vH	28,8	28,5
Beanspruchte Staatsquote (14)	vH	29,6	29,0
Realisierte Staatsquote (16)	vH	28,5	28,4

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Ofta, Länder, Gemeinden (Gv.), Europäische Gemeinschaften. Eigene Schätzung. — Die in Klammern eingefügten Zahlen weisen auf das Berechnungsverfahren in Tabelle 18 hin.
a) Einschließlich Konjunkturzuschlag.

III. Die voraussichtliche Entwicklung der Binnenkonjunktur

213. Die westdeutsche Wirtschaft tritt 1972 in eine kritische Konjunkturphase ein. Alle Indikatoren deuten darauf hin, daß sich der Konjunkturabschwung zunächst fortsetzen und der Auslastungsgrad des Produktionspotentials weiter verringern wird. Wie stark der Abschwung sein wird, ob er wie 1966/67 in eine Rezession führen, bald zum Stillstand kommen oder noch im Jahre 1972 in einen neuen Aufschwung münden wird, läßt sich gegenwärtig schwer abschätzen.

214. Der Kern des Abschwungsprozesses ist wieder einmal in der rückläufigen Nachfrage nach Ausrüstungsgütern zu sehen. Über das Ausmaß dieses Rückgangs sind allenfalls Vermutungen möglich; denn weder die Erfahrungen aus früheren Konjunkturzyklen noch die Nachfragetendenzen der letzten Monate liefern dafür hinreichend fundierte Hypothesen. So ist nicht auszuschließen, daß es in den nächsten Monaten zu einem ähnlich kräftigen Rückgang der Bestellungen wie im Herbst 1966 kommt, es ist aber auch nicht unwahrscheinlich, daß sie sich auf dem erreichten Niveau halten, etwa wie 1962/63, als die Unternehmen nach dem langen Boom lediglich eine „Investitionspause" eingelegt hatten.

Für einen kräftigen Rückgang der Investitionsneigung spricht,

— daß das Vertrauen der Investoren in die weitere wirtschaftliche Entwicklung schwindet,

— daß die Ertragslage und die Ertragserwartungen den Finanzierungsspielraum für neue Investitionen spürbar einengen, zumal noch ein hoher Konsolidierungsbedarf für jene Investitionen besteht, die im Boom kurzfristig finanziert wurden und

— daß wegen der Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Exportgeschäfts geplante Investitionsprojekte vorerst zurückgestellt werden könnten.

Dagegen spricht allerdings,

— daß die Kapazitätsauslastung und die Auftragsbestände in vielen Bereichen immer noch relativ hoch sind, so daß im Hinblick auf einen neuen Aufschwung eine rechtzeitige Erweiterung der Produktionsanlagen geboten scheint,

— daß vom Lohnkostendruck und dem schärferen Wettbewerb ein verstärkter Zwang zur Rationalisierung des Produktionsapparates ausgeht und

— daß die bisher bekanntgewordenen Investitionsplanungen der Unternehmen selbst, im offensichtlichen Widerspruch zu ihren pessimistischen Absatzerwartungen, auf einen Rückgang, nicht aber auf einen kräftigen Einbruch bei der Investitionsnachfrage hindeuten.

Zwar wird man jene Argumente, die für einen stärkeren Rückgang der Investitionsneigung sprechen, sicherlich nicht gering einzuschätzen haben. Dennoch kann man wohl darauf vertrauen, daß vor allem die größeren Unternehmen ihre Investitionsentscheidungen mehr an den mittelfristigen Absatzerwartungen ausrichten als an denen des Augenblicks.

Der seit dem Sommer erkennbare Rückgang der realen Ausrüstungsinvestitionen dürfte sich allerdings zumindest bis zur Jahresmitte 1972 fortsetzen, wobei die vergleichsweise noch immer hohen Bestände an unerledigten Aufträgen bei den Investitionsgüterherstellern einen starken Einbruch verhindern sollten, und zwar selbst dann, wenn der Nachfragerückgang in den kommenden Monaten stärker ausfiele, als wir erwarten. Trotzdem dürften die realen Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt das hohe Niveau von 1971 merklich unterschreiten. Diesen Rückgang zu quantifizieren, sehen wir uns außerstande. Die von uns geschätzte Schrumpfungsrate (— 7 vH) gibt lediglich die Tendenz an; sie ist also in erster Linie eine Rechengröße.

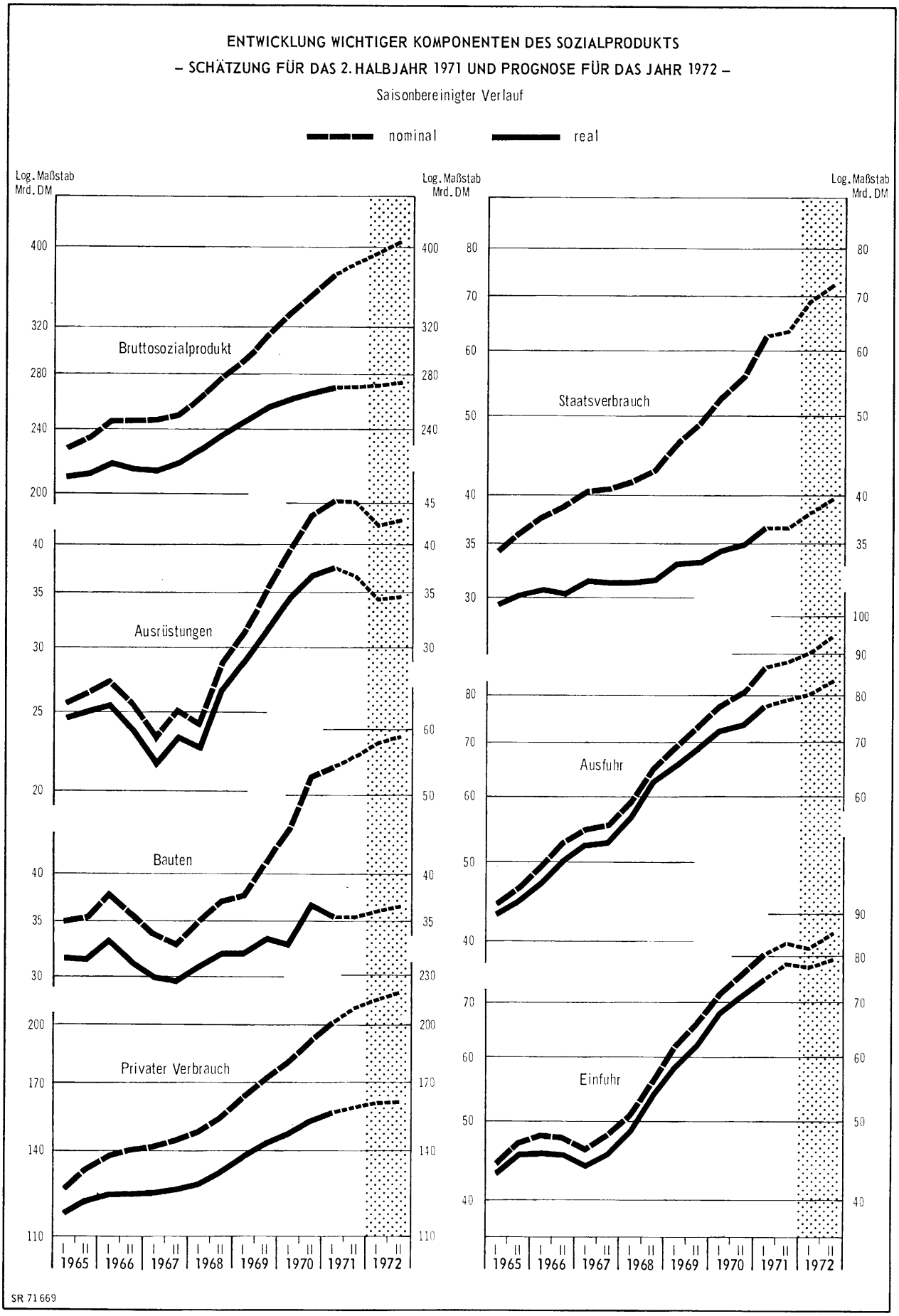
215. Kaum weniger unsicher als bei den Ausrüstungsinvestitionen fühlen wir uns bei der Exportschätzung. Es ist derzeit nicht abzusehen, ob und inwieweit die Höherbewertung der D-Mark die Exportchancen der deutschen Unternehmen nachhaltig beeinträchtigt. Zwar dürften Preiserhöhungsspielräume derzeit kaum noch vorhanden und eine volle Weiterwälzung von Preis- und Kostensteigerungen trotz anhaltenden Geldwertschwunds im Ausland schwieriger geworden sein. Doch werden die Preise im Ausland weiter steigen. Auch lehrt die Erfahrung, daß die Exporteure ihre Märkte zu verteidigen wissen, auch wenn sie vorübergehend Erlöseinbußen in Kauf nehmen müssen. Es spricht deshalb vieles dafür, daß die Aufträge aus dem Ausland in den nächsten Monaten nicht weiter zurückgehen, sondern wieder steigen werden, zumal sich die Konjunktur bei einigen Handelspartnern günstig entwickeln wird. Das gilt vor allem für die Vereinigten Staaten und Frankreich — Länder, in denen deutsche Unternehmen mit besonders großen Absatzeinbußen rechnen. Anders als 1966/67 können sie nun aber nicht mehr unbedingt darauf vertrauen, im Export einen Ausgleich für das nachlassende Inlandsgeschäft zu finden.

216. Bei den Bauinvestitionen erwarten wir auch 1972 einen weiteren Anstieg. Im Hochbau sichern die hohen Auftragsbestände eine anhaltende Ausweitung der Produktion; im Tiefbau, wo es bisher an Nachfrage fehlte, ist mit einer beschleunigten Auftragsvergabe des Staates zu rechnen.

— Die Bauausgaben der Gebietskörperschaften dürften, den Planungen nach zu urteilen, wieder kräftig zunehmen. Dabei wurde angenommen, daß nach Aufhebung der Sperre für Verpflichtungsermächtigungen bereits Ende 1971 wieder mehr Tiefbauaufträge vergeben und diese zum Teil auch schon produktionswirksam wurden, da freie Kapazitäten einen zügigen Baubeginn ermöglicht haben dürften.

— Die gewerblichen Bauinvestitionen werden dagegen ähnlich wie die Ausrüstungsinvestitionen

Schaubild 32



zurückgehen, wenn auch nur leicht. Zwar verringern sich die Baugenehmigungen für Wirtschaftsbauten schon seit geraumer Zeit, doch ist der Überhang an geplanten und begonnenen Bauobjekten immer noch verhältnismäßig groß.

— Im Wohnungsbau dürfte bis zum Jahresende 1971 die Zahl der im Bau befindlichen Wohnungen auf über 600 000 gestiegen sein, denn die Baugenehmigungen haben bis zuletzt noch kräftig zugenommen. Die Nachfrage nach Wohnungseigentum wird auch 1972 lebhaft bleiben, weil die Baupreise weiter steigen und eine Erwartung auf kräftig sinkende Hypothekenzinsen, die die Bauherren zum Abwarten veranlassen könnten, bisher wohl nicht besteht.

Insgesamt rechnen wir — normales Winterwetter vorausgesetzt — mit einer Zunahme der Bauproduktion um 2½ vH.

217. Von den Lagerdispositionen, insbesondere von denen der Industrie, dürften zunächst noch kontraktive Einflüsse ausgehen: Obwohl die Unternehmen schon frühzeitig bemüht waren, ihre Läger den gedämpften Absatzerwartungen anzupassen, gelten die Vorräte zunehmend als überhöht. Aber auch der Handel, der seine Läger überwiegend als normal beurteilt, könnte sich gezwungen sehen, seine Dispositionen zu überprüfen, wenn sich die Verbrauchskonjunktur in den kommenden Monaten abkühlt. Der Rückgang der Lagerinvestitionen dürfte sich daher zumindest bis zur Mitte des Jahres fortsetzen. Erst im weiteren Verlauf ist mit einem erneuten leichten Anstieg zu rechnen; allerdings wohl mehr als Korrektur eines zu kräftigen Lagerabbaus in den Monaten zuvor denn in Erwartung eines neuen Aufschwungs.

218. Die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte werden nach vierjähriger ungebrochener Expansion merklich langsamer zunehmen. Wie in den Abschwungsphasen früherer Konjunkturzyklen dürfte dabei die Nachfrage nach langlebigen Gebrauchsgütern deutlich nachlassen, insbesondere nach Kraftfahrzeugen, zumal die laufenden Kosten infolge höherer Benzinpreise und Versicherungsprämien erneut kräftig steigen werden.

Entscheidend für das Expansionstempo des privaten Verbrauchs ist die Entwicklung des verfügbaren Einkommens. Von seinen Komponenten läßt sich bislang nur der Anstieg der Übertragungen mit einiger Sicherheit abschätzen, da die Anpassung der Sozialversicherungsrenten zum 1. Januar 1972 beschlossen ist. Dagegen ist weitgehend offen, wie stark die Einkommen der Arbeitnehmer zunehmen werden, denn bei den Tarifverhandlungen standen die zukunftsweisenden Entscheidungen noch aus. Bei den Privatentnahmen der Selbständigen ist man ohnehin auf grobe Schätzungen angewiesen. Unter diesen Vorbehalten veranschlagen wir die Zunahme der verfügbaren Einkommen für 1972 auf 6½ vH. Damit dürfte wahrscheinlich auch die Obergrenze für die Zuwachsrate des privaten Verbrauchs bestimmt sein, es sei denn, die Sparquote würde zurückgehen. Dies ist jedoch nicht sehr wahrscheinlich, unter anderem deshalb, weil 1972 weitere Arbeitnehmer in den Genuß vermögenswirksamer Leistungen kommen und zum Teil die Zahlungen der Arbeitgeber angehoben werden.

219. Treffen unsere Ansätze über die Inlands- und Auslandsnachfrage zu, so reicht diese Entwicklung wahrscheinlich gerade aus, einen Rückgang des Sozialprodukts im Jahre 1972 zu verhindern. In der Industrie wird die Produktion allerdings sinken, in der Bauwirtschaft, im Handel und in den Dienstleistungsbereichen dagegen weiter steigen. Für das ganze Jahr 1972 rechnen wir mit einer Zuwachsrate für das reale Sozialprodukt von rund 1 vH, nach 3 vH im Jahre 1971.

Da die Sachkapazitäten — trotz eines merklichen Rückgangs der Anlageinvestitionen — um schätzungsweise 4 vH bis 4½ vH wachsen, bedeutet dies eine spürbare Minderauslastung. Der Auslastungsgrad dürfte jedoch nicht unter den Stand von Mitte 1966, unmittelbar vor der Rezession, sinken.

220. Bei nachlassendem Nachfragesog und erweitertem Angebotsspielraum im Inland wird ein geringerer Teil der Gesamtnachfrage durch Importe gedeckt werden als in den Jahren der Hochkonjunktur. Die Wareneinfuhr dürfte dem Volumen nach in den kommenden Monaten sogar leicht zurückgehen, da bei schrumpfender Industrieproduktion die Nachfrage nach Rohstoffen und Vorprodukten nachläßt und die Weltmarktpreise weiter unter Druck stehen, so daß zu spekulativer Vorratshaltung kein Anlaß besteht. Lediglich bei industriellen Verbrauchsgütern ist mit einer leichten Importzunahme zu rechnen: Zum einen werden die privaten Verbrauchsausgaben weiterhin expandieren, zum anderen haben sich ausländische Waren seit dem Beginn des Floatings erheblich verbilligt, so daß sie für den Verbraucher nun attraktiver geworden sein dürften, zumal sich inländische Waren weiter verteuerten.

221. Das Arbeitsvolumen wird 1972 beträchtlich schrumpfen. Das Ausmaß des Rückgangs wird unter anderem davon bestimmt, wie die Unternehmen die weitere Konjunkturentwicklung einschätzen und welche Möglichkeiten sie haben, einem weiteren Ertragsverfall zu begegnen. Dies wiederum hängt davon ab, welche Lohnzugeständnisse sie machen und mit welchen Preiserhöhungsspielräumen sie rechnen.

Zudem ist ungewiß, in welcher Weise die Unternehmen das Arbeitsvolumen verringern werden: Ob sie Arbeitskräfte entlassen oder stattdessen die individuelle Arbeitszeit reduzieren, indem sie, soweit noch möglich, Überstunden abbauen oder Kurzarbeit anordnen. Die Erfahrung zeigt, daß sie ihre Arbeitskräfte dann durchhalten, wenn sie darauf vertrauen, daß sich alsbald ein neuer Aufschwung einstellt, und daß sie dann zu Entlassungen schreiten, wenn dieses Vertrauen fehlt.

Obwohl wir eine Rezession im Jahre 1972 nicht für diejenige Setzung ansehen, die wir für die wahrscheinlichste halten, und davon ausgehen, daß die Unternehmen bestrebt sein werden, Arbeitskräfte zu

Tabelle 24

Die wichtigsten Daten der Volkswirt

Schätzung für das 2. Halbjahr 1971

Absolute Werte

	Einheit	1970	1971	1972	1971		1972	
					1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts								
Privater Verbrauch	Mrd. DM	370,7	410,8	436,9	193,6	217,2	207,0	229,9
Staatsverbrauch	Mrd. DM	108,2	125,8	141,2	58,3	67,5	64,5	76,7
Bruttoanlageinvestitionen	Mrd. DM	181,1	200,9	202,7	93,1	107,8	94,5	108,2
Ausrüstungen	Mrd. DM	82,9	90,9	85,9	44,4	46,6	41,6	44,3
Bauten	Mrd. DM	98,2	110,0	116,8	48,8	61,2	52,9	63,9
Vorratsveränderungen	Mrd. DM	+11,2	+ 3,8	+ 0,6	+8,8	−5,0	+6,6	−6,0
Außenbeitrag	Mrd. DM	+11,0	+11,9	+18,0	+4,7	+7,1	+8,9	+9,2
Ausfuhr	Mrd. DM	157,8	174,0	184,5	83,7	90,3	88,7	95,8
Einfuhr	Mrd. DM	146,9	162,1	166,5	79,0	83,2	79,8	86,6
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	682,1	753,1	799,4	358,5	394,6	381,5	418,0
Preisentwicklung								
Privater Verbrauch	1962 = 100	124,1	130,6	136,5	129,3	131,8	135,9	137,1
Bruttoanlageinvestitionen	1962 = 100	128,7	138,2	143,1	135,5	140,5	141,9	144,3
Bruttosozialprodukt	1962 = 100	129,6	139,3	146,3	135,9	142,6	144,3	148,2
Entstehung des Sozialprodukts								
Erwerbstätige	1000	27 118	27 175	26 800	27 079	27 275	26 645	26 950
Arbeitszeit	Stunden	.	.	.	.	.	.	.
Arbeitsvolumen	Mrd. Std.	.	.	.	.	.	.	.
Produktivität	DM je Std.	.	.	.	.	.	.	.
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	Mrd. DM	527,4	541,5	547,1	264,0	277,5	264,0	283,1
Verteilung des Volkseinkommens								
Bruttoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	353,1	397,2	419,2	190,7	206,5	201,2	218,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschl. Staat)	Mrd. DM	173,3	180,1	189,6	82,6	97,6	87,3	102,3
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)	Mrd. DM	526,5	577,3	608,8	273,3	304,1	288,5	320,3
Nettoeinkommen								
aus unselbständiger Arbeit	Mrd. DM	241,6	266,0	281,4	129,5	136,5	138,3	143,1
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	Mrd. DM	134,4	139,8	149,2	62,5	77,3	67,7	81,5
Laufende Übertragungen vom Staat	Mrd. DM	85,5	97,1	106,2	47,7	49,4	52,3	53,9
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	Mrd. DM	424,0	467,9	498,2	216,3	251,6	231,8	266,4

Tabelle 24

schaftlichen Gesamtrechnungen

und Prognose für das Jahr 1972 [1])

Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH

	1970	1971	1972	1971		1972	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Verwendung des Sozialprodukts							
Privater Verbrauch	+11,0	+11,0	+ 6,5	+11,8	+10,0	+ 7,0	+ 6,0
Staatsverbrauch	+13,8	+16,0	+12,5	+18,4	+14,5	+10,5	+13,5
Bruttoanlageinvestitionen	+23,9	+11,0	+ 1,0	+17,5	+ 6,0	+ 1,5	+ 0,5
Ausrüstungen	+23,9	+ 9,5	− 5,5	+15,4	+ 4,5	− 6,5	− 5,0
Bauten	+23,8	+12,0	+ 6,0	+19,5	+ 7,0	+ 8,5	+ 4,5
Vorratsveränderungen	.	.	.	.	.	.	.
Außenbeitrag	.	.	.	.	.	.	.
Ausfuhr	+11,3	+10,5	+ 6,0	+11,5	+ 9,0	+ 6,0	+ 6,0
Einfuhr	+15,6	+10,5	+ 2,5	+11,9	+ 9,0	+ 1,0	+ 4,0
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	+13,0	+10,5	+ 6,0	+11,5	+ 9,5	+ 6,5	+ 6,0
Preisentwicklung							
Privater Verbrauch	+ 3,9	+ 5,0	+ 4,5	+ 4,7	+ 6,0	+ 5,0	+ 4,0
Bruttoanlageinvestitionen	+10,7	+ 7,5	+ 3,5	+ 8,0	+ 7,0	+ 4,5	+ 2,5
Bruttosozialprodukt	+ 7,3	+ 7,5	+ 5,0	+ 7,1	+ 8,0	+ 6,0	+ 4,0
Entstehung des Sozialprodukts							
Erwerbstätige	+ 1,5	+ 0,5	− 1,5	+ 0,6	− 0,0	− 1,5	− 1,0
Arbeitszeit	− 0,4	− 1,0	− 1,0	− 0,2	− 2,0	− 0,5	− 1,0
Arbeitsvolumen	+ 1,1	− 0,5	− 2,5	+ 0,4	− 2,0	− 2,0	− 2,0
Produktivität	+ 4,4	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,5	+ 4,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	+ 5,5	+ 3,0	+ 1,0	+ 3,9	+ 1,5	+ 0,0	+ 2,0
Verteilung des Volkseinkommens							
Bruttoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+17,7	+12,5	+ 5,5	+14,9	+10,5	+ 5,5	+ 5,5
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschl. Staat)	+ 9,0	+ 3,9	+ 5,5	+ 1,9	+ 5,7	+ 5,5	+ 5,0
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)	+14,7	+ 9,5	+ 5,5	+10,6	+ 9,0	+ 5,5	+ 5,5
Nettoeinkommen							
aus unselbständiger Arbeit	+14,8	+10,0	+ 6,0	+11,5	+ 9,0	+ 7,0	+ 5,0
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	+12,9	+ 4,0	+ 6,5	− 0,2	+ 7,8	+ 8,5	+ 5,5
Laufende Übertragungen vom Staat	+ 7,4	+13,5	+ 9,5	+12,9	+14,5	+ 9,5	+ 9,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+11,1	+10,5	+ 6,5	+12,1	+ 9,0	+ 7,0	+ 6,0

[1]) Veränderungsraten gerundet.

horten, wird sich die Anzahl der Erwerbstätigen erheblich verringern; im Jahresdurchschnitt rechnen wir mit einem Rückgang von 380 000 Personen (1,4 vH). Die Anzahl der Arbeitslosen dürfte in den kommenden Monaten beschleunigt steigen, wenngleich in geringerem Maße als die Beschäftigtenzahl zurückgeht: Da Jahr für Jahr per Saldo rund 100 000 Erwerbstätige aus dem Erwerbsprozeß ausscheiden, ergibt sich schon ein Rückgang, wenn dieser nicht mehr durch eine Zunahme ausländischer Arbeitskräfte ausgeglichen wird. Ebenso kommt es zu einem Rückgang, wenn ausländische Arbeitnehmer in ihre Heimatländer zurückkehren, sei es freiwillig, sei es, weil ihre Arbeitskontrakte nicht mehr verlängert werden.

Über den Abbau der Beschäftigtenzahl hinaus dürften die Unternehmen versuchen, die Arbeitszeit weiter zu reduzieren. Da zudem in einigen Bereichen tariflich vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen in Kraft treten und in der Bauwirtschaft — bei normaler Witterung — im ersten Halbjahr 1972 weniger Arbeitsstunden geleistet werden als im Vorjahr, wird das Arbeitsvolumen stärker zurückgehen als die Anzahl der Erwerbstätigen.

222. Bei der Lohnentwicklung kann man wohl auch diesmal darauf vertrauen, daß eine fortschreitende Auflockerung des Arbeitsmarktes den Tarifpartnern die Risiken bewußt sein läßt, die sich bei unverändert starken Lohnsteigerungen für Absatz und Beschäftigung ergeben. Die Wahrscheinlichkeit, daß es in den nächsten Monaten zu Arbeitskonflikten kommt, ist weitaus größer als in den zurückliegenden Jahren. Gleichwohl ist es fraglich, ob sich die Tarifabschlüsse auf jenes Maß zurückbilden werden, das als stabilisierungskonform anzusehen ist. Dabei spielt auch eine Rolle, daß sich der Anstieg der Verbraucherpreise bislang nicht abgeschwächt hat und voraussichtlich nur allmählich abschwächen wird.

Wie schon in den beiden vorgegangenen Jahren werden auch diesmal die Weichen für die Lohnpolitik mit den Tarifabschlüssen in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst gestellt. Da diese Abschlüsse noch nicht vorlagen, birgt unsere Lohnprognose erhebliche Risiken. Wir sind von der Annahme ausgegangen, daß sich der Lohnanstieg weiter abflachen wird, bei den Tarifverdiensten ebenso wie bei den Effektivverdiensten. Die Spanne zwischen beiden wird sich dabei nur in dem Maße verändern, wie konjunkturelle Faktoren — Abbau von Überstunden und Kürzung übertariflicher Leistungen — von strukturellen Faktoren — Veränderung der Lohngruppeneinteilung, der Altersstufen und der Ortsklassen — aufgewogen werden. Mit einer negativen Lohndrift wäre mit einiger Sicherheit nur dann zu rechnen, wenn Tariflohnerhöhungen bewußt dazu dienten, den Abstand zu den Effektivverdiensten zu verringern (kostenneutrale Vorweganhebungen).

In unsere Rechnung haben wir eingestellt, daß das Niveau der effektiven Stundenlöhne im Jahresdurchschnitt 1972 um 7½ vH höher liegen wird als 1971. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Effektivlohnniveau bereits zum Jahresende den Jahresdurchschnitt 1971 um rund 3 vH übertrifft.

223. Bei einem Anstieg der Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigenstunde von 3½ vH bedeuten die gesetzten Lohnsteigerungen eine spürbare Minderung des Lohnkostendrucks; der Anstieg der Lohnstückkosten wird mit 4 vH deutlich schwächer ausfallen als 1971 (9 vH). Trotzdem muß mit Überwälzungsversuchen gerechnet werden, die — wenn sie gelängen — zwar verhinderten, daß die Gewinnmargen der Unternehmen weiter schrumpften, andererseits aber die Stabilisierung des Preisniveaus verzögerten, wenn nicht gar in Frage stellten.

224. Hinsichtlich der Preisentwicklung sind wir daher auch für 1972 nicht optimistisch. Es ist zu befürchten, daß die Unternehmen eher versuchen werden, Kostensteigerungen in den Preisen weiterzugeben, als ihren Absatz durch Preissenkungen auszuweiten. Mit einer Beruhigung rechnen wir allerdings bei den industriellen Erzeugerpreisen und bei den Baupreisen, die, vor dem Hintergrund der bisherigen Steigerungsraten, nicht gering zu schätzen ist. Gleichwohl geht auch hier der Preisanstieg noch immer beträchtlich über jenes Maß hinaus, das mit dem Ziel einer Stabilisierung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus vereinbar wäre.

225. Bei den Verbraucherpreisen wird sich der Anstieg nur allmählich abschwächen, ungeachtet der Tatsache, daß die privaten Verbrauchsausgaben merklich langsamer expandieren werden und daß die Kostensteigerungen auch in den verbrauchsnahen Bereichen, dem Handel und dem Dienstleistungsgewerbe nachlassen. Für diese Befürchtung spricht, daß noch nicht alle Kostenerhöhungen weitergewälzt worden sein dürften; das gilt für die Wohnungsmieten, namentlich aber für die Dienstleistungspreise, da hier vor allem bei den behördlich fixierten Preisen, insbesondere bei den Bahn-, Post- und Nahverkehrstarifen, noch ein großer „Nachholbedarf" besteht. Mit einer merklichen Preisberuhigung rechnen wir dagegen bei industriellen Verbrauchsgütern.

Im einzelnen haben wir angenommen, daß sich im nächsten Jahr (Jahresende 1972 gegen Jahresende 1971 gerechnet)

— Nahrungsmittel um 3½ vH,

— Wohnungsmieten um 6 vH,

— Dienstleistungen um 5 vH und

— sonstige Waren um 2½ vH

verteuern werden. Wie in den letzten Jahren erwarten wir noch einmal einen Preissprung zum Jahresbeginn; danach rechnen wir mit einer merklichen Abschwächung. Da die Verbraucherpreise schon zum Jahresende einen „Überhang" von rund 2½ vH gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1971 aufweisen, dürfte die Jahreszuwachsrate für 1972 dennoch kaum weniger als 4½ vH betragen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß ein Teil des Preisanstiegs (rund ½ vH) auf die Erhöhung der Verbrauchsteuern bei Mineralöl, Branntwein und Tabak zurückgeht.

DRITTES KAPITEL

Anschluß an die Zukunft

I. Die Situation im Herbst 1971

226. Der konjunkturelle Abschwung, der 1970 begonnen hatte, setzte sich 1971 nach kurzer Unterbrechung verstärkt fort. Ob er im Verlauf des Jahres 1972 weiter anhält, zum Stillstand kommt oder in eine leichte Erholung münden wird, läßt sich derzeit nur schwer abschätzen.

Von den dem Sachverständigenrat vorgegebenen Zielen wurde 1971 das Ziel eines hohen Beschäftigungsstandes voll, das eines angemessenen Wachstums noch weitgehend verwirklicht. Nach wie vor war das Ziel der Geldwertstabilität stark verletzt. Die Gefahren für das außenwirtschaftliche Gleichgewicht sind seit der Wechselkursfreigabe gebannt.

227. Das Produktionspotential wurde im Durchschnitt des Jahres 1971 weniger beansprucht als im Vorjahr, aber immer noch etwas mehr als 1965, dem Jahr der stärksten Anspannung im vorangegangenen Konjunkturzyklus. Dem Rückgang der Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 5½ vH im Jahre 1970 auf knapp 3 vH im Jahre 1971 entspricht eine Normalisierung im Auslastungsgrad der Sachkapazitäten. Die Anzahl der Erwerbstätigen nahm, aufs ganze Jahr gesehen, nochmals leicht zu; dies wurde, wie in den vorangegangenen Jahren, vor allem durch die große Elastizität des ausländischen Arbeitskräfteangebots ermöglicht. Die Arbeitslosenquote lag mit 0,8 vH an der Untergrenze der Spanne (0,7 vH bis 1,2 vH), deren Einhaltung die Bundesregierung in ihrer mittelfristigen Zielprojektion als erstrebenswert bezeichnet (JWB 1971 Ziffer 138).

228. Seit der Jahresmitte 1971 geht der Auslastungsgrad der Sachkapazitäten in der Industrie deutlich zurück. Diese Entwicklung wird sich 1972 zunächst fortsetzen. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte 1972 das Vorjahresniveau um 1 vH bis 1½ vH übersteigen.

Mit der rückläufigen Kapazitätsauslastung lockerte sich der Arbeitsmarkt auf. Die Anzahl der Beschäftigten nimmt seit dem Sommer 1971 allmählich ab. Für 1972 läßt unsere Prognose einen weiteren Rückgang erwarten; im Jahresdurchschnitt ist eine Arbeitslosenquote von 1½ vH nicht auszuschließen. Ein Teil des erwarteten Beschäftigtenrückgangs wird durch eine verminderte Zuwanderung und eine verstärkte Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte aufgefangen werden. Auch in diesem Jahre ist darauf zu verweisen, daß in einer Volkswirtschaft, die die Vorteile eines offenen Arbeitsmarktes ständig in Anspruch nimmt, die Anzahl der ausländischen Arbeitskräfte nicht als Puffergröße bei einem Beschäftigungsrückgang angesehen und ein hoher Beschäftigungsstand nur für die inländischen Arbeitnehmer angestrebt werden sollte.

229. Zeichnet sich die Gefährdung des Beschäftigungs- und Wachstumszieles bereits deutlich ab, so bleibt das Ziel der Geldwertstabilität nach wie vor erheblich verletzt.

Der Preisindex für die Lebenshaltung liegt derzeit um fast 6 vH höher als im Vorjahr. Erst im späteren Verlauf des Jahres 1972 wird sich der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe allmählich abschwächen, da die Beruhigung bei den industriellen Erzeugerpreisen, die seit Mitte 1971 zu verzeichnen ist, und der Rückgang der Importpreise seit der Wechselkursfreigabe erst dann auf der Verbraucherstufe fühlbar werden. Trotzdem werden die Verbraucherpreise Ende 1972 wohl noch um fast 4 vH höher sein als am Ende dieses Jahres.

230. Nach wie vor ist die Preisstabilität von der Kostenseite her gefährdet. Die Lohnsteigerungen werden zunächst noch über das hinausgehen, was — mittelfristig — mit Preisniveaustabilität vereinbar wäre. Den Kostendruck dürfte mildern, daß der gemessene Produktivitätszuwachs 1972 wieder größer werden wird, und sei es auch nur, weil die Unternehmen Arbeitskräfte entlassen. Angesichts der gedrückten Gewinnmargen werden die Unternehmen allerdings auch geringere Kostensteigerungen zu überwälzen versuchen.

231. Mit der Wechselkursfreigabe wurden die unerwünschten Einflüsse auf Preise und Liquidität, die vom Ausland ausgingen, unterbunden. Die Geld- und Kreditpolitik kann derzeit nicht durch Kapitalbewegungen vom Ausland unterlaufen werden. Überschüsse in laufender Rechnung entsprechen, sofern die Notenbank nicht am Devisenmarkt interveniert, genau dem, was per Saldo an Kapital exportiert wird.

232. Die Wirtschaftspolitik steht gegenwärtig vor dem Problem, Gefahren für drei gesamtwirtschaftliche Ziele gleichzeitig begegnen zu müssen. Das Dilemma, möglicherweise Beschäftigung und Wachstum auf Kosten des Geldwertes zu verwirklichen oder umgekehrt, stellt sich derzeit wesentlich schärfer als noch vor einem Jahr. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht ist durch die Wechselkursfreigabe gesichert.

II. Die Wirtschaftspolitik 1971 im Rückblick

233. Mit dem Höhepunkt des fünften Wachstumszyklus war im Herbst 1969 eine Preis- und Lohnwelle angelaufen, wie sie in den vergangenen 20 Jahren in der Bundesrepublik ohne Beispiel war. Noch ein Jahr danach schien sicher, daß sie nicht sehr rasch zum Stillstand kommen würde. Allerdings haben viele, auch wir, mit einem merklichen Abflachen des Preisanstiegs gerechnet, denn die Gefahr eines konjunkturellen Rückschlags begann sich abzuzeichnen. Die Wirtschaftspolitik ging in Wartestellung, um die auf eine Stabilisierung hinwirkenden Kräfte nicht zu behindern. Weder sollten die endogenen Abschwungskräfte verstärkt, noch gar bewußt expansive Maßnahmen ergriffen werden. Dies schien der Situation angemessen. Schon um die Jahreswende 1970/71 kam der konjunkturelle Abschwung jedoch zunächst zum Stillstand, und, was dies bedenklich machte, der Preisauftrieb beschleunigte sich noch einmal. Wir haben an anderer Stelle dieses Gutachtens dargelegt, wie es dazu kam (Ziffern 23 ff.). Auch die staatlichen Instanzen haben hierbei eine Rolle gespielt, wenn auch teils ungewollt: Die Bundesbank konnte die Finanzierungsspielräume der Wirtschaft nicht so eng halten, wie sie es vorhatte (Ziffer 131); die öffentlichen Stellen gaben viel mehr Geld aus, als der für 1971 auf einen konjunkturneutralen Gesamthaushalt abzielende Kurs der Finanzpolitik erlaubte.

234. Im Mai 1971 entschied sich die Regierung — fast in Form einer Notbremsung — zu einem spektakulären Kurswechsel. Angesichts immer noch steigender Geldentwertungsraten beschloß sie ein Programm, das der Wiedergewinnung der Geldwertstabilität Priorität gab, auch auf die Gefahr hin, einen stärkeren Abschwung, verbunden mit entsprechenden Beschäftigungsrisiken, einzuleiten.

Couragierte Währungspolitik

235. Mit der Freigabe des Wechselkurses der D-Mark wurde die Währungspolitik zur Grundlage der Stabilisierungsbemühungen. Die Finanzpolitik erhielt zwar den Auftrag, die expansive Ausgabengebarung der Gebietskörperschaften stärker als bis dahin zu bremsen, trat jedoch gegenüber der monetären Politik deutlich zurück.

236. Die Freigabe des Wechselkurses hatte eine doppelte Bedeutung. Sie sollte die geld- und kreditpolitische Autonomie der Bundesbank wieder herstellen. Das gelang (Ziffer 149). Außerdem konnte auf diese Weise der internationale Preiswettbewerb verschärft werden. Setzte sich die Erwartung einer allmählichen Höherbewertung der D-Mark durch, so war die Chance gegeben, daß die Bundesrepublik ohne starken Konjunktureinbruch aus dem internationalen Inflationsgleichschritt ausscherte. Dies konnte nicht sofort geschehen, doch die Voraussetzungen waren geschaffen. Immerhin traute der Markt der Bundesrepublik einen so wirksamen Stabilisierungskurs zu, daß die Mark im Juli, das heißt vor der Zuspitzung der Dollarkrise, um 5,1 vH höher bewertet wurde, als der Parität entsprach, obwohl das Stabilisierungsproblem noch keineswegs gelöst war, die Bundesrepublik vielmehr, was die Geldentwertungsrate angeht, ihren wichtigsten Handelspartnern nicht mehr nachstand.

237. Die Freigabe des Wechselkurses hätte es gestattet, auf jegliche Beschränkung des Kapitalverkehrs zu verzichten. Massive Kontrollen waren von Gegnern der Kursfreigabe gefordert worden, nachdem viele Milliarden internationaler Liquidität hereingeströmt waren. Nach der Aufhebung der Interventionspflicht der Bundesbank am Devisenmarkt mußte sich, wer Devisen anbot, einen privaten Partner suchen, der dafür Verwendung hatte. Er konnte nicht mehr von der Bundesbank für beliebige Mengen einen Preis verlangen, den kein Privater mehr zu zahlen bereit war.

Die Alternative „Kursfreigabe oder Kontrollen" war auch deshalb so eindeutig gestellt, weil die Partner in den Europäischen Gemeinschaften darauf drängten, daß auch die Bundesrepublik die Devisenzuflüsse durch administrative Maßnahmen abwehrte.

238. Obgleich die Freigabe des Wechselkurses dies unnötig gemacht hatte, kam es zu Beschränkungen des Kapitalverkehrs, wenn auch vergleichsweise geringen; internationale Rücksichten bestimmten dies offenbar mit. Die Verzinsung von Auslandskrediten wurde unter Genehmigungspflicht gestellt, es blieb bei diskriminierenden Mindestreserveanforderungen für Auslandseinlagen; und für Nichtbanken wurde — in Analogie zur Mindestreservepflicht der Banken — eine Bardepotpflicht geplant.

Von Partnerwünschen in den Europäischen Gemeinschaften abgesehen, sind diese Maßnahmen nur von dem Ziel her zu verstehen, bald zur Interventionspflicht der Notenbank zurückzukehren. Man verspricht sich von ihnen eine gewisse Autonomie der nationalen Zinspolitik auch unter den schwierigen Bedingungen fester Wechselkurse (Ziffer 274).

Dem System flexibler Wechselkurse sind Konvertibilitätsbeschränkungen jeglicher Art fremd (Ziffer 259), und zwar schon deshalb, weil, wie erwähnt, anders als bei festen Kursen internationale Kapitalbewegungen die Liquidität im Inland nicht mehr berühren, sofern die Bundesbank nicht aus Gründen der Kursstützung freiwillig Devisen ankauft oder verkauft. Meint man aber, mit solchen Konvertibilitätsbeschränkungen einen spekulativ bedingten Aufwertungsdruck mildern zu können, so wird leicht übersehen, daß an den Devisenmärkten Erwartungen bestimmte Kursbewegungen durchsetzen können, auch wenn die Mengen beschränkt sind und der Zinsverbund unterbrochen ist. Selbst eine Kontrolle aller größeren Kapitalbewegungen würde daher allenfalls bewirken, daß der Druck auf den Kassakurs vorübergehend nachläßt, jedoch nicht — solange nur die Aufwertungserwartung weiter besteht —, daß die Terminkurse aufhören zu steigen und den Kassakurs nachziehen. Allenfalls Exportgeschäfte, die über den Kassamarkt abgewickelt werden, könnten davon gewinnen, und diese auch nur vorübergehend.

239. Daß die Bundesregierung noch Beschränkungen des Kapitalverkehrs einführte, als man ihrer nicht mehr bedurfte, verwunderte, weil sie so den Unternehmen eine marktgerechte Absicherung von Wechselkursrisiken erschwerte, und dies zu einem Zeitpunkt, als das Kurssicherungsbedürfnis wegen des Schwindens der Wechselkursillusion stark zunahm (Ziffer 112). Angesichts der großen Bedeutung, die unter den Bedingungen flexibler Wechselkurse einem System funktionsfähiger Terminmärkte zukommt, hätte man statt dessen erwarten müssen, daß sie alles tat, um die Möglichkeiten der Kurssicherung zu verbessern. Auch die Banken und die Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft haben sich anscheinend nicht voll der Aufgabe gestellt, die ihnen zufiel, nämlich die exportierenden Unternehmen über die immerhin gegebenen Kurssicherungsmöglichkeiten aufzuklären und selbst alles irgend mögliche zu tun, um das Angebot zu verbessern. Nicht einmal eine Clearing-Stelle für Kurssicherungsbegehren ist entstanden (Ziffer 306). Erst spät ergriff die Regierung die Initiative und dann zugunsten einer nicht marktgerechten Lösung (Ziffer 300 f.).

240. Sieht man von den Schritten auf Pfaden des alten Währungssystems ab, so blieb die Regierung ihrer couragierten Währungspolitik treu, und zwar auch dann, als die Herausforderung der amerikanischen Maßnahmen ihr Experiment unter ungünstige Umstände stellte. Zunächst waren klare Vorteile gegeben. Die Bundesrepublik war gegenüber Liquiditätszuflüssen abgeschirmt, als der Dollar im August 1971 zur vagabundierenden Währung wurde. Außerdem dürfte die Entscheidung der deutschen Regierung vom Mai dazu beigetragen haben, daß sich nach dem 15. August auch die meisten anderen Industrieländer vom alten Weltwährungssystem lösten und nicht — was durchaus zu befürchten war — versuchten, sich ausschließlich durch Beschränkungen des internationalen Kapitalverkehrs vor der Dollarflut zu schützen. Vielfach kam es allerdings zu einem Gemisch aus Floating und dirigistischen Eingriffen in den Kapitalverkehr.

Härter wurde die Probe, als die Diskussion um ein internationales Realignment der Wechselkurse begann und die Erwartung künftiger Paritäten die Führung in der freien Kursbildung übernahm. Daß sich auf diese Weise eine Höherbewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar um fast 10 vH und — gewogen mit den Anteilen am deutschen Außenhandel — gegenüber den Währungen aller Länder von 6½ vH ergab (Ziffer 104), wurde vielfach als Fehlreaktion des Marktes beklagt, ja als Schock empfunden. Immerhin waren zu den 4,2 vH vom Juli noch mehr als 2 Prozentpunkte hinzugekommen.

241. Daß eine (gewogene) Höherbewertung der Mark um 6½ vH (November 1971) die Anpassungsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft im allgemeinen überfordert, glauben wir nicht (Ziffern 349 ff.). In jedem Falle paßt ein eher zu hoher als zu niedriger Satz besser zu dem im Mai eingeschlagenen Kurs der Regierung. War stabilitätspolitisch die Reagibilität der Wirtschaft anzusprechen, vor allem die der autonomen Gruppen, ihre Bereitschaft etwa, mit Rücksicht auf Beschäftigungsrisiken lohnpolitisch Zurückhaltung zu üben, so mußte nach den Erfahrungen der ersten Monate des Jahres 1971 ein deutliches Zeichen gesetzt werden. Der noch im Sommer ungebrochene Preisauftrieb verdrängte die Bedenken, bei den Stabilisierungsanstrengungen die außenwirtschaftlichen Bereiche besonders zu belasten. Hinzunehmen ist ohnedies, daß eine Höherbewertung der D-Mark zur Lösung des Dollarproblems beitragen muß.

242. Soweit die Regierung den sich ergebenden Kurs der D-Mark für zu hoch hielt, muß dies im Zusammenhang damit gesehen werden, daß sie sich bereit erklärte, in absehbarer Zukunft zur Interventionspflicht der Notenbank zurückzukehren. Bereits bei der vorübergehenden Freigabe des Wechselkurses im Herbst 1969 hatte sich gezeigt, daß flexible Wechselkurse zu keinem echten Marktkurs führen, solange Erwartungen bestehen, daß über kurz oder lang eine neue Parität fixiert wird. In diesem Falle tendiert der Marktkurs zu den erwarteten Paritäten, selbst wenn den längerfristigen Tendenzen ein höherer oder niedrigerer D-Mark-Kurs entspräche. Wesentlich für ein funktionierendes System flexibler Wechselkurse ist daher die erklärte Bereitschaft der wirtschaftspolitischen Instanzen, für absehbare Zeit auf die Fixierung einer Parität zu verzichten; nur dann können und werden sich die Marktkräfte an den mittelfristigen Tendenzen orientieren. An diesen Grundsatz hat sich kaum jemand gehalten.

Notenbankpolitik der guten Nerven

243. Die Bundesbank hat den stabilitätspolitischen Kurs der Regierung mitgetragen. Nachdem sie mit der Wechselkursfreigabe kreditpolitische Autonomie gewonnen hatte, nutzte sie in der Folgezeit diesen Spielraum, um die Liquidität der Wirtschaft durch ihre kreditpolitischen Maßnahmen und Devisenabgaben drastisch zu reduzieren (Ziffer 149). Ja, sie setzte ihren scharfen Restriktionskurs auch dann fort, als der Druck auf die Außenwirtschaft infolge der stetigen Höherbewertung der Mark laufend zunahm und sie gedrängt wurde, die kreditpolitischen Zügel zu lockern, damit die Aufwärtsbewegung des Kurses für die Mark gestoppt werde.

244. Was ihren Einfluß auf die Wechselkursbildung angeht, so verfolgte die Bundesbank zunächst eine Politik der Verunsicherung, die unnötige Kursschwankungen von Tag zu Tag begünstigte, aber der Funktionsfähigkeit des neuen Systems abträglich war. Erst nachdem die Vorstellung einer möglichen Rückkehr zur alten Parität geschwunden war, diente das Verhalten der Bundesbank durchweg einer verstetigten Kursentwicklung. Daß sie sich einer Zinspolitik enthielt, die vor allem am Wechselkurs orientiert gewesen wäre, war systemgerecht. Erst als es auch binnenwirtschaftlich vertretbar erschien, lockerte die Bundesbank ihren Kurs leicht.

Finanzpolitik im Zwielicht

245. Von den Haushalten der Gebietskörperschaften waren schon 1970 unerwartet starke expansive Impulse ausgegangen, die noch in das Jahr 1971 hinein wirkten; 1971 hielt die unkontrollierte Ausgabenexpansion zunächst an. Die Entwicklung war der Regierung weitgehend entglitten; denn was geschah, paßte — trotz des weiter erhobenen Konjunkturzuschlags — zu dem finanzpolitischen Kurs einer Strategie des Abwartens nicht. Die Stabilisierungsbemühungen vom Mai 1971 haben die expansiven Impulse nur noch mildern, nicht mehr abfangen können. Von diesen verspäteten Bemühungen wurden allerdings einzelne Wirtschaftsbereiche, insbesondere der Tiefbau, hart getroffen.

Die Frage ist, ob die Finanzpolitik angesichts der konjunkturellen Tendenzen, wie sie sich uns heute zeigen, und angesichts dessen, was die Stabilisierungspolitik sonst unternahm, im ganzen, obgleich ungeplant, nicht doch konjunkturgerecht war. Sie war es sicherlich nicht im ersten Halbjahr. Für das zweite Halbjahr ist das Urteil milder, denn nun hatten die Währungspolitik und die Kreditpolitik die Führung übernommen, und deren restriktive Wirkungen schafften im Prinzip Spielraum für zusätzliche staatliche Ansprüche. Er wurde aber wohl etwas zu früh genutzt.

246. Fatal bleibt in jedem Falle, dies sei wiederholt, wie wenig aufgrund der stark expansiven öffentlichen Gesamthaushalte zweier Jahre — 1970 und 1971 — für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben gewonnen wurde. Nach einer Ausgabensteigerung um zusammen 27 vH war, wegen der Preisentwicklung im Bereich der Nachfrage des Staates, dessen realer Anteil am Produktionspotential niedriger als vorher (Ziffer 191). Der Staat hat diese Entwicklung nicht nur allgemein — durch das Ausmaß seiner Ausgaben — mitbewirkt. Im besonderen trug er als Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes dazu bei, als welcher er die Preise — sprich Löhne und Gehälter — für den größten Teil der Staatsleistungen vereinbart oder festsetzt. Das muß wohl als die Hauptsünde in der Stabilisierungspolitik dieses Jahres angesehen werden. Dabei ist nicht nur an die bekannte Leitfunktion von Besoldungsverbesserungen im öffentlichen Dienst für zeitlich unmittelbar folgende Tarifvereinbarungen zu denken. Die explosionsartige Zunahme der Personalausgaben schafft auch Anpassungszwänge im Gefüge der Staatsausgaben, Anpassungszwänge, die dazu führen, daß andere Staatsaufgaben zurückstehen müssen; durch diese Anpassung sind solche Aufgaben aber eben nur vertagt, nicht erfüllt.

Warten auf die Reagibilität der Lohnpolitik

247. Von Anbeginn stand das Jahr 1971 im Zeichen des Wartens auf eine Lohnpolitik, die den Abschwungstendenzen Rechnung trüge und so den Weg frei machte für eine prophylaktische Politik, die den Abschwung rechtzeitig in einen Pfad stetiger Expansion hätte überleiten sollen. Zur Wende in der Lohnpolitik ist es jedoch erst spät gekommen, erst dann und nur dort, wo Beschäftigungsrisiken akut wurden. Immerhin muß der Beobachter der einkommenspolitischen Szene feststellen, daß selbst diese Wende, so spät sie kam, keineswegs selbstverständlich war. Noch immer ist der Verteilungskampf in der Bundesrepublik nicht so scharf, daß Rücksicht auf die Marktlage der jeweils betroffenen Wirtschaftsbereiche erst bei drückender Arbeitslosigkeit dominant wird. Anders gesehen: Noch scheinen die Kosten der Geldwertstabilität, gemessen in Arbeitslosigkeit, nicht so hoch zu sein wie in manchen anderen Industrieländern.

248. Der Verteilungskampf in der Folge des großen Booms hat eine sehr beachtliche Verbesserung der Reallohnposition der Arbeitnehmer gegenüber anderen Einkommensbeziehern gebracht. Zu fürchten ist allerdings, daß es sich hier, stabilitätspolitisch gesehen, eher um Zündstoff handelt als um ein Moment der Entspannung, eher um einen Ausdruck aufgestauter Disproportionalitäten als um ein dem Markt abgerungenes dauerhaftes Mehr an Verteilungsgerechtigkeit.

Man mag das Ergebnis trotz solcher Sorgen verteilungspolitisch zunächst einmal begrüßen, muß es dann aber auch im Zusammenhang sehen mit den übrigen Ergebnissen der Wirtschaftspolitik und insbesondere des Verteilungskampfes nach dem Höhepunkt des zurückliegenden Wachstumszyklus. Die inflationäre Entwicklung hat eine Erosion der Geldvermögen mit sich gebracht, der Vermögen also, an denen die Arbeitnehmer einen größeren Anteil haben dürften als an den Sachvermögen. Verbesserung der Einkommensverteilung bei gleichzeitiger Verschlechterung der Vermögensverteilung — das dürfte kein dauerhaftes Ziel der Einkommenspolitik sein. Außerdem ist der Verteilungskampf teilweise auf dem Rücken der schwächsten Schichten der Gesellschaft, der Rentner, ausgetragen worden. Auch das soll sicherlich nicht so bleiben. Und schließlich: Wir müssen damit rechnen, daß die zweite Rezession der Nachkriegszeit bevorsteht; und noch immer muß die Wirtschaftspolitik um der Stabilität willen unterlassen, was angesichts dieser Gefahr sonst geboten wäre.

III. Für eine neue Grundlage: Forderungen an die Währungspolitik

Die Internationale Seite: Reform des Weltwährungssystems

249. Nachdem die Regierung der Vereinigten Staaten das Weltwährungssystem außer Kraft gesetzt und importhemmende Maßnahmen ergriffen hatte, bestand die Gefahr, daß dies Schutzreaktionen anderer Länder auslösen, einen weltweiten Prozeß der wechselseitigen Abschirmung in Gang setzen und so den freien Welthandel beeinträchtigen würde. Die

Einsicht, daß ein Handelskrieg allen schaden und niemandem nützen würde, hat dies zunächst verhindert. Doch die Herausforderung, die in den amerikanischen Maßnahmen vielfach gesehen wird, sowie die Unsicherheit über die Zukunft des Weltwährungssystems belasten die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, so daß viele auf eine rasche Neuordnung drängen. Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen hat jedoch zeitlichen Spielraum geschaffen, auch Experimentierspielraum. Das währungspolitische Verhalten vieler Länder ist zwar eher durch Vorbereitungshandlungen für ein Aushandeln neuer Wechselkursrelationen im alten System gekennzeichnet als durch den Versuch, die Funktionsfähigkeit eines Systems flexibler Kurse zu erproben; dies entwertet die gegenwärtige Phase, in der eigentlich Marktkräfte zu neuen Gleichgewichtskursen hätten führen sollen. Doch die Erfahrungen widerlegen mehr und mehr die Furcht vor den vermeintlichen destabilisierenden Wirkungen des neuen Systems.

Die jüngsten währungspolitischen Ereignisse sollten überdies nicht vornehmlich von den Schwierigkeiten des Tages her beurteilt werden. Die Mängel des Systems von Bretton-Woods sind seit langem offenbar. An anderer Stelle dieses Gutachtens haben wir dargelegt, warum dessen Ende lediglich dem Anlaß nach, keinesfalls aber den eigentlichen Ursachen nach Umständen des Jahres 1971 zuzurechnen ist (Ziffern 2 ff.). Der Zwang zur Neuordnung ist daher als Chance zu sehen. Da es gilt, neue Regeln zu finden und zu vereinbaren, die möglichst viele Jahre Bestand haben können, darf wohl die verständliche Ungeduld derer, die sich von der gegenwärtigen Unsicherheit beschwert fühlen, nicht der einzige Ratgeber sein.

Ansprüche an das Währungssystem

250. In der Diskussion um eine Neugestaltung des Weltwährungssystems werden seit Jahren zahlreiche Alternativen erörtert. Der Sachverständigenrat sieht es nicht als seine Aufgabe an, diese Alternativen vergleichend zu würdigen. Zur Erleichterung der Urteilsbildung in der Öffentlichkeit sind jedoch die Ansprüche zu formulieren, an denen ein neues Weltwährungssystem zu messen wäre, und die Elemente einer Neuordnung danach zu kennzeichnen, inwieweit sie diesen Ansprüchen genügen können.

251. Erstens: Hauptaufgabe des Weltwährungssystems ist es, den freien Welthandel und den freien internationalen Kapitalverkehr zu fördern.

Der Aufschwung des Welthandels ist seit dem zweiten Weltkrieg eine der wichtigsten Quellen des Wohlstands in vielen Ländern gewesen. Das System von Bretton-Woods, das den Aufschwung mit ermöglichte, hat in dieser Hinsicht die Hoffnungen, die sich mit ihm verbanden, als es 1944 geschaffen wurde, lange Zeit weit übertroffen. Nicht zu verkennen ist jedoch auch, daß die Friktionen zugenommen haben, unter denen sich die Integration der am freien Welthandel beteiligten Länder vollzieht. Immer wieder entstehen schwere Ungleichgewichte und im Zusammenhang damit Verzerrungen der Handelsströme, die dann wiederum schmerzhafte Normalisierungsprozesse erfordern.

Die Freiheit des internationalen Kapitalverkehrs gehört zu den Bedingungen für einen verzerrungsfreien Welthandel und schafft überdies die Voraussetzung für eine bessere Nutzung der Produktivkräfte in vielen Ländern. Vielfältige protektionistische Praktiken, die es bis heute gibt, finden Schutz hinter Konvertibilitätsbeschränkungen, nachdem das GATT sowie multilaterale Liberalisierungs- und Zollsenkungsabkommen andere Möglichkeiten des Protektionismus verringert haben.

Daß das System von Bretton-Woods einem vollkommen freien Kapitalverkehr nicht gewachsen war (Ziffer 4), zu dem die Statuten des IWF immerhin einluden, wenngleich nicht zwangen, hat sich als sehr folgenschwer für die internationale Einstellung zum freien Kapitalverkehr erwiesen. Kam es, was unvermeidlich war, wegen der Mängel des Systems zu störenden Kapitalbewegungen, so wurde dies nicht dem System, sondern der Freiheit des Kapitalverkehrs angelastet. Vor allem spekulative Kapitalbewegungen, die an sich eine wichtige Funktion des Marktausgleichs erfüllen, kamen in Mißkredit, und immer wieder kehrten einzelne Länder zeitweise zu Konvertibilitätsbeschränkungen zurück, wenn sich gerade die Märkte gebildet hatten, die es erlaubten, eine zuvor gewährte Freiheit auch tatsächlich zu nutzen.

Daß genau in diesem Sinne heute in vielen Ländern aus der Entwicklung, die zum 9. Mai und zum 15. August führte, weitere dirigistische Schlußfolgerungen gezogen werden, zeigt, wie sehr das System von Bretton-Woods, so wie es praktiziert wurde, das Ansehen des freien Kapitalverkehrs, vor allem des kurzfristigen, ruiniert hat. Ein neues Weltwährungssystem hätte zu vermeiden, daß weiterhin als Plage empfunden werden muß, was sich als überaus nützlich erweist, sobald es unter angemessenen Bedingungen wirksam werden kann, und — richtig gesehen — im Grunde ein Zeichen des Erfolgs ist auf dem Wege zu einer freien Weltwirtschaft.

252. Zweitens: Sollen sich die einzelnen Länder so weitgehend aufeinander einlassen, wie es das Prinzip des freien Handels und des freien Kapitalverkehrs verlangt, so muß internationale Solidarität die Risiken auffangen, die sich dabei je nach dem Grad der Flexibilität des Währungssystems für das einzelne Land ergeben.

Solidarität als Sicherheitsnetz ist erforderlich, da es vorkommt, daß in einem Land der freie Handel und der freie Kapitalverkehr die Lösung innerer Probleme erschwert oder diese Probleme vorübergehend sogar verschärft. Dann entsteht die Versuchung, durch einen Rückfall in Handelsbeschränkungen und Konvertibilitätsbeschränkungen die Schwierigkeiten zu bannen oder sie gar auf die Handelspartner zu verlagern.

Das System von Bretton-Woods hat zusammen mit ergänzenden Stützungsabkommen diesem Anspruch in vollem Maße genügt. Zum einen war der Grundsatz der Solidarität in das System fester Wechselkurse von vornherein eingebaut: Jedes Land hatte die Auswirkungen konjunktureller Bewegungen in anderen Ländern ohne wechselkurspolitische Abwehrmaßnahmen hinzunehmen. Ein Land etwa, dessen Vollbeschäftigung gefährdet war, durfte damit rechnen, daß seine Partner die zusätzlichen Exportanstrengungen tolerierten, die die eigene Industrie aus Mangel an Inlandsnachfrage unternahm. Oder: Ein Land, das in einen inflatorischen Prozeß geriet, konnte bei seinen Stabilisierungsanstrengungen auf die Hilfe zusätzlicher Importe setzen, obwohl solche Mehrnachfrage die Stabilität in den Partnerländern gefährdete. Zum anderen sorgten das System abgestufter Liquiditätshilfen des IWF sowie ergänzende Stützungsaktionen dafür, daß Zahlungsbilanzkrisen einem Land keinen Anlaß gaben, Zuflucht bei Maßnahmen mit handelsbeschränkender Wirkung zu suchen. Auch konnten mit internationalen Liquiditätshilfen gelegentlich Abwertungen verhindert werden, die vorschnell gewesen wären, weil sie einen stabilitätspolitischen Mißerfolg schon konstatiert hätten, obwohl noch die Chance bestand, durch energische Stabilisierungsanstrengungen das Gleichgewicht zurückzugewinnen (so etwa in Italien 1964).

Sind im Währungssystem Wechselkursschwankungen zugelassen, können insoweit die Risiken zumindest zum Teil über Änderungen des Wechselkurses abgefangen werden. Auch dann bleibt jedoch ein Bedarf an Solidarität.

253. Drittens: Je mehr darauf vertraut wird, daß internationale Solidarität die Freiheit im Handel und Kapitalverkehr absichert, um so weniger kann darauf verzichtet werden, daß das Weltwährungssystem einen Zwang zu stabilitätspolitischer Disziplin ausübt und daß Solidarität solchen Zwang nicht aufheben darf.

Geldwertstabilität ist die Grundlage für die Rechenhaftigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung und damit zugleich die Grundlage dafür, daß auch der Vorteilsausgleich im internationalen Austausch von Gütern und Diensten marktwirtschaftlichen Grundsätzen anvertraut werden kann und nicht dem Wettbewerb protektionistischer Praktiken im wirtschaftlichen Machtkampf der Staaten überlassen werden muß.

Das System von Bretton-Woods hat diesem Anspruch nicht genügt. Es hat eine Solidargemeinschaft mit inflatorischem Trend geschaffen. In großer Anzahl haben die Länder Zielkonflikte, in die sie durch übersteigerte Ansprüche an das Sozialprodukt gerieten, überwiegend zuungunsten der Geldwertstabilität entschieden. Da diese Länder ein Übergewicht hatten, konnten sie das Hintansetzen der Geldwertstabilität zur Norm des Systems machen, sich bei Liquiditätsschwierigkeiten gegenseitig aushelfen und, da stabilitätspolitische Alleingänge bei festen Wechselkursen nur unter günstigen Umständen — und selbst dann nur zu sehr hohen Kosten — möglich sind, auch die stabilitätsbewußteren Länder zwingen, dem Trend der schleichenden Weltinflation zu folgen, von seltenen Fällen vorübergehend erfolgreichen Widerstands abgesehen. Nur wenn ein Land sein Gleichgewicht völlig zu verlieren drohte, wurde der Zwang zur Konformität zugunsten der Stabilität wirksam. Dabei genügte dann aber meist schon, daß das Land sein Inflationstempo etwas verlangsamte, denn der Fortgang der Geldentwertung in den übrigen Ländern lockerte den Zwang zur Disziplin rasch wieder.

Das innere Ungleichgewicht des Systems läßt sich auch so kennzeichnen: Während inflatorische Impulse sich immer ungehinderter ausbreiten konnten, wurden die disziplinierenden Wirkungen, die von stabilitätsbewußteren Ländern hätten ausgehen sollen — und die für die Funktionsfähigkeit des Systems völlig unentbehrlich waren —, mehr und mehr durch die Devisenreserven einer reichlich mit Liquidität versorgten Welt abgefangen, ja konterkariert. Neben der Möglichkeit bedingter Anpassungshilfen wurden zudem Kreditfazilitäten geschaffen, die eine laxe Geld- und Kreditpolitik immer risikoloser werden ließen (Ziffer 7). Der Mangel an Disziplin hat auf diese Weise den Grundsatz der internationalen Solidarität in Währungsdingen stark diskreditiert. Aus diesem Grunde müßte ein Weltwährungssystem, das im ganzen auf Disziplin vertraut, im einzelnen den Zwang zur Disziplin verschärfen und das Übermaß an Möglichkeiten unkontrollierter Solidarhilfen verringern — zumindest aber die Gefahr beseitigen, daß stabilitätspolitische Anstrengungen einzelner Länder in einer inflationierenden Umwelt in dem Maße aussichtsloser werden, wie die weltwirtschaftliche Integration vollkommener wird.

254. Viertens: Wirklichkeitsfremd wird die Forderung nach stabilitätspolitischer Disziplin, wenn sie daran vorbeigeht, daß jedes einzelne Land Spielraum haben muß, über die Priorität seiner wirtschaftspolitischen Ziele in Fällen schwerer Zielkonflikte selbst zu entscheiden.

Vollbeschäftigung ist ein Ziel, das heute kein Land ausschließlich dem internationalen Konjunkturverbund anvertrauen könnte. Ähnliches gilt für die Geldwertstabilität. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen sind ihr nicht in allen Ländern gleich günstig. Dies sollte nicht als ein Problem der internationalen Moral, sondern der Flexibilität des Währungssystems gesehen werden. Die Überschußländer gehören nicht in die Rolle internationaler Störenfriede, die Defizitländer nicht in die Rolle derer, die ihre Hände in der Tasche anderer haben. Das Währungssystem ist falsch konstruiert, wenn es solche Einstellungen hervorruft, weil es nur die Alternative kennt, Stabilität für alle oder Inflation für alle.

Das System von Bretton-Woods bot den nötigen Spielraum nicht (Ziffer 6). Die vereinbarten Wechselkursänderungsvorbehalte erwiesen sich als unzureichend; bei graduellen Unterschieden in der Neigung zu stabilitätspolitischer Disziplin kam es zu außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten, aus denen die Länder keinen befriedigenden Ausweg fanden — oder jedenfalls nicht rechtzeitig —, der ihren

berechtigten binnenwirtschaftlichen Interessen ebenso Rechnung trug wie ihrer Verpflichtung zu systemgerechtem Verhalten nach außen.

Ohne Frage stehen der Anspruch, das Weltwährungssystem solle zur stabilitätspolitischen Disziplin anhalten, und der Anspruch, es solle jedem Land seinen eigenen Trend in der Geldwertentwicklung lassen, gegeneinander. Das Gegeneinander berührt allerdings nicht schon die bescheidene Forderung, das Weltwährungssystem solle stabilitätspolitische Anstrengungen wenigstens nicht behindern.

255. Fünftens: Das Weltwährungssystem sollte ermöglichen, daß den Ländern die Geld- und Kreditpolitik als Mittel der Konjunktursteuerung zur Verfügung steht; aus vielen Gründen kann die Finanzpolitik weder im Aufschwung noch im Abschwung diese Aufgabe allein übernehmen.

Unter den Bedingungen des Systems von Bretton-Woods konnte die monetäre Politik wirksam nur als Mittel der Zahlungsbilanzpolitik eingesetzt werden — solange die Freiheit des Kapitalverkehrs unangetastet blieb (Ziffer 5). Die Beschränkung der konjunkturpolitischen Autonomie der Länder, die sich hieraus de facto ergab, war neben dem Leitwährungskonflikt der Vereinigten Staaten der augenfälligste, wenngleich wohl nicht der wichtigste Mangel des Systems.

256. Sechstens: Die Neuordnung des Weltwährungssystems sollte, soweit dies System noch eine Versorgung mit „internationalem Geld" verlangt, davon wegführen, daß die Welt hinsichtlich dieser Versorgung davon abhängig ist, welche monetäre Politik die jeweiligen binnenwirtschaftlichen Erfordernisse den Vereinigten Staaten aufzwingen.

Die Rolle des Weltbankiers hat die Vereinigten Staaten seit vielen Jahren zunehmend überfordert. Zudem ist in vielen Ländern auch aus nichtökonomischen Gründen der Widerwille gegen diese Rolle immer größer geworden. Zwar muß gesagt werden, daß die Bedeutung der amerikanischen Zahlungsbilanzpolitik für die stabilitätspolitischen Probleme der westlichen Industrieländer meist sehr übertrieben dargestellt wird, doch für eine Verlängerung der Reservefunktion des Dollars fehlen einfach die Gründe — es sei denn, man wüßte nicht, wie ein neues Reservemedium wenigstens so knapp gehalten werden könnte wie der Dollar. Davon kann keine Rede sein. Ein Abschied vom Dollar als Reservewährung müßte dessen Funktion als Kontraktwährung im Welthandel nicht notwendigerweise beeinträchtigen (Ziffer 264).

Varianten der Reform

257. Daß das System von Bretton-Woods reformbedürftig ist und auf keinen Fall in seiner alten Form wieder in Kraft gesetzt werden sollte, darüber gibt es heute kaum noch eine Diskussion, wenn auch die Gründe für sein Scheitern zum Teil sehr unterschiedlich gesehen werden. Auch die zuvor dargelegten Ansprüche an ein neues System sind jeder für sich kaum umstritten. Umstritten ist die Entscheidung über den relativen Rang der einzelnen Ansprüche. Außerdem verzögert sich die Lösung, weil es zu wichtigen Problemen trotz langjähriger weltweiter Diskussion noch keine allgemein überzeugenden Lösungseinfälle gibt.

Alle Reformvarianten lassen sich von zwei extremen Modellen her verstehen, denen sie mehr oder weniger nahestehen,

— dem System fester Wechselkurse ohne Wechselkursänderungsvorbehalt und (im Grenzfall) ohne interventionsfreies Band und

— dem System völlig freibeweglicher Kurse ohne alle wechselkurspolitischen Interventionen der Notenbanken.

258. Das reine Modell fester Wechselkurse erlaubt keine nationale Autonomie in der Konjunkturpolitik und der Stabilitätspolitik, also auch keine Autonomie hinsichtlich des Trends der Geldwertentwicklung. Der Akzent liegt ganz auf dem Zwang zur Harmonisierung der Politik — auf der Basis gemeinsamer Stabilität oder gemeinsamer Inflation. Solidarität ist „eingebaut" in dem Sinne, daß die Länder sich durch den engen internationalen Verbund bei Preisen und Zinsen gegenseitig stützen, also Abweichungen nach oben wie nach unten, im Beschäftigungsgrad etwa, über den Markt ausgleichen helfen. Auch der Verzicht aller Länder auf aggressive Wechselkurspolitik zur Erlangung eines Vorteils im internationalen Wettbewerb ist gleichsam mit dem System gegeben. Darüber hinausgehende Solidarhilfen, Liquiditätshilfen etwa, würden dem gewollten Zwang zur Konformität widersprechen, es sei denn, sie wären mit sehr strengen Auflagen verbunden. Wären die Länder bereit und in der Lage, die Folgen solcher Systembedingungen hinzunehmen, bereit und in der Lage also, in jedem Falle internationale Verpflichtungen über nationale Erfordernisse zu setzen, etwa die Beseitigung von Arbeitslosigkeit bei starkem Kostenauftrieb, so wäre das System mit Freiheit des Welthandels und des Kapitalverkehrs voll vereinbar.

259. Das reine Modell flexibler Kurse erlaubt demgegenüber nahezu volle nationale Autonomie der Konjunkturpolitik und der Stabilitätspolitik. Einen systemimmanenten Zwang zur stabilitätspolitischen Disziplin gäbe es insoweit, als jedes Land eine sich beschleunigende Inflation noch stärker fürchten müßte als bei festen Wechselkursen, da der flexible Kurs einen solchen Mißerfolg der Stabilitätspolitik alsbald konstatieren würde. Denn die nationale Autonomie fordert als Preis die nationale Selbstverantwortung. Eine eingebaute Solidarität gehörte nicht zum System. Verliert ein Land das monetäre Gleichgewicht, so müßte es aus sich heraus zur Stabilität zurückfinden; kein internationaler Verbund würde die auf Disziplin drängenden Kräfte des Landes stützen, kein Importüberschuß vorübergehende Angebotslücken schließen helfen. Verzicht auf aggressive Wechselkurspolitik gehörte zwar zu den Spielregeln, wäre jedoch nicht garantiert. Auch Liquiditätshilfen zur kursstützenden Intervention am

Devisenmarkt wären dem System im Prinzip fremd. Wird dies akzeptiert, so kommt das System flexibler Kurse ohne alle Maßnahmen aus, die den freien Handel und Kapitalverkehr beschränken. Das Problem der Leitwährung würde sich gar nicht mehr stellen.

260. Den beiden reinen Modellen für ein Währungssystem liegen unterschiedliche Vorstellungen über die Organisation der Weltwirtschaft zugrunde, dem einen die Weltwirtschaft als Einheit, dem anderen die Weltwirtschaft als Interaktionssystem souveräner Teile. So ist das eine vom Prozeß der Auflösung der Nationalstaaten her zu verstehen — hin zu immer größeren Wirtschaftsräumen —, das andere vom Prozeß des Abbaus wirtschaftlicher Vormachtstellungen und Abhängigkeiten her — hin zu einem föderativen System selbstverantwortlicher Partner. Da beide Modelle nicht die Ansprüche erfüllen, die an ein Währungssystem gestellt werden, das den Problemen von heute voll gerecht wird, sind beide vorläufig lediglich als Bezugspunkte in der Diskussion um Zwischenformen von Bedeutung. Was das System flexibler Kurse angeht, so dürften für die verbreitete Ablehnung außerdem Befürchtungen eine Rolle spielen, die, im Modell zwar oft entkräftet, sich letztlich nur durch größere Erfahrung bestätigen oder widerlegen ließen. Vor allem befürchtet man, daß das berechtigte Verlangen der Handeltreibenden, über den Inhalt ihrer Schuldverpflichtungen und Forderungen Gewißheit zu haben, sich nicht voll befriedigen lasse (Kurssicherungspessimismus), und daß destabilisierende Spekulation gelegentlich die „eigentlichen" Marktkräfte in der Kursbildung dominieren und damit die Wettbewerbsbedingungen verzerren werde.

261. Im Vordergrund der Reformbemühungen stehen Zwischenformen, die gekennzeichnet sind durch

- — feste Paritäten mit Interventionspflicht der Notenbanken,
- — marktgerechte Paritäten als neue Basis (Realignment),
- — ein neues Reservemedium,
- — erweiterte Kursbänder, innerhalb derer eine Interventionspflicht nicht besteht,
- — erleichterte Verschiebungen der Kursbänder durch Paritätsveränderungen.

Es sind vor allem die beiden letzten Elemente, welche Schwierigkeiten bereiten, die nicht nur Probleme des Tages sind.

262. Zur Interventionspflicht der Notenbanken kann man — mit Rücksicht auf die weit verbreitete Furcht vor hektischen Kursausschlägen — zurückkehren, ohne das Maß an erwünschter Flexibilität der Kurse zu präjudizieren. Das Realignment steht unter den kurzfristigen Problemen der Reform vorne an. Obwohl bei Gelegenheit des Realignment auch Ungleichgewichte mehrerer kleiner und mittelgroßer Länder beseitigt werden sollen, ist dessen Hauptaufgabe, die Überbewertung des Dollars zu beseitigen. Die Vereinigten Staaten können nicht einfach abwerten wie andere Staaten, weil sie als Leitwährungsland damit rechnen müssen, daß in großer Anzahl Länder den Dollarkurs ihrer Währung unverändert lassen, indem sie den Vereinigten Staaten in der Änderung der Parität ihrer Währung folgen. Bestünde dies Problem nicht, die amerikanische Importsteuer wäre unnötig gewesen. Das Realignment wird behindert durch die Furcht der Länder, daß sie mit einer zu starken Aufwertung ihrer Währung gegenüber dem Dollar — und verglichen mit der Aufwertung anderer Währungen — die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Exportindustrien zu sehr beeinträchtigen. Die Gefahr von Irrtümern bei der Neufestsetzung der Kursrelation wird daher sehr hoch bewertet, wahrscheinlich zu hoch, zieht man die Anpassungsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften in Betracht. Die Entscheidung muß durch Verhandlungen gefunden werden. Ökonometrische Schätzungen, die auf Paritätsänderungen nach Maßgabe der gegenwärtigen Ungleichgewichte abzielen, können die Anpassungsprozesse, die einem Realignment folgen, wahrscheinlich nur unvollkommen berücksichtigen und daher lediglich als Ansatzpunkt für Verhandlungen dienen. Eine Verhandlungslösung sollte nicht zu schwer fallen, wenn man den Ländern, die aufgrund früherer Erfahrungen ihre stabilitätspolitischen Möglichkeiten vorsichtig einschätzen müssen, erlaubt, sich eher in Richtung einer zu geringen Aufwertung zu irren, und von den bislang stabilitätspolitisch Erfolgreicheren erwartet, daß sie bereit sind, sich im Zweifel eher in Richtung einer zu starken Aufwertung zu irren. Im übrigen sind die zunächst festzusetzenden neuen Paritäten von um so geringerer Bedeutung, je großzügiger die Regelungen sind, die auf eine größere Flexibilität der Kurse abzielen, sei es in einem breiteren Band, sei es durch einen größeren Paritätsänderungsvorbehalt. Bei alledem ist die Frage, ob das Realignment sich in der Weise vollziehen soll, daß einige Länder ihre Währung abwerten, etwa die Vereinigten Staaten, andere aufwerten, oder ob statt dessen einige Länder bei der alten Parität bleiben, die übrigen hingegen entsprechend stärker aufwerten, ohne nennenswerte ökonomische Substanz, da es letztlich allein auf die Kursrelationen ankommt. Hier handelt es sich um ein Problem der politischen Taktik, möglicherweise des Prestiges.

263. Als Lösung der Aufgabe, den Dollar von der Last der Leitwährungsfunktion zu befreien, bietet sich an — und dies steht auch im Mittelpunkt der meisten Reformvorschläge zu diesem Thema — die Sonderziehungsrechte (vielleicht unter einem eingängigeren Namen) zum alleinigen Reservemedium zu machen. Das Hauptproblem besteht darin, alsbald Regeln zu finden, die der Erfahrung Rechnung tragen, daß eine Währungsordnung mit festen Wechselkursen nur funktionieren kann, wenn die internationalen Währungsreserven knapp gehalten werden. Erst bei erheblicher Flexibilität der Kurse tritt diese Frage in den Hintergrund, weil dann die Interventionspflicht der Notenbanken ohnehin seltener angesprochen wird. Ein Übergangsproblem — wenn auch ein ernstes — besteht darin, daß die

zur Zeit vorhandenen Währungsbestände der Notenbanken, vor allem in Form von Dollarforderungen, auf irgendeine Weise konsolidiert werden müßten.

264. Da Sonderziehungsrechte nicht allgemeines Zahlungsmittel sind, können die Notenbanken nur intervenieren, indem sie Fremdwährungen kaufen oder verkaufen. Es ist nicht von vornherein gesagt, daß die Interventionswährung auch künftig der US-Dollar sein wird, zumal wenn er, wie angestrebt, ebenso wie alle anderen Währungen den Regeln für Änderungen der Paritäten gegenüber den Sonderziehungsrechten unterliegt. Sofern man wieder Vertrauen in den Dollar setzt, besteht jedoch einige Wahrscheinlichkeit, daß er die wichtigste Interventionswährung bleibt. Unter den gleichen Annahmen wird er, wie schon bisher, als internationales Zahlungsmittel eine große Rolle spielen, insbesondere für multinationale Unternehmen.

Weil die Möglichkeit nicht auszuschließen ist, daß Regierungen und Notenbanken Dollars oder andere Fremdwährungen, die sie durch Interventionen erwerben, als Reserven halten und damit die disziplinierende Wirkung der Interventionspflicht in Defizitländern ausschalten, wird von vielen eine internationale Vereinbarung als zweckmäßig angesehen, dergemäß die Zentralbanken Fremdwährungen unmittelbar nach Erwerb — vielleicht abgesehen von kleinen Beständen an Transaktionskasse — über den internationalen Währungsfonds gegen Sonderziehungsrechte des Landes, aus dem die Fremdwährung stammt, umtauschen müssen.

Erwogen wird außerdem, die Sonderziehungsrechte mit einer Goldgarantie auszustatten. Das mag anfangs psychologische Vorteile mit sich bringen. Es hat sich aber schon weitgehend die Erkenntnis durchgesetzt, daß das Haupterfordernis eines Sonderziehungsrechte-Standards die Knapphaltung des Reservemediums ist und eine Goldgarantie nur insoweit eine Rolle spielen könnte, als sie zu dieser Knapphaltung beitrüge. Da ein reiner Goldstandard jedoch aus den bekannten Gründen sicherlich nicht in Betracht kommt, sind letztlich die Regeln entscheidend, nach denen Sonderziehungsrechte vermehrt werden dürfen, und nicht eine etwaige ergänzende Goldgarantie.

265. Während das geplante Realignment und ein Übergang zu einem neuen Reservemedium das alte System der Festkurse zwar verbessern, es aber nicht wesentlich ändern würde, gehen Vorschläge zugunsten eines breiteren Kursbandes sowie häufigerer Paritätsänderungen auf eine Reform im Prinzipiellen aus.

Die beiden Systemänderungen sind nicht unabhängig voneinander zu sehen. Eine Erleichterung von Paritätsänderungen soll die Länder instand setzen, den Trend ihrer Geldwertentwicklung selbst zu bestimmen. Ein breiteres Kursband soll sowohl dieser Trendautonomie dienen als auch der Autonomie in der Konjunkturpolitik, soweit sie Geld- und Kreditpolitik ist.

Fragt man nach dem Mindestmaß für die Breite des Kursbandes, so hängt die Antwort davon ab,

— in welchem Ausmaß die Geld- und Kreditpolitik zur Steuerung der Konjunktur eingesetzt werden soll,

— welche Unterschiede in den Inflationsraten der einzelnen Länder im Weltwährungssystem maximal geduldet werden sollen und

— in welchen Zeitabständen (und in welchen Prozentsätzen) Aufwertungen oder Abwertungen zugelassen sein sollen.

266. Soll beispielsweise die Flexibilität des Systems sichern, daß ein Land sich um maximal 4 vH jährlich vom internationalen Inflationstrend — nach oben oder nach unten — absetzen kann, und soll ferner gelten, daß die Parität — etwa gegenüber den Sonderziehungsrechten [1]) nicht häufiger als einmal im Jahr verändert werden darf, so wäre allein schon dafür Spielraum für eine Aufwertung oder Abwertung der Währung innerhalb des Bandes um ebenfalls 4 vH zu schaffen. Zudem sollte sichergestellt sein, daß sich bei jeder Verschiebung des Bandes durch eine Paritätsänderung das alte und das neue Band etwas überlappen, denn nur dann kann darauf vertraut werden, daß spekulative Transaktionen am Devisenmarkt in Erwartung einer Paritätsänderung den Kurs nicht vorzeitig an eine der Bandgrenzen treiben. Dies würde erfordern, daß das Band breiter zu sein hätte, als dem Kursänderungsbedarf zwischen zwei Paritätsänderungen entspräche.

267. Der Bedarf an Kursflexibilität für eine wirksame Konjunktursteuerung durch Geld- und Kreditpolitik überlagert den Bedarf an Spielraum für Kursbewegungen, die dem Trend folgen.

Die Geld- und Kreditpolitik ist von den Zinsen im Ausland unabhängig, wenn sie darauf rechnen kann, daß die Kapitalbewegungen, die von einer Änderung der Inlandszinsen ausgelöst werden, die Liquiditätsversorgung im Inland nicht berühren, weil die Notenbank nicht zum Ankauf oder Verkauf von Devisen gezwungen werden kann. Die Kapitalbewegungen bewirken eine Änderung der Kassa- und Terminkurse und hören dann von selbst auf. Die Änderung der Differenz zwischen Kassa- und Terminkurs entspricht der Zinsänderung und ist daher erwünscht; sie stellt sicher, daß die Zinspolitik auch für Ausfuhrgeschäfte und Einfuhrgeschäfte wirksam wird. (Bei festen Wechselkursen und zu engem Kursband ist es nicht nur schwer, eine autonome Änderung der Inlandszinsen durchzusetzen, es ist auch unmöglich, eine Zinsänderung, gelingt sie, unmittelbar auf die Nachfrage nach Exportgütern und die Nachfrage nach Importgütern wirken zu lassen.)

---

[1]) Dabei wäre die Schwankungsbreite gegenüber jeder einzelnen Währung (cross rate) doppelt so groß wie das Band um die Parität gegenüber den Sonderziehungsrechten.

Da bei freiem Kapitalverkehr internationale Zinsdifferenzen gleich große Kursabschläge oder Kurszuschläge für Termindevisen entsprechender Fristigkeit hervorrufen, wird die Notenbank nur solange nicht (über ihre Interventionspflicht an den Bandgrenzen) in Anspruch genommen, wie die Terminkurse innerhalb eines Bereichs bleiben, der von den noch für möglich gehaltenen künftigen Kassakursen begrenzt wird. Andernfalls beginnt die Spekulation gegen die Notenbank; sie wird völlig risikolos dann, wenn es nicht nur unwahrscheinlich, sondern objektiv wegen unveränderlicher Bandgrenzen unmöglich ist, daß der Kassakurs künftig dort liegt, wo heute der Terminkurs ist. Daraus ergibt sich, daß die Bandbreite Kursbewegungen zulassen muß, die den Veränderungen des Zinsgefälles entsprechen. Soll die Zinspolitik in die Lage versetzt werden, nötigenfalls ein Zinsgefälle zum Ausland, von, sagen wir, 4 vH herbeizuführen, so wäre, dies für sich genommen und wiederum auf ein Jahr gerechnet, ein Kursband von 4 vH erwünscht.

268. Auch die trendbestimmten Bewegungen der Wechselkurse (Ziffer 267) gehen mit entsprechenden internationalen Zinsdifferenzen einher. Ein Land mit steigendem Kurstrend für seine Währung hat mittelfristig ein niedrigeres Zinsniveau als seine Partner. Bei freiem Kapitalverkehr wäre dies nicht nur wahrscheinlich so, sondern mit Sicherheit. Konjunkturpolitisch erforderliche Schwankungen der Zinsen beziehen sich daher auf dieses mittelfristige Niveau und vergrößern oder verkleinern die Zinsdifferenz, die sich aus dem Trend ergibt. Das Kursband muß folglich so groß sein, daß es nötigenfalls Kursschwankungen erlaubt, die der trendbedingten Zinsdifferenz zuzüglich der maximalen, konjunkturpolitisch bedingten Zinsdifferenz entspricht. Streng genommen addiert sich also der Bedarf an Bandbreite für die Trendautonomie und der Bedarf an Bandbreite für die monetäre Konjunkturpolitik. Trägt man dem nicht Rechnung, so kann es vorkommen, daß kurz nach einer Paritätsänderung der zinspolitische Spielraum in einer Richtung zu gering ist, so etwa nach einer Aufwertung, falls dann der trendbestimmte Kurs in der Nähe der unteren Bandgrenze liegt und damit eine konjunkturell möglicherweise erwünschte Politik der Zinssenkung nicht nach außen abgesichert ist, weil der Wechselkurs nicht sinken kann. Immerhin: Im allgemeinen wird ein Land in einer Rezession nicht aufwerten und in einer Periode der Hochkonjunktur nicht abwerten. Daher brauchte sich bei Paritätsänderungen das alte Band und das neue Band wohl nicht so stark zu überlappen, daß jederzeit der volle Spielraum für die monetäre Politik nach beiden Seiten gegeben ist. Unter den zuvor beispielhaft angenommenen Zielvorstellungen wäre also eine Bandbreite von 6 bis 7 vH, das heißt 3 bis 3,5 vH nach jeder Seite der Parität, erwünscht sowie die Möglichkeit, die Parität einmal im Jahr um bis zu 4 vH zu ändern. Dürften Paritätsänderungen nötigenfalls öfter vorgenommen werden als einmal im Jahr, kann man sich ein engeres Band erlauben, als das genannte Zahlenbeispiel nahelegt. Bei permanenter Anpassung könnte es sogar auf den von der Geld- und Kreditpolitik geforderten Spielraum für internationale Zinsdifferenzen beschränkt bleiben. Umgekehrt müßte das Band breiter sein, wenn für eine Parität längere Mindestzeiten gelten sollen.

269. Der hier sichtbar gewordene Zusammenhang ist von großer Bedeutung: Legt man Mindestzeitabstände zwischen den Paritätsänderungen fest, sowie Höchstsätze für deren Ausmaß, so ist man nicht mehr frei in der Wahl der Bandbreite. Einen gewissen Spielraum hat man lediglich insofern, als man der Geldpolitik im Rahmen der Konjunktursteuerung ein unterschiedliches Gewicht beimessen kann. Läßt man im Band nicht genügend Raum für die Einflüsse der Preisentwicklung zwischen den Paritätsänderungen und für darüber hinausgehende Zinsdifferenzen, so riskiert man, daß der Kassakurs den oberen oder unteren Rand des Bandes erreicht und die Notenbank zu Interventionen mit entsprechenden Wirkungen auf die Liquidität gezwungen wird, bevor die Parität angepaßt werden darf. Manches deutet darauf hin, daß die verantwortlichen Politiker einiger Länder diesen Zusammenhang nicht beachten und deshalb eine zu geringe Erweiterung des Kursbandes anstreben. Die Konsequenz wäre, daß jene Länder, deren Währungen vorzeitig an die Bandgrenzen stoßen, entweder auf ihre selbständige Liquiditäts- und Zinspolitik verzichten oder administrative Kontrollen zur Abwehr von Kapitalbewegungen einsetzen müßten; beides wäre unerwünscht.

270. Gelingt es, die Sonderziehungsrechte tatsächlich knapp zu halten, und geht man davon aus, daß kein Land gegen die Prinzipien eines freien Handels- und Kapitalverkehrs verstößt, dann werden die notwendigen Paritätsanpassungen in Form von Währungsabwertungen derjenigen Länder erzwungen, die über keine ausreichenden Reserven mehr verfügen. Da man zudem erreichen will, daß Länder, deren Wechselkurse dem oberen Rand des Bandes nahekommen, aufwerten statt Währungsreserven anzuhäufen, und da man ferner möchte, daß sich die Anpassungen in geordneten Bahnen vollziehen, werden Überlegungen angestellt, welchen mehr oder weniger strengen Regeln die Paritätsänderungen unterworfen werden sollen. Die zur Diskussion stehenden Regeln sind im Grundsatz nicht neu. Der Sachverständigenrat hat sich mit solchen Regeln schon mehrfach befaßt (JG 66 Ziffern 286 ff., SG 69 I Ziffer 28 und JG 69 Ziffern 287 ff.). Eine Möglichkeit besteht darin, Paritätsänderungen und damit Bandverschiebungen an die Veränderung der Währungsreserven zu binden. Bei einer — vieldiskutierten — zweiten Möglichkeit wird die Bandverschiebung am gleitenden Durchschnitt vergangenen Kassakursnotierungen orientiert. Beide Möglichkeiten lassen sich sowohl im Sinne echter Regelmechanismen als auch im Sinne von Leitlinien für diskretionäre Entscheidungen ausgestalten.

271. Zu Regelmechanismen, die mehr oder weniger automatisch Bandverschiebungen bewirken, wird es möglicherweise nicht kommen, sondern allenfalls zu

Leitlinien für diskretionäre Entscheidungen der nationalen Instanzen. Doch hierdurch wäre schon viel gewonnen; Paritätsänderungen wären der internationalen Tabuzone entrückt und würden im Rahmen solcher Leitlinien als normales Mittel der Wirtschaftspolitik gelten. Auch die Bedingungen für internationale Liquiditätshilfen und Ziehungsrechte des IWF könnten dies berücksichtigen, und brauchten nicht mehr darauf abzuzielen, eine falsch gewordene Parität zu verteidigen.

272. Den zuvor dargelegten Ansprüchen an ein neues Weltwährungssystem würde es auch nicht widersprechen, wenn der Spielraum für Aufwertungen stärker vergrößert wird als derjenige für Abwertungen. Auf diese Weise könnte das System den Grundsatz „Zwang zu stabilitätspolitischer Disziplin" beibehalten, ja, was die Versorgung mit internationaler Liquidität angeht, sogar verschärfen, ohne den potentiellen Überschußländern im Wege zu stehen, die der Preisstabilität einen höheren Rang einräumen wollen, können oder müssen als die Mehrheit der Welthandelsländer.

273. Alle Bestrebungen, den Wechselkursen größere Beweglichkeit zu verschaffen, haben einen schweren Rückschlag dadurch erlitten, daß die Periode des Floating von vielen fälschlich als eine klärende Probe für das angesehen wird, was flexible Wechselkurse zu leisten vermögen, und die Ergebnisse dieser Periode als Beleg dafür, wie leicht der Wechselkurs eines Landes und damit dessen Wettbewerbsposition unter die Herrschaft nicht marktgerechter spekulativer Erwartungen kommen kann — nicht aber, wie es richtiger wäre, als das Ergebnis von Erwartungen, die sich vom System fester Wechselkurse nicht lösen konnten. Die Kursbildung mußte, soweit sie überhaupt von größeren Eingriffen frei war, statt von den länderspezifischen Marktbedingungen von den erwarteten neuen Paritäten bestimmt sein, konkreter: von dem erwarteten Ausgang eines wirtschaftlichen Machtkampfes zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Partnern. Wegen dieser Fehldeutung und weil die Furcht vor größerer Beweglichkeit der Wechselkurse ohnehin verbreitet ist, muß befürchtet werden, daß es bei der Reform des Weltwährungssystems nicht zu Bandbreiten und Paritätsänderungsklauseln kommt, die dem Bedürfnis an konjunkturpolitischer und stabilitätspolitischer Autonomie der Länder entsprechen. Wer aber gegen mehr Flexibilität ist, gerät in Versuchung, Ersatz in Beschränkungen des freien internationalen Kapitalverkehrs, vor allem des kurzfristigen, zu suchen, um eine autonome Konjunkturpolitik zu ermöglichen.

274. Wir haben dargelegt, daß Währungsordnungen, die Bestandteile eines Systems fester Kurse enthalten, stets die Gefahr von Kontrollen des Kapitalverkehrs in sich bergen (Ziffer 251), und zwar nicht nur, wenn das Kursband für eine autonome Konjunkturpolitik nicht ausreicht, sondern auch, wenn versucht wird, einen Wechselkurs aufrechtzuerhalten, der von den Marktbedingungen her nicht mehr gerechtfertigt ist. Die Erfahrungen der letzten Monate stehen dazu nicht im Widerspruch. Zwar hat eine Reihe von Ländern nach den amerikanischen Maßnahmen vom August ihre Wechselkurse freigegeben, dann aber doch Kontrollen des Kapitalverkehrs eingeführt. Sie wollten den Kurs ihrer Währung nicht über ein bestimmtes Maß hinaus steigen lassen, obwohl der Markt eine stärkere Korrektur verlangt hätte, oder sie wollten den Anstieg des Kurses bremsen, weil sie annahmen, daß er aufgrund von Gerüchten und Äußerungen über die künftigen Paritäten diejenige Marke passieren würde, die man für den Gleichgewichtswechselkurs hielt. Ein weiteres Motiv war wohl, daß mit der Begrenzung des Kursanstiegs Verhandlungspositionen für das als bevorstehend angenommene Realignment aufgebaut werden sollten. Diese sogenannte Verschmutzung des Floating durch Kontrollen bedeutete jedoch de facto eine zumindest zeitweilige neue Festlegung des Wechselkurses. Bei Einführung der Flexibilität von einem Gleichgewichtskurs aus gäbe es keine — vermutlich nicht einmal mißverstandene — Gründe für eine Kontrolle des Kapitalverkehrs; eine Gewöhnung an flexible Kurse würde also nicht nur keine neuen Kontrollen, sondern sogar einen allmählichen Abbau von Kontrollen erwarten lassen.

275. Der Ausgang der weltweiten Kontroverse „Flexibilität versus Kontrollen" wird davon abhängen, wie hoch man die Vorteile des freien Kapitalverkehrs einschätzt, die durch Beschränkungen aufgegeben werden müssen. Er sollte jedoch auch davon abhängen, wie sicher die Vorteile sind, die man durch Kontrolle zu erlangen hofft.

Den Kapitalverkehr kann man auf unterschiedliche Weise zu kontrollieren versuchen. Gegen Kapitalzuflüsse bedient sich die Bundesbank beispielsweise des Instruments der erhöhten Mindestreserven auf Ausländereinlagen bei Geschäftsbanken. Aus dem Katalog der Möglichkeiten, die § 23 Außenwirtschaftsgesetz bietet, wird die Genehmigungspflicht für die Verzinsung von Ausländerguthaben, für den Verkauf von inländischen Geldmarktpapieren an Ausländer und für den Abschluß von Pensionsgeschäften mit Ausländern bereits seit dem 9. Mai angewendet. Darüber hinaus ließe die volle Anwendung des § 23 AWG auch zu, daß man versucht, jegliche Kreditaufnahme im Ausland, den Verkauf von Wertpapieren aller Art an Ausländer, ja sogar den Erwerb von Schiffen oder Grundstücken durch Ausländer zu unterbinden. In Zukunft soll durch eine Ergänzung des Außenwirtschaftsgesetzes möglich gemacht werden, Nichtbanken, die Kredite im Ausland aufnehmen, zu verpflichten, einen Teil der Kreditsumme unverzinslich bei der Bundesbank stillzulegen (Bardepot). Auch für die Verhinderung von Kapitalabflüssen gibt es ein ganzes Arsenal von Maßnahmen im Außenwirtschaftsgesetz.

Die Vereinigten Staaten haben schon vor längerer Zeit die Zinsausgleichsteuer bei Gewährung von Krediten an Ausländer und bei Erwerb ausländischer Wertpapiere eingeführt, um den Abfluß langfristigen Kapitals zu begrenzen. Ferner gibt es Bestimmungen über die Beschränkung kurz- und

langfristiger Direktinvestitionen sowie das Programm der sogenannten freiwilligen Kreditbeschränkungen des Federal Reserve Board.

Andere Länder, zum Beispiel Italien, versuchen die Kapitalbewegungen über die Nettoauslandsposition der Banken zu steuern, indem sie den Banken entweder untersagen, diese Position von einem Stichtag ab zu verbessern oder sie zu verschlechtern.

Eine besondere Form der Kontrolle des Kapitalverkehrs ist die Spaltung des Devisenmarktes in einen Teilmarkt für Transaktionen in laufender Rechnung (Handelswährung) und einen Teilmarkt für Kapitaltransaktionen (Finanzwährung). Während der Kurs der Handelswährung auf das enge Band um die Parität fixiert bleibt, wird die Kursbildung für die Finanzwährung den Marktkräften von Angebot und Nachfrage überlassen. Mit dem System der Marktspaltung behilft sich Belgien seit langem. Nach den amerikanischen Maßnahmen vom August 1971 hat es Frankreich in modifizierter Form eingeführt.

276. Selbst wenn die Kontrollen von der Anwendungstechnik her keine Schwierigkeiten machten, das Trendproblem unterschiedlicher Inflationsraten bei festem Wechselkurs lösen sie nicht. Steigt das Preisniveau etwa im Ausland schneller als im Inland, so wird die Preisentwicklung des Auslands infolge des direkten internationalen Preiszusammenhangs, der wegen des festen Wechselkurses nicht unterbrochen ist, auf das Inland übertragen. Soweit der Preiszusammenhang unvollkommen ist, entstehen Überschüsse in der Leistungsbilanz, die dann über ihre Liquiditätswirkung ebenfalls den Preisanstieg im Inland stimulieren. Versucht man nun, die Inflation mit Hilfe der Kreditpolitik zu bekämpfen, und steigt infolgedessen das inländische Zinsniveau über das ausländische hinaus, würden ohne Kapitalkontrollen Zuflüsse von Auslandskapital induziert, die eine Aufwertung der inländischen Währung erzwingen. Dies wird durch Kontrollen, soweit sie wirksam sind, vereitelt. Das Problem ist damit jedoch lediglich aufgeschoben. Entweder setzt sich die Inflationswirkung über den internationalen Preiszusammenhang durch, oder die Überschüsse der Leistungsbilanz werden so groß, daß eine Aufwertung schließlich nicht mehr hinausgeschoben werden kann. Bis dahin können jedoch erhebliche Schäden für die Volkswirtschaft durch Fehlleitung von Produktivkräften entstanden sein. Mit Kontrollen des Kapitalverkehrs — gleichgültig welcher Art — feste Wechselkurse bei unterschiedlichen Inflationsraten auf die Dauer aufrechterhalten zu wollen, ist also in jeder Hinsicht ein Versuch mit untauglichen Mitteln.

277. Nehmen wir an, das Trendproblem sei durch die häufigere Anpassung von Paritäten gelöst, man wolle jedoch die kurzfristigen Kursschwankungen dadurch begrenzen, daß man ein enges Band beibehält, und würde, um trotzdem eine autonome Geld- und Kreditpolitik betreiben zu können, Kontrollen einführen, die verhindern sollen, daß zinsinduzierte Kapitalbewegungen diese Politik konterkarieren. Dann bestünde das Problem darin, die Kontrollen auf kurzfristige Kapitalbewegungen zu beschränken, den langfristigen autonomen Kapitalverkehr nicht zu behindern.

278. Dies dürfte jedoch allein aus anwendungstechnischen Gründen unmöglich sein, gleichgültig, ob man ein System der Marktspaltung anwendet oder das Arsenal der Maßnahmen, das § 23 AWG bereithält. Den Markt müßte man nämlich so spalten, daß alle die Grundbilanz betreffenden Transaktionen, also auch der langfristige Kapitalverkehr, zu festen, alle kurzfristigen Kapitalbewegungen hingegen zu flexiblen Kursen abgewickelt werden. Es ist schon nahezu ausgeschlossen, die Teilmärkte für Handelswährung und Finanzwährung gegeneinander abzuschotten: Bestünde zum Beispiel wegen höherer Zinsen im Inland die Neigung zu Kapitalimporten, so würde der freie Wechselkurs der Finanzwährung steigen. Jeder, der Kapital importieren will, ist dann versucht, die Devisen als Exporterlöse zu deklarieren und zum festen Kurs des Marktes für Handelswährung umzutauschen. Umgekehrt werden Warenimporteure versuchen, sich auf dem freien Markt mit Devisen einzudecken. Im einen Fall müßten also stets Belege für den Abschluß von Ausfuhrgeschäften vorgelegt werden, wenn Devisen am offiziellen Markt angeboten werden. Im anderen Fall wäre bei jedem Warenimport nachzuweisen, daß die Devisen am offiziellen Markt beschafft wurden. Damit nicht genug. Will man etwa auch Veränderungen der Vorauszahlungsfristen und Zahlungsziele (Terms of Payment), Unter- oder Überfakturierungen und Stornierungen fingierter Handelsgeschäfte verhindern, muß man den Vorgang des Imports und Exports sowie Zahlungsein- und Ausgänge, ja sogar die Preise überprüfen. Soll auch der langfristige Kapitalverkehr über den Markt mit festen Kursen abgewickelt werden, käme zu alledem noch hinzu, daß für jede Kapitalbewegung der Nachweis ihrer Fristigkeit erbracht werden müßte. Es kann also keine Rede davon sein, daß es „nur" um die Kontrolle kurzfristiger Kapitalbewegungen geht, auch wenn diese allein getroffen werden sollen.

Die Anwendungstechnik ist keineswegs einfacher, wenn man sich, statt den Markt zu spalten, des § 23 AWG und des Bardepots zur Abwehr kurzfristiger Kapitalzuflüsse bediente. Auch hier wäre es nicht damit getan, den kurzfristigen Kapitalverkehr zu überwachen, so schwer das schon sein dürfte. Vielmehr müßte auch sichergestellt sein, daß sich hinter irgendwelchen anderen Kapital- und Warentransaktionen keine kurzfristigen Kapitalimporte verbergen. Nicht umsonst versucht daher § 23, Transaktionen mit dem Ausland so vollständig wie möglich zu erfassen. Die Kosten, die Staat und Wirtschaft entstünden, würden also durch Kontrollen nicht einmal den anwendungstechnischen Erfolg garantieren.

279. Wiederholte Paritätsänderungen haben die Wechselkursillusion, soweit sie noch bestand, zerstört. Sie wird vorläufig auch unwiederbringlich sein, da die währungspolitische Neuordnung in

jedem Fall Paritätsänderungen eher erleichtern als erschweren soll. Das wird einen weit größeren Bedarf an Möglichkeiten der Kurssicherung mit sich bringen, welcher sich zu einem Teil als Bedarf an zusätzlichen internationalen Kreditbeziehungen zeigen wird. Auch dies sollte bedacht werden, wenn über den Grad an Flexibilität im neuen Weltwährungssystem entschieden wird und damit über die Chance, künftig ohne Kontrollen und Diskriminierungen des Kapitalverkehrs auszukommen.

280. Muß auch die abschließende Abwägung der Vor- und Nachteile verschiedener Modelle für die Reform des Weltwährungssystems dem politischen Entscheidungsprozeß überlassen bleiben, so ist doch zusammenfassend festzuhalten, daß die Chance für eine Neuordnung uns vertan erschiene, wenn nicht hinsichtlich der Breite der Kursbänder, der Regeln für Paritätsänderungen und des Zwanges, diese Regeln einzuhalten, ein mutiger Schritt getan wird. Die schweren Mängel des Systems von Bretton-Woods lassen sich nicht überwinden, wenn man bei der Reform die Bereitschaft der Länder zu stabilitätspolitischer Disziplin überschätzt und ihre Neigung zu desintegrierender Reglementierung des Kapitalverkehrs, notfalls auch des Handels, unterschätzt. Wer diese Skepsis teilt, wird für sehr knappe Sonderziehungsrechte, eine strenge Regelung für die Gewährung von Beistandskrediten, relativ häufige Paritätsanpassungen in kleinen Schritten nach straffen Regeln, ein auch für starke Unterschiede in den Konjunkturverläufen ausreichendes Band und Sanktionen bei Nichteinhaltung der Spielregeln eintreten; im Extremfalle ergäbe sich ein weites Band mit Anpassungsautomatik ohne nennenswerten Bedarf an internationalen Reserven. Das wäre eine Lösung, die dem unverfälschten weltweiten Floating sehr nahe käme. Hier verbänden sich viele Vorteile aus beiden Grundmodellen. Das System verschaffte den Ländern die konjunkturpolitische und stabilitätspolitische Autonomie, derer sie bedürfen, ohne doch inflatorische Übersteigerungen zu begünstigen. Der Bedarf an Solidarität wäre vergleichsweise gering, vor allem der Bedarf an eingebauter Solidarität, weil der Zwang zum gemeinsamen Geldwerttrend fehlte. Ergänzende Abreden über Solidaritätshilfen bei schweren inneren Krisen eines Landes erlaubten es, auch diesen Bedarf zu befriedigen.

Die europäische Seite: Weltwährungssystem und europäische Währungsunion

281. Die währungspolitischen Ereignisse des Jahres 1971 haben den für Mitte des Jahres geplanten ersten Schritt zu einer europäischen Währungsunion, die Verengung des interventionsfreien Kursbandes für Schwankungen der Kurse zwischen den Gemeinschaftswährungen, verzögert. An dem Plan, eine europäische Währungsunion zu schaffen, hat sich jedoch nichts geändert. Den Plan braucht auch nicht zu berühren, was die Bemühungen um eine Neuordnung des Weltwährungssystems an Ergebnissen bringen werden.

Im Prinzip gilt das, was zuvor über die Beziehungen der Welthandelsländer untereinander gesagt worden ist, auch für die Europäischen Gemeinschaften als Ganzes in ihrem Verhältnis zu den übrigen Ländern, und mit gewissen Einschränkungen gilt es auch für die Probleme innerhalb der Europäischen Gemeinschaften. Allerdings verlieren manche Fragen an Gewicht, sobald man von den Jahren des Übergangs absieht und den Erfolg der geplanten Gründung für gegeben nimmt.

282. Die Länder der erweiterten Europäischen Gemeinschaften werden, sind sie in einer Währungsunion aufs engste untereinander verbunden, einen Block bilden, der in seiner Wirtschaftskraft den Vereinigten Staaten kaum nachsteht. Das wird viele Länder, die nicht Mitgliedsländer sind, aber in engem Austauschverhältnis mit diesen stehen, veranlassen, ja zwingen, sich in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und in ihrer Wirtschaftspolitik stärker noch als bisher auf die Gemeinschaft auszurichten, ebenso wie andere Länder dies im Hinblick auf die Vereinigten Staaten getan haben oder tun werden. Man mag solche Blockbildung wünschen oder scheuen — mit großer Wahrscheinlichkeit werden die Abhängigkeiten in der Welt neu verteilt werden. Das berührt auch die währungspolitischen Probleme. Manche dieser Probleme, die sich jetzt noch als internationale Probleme stellen, werden dann — verschärft oder gemildert — zu internen Problemen der Gemeinschaft, andere werden gemeinschaftliche Außenprobleme mit verändertem Rang.

283. Die europäische Währungsunion wird eher Abhängige haben, als selbst abhängig sein. Das verändert vor allem das Problem der stabilitätspolitischen Autonomie. So wenig heute die Vereinigten Staaten hinsichtlich der Geldwertstabilität in vergleichbarem Maße vom Ausland abhängig sind wie etwa die Bundesrepublik, so wenig wird das künftig für die europäische Währungsunion gelten, einmal weil der Außenhandel für die Union als ganzes ein viel geringeres Gewicht haben wird als heute der Außenhandel für jedes einzelne Land, zum anderen weil die Anzahl der Länder zunehmen wird, die sich in ihrer Stabilitätspolitik dem Kurs der Gemeinschaft anschließen.

Ähnliches gilt für die Probleme der internationalen Solidarität in Währungsfragen. Es ist zu erwarten, daß viele dieser Probleme sich zu Problemen der Gruppensolidarität innerhalb der Blöcke wandeln; denn Solidarbeziehungen pflegen den Abhängigkeitsbeziehungen zu folgen.

Nicht das gleiche gilt für die Probleme einer autonomen Geld- und Kreditpolitik. Wahrt die Gemeinschaft die Freiheit des internationalen Kapitalverkehrs, so wird sie sich bei festen Wechselkursen trotz der erlangten Machtstellung vor mobilem Kapital aus der übrigen Welt nicht ohne Kontrollen schützen können, wenn sie aus inneren Gründen höhere Zinssätze wünschen muß, als sie draußen gelten.

284. Dies sind Gründe, die den Konflikt entschärfen könnten, der nach wie vor die Diskussion um das Maß an Kursflexibilität kennzeichnet, das die neue Währungsordnung schaffen soll. Die Forderung nach weltweit festen Wechselkursen verliert an Dringlichkeit, wenn die meisten der Länder, die den engen Verbund eines Festkurssystems überwiegend vorteilhaft finden können, sich ohnehin separieren, indem sie eine Währungsunion bilden. Zugunsten beweglicher Außenkurse der Gemeinschaftswährungen fällt auch ins Gewicht, daß dann aufgestaute Ungleichgewichte in den Beziehungen zwischen den Blöcken eher vermieden werden können als bei festen Wechselkursen, Ungleichgewichte, die leicht zu Machtproben führen, wenn man zum Gleichgewicht zurückfinden muß und jeder die Anpassungslasten dem anderen zuschieben will.

Schwerer wiegen die Probleme, die eine europäische Währungsunion im Innenverhältnis aufwirft. Trotz ihrer engen wirtschaftlichen Verflechtung sind sich die Länder der Europäischen Gemeinschaften in ihren wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen noch nicht so nahe gekommen, daß es ohne größere Anstrengungen möglich wäre, ihnen ihre Autonomie in der Konjunkturpolitik und der Geldwertpolitik vollständig zu nehmen. Daß diese Autonomie aufgegeben werden muß, gehört zum Wesen einer Währungsunion. Der formale Souveränitätsverzicht nationaler Instanzen, der nach und nach nötig sein wird, ist es nicht mehr, der die Diskussion vor allem bestimmt. Hemmend wirkt der tatsächliche Mangel an Übereinstimmung in der Rangordnung der wirtschaftspolitischen Ziele.

In der Bundesrepublik gelten hoher Beschäftigungsstand, Stabilität des Preisniveaus, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und wirtschaftliches Wachstum als gleichrangige Ziele, und die stabilitätspolitischen Anstrengungen weisen trotz vieler Rückschläge aus, daß diese Gleichrangigkeit auch die Politik bestimmt. In anderen Ländern ist stärker umstritten, ob das Ziel der Geldwertstabilität den gleichen Rang verdient wie etwa Vollbeschäftigung und wirtschaftliches Wachstum. Es ist zwar nicht ausgemacht, wie stark die Bundesrepublik durch ihr wirtschaftliches Gewicht den Geldwerttrend in einer europäischen Währungsunion mitbestimmen kann, doch es gilt heute allgemein als offensichtlich, daß sie in eine europäische Währungsunion nicht mit der Vorstellung eintreten kann, ihre Partner in der Union wären bereit und in der Lage, der Geldwertstabilität den gleichen Rang zu geben wie sie, und zwar nicht nur dem Bekenntnis nach, sondern auch in der Tat. Die Hinnahme einer Geldentwertungsrate, wie sie in der Bundesrepublik bisher als Zeichen schweren Versagens der Wirtschaftspolitik gegolten hat, wird als Preis der europäischen Option genannt. Ob dieser Preis gezahlt werden soll, ist eine politische Entscheidung. Da die Sachzusammenhänge klar sind und auch nicht mehr umstritten, kann der Sachverständigenrat die Urteilsbildung hierzu nicht weiter erleichtern. Doch gibt es einige Grundprobleme des Weges zu einer Währungsunion, die gegenwärtig in den Vordergrund getreten sind.

285. Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, daß der geplante erste Schritt zu einer Währungsunion, die Verengung des Bandes für Wechselkursschwankungen im Innenverhältnis der Gemeinschaftswährungen, vollzogen und zugleich die Gemeinschaft durch mehr Kursflexibilität nach außen hin abgesichert werden sollte. Die Funktionsweise eines solchen Splitting in der Interventionspflicht der Notenbanken dürfte keine schwerwiegenden Probleme aufwerfen. Zuweilen erhofft man sich jedoch von einer solchen Kombination — breites Kursband nach außen, enges nach innen — mehr Abhilfe für die außenwirtschaftlichen Probleme, als berechtigt erscheint. Kursflexibilität nach außen im breiten Band bringt eine Abschirmung gegenüber dem Liquiditätsreichtum in Drittländern, insbesondere dem Dollarraum. Diese Abschirmung könnte jedoch von Anfang an nur gemeinschaftlich genutzt werden. Verfolgt etwa ein Land der Gemeinschaft eine Hochzinspolitik, so strömt Kapital sowohl aus den Partnerländern als auch aus Drittländern zu, soweit deren Zinsen niedriger sind. Erzwingen die Kapitalzuflüsse aus den Partnerländern wegen der bestehenden Interventionspflicht an den Grenzen des engen Bandes nicht schon eine Senkung des hohen Zinses — das heißt lassen die Partnerländer die durch Abflüsse bewirkte Anspannung ihres Geldmarktes und damit einen Zinsanstieg bei sich zu —, so wird das enge Band im Rahmen des breiten Bandes in Richtung auf den oberen Rand gedrängt. Das Ergebnis wäre ein gemeinsames Zinsniveau, das dem Ausgangszins des Landes mit Hochzinspolitik nahekommt. Dazu bedürfte es freilich der Kooperation der Partnerländer.

Eine Niedrigzinspolitik kann schon ein einzelnes Land seinen Partnerländern aufzwingen, da deren Notenbanken Liquidität von ihm in beliebiger Menge aufnehmen müssen. Drängt auch Kapital nach außen, wird das enge Band in Richtung auf die untere Grenze des weiten Bandes verschoben. Der Autonomiespielraum für die Zinspolitik eines einzelnen Landes wird demnach letztlich durch das enge Band innerhalb der Gemeinschaft und nicht durch das weite Band gegenüber Drittländern bestimmt. Stabilitätspolitisch kann das weite Band also nur durch gemeinsames Handeln genutzt werden.

286. Schon frühzeitig drängten die Partner in den Europäischen Gemeinschaften auf Verabredungen, die ein gemeinschaftliches Intervenieren gegenüber Drittländerwährungen nicht nur der Richtung und dem Ausmaß, sondern auch der Art der Maßnahmen nach sichern sollen. Da eine Entscheidung zugunsten größerer Kursflexibilität nach außen noch nicht gefallen ist und auch nicht von allen Partnern der Europäischen Gemeinschaften gewünscht wird, soll die Harmonisierung der nötigen Absicherungsmaßnahmen — ganz der fatalen Logik des Festkurssystems entsprechend (Ziffer 251) — in der Form von Beschränkungen des Kapitalverkehrs gesucht werden. Solange die volle Harmonisierung dieses Dirigismus nicht gelingt — und damit wohl für lange Zeit —, müßten alle Eingriffe in den Kapitalverkehr auch für Kapitalbewegungen zwischen den Gemeinschaftsländern gelten.

287. Hier ist ein Blick auf die Vorstellungen notwendig, um die es in der Diskussion über den Prozeß geht, der zu einer voll ausgebildeten europäischen Wirtschafts- und Währungsunion führen soll.

Die eine Auffassung ist:

Die Währungsunion ist das Ergebnis einer allmählichen Harmonisierung der Zielvorstellungen in der Gemeinschaft und — ihr folgend — einer Harmonisierung der Politik. Ein Fortgang der Wirtschaftsverflechtung unter den institutionellen Bedingungen, die bislang galten, erzwingt die Harmonisierung der Zielvorstellungen zwar nicht, begünstigt sie jedoch und fordert auch die allmähliche Angleichung aller wichtigen Bereiche der Wirtschafts- und Finanzpolitik. In dem Maße, wie die Gemeinschaftsländer hierin Erfolg haben, werden sich auch die Währungsrelationen zwischen ihnen stabilisieren und Paritätsänderungen werden sich erübrigen. Die Proklamation einer Währungsunion wäre schließlich nur der formelle Vollzug dessen, was schon Wirklichkeit geworden ist. Wechselkursflexibilität auf dem Wege dahin würde den wirtschaftlichen Austausch zwischen den Ländern intensivieren, den Prozeß der funktionellen Integration also, auf den es letztlich allein ankommt, beschleunigen. Sie hält diesen Austausch von Verzerrungen frei, weil sie Zielkonflikte zwischen den Ländern neutralisiert, das Auf und Ab außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte vermeidet, vor allem auch abrupte Wechselkursänderungen, die schwere Störungen in den Austausch zwischen eng verbundenen Wirtschaftsräumen bringen. All dies würde sich schon bald, zumindest viel früher erreichen lassen, als eine der Wirtschaft aufgezwungene Währungsunion institutioneller Art es versprechen könnte, die warten lassen müßte auf die Zeit, in der sie ein Erfolg ist, das heißt in der sie all die schwierigen Probleme der Harmonisierung überwunden hat, welche ihre Chancen belasten, weil den Ländern an Individualität schon genommen werden soll, was sie noch behalten möchten. Die vielfach geforderte „Harmonisierung all überall", erweist sich überdies als unbegründet, wenn man erkennt, daß in manchen Bereichen der Mangel an Harmonisierung nur zum Problem wird, weil starre Institutionen, etwa das System fester Wechselkurse, der Pluralität der europäischen Länder nicht gerecht werden.

Die andere Auffassung ist:

Die Entstehung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion kann nicht dem täglichen Plebiszit der Wirtschaftspolitik in zehn Staaten anvertraut werden. Gibt es den Willen zu einer Wirtschafts- und Währungsunion, so ist eine Entscheidung nötig, die wichtige Bedingungen für das Handeln der nationalen Wirtschaftspolitiken, aber auch aller einzelnen, unwiderruflich so verändert, daß eigenes Interesse allen gebietet, nach Möglichkeiten zu suchen, den vollen Satz der Funktionsbedingungen einer Währungsunion rasch zu schaffen. Auf vielfältigsten Gebieten eine Harmonisierung der Politik zu vollbringen, Solidarität zu zeigen, wo bisher nationales Interesse gebot, wird ganz außerordentliche Anstrengungen erfordern. Es wird zu Stockungen kommen und zu Rückschlägen; Interessengegensätze werden offengelegt werden, wo sie bisher verdeckt waren. Niemand kann erwarten, daß dies Werk gelingt, ohne die Dynamik eines Prozesses, in dem jeder Beteiligte weiß, daß ein Rückfall in nationale Egoismen kein Ausweg ist, sondern nur das Drängen nach vorn helfen kann, das „do ut des" des Kompromisses wohl, auch die Unvollkommenheiten vieler Zwischenlösungen, doch immer nur dann, wenn sie das ganze wenigstens einen Schritt weiter voran bringen. Als eine wirtschaftspolitische Entscheidung von diesem Rang kann es gelten, die Währungsparitäten zwischen den Gemeinschaftsländern ohne jeden Vorbehalt endgültig zu fixieren und auch das Band für kurzfristige Schwankungen der Kurse alsbald zu verringern. Damit wäre den Ländern ihre Autonomie in der Konjunkturpolitik, soweit sie Geld- und Kreditpolitik ist, sowie die Autonomie in der Geldwertentwicklung, genommen. Einzuräumen ist, daß keine Erfahrung lehrt, daß sie schon entbehrlich ist. Die Autonomie ist jedoch ohnehin gering geworden. Ein offenes Bekenntnis zum Verlust der Autonomie würde Klarheit schaffen und viele Kräfte von ihrer Fixierung auf die Reste nationaler Autonomie lösen, sie freisetzen und hinlenken zu der Aufgabe, das gemeinschaftlich Mögliche zu versuchen. Ist die Ohnmacht nationaler Geldpolitik offenkundig geworden und gewollt, und zwar nicht als beklagtes Beiwerk, sondern als strategisches Mittel der Politik, so wird man sehen, daß es ohne Harmonisierung wichtiger Politikbereiche gar nicht mehr geht, und also wird die Harmonisierung vorankommen — und nur so. Keine Erfahrung der Vergangenheit, in der es die Möglichkeit der kurzfristig oft einfacheren nationalen Lösung von Problemen noch gab, kann diese Hoffnung dementieren, ausgenommen vielleicht die Erfahrung der europäischen Agrarpolitik, die von der gleichen Hoffnung aus begonnen wurde. — Kurz: Man wird ein Haus wohl in Dezennien nicht bauen, wenn man nur gelegentlich Stein auf Stein setzen möchte, je nachdem, wann die Forderungen des Tages hierfür Muße lassen, sondern nur, wenn man bereit ist, sich eine Zeitlang im ganzen daran messen zu lassen, wie viele Steine gesetzt sind, und wenn Klagen über die Unordnung der Baustelle und der Anblick des Unfertigen den Mut nicht ersticken. Dies nicht wollen, heißt den Bau nicht wollen.

Der Sachverständigenrat ist einmütig darin, daß sich beide Auffassungen mit Überzeugungskraft vertreten lassen. Die Entscheidung über sie ist eine Entscheidung über Ziele und Strategie der Politik.

Beiden Auffassungen ist eigen, daß zu den währungspolitischen Grundlagen des Integrationsprozesses in Europa die Freiheit des Kapitalverkehrs gehören muß.

Bei größerer Wechselkursflexibilität (auch innerhalb eines Bandes) hat der freie Kapitalverkehr — neben anderem — die wichtige Funktion des Marktaus-

gleichs, und zwar nicht nur zwischen den Devisenmärkten verschiedener Länder, sondern auch zwischen den Märkten für verschiedene Fristen (Terminmärkte); es muß gewährleistet sein, daß die größere Stabilität mittelfristiger Kurserwartungen durch Arbitragetransaktionen auf die Kursbildung am Kassamarkt und an den kurzfristigen Terminmärkten einwirken kann.

Auch bei festen Kursrelationen zwischen den Gemeinschaftswährungen gehört der freie Kapitalverkehr zum Modell des Integrationsprozesses. Er ist es, der die Unabhängigkeit der nationalen Geld- und Kreditpolitik aufhebt und auf diese Weise die ganze Dynamik unausweichlicher Harmonisierungszwänge in Gang setzt. Dies muß gewollt sein; andernfalls hätte weder eine Festschreibung der Wechselkurse noch die geplante Verengung der Bandbreiten einen erkennbaren Sinn.

288. Aus diesen Gründen wäre es schwer verständlich, wenn eine Bekräftigung des Plans, eine europäische Währungsunion zu schaffen, mit der Entscheidung für eine außenwirtschaftliche Absicherung der Europäischen Gemeinschaften zusammenträfe, die den Kapitalverkehr auch zwischen den Gemeinschaftsländern zunächst einmal weiter beschränkte. Eine Währungsunion wird sich für den Einzelnen von dem gegenwärtigen Stand der Integration im wesentlichen durch nichts anderes unterscheiden als durch die Abwesenheit von Konvertibilitätsbeschränkungen im weitesten Sinne (und die Sicherheit, daß es auch künftig keine Konvertibilitätsbeschränkungen geben wird). Jede Beschränkung des Kapitalverkehrs mit Wirkung auch für den Verkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaften ist daher ein Schritt fort von der Währungsunion.

Weniger Unabhängigkeit durch Verengung des Bandes — mehr Unabhängigkeit durch Beschränkungen des Kapitalverkehrs, das wäre überdies ein Weg, der zu neuen protektionistischen Eigenwilligkeiten der Gemeinschaftsländer einlüde. Denn wie erwähnt, sind Beschränkungen des Kapitalverkehrs — anders als Kursflexibilität — eine Form der Autonomiesicherung, die, ihrer dirigistischen Art wegen, protektionistische Praktiken am ehesten zu verbergen erlaubt.

Für eine marktgerechte Kurssicherung

289. In der Exportwirtschaft haben sich die Klagen verschärft, daß es angesichts der währungspolitischen Ereignisse dieses Jahres und der Höherbewertung der D-Mark, die mit ihnen einherging, immer schwieriger werde, Exportkontrakte auf D-Mark-Basis abzuschließen und, daß zur Aufwertung des Kassakurses noch die Last hoher Kurssicherungskosten hinzukomme. Überdies sei es nicht immer möglich, Kurssicherungsgeschäfte überhaupt abzuschließen, wenn es um Terminforderungen aus dem langfristigen Anlagenexport gehe, obwohl das Bedürfnis an Kurssicherungsmöglichkeiten gerade hierfür besonders dringend sei.

In der Tat ist auf der nationalen Seite der gegenwärtigen währungspolitischen Situation das Problem der Kurssicherung von Gewicht. Es lösen, heißt für währungspolitische Handlungsfähigkeit nach außen sorgen und die Wirtschaft unabhängiger machen vom Ergebnis der internationalen Reformbemühungen.

In der Vergangenheit hat die Wechselkursillusion vielfach zum Verzicht auf Kurssicherungsgeschäfte verleitet. Sie ist des öfteren durch abrupte Paritätsänderungen enttäuscht worden. Die Erfahrung lehrt sogar, daß ein Exportgeschäft, das auf Fremdwährung lautet, aber kursgesichert ist, mehr Sicherheit bietet als ein Kontrakt auf D-Mark-Basis; denn der Kaufpreis muß nicht selten zur Diskussion gestellt werden, wenn der Partner bei überraschenden Wechselkursänderungen Schadensteilung verlangt.

290. Eine Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages legt den Schluß nahe, daß die Unternehmer in ihrer Mehrheit heute nicht mehr auf das herkömmliche System der Festkurse mit seinen einschneidenden Paritätsänderungen von Fall zu Fall setzen, sondern auf eine flexiblere Paritätsanpassung in kleinen Schritten und nicht selten überhaupt auf flexible Kurse. Sie sehen großenteils, daß dadurch die Risiken der Absatzkalkulation, der Produktions- und Investitionsentscheidungen eher sinken, die Chancen für eine an echten Marktdaten orientierte Geschäftspolitik zunehmen würden und daß Strukturverzerrungen und die Gefahren einer Lohnexplosion nach importierter Inflation besser vermieden werden könnten. Durchweg wird jedoch verlangt, daß bei einem Übergang zu mehr Wechselkursflexibilität Exporteuren wie Importeuren ausreichende Möglichkeiten der Kurssicherung geboten werden.

291. Das Problem einer marktgerechten Kurssicherung fällt zusammen mit dem Problem, funktionsfähige Devisenterminmärkte zu schaffen, an denen man im Prinzip für jeden gewünschten künftigen Termin jeden gewünschten Betrag an Devisen zu einem heute vereinbarten Kurs kaufen oder verkaufen kann.

Falsch wäre es hingegen, das Wechselkursrisiko mit den Risiken zu vergleichen, die üblicherweise Gegenstand von Versicherungsverträgen sind. Denn die Änderung eines Wechselkurses ist Risiko für den einen, Chance für den anderen und umgekehrt. Dies ist der Grund dafür, daß es Formen der Kurssicherung gibt, die volkswirtschaftlich keine Kosten verursachen, von geringen Transaktionskosten abgesehen.

292. Ein Exporteur, der mit einem Warenverkauf die Gewährung eines Fremdwährungskredits verbindet (Zielverkauf, fakturiert in Auslandswährung) und der sich hinsichtlich des D-Mark-Gegenwerts seiner Forderung nicht als Spekulant verhalten, sondern Sicherheit hinsichtlich dieses Gegenwerts haben will, kann auf dreierlei Marktpartner hoffen:

— Importeure, die ein entgegengesetztes Kurssicherungsinteresse haben;

— Spekulanten, also alle, die bereit sind eine offene Valutaposition per Termin zu übernehmen;

— Zinsarbitrageure, die ein entgegengesetztes Kurssicherungsinteresse haben.

293. Zum bloßen Clearingproblem wird die Kurssicherung, wenn es gilt, Exporteure und Importeure zusammenzuführen, die Valutaforderungen und Valutaverbindlichkeiten etwa gleicher Höhe und Fristigkeit haben und Kurssicherung suchen. Aus zwei Gründen kann jedoch nicht damit gerechnet werden, daß sich auf diese einfache Weise das Bedürfnis an Kurssicherung voll befriedigen läßt.

— In einem Land wie der Bundesrepublik, das in großem Umfang Investitionsgüter exportiert, sind die Zahlungsziele, die bei Ausfuhrgeschäften gewährt werden müssen, im Durchschnitt länger als die Zahlungsziele, die bei Einfuhrgeschäften in Anspruch genommen werden. Zudem sind die Ausfuhren größer als die Einfuhren.

— Da die D-Mark seit vielen Jahren nie unter Abwertungsverdacht, hingegen oft und anhaltend unter Aufwertungsverdacht gestanden hat, erscheint den Exporteuren die Kurssicherung dringlicher als den Importeuren. Diese werden durch eine Aufwertungserwartung leicht dazu verleitet, sich hinsichtlich ihrer Terminverbindlichkeiten als Spekulanten zu verhalten, das heißt auf eine Kurssicherung zu verzichten, solange der Aufschlag beim Terminkauf der später benötigten Fremdwährung gering ist. Erst bei einem Terminaufschlag auf die D-Mark, den vorläufig nur wenige Exporteure hinzunehmen bereit sind, lassen sie sich als Kurssicherungspartner gewinnen.

— Ungewiß ist auch, bei welchem Kurs Spekulanten ein etwaiges Überangebot an Termindevisen aufnehmen werden. Ein Gewinn kann sich der Spekulant als Nachfrager am Terminmarkt nur versprechen, wenn der Terminkurs unter den von ihm erwarteten künftigen Kassakurs fällt.

294. Von größter Bedeutung ist daher, daß gesicherte Zinsarbitrage in die Lücke eintreten kann, die von Importeuren und Spekulanten offengelassen wird: Der Exporteur erhält, von seiner Bank etwa, das Versprechen, daß ihm sein Verkaufserlös bei Fälligkeit zu einem heute fest vereinbarten Kurs in D-Mark umgetauscht wird. Zugleich nimmt die Bank einen Fremdwährungskredit gleicher Fristigkeit auf, bietet den geliehenen Betrag am Kassamarkt an und sucht für den D-Mark-Gegenwert im Inland eine zinstragende Anlage. Zum vereinbarten Termin erhält der ausländische Kreditgeber den Valutaerlös des Exporteurs, dieser die frei gewordene D-Mark-Anlage der Bank. Als „Kosten" der Kurssicherung, das heißt als Abschlag auf die Terminforderung, muß die Bank dem Exporteur (außer den geringen Transaktionskosten) in Rechnung stellen, was sie im Ausland mehr an Zinsen zu zahlen hatte, als sie im Inland erhielt. Sie kann ihm eine Prämie gewähren, wenn die Zinserträge im Inland höher waren als die Zinskosten im Ausland. Auf diese Weise bestimmen die internationalen Zinsdifferenzen die Unterschiede zwischen Kassakurs und Terminkursen (Swapsätze) für alle Fristen, solange die gesicherte Zinsarbitrage, die schon bei kleinen Abweichungen zwischen Zinsdifferenzen und Swapsätzen für die Banken lukrativ ist, nicht behindert wird.

Das soll nicht besagen, daß sich die Terminkurse allein von den Kassakursen her entsprechend den Swapsätzen bilden.

— *Spekulative Terminkäufe und Terminverkäufe sorgen dafür, daß die Terminkurse sich den Kursen nähern, die als künftige Kassakurse überwiegend erwartet werden.*

— *Die gesicherte Zinsarbitrage sorgt dafür, daß die Terminabschläge (Deports) beziehungsweise Terminzuschläge (Reports) den internationalen Zinsdifferenzen entsprechen.*

— *Je sicherer für einen bestimmten Termin ein bestimmter Kurs als künftiger Kassakurs erwartet wird, desto mehr wird dies den entsprechenden Terminkurs bestimmen und sich aus diesem Terminkurs durch Abschläge oder Zuschläge, die den Zinsdifferenzen entsprechen, der heutige Kassakurs (und die Struktur der übrigen Terminkurse) herleiten.*

— *Je unsicherer die Erwartungen hinsichtlich der künftigen Kassakurse sind, desto mehr werden die aktuellen Marktbedingungen den heutigen Kassakurs bestimmen und sich aus diesem Kassakurs durch Terminabschläge oder Terminzuschläge, die den Zinsdifferenzen entsprechen, die Terminkurse herleiten.*

295. Am Zusammenhang zwischen internationalen Zinsdifferenzen und Swapsätzen wird deutlich: Der Kern einer marktgerechten Kurssicherung besteht darin, daß den Exporteuren ermöglicht wird, bei der Kreditierung von Exporterlösen mit Zinssätzen zu kalkulieren, wie sie in dem Land gelten, in dessen Währung die Lieferung fakturiert wird. Umgekehrt bedeutet eine marktgerechte Kurssicherung für den Importeur nichts anderes, als daß er Lieferantenkredite zu Zinssätzen in Anspruch nehmen kann, wie sie im Inland gelten.

Die Zinssätze im Ausland mögen einmal über, einmal unter den inländischen liegen. Je nachdem werden sich einmal Exporteure, einmal Importeure, aus dem Verkauf beziehungsweise Kauf von Termindevisen „Kosten" oder „Gewinne" der Kurssicherung errechnen. In jedem Falle werden sie unter den gleichen Bedingungen am Markt sein wie die Wettbewerber anderer Länder, die in der gleichen Währung Verträge schließen wollen und ebenfalls eine Kurssicherung suchen müssen, wenn sie sich nicht als Spekulanten verhalten wollen.

Es kann auch vorkommen, daß die Währung eines Landes ständig unter Aufwertungserwartung steht, am Markt also mit Terminaufschlägen gehandelt wird. Dies könnte letztlich nur Ausdruck dessen sein, daß das Land in der Stabilitätspolitik erfolgreicher ist als die anderen. Dann wird es aber im Prinzip ebenso beständig auch niedrigere Zinsen haben, als sie im Ausland gelten, und seine Exporteure hätten zwar stets mit „Kosten" der Kurssicherung zu rechnen, diese wären jedoch nicht höher

als der Zinsvorteil, den sie gegenüber ausländischen Wettbewerbern haben und den der Terminaufschlag für ihre Währung nur ausgleicht. Anders gesehen: Die Last der marktgerechten Kurssicherungskosten ist erwünscht. Sie ist identisch mit dem Zwang, in der Exportkalkulation künftige Devisenerlöse nicht mit einem höheren DM-Wert zu veranschlagen, als sie ihn bei Fälligkeit vermutlich haben werden. Wechselkursillusion verleitet dazu, diesen Grundsatz zu vernachlässigen.

296. Unternehmen, die sowohl im Export als auch im Import engagiert sind oder die Zugang zu ausländischen Kreditmärkten haben, können versuchen, ihre offenen Valutapositionen dadurch gering zu halten, daß sie die Kurssicherung gleichsam intern besorgen. Für den größten Teil der am Außenhandel beteiligten Unternehmen wird das jedoch kaum möglich sein.

297. Soll der nicht durch Clearing zu befriedigende Kurssicherungsbedarf in der ebenso einfachen wie marktgerechten Form der gesicherten Zinsarbitrage der Banken befriedigt werden, so muß der internationale Kapitalverkehr im Idealfall von Beschränkungen völlig frei sein. Andernfalls kommt es nicht zu der erwünschten Angleichung von Zinsdifferenzen und Swapsätzen, ja nicht einmal dazu, daß Terminmärkte für längere Fristen überhaupt entstehen. Schon die bloße Befürchtung künftiger Konvertibilitätsbeschränkungen kann dies verhindern, weil es unsicher scheint, ob ein Terminkontrakt auch wirklich erfüllt werden kann.

298. Konvertibilitätsbeschränkungen und diskriminierende Praktiken, die den internationalen Kapitalverkehr behindern, gibt es in großer Anzahl. Wie erwähnt (Ziffer 259) könnten sich solche Maßnahmen zwar mehr und mehr als unnötig erweisen, wenn man bei flexiblen Kursen bliebe oder zumindest zu einem System überginge, das den Wechselkursen größere Beweglichkeit — gegebenenfalls innerhalb eines breiteren Bandes — einräumt. Vorerst sind jedoch in vielen Ländern Bemühungen vorherrschend, die Kontrolle über internationale Kapitalbewegungen noch weiter auszubauen.

Die Bundesrepublik bildet hier keine strenge Ausnahme mehr. Das Verzinsungsverbot für Auslandseinlagen und diskriminierende Mindestreservevorschriften machen es den Banken schwer, ja unmöglich, ihren Kunden eine marktgerechte Kurssicherung auf der Basis gesicherter Zinsarbitrage anzubieten.

Auch das geplante Bardepotgesetz läuft den Erfordernissen der Kurssicherung zuwider; es soll in Zeiten einer Hochzinspolitik der Bundesbank erlauben, Auslandskredite so zu verteuern, daß der Anreiz zur Verschuldung im Ausland wegfällt; dann kann der Kapitalverkehr eine Angleichung von Zinsdifferenzen und Swapsätzen nicht mehr herbeiführen. Durch die Vorschrift des Artikels 1 können zwar Fremdwährungskredite, die „in unmittelbarem Zusammenhang mit der handelsüblichen Abwicklung von Waren- und Dienstleistungsgeschäften" stehen, von der möglichen Bardepotpflicht ausgenommen werden. Da sich jedoch Kreditbeziehungen, die auf einem Kurssicherungsinteresse beruhen, kaum von einem Finanzkredit werden trennen lassen — zumindest nicht ohne administrative Willkür — muß entweder das Gesetz im ganzen oder aber seine Ausnahmeklausel praktisch als unwirksam gelten.

299. Offenbar lähmt die Vermehrung der Konvertibilitätsbeschränkungen alle Bemühungen, die sich auf eine Förderung marktgerechter Kurssicherung richten und begünstigt das Drängen nach Lösungen, die letztlich dem Staat eine Ausfallgarantie abverlangen. Wird dem Verlangen nach „billigerer" Kurssicherung nachgegeben, so kann dies nur bedeuten, daß im Falle stärkerer Wechselkursänderungen Wertverluste bei Auslandsforderungen sozialisiert werden, Wertverluste also, die die Exporteure einkalkulieren sollten und die sie unter marktgerechten Bedingungen der Kurssicherung auch einkalkulieren können.

300. Gleichwohl beabsichtigt die Bundesregierung — nicht zuletzt im Hinblick auf einen von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften vorgelegten Richtlinienvorschlag — der Exportwirtschaft eine Kurssicherung als Risikoversicherung anzubieten. Eine staatliche Exportkreditversicherung soll das Wechselkursrisiko solcher Kontrakte in Auslandswährung absichern, die wegen ihrer langen Laufzeiten (mehr als zwei Jahre) gegenwärtig in der Regel nicht am Devisenmarkt abzusichern sind. Die Prämien werden mit 0,8 bis ein Prozent p. a. veranschlagt und sollen auf längere Sicht kostendeckend sein. Inwieweit das Wechselkursrisiko während der ersten beiden Jahre der Gesamtlaufzeit des Exportgeschäftes berücksichtigt werden soll, ist noch nicht geklärt. Offensichtlich ist geplant, die Wechselkursversicherung zum gleichen Zeitpunkt zu schaffen wie die Ermächtigung zum Erlaß einer Bardepotpflicht, damit man den Anwendungsproblemen der erwähnten Ausnahmeklausel (Ziffer 298) des Bardepot-Gesetzes ausweichen kann.

301. Soll das Risiko einer staatlichen Ausfallgarantie bei der Versicherungslösung, wie sie der Gesetzentwurf der Bundesregierung vorsieht, in Grenzen und zugleich die Kurssicherung billig bleiben, so müßte sich das Kursrisiko der Größenordnung nach überschauen lassen. Das ist für längere Fristen jedoch nicht möglich. Sicher dürfte allerdings dies sein: Eine Kurssicherungsprämie von ein Prozent je Jahr oder gar noch weniger wird entweder für den Bund jedes Jahr hohe zusätzliche Belastungen bringen, oder die Regierung müßte dafür sorgen, daß die Bundesrepublik künftig mit dem Inflationstempo in der Welt einigermaßen Schritt hält, so daß eine stärkere Höherbewertung der D-Mark als um jährlich ein Prozent nicht nötig wird.

Demgegenüber setzt eine marktgerechte Kurssicherung nicht voraus, daß irgendeiner der Beteiligten eine klare Vorstellung darüber hat, welches der Kassakurs zu dem Zeitpunkt sein wird, für den die Kurssicherung gesucht wird. Voraussetzung ist allein, daß sich Partner mit ent-

gegengesetzten Kurssicherungsinteressen finden, seien es Exporteur und Importeur oder Exporteur und Zinsarbitrageur, und daß sie sich auf einen Terminkurs einigen, bei dem beide auf Risiko und Chance einer offenen Valutaposition verzichten wollen. Gibt es funktionsfähige Terminmärkte, so wird dieser Kurs sich, es sei wiederholt, um nicht mehr und nicht weniger vom Kassakurs unterscheiden, als der Differenz der Zinssätze für gleiche Fristen zwischen der Bundesrepublik und dem Land der Kontraktwährung entspricht.

302. Die Idee einer Kurssicherung zu festen Prämiensätzen muß als ein Kind des Dirigismus gelten, der auf den internationalen Kapitalmärkten herrscht, und es ist zu befürchten, daß sie, wie andere Formen des Dirigismus auch, binnen kurzem weitere Eingriffe in den freien Kapitalverkehr „nötig" erscheinen lassen wird. Denn eine Kursversicherung, die nennenswert billiger ist als die Absicherung am Terminmarkt, wird zu einer Verlängerung der mit Exportgeschäften verbundenen Fremdwährungskredite führen, ja sie ist geradezu eine Einladung an Ausländer, sich auf diese Weise unter Mithilfe des Exporteurs zinsgünstige Kredite zu beschaffen. Nur neue Kontrollen könnten das verhindern. Geschieht das nicht, so stellt sich vom Exporteur her gesehen eine verbilligte Kurssicherung als eine neue Form der Exportsubventionierung dar.

Schwerer wiegt das Argument, daß im Ausland viel stärker als in der Bundesrepublik über verbilligte Kredite Exportförderung betrieben werde. Es war bisher jedoch nicht Prinzip der deutschen Außenwirtschaftspolitik, sich einem internationalen Wettbewerb der Subventionierung anzuschließen, sondern vielmehr, sich ihm entgegenzustellen — nicht zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft und auch nicht zum Schaden des deutschen Exports.

303. Aus diesen Gründen werben wir für den Standpunkt, daß nicht eine subventionistische Lösung des Kurssicherungsproblems gesucht wird, sondern eine marktgerechte. Da dies den Aufbau funktionsfähiger Devisenterminmärkte bedingen würde, müßte die Bundesrepublik sich dafür entscheiden, alle Konvertibilitätsbeschränkungen für die D-Mark selbst dann abzubauen und nach Möglichkeit für die Zukunft auszuschließen, wenn im Ausland die Neigung zu mehr Kontrollen vorläufig anhält.

304. In Anhörungen hat der Sachverständigenrat das Vertrauen gewonnen, daß für Exportkredite, die über Fristen bis zu etwa vier Jahren laufen und auf eine der wichtigen Welthandelswährungen lauten, eine marktgerechte Kurssicherung in ausreichendem Umfange von den Banken schon bald angeboten werden könnte. Hierfür würde es ausreichen, wenn von deutscher Seite jegliche Diskriminierung des internationalen Kapitalverkehrs aufgehoben wird. Für den größten Teil derjenigen Exportkontrakte, für die sich heute Schwierigkeiten in der Kurssicherung ergeben, dürfte das schon genügen.

305. Weniger einfach ist die Kurssicherung für langfristige Termine. Hier können die Banken, wenn sie ihrem Kunden keinen Importeur als Kurssicherungspartner zu vermitteln vermögen, nicht auf die eingespielten Kreditbeziehungen im Interbankenverkehr zurückgreifen, wenn sie sich selbst durch ein Zinsarbitragegeschäft das dem Exporteur entgegengesetzte Kurssicherungsinteresse verschaffen wollen. In diesen Fällen müßten für den Spitzenausgleich die ausländischen Märkte für längerfristige fungible Titel in Anspruch genommen werden. Dabei sind zum Teil schwerwiegende Konvertibilitätsbeschränkungen zu überwinden. Gleichwohl ist auch heute schon das Volumen längerfristiger Portfoliotransaktionen im internationalen Verkehr nicht gering (Ziffer 128). Viel käme darauf an, diese Kapitalströme, die rasch zunehmen, zumindest zum Teil als Basis vielfältigerer Kurssicherungsmöglichkeiten an längerfristigen Terminmärkten zu gewinnen. Bisher findet hier eine Kurssicherung kaum statt. Es wäre voreilig, daraus zu schließen, daß es am Interesse fehle, denn die Terminmärkte, an denen eine attraktive Kurssicherung angeboten werden müßte, sind bisher nicht entwickelt.

306. Über den Abbau geltender Konvertibilitätsbeschränkungen hinaus könnte der Staat einiges tun, um den Aufbau funktionsfähiger längerfristiger Terminmärkte in Gang zu bringen. In Betracht zu ziehen wäre, daß zu diesem Zweck von öffentlicher Seite eine Bank für Kurssicherung gegründet wird. Eine solche Bank hätte zunächst eine börsenartige Clearingstelle für die gesamte Bundesrepublik einzurichten. Diese würde vollkommene Markttransparenz allen gewähren, die Kurssicherungsbegehren haben.

Hauptaufgabe der Bank für Kurssicherung wäre es jedoch, gesicherte Zinsarbitrage zu betreiben. Sie hätte die Abweichungen zwischen internationalen Zinsdifferenzen und Swapsätzen gering zu halten, indem sie ihren Vorteil darin sucht, solche Abweichungen zu nutzen, das heißt als Käufer oder Verkäufer an den Terminmärkten aufzutreten, für die der Swapsatz von den internationalen Zinsdifferenzen erheblich abweicht, und entsprechend dem Saldo dieser Transaktionen Devisen am Kassamarkt zu kaufen oder zu verkaufen. Durch die Aufnahme oder Verminderung von Fremdwährungskrediten hätte sie dafür zu sorgen, daß sie für jede Frist und Währung ausgeglichene Valutapositionen hält; entsprechend würde sie ihre Kreditgewährung auf D-Mark-Basis ausdehnen oder einschränken.

307. Die Bank für Kurssicherung würde damit nur Geschäfte tätigen, die im Prinzip auch von den privaten Banken erwartet werden, die diese aber nicht in ausreichendem Umfang ausführen, wie erwähnt wohl vor allem deshalb nicht, weil Konvertibilitätsbeschränkungen bestehen oder befürchtet werden. Eine öffentliche Bank für Kurssicherung könnte hinsichtlich der Möglichkeit künftiger Konvertibilitätsbeschränkungen risikofreudiger sein als private Banken. Außerdem käme in Betracht, daß die Bundesbank bei anderen Notenbanken Konver-

tibilitätsgarantien zugunsten der Bank für Kurssicherung erwirkt. Solch ein Garantieplafond brauchte allerdings nicht die Obergrenze für das dann mögliche Kurssicherungsvolumen anzugeben. Man sollte nicht unterschätzen, wie stark die Aktivität einer öffentlichen Bank für Kurssicherung die Neigung der privaten Banken beleben dürfte, ihrerseits vollständiger zu nutzen, was der internationale Kapitalmarkt an Kurssicherungsmöglichkeiten schon heute hergibt.

Sinn der Bank für Kurssicherung wäre es nicht, die privat organisierte Kurssicherung zu verdrängen. Die Bank für Kurssicherung wird überflüssig, wenn die private Aktivität an den Terminmärkten auf einen Ausgleich von Zinsdifferenzen und Swapsätzen für alle Fristen hinwirkt.

308. Vorauszusehen ist wohl, daß eine marktgerechte Kurssicherung für die Exporteure nicht nur ausnahmsweise, sondern überwiegend „teurer" sein wird als eine Kursversicherung zu Prämiensätzen, wie sie derzeit im Gespräch sind. Wie erwähnt, gibt es jedoch keine allgemeine wirtschaftspolitische Rechtfertigung dafür, die Exporteure grundsätzlich instand zu setzen, die Kredite, die sie ihren Partnern, den ausländischen Importeuren, gewähren, zu günstigeren Bedingungen zu refinanzieren, als es in der Kontraktwährung möglich ist; allerdings sollen die Bedingungen auch nicht schlechter sein, und gerade dies würde eine staatliche Bank für Kurssicherung nach Möglichkeit zu verhindern haben.

309. Gelegentlich wird befürchtet, eine marktgerechte Kurssicherung sei nicht nur zu teuer, sondern müsse auch zu einer allgemeinen Beeinträchtigung der Exporte führen, weil eine Tendenz zur Höherbewertung der D-Mark am Kassamarkt entstehe, wenn die Devisen, die im Rahmen der Zinsarbitrage im Ausland geliehen werden, auf den Markt drängten. Diese Befürchtung verkennt die Wirkungen der gesicherten Zinsarbitrage. Eine Nachfrage nach Termindevisen, verbunden mit einem Angebot an Kassadevisen, verändert vor allem die Terminstruktur der Wechselkurse.

Genauer: Indem sie einer Tendenz zur Abweichung der Terminaufschläge beziehungsweise Terminabschläge von den internationalen Zinsdifferenzen entgegenwirkt, sorgt die gesicherte Zinsarbitrage dafür, daß die Exporteure, die ihre Forderungen stunden müssen, nicht benachteiligt werden gegenüber Exporteuren, die gegen Kasse verkaufen, und umgekehrt. Sie hilft, das Marktgleichgewicht herbeiführen, sie ändert es nicht.

Richtig ist, daß in einem Land, das einen Exportüberschuß hat, Devisen auf den Markt drängen, gleichgültig ob die Exporte kreditiert werden oder nicht. Soll der Kassakurs dadurch nicht sinken, muß die Bereitschaft zu gleichgroßem Kapitalexport — durch Zinsarbitrage kursgesichert oder ungesichert, wie in der Regel bei Direktinvestitionen — bestehen, von dem die Devisen dann aufgenommen werden. Denn im Marktgleichgewicht muß der Exportüberschuß eines Landes — besser: der Überschuß in laufender Rechnung — gleich dem Nettokapitalexport sein. Reicht der Kapitalexport jedoch nicht aus, sinkt der Kurs und der Exportüberschuß geht auf die Höhe des freiwilligen Nettokapitalexports zurück.

310. Neutralität wäre auch von jeder staatlichen Beteiligung an der Kurssicherung zu fordern. Deshalb wäre es nicht unproblematisch, etwa die Bundesbank selbst mit dem Aufbau funktionsfähiger Terminmärkte zu beauftragen. Ihre Geld- und Kreditpolitik hat über die Zinsbildung Einfluß auf die Wechselkursbildung, auch auf das Niveau der Kurse, und soll ihn haben. Außerdem wird die Bundesbank gelegentlich zur Verstetigung der Kursentwicklung an den Devisenmärkten eingreifen müssen, auch und nicht zuletzt an den Terminmärkten. Da eine öffentliche Einrichtung für Kurssicherung gleichsam nur anstelle privater Nachfrager und Anbieter am Devisenmarkt tätig sein soll, wäre es nicht gut, deren Aufgaben mit den stabilitätspolitischen Funktionen der Bundesbank zu vermischen.

311. Die Ausweitung marktgerechter Kurssicherung brächte es zweifellos mit sich, daß die Kreditbeziehungen in den wichtigsten internationalen Kontraktwährungen stark zunähmen. Nutzten die Exporteure und Importeure vieler Länder diese Form der Kurssicherung, so müßten die internationalen Kapitalmärkte weiter ausgebaut werden, vor allem der Markt für längerfristige Titel. Hinsichtlich der Wirksamkeit der Geld- und Kreditpolitik der Notenbanken wäre dies unbedenklich, solange ein breites Kursband gewährleistet, daß Kapitalbewegungen zu Kursänderungen führen — und damit liquiditätsneutral bleiben —, nicht aber durch Interventionen einer Notenbank aufgefangen werden müssen.

Minderheitsvotum: Zur Frage der Wechselkursflexibilität

312. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Claus Köhler, vertritt zur Frage der Wechselkursflexibilität eine von der Mehrheit abweichende Meinung; er begründet seine Ansicht in den Ziffern 313 bis 316. Er ist der Auffassung, daß — wie die Erfahrungen in den vergangenen sechs Monaten bestätigen — eine größere Wechselkursflexibilität nicht geeignet ist, die internationalen Währungsprobleme zu lösen, sondern daß ein System fester Wechselkurse mit engem Band hierfür zweckmäßiger wäre.

313. Nach einem halben Jahr flexibler Wechselkurse ist zu konstatieren, daß die administrativen Behinderungen im internationalen Wirtschaftsverkehr zugenommen haben, obwohl die Entscheidung für eine größere Flexibilität getroffen wurde, um eine solche Entwicklung zu vermeiden (Ziffer 237 f.). Sechs Monate nach Einführung des Floatings ist zu registrieren, daß die Zinspolitik der Bundesbank — wenn auch nicht nach Meinung der Mehrheit des Sachverständigenrates — wechselkurspolitisch orientiert eingesetzt werden soll und eingesetzt wird, obwohl eine größere Wechselkursflexibilität die binnenwirtschaftlich orientierte Anwendung dieses

kreditpolitischen Instruments sichern sollte (Ziffer 243). Ferner spiegelt die Wechselkursentwicklung nicht die Inflationsunterschiede zwischen dem Inland und dem Ausland wider. Die De-facto-Aufwertung der D-Mark nach dem 9. Mai 1971 geht weit über das hinaus, was vom Weltinflationstrend her gerechtfertigt ist, und löst dadurch einen binnenwirtschaftlich unerwünschten Restriktionseffekt aus (Ziffer 240).

314. Am Kern der Probleme geht vorbei, wer in diesen negativen Erfahrungen nach der Freigabe des Wechselkurses nur Übergangsschwierigkeiten sieht. Das Modell flexibler Wechselkurse könnte nur funktionieren bei freizügigem internationalen Geldverkehr, bei einem Verzicht der Regierungen und Zentralbanken auf Kursinterventionen sowie bei einer Beseitigung aller administrativen Behinderungen im internationalen Geld- und Kapitalverkehr. Eine so heile Welt gibt es aber nicht und wird es auch in Zukunft nicht geben. Tatsächlich werden immer Unterschiede im Liberalisierungsgrad des Geld- und Kapitalverkehrs zwischen den einzelnen Ländern bestehen; auch werden Regierungen oder Zentralbanken an den Devisenmärkten intervenieren, wenn die Kursentwicklung ihren binnenwirtschaftlichen Zielen oder ihren Prestigevorstellungen nicht adäquat ist. Das Ausmaß der De-facto-Aufwertung, weitgehend zurückzuführen auf Erwartungen über eine Neufestsetzung der Paritäten, ist nur ein, wenn auch drastisches, Beispiel dafür, wie politische Vorgänge die Wechselkursbildung mitbestimmen. Das Ergebnis dieser Einflüsse ist statt des reinen Floatens ein verschmutztes Floaten, wie man die Wechselkursbildung im vergangenen Halbjahr bezeichnet hat. Das verschmutzte Floaten ist jedoch nichts anderes als der Ausdruck einer Diskrepanz zwischen den Voraussetzungen eines Modells und der Wirklichkeit.

315. Die Nachteile, die dem System flexibler Wechselkurse anhaften (Minderheitsvotum JG 70 Ziffern 302 ff.), und die negativen Erfahrungen, die mit flexiblen Wechselkursen nach dem 9. Mai 1971 gemacht werden mußten, lassen eine größere Wechselkursflexibilität, etwa in Form von erweiterten Bandbreiten, wenig zweckmäßig erscheinen. Eine Neuordnung der internationalen Währungsbeziehungen auf der Basis fester Wechselkurse muß jedoch zu einem System führen, das im Vergleich zum Bretton-Woods-System an Funktionsfähigkeit gewinnt. Es kommt darauf an, den Dollar von der Last der Leitwährungsfunktion zu befreien und das neu zu schaffende internationale Geld knapp zu halten (Ziffer 263 f.). Ebenso wichtig ist es, durch die Definition eines fundamentalen Ungleichgewichts der Bilanz der laufenden Posten klare Grundsätze für Paritätsänderungen zu schaffen. Wenn Paritätsänderungen nur beim Vorhandensein eines fundamentalen Ungleichgewichts dieser Bilanz vorgenommen werden, können spekulative Geldbewegungen — wie das im Frühjahr 1971 der Fall war — eine Aufwertung oder Abwertung nicht erzwingen und werden daher weitgehend unterbleiben. Ferner muß die Zuständigkeit des Internationalen Währungsfonds auf den Geld- und Kapitalverkehr ausgedehnt werden. Dadurch könnten Liquiditätshilfen bei vorübergehenden Ungleichgewichten der Kapitalbilanz, wenn erforderlich, systemgerecht mit konjunkturpolitischen Auflagen für die Nehmerländer verknüpft werden.

316. Im Rahmen eines so konstruierten Währungssystems haben kreditpolitische Maßnahmen der Zentralbanken eine größere Chance, unerwünschten Devisenzuflüssen zu begegnen, die etwa als Folge einer aus konjunkturpolitischen Gründen notwendigen Hochzinspolitik auftreten. Die Zentralbank kann versuchen, Devisenzuflüsse von vornherein abzuwehren (zum Beispiel durch Festsetzung von Avalkontingenten) und/oder zugeflossene Devisen wieder ins Ausland zurückzuleiten (zum Beispiel durch Swappolitik) und/oder Liquiditätszuflüsse zu den Banken zu kompensieren (zum Beispiel durch Offenmarktpolitik mit Nichtbanken). Nur während der Übergangszeit bis zur Neuordnung des internationalen Währungssystems oder wenn es nicht zu einer solchen Neuordnung kommt, sollte eine administrative außenwirtschaftliche Absicherung (Bardepot für im Ausland aufgenommene Nichtbankenkredite oder volle Anwendung des § 23 AWG) vorgenommen werden. Dabei hätte eine einheitliche administrative außenwirtschaftliche Absicherung der Staaten der Europäischen Gemeinschaften gegenüber Drittländern bei gleichzeitigem Abbau von Hemmnissen im Zahlungsverkehr innerhalb der Mitgliedsländer den Vorteil, daß die Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gefördert würde. In einem System fester Wechselkurse mit geringer Bandbreite sind besondere Einrichtungen für eine Kurssicherung, wie eine Bank für Kurssicherungen, entbehrlich.

* * *

IV. Die Chancen des Abschwungs nicht vergeben

317. Die Konjunkturpolitik ist voll in den Zielkonflikt geraten, der sich schon vor etwa einem Jahr abzeichnete, dann aber durch die Verzögerung des Abschwungs einige Monate überdeckt wurde. Im Frühjahr war wegen des beschleunigten Preisauftriebs noch einmal eindeutig geworden, was die Situation erforderte. Ebenso kann bald eindeutig werden — wenn sich die Abschwungstendenzen selbst verstärken sollten —, daß ein expansiver Kurs notwendig und unbedenklich ist. Noch ist diese Eindeutigkeit nicht gegeben. Die Schärfe des Zielkonflikts zeigt sich in dem noch immer ungewöhnlich starken Auseinanderfallen in der Entwicklung realer und nominaler Größen. Es kann jetzt zwar keinen großen Zweifel mehr geben, daß der konjunkturelle Abschwung über das hinausgehen wird, was man als Normalisierung in der Beanspruchung des Produktionspotentials bezeichnen mag. Große Zweifel hingegen herrschen, ob der Preisauftrieb in der Folge des Abschwungs auch dann zur Ruhe kommt, obgleich verzögert, wenn einem deutlichen Konjunktureinbruch, der diese Beruhigung erzwingen würde, schon jetzt vorgebeugt wird.

318. Völlig unberechtigt erscheint Vertrauen nicht, daß es der Rezession nicht bedarf, um Realentwicklung und Nominalentwicklung wieder einander näher zu bringen. In früheren Wachstumszyklen dauerte es ähnlich lange wie jetzt, bis der Höhepunkt der Preisentwicklung dem Höhepunkt der Nachfrageexpansion und dem Höhepunkt der Produktionsausweitung folgte. Warum sollte die Preiswelle nicht auch jetzt auslaufen, ohne daß aus der drohenden Unterbeschäftigung eine tatsächliche wird? Auch die Stärke der Preissteigerung ist nicht außer Proportion zur Stärke des zurückliegenden Booms. Und ein weiteres, vielleicht noch wichtigeres, kommt hinzu: Für die Wiedergewinnung der Stabilität des Preisniveaus ist — über die Dämpfung der Nachfrageexpansion hinaus — schon viel getan. Die Höherbewertung der Mark nach Freigabe des Wechselkurses hat den Preiswettbewerb erheblich verschärft; und falls das Floaten andauert, wird dieser Wettbewerb scharf bleiben. Hierin liegt ein erhebliches Stabilitätspotential. In der jüngsten Preisentwicklung haben sich diese veränderten Bedingungen noch nicht auswirken können. Doch ebenso wie schon die beiden Preisschübe im Gefolge des Booms recht lange Zeit brauchten, bis sie die Gesamtwirtschaft durchwirkt hatten — bis in die Zeit absolut sinkender Auftragsvolumina hinein —, kann auch von der Herausforderung des verschärften Außenwettbewerbs erwartet werden, daß er, ausgehend von den unmittelbar betroffenen Bereichen, über angrenzende Güter- und Faktormärkte hinweg schließlich die Gesamtwirtschaft erfaßt. Diese Entwicklung könnte schon unterwegs sein, und wir lesen an den Preisindizes durchschnittliche Änderungen ab, welche nur noch Vergangenheit und keine Zukunft mehr enthalten.

319. Von solchen Hoffnungen aus gesehen ist eine Strategie nicht mehr ohne weiteres außer Betracht zu lassen, welche auf diese Tendenzen setzt und im Vertrauen auf sie aus dem Abschwung heraus, ehe er sich möglicherweise kumulativ verstärkt, durch eine Politik frühzeitiger, aber wohl dosierter Expansion den Übergang zu einem Pfad stetigen Wachstums sucht. Gelingt dies, so dürften auch die Produktivitätszuwächse wieder größer werden und könnten den Erfolg bei der Preisstabilisierung, der zunächst von der Nachfragedämpfung kommen wird, in die Zeit hinüberzuretten erlauben, in der dieser Druck allmählich schwindet. Noch ließe sich eine Rezession mit einiger Sicherheit verhindern, in einigen Monaten möglicherweise nurmehr vielleicht, denn auch eine wachsame und gut vorbereitete Konjunkturpolitik braucht zur Wiederbelebung der konjunkturellen Auftriebskräfte Zeit; sie muß überdies mit Diagnosefehlern rechnen, so daß sie — wie die Erfahrung lehrt — leicht zu spät kommt, wenn der Grundsatz prophylaktischen Handelns vernachlässigt wird. Ein Verlauf wie 1967, 1968 und danach ist nicht erstrebenswert. Wiederholt sich die Rezession, so droht alsbald die Maßstablosigkeit der Expansionspolitik. Solche Maßstablosigkeit erwächst nicht nur aus der Panik, die größere Arbeitslosigkeit auszulösen pflegt. Sie erwächst auch daraus, daß bei erheblicher Unterauslastung des Produktionspotentials nur noch die Richtung richtig gesehen werden kann, für das Quantum jedoch die Orientierung fehlt, die uns bei konjunktureller „Normallage" von der vergleichsweise stetigen Zunahme des volkswirtschaftlichen Leistungsvermögens und anderer mittelfristiger Bezugsgrößen gegeben wird, über die wir meist vertrauenswürdigere Auskunft haben als über kurzfristige konjunkturelle Ausschläge. Die Mahnung bleibt daher, wenn irgend möglich die Amplitude konjunktureller Schwankungen zu verringern, die Dynamik zu schwächen, mit der ein konjunkturelles Ungleichgewicht das nächste aus sich heraus erzeugt.

320. Wenn wir trotz solcher gewichtiger Argumente einer Strategie konsequenter Vorbeugung jetzt nicht das Wort reden können, so deshalb, weil uns das Vertrauen in die Annahmen fehlt, auf die sie gegründet sein müßte.

Der Preisauftrieb ist noch immer unerträglich stark. Sicherlich ist das ein Spätindikator. Doch auch wenn es zutrifft — womit wir rechnen —, daß wie in früheren Zyklen die Abschwächung des Preisauftriebs der schon vorhandenen Abschwächung der Nachfrageexpansion nunmehr von selbst folgen wird: Durch nichts ist ausgemacht, daß sich der Preisauftrieb stark genug abschwächt, um einer stabilitätsbewußten Politik zu erlauben, auf den so erreichten Preisstabilisierungserfolg einen neuen Aufschwung zu gründen. Keine strenge Regelmäßigkeit früherer Zyklen dementiert solche Skepsis, auch die Entwicklung 1966/67 nicht; denn leider muß man für wahrscheinlich halten, daß ohne die Übersteigerung des Abschwungs die Rückkehr zur Stabilität des Preisniveaus auch 1967 nicht gelungen wäre. Zudem steht das Kostenniveau von seiner mit Abstand wichtigsten Komponente her, den Lohnkosten, weiterhin unter Druck. Das muß sich auf die Preise auswirken — wenn nicht allenthalben sofort, wegen der Nachfragedämpfung, so doch später, es sei denn, auf eine Phase steigender folgt eine Phase sinkender Lohnstückkosten. Hierfür gibt es keine Anzeichen. So ist letztlich denen zuzustimmen, die befürchten, daß der sich ausbreitenden Inflationsmentalität kaum noch Einhalt zu gebieten sein wird, wenn dies nicht jetzt im Abschwung gelingt. Mit anderen Worten: Gegenwärtig geht es nicht nur um die Preisentwicklung im nächsten oder übernächsten Jahr, sondern um die Entscheidung über einen neuen, steileren Trend der Geldentwertung.

Anzunehmen ist auch, daß die Unternehmen trotz der starken Preissteigerungen ihre Gewinnmargen inzwischen als so gering ansehen, daß selbst eine Stückkostendegression bei wieder zunehmender Kapazitätsauslastung den Drang nach weiteren Preiserhöhungen nicht aufhält, falls man den Mangel an neuen Aufträgen beseitigt. Zwar hat sich der Anstieg der Lohnkosten wesentlich verlangsamt, aber die Möglichkeit, Kostensteigerungen in den Gewinnen aufzufangen, dürfte weitgehend geschwunden sein, so daß nun, anders als zuvor, fast alle Kostensteigerungen zur Überwälzung anstehen.

Was 1972 nicht mehr möglich ist

321. Das Gesetz verlangt von uns, zu untersuchen, „wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können". Eine wirtschaftspolitische Strategie, welche diese Aufgabe schon 1972 erfüllen, den beschriebenen Zielkonflikt also aufheben könnte, vermögen wir, wie schon im Vorjahr, nicht anzugeben.

322. Der Anstieg des Preisniveaus, den wir in unserer Prognose für 1972 ausweisen (Ziffer 225), insbesondere der Anstieg des Niveaus der Verbraucherpreise, muß zum größten Teil als unvermeidlich gelten. Rund 2½ Prozentpunkte des vorausgeschätzten Anstiegs von 4½ vH sind noch dem Jahre 1971 zuzurechnen. Um diesen Satz dürfte das Preisniveau bei Jahresende über dem durchschnittlichen Stand des Jahres 1971 liegen; stiegen also die Preise von dann ab nicht mehr, so wäre das Preisniveau doch im Jahresdurchschnitt 1972 um diese 2½ vH höher als im Vorjahr (Preisüberhang am Jahresende). Unter den künftigen Preisbewegungen ist als unvermeidlich anzusehen der Anstieg von Preisen, der staatliche Entscheidungen reflektiert. Hierzu gehören die Erhöhung von Marktordnungspreisen für Agrarprodukte, durch die die relative Einkommensposition der Landwirtschaft verbessert werden soll, oder die Anhebung staatlich administrierter Preise, mit der erhöhte Kosten überwälzt werden sollen.

Selbstverständlich brauchte es aufgrund solcher unvermeidlicher Erhöhungen einzelner wichtiger Preise nicht notwendigerweise zu einer Erhöhung auch des Niveaus der Preise zu kommen, da die Möglichkeit, daß andere — marktbestimmte — Preise sinken und dies jene Preiserhöhungen kompensiert, nicht schon grundsätzlich ausgeschlossen werden kann. Sie sollte aber wohl für das Jahr 1972 ausgeschlossen werden. Auch die marktbestimmten Preise werden unserer Prognose zufolge 1972 im Durchschnitt weiter steigen. Wir schlagen vor, davon für unvermeidlich zu nehmen, was keine marktwirtschaftliche Stabilisierungsstrategie mehr verhindern kann, es sei denn, man nähme eine Verschärfung der Rezessionstendenzen bewußt in Kauf. Für erreichbar halten wir ohne große Beschäftigungsrisiken, daß die Preise für Industriewaren nach dem zu erwartenden Sprung am Jahresanfang im Durchschnitt nicht weiter erhöht werden (noch nicht, daß sie, wie es mittelfristig nötig wäre, sinken). Vorausgesetzt ist hierbei, daß der außenwirtschaftliche Preiswettbewerb scharf bleibt. In vielen Bereichen außerhalb der Industrie steigen die Preise in der Regel auch dann, wenn das Niveau der Industriepreise unverändert bleibt. Diese Änderung der Preisstruktur ergibt sich schon daraus, daß diese Bereiche Kostensteigerungen weniger leicht durch Rationalisierungsvorteile auffangen können, in der Lohnentwicklung aber mithalten müssen. Besonders die Preise für Dienstleistungen und die Wohnungsmieten dürften 1972 auch dann steigen, wenn es gelingt — und das wäre ein großer Erfolg — das Niveau der Industriepreise im Verlauf des Jahres konstant zu halten.

Aufgrund dieser Überlegungen schätzen wir den unvermeidlichen Anstieg des Preisniveaus im Verlauf des Jahres 1972, also von Dezember 1971 bis Dezember 1972, auf rund 3 vH. Das durchschnittliche Preisniveau des Jahres 1972 wird dadurch um etwa 1½ vH erhöht. Unter Berücksichtigung des erwähnten Preisüberhangs am Jahresende 1971 halten wir also für unvermeidlich, daß das Preisniveau des Jahres 1972 um mindestens 4 vH über dem des Jahres 1971 liegen wird.

323. Unvermeidlich ist ebenfalls, daß der Beschäftigungsstand weiter sinkt. Wie zuvor nennen wir eine solche Fehlentwicklung „unvermeidlich", wenn ihr nur begegnet werden kann, indem man das gefährdete Ziel über alle anderen, hier die Stabilität des Geldwerts, setzt.

Wegen des hohen sozialen Ranges, welcher der Sicherheit der Arbeitsplätze zukommt, stellt eine Gefährdung der Vollbeschäftigung den Grundsatz der Gleichrangigkeit der wirtschaftspolitischen Hauptziele stets auf eine besonders harte Probe. Selbst eine mäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit bringt für eine große Anzahl von Menschen schwerwiegende Probleme der sozialen Existenz mit sich. Die Einkommensfolgen einer vorübergehenden Arbeitslosigkeit werden durch die Unterstützungszahlungen der Arbeitslosenversicherung zwar weitgehend abgefangen. Doch viele entlassene Arbeiter und Angestellte, vor allem ältere, haben es erfahrungsgemäß schwer, später wieder eine angemessene Beschäftigung zu finden. Zahlreiche bleiben dauerhaft erfolglos und bezahlen so die Friktionen konjunktureller Schwankungen mit dem Verlust ihrer sozialen Existenz. Ähnlich schwer fühlen sich Unternehmer betroffen, wenn sie ihre Selbständigkeit verlieren.

324. Trotz solcher Härten kann die Solidarität des Gemeinwesens nicht für alle Risiken einer freiheitlich organisierten Gesellschaft in Anspruch genommen werden. Die Tarifautonomie ist ein Freiheitsrecht, ja ein Machtprivileg der Gruppen, dessen Legitimation in Frage gestellt ist, wenn nicht Mitverantwortung für Beschäftigungsrisiken den Mißbrauch dieses Privilegs in Schranken hält. Der Staat hat dargelegt, daß er einen Fortgang der Geldentwertung, wie sie die letzten zwei Jahre gekennzeichnet hat, nicht dulden könne. Wenn er im Frühjahr 1971 trotz konjunktureller Abschwungstendenzen den Restriktionskurs noch einmal verschärfen mußte und heute im Hinblick auf die Gefahr einer Rezession nicht prophylaktisch handeln kann, so sind hierfür nicht nur unvorhersehbare konjunkturelle Bewegungen, sondern auch das Fehlverhalten der autonomen Gruppen verantwortlich. Das Lohnniveau liegt im dritten Vierteljahr 1971 noch einmal um fast 15 vH höher als ein Jahr zuvor. Nicht der einzelne Unternehmer und nicht der einzelne Arbeitnehmer, wohl aber die Vertreter der autonomen Gruppen mußten wissen, daß dieses Lohnniveau

nicht marktgerecht sein würde, es sei denn, sie hielten die konjunkturpolitischen Instanzen für so unglaubwürdig, wie aus dem Verhalten des Staates als Arbeitgeber zu schließen war.

Jeder mußte sich darüber im klaren sein, daß Lohnerhöhungen diesen Ausmaßes mit Geldwertstabilität unvereinbar waren. Weder die Marktaussichten unter den Bedingungen einer einigermaßen stabilitätsbewußten Politik noch die Produktivitätssteigerungen unter Einschluß unvermeidlicher Preissteigerungen, noch die Gewinnentwicklung im Aufschwung rechtfertigen die Lohnentwicklung der Jahre 1970/71. Das gleiche gilt für verteilungspolitische Vorstellungen, von denen sich nicht angeben läßt, wie sie denn in so kurzer Zeit stabilitätskonform realisiert werden könnten.

Einem starken Absinken der Beschäftigung muß der Staat entgegenwirken; er kann dies um so eher, je weniger es einem Fehlverhalten der autonomen Gruppen zuzurechnen ist. Bei der jetzt gegebenen und für die nächsten Monate abzusehenden Arbeitslosigkeit kann diese Sicherungsfunktion angesichts der anhaltenden Gefährdung des Geldwertes das Handeln des Staates nicht allein bestimmen.

325. Ähnliches gilt für die sich abzeichnende Unterauslastung des Produktionspotentials. Eine konsequente Expansionspolitik könnte, wie erwähnt, diese Gefahr merklich herabsetzen, ganz beseitigen aber wohl nicht mehr, es sei denn mit Mitteln, die jede Rücksicht auf andere Ziele beiseite lassen. Der Schaden, der durch konjunkturbedingte Produktionsausfälle erwächst, darf nicht gering eingeschätzt werden. Zwar gibt es als Gegenposten sicherlich die Vorteile vermehrter Rationalisierungsanstrengungen im verschärften Wettbewerb des Abschwungs, das Ausscheiden kostenungünstiger Betriebe und Betriebsteile, aber auf der anderen Seite wiederum auch die Gefahr der Überanpassung, etwa dort, wo ein nur vorübergehender Nachfragemangel Betriebe zur Produktionsaufgabe zwingt, die noch auf zu schwacher Eigenkapitalbasis stehen; zum Teil wird auf diese Weise der Konzentrationsprozeß begünstigt, zum Teil wird einfach Produktivvermögen entwertet. Zudem ist ein konjunktureller Abschwung regelmäßig in erster Linie ein Abschwung in der Investitionstätigkeit. Dies mindert das Wachstum des Produktionspotentials und bedeutet daher auch für die Zukunft ein Weniger an Produktionspotential, es sei denn, der Übersteigerung des Abschwungs in der Investitionstätigkeit folgt erneut eine Übersteigerung im Aufschwung, was ebenso unerwünscht wäre.

Eine Strategie der zukunftsgerechten Expansion

326. Zuweilen wird die Gefahr einer Rezession leichtgenommen. Dem ist entgegenzutreten. Entspannung nach der Überanstrengung des Booms und Reorganisation der volkswirtschaftlichen Produktivkräfte mag man wünschen; doch dies sollte nicht hinweghelfen über die sozialen Probleme, die ordnungspolitische Unruhe und die unmittelbaren Wachstumsschäden, die eine Rezession hervorruft. Sie bleibt Zeichen eines Versagens der Gesellschaft, der Wirtschaftspolitik ebensowohl wie all derer, die außer ihr gesamtwirtschaftliche Verantwortung tragen.

Gleichwohl kann es, wenn wir die stabilisierungspolitische Situation richtig einschätzen, an der Jahreswende 1971/72 und danach zunächst nur darum gehen, die Gefahr einer Rezession zu mindern, nicht darum, sie völlig aus dem Bilde zu nehmen, wenn Rücksicht auf den Geldwert walten soll. Die Beruhigung des Preisauftriebs wäre zu fördern und die Grundlage für eine Rückkehr zur Stabilität des Preisniveaus zu legen. Doch nicht nur im Hinblick auf den Geldwert sollte man den konjunkturellen Abschwung nutzen, um Anschluß an eine befriedigendere Zukunft zu finden. Es geht auch darum, die Struktur der Ansprüche an das Produktionspotential so zu verändern, daß im folgenden Aufschwung eine spannungsfreie Expansion wahrscheinlich wird, die den mittelfristigen Strukturzielen der Gesellschaft entspricht. Im konjunkturellen Abschwung, wenn die private wirtschaftliche Aktivität der Anregung durch den Staat bedarf, ist dessen Einfluß auf diese Struktur größer als in der Hochkonjunktur, wenn sich die private Nachfrage recht unkontrolliert vordrängt. Die Konjunkturpolitik im Abschwung sollte daher, insbesondere sobald sie stärker konjunkturanregend sein darf, zu den Ausgangspunkten einer zukunftsgerechten Expansion hinführen. Die Wahl der Mittel der Konjunkturpolitik im Jahre 1972 ist auch von daher zu bestimmen.

327. Angelpunkt fast aller wirtschaftspolitischen Überlegungen zur mittelfristigen Entwicklung der Gesamtwirtschaft ist das Verlangen des Staates, einen höheren Anteil des Produktionspotentials in Anspruch nehmen zu können. Weithin findet dieses Verlangen Zustimmung, wenn auch das Problem des Quantums einer solchen Anteilserhöhung unterschiedlich gesehen wird, weil jede Erhöhung unter dem Vorbehalt stehen muß, daß der Staat seine Aufgaben sinnvoll erweitert, jedenfalls nicht nur Private aus ihrer Aktivität verdrängt, sondern diese ergänzt und fördert. Wie erwähnt sind die bisherigen Bemühungen des Staates, die sich hierauf richteten, fehlgeschlagen: Im Jahre 1971 hat er dem Anteil nach keine höheren Ansprüche an das Produktionspotential realisiert als 1966, dem ersten Jahr der mittelfristigen Finanzplanung. Berücksichtigt man die spezifischen Preiserhöhungen, denen sich der Staat gegenübersieht, so ist sein Anteil sogar gesunken (Ziffer 191). Soll dies in Zukunft anders sein, so wird er ein konjunkturelles Sichvordrängen der privaten Nachfrage wirksamer verhindern und — weil sich die Preisstruktur selbst bei stabilem Preisniveau zuungunsten des Staates ändert — auch mittelfristig zugunsten der eigenen Ansprüche aggressiver sein müssen.

328. Eine Anteilserhöhung zugunsten des Staates muß zu Lasten anderer Anteile gehen, des privaten Verbrauchs, der privaten Investitionen oder des Außenbeitrags. Im Außenbeitrag sind keine großen Reserven enthalten, wenn man nicht infrage stellt, daß ein umfangreicher privater und staatlicher

Kapitalexport weiterhin ermöglicht werden soll. Bei den privaten Investitionen ist zu bedenken, daß die Investitionen von heute den Zuwachs des Realeinkommens von morgen sichern. Erst auf längere Sicht dürften sich zusätzliche öffentliche Investitionen produktivitätssteigernd auswirken. Der Hauptbeitrag müßte daher vom privaten Verbrauch kommen, sei es durch freiwilligen Konsumverzicht der privaten Haushalte (höhere Sparquote), sei es durch erzwungenen (höhere konsumwirksame Steuern). Dies entspricht auch den Strukturvorstellungen, die in der mittelfristigen Zielprojektion und der mittelfristigen Finanzplanung der Regierung zum Ausdruck kommen.

329. Soll der Anteil für den Staat dauerhaft erhöht werden, so spricht der Mißerfolg der Vergangenheit dagegen, dies vor allem über eine expansive Finanzpolitik zu versuchen. Derzeit, im konjunkturellen Abschwung, könnte das der erste Schritt sein, jedoch nicht mehr. Sobald sich ein neuer Aufschwung abzeichnet, müßten die erhöhten Ansprüche des Staates durch eine entsprechende Einnahmenpolitik konsolidiert werden. Soll sich die dann nötige zusätzliche steuerliche Belastung der Bürger in möglichst engen Grenzen halten, hätte der Staat das allerdringlichste Interesse daran, den Fortgang der Geldentwertung zu beenden, da er selbst, wie erwähnt, von einer inflatorischen Entwicklung zunächst einmal am stärksten betroffen ist (Ziffern 188 ff.).

330. Aus der mittelfristigen Perspektive einer Strategie der zukunftsgerechten Expansion sind die Ziele für die Politik im gegenwärtigen Abschwung zu gewinnen. Ebenso fällt von daher Licht auf Art, relatives Gewicht und Reihenfolge der konjunkturpolitischen Maßnahmen, die 1972 gegebenenfalls zu ergreifen sind.

Basis dieser Strategie wäre es, daß die auf eine Beruhigung des Preisauftriebs hinwirkenden Kräfte nicht behindert werden. Hierzu gehört, verglichen mit 1970 und 1971, eine starke Beschränkung der Einkommensexpansion. Daß die Entwicklung der privaten Verbrauchsausgaben dem folgt, wäre erwünscht. Ähnliches gilt für die Ausfuhr. Daß sie vorübergehend — als Folge der Höherbewertung der D-Mark — langsamer zunimmt wäre hinzunehmen. Jenseits dieser Bereinigung eines trotz Hochkonjunktur gewachsenen Außenbeitrags sehen wir ein Problem der Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft jedoch nicht. Unerwünscht stark ist der erwartete Rückgang der privaten Investitionen, vor allem wenn man das Volumen betrachtet, also die Preissteigerungen berücksichtigt. Hier liegt die Gefahr einer Übersteigerung nach unten, die auch eine stabilitätsbewußte Politik nicht vernachlässigen darf. Eine geringe Abnahme der Investitionen wäre jedoch unbedenklich; die Wirtschaft soll sich darauf vorbereiten, daß die Zunahme der Nachfrage nicht nur konjunkturell, sondern dauerhaft eine andere Struktur aufweisen würde als bisher, die dann eine andere Struktur der Investitionen verlangt. Die staatlichen Ausgaben dürften merklich stärker anwachsen, als es konjunkturneutral möglich wäre. Dies folgte den konjunkturellen Erfordernissen ebenso wie den mittelfristigen.

Einkommenspolitik

331. Hat sich die Politik darauf festgelegt, daß in diesem Abschwung die Stabilität zurückgewonnen werden soll, so bestimmen das einkommenspolitische Verhalten der autonomen Gruppen sowie die Preispolitik der Unternehmen Zeitpunkt und Spielraum für expansive Maßnahmen der konjunkturpolitischen Instanzen. Noch ist unsicher, ob die maßgeblichen Abschlüsse der nächsten Monate im Bereich der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst, die Entwicklungslinie des ersten halben Jahres 1971 fortsetzen werden, oder ob es — im Hinblick auf die noch einmal erhöhten Geldentwertungsraten — zu wieder höheren Steigerungsraten kommt. Unsicher ist ebenso, ob die Preisentwicklung bald stärker auf den Rückgang der Nachfrage reagiert oder vorläufig weiter der Kostenentwicklung folgt.

332. Unserer Prognose zufolge wird sich die Gewinnsituation der Unternehmen 1972 nicht weiter verschlechtern, aber auch noch nicht merklich verbessern. Nur die Ausgabenüberschüsse des Staates helfen ihnen. Im Kreislaufzusammenhang der Wirtschaft gesehen, ist dies in erster Linie eine Folge davon, daß bei unverändert hoher Sparquote der privaten Haushalte die Investitionsausgaben abnehmen. So wie die Dinge liegen, kommen die Unternehmen, im ganzen gesehen, aus ihrer schlechten Gewinnsituation eher wieder heraus, wenn sie die Investitionsausgaben erhöhen, als wenn sie die Preise heraufsetzen. Denn ob die Haushalte die erhöhten Preise bezahlen und entsprechend weniger sparen oder ob sie an ihren Sparplänen festhalten und der Teuerung wegen von bestimmten Gütern weniger kaufen, ist durchaus offen.

Nun wird fast jeder einzelne Unternehmer diese Überlegungen von ausschließlich akademischem Interesse finden; denn ihn bewegen die eigenen Kosten- und Ertragserwartungen und nicht die Auswirkungen seiner Investitionsausgaben auf die Gewinne aller. Das ist wohl so. Jedoch begännen die Unternehmen gehäuft, aufgrund pessimistischer Beurteilung der Zukunftsaussichten ihre Investitionsausgaben einzuschränken, so würden sie insgesamt ihre Lage nicht verbessern, sondern verschlechtern, allerdings ihren Pessimismus bestätigt sehen, weil es noch schlechter käme, als sie erwartet haben; doch darin ist wohl kaum ein Vorteil zu erkennen.

Der einzelwirtschaftlichen Überlegung nahe liegt es auch, bei ungenügenden Gewinnen den Ausweg in höheren Preisen zu suchen, auch, ja häufig gerade dann, wenn die Nachfrage zurückgeht und die dann steigende Fixkostenbelastung die Gewinnmargen komprimiert. Auch dies wäre gefährlich. Manche Unternehmen werden zu spüren bekommen, daß die Nachfrage auf Preiserhöhungen elastischer reagiert, als sie es von der Hochkonjunktur her gewöhnt waren. Die Ausweglosigkeit solcher Preispolitik wird offenbar, wenn die Wirtschaftspolitik in ihrem

Stabilitätsziel fest bleibt und den konjunkturellen Abschwung nicht abfängt, solange der Preisauftrieb sich nicht beruhigt.

333. Da eine Hinnahme weiterer Gewinnschmälerungen durch die Unternehmen nur kurzfristig eine Hilfe sein kann und Rationalisierungsmöglichkeiten begrenzt sind, bleibt das Kernproblem der Stabilisierungspolitik die Stabilisierung des gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus. Den Preisauftrieb bei den Vorprodukten der Volkswirtschaft, den Importen, zu beenden, ist durch die Währungspolitik geleistet. Jetzt gilt es vor allem, auch den Auftrieb der Lohnkosten weiter zu verringern und schließlich zu beenden.

334. Auf der Einkommenspolitik lastet gegenwärtig das Übermaß an Preissteigerungen der Vergangenheit. In den monatlich veröffentlichten Veränderungsraten der Preisindices kommt der Preisanstieg der jeweils zurückliegenden 12 Monate zum Ausdruck. Ohne Zweifel steht dieser Preisanstieg mit den vergangenen Lohnerhöhungen im engen Zusammenhang, wobei die Richtung der Kausalität in diesem Zusammenhang umstritten sein mag. Würde die Lohnpolitik die Preissteigerungen der Vergangenheit, vermehrt um den Produktivitätszuwachs der Zukunft zum Maßstab für die anstehenden Lohnvereinbarungen machen, so wäre ein Fortgang des inflatorischen Prozesses mit unverminderter Geschwindigkeit programmiert; nur eine schwere Rezession könnte ihn aufhalten, möglicherweise lediglich unterbrechen.

Andererseits würde jeder Tarifabschluß, der eine geringere Erhöhung der Effektivlöhne bewirkt, als auch nur dem Anstieg des Preisniveaus in den jeweils zurückliegenden 12 Monaten entspricht, bedeuten, daß die Reallöhne der betroffenen Arbeitnehmer unter den Stand des vorangegangenen Abschlusses sinken. Dies wird vielfach als unzumutbar angesehen. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß die Tarifabschlüsse im Jahre 1970 und Anfang 1971 großenteils Lohnerhöhungen gebracht haben, die einem so großen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktivität entsprechen, wie er in etwa drei bis vier Jahren erzielt werden kann. Es war sicherlich allen klar, daß diese Steigerung der Nominallöhne nicht zu einer entsprechenden Steigerung der Reallöhne werden konnte.

Die Arbeitnehmerorganisationen verweisen mit Genugtuung darauf, daß für die Arbeitnehmer in den Jahren 1969, 1970, 1971 trotz der hohen Preissteigerungen eine beispiellose Erhöhung der Reallöhne erzielt worden ist. Um rund 9 vH ging der Reallohnanstieg in diesen Jahren über das hinaus, was aufgrund des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätszuwachses und der Gewinne, die die Volkswirtschaft aus der Preisentwicklung im Außenhandel zog, kostenniveauneutral hätte verteilt werden können (Ziffer 74); die Reallohnposition der Arbeitnehmer verbesserte sich entsprechend. Diese Genugtuung ist verständlich. Sie wäre jedoch kurzsichtig, wenn der Eindruck erweckt würde, als könne diese Entwicklung so weitergehen. Wird der Druck auf die Gewinnerwartungen zu groß, so dürfte ein starker konjunktureller Einbruch die Folge sein und nur eine Politik aus ihm herausführen, welche die Gewinnmöglichkeiten so gründlich verbessert, daß anschließend wiederum von einer Gewinnexplosion gesprochen werden kann und der Zyklus nach bekanntem Muster erneut abläuft.

335. Da die außerordentlich starke Steigerung der realen Arbeitseinkommen in den Jahren 1970 und 1971 nicht nur zu Lasten der Gewinneinkommen, sondern wegen der raschen Geldentwertung auch zu Lasten der Sozialeinkommen gegangen ist, würde ein Fortgang des inflatorischen Prozesses die Sozialpolitik vor die Frage stellen, ob nicht in Abweichung von der Formel der Rentengesetze aus dem Jahre 1957 den Rentnern ein Ausgleich für den starken Kaufkraftverlust der Mark gewährt werden muß. Diese Formel der verzögerten Rentenanpassung beruht auf der Annahme, daß das Preisniveau stabil bleibt, oder daß es zumindest keine Beschleunigung einer schleichenden Geldentwertung gibt. Andernfalls müssen die durchschnittlichen Renteneinkommen immer stärker hinter dem angestrebten Verhältnis zwischen Renteneinkommen und Arbeitseinkommen vor Eintritt in das Rentenalter zurückbleiben. Gleichzeitig nehmen bei unveränderten Beitragssätzen die Überschüsse der Sozialversicherungsträger zu (Ziffer 79). Wegen der Pläne, mit den zu erwartenden Überschüssen neue Leistungsverbesserungen der Rentenversicherung zu finanzieren, ist auf den Zusammenhang hinzuweisen, daß es sich bei diesen Überschüssen um Beträge handelt, deren Realwert den Rentnern vorenthalten wird, weil die Renten nach wie vor verzögert angepaßt werden, während die Geldentwertung sich beschleunigt hat.

336. Stabilitätspolitisch hat sich die Verzögerung in der Rentenanpassung zunächst einmal günstig ausgewirkt. Der Nachfragesog wurde von dieser Seite nicht auch noch verstärkt. Das Problem ist jedoch nur vertagt. Mit dem Jahre 1972 beginnend werden allmählich die hohen Zuwachsraten der Arbeitseinkommen der Jahre 1969, 1970 und 1971 die Anpassungssätze für die Rentnereinkommen bestimmen. Noch immer sind also die Folgen dieser inflatorischen Einkommensexplosion nicht ausgestanden. Die anderen Einkommensgruppen werden gegenüber diesen Ansprüchen der Rentner, die sich in entsprechenden Ansprüchen an das Sozialprodukt niederschlagen werden, zurücktreten müssen; Widerstand kann nur zu erneuten Preissteigerungen führen.

Hier wird bedrückend deutlich, wie kurzsichtig es ist, wenn nur die Primärfolgen der Einkommenssteigerung einer Gruppe stabilitätspolitisch bedacht werden.

Jedes Voraneilen einer Gruppe bringt Disproportionalitäten mit sich, die früher oder später wieder beseitigt werden müssen, im Zweifel mit neuem inflatorischen Druck. Neben den Nochholansprüchen der Rentner stehen die Nachholansprüche der Landwirte an. Auch die steigenden Ausgabenansprüche der öffentlichen Haushalte gehören teilweise in dieses Bild. Soll die Stabilität des Geldwerts eine

Chance haben, so müssen die Arbeitnehmer sehen, daß die Verbesserung ihrer Reallohnposition in den vergangenen drei Jahren zum Teil auf Kosten von Einkommensgruppen erzielt wurde, deren Ansprüche mit der gleichen sozialen Dringlichkeit vorgetragen werden wie die ihren, und daß sie diese Position nur verteidigen können, wenn sie solche Nachholansprüche nicht gelten lassen.

337. All dies muß im Bilde bleiben, wenn darüber gesprochen wird, ob unvermeidliche künftige Preissteigerungen in der Einkommenspolitik vorwegzunehmen oder ob sie — wenn auch mehr und mehr indirekt — Folgen des inflatorischen Tuns von gestern sind und daher ohne größeren Widerstand hingenommen werden müssen.

Wir gehen daher davon aus, daß eine Einkommenspolitik, die zur Stabilisierung des Preisniveaus beitragen will, dies beachtet, und daher keinen Einkommensausgleich sucht für Preissteigerungen, die einer Verteilungsentscheidung des Staates folgen, etwa einer Erhöhung der Einkommen in der Landwirtschaft, oder einer steuerpolitischen Entscheidung des Gesetzgebers, etwa den beschlossenen Steuererhöhungen, oder welche eindeutig Kostensteigerungen der Vergangenheit zuzurechnen sind, wie etwa die anstehenden Erhöhungen bestimmter administrierter Preise.

Vermindert man den für unvermeidlich zu haltenden Anstieg des Preisniveaus (Ziffer 322) um den Teil, der aufgrund von Entscheidungen des Gemeinwesens aus dem Verteilungskampf herausgehalten werden sollte, 1972 etwa 1/2 vH, sowie um einen Abschlag für Kostensteigerungen der Vergangenheit, ebenfalls 1/2 vH, so ergibt sich der für die Einkommenspolitik relevante Anstieg des Preisniveaus; das sind 3 vH.

338. Kostenniveauneutral modifiziert um den für die Einkommenspolitik relevanten Anstieg des Preisniveaus, ist die Lohnpolitik dann, wenn sie das Niveau der effektiv gezahlten Löhne, genauer: die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigtenstunde, nicht stärker steigen läßt, als der Zunahme des gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnisses je Erwerbstätigenstunde und dem genannten Anstieg des Preisniveaus entspricht; zu berücksichtigen ist gegebenenfalls außerdem ein Gewinn der Volkswirtschaft aus der Preisentwicklung im Außenhandel (Terms-of-Trade-Effekt).

In der Schätzung für den Vorjahresvergleich 1972 gegen 1971 haben wir angesetzt

- einen Zuwachs des gesamtwirtschaftlichen Produktionsergebnisses je Erwerbstätigenstunde von 3 1/2 vH;
- einen für die Einkommenspolitik relevanten Anstieg des Preisniveaus von 3 vH;
- als Äquivalent für eine Verbesserung der Terms of Trade 1/2 vH;
- einen Lohnkosteneffekt veränderter Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung in Höhe von 0,1 vH;

Zusammen ergibt das rund 7 vH.

Da die Effektivlöhne bei Jahresende 1971 bereits beträchtlich über dem Jahresdurchschnitt 1971 liegen dürften (nach unserer Schätzung 3 vH), wird 1972 das Lohnniveau schon dann um 7 vH über dem des Vorjahres liegen, wenn die Effektivlöhne im Rhythmus der Tarifabschlüsse um jeweils 6 vH erhöht werden.

Hält man die Berücksichtigung vergangener, aber in das Jahr 1972 hineinreichender Lohnerhöhungen (den sogenannten Lohnüberhang bei Jahresende) sowie vergangener Preiserhöhungen (den sogenannten Preisüberhang bei Jahresende) für unzulässig, weil es allein um die Entwicklung des Kostenniveaus in der Zukunft gehe, so verringert sich die Rate auf 5—5 1/2 vH. Dabei sind für den laufenden Produktivitätszuwachs 3 1/2—4 vH, für die einkommenspolitisch relevanten Preissteigerungen im Verlauf des Jahres 1972 1 1/2 vH, für eine künftige Verbesserung der Terms of Trade 0 vH angesetzt.

Hält man außerdem die Vorwegnahme von Preissteigerungen in der Lohnpolitik überhaupt für unzulässig, weil sie, großenteils Ausdruck vergangener Lohnkostensteigerungen sind, so verringert sich diese Rate auf 3 1/2 bis 4 vH.

Finanzpolitik

339. Die expansiven Impulse der öffentlichen Haushalte werden 1972 mit 4 Mrd. DM (Ziffer 187) nicht mehr so groß sein wie im Vorjahr. Anders als 1971 dürfte eine expansive Finanzpolitik nunmehr uneingeschränkt als konjunkturgerecht anzusehen sein. Auch das Quantum (0,5 vH des Produktionspotentials) sollte auf keine Bedenken stoßen, da die privaten Ansprüche an das Produktionspotential merklich stärker zurückgehen werden.

340. Die von der Ausgabenseite ausgehenden expansiven Impulse werden größer sein als die der Haushalte insgesamt, denn die Einnahmenseite wird — vor allem der Steuererhöhung wegen — kontraktiv wirken. An sich sollte eine antizyklische Fiskalpolitik nach Möglichkeiten ihr Schwergewicht bei den Einnahmenregelungen haben und auf der Ausgabenseite den Grundsatz der Verstetigung achten, damit nicht die Wirtschaftsbereiche, die von variierbaren öffentlichen Ausgaben besonders abhängig sind, das Wechselbad konjunktureller Schwankungen verstärkt erleben, wenn auch antizyklisch. Ist jedoch die Expansion der öffentlichen Ausgaben 1972 Teil dieses Prozesses, der auf eine dauerhafte Erhöhung der Staatsquote abzielt, so gelten solche Bedenken nicht.

341. Die Struktur der öffentlichen Ausgaben steht noch immer unter dem Einfluß des einkommenspolitischen Exzesses, der 1970 und 1971 die Personalausgaben hinauftrieb. Zusammen mit den hohen Baupreissteigerungen hat dies den Staat so weit zurückgeworfen, daß hieran gemessen selbst das hohe Ausgabenvolumen 1972 dem Staat, am Realwert seiner Ausgaben gemessen, günstigenfalls

einen Anteil am Produktionspotential sichern wird, der um etwa einen Prozentpunkt unter dem des Jahres 1969 liegen wird, dem letzten Jahr vor diesem Rückschlag, als zudem der öffentliche Gesamthaushalt mit etwa 4½ Mrd. DM kontraktiv war.

342. Noch einmal ist die Frage aufzuwerfen, ob nicht wegen des deutlichen Zurückweichens privater Ansprüche an das Produktionspotential mehr öffentliche Ausgaben konjunkturgerecht sind als bisher fest geplant. Die Antwort muß von der Einkommenspolitik abhängen. Angesichts der noch vorhandenen Unsicherheit über die private Einkommensexpansion muß der Staat sich wohl vorläufig darauf beschränken, die geplanten Haushalte im allgemeinen ohne Verzögerung, die Investitionshaushalte beschleunigt zu vollziehen. Tiefbauaufträge vorzuziehen, ist schon vorgesehen, um einer Branchenkrise vorzubeugen. Hier hatten sich zuvor die Bemühungen um eine Reduzierung öffentlicher Aufträge unangemessen konzentriert — ein weiteres Schulbeispiel dafür, wie wenig sich eine antizyklische Variation öffentlicher Ausgaben als Schwerpunkt der Konjunkturpolitik eignet.

Falsch wäre es, auch zusätzliche expansive Impulse schon für so dringlich zu halten, daß etwa die öffentlichen Stellen aus Rücksicht auf die belebende Wirkung höherer Ausgaben von dem Bemühen abzulassen hätten, die öffentlichen Ausgaben wie beabsichtigt daraufhin durchzusehen, ob nicht bestimmte Aufgaben des Staates inzwischen obsolet geworden sind. Der Ausgabenspielraum für neue Staatsaufgaben sollte nicht nur durch zusätzliche Einnahmen geschaffen werden.

343. Noch keine zusätzlichen expansiven Impulse würden wir allerdings sehen, falls der Staat die Haushalte wie geplant vollzieht, selbst wenn sich als Reflex einer unerwartet starken Abschwächung der privaten Aktivität die öffentlichen Einnahmen ungünstiger entwickeln, als bisher angenommen wird. In diesem Falle müßten zusätzliche kurzfritige Kredite den Ausgabenspielraum schaffen. Kürzte der Staat seine Ausgaben, um sie gesunkenen Einnahmen anzupassen, so verhielte er sich kontraktiv. Im Jahre 1967 hat dies Verhalten noch eine bedeutende Rolle gespielt, vor allem bei den Gemeinden.

Daß die Gebietskörperschaften 1972 ein Haushaltsvolumen in der von uns geschätzten Höhe realisieren werden, ist wahrscheinlich, angesichts solcher Erfahrungen aber nicht sicher. In den Haushaltsplänen, die bisher vorliegen, sind die Gebietskörperschaften von höheren Steuereinnahmen ausgegangen, als ihnen nach unserer Schätzung 1972 tatsächlich zufließen werden. Im Vergleich zum Ergebnis der letzten Steuerschätzung vom August 1971 haben sie — nach unserer Rechnung — insgesamt mit konjunkturell bedingten Steuerausfällen in Höhe von 3½ Mrd. DM zu rechnen. Bei unserem Urteil, ein Ausgabenvolumen der Gebietskörperschaften von 240½ Mrd. DM sei stabilitätspolitisch unbedenklich, haben wir nicht gemeint, weniger sei besser.

344. Der Staat brauchte mit zusätzlichen expansiven Impulsen nicht zu warten, bis der Abschwung sich weiter beschleunigt hat, falls von der Einkommenspolitik die Voraussetzungen für eine Rückkehr zur Stabilität des Preisniveaus bald geschaffen werden.

In diesem Falle müßte man darauf vertrauen, und könnte es wohl auch, daß für den Geldwert vorerst genug getan wäre. Zu warten bis die Preisindizes selbst eine befriedigende Entspannung anzeigen, hieße auf Spätindikatoren setzen, so daß dann die Zeit für die Vermeidung einer Rezession nicht mehr reichte. Zumindest sollte es genügen, einen längeren Stillstand bei den durchschnittlichen Erzeugerpreisen der Industrie abzuwarten.

345. Die Strategie einer zukunftsgerechten Expansion würde erfordern, daß bei der Entscheidung zugunsten zusätzlicher expansiver Impulse eine Erhöhung der Staatsausgaben Vorrang hätte vor anderen Maßnahmen. So wären etwa der Eventualhaushalt des Bundes inkraft zu setzen, das Ausgabenvolumen der Länder zu erhöhen, das der Gemeinden zu stabilisieren, bevor in Betracht käme, den angesammelten Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer zurückzuzahlen. Denn nicht über die Belebung des privaten Verbrauchs wäre bei dieser Strategie der Abschwung abzufangen und der neue Aufschwung einzuleiten.

346. Vielmehr würde es den mittelfristigen Strukturzielen dieser Strategie entsprechen, wenn man auf die konsumanregenden Wirkungen einer Rückzahlung des Konjunkturzuschlags gar nicht angewiesen wäre und daher die Rückzahlung zeitlich so einrichten könnte, daß ein möglichst großer Anteil dieser Zwangssparsumme weiterhin — freiwillig — gespart würde. Eine Rückzahlung in einer Summe, statt auf Raten, wäre dem möglicherweise günstig, und ein Werben für die Anlage in Staatspapieren könnte vielleicht einen erheblichen Teil dieser Ersparnisse dorthin lenken, wo sie im beginnenden Aufschwung — als erste Stufe der Konsolidierung einer dauerhaften Staatsquote — besonders dringlich benötigt würden. Falls der neue Aufschwung schon Ende 1972 beginnt — was wir für nicht unwahrscheinlich halten —, stellt sich dies Konsolidierungsproblem schon 1973. Ihm kann nicht ausgewichen werden; denn andernfalls könnten sich die privaten Ansprüche an das Produktionspotential erneut vordrängen und damit den Erfolg der Strategie einer zukunftsgerechten Expansion zunichte machen. Selbst zusätzliche Sparanreize wären daher zu erwägen, um die zurückgehaltenen Konjunkturzuschläge nach Möglichkeit vom Konsum fernzuhalten. Schätzt man allerdings die Chancen gering ein, einen größeren Teil der zur Zurückzahlung anstehenden Beträge in freiwillig geschaffene Ersparnisse überzuleiten, so sollte die Rückzahlung abgeschlossen sein, bevor der nächste Aufschwung an Kraft gewinnt.

347. Die abnehmende Investitionsneigung in der Wirtschaft wird von Unternehmerseite vielfach auch im Zusammenhang mit der geplanten Steuerreform

gesehen, die insbesondere für hohe Einkommen eine höhere Steuerbelastung bringen soll. Dabei dürften unnötige Mißverständnisse dazu geführt haben, daß die Unternehmer ihre Rendite stärker bedroht sehen, als gerechtfertigt erscheint. Die Diskussion um die Steuerreform wird stark als Diskussion um eine gerechte Steuerlastverteilung geführt und wenig als Diskussion um die angestrebte volkswirtschaftliche Investitionsquote. Wird eine bestimmte private Investitionsquote angestrebt, so wird der Staat eine Politik treiben müssen, welche die Unternehmer zu den gewünschten Investitionen veranlaßt. Geschieht das, so werden die Unternehmer Nettogewinne haben, die zusammen mit den Ersparnissen der Nichtunternehmer diese Investitionen (und den Außenbeitrag) finanzieren. Zielt die Steuerreform also nicht auf eine niedrige Investitionsquote ab und bewirkt sie diese auch nicht, so werden höhere Spitzensteuersätze zwar die Verteilungsoptik des Steuersystems verbessern, auch eine Erhöhung des Preisniveaus bewirken, jedenfalls die Nettogewinne unberührt lassen. Aus dieser Zwangslage kommt eine um gerechtere Steuertarife bemühte Reformpolitik nicht heraus. Denn sie kann nicht treffen wollen, was sie trifft, die Investitionen, und sie trifft nicht, was sie treffen will, den Konsum der hohen Einkommensschichten, weil dort mit zunehmenden Einkommen die Verbrauchsausgaben vom Einkommen immer unabhängiger werden. Verteilungspolitik läßt sich nur als Vermögensbildungspolitik wirksam betreiben, flankiert durch Maßnahmen, die bei den dann sinkenden Gewinnen die Investitionsneigung der Unternehmer erhalten (JG 70 Ziffern 234 ff.). So schwer die Einsicht fällt: Es hat wenig Sinn über die Höhe der Gewinne zu rechten, solange man sie für die Finanzierung der Investitionen braucht.

Geld- und Kreditpolitik, Außenwirtschaftspolitik

348. Der Geld- und Kreditpolitik kommt unter den Bedingungen des Floating — ebenso: bei stets ausreichend breitem Kursband — aus den dargelegten Gründen eine sehr viel größere konjunkturpolitische Bedeutung zu als früher. Bei einer anderen als der hier erörterten mittelfristigen Perspektive für die Politik im gegenwärtigen Abschwung wäre dieser Spielraum auch — sobald der Zeitpunkt für stärkere Anregungen gekommen ist — voll zu nutzen, etwa bei einer Politik, die sich vor allem anderen die Wiederbelebung der Investitionsneigung zum Ziele setzte. Die Strategie der zukunftsgerechten Expansion hält hier zur Mäßigung an und teilt zunächst den wichtigeren Part der Finanzpolitik zu. Es sei dabei wiederholt, daß in dieser Rollenverteilung keine Regel zu sehen ist. Diese würde eher umgekehrt lauten.

349. Vielfach wird gefordert, daß zumindest mit Rücksicht auf die Lage in den außenwirtschaftlichen Bereichen, die von einem Zuviel an Aufwertung betroffen seien, jetzt rasch die Geld- und Kreditpolitik weiter gelockert werden sollte. Eine speziell die außenwirtschaftlichen Bereiche begünstigende monetäre Politik gibt es jedoch nicht. Die Geld- und Kreditpolitik muß daher an der konjunkturellen Gesamtlage orientiert bleiben. Wollte man den Satz der Höherbewertung der D-Mark verringern, ohne den Zins dafür als Mittel einzusetzen, so müßte man glaubwürdig machen, daß als Ergebnis des Realignments für den Dollarkurs der Mark etwas anderes zu erwarten ist, als die Devisenkurse heute an Erwartungen widerspiegeln.

350. Die Höherbewertung der D-Mark erklärt sich sicherlich nicht aus aktuellen internationalen Unterschieden in der Preisentwicklung (Ziffer 236). Sie ist Ausdruck der Erwartungen, die sich auf künftige Unterschiede im Erfolg der Stabilitätspolitik richten, sowie Ausdruck der Erwartungen über den Ausgang der amerikanischen Bemühungen um kräftige Aufwertungen der übrigen Währungen. Beides, letzteres wohl gegenwärtig dominant, bestimmt die Erwartungen über das Ergebnis des geplanten Realignments der Wechselkurse und auf diesem Wege die Kursbildung an den Devisenmärkten (Ziffer 242). Die Höherbewertung der D-Mark konstatiert also nicht einen stabilitätspolitischen Erfolg, sondern sie gibt ihn der Volkswirtschaft als Aufgabe — in der Form eines Vorhalteeffekts gleichsam, der 1969, bei der letzten Aufwertung, gefehlt hat. Der Fortgang der Geldentwertung im Ausland wird diesen Vorhalteeffekt rasch verringern, wenn die Aufgabe, das Kostenniveau und das Preisniveau zu stabilisieren, wieder besser bewältigt wird. Die Bundesrepublik ist auf dem Wege dahin. Unsere Diagnose und Prognose der Ausfuhrentwicklung weisen aus, daß und warum wir mit einem Einbruch bei der Entwicklung der Ausfuhr — er wäre Ausdruck mangelnder Anpassungsfähigkeit in der Preis- und Lohnentwicklung — nicht rechnen, sondern vielmehr mit einem zwar verlangsamten, aber weiterhin deutlichen Anstieg. Die gestellte Aufgabe sollte daher nicht für zu schwer gehalten werden.

351. Die Einstellung vorausgesetzt, daß ohne Widerstand hinzunehmen ist, wenn sich die Expansion unserer Ausfuhr vorübergehend deutlich verlangsamt, liegt das wichtigste Anpassungsproblem der Außenwirtschaft wohl nach wie vor weniger darin, daß der gewogene Satz der Höherbewertung der D-Mark zu groß ist, als vielmehr darin, daß sich die Wettbewerbsposition gegenüber bestimmten Ländern abrupt verschlechtert hat. Hierauf hat die Kreditpolitik keine passende Antwort.

Unter den Ländern, in die der Export besonders stark erschwert ist, stehen die Vereinigten Staaten vorne an, weil hier zur Höherbewertung der Mark die amerikanische Importabgabe sowie die Diskriminierung der ausländischen Investitionsgüter bei der Investitionsförderung hinzukommen. Das trifft die Amerikaausfuhr der Bundesrepublik besonders stark.

352. Die amerikanische Importsteuer hat in der Welt viel Empörung ausgelöst, aber auch Verständnis gefunden, weil sich die Vereinigten Staaten bei dem Versuch, die Überbewertung des Dollars zu

beseitigen, nicht in der gleichen Lage befinden wie andere Länder, die ihre Währung abwerten wollen. Die Diskriminierung der Investitionsgütereinfuhr ist mit dieser Zwangslage nicht zu erklären. Hier handelt es sich um gezielten Protektionismus, für den kaum das Etikett Fairneß im Wettbewerb paßt. Die Dreifachbelastung macht für Teile der Investitionsgüterausfuhr nach den Vereinigten Staaten mehr als 25 vH aus. Da die Bundesrepublik zu den am meisten betroffenen Ländern gehört, wäre es für sie besonders bedeutsam, die Vereinigten Staaten von diesem schweren Rückfall in den Protektionismus doch noch abzubringen.

353. Der Art nach gleiche, wenn auch dem Gewicht nach geringere Probleme entstehen dadurch, daß einzelne Länder durch administrative Maßnahmen einer Höherbewertung ihrer Währung, die sich vom Markt her ergeben hätten, entgegen wirkten. Das geplante Realignment soll dies bereinigen und für die Vereinigten Staaten eine Überleitung ihrer importhemmenden Maßnahmen in eine endgültige Abwertung des Dollars ermöglichen.

354. In der Diskussion um das Realignment wird oft nur gesehen, daß das Verlangen der Vereinigten Staaten nach einer De-facto-Abwertung des Dollars ihre Einfuhr und damit die Ausfuhr der übrigen Welt hemmen soll. Weniger wird gesehen, daß dies Verlangen auch das Angebot einschließt, die eigenen Waren billiger als bisher herzugeben. Den Vereinigten Staaten wird seit langem vorgeworfen, sie verschafften sich durch die Überbewertung des Dollar künstlich Vorteile im realen Austauschverhältnis des Handels und finanzierten die dabei entstehenden Defizite durch die Schaffung von Geld, das die ausländischen Zentralbanken aufnehmen müssen. Wer dies bejaht, muß eine kräftige De-facto-Abwertung des Dollars wünschen, und zwar aus eigenem Interesse, nicht etwa weil er erwartet, daß sich die Vereinigten Staaten in einem wirtschaftlichen Machtkampf letztlich doch durchsetzen würden. Eine Abwertung des Dollars — formell oder de facto —, verbunden mit einer Aufgabe des Dollarstandards, ist kein Erfolg der Vereinigten Staaten im internationalen Gerangel um günstige Terms of Trade. Daß ihre Partner dann bestimmte Waren, die sie bisher gleichsam zu billig hergegeben haben, nicht mehr exportieren können, ist lediglich ein Anpassungsproblem, keine Frage eines dauerhaften Opfers zugunsten der Vereinigten Staaten. Solange die importhemmenden Maßnahmen in Kraft sind, verkaufen die Vereinigten Staaten allerdings ihre Ausfuhrgüter, gemessen an dem, was sie für Importe zahlen, immer noch zu teuer.

355. Vorläufig müssen Unternehmen, die stark auf den Export von Investitionsgütern nach Amerika eingestellt sind, starke Belastungen auf sich nehmen, wenn sie gezwungen sind, die Importsteuer und die Diskriminierung der ausländischen Investitionsgüter durch Preiszugeständnisse zu unterlaufen oder große mengenmäßige Einbußen hinzunehmen. Hier könnte sich die Frage nach Überbrückungshilfen stellen. Uns ist nicht bekannt, wie viele Unternehmen tatsächlich in ihrer Existenz bedroht sind, da sich das Problem nicht auf der Ebene ganzer Branchen stellt.

Gezielte Hilfsmaßnahmen des Staates sind die ultima ratio der Wirtschaftspolitik. Selten läßt sich befriedigend ermitteln, wo unternehmerisches Versagen, unvermeindlicher Strukturwandel, oder unzumutbare Wechselhaftigkeit der Politik ein Unternehmen oder Teile einer Branche in Schwierigkeiten gebracht haben.

Kanada wehrt sich gegen die Herausforderung der amerikanischen Maßnahmen, indem es den heimischen Exporteuren direkte Hilfen gewährt. Würden das alle Länder tun, träfe die befürchtete Eskalation von Maßnahmen und Gegenmaßnahmen möglicherweise ein. Außerdem könnten globale Hilfsmaßnahmen den in jedem Falle nötigen Anpassungsprozeß zu stark hemmen.

Aus diesen Gründen sollte wohl der Anpassungsfähigkeit des einzelnen Unternehmens die Hauptlast zufallen. Erst wenn alle Möglichkeiten der Anpassung der einzelnen Unternehmen ausgeschöpft sind, wobei Übergangsverluste nicht unzumutbar sind, sollte einer unerwünschten Überanpassung an nur zeitweise verschlechterte Wettbewerbsbedingungen durch staatliche Hilfe entgegengewirkt werden. Kredithilfen hätten Vorrang vor anderen Subventionen, damit das Risiko gering bleibt, daß Geschäftszweige gestützt werden, die ohnehin am Verdorren sind.

Strukturhilfen

356. Außer von exportorientierten Industrien gibt es auch Hilfsbegehren — und sie werden sich mehren — von Regionen und Branchen, die sich als besonders konjunkturempfindlich erweisen. Es gibt berechtigte Klagen über die Wechselhaftigkeit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; es gibt aber auch Klagen, die diesen Grund nur als Deckmantel für das Verlangen nach Unterstützung nutzen, die ein Ausweichen vor dem gesamtwirtschaftlich erwünschten Strukturwandel erlauben sollen. Das Problem am Ursprung lösen wollen, hieße eine konsequent auf Verstetigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gerichtete Politik treiben müssen. Dann ließe sich die Strukturschwäche einer Branche nicht schon deshalb als konjunkturelles Problem ausgeben, weil sie zuvor durch eine Situation allgemeiner Übernachfrage verdeckt war.

Trotz der Unwegsamkeit abseits des Pfades der Globalsteuerung kann sich der Staat dem Problem kumulierter Beschäftigungsrisiken in konjunkturempfindlichen Regionen und in konjunkturempfindlichen Branchen nicht völlig versagen, wenn er zeitweise keine auf Verstetigung der konjunkturellen Entwicklung ausgerichtete Politik betreiben kann. Das gilt um so mehr, wenn die Politik — wie es teilweise der Fall war — sogar prozyklisch ist. Die Sicherheitsmarge, die Unternehmen und Regionen einkalkulieren müssen, um gegen die Wechselfälle heftiger konjunktureller Schwankungen gewappnet

zu sein, müßte zu groß sein, als daß ein optimaler Einsatz der Produktivkräfte gewährleistet werden könnte.

357. Unter den Maßnahmen, die als Strukturhilfen im Abschwung in Betracht kommen, kann als unbedenklich nur gelten, daß in konjunkturempfindlichen Regionen Infrastrukturinvestitionen, die dort ohnehin vorgesehen sind, zeitlich vorgezogen werden. Besonders problematisch hingegen sind Adhoc-Maßnahmen zur räumlich gezielten Förderung privater Investitionen. Die Erfahrungen mit der Expansionspolitik in der Rezession 1967, so etwa mit den Investitionszuschüssen in Gebieten des Kohlebergbaus, lehren, daß auf diese Weise leicht Subventionen für Investitionen gezahlt werden, die ohnehin getätigt worden wären oder die erst in einer Konjunkturphase realisiert werden, in der Investitionsförderung keinesfalls mehr konjunkturgerecht ist. In Betracht käme, die Mittel für die laufenden regionalen Aktionsprogramme zu erhöhen. Doch auch hier sollten hinsichtlich der Wirkungsverzögerung einer verstärkten Wirtschaftsförderung keine sehr großen Hoffnungen bestehen. Erfahrungsgemäß muß man die Investitionsanreize sehr hoch ansetzen, um in Zeiten des konjunkturellen Abschwungs Standortentscheidungen zugunsten strukturschwacher Räume zu beeinflussen oder die Investitionsneigung der dort ansässigen Unternehmen zu beleben.

Alternativen

358. Die mittelfristig angelegte Strategie einer zukunftsgerechten Expansion ist darauf ausgerichtet, im konjunkturellen Abschwung die Grundlagen für eine Rückkehr zur Stabilität des Preisniveaus zu schaffen und eine spannungsfreie Expansion vorzubereiten. Sie geht davon aus, daß es zu den Strukturzielen der Gesellschaft gehört, dem Staat — stabilitätskonform — einen dauerhaft höheren Anteil am Produktionspotential der Volkswirtschaft zu sichern. Zeitpunkt und Spielraum für expansive Maßnahmen werden zunächst von der Einkommenspolitik der autonomen Gruppen abhängig gemacht.

Neben der Strategie der zukunftgerechten Expansion (I) sind andere Strategien einer Wirtschaftspolitik im Abschwung denkbar, von denen wir zwei hinsichtlich der Maßnahmen und deren Auswirkungen zu charakterisieren versuchen,

- eine Strategie (II), die im Hinblick auf die Stärke der expansiven Impulse der zuvor erörterten Strategie gleicht, jedoch dem Staat keinen höheren Anteil einräumt, sondern von mittelfristig konstanten Anteilen der großen volkswirtschaftlichen Aggregate ausgeht,
- eine Strategie (III), die auf einer anderen Entscheidung im Konflikt zwischen Geldwertstabilität einerseits und Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum andererseits beruht, stärker das Ziel der Vollbeschäftigung betont und daher stärkere expansive Impulse vorsehen muß.

359. Bei den Alternativen zur Strategie der zukunftsgerechten Expansion stellen sich viele Probleme ebenso, wie sie zuvor erörtert wurden. Die Unterschiede liegen in erster Linie darin, daß bei veränderten Zielsetzungen veränderte Folgerungen für die Politik zu ziehen sind. Unterschiede gibt es jedoch auch bei dem, was von der Einkommenspolitik erwartet werden kann.

Die Strategie II macht wie die Strategie I expansive Maßnahmen davon abhängig, daß die Lohnentwicklung zuvor stabilisierungskonform wird. Wird sie es nicht und meiden die Unternehmen Arbeitskonflikte, so kann der Grund hierfür letztlich nur sein, daß sie ihre Preiserhöhungsspielräume noch immer günstig einschätzen, der anregenden Wirkung kreditpolitischer und fiskalpolitischer Maßnahmen nicht bedürfen. Wirkt die Lohnpolitik stabilisierungskonform, so gälte es, sie dabei zu halten. Vorsicht in der Expansionspolitik wäre bei der Strategie II dringender als bei der Strategie I, da bei Strategie II die Friktionen in der Beschäftigung vermieden werden, die einen beschleunigten Strukturwandel, wie er Strategie I kennzeichnet, zu begleiten pflegen.

In der Strategie III hat die Sicherung der Vollbeschäftigung Vorrang. Hier wird eine stabilitätskonforme Einkommenspolitik nicht abgewartet. Soll der hohen Gefährdung des Geldwertes, die diese Strategie einschließt und die über das Jahr 1972 hinausreicht, entgegengewirkt werden, so müßte der Staat Zuflucht bei Eingriffen in die freie Preis- und Lohnbildung suchen. Wir gehen jedoch davon aus, daß dies wegen der schweren ordnungspolitischen Bedenken auch dann nicht geschähe, wenn der Staat sich zu dieser Strategie entschlösse. Im ganzen halten wir diese Strategie für nicht mit den Zielen vereinbar, auf die unsere Arbeit bezogen sein soll; denn sie würde eines der Ziele, das Ziel der Geldwertstabilität, dauerhaft hintansetzen. Da aber wohl bald das Drängen auf starke expansive Impulse zunehmen wird, legen wir dar, welche Wirkungen wir von einer Politik erwarten, die solchem Drängen nachgibt.

360. Wir haben drei Sätze von Annahmen über das Verhalten der autonomen Gruppen und der wirtschaftspolitischen Instanzen gebildet, auf sie unsere Schätzungen über die Entscheidungen in den Unternehmen und in den privaten Haushalten gegründet und diese Schätzungen dem Konsistenztest der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung unterzogen. Das Ergebnis ist in Tabelle 25 mitgeteilt.

361. Im einzelnen haben wir angenommen

für die Strategie I:

- Die Lohnpolitik ist kostenniveauneutral unter Berücksichtigung der für die Einkommenspolitik relevanten Preissteigerungen (Ziffer 338). Die folgenden Annahmen stehen unter der Bedingung, daß sich dies schon bei den Tarifabschlüssen im Bereich der Metallindustrie sowie im öffentlichen Dienst zeigt.
- Die öffentliche Hand vollzieht die geplanten Haushalte ohne Rücksicht auf die konjunk-

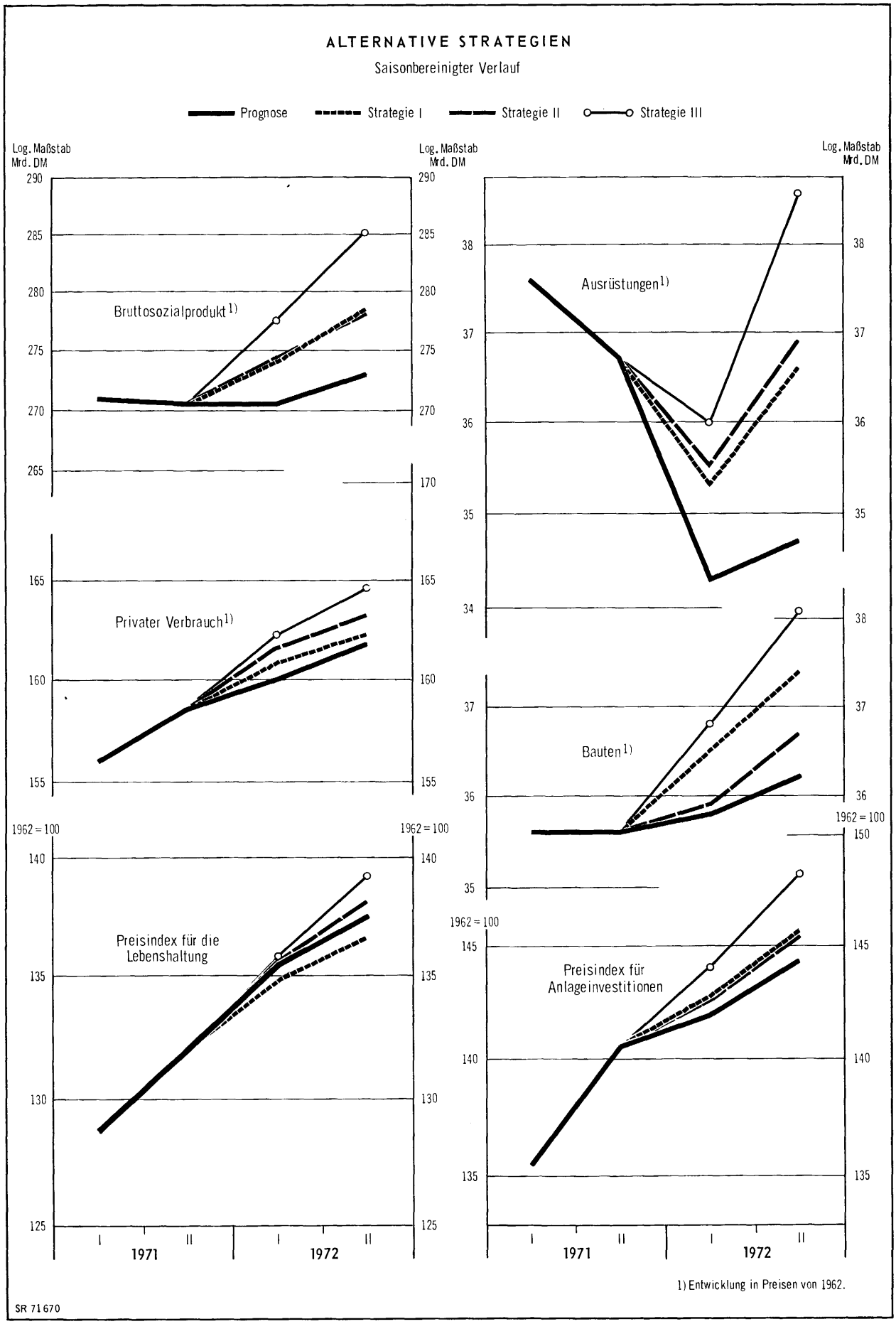
Tabelle 25

Daten zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung für das Jahr 1972

Veränderung gegenüber 1971 in vH

	Prognose	Strategien		
		I	II	III
Verwendung des Sozialprodukts				
Privater Verbrauch	6,5	6½	7½	8½
Staatsverbrauch	12,5	13½	12½	14
Bruttoanlageinvestitionen	1,0	6	4½	10
Ausrüstungen	−5,5	−½	1	5
Bauten	6,0	11	7½	14
Öffentliche Bauten	(10,5)	(18)	(10½)	(18)
Ausfuhr	6,0	6	6½	8
Einfuhr	2,5	3½	3½	6
Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen	6,0	8	8	11
Preisentwicklung				
Privater Verbrauch	4,5	4 bis 4½	4½ bis 5	5½
Bruttoanlageinvestitionen	3,5	4½	4 bis 4½	6
Bruttosozialprodukt	5,0	5	5 bis 5½	6
Entstehung des Sozialprodukts				
Erwerbstätige	−1,5	−1	−1	−½
Arbeitszeit	−1,0	− ½	− ½	0
Produktivität	3,5	3½	3½	5½
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962	1,0	2½	2½	5
Verteilung des Volkseinkommens				
Bruttoeinkommen				
aus unselbständiger Arbeit	5,5	6	6½	8½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschließlich Staat)	5,5	11	9	15½
Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)	5,5	7½	7½	11
Nettoeinkommen				
aus unselbständiger Arbeit	6,0	6½	9	10½
aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (ohne Staat)	6,5	13½	12	19½
Nachrichtlich:				
Konjunktureller Effekt der öffentlichen Haushalte (Mrd. DM)	+4	+8½	+10	+15½

Schaubild 33



1) Entwicklung in Preisen von 1962.

turelle Entwicklung der Steuereinnahmen. Auch den Gemeinden wird nötigenfalls ermöglicht, diesen Grundsatz einzuhalten.

— Der Eventualhaushalt des Bundes wird in Kraft gesetzt (2,5 Mrd. DM). Die Länder beschließen Zusatzhaushalte etwa gleicher Größenordnung. Zur Finanzierung ziehen Bund und Länder ihre Konjunkturausgleichsrücklagen heran.

— Die Kreditpolitik bewirkt eine mäßige Senkung des Zinsniveaus. (Der Kurs der Bundesbank wird nur dann weiter gelockert, wenn sich zeigt, daß die konjunkturelle Abschwächung stärker ist, als wir in unserer Prognose angenommen haben.)

— Der Wechselkurs der Mark bleibt so flexibel, daß eine wirksame Zinspolitik betrieben werden kann. (Die angenommene Senkung des Zinsniveaus läßt also den Wechselkurs der Mark leicht sinken, begünstigt daher nicht nur die Inlandsnachfrage, sondern auch die Ausfuhr und hemmt die Einfuhr.)

für die Strategie II:

— Die Lohnpolitik ist kostenniveauneutral unter Berücksichtigung der für die Einkommenspolitik relevanten Preissteigerungen. Die folgenden Annahmen stehen auch hier unter der Bedingung, daß die bevorstehenden Tarifabschlüsse dies schon zeigen.

— Die öffentliche Hand vollzieht die geplanten Haushalte ohne Rücksicht auf die konjunkturelle Entwicklung der Steuereinnahmen. Auch den Gemeinden wird nötigenfalls ermöglicht, diesen Grundsatz einzuhalten.

— Der Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer (5,8 Mrd. DM) wird im Laufe des Jahres 1972 in mehreren Raten voll zurückgezahlt. (Mittel für den Eventualhaushalt des Bundes sowie für Zusatzhaushalte der Länder werden nur freigegeben, wenn sich zeigt, daß die konjunkturelle Abschwächung wesentlich stärker wird, als in der Prognose angenommen ist.)

— Die Geld- und Kreditpolitik bewirkt eine kräftige Senkung des Zinsniveaus.

— Der Wechselkurs der Markt bleibt so flexibel, daß die Zinspolitik wirksam wird und auch auf den Außenhandel durchschlägt.

für die Strategie III:

— Die öffentliche Hand vollzieht die geplanten Haushalte ohne Rücksicht auf die konjunkturelle Entwicklung der Steuereinnahmen. Auch den Gemeinden wird nötigenfalls ermöglicht, diesen Grundsatz einzuhalten.

— Der Eventualhaushalt des Bundes wird in Kraft gesetzt. Die Länder beschließen Zusatzhaushalte etwa gleicher Größenordnung.

— Der Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer wird im Laufe des Jahres 1972 in mehreren Raten voll zurückgezahlt.

— Die Geld- und Kreditpolitik bewirkt eine sehr kräftige Senkung des Zinsniveaus.

— Der Wechselkurs der Mark bleibt so flexibel, daß die Zinspolitik wirksam wird und auch auf den Außenhandel durchschlägt.

362. Wie Tabelle 25 zeigt, werden die Unterschiede zwischen den drei Strategien in den Veränderungsraten des Jahresvergleichs 1972 gegen 1971 nur wenig sichtbar. Bis weit über die Jahreswende hinaus halten wir die Entwicklung für festgelegt; danach beginnen sich Unterschiede in der Politik und im Verhalten der autonomen Gruppen auszuwirken. Unsere Vorstellungen über diese Wirkungen im Verlauf des Jahres 1972 zeigt Schaubild 33. Für Fernwirkungen der drei Strategien, etwa in das Jahr 1973 hinein, sind quantitative Schätzungen unmöglich. Doch auf die Tendenzen im Jahre 1972 kann und muß später die Politik gegründet werden, die die Entwicklung weiterführt. So gesehen enthalten diese Tendenzen schon mehr Zukunft, als unsere Schätzmethoden anzugeben erlauben.

363. Was die Strategie I angeht, so erwarten wir, daß die einkommenspolitisch abgesicherten Expansionsmaßnahmen einen weiteren Rückgang in der Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts verhindern werden. Die Auslastung des (gewachsenen) Produktionspotentials nimmt nur etwa im gleichen Maße ab wie 1971. Diese Entwicklung wird vor allem getragen — wie es hier beabsichtigt ist — von den zusätzlichen öffentlichen Ausgaben, insbesondere den öffentlichen Investitionen. Reaktionen erwarten wir aber auch schon bei den Investitionen der Unternehmen, zumindest in der zweiten Hälfte des Jahres. Der Rückgang der Investitionsausgaben wird aufgehalten; im späteren Verlauf des Jahres kommt es sogar wieder zu einer Aufwärtsbewegung. Den prognostizierten Anstieg der Verbraucherpreise hatten wir fast vollständig für unvermeidlich zu halten (Ziffer 322). Auch eine auf Stabilisierung des Kostenniveaus ausgerichtete Lohnpolitik kann hier also nicht schon bald merklich mehr bringen, als es die starke Nachfrageabschwächung vermag, die das Bild der Status-quo-Prognose bestimmt.

364. Eine Politik nach der Strategie II hätte ihre Hauptwirkungen darin, daß der private Verbrauch Konjunkturstütze bliebe und daß bei den Ausrüstungsinvestitionen nicht nur die Gefahr eines kumulativen Abschwungs gebannt, sondern im Verlauf des Jahres ein neuer Aufschwung eingeleitet würde. Das reale Sozialprodukt würde etwa in gleichem Maße zunehmen wie bei Strategie I, die Expansion wäre allerdings mit einem etwas stärkeren Preisauftrieb verbunden, weil die anregenden Maßnahmen globaler wirkten und daher in größerer Breite neue Preiserhöhungsspielräume schüfen.

365. Nicht überraschen kann, daß sich bei einer Politik nach der Strategie III Preissteigerungen ergeben, die den inflationären Prozeß der Jahre 1970/71 ungebrochen fortsetzen. Die schon absehbare Abkühlung des Preisklimas bliebe aus. Allerdings wären die Gewinne für Vollbeschäftigung und Wachstum, wenn auch nicht unbedingt über 1972 hinaus, nicht gering. Im zweiten Halbjahr, so erwarten wir, käme eine kräftige Investitionskonjunktur

in Gang. Der private Verbauch wäre von der Lohnseite und der Rückzahlung des Konjunkturzuschlags gestützt. Die Staatsausgaben würden wegen der hier angenommenen Konjunkturprogramme, aber auch wegen kräftiger Lohnerhöhungen außerordentlich stark zunehmen. Da sich aus der unterstellten drastischen Zinssenkung ein entsprechender Abwertungseffekt für die D-Mark ergäbe, würde auch die Ausfuhr profitieren und den Anschluß an frühere Zuwachsraten im Verlauf des Jahres 1972 fast wiedergewinnen.

Es sei wiederholt: Wir geben mit diesen Ergebnissen unserer Schätzung zur Strategie III nur unserer Vorstellung darüber Ausdruck, was eine Politik erreichen könnte, die jede Rücksicht auf den Geldwert fahren ließe. Es handelt sich nicht um ein Programm, das wir als Möglichkeit zur Beseitigung oder Vermeidung von Fehlentwicklungen zur Diskussion stellen könnten.

366. Zur Wahl stehen der Stabilitätspolitik, hält sie sich an die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes, Strategien vom Typ I und II, auch Zwischenformen — oder, versagt sich die Einkommenspolitik, eine Entwicklung, wie wir sie in unserer Prognose gekennzeichnet haben. Dies gilt für die gegenwärtige Situation, so wie wir sehen. Bei allem ist auf die große Unsicherheit zu verweisen, unter der unsere Schätzungen erstellt sind. In wenigen Monaten kann sich der Bedarf an konjunkturpolitischen Eingriffen entscheidend anders darstellen.

367. Die Wirtschaftspolitik hat die Chance für eine Rückkehr zur Stabilität noch einmal geschaffen. Man mag verzagt sein, weil trotz der Risiken, die die gegenwärtige Situation einschließt, der Erfolg nicht wenigstens unmittelbar bevorsteht. Die Chance auslassen, kann jedoch heißen, sie für lange auslassen.

Konsumwünsche und Investitionsbedarf haben sich verlagert, beide hin zu Leistungen, die der Staat erbringt. Dies mag die Entscheidung zwischen den Alternativen erleichtern, wenn der Staat sich zutraut, die Bevölkerung für die Einsicht zu gewinnen, daß sie künftig — nicht nur 1972 — mehr für das tun muß, was sie vom Staat fordert. In einer freiheitlichen Gesellschaft entscheidet nicht der Staat allein darüber, inwieweit er die von ihm erwarteten Leistungen erbringen kann, ohne daß die Wirtschaft das Gleichgewicht verliert. Aus der Zwangsläufigkeit gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge heraus ergibt sich, daß im Verteilungskampf der Gruppen kaum über Verteilungsgerechtigkeit entschieden wird, wohl aber darüber, ob der Bedarf der Zukunft gegen den Bedarf der Gegenwart eine gute Chance hat.

Minderheitsvotum: Zur Frage der wirtschaftspolitischen Strategie

368. Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Claus Köhler, vertritt zur Frage der wirtschaftspolitischen Strategie eine von der Mehrheit abweichende Meinung. Er ist der Auffassung, daß zur gleichzeitigen Verwirklichung der — gegenwärtig verletzten oder gefährdeten — Ziele eher eine mittelfristige Verstetigungsstrategie beitragen kann, die konsequent darauf gerichtet ist, die Nachfrage den Angebotsmöglichkeiten anzupassen. Die Haltung der Ratsmehrheit, den wirtschaftspolitischen Kurs von der Einkommenspolitik der autonomen Gruppen abhängig zu machen, würde die, nach Ansicht der Minderheit, in der jetzigen Abschwungsphase notwendige Gegensteuerung solange verzögern, daß Zielkonflikte entstünden, die das auch von der Ratsmehrheit gewünschte Einschwenken auf einen mittelfristigen Gleichgewichtspfad verhindern würden (Ziffer 320). Die Minderheit begründet diese Ansicht in den Ziffern 369 bis 376.

369. Die mittelfristige Verstetigungsstrategie versucht ein Nachfragevolumen zu realisieren, das den Angebotsmöglichkeiten in der Wirtschaft entspricht, das heißt sie richtet den wirtschaftspolitischen Mitteleinsatz an der Wachstumsrate des Produktionspontentials und der ihr adäquaten Zuwachsrate der Nachfrage aus und nicht an akuten Fehlentwicklungen, wie Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit. Zwar wird es auch einer mittelfristig ausgerichteten Verstetigungspolitik bei den heutigen Kenntnissen über die ökonomischen Zusammenhänge nicht gelingen, die wirtschaftliche Entwicklung völlig zu verstetigen, jedoch kann sie die zyklischen Ausschläge verringern und damit wesentlich zur Vermeidung von Zielkonflikten beitragen.

370. Zielkonflikte sind die kaum vermeidbare Folge einer Strategie, die sich an Fehlentwicklungen orientiert, das heißt die erst in den Wirtschaftsablauf eingreift, wenn eine Fehlentwicklung bereits eingetreten ist, und die so lange ihren Kurs beibehält, wie die Fehlentwicklung noch anhält. Ein Beispiel hierfür liefert der jetzt zu Ende gehende fünfte Nachkriegszyklus. Fiskal- und Kreditpolitik haben ab 1967 die wirtschaftliche Entwicklung so lange angeregt, bis die Arbeitslosigkeit beseitigt war. Dem aus diesen Eingriffen resultierenden expansiven Prozeß wurde erst begegnet, als die Preise schon wieder deutlich zu steigen begannen. In der Abschwungsphase, die 1969 begann, ist die Wirtschaftspolitik bestrebt, solange restriktiv zu bleiben, wie die Fehlentwicklung Preissteigerung sichtbar ist. Die zu Beginn des letzten Jahresdrittels 1971 sich erneut zeigende Nachfrageabschwächung und die fortschreitende Entspannung am Arbeitsmarkt sowie die noch hohen Preissteigerungsraten machen den bei dieser Strategie entstehenden Zielkonflikt deutlich. Die wirtschaftliche Entwicklung wird dabei immer wieder übersteuert, denn Preise und Arbeitslosenziffern sind Spätindikatoren. Wirtschaftspolitische Maßnahmen danach auszurichten, heißt zu spät einzugreifen und zyklische Schwankungen eher zu verstärken als zu verringern.

371. Bei einer mittelfristigen Verstetigungsstrategie wird versucht, den Zielkonflikt erst gar nicht entstehen zu lassen. Nicht dem jeweils verletzten Ziel wird Priorität eingeräumt, sondern es werden Bedingungen angestrebt (Nachfrage gleich Produktionspotential), die es ermöglichen, die wirtschaftspolitischen Ziele gleichzeitig zu erreichen. Wenn

die Nachfrage den Angebotsmöglichkeiten entspricht, sind drei der im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz genannten wirtschaftspolitischen Ziele weitgehend realisiert: Preisstabilität, Vollbeschäftigung und ein angemessenes Wachstum. Die Wirtschaftspolitik kommt in diesem Fall auch dem Ziel eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts näher, da die Tendenz steigender Exportquoten bei zyklischer Entwicklung und damit die Tendenz zu fundamentalen Ungleichgewichten in der Leistungsbilanz abgeschwächt wird.

372. Die Gefahr, die wirtschaftliche Entwicklung durch an Fehlentwicklungen orientierte Eingriffe zu übersteuern und damit die Gefahr von Zielkonflikten, wird um so größer, je geringer die Wachstumsraten des Produktionspotentials sind. Je schmaler der Puffer zwischen Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit, nämlich das reale Wachstum, ist, desto schneller und stärker führt eine restriktive Politik von Preissteigerungen zur Arbeitslosigkeit und umgekehrt. In den ersten drei Nachkriegszyklen in der Bundesrepublik zum Beispiel, in denen der Rückgriff auf ein noch unbeschäftigtes Arbeitspotential ein vergleichsweise hohes Wachtsum ermöglichte, folgten kontraktiven Eingriffen kaum nennenswerte Steigerungen der Arbeitslosenquote. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts unterschritt selbst in den Rezessionsjahren 1958 und 1963 nicht die Rate von rund 3½ vH. Anders im vierten Nachkriegszyklus: Das Angebot konnte weitgehend nur noch durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität ausgedehnt werden. Die darüber hinausgehende Zunahme der Nachfrage führte zu Preissteigerungen. Als daraufhin von der Wirtschaftspolitik restriktiv eingegriffen wurde, kam es relativ schnell zur Stagnation — 1967 unterschritt das reale Bruttoinlandsprodukt sogar das Vorjahresniveau —, und es entstand Arbeitslosigkeit. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich auch im fünften Konjunkturzyklus ab.

373. Die mittelfristige Strategie weicht der Gefahr von Zielkonflikten, die durch eine tendenzielle Verlangsamung des potentiellen Wachstums erhöht würde, aus. Bei dieser Strategie werden Maßnahmen nämlich nicht erst durch die Fehlentwicklungen, sondern bereits durch Abweichungen der Nachfrage von den — weitgehend als gegeben zu betrachtenden — Angebotsmöglichkeiten ausgelöst. Die Wirtschaftspolitik orientiert sich dabei vor allem an Indikatoren der Nachfrageentwicklung, wie etwa dem Index der Auftragseingänge. Permanente Diagnosen der Nachfrageentwicklung ermöglichen ein frühzeitiges und dosiertes Eingreifen in den Wirtschaftsablauf, wenn die Ziele gefährdet, aber noch nicht verletzt sind.

374. Bedeutsam, auch in einer mittelfristigen Verstetigungsstrategie, ist das Verhalten der Sozialpartner. Es hängt einmal ab von ihren verteilungspolitischen Konzepten und zum anderen von der konjunkturellen Entwicklung. Verantwortung können die Sozialpartner nur für das Verhalten tragen, das aus ihren verteilungspolitischen Konzepten resultiert. Keine Mitverantwortung kann ihnen dagegen am konjunkturellen Geschehen auferlegt werden, wenn die wirtschaftliche Entwicklung sich in zyklischen Schwankungen vollzieht (Minderheitsvotum JG 70 Ziffern 297 ff.). Nur in einer stetiger verlaufenden Entwicklung ist es möglich, die Grenzen der Verteilungsstrategien deutlich zu machen, die die Sozialpartner zu beachten haben, wenn sie gesellschaftlichen Frieden einerseits und ungestörte Investitionstätigkeit andererseits aufrechterhalten wollen. Gelingt es der Regierung, den Wirtschaftsablauf zu verstetigen, kann sie sich auf die Verantwortung der Sozialpartner berufen. Mit den wirtschaftspolitischen Zielen vereinbar sind unterschiedliche Verteilungskonzepte. Hierüber zu einem Konsensus zu gelangen, wäre der wesentliche Beitrag der Sozialpartner für die Stabilitätspolitik.

375. In der gegenwärtigen konjunkturellen Phase kommt es darauf an, der Nachfragedämpfung solange entgegenzuwirken, wie die Nachfrage auf einem unzureichenden Niveau verharrt oder weiter abzusinken droht. Wird den rezessiven Tendenzen nicht ausreichend gegengesteuert und entsteht daraufhin Arbeitslosigkeit, werden massive Ausgabenerhöhungen öffentlicher Haushalte unvermeidlich sein. Wiederum besteht dann die Gefahr der Übersteuerung und neuer Preissteigerungen. Wenn diese Entwicklung vermieden werden soll, müssen Regierung und Bundesbank ihren in Ansätzen bereits erkennbaren Kurs einer mittelfristigen Verstetigungsstrategie konsequenter fortsetzen. Im Jahre 1971 haben Bund und Länder, obwohl sie offiziell der Preisstabilität Priorität eingeräumt und deshalb Ausgabenkürzungen beschlossen hatten, in ihrer Haushaltspolitik expansiv gewirkt. Hier bedeutet Konsequenz für 1972: die Ausgaben über den Haushaltsansatz hinaus mit Hilfe des Eventualhaushalts von Jahresbeginn an kontinuierlich zu erhöhen. Reicht das nicht aus, um den Rückgang der Nachfrage abzufangen, wäre an eine schrittweise Rückzahlung des Konjunkturzuschlags zur Einkommensteuer zu denken. Die Bundesbank hat durch die Diskontsenkung im Oktober 1971 sowie durch die Mindestreservesenkung im November 1971 zu erkennen gegeben, daß sie der Nachfragedämpfung gegensteuern will. Weitere kreditpolitische Erleichterungen sollten nach und nach folgen.

376. Bei Anwendung der mittelfristigen Verstetigungsstrategie müßte in der gegenwärtigen Phase hingenommen werden, daß die derzeit noch hohen Preissteigerungen langsamer abgebaut würden als bei einer Strategie, die die Nachfrage noch weiter unter die Angebotsmöglichkeiten drückt und damit eine neue Fehlentwicklung riskiert. Dieser Nachteil der mittelfristigen Verstetigungsstrategie ist gering gegenüber dem Vorteil, Zielkonflikte, das sich daraus ergebende direkte Umschalten von Expansion auf Kontraktion und umgekehrt und damit ein Übersteuern der konjunkturellen Entwicklung von vornherein weitgehend zu vermeiden. Diese Zusammenhänge der Öffentlichkeit plausibel zu machen, ist eine wichtige Aufgabe. Denn noch ist die Öffentlichkeit daran gewöhnt, daß die Regierung erst gegensteuert, wenn die Preise schon steigen oder Arbeitslosigkeit besteht.

* * *

VIERTES KAPITEL

Für eine konsequente Wettbewerbspolitik

377. Wettbewerb ist eine tragende Säule unserer marktwirtschaftlichen Ordnung, ihn wirksam zu erhalten, eine staatliche Aufgabe von hohem Rang. In der Bundesrepublik Deutschland soll vor allem das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) dafür sorgen, daß auf den Gütermärkten Wettbewerb herrscht. Im Mittelpunkt dieses Gesetzes steht das Verbot von Kartellen und von wettbewerbsbeschränkenden Praktiken. Dieses Verbot hat sich im Prinzip bewährt. Die ebenfalls im Gesetz geregelte Kontrolle des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht durch marktbeherrschende Unternehmen ist dagegen weitgehend unwirksam geblieben. Gar nicht vorgesehen ist im Gesetz die Möglichkeit, das Entstehen wirtschaftlicher Macht durch Unternehmenszusammenschlüsse zu verhindern.

In den letzten Jahren wird erneut eine Novellierung des Gesetzes diskutiert, die diesen Mängeln Rechnung tragen soll. Gegenwärtig liegt dem Bundestag ein Entwurf der Bundesregierung zur Änderung des Gesetzes [1]) zur Beschlußfassung vor. Wird der Entwurf zum Gesetz, dann wird es in Deutschland eine Fusionskontrolle geben; das wäre ein Markstein in der Geschichte der Wettbewerbspolitik.

378. Wettbewerb kann als Ziel wie auch als Mittel der Wirtschaftspolitik verstanden werden. Wettbewerb ist vor allem eng mit dem Ziel der individuellen Freiheit verknüpft. Sinnvoll erscheint es, ihn als Wahlfreiheit zu interpretieren. Jeder Käufer, ob Unternehmer oder Konsument, soll grundsätzlich zwischen mehreren Lieferanten, jeder Verkäufer zwischen mehreren Abnehmern wählen können. Jeder Arbeitnehmer soll die Freiheit der Wahl zwischen einer ausreichenden Zahl voneinander unabhängiger Arbeitgeber haben. Auch die wirtschaftliche Selbständigkeit sollte für diejenigen, die danach streben, nicht unerreichbar sein. Diese Wahlfreiheit muß nicht, kann aber auf Kosten der Erreichung anderer Ziele gehen. Droht die Toleranzgrenze überschritten zu werden, von der ab die Wahlfreiheit zu stark eingeschränkt ist, dann wäre in einer Marktwirtschaft der so verstandenen Freiheit Priorität einzuräumen. Anderfalls würde die marktwirtschaftliche Ordnung, die nicht umsonst auch Wettbewerbsordnung genannt wird, in Frage gestellt.

[1]) Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, Deutscher Bundestag, Drucksache VI/2520, vom 18. August 1971.

Wettbewerb als Mittel zur Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Ziele

379. Mit dieser allerdings wesentlichen Einschränkung kann Wettbewerb als ein Instrument aufgefaßt werden, das dazu beitragen soll, wirtschaftspolitische Ziele zu erreichen. Wettbewerb als Instrument einsetzen heißt, die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß er sich entfalten kann. Anders ausgedrückt: Der natürlichen Neigung von Anbietern und Nachfragern, den Wettbewerb zu beschränken, muß institutionell so weit entgegengewirkt werden, wie es den angestrebten gesamtwirtschaftlichen Zielen dient; nur in diesem Sinne ist Wettbewerb eine staatliche Veranstaltung. Der Anbieterwettbewerb auf einem Markt — für Nachfragerwettbewerb, auf den nicht näher eingegangen wird, gelten die Überlegungen analog — ist immer zu stark beschränkt, wenn potentielle Anbieter am Markteintritt gehindert werden. Die bestehenden Anbieter bewahren sich dann ihren Spielraum für die Preis- und Invenstitionspolitik, der sie in den Stand setzt, ihr Angebot stärker zu beschränken, als zum Erreichen der gesetzten wirtschaftpolitischen Ziele unvermeidbar erscheint; sie verfügen dann über Anbietermacht.

Für jedes wirtschaftspolitische Ziel gilt — wenn auch nicht für alle in gleichem Maße —, daß der Grad seiner Erfüllung davon abhängt, wie stark sich Wettbewerb in dem vom Staat gesetzten Rahmen entfalten kann oder inwieweit Wettbewerbsbeschränkungen durch gesetzliche Regelungen verhindert werden. Besondere Bedeutung hat dieser Zusammenhang für das Ziel der Stabilität (Ziffer 380), mehr noch für das Ziel eines angemessenen Wachstums (Ziffern 381 ff.).

380. Unternehmen, die infolge von Wettbewerbsbeschränkungen über Preisspielräume verfügen, nutzen diese, so ist zu vermuten, im Konjunkturverlauf unterschiedlich stark. In Perioden überhitzter Konjunktur, wenn sich das Arbeitsangebot verknappt, sind sie zu größeren Lohnzugeständnissen bereit, die sie auf die Preise überwälzen. Diese Lohn- und Preissteigerungen werden auf die übrige Wirtschaft übertragen. Im Abschwung scheinen Preise und Löhne in vermachteten Bereichen starrer zu sein als in Bereichen mit höherem Wettbewerbsgrad. Der Schluß liegt nahe, daß Preisniveaustabilität ohne Gefährdung der Vollbeschäftigung um so schwerer erreicht werden kann, je höher der Grad der Vermachtung ist.

Ein Indiz für das beschriebene Preisverhalten im Konjunkturverlauf liefert die Preisentwicklung bei

Markenwaren, für die eine Preisbindung der zweiten Hand besteht. Zwar handelt es sich bei diesen Produkten nicht ausschließlich um Güter aus Unternehmen mit Anbietermacht. Der Preisbindung sind sogar gewisse, wenn auch schwache gesetzliche Grenzen dadurch gezogen, daß die Markenwaren eines Unternehmens mit gleichartigen Waren anderer Anbieter in Preiswettbewerb stehen müssen. Es ist jedoch bekannt, daß viele Anbieter preisgebundener Waren Großunternehmen mit erheblichen Marktanteilen sind. Das Bundeskartellamt hat bei seinen Marktbeobachtungen für zahlreiche preisgebundene Waren festgestellt, daß deren Preise im konjunkturellen Abschwung in der Regel nicht gesenkt werden, wenn auch die Preisbindungssysteme in dieser Konjunkturphase leichter lückenhaft werden. Im fortschreitenden Aufschwung dagegen werden sie trotz ihrer Bindung meist rasch angehoben. Diese Beobachtungen sprechen nicht nur für ein schon mehrfach erwogenes und dann wieder zurückgestelltes Verbot der Preisbindung der zweiten Hand; sie deuten vielmehr auch darauf hin, daß die Existenz von Bereichen mit sogenannten privat administrierten Preisen — das sind nicht nur gebundene Preise der Markenwaren, sondern auch Preise von Gütern, die aus Unternehmen mit Anbietermacht stammen — der Inflation Vorschub leistet und gleichzeitig die Konjunkturpolitik erschwert.

Bislang ist es zwar noch nicht gelungen, diese Hypothese, die sich nur auf Beobachtungen stützt, mit Hilfe ökonometrischer Berechnungen zu untermauern, obwohl schon mehrere Versuche gemacht wurden; sie konnte jedoch auch nicht widerlegt werden. Es bleibt deshalb zu vermuten, daß eine Wettbewerbspolitik, die den Grad der Wettbewerbsbeschränkung vermindern oder deren Zunahme verhindern will, auch stabilitätspolitisch einen Gewinn bringt.

381. Im Hinblick auf das Ziel eines angemessenen Wachstums verläßt man sich in hohem Maße auf die Wirkungen des Wettbewerbs. Wettbewerbspolitik ist also stets auch und vielleicht sogar in erster Linie Wachstumspolitik. Die Zusammenhänge zwischen Wachstum und Wettbewerbsgrad, bei anderem Blickwinkel zwischen Wachstum und Konzentration, sind keineswegs vollständig geklärt. Kaum jemand bestreitet, daß eine Wettbewerbspolitik, die atomistische Konkurrenz und dort, wo diese aus technischen Gründen nicht möglich ist, ein Verhalten erzwingen wollte, als ob sie bestünde, den Wettbewerbsprozeß und damit auch den Wachstumsprozeß empfindlich beeinträchtigen, wenn nicht völlig lahmgelegt würde. Umgekehrt herrscht aber keineswegs Einigkeit, bis zu welchem Grad der Konzentration das Wachstum gefördert wird.

Eines jedoch steht fest: Wachstum und technischer Fortschritt hängen weitgehend von Umfang und Art der Investitionen ab. Durch Investitionen wird unter Umständen viel Kapital für längere Zeit gebunden. Solche Investionen sind mit großen Risiken behaftet. Das wirtschaftliche Ergebnis von Investitionen, ja von einfachen Reinvestitionen, besonders freilich von Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen, ist nicht nur deshalb unsicher, weil die Nachfrageentwicklung über einen längeren Zeitraum geschätzt werden muß, sondern auch darum, weil neue Anbieter mit besseren Produkten oder kostengünstigeren Verfahren auf den Markt kommen können, ehe das Unternehmen die Kosten seiner Investitionen gedeckt hat. Es hängt also stark von der subjektiven Einschätzung des Risikos und von der Risikobereitschaft der Unternehmen ab, ob, in welchem Umfang und in welcher Form sie investieren. Strebt eine Volkswirtschaft ein bestimmtes Wachstum an, das ein gewisses Maß an privaten Investitionen erfordert, so müssen vermutlich einige Abstriche beim Wettbewerbsgrad hingenommen werden, damit die Unternehmen bei ihren Investitionen unter Berücksichtigung des subjektiven Risikos auf ihre Kosten zu kommen erwarten; denn nur dann investieren sie.

382. *Von Anbietermacht in bezug auf das Wachstumsziel kann man demnach nur sprechen, wenn ein Unternehmen sein Angebot stärker zu beschränken in der Lage ist, als nötig wäre, damit die für das gewünschte Wachstum notwendigen privaten Investitionen vorgenommen werden. Obwohl im Einzelfall eine sichere Aussage über das Vorhandensein solcher Anbietermacht nicht möglich ist, weil dabei die genannten subjektiven Faktoren eine zu große Rolle spielen, kann doch etwas über die Ursachen der Anbietermacht gesagt werden.*

Eine dieser Ursachen ist die horizontale Konzentration. Nur wenn mit den hohen Marktanteilen auch Größenvorteile (economies of scale) einhergehen, führt die horizontale Konzentration zur Anbietermacht. Ein potentieller Anbieter müßte dann einen erheblichen Kostenvorsprung haben, wenn er es riskieren soll, in einen Markt einzutreten, für den ein Anbieter mehr als bisher zuviel wäre. Solange dagegen potentielle Anbieter auch mit kleinen Marktanteilen eintreten können, ohne dabei höhere Kosten in Kauf nehmen zu müssen, verschafft die horizontale Konzentration keine Vorteile.

Auch durch vertikale Konzentration kann der Marktzutritt erschwert werden, also dadurch, daß einzelne Anbieter eines Produkts auch auf den vor- oder nachgelagerten Stufen tätig werden. Das kann dazu führen, daß potentielle Konkurrenten, wollen sie in den Markt eintreten, gleichzeitig auch in die vor- oder nachgelagerte Stufe eindringen müssen. Dies mag aber nur dann kostenoptimal möglich sein, wenn das fragliche Produkt in weit höherem Umfang hergestellt wird, als der optimalen horizontalen Betriebsgröße entspricht. So verhält es sich beispielsweise mit einem neuen Anbieter von Automobilen, der gezwungen ist, ein konkurrenzfähiges Reparatur- und Verkaufsnetz zu errichten, weil seine Käufer das der anderen nicht mitbenutzen können.

Schließlich kann die Erschwernis des Markteintritts durch die konglomerate Konzentration der bestehenden Anbieter verursacht sein. Voraussetzung dafür ist ein nennenswerter, aber nicht unbedingt dominierender Marktanteil bei einigen Produkten der konglomeraten Großunternehmen. Ferner müssen die potentiellen Konkurrenten Anlaß zu der Annahme haben, daß die bisherigen Anbieter an ihrem Angebot deshalb festhalten, weil sie als Vielproduktunternehmen im Falle ihres Nachgebens fürchten müßten, potentielle Anbieter würden sich ermutigt fühlen, in andere der von ihnen belieferten Märkte einzudringen.

383. Die Ursachen der Anbietermacht sind also fortschreitende horizontale, vertikale und konglomerate Konzentration. Damit, daß die Ursachen des Entstehens von Anbietermacht bekannt sind, weiß man jedoch nicht, welche Unternehmen bereits über Anbietermacht verfügen oder Anbietermacht zu erlangen im Begriffe sind. Im Einzelfall ist die Anbietermacht, wie schon gesagt, objektiv kaum feststellbar. Aus der Kenntnis der Ursachen kann man jedoch vermuten, daß bei zunehmender horizontaler, vertikaler und konglomerater Unternehmenskonzentration mehr und mehr Unternehmen Anbietermacht gewinnen werden.

Kommt der Gesetzgeber aus der Beobachtung des Konzentrationsprozesses heraus zu dem Schluß, daß Anbietermacht neu entsteht, so muß er diesen Prozeß einzudämmen versuchen. Das geeignete Mittel hierfür ist die Fusionskontrolle. Da solche Macht bereits besteht und weiterhin entstehen wird, bedarf es ferner einer wirksamen Kontrolle ihres Mißbrauchs.

Beide, Fusions- wie Mißbrauchskontrolle, sind geeignet, nicht nur dem Wachstumsziel, sondern auch dem Stabilitätsziel zu dienen. Sie tragen überdies dazu bei, die Beschränkungen der Wahlfreiheit nicht zu groß werden zu lassen, und mildern den Konflikt, der zwischen den Zielen Wachstum und Verteilungsgerechtigkeit besteht (Ziffer 404).

Konzentration und Wettbewerbsgesetzgebung in der Bundesrepublik

384. In der westdeutschen Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren die Unternehmenskonzentration verstärkt (Tabelle 26). Allein seit Beginn 1969 bis zum Jahresende 1970 wurden beim Bundeskartellamt mehr Zusammenschlüsse gemäß § 23 GWB gemeldet als in den zehn Jahren zuvor (1958 bis 1968: 404). Sprunghaft zugenommen hat vor allem die Konzentration im Bereich der großen Unternehmen, und zwar fast ausschließlich in dem der Umsatzmilliardäre. Die anteilige Bilanzsumme aller im Zuge großer Zusammenschlüsse [1]) erworbenen Unternehmen — sieht man von Kreditinstituten und

[1]) Nach der Abgrenzung des Bundeskartellamtes liegt ein „großer" Zusammenschluß dann vor, „wenn das erworbene Unternehmen eine Bilanzsumme von 25 Millionen DM oder mehr ausweist. Handelt es sich bei dem erworbenen Unternehmen um eine Bank, wird als Kriterium für einen ‚großen' Zusammenschluß eine Bilanzsumme von 150 Millionen DM oder mehr, bei Versicherungsunternehmen dagegen eine jährliche Prämieneinnahme von 50 Millionen DM oder mehr gewählt. Da die Statistik des Bundeskartellamtes auf Bilanzsummen abgestellt ist, wird im zuletzt genannten Fall statistisch nur die Bilanzsumme des erworbenen Versicherungsunternehmens erfaßt." (Tätigkeitsbericht 1970: Deutscher Bundestag, Drucksache VI/2380 S. 13).

Tabelle 26

Zur Unternehmenskonzentration

Jahr	Zusammenschlüsse					„Große" Zusammenschlüsse mit einer Bilanzsumme von ... Mill. DM			Anteilige Bilanzsumme der bei „großen" Zusammenschlüssen erworbenen Unternehmen [2])
	insgesamt	darunter „große"				unter 500	500 bis unter 1000	1000 und mehr	
		zusammen [1])	horizontal	vertikal	konglomerat	der erwerbenden Unternehmen [2])			
	Anzahl								Mill. DM
1966	43	12	10	1	1	3	3	6	2 181,4 a)
1967	65	20	13	—	7	3	1	16	1 770,4
1968	65	16	7	1	8	1	—	15	1 178,2
1969	168	54	30	1	23	8	2	44	7 112,6
1970	305	83	56	—	27	13	2	68	5 438,8

[1]) Ohne Neugründungen sowie ohne Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.
[2]) Ohne Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen.
a) Einschließlich 1397,0 Millionen DM aus dem Zusammenschluß Texaco/DEA.

Quelle: Bundeskartellamt

Versicherungen ab — erhöhte sich von rund einer Milliarde DM im Jahre 1968 auf über fünf Milliarden DM jährlich in der Zeit danach.

385. Am stärksten ausgeprägt vollzog sich der Konzentrationsprozeß zwischen Unternehmen, die vorher mit gleichartigen Waren und Dienstleistungen im Wettbewerb gestanden hatten. Neben diesen horizontalen Zusammenschlüssen gewann die konglomerate Konzentration zunehmend an Bedeutung. Hierbei handelte es sich überwiegend um Fusionen von Unternehmen, die auf benachbarten oder solchen Märkten tätig waren, bei denen ein funktioneller Verbund im Bereich der Produktion oder der Absatzwege möglich war. Vertikale Konzentrationen haben dagegen bei den großen Zusammenschlüssen in der Vergangenheit nur in bescheidenem Umfang stattgefunden. Angesichts dieser Konzentrationstendenz steht zu befürchten, daß sich die Anzahl der Unternehmen mit Anbietermacht oder Nachfragermacht und das Ausmaß schon bestehender Macht rasch vergrößern.

386. Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen trägt der Gefahr, daß sich der Vermachtungsgrad der Wirtschaft durch Zusammenschlüsse von Unternehmen erhöht, so gut wie überhaupt nicht Rechnung. Das ist zu einem guten Teil aus seiner Entstehungsgeschichte heraus zu verstehen; damals galt das Hauptaugenmerk den Kartellen. Nach geltendem Recht müssen Zusammenschlüsse lediglich angezeigt werden, wenn bestimmte Bedingungen hinsichtlich Marktanteil oder hinsichtlich bestimmter Größenmerkmale (Beschäftigte, Umsatz, Bilanzsumme) erfüllt sind (§ 23 GWB). Außer der Vorladung zu einer öffentlichen mündlichen Verhandlung riskieren die an einem Zusammenschluß beteiligten Unternehmen jedoch nichts (§ 24 GWB).

387. Das Hauptgewicht des GWB liegt auf dem im § 1 GWB geregelten Kartellverbot, das allerdings von einer ganzen Reihe von Ausnahmeregelungen durchbrochen ist. Die Bedeutung eines Verbots von Preisabsprachen soll nicht verkannt werden. Gleichwohl ist seine Wirkung begrenzt. Kartelle auf Märkten mit vielen kleinen Anbietern können den Preis nur wenig beeinflussen, sofern der Markteintritt frei, der Zugang zu Beschaffungs- und Absatzmärkten offen ist und die kleinste Menge, die schon mit niedrigstmöglichen Kosten angeboten werden kann, einem sehr kleinen Marktanteil entspricht; jeder Versuch des Kartells, den Preis nennenswert zu erhöhen, würde neue Anbieter auf den Plan rufen. Selbst wenige Anbieter auf einem Markt können die Preise nicht wesentlich beeinflussen, wenn die eben beschriebenen Bedingungen des Marktzutritts gegeben sind. Bestehen dagegen Größenvorteile (economies of scale) oder andere Marktzutrittsschranken, wie sie bei den Ursachen wirtschaftlicher Macht genannt wurden, so können wenige Anbieter durchaus gleichförmig höhere Preise festsetzen. Sind es aber nur sehr wenige, dann fragt sich, ob sie dafür ein Kartell benötigen. Gleichförmiges Verhalten (bewußtes Parallelverhalten) oder Preisführerschaft erfüllen möglicherweise denselben Zweck, ohne daß diese Tatbestände nach der herrschenden Auslegung seitens der Gerichte durch das Kartellverbot des § 1 GWB erfaßt werden können. Wirksam ist das Kartellverbot demnach vornehmlich dann, wenn die Anzahl der Anbieter zwar noch klein, für ein gleichförmiges Verhalten aber schon zu groß ist und Marktzutrittsschranken bestehen, die nicht nur für kurze Frist einen Spielraum für Kartellpreispolitik lassen.

388. Dem Rang nach nicht minder bedeutsam, in seiner Wirkung jedoch durch die Rechtsprechung fast zur Bedeutungslosigkeit degradiert, ist das für marktbeherrschende Unternehmen geltende Verbot, ihre Stellung auf dem Markt mißbräuchlich auszunutzen (§ 22 GWB). Als marktbeherrschend gilt dabei ein Unternehmen, wenn es „für eine bestimmte Art von Waren oder gewerblichen Leistungen ohne Wettbewerber ist oder keinem wesentlichen Wettbewerb ausgesetzt ist". Auch zwei oder mehr Unternehmen gelten als marktbeherrschend, wenn zwischen ihnen kein wesentlicher Wettbewerb besteht und sie zusammen in der gleichen Lage sind wie ein einzelnes marktbeherrschendes Unternehmen. Die Rechtsprechung hat den Begriff des „wesentlichen Wettbewerbs" mit Hilfe der sogenannten Mosaiktheorie derart ausgehöhlt, daß das Bundeskartellamt, wenn es ein Unternehmen dem Verdikt des § 22 GWB unterwerfen wollte, wenig Aussicht hätte, damit in den höheren Instanzen durchzukommen.

Nur wenn der Maßstab des „wesentlichen Wettbewerbs" sehr eng ausgelegt und die Mißbrauchskontrolle sehr streng gehandhabt würde, könnte § 22 GWB auch als Mittel gegen das Entstehen horizontaler Anbietermacht angesehen werden. Unternehmen mit gleichartigem Angebot müßten dann im Falle eines Zusammenschlusses befürchten, der Mißbrauchskontrolle unterworfen zu werden.

389. Kontrolle des Mißbrauchs von Anbietermacht dürfte auch bei strenger Handhabung keine gleichwertige Alternative zur direkten Verhinderung ihres Entstehens sein. Schwierig ist allein schon zu bestimmen, unter welchen Bedingungen überhaupt Mißbrauch vorliegt. Den Mißbrauch nur an der Relation von Preisen und Stückkosten oder Grenzkosten ablesen zu wollen, wäre sicher verfehlt. Denn abgesehen davon, daß Unternehmen, die keinem starken Konkurrenzdruck ausgesetzt sind, zum „Kostenmachen" neigen, kann auch ein zeitweilig groß erscheinender Abstand zwischen Preis und Kosten durchaus ein Ausdruck von notwendigen Angebotsbeschränkungen sein; ohne sie hätte das Unternehmen nicht erwartet, auf seine Kosten zu kommen, und deshalb nicht investiert. Ebenso kann dieser Abstand jedoch auch Ausdruck einer zu starken Angebotsbeschränkung bei gegebener Kapazität oder auch einer zu kleinen Kapazität sein. Der Staat müßte nicht nur Preiskommissar, sondern auch Investitionskontrolleur werden, um tatsächlich eine Chance zu haben, den Mißbrauch von Anbietermacht zu verhindern. Selbst wenn es gelänge, den

Mißbrauch abzustellen, wären damit nicht Eintrittsbedingungen für potentielle Konkurrenten geschaffen, die bestünden, wenn die Anbietermacht gar nicht erst entstanden wäre. Der Wettbewerbsprozeß ist also durch die Existenz marktbeherrschender Unternehmen in jedem Falle beeinträchtigt.

390. Ist die Mißbrauchsaufsicht nicht abschreckend genug — und davon kann man bislang ausgehen —, muß man erwarten, daß durch Zusammenschlüsse mehr und mehr Unternehmen mit Anbietermacht entstehen, die der Mißbrauchsregelung zu unterwerfen wären. Das täte der Dynamik des Wettbewerbs sicher Abbruch. Ebensowenig wie die Mißbrauchskontrolle kann das Kartellverbot das Entstehen von Anbietermacht verhindern. Je stärker die horizontale Konzentration desto weniger sind Anbieter auf Kartelle angewiesen, um sich gleichförmig verhalten zu können.

391. Wenn also das Entstehen von Anbietermacht eingedämmt werden soll, muß der Gesetzgeber Zusammenschlüssen und anderen Formen der Verflechtung Grenzen setzen. Da es bereits Anbietermacht gibt und weitere Anbietermacht — nicht zuletzt durch internes Unternehmenswachstum — auch dann entstehen wird, wenn gewisse Zusammenschlüsse untersagt sind, kann weder auf ein Kartellverbot noch auf eine wirksame Kontrolle des Mißbrauchs von Anbietermacht verzichtet werden.

Zur geplanten Novellierung des GWB

392. Diese Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen mit dem geltenden Gesetz zu ziehen, ist die von der Bundesregierung mit der geplanten Novelle zum GWB verfolgte Absicht. Vor allem möchte die Bundesregierung

— eine vorbeugende Fusionskontrolle einführen und

— die Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen verbessern.

Obwohl eine Fusionskontrolle nicht allein ein nationales, sondern auch ein europäisches Anliegen ist, kann mit ihrer Einführung auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaften vorläufig nicht gerechnet werden. Die Kommission versucht, die Mißbrauchsbestimmung des Artikels 86 EWG-Vertrag so auszulegen, daß in besonders schwerwiegenden Fällen Fusionen zwischen bereits marktbeherrschenden Unternehmen als Mißbrauch ihrer Marktstellung verstanden werden. Ob sie dabei Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Zumindest ihre Bemühungen lassen darauf schließen, daß von den Europäischen Gemeinschaften die Einführung der Fusionskontrolle in die deutsche Wettbewerbsgesetzgebung eher als eine Hilfe begrüßt wird, als daß sie auf Bedenken stößt. Als besonderer Vorteil dürfte dabei der Beitrag angesehen werden, den die nationale Fusionskontrolle bei der Verlangsamung des intereuropäischen Vermachtungsprozesses und damit für die Wettbewerbsbedingungen in einer zukünftigen Wirtschaftsunion zu leisten vermag.

393. Die Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen soll auf solche Anbieter oder Nachfrager ausgedehnt werden, die im Verhältnis zu ihren Wettbewerbern eine „überragende Marktstellung" haben. Das betrifft auch die geplante Fusionskontrolle, da diese auf den Tatbestand der Marktbeherrschung abstellt. Bei der Beurteilung der Marktstellung sollen neben dem Marktanteil auch Finanzkraft, Zugang zu Beschaffungs- oder Absatzmärkten, Verflechtungen mit anderen Unternehmen sowie rechtliche und tatsächliche Marktzutrittsschranken gegenüber anderen Unternehmen berücksichtigt werden. Es wird außerdem eine gesetzliche Vermutung aufgestellt, daß ein Unternehmen mit einem Umsatzerlös im letzten Geschäftsjahr von 250 Mill. DM und darüber marktbeherrschend ist, wenn es für eine bestimmte Art von Waren oder gewerblichen Leistungen einen Marktanteil von mindestens 40 vH besitzt und der Marktanteil keines seiner Konkurrenten 10 vH übersteigt.

Für die Definition der Marktbeherrschung durch zwei oder mehr Unternehmen hat man auf eine ergänzende Legalvermutung der Marktbeherrschung bei bestimmten Marktanteilen, wie sie in einem früheren Entwurf noch enthalten war, verzichtet. Statt dessen ist eingefügt, daß Marktbeherrschung vermutet wird, wenn die Unternehmen, soweit sie im letzten Geschäftsjahr mit ihren Umsatzerlösen nicht unter 100 Millionen DM blieben, „sich beim Fordern oder Anbeiten von Preisen über einen längeren Zeitraum hinweg gleichförmig verhalten" (§ 22 a Abs. 2 des Gesetzentwurfs; vgl. Anhang VII).

394. Die §§ 24 und 24 a des Gesetzentwurfs führen eine weitgehend vorbeugende Fusionskontrolle ein. Das Bundeskartellamt untersagt danach einen Zusammenschluß — gleichgültig ob geplant oder schon vollzogen —, wenn zu erwarten ist, daß durch ihn „eine marktbeherrschende Stellung entsteht oder verstärkt wird" und wenn „diese Stellung nicht durch eine Verbesserung der Wettbewerbsvoraussetzungen auf diesem Markt oder anderen Märkten aufgewogen wird". Die Möglichkeit, Fusionen zu untersagen, gilt nicht, wenn die beteiligten Unternehmen insgesamt im letzten Geschäftsjahr Umsätze von weniger als eine Milliarde DM hatten oder wenn das sich anschließende Unternehmen nicht mehr als 50 Mill. DM Umsatzerlöse hatte oder soweit die Wettbewerbsbeschränkung sich nicht auf den gesamten Geltungsbereich des Gesetzes beziehungsweise einen wesentlichen Teil desselben auswirkt oder schließlich, soweit ein Markt betroffen ist, auf dem im letzten Kalenderjahr weniger als fünf Millionen DM umgesetzt wurden. Die vorgesehene Fusionskontrolle gilt also nur für bestehende und entstehende Umsatzmilliardäre.

Die beteiligten Unternehmen müssen das Vorhaben eines Zusammenschlusses nur dann anmelden, wenn mindestens zwei der am Zusammenschluß Beteilig-

ten im letzten Geschäftsjahre jeweils einen Umsatz von einer Milliarde DM oder mehr hatten (§ 24 a des Entwurfs). In den übrigen Fällen können sie das Vorhaben anmelden. Entschließen sie sich zur Anmeldung, ist das Bundeskartellamt zu einer Entscheidung innerhalb von vier Monaten gezwungen. Ohne Anmeldung riskieren die am Zusammenschluß Beteiligten, daß er wieder aufgelöst wird.

Untersagt das Bundeskartellamt den Zusammenschluß, so können die Beteiligten — von Beschwerdeverfahren einmal abgesehen — einen Antrag auf Genehmigung beim Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen stellen, der diesem Antrag stattgibt, „wenn im Einzelfall die Wettbewerbsbeschränkung von gesamtwirtschaftlichen Vorteilen des Zusammenschlusses aufgewogen wird oder der Zusammenschluß durch ein überragendes Interesse der Allgemeinheit gerechtfertigt ist".

395. Die Einführung einer Fusionskontrolle wäre, ebenso wie eine Erweiterung der Mißbrauchsaufsicht, aus den dargelegten Gründen als ein wesentlicher Schritt nach vorne zu betrachten. Die vorgesehenen Bestimmungen sollen empfindliche Lücken im GWB schließen. Bei einer kritischen Würdigung der geplanten Fusionskontrolle geht es deshalb weniger um den Grundsatz als vor allem darum, inwieweit die Kriterien für die Untersagung eines Zusammenschlusses geeignet erscheinen, das Entstehen von Anbieter- oder Nachfragermacht aus horizontaler, vertikaler und konglomerater Konzentration in Grenzen zu halten. Vier der Art nach verschiedenen Kriterien, die alle für den Erfolg der Fusionskontrolle eine wesentliche Rolle spielen, sind hierbei zu unterscheiden:

— das objektiv bestimmbare Kriterium der Umsatzerlöse (Ziffer 396),

— das auslegungsbedürftige quantitative Kriterium des Marktanteils (Ziffer 397),

— die auslegungsbedürftigen qualitativen Kriterien: Verbesserung der Wettbewerbsvoraussetzungen, Finanzkraft, Zugang zu Beschaffungs- und Absatzmärkten sowie Marktzutrittsschranken (Ziffer 398),

— die beiden übergeordneten Gesichtspunkte: gesamtwirtschaftliche Vorteile und überragendes Interesse der Allgemeinheit (Ziffer 399).

Ferner ist für den Erfolg mit ausschlaggebend, von welcher Seite der Beweis zu führen ist, daß diese Kriterien im jeweiligen Fall erfüllt sind oder nicht.

396. Ein objektives Kriterium als Grenze für die Kontrolle von Zusammenschlüssen — in der Form der Umsatzerlöse — festzulegen, hat den Zweck, die zuständigen Behörden nicht unnötig mit zahlreichen Fällen zu belasten, die gesamtwirtschaftlich weniger ins Gewicht fallen. Gewiß entbehrt eine solche Grenze nicht der Willkür. Da sich Anbietermacht jedoch ohnehin nicht objektiv feststellen läßt, der Gesetzgeber also selber unter Unsicherheit handeln muß, bleibt ihm nichts anderes übrig, als eine solche Grenze, von der ab Zusammenschlüsse untersagt werden können, zu bestimmen. Zwar läßt sich darüber streiten, ob eine Milliarde DM nicht zu hoch gegriffen ist; eine zureichende Antwort auf die Frage, wo die Grenze genau zu liegen hätte, muß jedoch auch die Wissenschaft schuldig bleiben. Je höher die Grenze liegt, desto mehr Anbietermacht wird allerdings entstehen.

Sinn hat diese Grenze vor allem für konglomerate Zusammenschlüsse. Hier ist zu vermuten, daß die aus der strategischen Verbindung mehrerer Märkte resultierende Macht, potentielle Konkurrenten am Marktzutritt zu hindern, wesentlich von der Größe des Unternehmens abhängt, für die der Umsatz einen, wenn auch nicht allen Besonderheiten gerecht werdenden Maßstab abgibt.

Für vertikale Zusammenschlüsse ist der Umsatz kein so sinnvolles Abgrenzungskriterium. Hier kann mit der Umsatzgrenze lediglich erreicht werden, daß die Kontrolle auf die bedeutendsten Fälle beschränkt bleibt. Die Grenze von einer Milliarde DM Umsatz erscheint jedoch reichlich hoch, wenn man bedenkt, daß etwa durch eine vertikale Fusion der letzte Zugang zu Lieferanten von Vorprodukten oder zu Abnehmern für potentielle, möglicherweise auch für aktuelle Konkurrenten abgeschnitten werden kann.

Horizontale Zusammenschlüsse brauchte man nicht unbedingt zu begrenzen. Ist nämlich ein rein horizontaler Zusammenschluß mit nennenswerten Größenvorteilen verbunden, wäre seine Untersagung unter Wachstumsgesichtspunkten schwer zu rechtfertigen, selbst wenn durch ihn Anbietermacht entstünde. Das Unternehmen würde dann freilich der Mißbrauchsaufsicht unterliegen müssen. Ist es dagegen nach wie vor möglich, in den Markt mit kleinem Anteil einzutreten, ohne daß sich damit ein Kostennachteil verbindet, dann wäre der Zusammenschluß unbedenklich, weil durch ihn keine Anbietermacht entstünde. Dafür, die Umsatzgrenze auch für horizontale Zusammenschlüsse gelten zu lassen, spricht, daß mit solchen Zusammenschlüssen häufig gleichzeitig auch vertikale oder konglomerate Verpflechtungen entstehen. Der Nachweis, daß dieses nicht zutrifft, müßte dann jedoch ebenso wie der Nachweis erheblicher Größenvorteile ausreichen, um eine Genehmigung zu erwirken.

397. Der Marktanteil geht über die Definition des marktbeherrschenden Unternehmens im geplanten § 22 GWB in die Bedingungen für das Untersagen eines Zusammenschlusses ein: Nur wenn durch den Zusammenschluß eine marktbeherrschende Stellung entsteht oder verstärkt wird, kann der Zusammenschluß untersagt werden; eine marktbeherrschende Stellung wird vermutet, wenn der Anteil am Markt einer bestimmten Art von Waren oder gewerblichen Leistungen mindestens 40 vH beträgt und keiner der Konkurrenten einen höheren Marktanteil als 10 vH hat.

Diese Grenze, zwar quantitativ, aber wegen der Unschärfe der Abgrenzung eines relevanten Marktes keineswegs eindeutig, begegnet den folgenden Be-

denken: Handelt es sich um einen horizontalen Zusammenschluß, so ist eine Grenze überhaupt entbehrlich, weil, wie dargelegt, ein hoher Marktanteil allein keine hinreichende Bedingung für Anbietermacht darstellt (Ziffer 382). Handelt es sich dagegen um einen vertikalen oder konglomeraten Zusammenschluß, so ist die Marktanteilsgrenze von 40 vH zu hoch. Schon bei einem wesentlich kleineren Marktanteil kann hier Anbietermacht entstehen, sei es, weil der Zugang zu vor- oder nachgelagerten Wirtschaftsstufen erschwert wird, sei es, weil der betreffende Markt in den strategischen Verbund mehrerer Märkte eingebracht wird.

Aus § 22 des Entwurfs ist nicht eindeutig zu entnehmen, ob der Marktanteil im Rahmen der Voraussetzungen für Marktbeherrschung eine Priorität genießen soll. Es ist jedenfalls zu befürchten, daß der Marktanteil von 40 vH zu einer Art magischen Grenze wird. Dann wird sich, abgesehen davon, daß diese Grenze zu hoch ist, kaum vermeiden lassen, daß bei vielen Zusammenschlüssen zunächst der Streit um den relevanten Markt entbrennt. Alles zusammengenommen, sollte bei der Fusionskontrolle auf eine konkrete Marktanteilsgrenze zugunsten der anderen Kriterien verzichtet werden.

398. Nach § 22 des Entwurfs sind bei der Feststellung einer marktbeherrschenden Stellung als qualitative Kriterien die Finanzkraft eines Unternehmens, sein Zugang zu den Beschaffungs- und Absatzmärkten und seine Verflechtung mit anderen Unternehmen sowie die Marktzutrittsschranken für potentielle Konkurrenten zu berücksichtigen; diese Kriterien sollen es dem Kartellamt ermöglichen, auch vertikale und konglomerate Zusammenschlüsse zu erfassen. Das setzt freilich voraus, daß deren Kontrolle mit Hilfe der Kriterien nicht durch die Marktanteilsklausel blockiert ist. Auch wird es darauf ankommen, welchen Rang die Rechtssprechung diesen Kriterien einräumen wird, die nach der Formulierung des Gesetzestextes lediglich zu „berücksichtigen" sind. In dem vagen Begriff der Finanzkraft könnte alles, vom Ressentiment gegen Kapitalisten bis zu nüchternen Daten wie Eigenkapital und Verschuldungsfähigkeit, hineingelesen werden. Man könnte auf dieses Kriterium verzichten, wenn der Tatbestand der Verflechtung mit anderen Märkten in dem Sinne konkretisiert würde, daß darunter die strategischen Verbindungen zwischen unterschiedlichen Märkten zu verstehen sind.

Zu besonderen Bedenken gibt die Bedingung für das Untersagen eines Zusammenschlusses Anlaß, die in § 24, Abs. 1 des Entwurfs gleichrangig neben die Bedingung, daß durch den Zusammenschluß eine marktbeherrschende Stellung erlangt wird, gestellt ist: Die marktbeherrschende Stellung darf nicht durch eine Verbesserung der Wettbewerbsvoraussetzungen auf dem betroffenen oder auf anderen Märkten aufgewogen werden. Wenn damit lediglich Rationalisierungen im Sinne der Verwirklichung technischen Fortschritts gemeint ist, die die Kosten erheblich senken, aber eine entsprechende Größe verlangen, müßte das deutlich gesagt sein. Bei der vorliegenden Formulierung dürfte dem Bundeskartellamt nur selten eine Auseinandersetzung darüber erspart bleiben, ob diese Bedingung erfüllt ist oder nicht.

399. Hat das Bundeskartellamt einen Zusammenschluß untersagt, so können die beteiligten Unternehmen beim Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen einen Antrag auf Erlaubnis stellen. Es überrascht, daß man sich nicht, wie in früheren Entwürfen vorgesehen, an die Formulierung des § 8 GWB angelehnt hat, nach der der Bundesminister ein Kartell auf Antrag genehmigen kann, „wenn ausnahmsweise die Beschränkung des Wettbewerbs aus überwiegenden Gründen der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls notwendig ist". Statt dessen wurde eine Formulierung gewählt, nach der der Minister die Erlaubnis erteilt, „wenn im Einzelfall die Wettbewerbsbeschränkung von gesamtwirtschaftlichen Vorteilen des Zusammenschlusses aufgewogen wird oder der Zusammenschluß durch ein überragendes Interesse der Allgemeinheit gerechtfertigt ist" (§ 24 Abs. 3 des Gesetzentwurfs). Aus der Abweichung könnte man schließen, daß hier nicht an eine Ausnahmeregelung gedacht ist, von der ebenso sparsam Gebrauch gemacht werden sollte, wie das bei § 8 GWB der Fall war. Es wäre sehr bedenklich, wenn zur Regel würde, daß der Wirtschaftsminister, mit derartigen Generalvollmachten ausgestattet, als letzte Entscheidungsinstanz fungierte.

400. Für die genannten Kriterien — wenn auch nicht für alle im gleichen Maße — wirft der Nachweis, daß sie für die Untersagung eines Zusammenschlusses entscheidend sind, schwerwiegende Probleme auf. Selbst da, wo eine gesetzliche Vermutung ausgesprochen ist, also beim Marktanteil, erhebt sich zuvor die Frage, was als relevanter Markt angesehen werden kann. Wenn man schon das sogenannte Aufgreifkriterium der Umsatzerlöse für die Fusionskontrolle so hoch ansetzt, wie im Entwurf vorgesehen, kann man vermuten, daß in den davon betroffenen Fällen in der Regel Anbietermacht schon besteht oder durch den Zusammenschluß entstehen wird. Es wäre deshalb zu prüfen, ob nicht zumindest für einige der genannten Kriterien die Beweislast den sich zusammenschließenden Unternehmen aufgebürdet werden sollte. Dies gilt vor allem für das Kriterium, nach dem die marktbeherrschende Stellung nicht durch eine Verbesserung der Wettbewerbsvoraussetzungen aufgewogen sein darf. Die geplante Fusionskontrolle für Unternehmen, die schon vor oder mindestens nach dem Zusammenschluß Umsatzmilliardäre sind, könnte weitaus wirkungsvoller werden, wenn die Unternehmen, die sich zusammenschließen, nachzuweisen oder wo ein Nachweis aus objektiven Gründen nicht möglich ist, zumindest glaubhaft zu machen hätten, daß

- im Falle horizontaler Konzentration keine vertikalen oder konglomeraten Beziehungen gleichzeitig entstehen, die den Marktzutritt behindern,
- im Falle vertikaler Konzentration potentiellen Anbietern der Zugang zum Markt, insbesondere auch zu den vor- oder nachgelagerten Märkten nicht wesentlich erschwert wird und

— im Falle konglomerater Konzentration potentielle Anbieter nicht am Zutritt zu solchen Märkten gehindert werden, die der Zusammenschluß der Unternehmen strategisch miteinander verbindet.

Dabei wäre freilich zu beachten, daß häufig bei einem Zusammenschluß mehrere Konzentrationsformen gleichzeitig auftreten. Wieweit Beweislast Unternehmen aufgebürdet werden kann, ist natürlich auch eine Frage der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit.

401. So sehr die geplante Fusionskontrolle zu begrüßen ist, so groß ist doch die Befürchtung, daß eine Chance, den Wettbewerb zu stärken, vertan wird. Es wäre bedauerlich, wenn wegen der Mängel, die der Kompromißformulierung des Entwurfes anhaften, und wegen der zahlreichen Beweisprobleme endlose Rechtsstreitigkeiten über die Zulässigkeit von Zusammenschlüssen entfacht würden, ohne daß die Fusionskontrolle wirksam wäre. Von den objektiven Kriterien her ist sie ohnehin so angelegt, daß sie nur die besonders schwerwiegenden Fälle erfaßt. Dann noch zu viele Schlupflöcher im Gesetz offenzuhalten, wäre kein guter Dienst an der Marktwirtschaft.

402. Für jede Form des Zusammenschlusses gibt es Umgehungsmöglichkeiten. Bei horizontalen Zusammenschlüssen ist es das Kartell, bei vertikalen vor allem der Ausschließlichkeitsvertrag, bei konglomeraten die verschiedensten Formen der gegenseitigen Einflußnahme, denen keine direkte Beteiligung zugrunde liegt. Kartelle sind nach dem Gesetz verboten. Die Bestimmungen über die Unwirksamkeit von Ausschließlichkeitsverträgen (§ 18 GWB) sind in der Novelle verschärft worden. Der Möglichkeit, Anbietermacht durch konglomerate Beziehungen zu erlangen, die keine Fusionen im strengen Sinne sind, ist durch die geplante weitergefaßte Legaldefinition des Zusammenschluß-Tatbestandes in § 23 des Entwurfs — die freilich auch für horizontale und vertikale Zusammenschlüsse gilt —, Rechnung getragen. Hier soll darauf nicht näher eingegangen werden.

Hingewiesen sei allerdings darauf, daß potentielle Anbieter durch Patente oder durch den Zwang, auf nationaler (und nicht nur regionaler) Ebene Werbung zu treiben, am Markteintritt behindert werden; beides kann wie eine vertikale Verflechtung wirken. Es würde schwerfallen, das Entstehen von Anbietermacht solcher Art durch Maßnahmen im GWB einzudämmen. Vielmehr müßte die Gesetzgebung über Patente und Werbung unter diesem Aspekt geprüft werden. Auch eine verstärkte Unterrichtung der Verbraucher ist geeignet, den Markteintritt zu erleichtern und durch Werbung aufgebaute Anbietermacht zu reduzieren.

403. Da es marktbeherrschende Stellungen gibt, da Unternehmen, auch ohne sich mit anderen zusammenzuschließen, in die höchsten Größenklassen hineinwachsen können, und da schließlich durch kleinere Zusammenschlüsse Anbietermacht entstehen kann, macht auch eine voll wirksame Fusionskontrolle die Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen nicht überflüssig. Sie wurde sowohl für einzelne Unternehmen — wie bereits im Zusammenhang mit der Fusionskontrolle erörtert — als auch für mehrere Unternehmen, die gemeinsam Anbietermacht haben, verschärft.

Für das Vorliegen von Marktbeherrschung zweier oder mehrerer Unternehmen wurde die gesetzliche Vermutung des gleichförmigen Verhaltens eingeführt. Das ist zum Teil als Folge des Teerfarben-Urteils (WuW/EBGH 1147) des Bundesgerichtshofes anzusehen, der entschied, daß gleichförmiges Verhalten nicht unter das Kartellverbot des § 1 GWB subsumiert werden kann. Da nur das gleichförmige Verhalten von Oligopolisten gemeint sein kann, scheint die Placierung dieses Tatbestandes im § 22 GWB eher angebracht als eine entsprechende Erweiterung des § 1 GWB.

Gleichförmiges Verhalten kann prinzipiell auf allen Märkten vorkommen. Erhöhen sich die Kosten oder nimmt die Nachfrage zu, so steigt der Preis auch auf Märkten atomistischer Konkurrenz „gleichförmig". Diese Art der Gleichförmigkeit muß vom gleichförmigen Verhalten infolge Mißbrauchs gemeinschaftlicher Anbietermacht unterschieden werden. Diesem Zwecke sollen — jetzt für die Unternehmen in ihrer Gesamtheit — die gleichen Kriterien dienen, die auch für ein einzelnes marktbeherrschendes Unternehmen herangezogen werden. Wegen der gesetzlichen Vermutung der Marktbeherrschung stellt sich das Problem der Beweislast für das Kartellamt nicht. Allerdings gilt die Vermutung nicht für Unternehmen, deren Umsatzerlöse unter 100 Millionen DM bleiben. Berücksichtigt man, daß gleichförmiges Verhalten nicht selten bei einer zwischen fünf und zehn liegenden Anzahl von Anbietern zu beobachten ist, so erscheint diese Grenze eher zu hoch als zu niedrig gegriffen.

404. Eine konsequente Wettbewerbspolitik, die auf das Wachstum des Sozialprodukts ausgerichtet ist, kann mit dem Ziel der Freiheit, verstanden als Wahlfreiheit, kollidieren. Das allein spricht schon dafür, vor allem die Grenzen für Zusammenschlüsse eher etwas enger als zu weit zu ziehen. Hinzu kommt der Konflikt zwischen Wachstumsziel und Verteilungsgerechtigkeit. Die sogenannte leistungsgerechte Einkommensverteilung, die allerdings vom Status quo in der Vermögensverteilung ausgeht und schon insofern keineswegs mit den allgemeinen Vorstellungen von Verteilungsgerechtigkeit übereinzustimmen braucht, setzt möglicherweise ein höheres Maß an Wettbewerb voraus, als mit dem angestrebten Wachstumsziel vereinbar ist.

Auf jeden Fall werden die Bedingungen der leistungsgerechten Einkommensverteilung um so mehr verletzt, je weniger streng das geltende Wettbewerbsrecht um des Wachstums willen ist. Auch das ist ein Grund, die Grenzen für eine Fusionskontrolle nicht zu hoch anzusetzen und für eine wirksame Kontrolle des Mißbrauchs von Machtstellungen zu sorgen. Denn die Möglichkeiten einer nachträglichen Umverteilung von Einkommen sind in einer Markt-

wirtschaft begrenzt. Sollte das Wachstum tatsächlich leiden, was keineswegs sicher ist, gäbe es durchaus Mittel, die einem Wachstumsverlust entgegenwirken. So kann die Beteiligungsfinanzierung gefördert werden, damit sich die Investitionsrisiken auf ein größeres Eigenkapital verteilen. Forschungs- und Entwicklungsprogramme, die vom Staat finanziert und deren Ergebnisse allen zugänglich gemacht werden, vermindern die Risiken ebenfalls, erhöhen den Wettbewerbsgrad und verringern den Bedarf an Unternehmensgröße. Auch größere Transparenz der Planung zukünftiger staatlicher Aktivitäten sowie eine auf Verstetigung der konjunkturellen Entwicklung ausgerichtete Politik würden in dieser Richtung wirken, ohne daß der Staat Aufgaben an sich ziehen müßte, die aus privater Initiative besser und billiger bewältigt werden können.

Es wäre jedenfalls fatal, Einbußen an Wahlfreiheit und an Verteilungsgerechtigkeit nur als Schönheitsfehler einer auf Wachstum gerichteten Wettbewerbspolitik anzusehen. Man würde verkennen, daß es dabei um konkurrierende gesellschaftspolitische Ansprüche geht, deren Vernachlässigung die Grundlagen der marktwirtschaftlichen Ordnung erschüttern könnte.

Anhang

Seite

I. Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 134

II. Auszug aus dem Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft 136

III. Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates 137

IV. Brief des Sachverständigenrates vom 6. Mai 1971 an den Bundesminister für Wirtschaft 138

V. Sondergutachten vom 24. Mai 1971: Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971 141

VI. Einige Zusatzversionen des Gesamtindikators zur Konjunkturdiagnose 154

VII. Auszug aus dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und dem Entwurf eines Zweiten Änderungsgesetzes 164

VIII. Methodische Erläuterungen 168

IX. Statistischer Anhang 171

I.

Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685)

in der Fassung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633) — § 6 Abs. 1 —, und des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, vom 8. Juni 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 582) — § 6 Abs. 2

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Zur periodischen Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und zur Erleichterung der Urteilsbildung bei allen wirtschaftspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie in der Öffentlichkeit wird ein Rat von unabhängigen Sachverständigen gebildet.

(2) Der Sachverständigenrat besteht aus fünf Mitgliedern, die über besondere wirtschaftswissenschaftliche Kenntnisse und volkswirtschaftliche Erfahrungen verfügen müssen.

(3) Die Mitglieder des Sachverständigenrates dürfen weder der Regierung oder einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes noch dem öffentlichen Dienst des Bundes, eines Landes oder einer sonstigen juristischen Person des öffentlichen Rechts, es sei denn als Hochschullehrer oder als Mitarbeiter eines wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen Institutes, angehören. Sie dürfen ferner nicht Repräsentant eines Wirtschaftsverbandes oder einer Organisation der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer sein oder zu diesen in einem ständigen Dienst- oder Geschäftsbesorgungsverhältnis stehen. Sie dürfen auch nicht während des letzten Jahres vor der Berufung zum Mitglied des Sachverständigenrates eine derartige Stellung innegehabt haben.

§ 2

Der Sachverständigenrat soll in seinen Gutachten die jeweilige gesamtwirtschaftliche Lage und deren absehbare Entwicklung darstellen. Dabei soll er untersuchen, wie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wachstum gewährleistet werden können. In die Untersuchung sollen auch die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden. Insbesondere soll der Sachverständigenrat die Ursachen von aktuellen und möglichen Spannungen zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot aufzeigen, welche die in Satz 2 genannten Ziele gefährden. Bei der Untersuchung sollen jeweils verschiedene Annahmen zugrunde gelegt und deren unterschiedliche Wirkungen dargestellt und beurteilt werden. Der Sachverständigenrat soll Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung oder deren Beseitigung aufzeigen, jedoch keine Empfehlungen für bestimmte wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen aussprechen.

§ 3

(1) Der Sachverständigenrat ist nur an den durch dieses Gesetz begründeten Auftrag gebunden und in seiner Tätigkeit unabhängig.

(2) Vertritt eine Minderheit bei der Abfassung der Gutachten zu einzelnen Fragen eine abweichende Auffassung, so hat sie die Möglichkeit, diese in den Gutachten zum Ausdruck zu bringen.

§ 4

Der Sachverständigenrat kann vor Abfassung seiner Gutachten ihm geeignet erscheinende Personen, insbesondere Vertretern von Organisationen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, Gelegenheit geben, zu wesentlichen sich aus seinem Auftrag ergebenden Fragen Stellung zu nehmen.

§ 5

(1) Der Sachverständigenrat kann, soweit er es zur Durchführung seines Auftrages für erforderlich hält, die fachlich zuständigen Bundesminister und den Präsidenten der Deutschen Bundesbank hören.

(2) Die fachlich zuständigen Bundesminister und der Präsident der Deutschen Bundesbank sind auf ihr Verlangen zu hören.

(3) Die Behörden des Bundes und der Länder leisten dem Sachverständigenrat Amtshilfe.

§ 6

(1) Der Sachverständigenrat erstattet jährlich ein Gutachten (Jahresgutachten) und leitet es der Bundesregierung bis zum 15. November zu. Das Jahresgutachten wird den gesetzgebenden Körperschaften von der Bundesregierung unverzüglich vorgelegt und zum gleichen Zeitpunkt vom Sachverständigenrat veröffentlicht. Spätestens acht Wochen nach der Vorlage nimmt die Bundesregierung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften zu dem Jahresgutachten Stellung. In der Stellungnahme sind insbesondere die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen, die die Bundesregierung aus dem Gutachten zieht, darzulegen.

(2) Der Sachverständigenrat hat ein zusätzliches Gutachten zu erstatten, wenn auf einzelnen Gebieten Entwicklungen erkennbar werden, welche die in § 2 Satz 2 genannten Ziele gefährden. Die Bunderegierung kann den Sachverständigenrat mit der Erstattung weiterer Gutachten beauftragen. Der Sachverständigenrat leitet Gutachten nach Satz 1 und 2 der Bundesregierung zu und veröffentlicht sie; hinsichtlich des Zeitpunktes der Veröffentlichung führt er das Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft herbei.

§ 7

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates werden auf Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten berufen. Zum 1. März eines jeden Jahres — erstmals nach Ablauf des dritten Jahres nach Erstattung des ersten Gutachtens gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 — scheidet ein Mitglied aus. Die Reihenfolge des Ausscheidens wird in der ersten Sitzung des Sachverständigenrates durch das Los bestimmt.

(2) Der Bundespräsident beruft auf Vorschlag der Bundesregierung jeweils ein neues Mitglied für die Dauer von fünf Jahren. Wiederberufungen sind zulässig. Die Bundesregierung hört die Mitglieder des Sachverständigenrates an, bevor sie ein neues Mitglied vorschlägt.

(3) Die Mitglieder sind berechtigt, ihr Amt durch Erklärung gegenüber dem Bundespräsidenten niederzulegen.

(4)) Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so wird ein neues Mitglied für die Dauer der Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds berufen; Absatz 2 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Die Beschlüsse des Sachverständigenrates bedürfen der Zustimmung von mindestens drei Mitgliedern.

(2) Der Sachverständigenrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren.

(3) Der Sachverständigenrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Das Statistische Bundesamt nimmt die Aufgaben einer Geschäftsstelle des Sachverständigenrates wahr. Die Tätigkeit der Geschäftsstelle besteht in der Vermittlung und Zusammenstellung von Quellenmaterial, der technischen Vorbereitung der Sitzungen des Sachverständigenrates, dem Druck und der Veröffentlichung der Gutachten sowie der Erledigung der sonst anfallenden Verwaltungsaufgaben.

§ 10

Die Mitglieder des Sachverständigenrates und die Angehörigen der Geschäftsstelle sind zur Verschwiegenheit über die Beratungen und die vom Sachverständigenrat als vertraulich bezeichneten Beratungsunterlagen verpflichtet. Die Pflicht zur Verschwiegenheit bezieht sich auch auf Informationen, die dem Sachverständigenrat gegeben und als vertraulich bezeichnet werden.

§ 11

(1) Die Mitglieder des Sachverständigenrates erhalten eine pauschale Entschädigung sowie Ersatz ihrer Reisekosten. Diese werden vom Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern festgesetzt.

(2) Die Kosten des Sachverständigenrates trägt der Bund.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

II.

Auszug aus Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1967, Teil I S. 582

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

Vom 8. Juni 1967

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen.

§ 2

(1) Die Bundesregierung legt im Januar eines jeden Jahres dem Bundestag und dem Bundesrat einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält:

1. die Stellungnahme zu dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates auf Grund des § 6 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963 (Bundesgesetzbl. I S. 685) in der Fassung des Gesetzes vom 8. November 1966 (Bundesgesetzbl. I S. 633);
2. eine Darlegung der für das laufende Jahr von der Bundesregierung angestrebten wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele (Jahresprojektion); die Jahresprojektion bedient sich der Mittel und der Form der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, gegebenenfalls mit Alternativrechnungen;
3. eine Darlegung der für das laufende Jahr geplanten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

(2) Maßnahmen nach § 6 Abs. 2 und 3 und nach den §§ 15 und 19 dieses Gesetzes sowie nach § 51 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes und nach § 19 c des Körperschaftsteuergesetzes dürfen nur getroffen werden, wenn die Bundesregierung gleichzeitig gegenüber dem Bundestag und dem Bundesrat begründet, daß diese Maßnahmen erforderlich sind, um eine Gefährdung der Ziele des § 1 zu verhindern.

§ 3

(1) Im Falle der Gefährdung eines der Ziele des § 1 stellt die Bundesregierung Orientierungsdaten für ein gleichzeitiges aufeinander abgestimmtes Verhalten (konzertierte Aktion) der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmensverbände zur Erreichung der Ziele des § 1 zur Verfügung. Diese Orientierungsdaten enthalten insbesondere eine Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge im Hinblick auf die gegebene Situation.

(2) Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Orientierungsdaten auf Verlangen eines der Beteiligten zu erläutern.

§ 4

. . .

III.

Verzeichnis der Gutachten des Sachverständigenrates

Als Veröffentlichungen des Sachverständigenrates sind bisher erschienen:

Jahresgutachten 1964/65: „Stabiles Geld — Stetiges Wachstum" (am 11. Januar 1965)

Jahresgutachten 1965/66: „Stabilisierung ohne Stagnation" (am 13. Dezember 1965)

Jahresgutachten 1966/67: „Expansion und Stabilität" (am 30. November 1966)

Sondergutachten März 1967: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1967" (am 28. März 1967)

Jahresgutachten 1967/68: „Stabilität im Wachstum" (am 6. Dezember 1967)

Jahresgutachten 1968/69: „Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung" (am 4. Dezember 1968)

Sondergutachten vom 30. Juni 1969: „Binnenwirtschaftliche Stabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht" (am 11. Juli 1969; darin enthalten: Sondergutachten vom Juli 1968)

Jahresgutachten 1969/70: „Im Sog des Booms" (am 3. Dezember 1969); darin enthalten: Sondergutachten vom 25. September 1969: „Zur lohn- und preispolitischen Situation Ende September 1969"; Sondergutachten vom 4. Oktober 1969: „Zur währungspolitischen Situation Anfang Oktober 1969"

Jahresgutachten 1970/71: „Konjunktur im Umbruch — Risiken und Chancen —" (am 3. Dezember 1970); darin enthalten: Sondergutachten vom 9. Mai 1970: „Zur Konjunkturlage im Frühjahr 1970" (am 15. Mai 1970)

Sondergutachten vom 24. Mai 1971: „Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971" (am 1. Juni 1971). Dieses Sondergutachten ist auch im Anhang dieses Jahresgutachtens enthalten.

Alle Veröffentlichungen sind im W. Kohlhammer-Verlag Stuttgart—Mainz erschienen.

IV.

Brief des Sachverständigenrates vom 6. Mai 1971 an den Bundesminister für Wirtschaft

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat heute vormittag seine Ansichten zur konjunkturellen Lage und den stabilisierungspolitischen Alternativen mündlich dargelegt. Den Kern dieses Votums enthalten die nachfolgenden Ausführungen:

1. Die Hoffnung, daß sich mit der Abkühlung des Konjunkturklimas der Geldwertschwund mindern werde, hat sich bislang nicht erfüllt. Der Lohnauftrieb hält nahezu unvermindert an; die Verbraucherpreise steigen beschleunigt. Die inflatorische Entwicklung im Ausland erneuert immer wieder die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen.

2. Die Bundesbank hat nach Kräften versucht, sich den inflationären Tendenzen zu widersetzen. Der Zinsabbau im Ausland führte jedoch zu Devisenzuflüssen, die den monetären Restriktionskurs zunehmend unterliefen und die Bundesbank zu Diskontsenkungen veranlaßten. Spekulative Einflüsse haben den Zustrom ausländischer Gelder in jüngster Zeit außerordentlich stark anschwellen lassen und die auf Stabilität gerichteten Anstrengungen entscheidend geschwächt.

3. Den Preisauftrieb dämpfen, heißt damit, zunächst die Wirksamkeit der monetären Instrumente zurückgewinnen; die Wirtschaftspolitik muß jedoch darauf bedacht sein, die Gefahren für Wachstum und Beschäftigung in Grenzen zu halten.

In diesem Zusammenhang werden vor allem vier Strategien der außenwirtschaftlichen Absicherung binnenwirtschaftlicher Stabilisierungsmaßnahmen diskutiert

— ein Verbot der Kreditaufnahme im Ausland gemäß § 23 Außenwirtschaftsgesetz (AWG),

— eine Aufwertung der D-Mark in bestimmter Höhe,

— eine Aufwertung der D-Mark bei gleichzeitigem Verbot der Kreditaufnahme im Ausland und

— eine Freigabe des Wechselkurses der D-Mark.

4. Der § 23 AWG bietet Handhaben, die Kapitaleinfuhr in jeder Form im Falle einer Gefährdung der Kaufkraft der Deutschen Mark oder des Zahlungsbilanzgleichgewichts zu beschränken. Mit ihm kann daher im Grundsatz einem unerwünschten Devisenzufluß und dessen Auswirkungen auf Bankenliquidität und Geldvolumen begegnet werden. Der stabilisierungspolitische Effekt ist jedoch begrenzt, da der direkte Preiszusammenhang zwischen Inland und Ausland und die durch diesen bewirkte Übertragung inflationärer Tendenzen nicht unterbrochen wird. Eine isolierte Anwendung des § 23 AWG könnte keinesfalls den inländischen Preis- und Kostenauftrieb abfangen. Verstärkte binnenwirtschaftliche Stabilisierungsmaßnahmen würden deshalb nur die Beschäftigungs- und Wachstumsrisiken erhöhen, ohne den Preisauftrieb zuverlässig zu dämpfen. Überdies: Gelänge die Dämpfung des Preisauftriebs, würde dies zusätzliche Leistungsbilanzüberschüsse induzieren und so spätestens dann eine Aufwertung der D-Mark nötig machen, wenn die Anwendung des § 23 AWG ausläuft. Somit wird jede Entscheidung für eine administrative Beschränkung des Devisenzuflusses heute die Lösung des Stabilisierungsproblems nur auf morgen vertagen. Gegen den § 23 AWG sind zudem sehr ernste ordnungspolitische wie anwendungstechnische Bedenken zu erheben. Der § 23 AWG widerspricht dem Grundprinzip eines freien internationalen Kapitalverkehrs. Würde er angewendet, so wäre nach aller Erfahrung mit einer Umgehung der interventionistischen Normen zu rechnen; dies würde zu immer weiteren dirigistischen Eingriffen führen.

5. Eine erneute Aufwertung der D-Mark könnte bewirken, daß — wie Ende 1969 — der unerwünschte Zustrom von Devisen nicht nur aufhört, sondern daß in größerem Umfang Liquidität ins Ausland zurückfließt. Zugleich würden für die international gehandelten Güter die Preiserhöhungsspielräume verringert, die die deutsche Wirtschaft offenbar trotz der inländischen Nachfrageabschwächung voll nutzt, indem sie stabilitätswidrige Lohnerhöhungen zugesteht und die entsprechenden Kostensteigerungen auf die Preise überwälzt.

Sollen die Lasten der Stabilisierung nicht allein die im internationalen Wettbewerb stehenden Sektoren treffen, so müßte der Aufwertungssatz niedrig sein, und ein binnenwirtschaftliches Stabilisierungsprogramm müßte die Währungspolitik unterstützen. Anders als bei kräftiger Aufwertung käme eine Lockerung der Geld- und Kreditpolitik kaum in Betracht; auch die Fiskalpolitik müßte zumindest konjunkturneutral werden.

Je niedriger der Aufwertungssatz gewählt würde und je restriktiver das binnenwirtschaftliche Stabilisierungsprogramm ausfiele, desto weniger könnte erwartet werden, daß die neue Parität international für dauerhaft angesehen würde und damit die angestrebte Umkehr der Devisenzuströme einträte. Zurückhaltung beim Aufwertungssatz würde daher

vermutlich bedingen, daß man — zumindest in der ersten Phase der Stabilisierungsaktion — auf ergänzende Maßnahmen nach § 23 AWG nicht würde verzichten können. Am Ende einer solchen Phase des Dirigismus müßte dann wahrscheinlich eine weitere Aufwertung stehen. Die erwähnten ordnungspolitischen und anwendungstechnischen Bedenken gegenüber § 23 AWG gelten auch hier.

6. Die Nachteile der zuvor gekennzeichneten Strategien könnten weitgehend vermieden werden, wenn ein binnenwirtschaftliches Stabilisierungsprogramm nicht durch dirigistische Maßnahmen nach § 23 AWG und auch nicht durch Stufenaufwertungen, sondern durch eine Aufhebung der Interventionspflicht der Bundesbank am Devisenmarkt außenwirtschaftlich abgesichert würde. In diesem Falle ergäbe sich mit großer Wahrscheinlichkeit eine Tendenz zur Aufwertung der D-Mark. Erwünscht wäre ein Aufwertungstrend, der dem angestrebten Stabilisierungserfolg entspricht. Stiege der Kurs der Mark darüber hinaus, so könnte die Bundesbank durch freiwillige Interventionen — insbesondere am Devisenterminmarkt — dem entgegenwirken. Stabilisieren sich die Erwartungen bei dem angestrebten Pfad der Kursentwicklung, so ist das Problem des Devisenzustroms gelöst. Für die international gehandelten Güter würde sich der Preiswettbewerb verschärfen. Dies würde direkt stabilisierend wirken. Das Risiko, daß sich durch die Verschärfung der internationalen Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Wirtschaft die Gefahr eines unerwünscht starken Konjunkturabschwungs verstärkt, wäre um so geringer, je rascher und je vollständiger sich alle Marktteilnehmer — insbesondere auch die Tarifpartner — in ihrem Verhalten der wiedergewonnenen Chance für mehr Geldwertstabilität anpassen.

Die währungspolitischen Maßnahmen können einen Stabilisierungserfolg fördern und — wenn er erlangt ist — sichern. Sie allein können ihn nicht herbeiführen — es sei denn um den Preis einer sehr starken Belastung der außenwirtschaftlichen Sektoren. Auch hier müßte daher ein binnenwirtschaftliches Stabilisierungsprogramm die wiedergewonnenen Stabilisierungschancen nutzen helfen. Die Fiskalpolitik hätte dafür zu sorgen, daß die öffentlichen Haushalte im Jahre 1971 zumindest konjunkturneutral werden. Auch die Geld- und Kreditpolitik dürfte vorläufig nicht expansiv wirken. Unter den Bedingungen eines steigenden Kurstrends der D-Mark (entsprechend den verminderten Inflationserwartungen) wäre allerdings schon von dem gegenwärtigen Zinsniveau ein erheblicher kontraktiver Effekt zu erwarten. Selbst eine merkliche Zinssenkung brauchte nicht expansiv zu wirken, solange sie kleiner wäre, als es der Verminderung der Inflationserwartungen entspräche. Erforderlich wäre eine Zinssenkung insbesondere dann, wenn sich andernfalls von den Marktkräften her eine unerwünscht starke Aufwertung ergäbe.

Für eine gewisse Zeit könnte der benötigte Spielraum für die Zinspolitik und die Wechselkurspolitik der Bundesbank auch dadurch geschaffen werden, daß die Bundesregierung statt die Devisenankaufspflicht aufzugeben, die Bandbreite für den D-Mark-Kurs — mindestens nach oben — erweiterte. Eine Bandbreitenerweiterung ohne Vorsorge für die Möglichkeit einer späteren Verschiebung des Bandes würde allerdings die Gefahr in sich bergen, daß das gegenwärtige Problem früher oder später erneut in Erscheinung tritt.

7. Von den erörterten Möglichkeiten einer außenwirtschaftlichen Absicherung binnenwirtschaftlicher Stabilisierungsbemühungen erweist sich die Freigabe des Wechselkurses der D-Mark als dasjenige Verfahren, das den anstehenden Problemen am besten entspricht. Die Freigabe des D-Mark-Wechselkurses erlaubt es, sowohl der aktuellen währungspolitischen Krise in einer ordnungspolitisch unbedenklichen Form zu begegnen, als auch unverzüglich wirksame binnenwirtschaftliche Stabilisierungsmaßnahmen zu ergreifen.

Den Ausführungen liegt die Annahme zugrunde, daß eine gemeinsame Stabilisierungspolitik der EWG-Partner auf kurze Sicht nicht zu erwarten ist. Auch zu der Frage, ob die Bindungen der Bundesrepublik im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einen stabilitätspolitischen Alleingang überhaupt vertretbar erscheinen lassen, wird nicht Stellung genommen.

* * *

Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Claus Köhler, hat gegenüber einer Politik größerer Flexibilität der Wechselkurse Bedenken geäußert und diese wie folgt begründet (Ziffern 8 bis 10):

8. Man erwartet von einer Flexibilität der Wechselkurse eine dämpfende Wirkung auf den Preisanstieg. Aber diese Wirkung ist ungewiß. Der Aufwertungseffekt auf die Verbraucherpreise kann erheblich gemildert werden, wenn nach der Aufwertung ausländische Exporteure ihre Angebotspreise erhöhen und/oder inländische Importeure den Aufwertungsgewinn nicht oder nur zum Teil an die Verbraucher weitergeben.

Man erwartet ferner von einer Flexibilität der Wechselkurse, daß der Devisenzustrom abebbt. Das wird aber nur der Fall sein, wenn die Freigabe der Wechselkurse mit einem hohen Aufwertungseffekt verbunden ist, der den Aufwertungserwartungen des Auslandes entspricht oder wenn das Zinsniveau im Inland erheblich gesenkt wird. Die Zinspolitik müßte dann also stärker devisenkursorientiert sein. Eine solche Zinspolitik braucht nicht den konjunkturellen Erfordernissen in der Binnenwirtschaft zu entsprechen. Ein größerer Aufwertungseffekt dagegen kann die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beeinträchtigen. Für eine Aufwertung der D-Mark besteht gegenwärtig kein Anlaß. Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik weist kein fundamentales Ungleichgewicht auf. Es besteht kein stärkerer Exportsog und die Preise sind bei unseren Haupthandelspartnern im Durchschnitt nicht schneller gestiegen als in Deutschland. Die Devisenzuflüsse resultieren vielmehr vor allem aus Geldimporten, die durch Zinsdifferenzen und — was nicht zu verkennen ist — durch ein gestiegenes Vertrauen

in die D-Mark induziert worden sind. Dabei hat die Diskussion über Wechselkursprobleme den Devisenzustrom erheblich verstärkt. Die Bundesregierung sollte sich der Tatsache bewußt sein, daß der wirtschaftliche Fortschritt in der Bundesrepublik eng mit dem Export der deutschen Wirtschaft zusammenhängt und umgekehrt.

9. Neben grundsätzlichen Bedenken, die gegen flexiblere Wechselkurse bestehen und die im Minderheitsvotum zum letzten Jahresgutachten des Sachverständigenrates genannt und begründet wurden (JG 70 Ziffern 302 ff.), kommt in der gegenwärtigen Situation einem möglichen Alleingang der Bundesregierung in der Wechselkursfrage besondere Bedeutung zu. Ein solcher Alleingang durch Einführung flexiblerer Wechselkurse ist eine Herausforderung an die übrigen EG-Staaten, die gerade die Bandbreiten einschränken wollen mit dem Ziel, binnenmarktähnliche Verhältnisse in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu schaffen. Es ist ferner zu beachten, daß die Bemühungen unserer Handelspartner, selbst Geldwertstabilität zu sichern, durch eine größere Flexibilität der Wechselkurse in Deutschland erschwert werden. Der zu erwartende Aufwertungseffekt bei der D-Mark wird die Importkosten unserer Handelspartner erhöhen und deren Export tendenziell anregen. Der Internationale Währungsfonds wurde gegründet nicht zuletzt, um einen Abwertungswettlauf und damit den Export von Unterbeschäftigung zu vermeiden. Es ist nicht im Sinne internationaler Kooperation, durch Aufwertungseffekte Inflation zu exportieren.

Die Lösung der internationalen Währungsprobleme kann nicht in einem Abhängen der Bundesrepublik von der internationalen Entwicklung bestehen, sondern sollte durch ein aktives Mitwirken bei der Neugestaltung des internationalen Währungssystems gefunden werden. Zwar ist das komplizierter und langwieriger als eine Freigabe der Wechselkurse, wäre aber dem Preis der internationalen Freizügigkeit angemessen.

Die Bundesbank ist in der Übergangszeit aufgerufen, die möglichen drei Verteidigungslinien gegen internationale Geldzuflüsse (Minderheitsvotum im JG 70 Ziffern 318 ff.) voll zu nutzen. Dabei könnte sie vor allem die Offenmarktpolitik mit Nichtbanken einsetzen. Einen entsprechenden Beschluß hatte der Zentralbankrat auf seiner Sitzung am 31. März 1971 bereits gefaßt. Auch an die Einführung einer Provision auf Einlagenkonten von Ausländern sowie an die Schaffung von Avalkontingenten ist zu denken. Die Bundesregierung sollte in der Öffentlichkeit keinen Zweifel daran lassen, daß sie an festen Wechselkursen festhält.

10. Für die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik bedenklich wäre es, eine Freigabe des Wechselkurses bzw. eine Aufwertung noch zusätzlich durch weitere restriktiv wirkende Maßnahmen zu ergänzen. Angesichts der insgesamt gedämpften Nachfrageentwicklung wären vielmehr expansive flankierende Maßnahmen erforderlich, um eine rezessive Entwicklung zu vermeiden. Nicht die der konjunkturellen Entwicklung mit zeitlicher Verzögerung folgenden Preissteigerungen sollten Maßstab für das wirtschaftspolitische Handeln sein, sondern in erster Linie die Nachfrageentwicklung. Eine sich an den Fehlentwicklungen orientierende Wirtschaftspolitik läuft Gefahr, auf neue Gefährdungstatbestände, nämlich auf eine rezessive Entwicklung, wieder zu spät zu reagieren. Nur wenn mittelfristig die Nachfrageentwicklung den Angebotsmöglichkeiten angepaßt wird, sind die Bedingungen gegeben für eine weitgehende Verwirklichung aller im Stabilitätsgesetz genannten wirtschaftspolitischen Ziele.

Solange die Nachfrageentwicklung spürbar hinter den Angebotsmöglichkeiten zurückbleibt und die Investitionsneigung davon in Mitleidenschaft gezogen wird, wie das in den vergangenen Monaten der Fall war, ist ein dosiertes wirtschaftspolitisches Gegensteuern erforderlich. Die umfangreichen Liquiditätszuflüsse, die vier Diskontsenkungen und die erhöhten öffentlichen Ausgaben in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres entsprachen einem solchen Gegensteuern. Die Sorge, daß das zu einem Durchstarten der Nachfrageentwicklung führt und die Preissteigerungsraten dadurch noch weiter ansteigen könnten, hat sich nicht bewahrheitet. Die Anregungen haben bisher vielmehr nur zum Teil die dämpfenden Einflüsse auf den Nachfrageprozeß kompensiert. Sollte sich die Nachfrage erneut beleben und es zu einer — wie es im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft heißt — „die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigende Nachfrageausweitung" kommen, müßte restriktiv eingegriffen werden. Diese Situation ist aber gegenwärtig nicht gegeben.

V.

SACHVERSTÄNDIGENRAT
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Sondergutachten vom 24. Mai 1971

Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971

Einleitung

1. Mehrere Gründe veranlassen den Sachverständigenrat, der Bundesregierung gemäß § 6 Abs. 2 Satz 1 des Sachverständigenratsgesetzes zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein Sondergutachten vorzulegen [1]).

Die Entwicklung der Verbraucherpreise und stärker noch die der Erzeugerpreise für industrielle Produkte zeigen ein inflatorisches Klima an, das die Bedingungen der Stabilitätspolitik in der Bundesrepublik nachhaltig zu verschlechtern droht. Sollen die Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes, auf die auch unsere Aufgaben bezogen sind, auf Dauer gleichrangig nebeneinander stehen, so ist es jetzt angezeigt, dem Ziel der Geldwertstabilität kurzfristig Vorrang einzuräumen.

Schneller als erwartet haben sich die außenwirtschaftlichen Probleme einer nationalen Stabilitätspolitik in den Vordergrund geschoben. Internationale Zinsentwicklung und Liquiditätszuflüsse aus dem Ausland unterliefen die Restriktionspolitik der Bundesbank. Es ist sichtbar geworden, daß die währungspolitischen Vereinbarungen der Länder der Europäischen Gemeinschaft, die erste Schritte einer Währungsunion sein sollen, keine Antwort auf die Probleme der Außenbeziehungen der Gemeinschaft, insbesondere zum Dollar-Raum, darstellen; nach wie vor sehen sich daher einzelne Länder zu Stabilisierungsmaßnahmen gedrängt, die mit dem geplanten Vorgehen bei der Bildung einer Währungsunion kollidieren.

Die Bundesregierung ist den Fehlentwicklungen am 9. Mai 1971 mit einem Stabilisierungsprogramm entgegengetreten, das durch die Freigabe der D-Mark außenwirtschaftlich abgesichert wird. Gegenwärtig ist es jedoch keineswegs gewiß, daß die Chancen, die der währungspolitische Schritt und das Stabiliserungsprogramm bieten, auch voll genutzt werden.

[1]) Der Sachverständigenrat hat am 6. Mai 1971 zu den anstehenden Fragen ein Votum abgegeben (Brief an den Bundeswirtschaftsminister, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 73 vom 13. Mai 1971, S. 754 ff.)

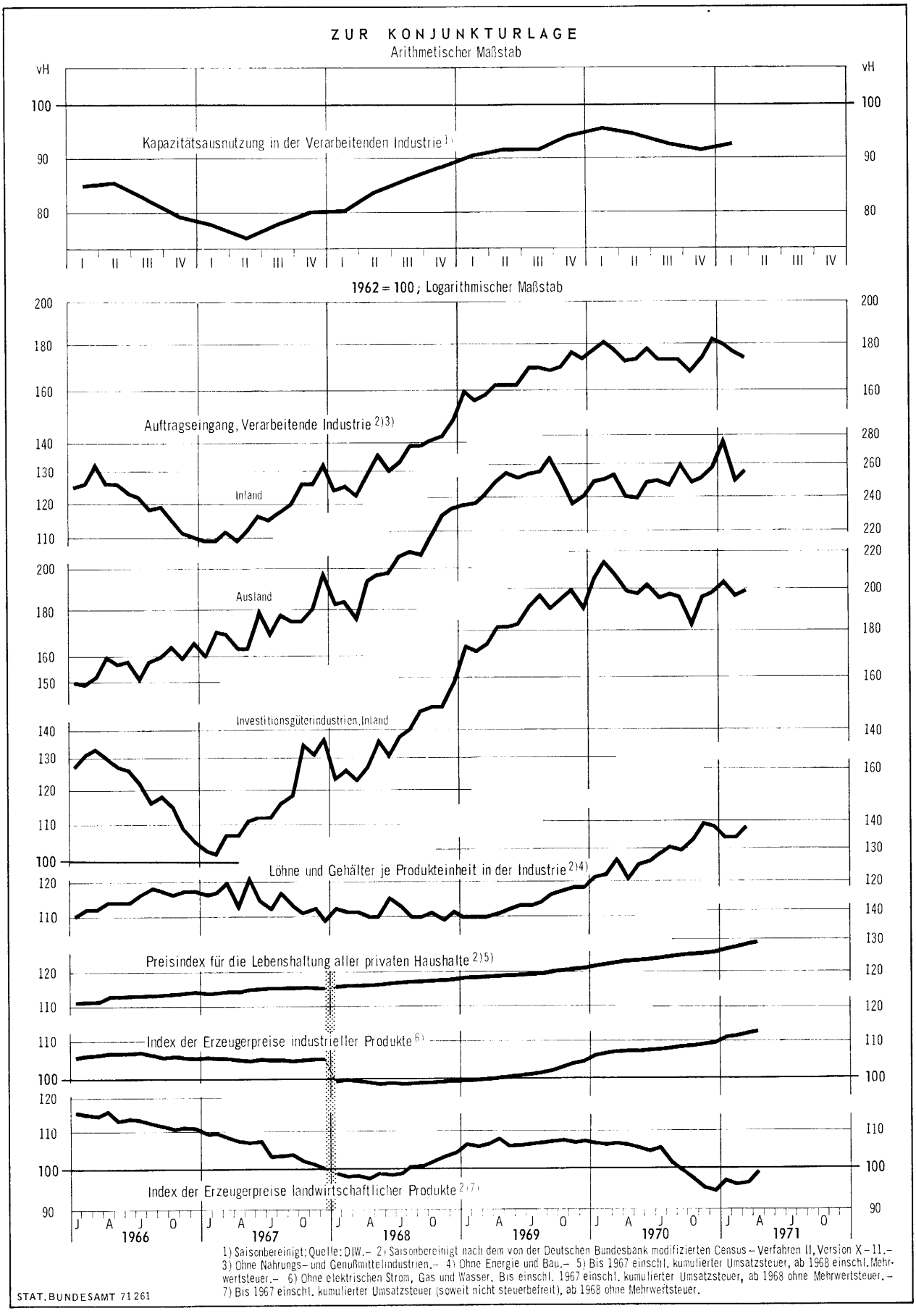
Zur Konjunkturlage

2. Die konjunkturelle Entwicklung ließ im Herbst 1970 erwarten, daß sich die Abschwungskräfte in der westdeutschen Wirtschaft 1971 verstärken würden. Wie stets in der ersten Phase nach dem konjunkturellen Höhepunkt konnte man nicht damit rechnen, daß der Geldwertschwund in dem Maße abnehmen werde, wie die Gefahren für Beschäftigung und Wachstum stiegen. Schwächte sich auch der Nachfragesog ab, so war doch mit fortdauerndem Kostendruck zu rechnen. Wollte die Wirtschaftspolitik nicht kosteninduzierten Preissteigerungen mit nachfragewirksamen Maßnahmen begegnen und damit die Beschäftigungsrisiken verstärken, so hatte sie kaum noch Handlungsspielraum. Sie war auf Unterstützung angewiesen, die vordringlich von der Lohnpolitik kommen mußte; die Tarifpartner sollten sich nicht weiter an den Lohnsteigerungsraten des Booms orientieren, sondern — in ihrem eigenen Interesse — vorausschauend marktgerecht handeln.

3. Die Gefahr einer Rezession, die Ende 1970 stärker ins Bewußtsein trat, blieb jedoch ohne größeren Einfluß auf die Lohnentwicklung im neuen Jahr. Noch immer wurde annähernd gefordert und gewährt, was während der Spätphase des Aufschwungs üblich geworden war.

Gleichwohl wäre es falsch, dies allein mangelnder Einsicht der Tarifpartner zuzuschreiben. Die konjunkturelle Entspannung hat zwar angehalten, doch haben sich die Abschwungskräfte seit der Jahreswende 1970/71 spürbar verringert (Schaubild). Rascher als erwartet schwand danach die Furcht vor einer Rezession, obwohl die laufende Nachfrage angemessenes Wachstum und sichere Arbeitsplätze auf die Dauer nicht verbürgte. Die größere Zuversicht in die konjunkturelle Entwicklung hat stabilitätswidrigem Verhalten aufs neue Vorschub geleistet. Der Lohnauftrieb setzt sich nahezu unvermindert fort, und die Unternehmen zögerten nicht, die Überwälzungschancen zu nutzen. Dabei wirkten Inlands- und Auslandseinflüsse zusammen.

4. Die Nachfrage, bereinigt von den Preissteigerungen, unterschritt zwar den entsprechenden Vorjahresstand; doch war der Rückgang nicht mehr so groß wie im Herbst 1970. Die Hersteller von Verbrauchs-



1) Saisonbereinigt; Quelle: DIW. – 2) Saisonbereinigt nach dem von der Deutschen Bundesbank modifizierten Census – Verfahren II, Version X – 11. – 3) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien. – 4) Ohne Energie und Bau. – 5) Bis 1967 einschl. kumulierter Umsatzsteuer, ab 1968 einschl. Mehrwertsteuer. – 6) Ohne elektrischen Strom, Gas und Wasser. Bis einschl. 1967 einschl. kumulierter Umsatzsteuer, ab 1968 ohne Mehrwertsteuer. – 7) Bis 1967 einschl. kumulierter Umsatzsteuer (soweit nicht steuerbefreit), ab 1968 ohne Mehrwertsteuer.

STAT. BUNDESAMT 71261

gütern konnten sogar konjunkturell zunehmende Auftragseingänge verbuchen. Die Investitionsneigung blieb allerdings trotz der im Januar und Februar 1971 eingetretenen Steuererleichterungen gedämpft.

Dem lebhafteren Auftragseingang folgend, wurde die Industrieproduktion, zuvor gedrosselt, Anfang 1971 wieder leicht ausgeweitet. Seither stagniert sie auf dem damit erreichten Niveau. Die konjunkturelle Entspannung wurde auch dadurch aufgehalten, daß die Bautätigkeit vom Winterwetter nur wenig behindert wurde und daher keine Abschwächung zeigte; von seiten der Unternehmen, besonders im Tiefbau, wird indessen über Mangel an Anschlußaufträgen geklagt. Die Anspannung am Arbeitsmarkt ließ nur langsam nach. Zu Freisetzungen kam es kaum; vielmehr blieb die Lockerung weitgehend auf einen Rückgang der Zahl offener Stellen beschränkt. Die Auslastung der Sachkapazitäten hat im Frühjahr 1971 (saisonbereinigt) sogar wieder zugenommen.

5. All dies hätte zur Überwindung der Rezessionsfurcht kaum ausgereicht, wären nicht auch die inflatorischen Störungen vom Ausland her erneut stärker geworden. Obwohl in unseren europäischen Partnerländern das Konjunkturklima kühler geworden war und sich in den Vereinigten Staaten ein neuer Aufschwung gerade erst anbahnte, hielt der seit Mitte 1970 zu beobachtende Anstieg der Auslandsbestellungen bei der westdeutschen Wirtschaft auch im Frühjahr 1971 an.

Von besonderer Bedeutung ist das Preisklima, in dem dies geschah. Die Unternehmen brauchten, wie es scheint, um ihren Absatz im Ausland selbst dann kaum zu bangen, wenn sie erhebliche Kostensteigerungen in den Ausfuhrpreisen weitergaben; denn im Ausland setzte sich der Preis- und Kostenauftrieb beschleunigt fort. Seit Herbst 1970 haben die deutschen Exporteure ihre Verkaufspreise für Ausfuhrgüter mit einer Jahresrate von fast 8 vH erhöhen könen. Die Inflation im Ausland blieb auch auf den Inlandsmärkten nicht ohne Wirkung. Die Einfuhrpreise für Investitionsgüter, im vergangenen Jahr noch weitgehend stabil, ziehen seit Anfang 1971 wieder spürbar an; eingeführte Verbrauchsgüter verteuern sich schon seit Monaten stärker als inländische Konkurrenzprodukte. Der Wettbewerb ausländischer Anbieter legte den deutschen Unternehmen immer weniger preispolitische Zurückhaltung auf.

Hatten wir noch im Herbst 1970 gemeint, die Nachfrageabschwächung werde stark genug sein, um zu verhindern, daß die Preiserhöhungsspielräume, die die Inflation im Ausland schafft, im Gleichschritt voll genutzt werden, und daher geglaubt, mit Rücksicht auf die Gefahr einer Rezession könne die wechselkurspolitische Absicherung binnenwirtschaftlicher Stabilisierungsbemühungen für einige Zeit — wenn auch nicht für lange — vertagt werden, so hat die tatsächliche Entwicklung schon nach wenigen Monaten dieser Überlegung die Grundlage entzogen.

6. Am frühesten und am deutlichsten ist die verstärkte außenwirtschaftliche Störung der Stabilisierungshoffnungen im monetären Bereich sichtbar geworden. Die Bundesbank hat nach Kräften versucht, ihren restriktiven Kurs bis zu einer Wende in der Lohnpolitik durchzuhalten. Doch der von den Vereinigten Staaten ausgehende Zinsabbau im Ausland führte zu Devisenzuflüssen, die diesen Kurs mehr und mehr unterliefen. Auch die schrittweise Senkung des Diskontsatzes von 7 1/2 auf 5 Prozent, mit der die Bundesbank — wie Ende 1960 — an der Zinsfront nachgab, um wenigstens die Verflüssigung der Banken in Grenzen zu halten, vermochten dem nicht erfolgreich entgegenzuwirken. Die Kreditaufnahme deutscher Unternehmen im Ausland blieb hoch; der Zustrom ausländischer Gelder, die in Westdeutschland die zinsgünstigere Anlage suchten, hielt an. Spekulative Einflüsse traten hinzu: Die Diskontsenkung vom 1. April 1971 wurde vom Markt mit noch stärkeren Liquiditätszuflüssen quitiert.

7. Die Bundesbank stellte selbst resignierend fest, daß ihre Instrumente immer weniger ausreichten, „das Geldangebot so zu regulieren, daß die Währung stabil gehalten werden kann". [1]) Die Bundesbank verzichtete darauf, die zufließende Liquidität durch noch höhere Mindestreservesätze zu binden. Offen-Markt-Transaktionen mit Nichtbanken, Kassenüberschüsse der öffentlichen Hand und steigender Bargeldumlauf verhinderten nicht, daß die freien Liquiditätsreserven der Geschäftsbanken stiegen. Der Kreditschöpfungsspielraum wurde merklich erweitert.

Die Zinsen sanken, am stärksten auf dem Geldmarkt. Der Tagesgeldsatz, der noch im September 1970 bei über 9 Prozent stand, war bis April 1971 auf unter 5 Prozent zurückgegangen. Die Soll-Zinsen fielen im Ausmaß der Diskontsenkungen, die Haben-Zinsen folgten verzögert und auch nicht ganz so stark. Lediglich am Kapitalmarkt brachte die monetäre Auflockerung keine nachhaltige Zinssenkung mit sich. Zwar war um die Jahreswende die Nominalverzinsung von Neuemissionen innerhalb weniger Wochen von 8 1/2 auf 7 1/2 Prozent gesunken; doch bereitet es seit März 1971 erhebliche Schwierigkeiten, 7 1/2prozentige Emissionen unterzubringen.

Steigende Bankenliquidität, sinkendes Zinsniveau und eine außerordentlich starke Geldmengenexpansion wiesen aus, daß von der monetären Seite keine kontraktiven Einflüsse mehr auf die Dispositionen der Wirtschaft ausgingen.

8. Je langsamer die privaten Ansprüche an das Produktionspotential zurückgingen, um so weniger konjunkturgerecht wurde ein Haushaltsvolumen, welches das konjunkturneutrale Maß überschritt.

Im Herbst 1970 ließ die Planung von Bund, Ländern und Gemeinden für 1971 ein konjunkturneutrales Haushaltsvolumen erwarten (JG 70 Ziffer 285). Dieses Urteil galt selbst dann noch, als Ende 1970 wegen unerwartet eingetretener Steuerausfälle auch

[1]) Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, Mai 1971, S. 7.

für 1971 mit geringeren als den angenommenen Steuereinnahmen gerechnet wurde und damit der erwartete Kreditbedarf stieg. Der Staat hätte, nachdem er im Aufschwung zurückstehen mußte, das Produktionspotential lediglich wieder so beansprucht, wie es dem mittelfristigen Trend entspricht.

Mit dem Tarifabschluß im öffentlichen Dienst wurde dann jedoch für die Ausgabenseite ein neues Datum gesetzt. Der Staat als Arbeitgeber mißachtete die Orientierungsdaten der Bundesregierung. Die neuen Tarifverträge brachten, bei mäßigen linearen Anhebungen, eine Erhöhung der Stundenverdienste im öffentlichen Dienst um 10 vH; unter Einschluß früherer Vereinbarungen, die erst 1971 wirksam wurden, betrug die Steigerung der Tariflöhne und -gehälter (auf Stundenbasis) rund 15 vH. Damit war nicht nur für die Lohnpolitik des Jahres 1971 falsch Tritt gefaßt, es war auch unmöglich geworden, daß die öffentlichen Haushalte ohne erneute Vertagung wichtiger Aufgaben konjunkturneutral bleiben konnten. Weitere unvorhergesehene Ausgaben kamen hinzu. So mußten Finanzplanungsrat wie Konjunkturrat für die öffentliche Hand den Gebietskörperschaften einmal mehr eine zurückhaltende Haushaltsführung empfehlen. Diesem Appell zu folgen, waren neben den Gemeinden vor allem die Länder aufgerufen. Während der Bund schon ab Sommer 1970 eine eher maßvolle Ausgabenpolitik betrieb [1]), hat sich die Ausgabentätigkeit der Länder rasch ausgeweitet; sie gaben 1970 mehr aus, als ihre Haushaltspläne selbst vor den Ausgabensperren vorgesehen hatten.

9. Die Lohnpolitik folgte dem Beispiel, das der Staat als Arbeitgeber gesetzt hatte, und versagte sich den Appellen zur Mäßigung. Die veränderten Markttendenzen förderten dies zwar, doch wäre in dieser Konjunkturphase mehr Zurückhaltung bei den Tarifabschlüssen nicht von einer neuen Gewinnexplosion desavouiert worden, hätte aber die Grundlage für eine baldige Stabilisierung legen können. Die Tarifpartner ließen offensichtlich außer acht, daß die konjunkturpolitischen Instanzen sich mehr und mehr gezwungen sehen würden, im Zielkonflikt zwischen Geldwertstabilität und Vollbeschäftigung die Gewichte anders zu verteilen und notfalls sogar die vielfach beschworene Gefahr einer Stabilisierungskrise bewußt in Kauf zu nehmen, um dem inflatorischen Prozeß Einhalt gebieten zu können.

Nur die linearen Steigerungssätze bei Tarifabschlüssen nach dem Herbst 1970 näherten sich den Orientierungsdaten der Bundesregierung. Lohnpolitische Zurückhaltung bedeutete dies nicht. Schließt man die vermehrten Nebenleistungen ein, wurden noch immer zweistellige Lohnforderungen erhoben und von den Arbeitgebern auch zugestanden. Die Abschlüsse im ersten Vierteljahr 1971 brachten Tariflohn- und -gehaltserhöhungen von durchschnittlich 11,3 vH; damit lag das tarifliche Lohn- und Gehaltsniveau (auf Stundenbasis) in der Gesamtwirtschaft um 14,6 vH über dem entsprechenden Vorjahresstand (Industrie: +17,7 vH, Lohnkosten je Produkteinheit: +8,9 vH).

10. Anders als vor Jahresfrist wurden die Effektivverdienste allerdings nicht mehr stärker als die tariflichen Arbeitsentgelte angehoben. Das mag einerseits auf härterem Widerstand der Arbeitgeber gegen übertarifliche Lohnzugeständnisse und auf einem weiteren Abbau von Überstunden beruhen; andererseits ist es aber auch dadurch bedingt, daß ein Teil der Tariflohnerhöhungen ausdrücklich dazu dienen sollte, den Abstand zu den Effektivverdiensten zu verringern. Selbst wenn somit nicht alle Tariflohnerhöhungen voll kostenwirksam geworden sind und außerdem die Produktivität in letzter Zeit wieder zunahm, standen die Gewinnmargen noch immer unter erheblichem Druck.

11. Der Preisauftrieb erreichte ein Maß, das die Öffentlichkeit immer stärker beunruhigte. Die Lebenshaltung war im April 1971 um 4,8 vH teurer als im gleichen Vorjahresmonat. Niemals seit der Korea-Krise haben die Verbraucher in der Bundesrepublik einen größeren Kaufkraftverlust binnen Jahresfrist hinnehmen müssen.

Alarmierender noch als die Teuerung auf der Verbraucherstufe waren die anhaltenden Preissteigerungen auf der Erzeugerstufe. Hier hätte sich ein Abklingen der inflatorischen Entwicklung zuerst zeigen müssen. Tatsächlich weisen die industriellen Erzeugerpreise noch immer den größten Anstieg auf. Dabei sind die Preise für Konsumgüter seit Beginn des Jahres 1971 sogar verstärkt heraufgesetzt worden; die Nachfragebelebung bot den Unternehmern neue Überwälzungschancen. Bei den Investitionsgütern flachte sich die Preiswelle, die im Herbst 1970 den Lohnerhöhungen im Metallbereich gefolgt war, nur zögernd ab. Die außerordentlich starke Verteuerung von Bauten verringerte sich zwar, doch ist nach den jüngsten Tarifabschlüssen im Baugewerbe (Lohnerhöhung einschließlich aller Nebenabreden 11,7 vH) mit einem erneuten Preisschub zu rechnen.

Die stabilisierungspolitische Situation Anfang Mai 1971

12. Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, dem Geldwertschwund und zugleich den Gefahren für Beschäftigung und Wachstum zu begegnen, war seit dem Herbst 1970 keineswegs leichter geworden. Die anstehenden Probleme drängten zu raschem und entschlossenem Handeln.

Was in der Vergangenheit für die künftige Preisentwicklung angelegt war, versprach vorläufig keine Besserung. Zu erwarten war, daß die kräftig steigenden Erzeugerpreise für Industriewaren stärker noch als bis dahin auf die Kosten der Lebenshaltung durchschlagen würden. Die Wohnungsmieten, das hatte sich schon abgezeichnet, folgten wieder deut-

[1]) Die starke Zunahme der Bundesausgaben im ersten Vierteljahr 1971 (im Vorjahresvergleich 18 vH) dürfte mit der kurzfristigen Verlagerung von Ausgaben, die sonst noch Ende 1970 angefallen wären, zusammenhängen. Konjunkturpolitisch kommt dem keine große Bedeutung zu.

licher den Baupreisen. Gebührenerhöhungen bei der Post und Anhebungen anderer administrierter Preise sollten dem aufgestauten Kostendruck mehrerer Jahre Rechnung tragen. Ähnliches galt, wenn auch mit Einschränkungen, für die Marktordnungspreise der Landwirtschaft. Es mußte daher für nahezu unausweichlich gehalten werden, daß die Verteuerung der Lebenshaltung — im Vorjahresvergleich — für einige Monate über 5 vH hinausgehen würde.

13. Die Gefahr eines kumulativen Abschwungs schien zwar fürs erste geschwunden, wenn auch angemessenes Wachstum und ein hoher Beschäftigungsstand auf die Dauer nicht mehr gewährleistet waren. Wohl ließen die starken Lohnsteigerungen einen rasch zunehmenden privaten Verbrauch erwarten; gleichzeitig wirkten sie aber auf eine weitere Dämpfung der Investitionsneigung hin, nachdem die Preissteigerungen, so hoch sie für sich genommen auch waren, einen Rückgang der Gewinnmargen nicht zu verhindern vermochten. Der realen Auftragsvergabe nach war, bei Ausrüstungen mehr noch als bei Bauten, mit einer Zunahme der Investitionstätigkeit kaum mehr zu rechnen.

14. Neue Stabilisierungsanstrengungen waren notwendig, den binnen- wie außenwirtschaftlichen Ursachen der Preissteigerungen wirksam entgegenzutreten, wobei auch Beschäftigungsrisiken nicht mehr auszuschließen, wenngleich möglichst gering zu halten waren. Der Inflationsprozeß — trotz außenwirtschaftlicher Einflüsse im Kern ein Prozeß der Kosteninflation — hatte die gesamte Wirtschaft erfaßt. Dies sprach dafür, die Last der Stabilisierung nicht einseitig einzelnen Sektoren — etwa den außenwirtschaftlichen — aufzubürden.

15. Je länger der Preisauftrieb währt, um so mehr ist zu befürchten, daß an die Stelle von Stabilitätserwartungen Inflationserwartungen treten und der Geldwertschwund immer stärker in den Dispositionen der Wirtschaft vorweggenommen wird. Kommt es erst einmal dahin, so ist eine Rückkehr zu mehr Stabilität selbst dann nicht mehr sicher, wenn sich das Konjunkturklima an den Güter- und Faktormärkten stärker als bisher abkühlen sollte. Eine Fortsetzung der Lohn-Preis-Spirale wäre selbst bei güterwirtschaftlicher Stagnation nicht mehr auszuschließen. Der Abbau verfestigter Inflationserwartungen ist dann ohne Stabilisierungskrise kaum noch zu erreichen.

16. Aber selbst wenn es unter Inkaufnahme von Beschäftigungsrisiken binnenwirtschaftlich gelingen könnte, den Prozeß der Inflationsgewöhnung zu stoppen, bleibt der Stabilisierungserfolg in einer Umwelt mit anhaltend hohem Geldwertschwund vom Ausland her ständig gefährdet. Ein binnenwirtschaftliches Stabilisierungsprogramm muß daher schon vorbeugend außenwirtschaftlich abgesichert werden, um den Import weiterer Preissteigerungen zu verhindern. Der internationale Preiszusammenhang wird sonst in dem Maße, in dem die Stabilisierung gelingt, binnenwirtschaftliche durch außenwirtschaftliche Inflationskräfte ersetzen.

17. Schon das Bestreben, mehr Stabilität als andere Länder zu erreichen, löst überdies bei festen Wechselkursen und freier Konvertibilität stabilitätswidrige Liquiditätszuflüsse aus, die um so stärker sein werden, je glaubhafter der angestrebte Erfolg erscheint. Der anhaltende Devisenzustrom, der Anfang Mai 1971 in einer Woge der Spekulation mündete, macht erneut deutlich: Um die währungspolitische Autonomie eines Landes ist es schlecht bestellt, solange das Dollar-Leitwährungssystem ständig internationale Liquidität im Überfluß schafft. Dies gilt um so mehr, als die am Euro-Dollar-Markt tätigen Banken — insoweit der Kontrolle der Notenbanken weitgehend entzogen — die internationale Liquidität durch Kreditschöpfung noch vermehren.

Die Maßnahmen vom 9. Mai 1971

18. Als Antwort auf die drängenden Probleme hat die Bundesregierung am 9. Mai 1971 ein Stabilisierungsprogramm beschlossen. Es umfaßt eine Aufhebung der Interventionspflicht der Bundesbank am Devisenmarkt auf unbestimmte, wenn auch nicht unbegrenzte Zeit, außerdem administrative Maßnahmen nach § 23 Außenwirtschaftsgesetz (AWG) sowie Ausgabebeschränkungen für die öffentlichen Haushalte.

Mit dem binnenwirtschaftlichen Teil des Stabilisierungsprogramms strebt die Bundesregierung nach Abstimmung mit dem Finanzplanungsrat und dem Konjunkturrat für die öffentliche Hand an,

- die Ausgaben des Bundes um 1,0 Mrd. DM, die der Länder um 0,8 Mrd. DM und möglichst auch die der Gemeinden zu verringern,
- den Spielraum für Ausgabenverpflichtungen zu Lasten späterer Haushalte (Verpflichtungsermächtigungen) beim Bund um 2 bis 3 Mrd. DM, bei den Ländern um 1½ bis 2 Mrd. DM einzuschränken,
- die Kreditaufnahme des Bundes um 1,0 Mrd. DM, die der Länder um 0,8 Mrd. DM und die der Gemeinden um 0,5 Mrd. DM zu vermindern sowie
- Steuereinnahmen, die über die Ansätze in den Haushaltsplänen des Bundes und der Länder hinausgehen, in den Konjunkturausgleichsrücklagen stillzulegen.

Die Maßnahmen nach § 23 AWG beschränken den freien Kapitalverkehr. Ausländerguthaben dürfen, soweit sie 50 000 DM überschreiten, nur noch verzinst werden, wenn die Bundesbank dies genehmigt. Genehmigungspflichtig ist ferner der Erwerb inländischer Geldmarktpapiere und der Abschluß von Pensionsgeschäften durch Ausländer.

19. Mit diesem Programm hat sich die Bundesregierung um des stark verletzten und nach wie vor hoch gefährdeten Ziels der Geldwertstabilität willen dafür entschieden, ihre stabilitätspolitischen Anstrengungen zu verstärken. Sie hat sich insbesondere der Notwendigkeit gestellt, ihren stabilitätspolitischen Kurs außenwirtschaftlich abzusichern.

20. Die größte Bedeutung kommt der Aufhebung der Interventionspflicht der Bundesbank am Devisenmarkt zu. Die Freigabe des Wechselkurses gibt den Instrumenten einer binnenwirtschaftlich orientierten Konjunkturpolitik, insbesondere der Geld- und Kreditpolitik, ihre Wirksamkeit zurück. Solange die Bundesbank auf Interventionen verzichtet, werden Transaktionen am Devisenmarkt keinen Einfluß auf die Geldversorgung der deutschen Wirtschaft mehr haben. Wer erworbene oder geliehene Devisen in D-Mark umtauschen will, wird einen Marktpartner finden müssen, der D-Mark anbietet; er kann nicht mehr von der Bundesbank verlangen, dieser Partner zu sein. Geld- und kreditpolitische Maßnahmen können binnenwirtschaftlichen Erfordernissen folgen. Ändern sie das Zinsniveau oder die Zinsstruktur in Abweichung vom Ausland, werden Devisenbewegungen ausgelöst, die Änderungen des DM-Kassakurses und der Terminkurse herbeiführen, die quantitativ genau den Zinsänderungen entsprechen und so bewirken, daß die Zinspolitik internationale Geschäftsbeziehungen des Außenhandels und des Kapitalverkehrs ebenso trifft — nicht stärker, nicht schwächer — wie binnenwirtschaftliche Dispositionen.

21. Die Freigabe des Wechselkurses unterbricht auch den internationalen Preiszusammenhang, der es bei festen Wechselkursen einem einzelnen Land so schwer macht, das Maß an Preisniveaustabilität zu verwirklichen, das ihm binnenwirtschaftlich möglich wäre.

So können die Marktkräfte eine Aufwertung der D-Mark im Trend herbeiführen, wenn die Entwicklung des Preisniveaus der Bundesrepublik hinter der weltweiten Geldentwertung zurückbleibt, und die Terminkurse würden dann anzeigen, inwieweit der Bundesrepublik auch künftig mehr Erfolg in der Stabilitätspolitik zugetraut wird als anderen Ländern. Es wird erreicht, daß der internationale Wettbewerb bei stabilem Preisniveau wirksam werden kann, unabhängig davon wie stark im Ausland die Preise weiter steigen.

22. Dieser Zusammenhang läßt sich auch aktiv nutzen. Durch freiwillige Interventionen der Notenbank, insbesondere an den Devisenterminmärkten, kann ein Aufwertungstrend bewußt hervorgerufen und damit der internationale Preiswettbewerb verschärft werden. Entsprechen die binnenwirtschaftlichen Stabilisierungsanstrengungen den so gesetzten Signalen, festigen sich die Erwartungen hinsichtlich der künftigen Kassakurse bei dem angestrebten Pfad; weitere Interventionen werden überflüssig.

23. Die gegenwärtigen Probleme der Stabilitätspolitik in der Bundesrepublik legen es nahe, die Möglichkeiten, die ein System flexibler Wechselkurse bietet, voll zu nutzen — insbesondere auch die Möglichkeiten einer aktiven Wechselkurspolitik, mit deren Hilfe Erwartungen abgebaut werden können, welche sich auf einen Fortgang der Geldentwertung richten.

Es scheint nicht gewiß, daß dies gewollt ist. Zweifel herrschen vor allem darüber, ob der Wechselkurs der D-Mark ausreichend lange beweglich bleiben und ob anschließend eine markgerechte Parität fixiert werden soll.

24. Im Beschluß des Ministerrats der Europäischen Gemeinschaften vom 9. Mai 1971 wird die Entschlossenheit der Mitgliedsregierungen bekundet, die derzeitigen Paritäten beizubehalten. Gleichzeitig gesteht der Ministerrat jedoch solchen Ländern, die durch übermäßige Kapitalzuflüsse betroffen sind, für eine begrenzte Zeit zu, die Schwankungsbreite ihrer Wechselkurse zu erweitern. Die Bundesregierung hat das Brüsseler Verhandlungsergebnis gebilligt. Die Freigabe des Kurses wäre demnach zu interpretieren als eine Bandbreitenerweiterung — ohne Bekanntgabe des Bandes — mit der Absicht, die Bandbreite nach einer gewissen Zeit auf das alte Maß zu reduzieren.

Möglich scheint jedoch auch, daß die Parität der D-Mark nach einer Periode freischwankender Wechselkurse von unbestimmter Dauer neu, und zwar bei einem höheren Wert, fixiert wird, da Paritätsänderungen gemäß der Entschließung des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 22. März 1971 über die Wirtschafts- und Währungsunion in deren ersten Phase nicht ausgeschlossen sind. Wenn auch gegenwärtig die Zahlungsbilanzen — nach Ansicht des Ministerrates — eine Paritätsänderung nicht rechtfertigen, dürfte sie mit dem Erfolg der Stabilisierungsbemühungen nötig werden.

25. Geht man davon aus, daß die gegenwärtige Parität beibehalten und nach einer unbestimmten Zeit sich frei bildender Wechselkurse die Bandbreite wieder auf das zuvor geltende oder das für die Gemeinschaft verabredete noch engere Maß reduziert wird, und unterstellt man ferner, daß diese Absicht nicht nur erklärt, sondern auch geglaubt wird, so wird mit der vorläufigen Freigabe des Wechselkurses nur einer der beiden oben beschriebenen Vorzüge flexibler Wechselkurse genutzt; die Zinspolitik der Bundesbank kann nicht mehr durch unerwünschte Devisenzuflüsse unterlaufen werden. Die Unterbrechung des internationalen Preiszusammenhangs wird dagegen durch eine glaubhafte Ankündigung der Rückkehr zu den alten Bandbreiten bei unveränderter Parität verhindert, sofern der Zeitpunkt für diese Rückkehr nicht in weiter Ferne liegt. Denn da sich die am Außenhandel beteiligten Wirtschaftsbereiche vorwiegend an den Terminkursen der D-Mark orientieren und diese — jedenfalls für Fristen, vor deren Ablauf die Rückkehr zu den verabredeten kleinen Bandbreiten für wahrscheinlich gehalten wird — innerhalb dieser Bandbreiten liegen müssen, werden sie von der Freigabe des Wechselkurses vermutlich nicht nennenswert in ihren Preiserwartungen beeinträchtigt werden.

Stabilisierende Wirkungen sind also bei vorübergehender Bandbreitenerweiterung kaum über eine unmittelbare Verschärfung des Preiswettbewerbs zu erwarten. Sie können in diesem Fall lediglich von nachfragedämpfenden, d. h. die Vollbeschäftigung

stärker gefährdenden Maßnahmen des Stabilisierungsprogramms der Bundesregierung, unterstützt durch die Notenbankpolitik, erwartet werden. Diese Maßnahmen müßten um so härter ausfallen, je mehr sich die Sozialpartner, wie es dann besonders naheliegt, bei ihrer Lohn- und Preispolitik von der Überzeugung leiten ließen, die inflatorische Entwicklung der jüngsten Vergangenheit werde sich fortsetzen. Außerdem: Träte der Stabilisierungserfolg ein, so würde er wieder stärkere Überschüsse im Außenhandel hervorrufen und damit erneut zu Aufwertungsspekulationen Anlaß geben.

Die Ansicht, man brauche nach einer der Kursfreigabe folgenden Höherbewertung der D-Mark den Abwertungsspielraum bis zur alten Parität, setzt voraus, daß die Stabilitätsbemühungen zunächst in die Krise führen und eine Verminderung der Geldentwertung gegenüber dem internationalen Trend nicht durchgehalten werden kann.

26. Durch die am 10. Mai 1971 ebenfalls verfügten Maßnahmen nach § 23 AWG — vor allem durch das Verzinsungsverbot ausländischer Guthaben — ist es für Ausländer weniger attraktiv, kurzfristige DM-Anlagen zu halten. Im Falle sich frei bildender Wechselkurse sind diese Maßnahmen sowohl für die Kursstruktur an den Devisenmärkten als auch für die Bankenliquidität im Inland bedeutungslos. Da nach wie vor Geldverkehr zwischen dem Ausland und den inländischen Banken und Nichtbanken besteht, werden die Differenzen zwischen Kassakurs und Terminkursen den Zinsdifferenzen zwischen Inland und Ausland entsprechen. Inwieweit durch Devisentransaktionen dem deutschen Geldmarkt Mittel zufließen oder entzogen werden, hängt allein davon ab, ob und in welchem Umfang die Bundesbank an den Devisenmärkten interveniert.

Die Maßnahmen nach § 23 AWG sind daher nur im Zusammenhang mit der beabsichtigten Beibehaltung der alten Parität zu sehen. Die Einschränkung des freien internationalen Geldverkehrs kann bei Interventionspflicht der Bundesbank den unerwünschten Zustrom von Devisen mindern.

Da gegenwärtig für das gesamte Gebiet der Europäischen Gemeinschaften Maßnahmen derart beraten werden, wie sie der § 23 AWG vorsieht, sei nochmals auf die anwendungstechnischen, vor allem aber auf die ordnungspolitischen Bedenken ihrer Anwendung hingewiesen, die der Sachverständigenrat bereits in seinem Brief vom 6. Mai 1971 an den Bundeswirtschaftsminister zum Ausdruck gebracht hat.

27. Die stabilisierungspolitische Bedeutung der Wechselkursfreigabe erhöht sich wesentlich, wenn am Ende der unbestimmten Periode flexibler Wechselkurse eine Aufwertung der D-Mark stehen soll und daher auch den Erwartungen, die sich hierauf richten, nicht entgegengewirkt wird. Die Terminkurse der D-Mark lägen dann zumindest für Fristen, vor deren Ablauf die Marktteilnehmer die Fixierung einer neuen Parität erwarten, innerhalb des Kursbandes, das zu der Parität gehört, mit der sie rechnen. Unterstellt, es würde eine nicht nur geringfügige Höherbewertung der D-Mark erwartet, werden sich die Terminkurse spürbar über der alten Parität bewegen. Welche Kurserwartungen sich durchsetzen, dürfte nicht zuletzt davon abhängen, wie die Erfolgsaussichten der Stabilisierungsmaßnahmen eingeschätzt werden. Daß es der Regierung und der Notenbank mit den Stabilisierungsmaßnahmen ernst ist, wird wiederum um so eher geglaubt, je deutlicher der Wille aufzuwerten erkennbar ist.

Mit dem Ansteigen der Wechselkurse, insbesondere der Terminkurse, wird der internationale Preiszusammenhang unterbrochen. Vor allem die mit ausländischen Produzenten konkurrierenden Wirtschaftsbereiche bekämen den verstärkten Preiswettbewerb zu spüren. Die Unternehmer wären wahrscheinlich nicht mehr zu den Lohnzugeständnissen bereit, die sie bei ungebrochenen Inflationserwartungen machen würden. Auch diese Strategie birgt eine Gefahr für das Beschäftigungsziel in sich. Sie dürfte aber wesentlich geringer sein als bei Rückkehr zur alten Parität, da die Dämpfung des Preisauftriebs weniger über eine Nachfrageeinschränkung und mehr über den unmittelbaren Preiswettbewerb erreicht würde. Der angestrebte Aufwertungssatz darf allerdings nicht so hoch sein, daß die Last der Anpassung einseitig auf die außenwirtschaftlich orientierten Bereiche fällt.

28. Von den beiden diskutierten Strategien dürfte allein diejenige, bei der am Ende der Periode flexibler Wechselkurse eine Aufwertung steht, geeignet sein, der binnenwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik den erwünschten Flankenschutz zu gewähren. Auf Dauer löst auch diese Strategie das Problem, das ein Trendproblem ist, nicht, weil die Freigabe des Wechselkurses zeitlich begrenzt ist. Eine außenwirtschaftliche Absicherung binnenwirtschaftlicher Stabilisierungspolitik wird nur vorübergehend erreicht; die Absicherung wird früher oder später erneut akut, wenn in der Zwischenzeit unseren Handelspartnern nicht gleichfalls eine entsprechende Dämpfung des Preisanstiegs gelingt.

29. Bei der Wahl, die die politischen Instanzen zu treffen haben, sollte auch bedacht werden, daß die Periode der Kursfreigabe als Probe für die Funktionsfähigkeit dieser Alternative zum herrschenden Weltwährungssystem zu nutzen wäre, um Erfahrungen zu gewinnen, welche die anstehenden Entscheidungen der Europäischen Gemeinschaften über die zukünftige Ordnung ihrer währungspolitischen Außenbeziehungen vorbereiten helfen. Dies setzt voraus, daß möglichst unverzerrte Funktionsbedingungen für das konkurrierende Modell geschaffen werden. Schon jetzt muß davor gewarnt werden, Fehlentwicklungen, die daraus resultieren, daß das System flexibler Wechselkurse nicht konsequent angewendet wird, diesem System anzulasten.

Der Beitrag der Finanzpolitik und der Kreditpolitik

30. Der binnenwirtschaftliche Teil des Stabilisierungsprogramms konzentriert sich auf die Ausgabenpolitik der Gebietskörperschaften. Zusammenge-

nommen können die geplanten Ausgabenbeschränkungen bewirken, daß die Haushalte der Gebietskörperschaften im Jahre 1971 weder expansiv noch kontraktiv, sondern etwa konjunkturneutral sein werden.

Vor den Beschlüssen vom 9. Mai war damit zu rechnen gewesen, daß die öffentlichen Haushalte im Jahre 1971 Ausgaben in Höhe von etwa 216,3 Mrd. DM tätigen würden. Das waren 2,7 Mrd. DM mehr, als konjunkturneutral gewesen wären [1]). Die geplante Beschränkung der Ausgaben sowie der Verpflichtungsermächtigungen bei Bund und Ländern wird diesen expansiven Effekt beseitigen. Schwer abzuschätzen ist, in welchem Umfang die Beschneidung der öffentlichen Kreditaufnahme auch die Gemeinden dazu zwingen wird, vorgesehene Ausgaben zu unterlassen; denn es muß damit gerechnet werden, daß die Gemeinden höhere als bereits verplante Steuereinnahmen haben werden, und sie daher weniger stark auf Kredite angewiesen sind. Immerhin wird durch die Beschränkung der Schuldenaufnahme zumindest einer beschleunigten Expansion der Gemeindeausgaben vorgebeugt. Die Beschränkung der Kreditaufnahme des Bundes und der Länder ist lediglich das Korrelat der vorgesehenen Ausgabenkürzungen. Als prophylaktische Maßnahme kommt bei Bund und Ländern hinzu, daß sie verpflichtet sind, unerwartete Steuermehreinnahmen stillzulegen.

31. Trotz der Beschränkung der öffentlichen Ausgaben auf das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen werden die tatsächlichen Ausgaben rund 12 vH höher sein als im Jahre 1970. Die konjunkturellen Wirkungen der öffentlichen Finanzgebarung sind jedoch nicht ausschließlich nach dieser Zuwachsrate zu beurteilen. Im Laufe des Jahres 1970 ist das Preisniveau des Sozialprodukts außerordentlich stark gestiegen, und überdurchschnittliche Preissteigerungen mußten schon bei Jahresanfang auch für 1971 als unvermeidlich angesehen werden. Dem hatte die Ausgabenplanung der öffentlichen Haushalte Rechnung zu tragen, sollte nicht der Realwert der öffentlichen Haushalte sinken. Abzüglich der Preissteigerungen — beim Preisindex für das Bruttosozialprodukt etwa 6 vH — dürften die Ausgaben der Gebietskörperschaften im Jahr 1971 nur wenig stärker zunehmen, als das Produktionspotential wächst. Das bleibt hinter dem zurück, was angesichts des für vordringlich gehaltenen Nachholbedarfs bei wichtigen staatlichen Aufgaben auf mittlere Sicht angemessen wäre. Nach wie vor ist also die Aufgabe ungelöst, die privaten Ansprüche an das Produktionspotential — sei es durch allgemeine Maßnahmen der Globalsteuerung, sei es durch spezifische Maßnahmen der Steuerpolitik — in dem Maße zurückzudrängen, wie es nötig wäre, sollen die öffentlichen Ausgaben inflationsfrei finanziert werden.

32. Dies wird erneut darin sichtbar, daß das Stabilisierungsprogramm keine steuerpolitischen Maßnahmen umfaßt. Nur mit solchen Maßnahmen ließe sich der private Verbrauch, neben den Staatsausgaben die einzige Komponente der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die auch konjunkturell gesehen noch rasch zunimmt, direkt treffen. Die Bundesregierung ist jedoch gegenüber der Öffentlichkeit im Wort, daß 1971 keine Steuererhöhungen vorgenommen werden. Der Mitte 1970 eingeführte Konjunkturzuschlag zur Einkommen- und Körperschaftsteuer belastet die Regierung für längere Zeit mit der Hypothek steuerpolitischer Unbeweglichkeit.

33. Die relative Dringlichkeit des Staatsbedarfs und die derzeitige Unbeweglichkeit der Steuerpolitik sind zu berücksichtigen, wenn eine Antwort auf die Frage gesucht wird, ob die jetzt vorgesehenen Ausgabenkürzungen einen angemessenen Beitrag der Finanzpolitik zum Stabilisierungsprogramm darstellen, mit anderen Worten: ob derzeit ein konjunkturneutraler Haushalt ein konjunkturgerechter Haushalt sein kann. Dabei ist die Alternative zur Finanzpolitik zu bedenken. Den Beitrag der Wechselkurspolitik für gegeben genommen, kann die Geld- und Kreditpolitik um so eher die Zinsen senken und so von der Kostenseite her dazu beitragen, daß der Preisauftrieb ohne Rezessionsdruck abgeschwächt wird, je zurückhaltender das Ausgabenverhalten der öffentlichen Hand ist. Anders gesehen: Je restriktiver die Geld- und Kreditpolitik bleibt oder wieder wird, desto weniger braucht der Staat erneut wichtige Vorhaben hintanzusetzen. Da der inflatorische Prozeß inzwischen die gesamte Volkswirtschaft erfaßt hat, sollte auch das Programm, mit dem man ihm entgegentritt, möglichst breit angelegt sein. Auch dies spricht dafür, eine restriktive Geld- und Kreditpolitik zu betreiben.

34. Das muß nicht heißen, daß auf die Vorteile sinkender Zinsen für die Entwicklung des Kostenniveaus bis auf weiteres ganz zu verzichten wäre. Die Freigabe des Wechselkurses kann die Wirkungen verändern, die von dem gegenwärtigen Zinsniveau im Innern ausgehen. Wird zugelassen oder gefördert, daß sich am Markt die Erwartung eines trendmäßig steigenden DM-Kurses durchsetzt und werden auf diese Weise die Erwartungen hinsichtlich der künftigen Preiserhöhungsspielräume verändert, so kann ein Zinssatz, der bei inflatorischem Klima die Verschuldungsbereitschaft der Wirtschaft kaum beeinträchtigt, alsbald restriktiv wirken. Selbst eine merkliche Zinssenkung hebt diesen restriktiven Effekt nicht vollständig auf, solange

[1]) Der Beanspruchung des Produktionspotentials durch öffentliche Ausgaben wie im Jahr 1966, dem Basisjahr, von dem aus der Sachverständigenrat die konjunkturelle Wirkung des öffentlichen Gesamthaushaltes beurteilt (JG 70 Ziffern 329 ff.), entspricht 1971 ein Ausgabenvolumen von 210,3 Mrd. DM. Im April 1971 konnte für das laufende Jahr mit einem Steueraufkommen gerechnet werden, das — nach unserer Schätzung — um 3,3 Mrd. DM höher war als es bei der Steuerquote des Jahres 1966 gewesen wäre. Dementsprechend konnten auch die Staatsausgaben über das Wachstum des Produktionspotentials hinaus konjunkturneutral zunehmen; das konjunkturneutrale Haushaltsvolumen 1971 betrug somit 213,6 Mrd. DM.

sie geringer bleibt, als der Verminderung der Inflationserwartungen entspricht. Solche Zinssenkungen würden also das Kostenniveau entlasten, ohne expansiv zu wirken.

35. Ändern sich dagegen die Inflationserwartungen nicht, so ließen sich Kostensenkung und Nachfragedämpfung in der Zinspolitik nicht kombinieren. Die Bundesbank müßte möglicherweise sogar ihren wiedergewonnenen Spielraum nach oben nutzen und Zinssenkungen, die sie seit November 1970 aus außenwirtschaftlichen Gründen vorgenommen hat, rückgängig machen.

Die Rolle der Lohnpolitik

36. Ist von der Außenwirtschaftspolitik her eine Intensivierung des internationalen Preiswettbewerbs gewährleistet und sorgt diese zusammen mit ergänzenden Maßnahmen der binnenwirtschaftlichen Globalsteuerung dafür, daß der Spielraum für inflatorisches Verhalten merklich enger wird, so ist die Chance für eine allmähliche Abschwächung des Preisauftriebs wesentlich verbessert; sicher geworden ist dieser Erfolg dadurch jedoch nicht. Alles kommt jetzt darauf an, daß die Beteiligten die neuen Signale rasch in ihr Verhalten einbeziehen, die Tarifpartner in der Lohnpolitik, die Unternehmen in der Preispolitik. Gemeinsames Ziel muß sein, eine Beschränkung der Nachfrageexpansion möglichst wenig auf die reale Komponente, daß heißt auf das wirtschaftliche Wachstum und damit auf den Beschäftigungsstand, durchschlagen zu lassen, aber möglichst stark auf die Preiskomponente. Für die Wirtschaftspolitik hat die Gratwanderung zwischen Beschäftigungsrisiken auf der einen Seite und einem Fortgang der Preissteigerungen auf der anderen erst jetzt begonnen.

Immerhin kann erwartet werden, daß der Einfluß der Maßnahmen vom 9. Mai 1971 auf den Verteilungskampf, aus dem die Kosteninflation resultiert, über das hinausgeht, was die unmittelbar bewirkte Nachfragedämpfung vermag. Für die Einkommenspolitik ist ein neues Zeichen gesetzt worden. Die staatlichen Instanzen haben glaubwürdiger als bisher bekundet — und darin ist wohl ein Kurswechsel zu sehen —, daß sie nicht länger bereit sind, einen inflatorischen Prozeß, der auf stabilitätswidriges Verhalten im Verteilungskampf zurückgeht, zu finanzieren. Damit wird ein merklicher Rückgang des Beschäftigungsstandes zu einem erklärten Verhaltensrisiko der Marktparteien. Große Bedeutung kann in diesem Zusammenhang der Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag vom 11. Mai 1971 zukommen, durch die klargestellt wird, daß die Bundesregierung in der gegenwärtigen Situation die Tarifpartner als an der Verantwortung für die Erhaltung der Vollbeschäftigung beteiligt ansieht.

37. Für die Lohnpolitik kommt es darauf an, den Kontakt zur Produktivitätsentwicklung wiederherzustellen und im übrigen die Preissteigerungen nur noch mit sich allmählich verringernden Raten zu berücksichtigen. Sich den Appellen auf deutlichere Mäßigung in den Lohnforderungen zu stellen, sollte selbst denjenigen nicht schwerfallen, die nach wie vor eine Einkommensumverteilung über die Nominallohnpolitik anstreben. Das Jahr 1970 hat eine Änderung in der Verteilung der Realeinkommen zugunsten der Arbeitnehmer gebracht, die weit größer war, als der Gewinnexplosion des vorangegangenen Aufschwungs entsprach, auch größer als in irgendeinem Jahr zuvor. Urteilt man aufgrund langfristiger Erfahrungen, so müßte schon eine Konsolidierung dieses Ergebnisses als großer Erfolg gelten.

Schon jetzt ist wohl sicher, daß sich die Verteilungsposition der Bezieher von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Jahre 1971 gegenüber dem Vorjahr noch einmal verschlechtern wird. Es mag offen bleiben, ob trendmäßig eine deutliche Verminderung des Anteils der Gewinneinkommen am Sozialprodukt möglich ist. Keinesfalls könnte sich dies jedoch in wenigen großen Sprüngen vollziehen. Eine Erhöhung der Tariflöhne je Stunde um mehr als 11 vH, wie sie die Tarifabschlüsse in den ersten drei Monaten des Jahres 1971 durchschnittlich gebracht haben, ist auch bei einer Preissteigerungsrate von etwa 4,5 vH stabilitätspolitisch nicht zu rechtfertigen, gleichviel ob diese Entwicklung den Forderungen der Gewerkschaften, der Nachgiebigkeit der Arbeitgeber oder einer Konjunkturpolitik, die beides begünstigt hat, zuzuschreiben ist.

38. Mit dem Wechsel von der Politik der einkommenspolitischen Appelle, die der Situation des Zielkonflikts in der jüngsten Konjunkturphase noch angemessen war, hin zu einem Kurs der Restriktion, der dem Rezessionsrisiko nicht mehr von vornherein ausweicht, hat sich die Wirtschaftspolitik für einen Weg der Stabilisierung entschieden, der die Prinzipien unserer Wirtschaftsordnung achtet. Zu diesen Prinzipien zählt auch die Autonomie der Tarifpartner.

Der Respekt vor ihr verweist die Konjunkturpolitik auf den Weg, eine Dämpfung des Preisauftriebs selbst dann über eine Beeinflussung der Nachfrageseite zu versuchen, wenn vor allem Kostendruck den inflatorischen Prozeß trägt. Fraglich bleibt, ob die Marktparteien reagibel genug sind, die veränderten Marktbedingungen rasch in ihre Entscheidungen einzubeziehen, die die Kostenentwicklung bestimmen. Verbreitet ist die Auffassung, daß nur eine sehr langsame Verminderung der Lohnsteigerungsraten erwartet werden könne. Die Hoffnung auf eine Stabilisierung ohne Stagnation hängt jedoch daran, daß mehr möglich ist. Es dürfte die Autonomie der Tarifpartner nicht berühren, wenn die Regierung in eindringlichen Aufklärungsbemühungen der Bevölkerung klarzumachen versucht, daß eine Zäsur notwendig ist. Sicherlich trägt die Regierung die Verantwortung für den Ursprung der Fehlentwicklungen: die Übersteigerung des Booms 1969; doch es sollte nicht noch zwei Jahre danach das Versagen der Konjunkturpolitik im Aufschwung als Grund dafür herhalten, daß Lohnforderungen

durchgesetzt werden, die — real gerechnet — mehr als das Doppelte dessen ausmachen, was an Produktionszuwachs je Beschäftigten verteilt werden kann. Die Kosteninflation hat sich längst von ihrem Ursprung gelöst. Sie ist ein Problem von heute. Angesichts des hohen Ranges, den die Bevölkerung dem Ziel der Geldwertstabilität nach wie vor einräumt, sollte es nicht ausgeschlossen sein, daß die Regierung, setzt sie ihre Autorität voll ein, die Einkommenserwartungen in der Bevölkerung merklich beeinflussen und so die sozialen Bedingungen verbessern kann, unter denen die Tarifpartner handeln.

39. Das Preisverhalten der Vielzahl einzelner Unternehmen ist mit Appellen und Aufklärung darüber, was über den Tag hinaus marktgerecht ist, kaum zu beeinflussen, sieht man von Ausnahmen ab, in denen sich stabilitätswidriges Verhalten aufgrund von Marktmacht identifizieren und unter das Verdikt der öffentlichen Meinung stellen läßt. Für die preispolitische Reagibilität der Unternehmen ist — anders als für das lohnpolitische Verhalten der Tarifpartner — die Wettbewerbspolitik zuständig. Sie wirkt im allgemeinen nur auf längere Sicht; auf kurze Sicht bleibt daher meist nur die Verschärfung des Preiswettbewerbs von außen über die Wechselkurspolitik sowie eine Begrenzung der Preiserhöhungsspielräume über die Globalsteuerung der Nachfrage.

Sicherung des Stabilisierungserfolges

40. Soll der neue Anlauf der Stabilisierungspolitik in einen verstetigten Konjunkturverlauf einmünden und nicht zu einer Rezession führen, so dürfte sich die Wirtschaftspolitik jetzt nicht darauf beschränken, die unkoordinierten Reaktionen der Marktparteien auf die Maßnahmen vom 9. Mai 1971 abzuwarten, sondern sie müßte versuchen, eine Koordination des Verhaltens herbeizuführen und diese dadurch in der erwünschten Richtung zu beeinflussen. Die beste Art der staatlichen Koordinationshilfe ist die glaubwürdige Darlegung dessen, was sich die staatlichen Instanzen für einen begrenzten Zeitraum zum Ziele setzen und welche Politik sie zur Sicherung dieses Ziels vorhaben.

41. Allerdings muß eingeräumt werden, daß gegenwärtig die Bedingungen für eine verläßliche Zielprojektion der Regierung, die sich auf die kurzfristige Entwicklung bezieht, ungünstig sind. Eine Zielprojektion baut auf einer Prognose auf; und die Zuverlässigkeit einer Prognose hängt nicht zuletzt davon ab, wie stabil die Verhaltensweisen der Menschen sind. Gerade diese Verhaltensweisen aber soll das Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung beeinflussen, indem es nicht nur kurzfristige Daten ändert, sondern auch die mittelfristigen Erwartungen. In welchem Ausmaß und wie schnell dies gelingt, läßt sich aufgrund der Informationen, die üblicherweise eine Prognose tragen, nicht vorausschätzen. Eine Projektion mit Zielwerten für die wirtschaftliche Entwicklung ist somit derzeit nur sinnvoll, wenn sie für einen Zeitraum aufgestellt wird, innerhalb dessen sich nicht nur heutige, sondern auch künftige — die Ziele sichernde — Maßnahmen auswirken können. Erst eine Zielprojektion, die weit in das Jahr 1972 hineinreicht, dürfte dem genügen.

42. Doch selbst wenn die Regierung aus solchen Gründen die Orientierungsdaten des Jahreswirtschaftsberichts nicht sofort und jedenfalls nicht isoliert für das Jahr 1971 aktualisiert, wäre es zweckmäßig, alsbald die quantitativen Vorstellungen für das Ziel darzulegen, dem die Regierung vorübergehend Vorrang einräumen muß, die Preisentwicklung also, die es nach Auffassung der Regierung rechtfertigen würde, diesen Vorrang allmählich wieder aufzugeben.

Den Kern des inflatorischen Prozesses bildet der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise. Es sollte ohne größere Beschäftigungsrisiken möglich sein, den Preisauftrieb in der Industrie binnen Jahresfrist zu beenden, an den laufenden Veränderungen gemessen. Doch wäre bei hoher Reagibilität der Marktparteien denkbar, daß dies auch in kürzerer Frist gelingt.

Falsch wäre es, in der Öffentlichkeit übertriebene Erwartungen hinsichtlich kurzfristig erzielbarer Stabilisierungserfolge bei den Verbraucherpreisen zu wecken. Keine realistische Konzeption kann eine plötzliche Rückkehr zu einem stabilen Preisniveau versprechen. Es wäre eine schwere Hypothek, wenn wegen enttäuschter Erwartungen schon bald als Mißerfolg gewertet würde, was inzwischen unvermeidlich geworden ist.

43. Zur klaren Darlegung der Wirtschaftspolitik gehörte zudem, daß die Unsicherheit darüber beseitigt wird, ob die Wechselkursfreigabe lediglich der Wiedergewinnung eines Spielraums für die Geld- und Kreditpotilik oder auch einer nachhaltigen Veränderung der Bedingungen für den internationalen Preiswettbewerb dienen soll. Glaubwürdig wird die Stabilisierungskonzeption, wie ausgeführt, nur, wenn man die Erwartungen, die sich auf eine dauerhafte Höherbewertung der D-Mark richten, unterstützt, ihnen zumindest nicht entgegentritt. Im Falle eines Erfolges des Stabilisierungsprogramms wird die alte Parität der D-Mark nur dann ein Gleichgewichtskurs sein, wenn die wichtigsten Partnerländer — wie unter den Ländern der Europäischen Gemeinschaften auch verabredet — ihre Stabilisierungsanstrengungen verstärken und dabei erfolgreich sind. Dann würden die Aufwertungserwartungen für die D-Mark von selbst schwächer werden.

44. Eine trendmäßige Höherbewertung der D-Mark mit einer Jahresrate von etwa 3 vH dürfte die Möglichkeiten der Bundesrepublik, sich vom internationalen Geldentwertungstrend abzusetzen, wahrscheinlich nicht überfordern. Mittelfristig würden die Zinsen im Inland um diesen Satz unter dem Zinsniveau im Ausland liegen. Gegenwärtig muß

der Kassakurs sogar über dem Terminkurs liegen, weil das inländische Zinsniveau aus binnenwirtschaftlichen Erfordernissen höher ist als das ausländische [1]).

45. Da das Ausgabenvolumen der öffentlichen Hand kaum stärker als auf den Betrag, der als konjunkturneutral gilt, reduziert werden kann und die Regierung sich in der Einnahmenpolitik selbst auf absehbare Zeit die Hände gebunden hat, müßte die Kreditpolitik — bei flexiblen Wechselkursen ohnehin im Zentrum der Konjunkturpolitik — restriktiv bleiben, bis das Stabilisierungsziel erreicht ist. Wie erwähnt, schlösse dies eine mäßige Zinssenkung nicht aus, wenn die Änderung des inflatorischen Klimas rasch eintritt.

46. Orientierungshilfen für die Lohnpolitik unterliegen gegenwärtig den erwähnten Risiken; sie sind für die kommenden Monate auch entbehrlich, wenn eine klare Konzeption der Wirtschaftspolitik rasch mit zur Grundlage der anstehenden Tarifverhandlungen würde. Die Gefahren für die Vollbeschäftigung wären um so geringer, je eher es gelingt, die Lohnsteigerungen in den Grenzen zu halten, die der gesamtwirtschaftliche Produktivitätszuwachs und die für unvermeidlich zu haltenden k ü n f t i g e n Preissteigerungen ziehen.

Appelle, die sich an die Tarifpartner richten, erwecken leicht den Eindruck, die Last der Stabilisierung solle einseitig den Arbeitnehmern zugewiesen werden. Der neue Kurs der Regierung muß diesem Verdacht nicht ausgesetzt sein. Wirksam durchgesetzt, wird er die Gewinneinkommen zunächst stärker treffen als die Arbeitseinkommen.

47. Wie dargelegt, sind unterschiedliche Kombinationen von Wechselkurspolitik, Geld- und Kreditpolitik und Haushaltspolitik vorstellbar, die eine Annäherung an das Stabilisierungsziel ermöglichen. Die Strategie eines mäßigen, aber stetigen Anstiegs des DM-Kurses, verbunden mit einer Geld- und Kreditpolitik, welche bald auf sinkende Zinsen gerichtet sein kann, ist diejenige Alternative, bei der die geringsten Beschäftigungsrisiken mit guten Aussichten auf einen nachhaltigen Stabilisierungserfolg verknüpft sind. Einen Weg, der jedes Beschäftigungsrisiko vermeidet, und zwar nicht nur kurzfristig, dürfte es nicht mehr geben. Dem Ziel der Geldwertstabilität zeitweise Vorrang einzuräumen, gibt der Wirtschaftspolitik jedoch die Chance zurück, danach wieder alle Ziele gleichrangig verfolgen zu können.

* * *

Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Claus Köhler, ist der Auffassung, daß ein restriktives wirtschaftspolitisches Konzept der augenblicklichen konjunkturellen Situation nicht gerecht wird. Es begründet diese Ansicht in den Ziffern 48 bis 55:

48. Preisstabilität, Vollbeschäftigung und ein angemessenes Wirtschaftswachstum lassen sich gleichzeitig realisieren, wenn es der Wirtschaftspolitik gelingt, die Nachfrageentwicklung den Angebotsmöglichkeiten anzupassen. Übersteigt die Nachfrage die Angebotsmöglichkeiten und beschleunigt sich die Nachfragesteigerung, nehmen die Preissteigerungsraten tendenziell zu; verlangsamt sich die Nachfragesteigerung, nehmen die Preissteigerungsraten tendenziell ab. Bleibt die Nachfrage nachhaltig hinter den Angebotsmöglichkeiten zurück, entsteht Arbeitslosigkeit.

Bei wirtschaftspolitischen Interventionen ist allerdings zu berücksichtigen, daß bei gegebenen Angebotsmöglichkeiten die Preise auf Nachfrageänderungen erst mit zeitlicher Verzögerung reagieren. Für die Industrie ist festzustellen, daß einer Nachfragebelebung, gemessen an den Auftragseingängen, Preissteigerungen industrieller Produkte sowohl im vierten als auch im fünften Nachkriegszyklus mit einer zeitlichen Verzögerung von rund einem halben Jahr folgten. Erheblich länger war der Time-Lag zwischen einer Nachfragedämpfung und dem Rückgang der Preissteigerungsraten. Im industriellen Bereich betrug er, sowohl in diesem wie im vorangegangenen Konjunkturzyklus, rund 1¼ Jahre. Ein weiterer Zeitraum vergeht, bis sich die Preissteigerungsraten industrieller Produkte im Lebenshaltungskostenindex niederschlagen. Die gegenwärtige konjunkturelle Situation ist also nicht neu, sondern mit ähnlichen Situationen in früheren Konjunkturzyklen vergleichbar. Allerdings hat die besonders kräftige Nachfrageexpansion in diesem Konjunkturzyklus zu entsprechend hohen Preissteigerungsraten geführt.

49. Um so mehr sollte man den Fehler vermeiden, der für frühere Konjunkturphasen typisch war, nämlich die Wirtschaftspolitik an Fehlentwicklungen zu orientieren und damit einzelnen wirtschaftspolitischen Zielen Priorität einzuräumen. Die Time-Lags verbieten es, Preissteigerungsraten als Indikator der konjunkturellen Entwicklung anzusehen und sie zum Maßstab für wirtschaftspolitische Eingriffe zu machen. Tatsächlich aber werden Preissteigerungsraten mehr beachtet als Veränderungsraten der Nachfrage. Steigen die Preise, nimmt der Druck der Öffentlichkeit auf die Regierung zu, wirtschaftspolitisch restriktiv einzugreifen, obwohl das von der Nachfrageentwicklung nicht mehr gerechtfertigt ist. Als zum Beispiel die Preissteigerungsraten industrieller Produkte im zweiten Vierteljahr 1970 ihren Höhepunkt erreichten, näherte sich die Nachfrageentwicklung bereits wieder ihrem Gleichgewichts-

[1]) Ein Mitglied des Sachverständigenrates, Claus Köhler, ist der Auffassung, die Bundesregierung sollte alsbald bei unveränderter Parität zum US-Dollar zu festen Wechselkursen zurückkehren. Gegenwärtig besteht kein fundamentales Ungleichgewicht der deutschen Leistungsbilanz, das eine Paritätsänderung rechtfertigen würde. Zu festen Wechselkursen sollte man bald zurückkehren, weil nur dann die derzeit unterbrochenen Bemühungen fortgesetzt werden können, die Bandbreiten der EWG-Währungen zu verengen und damit einen psychologisch wichtigen Schritt auf dem Wege zu einer europäischen Währungsunion zu machen (JG 70, Minderheitsvotum, Ziffern 309 ff.).

pfad. Da die Wirtschaftspolitik auch danach restriktiv wirkte, schwächte sich die Nachfrage weiter ab; die Auftragseingänge in der Industrie erreichten im Herbst 1970 das Vorjahresniveau.

50. Dieser Nachfragedämpfung mußte dosiert entgegengesteuert werden, wenn mittelfristig Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung sowie ein angemessenes Wirtschaftswachstum erreicht werden sollten. Nicht Preissteigerungsraten bestimmen den zukünftigen Konjunkturverlauf, sondern die Entwicklung von Nachfrage und Angebot. Zwar haben Bundesregierung und Bundesbank offiziell ein Gegensteuern abgelehnt, tatsächlich jedoch hat sowohl die Fiskalpolitik als auch die Kreditpolitik der Nachfragedämpfung entgegengewirkt. So wurden im ersten Vierteljahr 1971 die öffentlichen Ausgaben von Bund und Ländern stärker ausgedehnt als es den Haushaltsansätzen entsprach. Die im Frühjahr 1970 einsetzenden Liquiditätszuflüsse zu den Banken hielten auch im ersten Vierteljahr 1971 an. Den drei Diskontsenkungen im Juli, November und Dezember 1970 folgte eine vierte Senkung der Bankrate Anfang April 1971. Bemerkenswert ist, daß diese Einflüsse nicht, wie oft befürchtet, zu einer neuen Nachfragexpansion geführt haben, sondern nur zu einem Abfangen des Dämpfungsprozesses der Nachfrage. Die Jahreszuwachsraten der Auftragseingänge in der Industrie betrugen im dritten Vierteljahr 1970 + 1,1 vH, im vierten Vierteljahr 1970 + 2,3 vH und im ersten Vierteljahr 1971 + 1,8 vH.

51. Diese geringe Nachfragesteigerung reicht nicht aus, mittelfristig einen Zuwachs des nominalen Bruttosozialprodukts von rund 7 vH zu realisieren. Diesen Zuwachs aber strebt die Bundesregierung an, weil — wie sie im Jahreswirtschaftsbericht 1971 betonte — bei einer durchschnittlichen Entwicklung in dieser Größenordnung mit verstetigtem Konjunkturverlauf die Risiken für die großen wirtschaftspolitischen Ziele etwa gleichmäßig verteilt sein dürften (JWB 1971 Ziffer 142). Es ist daher bedenklich, daß die Bundesregierung nun noch restriktive Maßnahmen ergreifen will. Sowohl eine mit der Freigabe des Wechselkurses verbundene Kurssteigerung der D-Mark als auch die vorgesehenen Ausgabensperren bei Bund und Ländern sowie die weitere Erhöhung der Konjunkturausgleichsrücklage und die Kreditsperren werden zusätzlich dämpfend auf die Nachfrageentwicklung und damit auf die Investitionstätigkeit wirken. Die unzureichende Nachfrageentwicklung ließe es gegenwärtig vielmehr zweckmäßig erscheinen, auf restriktive Maßnahmen zu verzichten und dämpfende Einflüsse einer Kurssteigerung der D-Mark, die mit der Wechselkursfreigabe zu erwarten sind, durch expansive flankierende Maßnahmen zu kompensieren. Die Haushalte der Gebietskörperschaften sollten so vollzogen werden, wie es sich bei der gegenwärtigen Haushaltsführung abzeichnet. Die Aufhebung des Konjunkturzuschlags, die für Ende Juni 1971 vorgesehen ist, ist der Gesamtnachfragesituation angemessen. Zwar nimmt seit einiger Zeit die inländische Nachfrage nach Verbrauchsgütern wieder etwas stärker zu, jedoch ist es dadurch nicht zu einem Umbruch in der Entwicklung der Gesamtnachfrage gekommen. Restriktiv eingreifen aber sollte die Bundesregierung erst dann, wenn die Gesamtnachfrage wieder dazu tendiert, die Angebotsmöglichkeiten zu übersteigen. Das ist gegenwärtig nicht der Fall.

52. Bei den Bemühungen um die gleichzeitige Verwirklichung von Preisstabilität, Vollbeschäftigung und angemessenem Wachstum wird den Sozialpartnern oft, so auch gegenwärtig wieder, eine zu hohe Verantwortung auferlegt. Das Verhalten der Sozialpartner wird weitgehend vom Konjunkturverlauf bestimmt. Der fünfte Konjunkturzyklus hat dies erneut gezeigt. Die Lohnforderungen der Gewerkschaften von Mitte 1967 bis Frühjahr 1969, dem Höhepunkt des Nachfragebooms, waren so zurückhaltend, daß von den Löhnen, unter Beachtung des Produktivitätsfortschritts, kostensenkende Effekte ausgingen. Die Preise aber stiegen in dieser Zeit schon erheblich, das heißt, die Unternehmen erhöhten ihre Gewinne stark. Das Verhalten der Unternehmen in dieser Phase des Konjunkturverlaufs war nicht stabilitätsbewußt, aber verständlich. Man muß in einer Marktwirtschaft mit einem solchen Verhalten rechnen, wenn die Nachfrage, gemessen an den Auftragseingängen in der Industrie, mit Zuwachsraten bis zu 27 vH steigt (erstes Vierteljahr 1969), während das inländische Angebot mittelfristig um rund 5 vH ausgedehnt werden kann. Durch diese Entwicklung wurde das Verhalten der Gewerkschaften bestimmt. Produktivitätsfortschritte sowie Preissteigerungen und die dadurch induzierten starken Gewinnsteigerungen führten zu hohen Lohnforderungen. Der Gewinnexplosion folgte eine Lohnexplosion. Das zu späte Bremsen des Nachfragebooms erleichterte es den Unternehmen noch bis Mitte 1970, Lohnzugeständisse weitgehend über die Preise abzuwälzen. Das Verhalten der Unternehmen und Gewerkschaften war stabilitätswidrig, aber bei der von der Wirtschaftspolitik geduldeten Entwicklung kaum zu vermeiden.

53. Seit die Bremsen ziehen, verschärfen sich die Probleme: Die Nachfrage und damit der Absatz der Wirtschaft werden gedämpft, der Kostendruck wächst durch hohe Lohnsteigerungsraten, die Gewinne schrumpfen. Auch das ist im Konjunkturverlauf nicht neu. Allerdings hat die Stärke des vorangegangenen Nachfragebooms die jetzigen Probleme entsprechend dimensioniert. Die sinkenden Gewinne und die gedämpfte Nachfrage beeinträchtigen die Investitionstätigkeit und gefährden die Vollbeschäftigung, während gleichzeitig der Kostendruck noch zu Preissteigerungen führt.

Es besteht die Vorstellung, diese Probleme ließen sich am besten lösen, wenn die Lohnsteigerungsraten rasch sinken würden. Man blickt erwartungsvoll auf die Gewerkschaften, zeigt auf das Beschäftigungsrisiko, droht mit der Rezession und hilft schließlich durch ein restriktiv wirkendes Konjunkturprogramm nach. Dabei übersieht man, daß ein stärkerer Rückgang der Lohnsteigerungsraten bei den in Konkurrenzverhältnis stehenden Einzelgewerkschaften Zeit benötigt. Die Lohnsteigerungs-

raten können sich nur allmählich mit der Nachfrageberuhigung zurückbilden. Über das Tempo des Prozesses mögen unterschiedliche Vorstellungen bestehen, aber selbst ein etwas schnelleres Zurückgehen der Lohnsteigerungsraten ändert am Grundproblem nichts.

54. Wird das von der Regierung vorgesehene restriktiv wirkende Konjunkturprogramm durchgeführt, muß man erwarten, daß sich die konjunkturelle Lage weiter verschlechtert. Ein nochmaliges Bremsen könnte zu einer Rezession mit Unterbeschäftigung führen. Das Preisproblem wird durch ein solches Programm nicht sofort beseitigt. Die Preissteigerungsraten reflektieren die Produktivitätsentwicklung, die Lohnsteigerungsraten, die Veränderungen der Kapitalkosten und der Gewinne. Ein weiteres Bremsen läßt die Kapitalkosten nicht sinken, sondern bei entsprechender Zinspolitik steigen. Selbst wenn die Lohnsteigerungsraten abnehmen, kann ein Rückgang der Produktivität die Lohnstückkosten erhöhen. Es ist dann zu befürchten, daß vorübergehend die Preise weiter steigen und/oder die Gewinne weiter sinken und dadurch die rezessive Entwicklung verstärkt wird. Kommt es zu einer Rezession, dann besteht die Gefahr, daß das wirtschaftspolitische Instrumentarium nicht mehr dosiert, sondern massiv zur Konjunkturbelebung eingesetzt wird. Ein massiver Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente hat bisher aber stets zu einer Übersteuerung, damit zur Fortsetzung zyklischer Schwankungen und zu neuen Fehlentwicklungen geführt.

55. Um das Preisproblem zu lösen, muß ein angemessener Produktivitätsfortschritt aufrechterhalten werden. Nur so können geringere Lohnsteigerungsraten auch zu geringeren Lohnstückkosten führen. Die Kapitalkosten müssen verringert werden. Das verlangt eine Zinssenkung. Gegenwärtig sollten den Zinssenkungen am Geld-, Kredit- und Einlagenmarkt auch Zinssenkungen am Kapitalmarkt folgen.

Die Wirtschaftspolitik soll nicht an Preis- und Lohnsteigerungsraten ausgerichtet werden, sondern sich mittelfristig orientieren und versuchen, die Nachfrageentwicklung den Angebotsmöglichkeiten anzupassen. Wenn so zyklische Schwankungen im Konjunkturverlauf verringert werden, wird auch zu einer sachlichen Atmosphäre im Verteilungsprozeß beigetragen. Dadurch kann auch vermieden werden, was vielfach als Fehlverhalten der Sozialpartner oder Verschärfung des Verteilungskampfes bezeichnet wird und doch weitgehend eine Folge des Fehlverhaltens der Wirtschaftspolitik ist.

VI.

Einige Zusatzversionen des Gesamtindikators zur Konjunkturdiagnose

1. Gegen den Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose des Sachverständigenrates wurde eingewandt, er zeige nicht die Intensität von Aufschwungs- und Abschwungsbewegungen der Konjunktur an. Dies trifft zu. Der Indikator hatte jedoch von Anfang an nicht die Aufgabe, die Intensität konjunktureller Ausschläge nachzuzeichnen, sondern er sollte kritische Konjunkturphasen, das heißt Gefährdungsphasen, frühzeitig diagnostizieren.

2. Es wurde behauptet, der Gesamtindikator könne gar nicht die Intensität von konjunkturellem Aufbeziehungsweise Abschwung anzeigen, weil die Einzelreihen nicht mit ihrem absoluten Wert in den Indikator eingehen, sondern mit einer Qualität (1, 2, 3 oder 4, je nachdem ob der Monatswert der betreffenden Einzelreihe unterhalb der unteren Toleranzgrenze, zwischen unterer Toleranzgrenze und Normwert, zwischen Normwert und oberer Toleranzgrenze oder oberhalb der oberen Toleranzgrenze liegt). In der Tat führt jede Reduktion absoluter Werte auf Informationen digitaler Art durch ein bestimmtes Bewertungsschema zu einem Verlust an Varianz. Die Höhe dieses Verlustes hängt jedoch von der Variabilität des Bewertungsschemas ab.

Werden die absoluten Werte von Einzelreihen auf Binäreinheiten zurückgeführt (zwei Qualitäten: oberhalb/nicht oberhalb des Normwerts) und dann zusammengefaßt, hängt der Verlauf des resultierenden Indikators nur vom Normwert der Einzelreihen, nicht aber von deren Varianz, ab.

Anders ist es jedoch, wenn das Bewertungsschema verbreitert wird. Bereits ein Gesamtindikator, der, wie die in Ziffern 192 ff. dargestellte Version, ein vierstufiges Bewertungsschema für die Einzelreihen verwendet, kann auf unterschiedliche Varianzen der Einzelreihen reagieren. Unsere Berechnungen haben gezeigt, daß der vierstufige Gesamtindikator um so mehr die Intensität konjunktureller Ausschläge nachzeichnet, je weiter die Toleranzgrenzen der Einzelreihen vom Normwert entfernt angeordnet werden. Je besser jedoch die Intensität der Konjunkturschwankungen nachgezeichnet wird, desto später erreicht der vierstufige Gesamtindikator die Schwellenwerte. Das Nachzeichnen der Intensität konjunktureller Aufschwungs- und Abschwungsphasen geht also beim vierstufigen Gesamtindikator zu Lasten der Datierung der Gefährdungsphasen.

3. Ein Gesamtindikator, der mit einem breiteren Bewertungsschema arbeitet, vermag beides zu verbinden. Schaubild A zeigt den Einfluß der Breite des Bewertungsschemas auf den Verlauf des Indikators. Alle dargestellten Varianten wurden aus demselben Zahlenmaterial errechnet, das auch der ursprünglichen Version zugrunde liegt. Das Bewertungsschema einer höherstufigen Version ergibt sich aus dem der niedrigerstufigen durch Hinzufügen je einer weiteren Ober- und Untergrenze (Tabellen A bis C).

Die sechs-, acht- und zehnstufigen Versionen weisen aus, daß der Boom im Jahre 1965 weniger stark ausgeprägt war als in den Jahren 1960 und 1969/70. Ebenso bringen diese Versionen deutlich zum Ausdruck, daß der konjunkturelle Abschwung der Jahre 1966/67 merklich kräftiger war, als der der Jahre 1962/63. Die Datierung der Gefährdungsphasen bleibt gegenüber der ursprünglichen Version im wesentlichen unverändert; der achtstufige und der zehnstufige Gesamtindikator verweilen zudem im Jahre 1964 durchgängig im oberen Gefährdungsbereich. Eine weitere Version, die mit einem zwölfstufigen Bewertungsschema arbeitete, brachte gegenüber dem zehnstufigen Indikator keine wesentlichen Verbesserungen mehr.

4. Die Umwandlung quantitativer in qualitative Information, wie sie dem Konstruktionsprinzip des Gesamtindikators entspricht, bedeutet also keinen generellen Verzicht darauf, die Größenordnung von konjunkturellen Ausschlägen nachzuzeichnen. Die verwendete Methode ist hinreichend flexibel, durch Verbreiterung oder Verengung des Bewertungsschemas der Einzelreihen einen größeren oder geringeren Einfluß der Varianz der Einzelreihen auf den Verlauf des Gesamtindikators wirken zu lassen.

Soll ein Gesamtindikator nicht nur Gefährdungsphasen anzeigen, sondern auch die Intensität von Konjunkturschwankungen, so wird ein Bewertungsschema verwendet werden müssen, das mehr als vier Stufen einschließt. Wieviel Vertrauen solchen höherstufigen Versionen entgegengebracht werden darf, kann sich erst klären, wenn diese eine Phase der Bewährung durchlaufen haben.

5. Der zweite Einwand drückt die Vermutung aus, der Gesamtindikator müsse seiner Konstruktion nach in einer Phase stagnierender Produktion bei hohen Preissteigerungsraten versagen. In einer solchen Entwicklung wäre zum Beispiel folgende Konstellation denkbar: Die in den Gesamtindikator eingehenden realen Reihen liegen im Niveau so tief, daß sie mit der Note 1 bewertet werden; diejenigen Reihen, die von der Preisentwicklung dominiert werden, sind derart inflatorisch aufgebläht, daß sie mit 4 bewertet werden. Da sich reale und nominale Elemente im Gesamtindikator ungefähr die Waage halten, könnte dieser sich im Bereich zwischen 2 und 3 bewegen, würde mithin keine Gefährdung eines gesamtwirtschaftlichen Ziels anzeigen.

6. Eine starke Divergenz zwischen nominaler und realer Entwicklung, das heißt ein Zusammentreffen niedriger realer Wachstumsraten und hoher Inflationsraten, stellt die Konjunkturpolitik vor ein Dilemma. Die Preisentwicklung würde den wirtschaftspolitischen Instanzen nahelegen, dämpfend auf den Wirtschaftsprozeß einzuwirken, gleichzeitig würde aber die Entwicklung im realen Bereich ein expansives Entgegenhalten erforderlich erscheinen lassen. Sollte eine solche Konstellation einmal eintreten, so vermag der Gesamtindikator in der bisherigen Form dies nicht anzuzeigen.

7. Kann ein einziger Gesamtindikator die Situation eines Zielkonflikts nicht einfangen, so vermag ein zweigeteilter Indikator dies jedoch zu leisten. Schaubild B zeigt ein Beispiel einer solchen Konstruktion eines zweigeteilten Indikators, einen Mengenindikator und einen Kosten- und Preisindikator. Die Zusammensetzung der beiden Teilindikatoren geht aus Tabelle D hervor [1]). Verwendet wurde ein zehnstufiges Bewertungsschema. Bei Variationen der Breite des Bewertungsschemas reagieren die beiden Teilindikatoren genauso wie der Gesamtindikator.

8. Das dargestellte Beispiel verdeutlicht, daß im Konjunkturverlauf die Kosten- und Preisentwicklung der Mengenentwicklung mit einer zeitlichen Verzögerung folgt. In den Abschwungsphasen der beiden vorangegangenen Zyklen hat der Kosten- und Preisindikator jeweils etwa 1½ Jahre nach dem Mengenindikator den unteren Schwellenwert unterschritten. Die Preisentwicklung scheint jedoch ihrer Intensität nach mit der Mengenentwicklung nicht immer zu korrespondieren. Dem vergleichsweise schwächer ausgeprägten Aufschwung der Jahre 1964/65 folgte eine stärkere inflatorische Aufblähung als demjenigen des Jahres 1960.

Anhaltspunkte, ob sich — anders als in den vorausgegangenen Zyklen — in der Spätphase des jetzigen Booms die Preis- von der Mengenentwicklung dauerhaft gelöst hat, lassen sich noch nicht gewinnen. Die ausgeprägte Divergenz zwischen den beiden Teilindikatoren in den Jahren 1970 und 1971 macht indes das Dilemma der gegenwärtigen konjunkturpolitischen Situation deutlich.

9. Ein dritter Einwand bezieht sich auf die Normwerte: Strukturbrüche in einer oder mehreren Einzelreihen müßten die Aussagekraft des Gesamtindikators beeinträchtigen, weil der Normwert der betreffenden Reihen im laufenden Zyklus einer anderen Konjunkturlage entspreche als in vorangegangenen Zyklen.

Wie sensitiv der Gesamtindikator gegenüber Änderungen der Normwerte ist, haben wir noch nicht untersucht. Ob der Gesamtindikator den Konjunkturverlauf auch weiterhin zutreffend beschreiben kann, wird aber in der Tat davon abhängen, daß die aus Erfahrungen der Vergangenheit gewonnenen Normwerte der Einzelreihen auch künftig als plausibel betrachtet werden können. Wäre ein Strukturbruch in einer oder mehreren Komponenten zu verzeichnen, dann würde es sich als unerläßlich erweisen, die entsprechenden Reihen zu ersetzen oder deren Normwerte zu korrigieren.

10. Von Interesse ist ein Vergleich zwischen dem Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose und dem Bruttoinlandsprodukt.

Schaubild C zeigt eine nahezu synchrone Entwicklung beider Reihen. Es spricht also vieles dafür, daß im Gesamtindikator, der aus heterogenen Bestandteilen konstruiert ist, die wesentlichen Elemente der konjunkturellen Dynamik erfaßt sind.

[1]) Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Normwerte der Einzelreihen keinerlei Soll-Vorstellungen implizieren, sondern ausschließlich konjunkturdiagnostischen Zwecken dienen.

Schaubild A

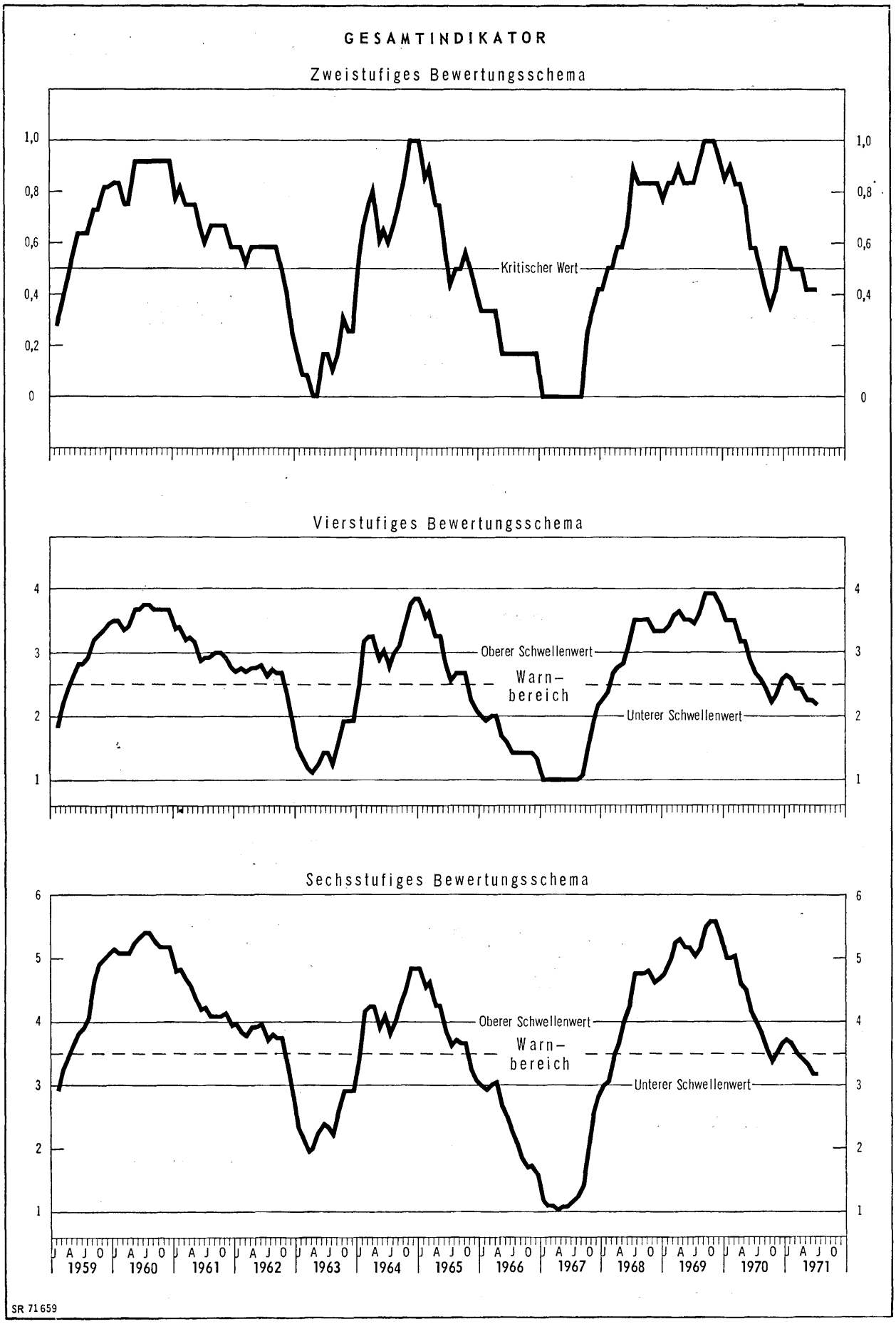

GESAMTINDIKATOR
Zweistufiges Bewertungsschema
1,0
0,8
0,6
0,4
0,2
0
Kritischer Wert
Vierstufiges Bewertungsschema
4
3
2
1
Oberer Schwellenwert
Warn-
bereich
Unterer Schwellenwert
Sechsstufiges Bewertungsschema
6
5
4
3
2
1
Oberer Schwellenwert
Warn-
bereich
Unterer Schwellenwert
J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O
1959 1960 1961 1962 1963 1964 1965 1966 1967 1968 1969 1970 1971
SR 71659

Schaubild A

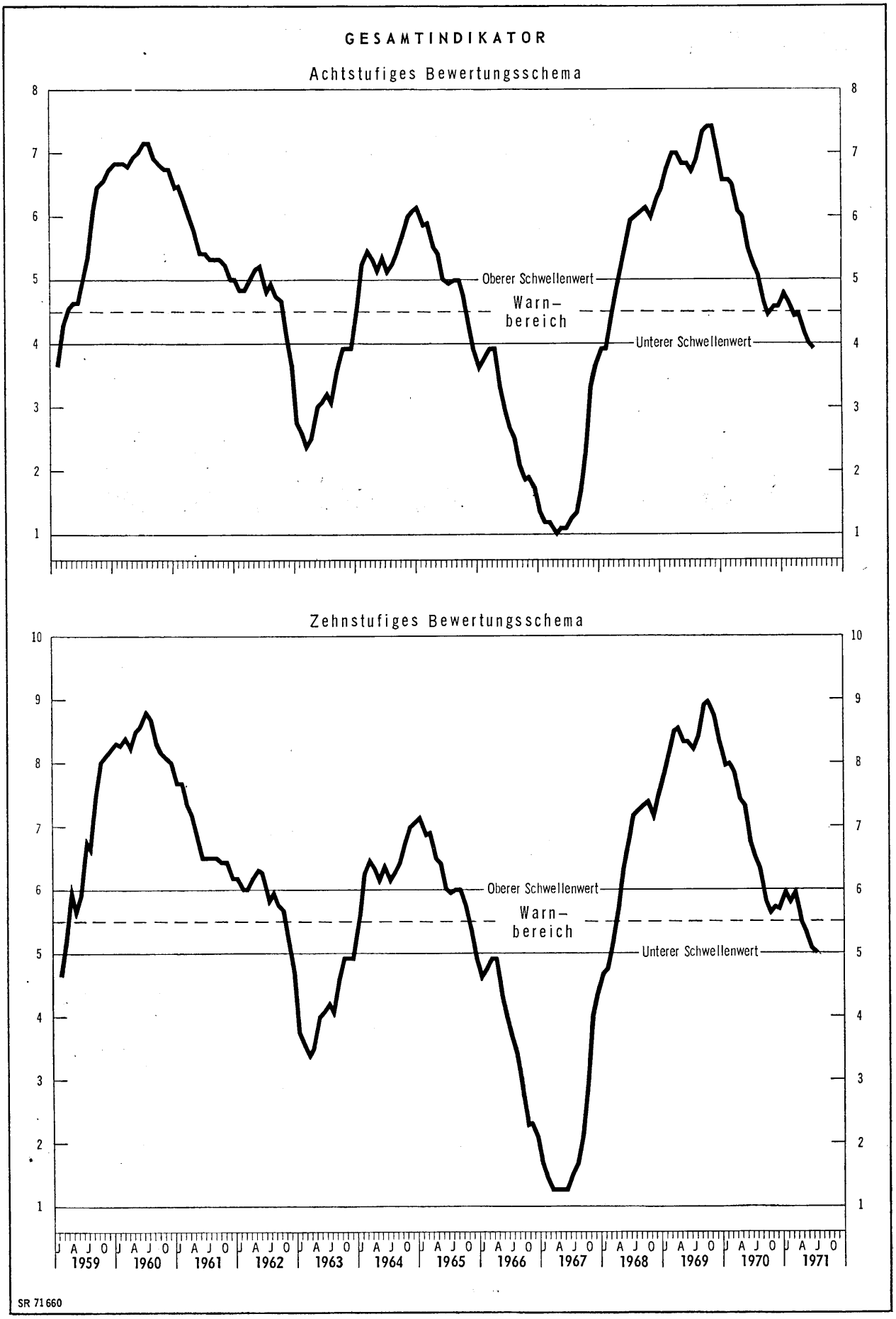

GESAMTINDIKATOR
Achtstufiges Bewertungsschema
Oberer Schwellenwert
Warn-
bereich
Unterer Schwellenwert
Zehnstufiges Bewertungsschema
Oberer Schwellenwert
Warn-
bereich
Unterer Schwellenwert
J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O
1959 1960 1961 1962 1963 1964 1965 1966 1967 1968 1969 1970 1971
SR 71 660

Schaubild B

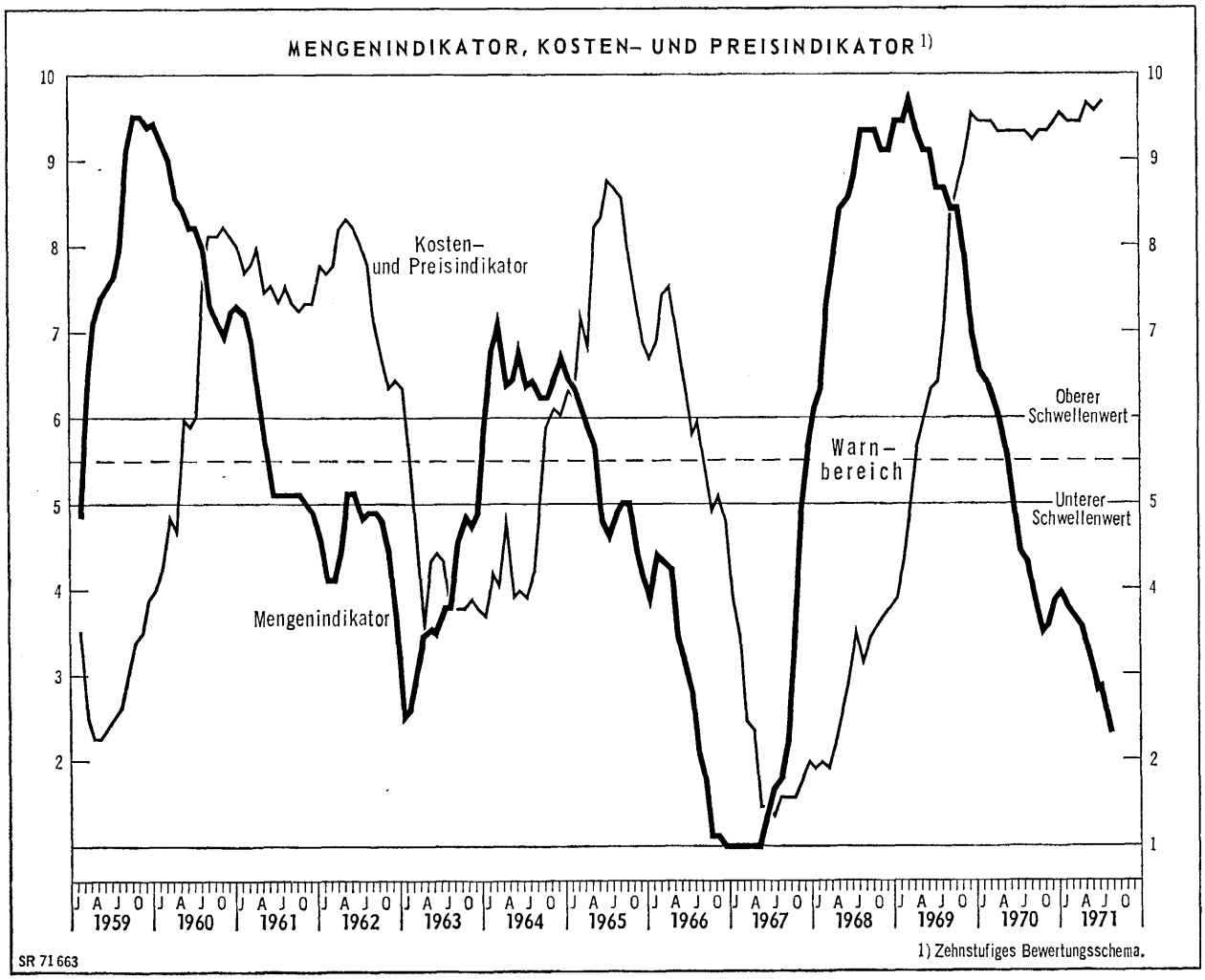

MENGENINDIKATOR, KOSTEN- UND PREISINDIKATOR 1)
Kosten- und Preisindikator
Mengenindikator
Oberer Schwellenwert
Warn- bereich
Unterer Schwellenwert
10
9
8
7
6
5
4
3
2
1
J A J O
1959
1960
1961
1962
1963
1964
1965
1966
1967
1968
1969
1970
1971
SR 71 663
1) Zehnstufiges Bewertungsschema.

Schaubild C

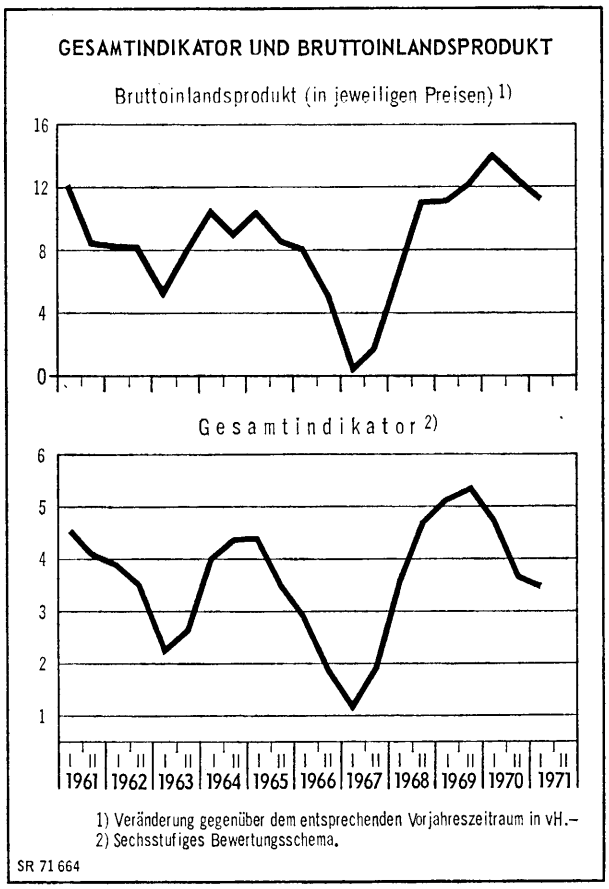

GESAMTINDIKATOR UND BRUTTOINLANDSPRODUKT
Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) 1)
16
12
8
4
0
Gesamtindikator 2)
6
5
4
3
2
1
I II I II I II I II I II I II I II I II I II I II I II
1961 1962 1963 1964 1965 1966 1967 1968 1969 1970 1971
1) Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in vH.–
2) Sechsstufiges Bewertungsschema.
SR 71 664

Tabelle A

Zusammensetzung des sechsstufigen Gesamtindikators

Lfd. Nr.	Reihe	Obere Toleranzgrenzen		Normwert	Untere Toleranzgrenzen	
		2	1		1	2
1	Auftragseingang aus dem Inland, Verbrauchsgüterindustrien	17,0	10,0	6,0	4,0	−3,0
2	Auftragseingang aus dem Inland, Investitionsgüterindustrien	24,0	14,0	11,3	8,0	−6,0
3	Auftragseingang, Maschinenbau	30,0	17,0	12,3	10,0	−7,0
4	Beurteilung der Fertigwarenlager in der Verarbeitenden Industrie [1] [2] [3]	−12,5	−3,0	0	5,0	15,0
5	Beurteilung der Fertigwarenlager in den Investitionsgüterindustrien [1] [2] [3]	−18,0	−3,0	0	3,0	18,0
6	Lohnsumme je geleistete Arbeiterstunde, Industrie insgesamt (ohne Energie und Bau)	13,0	10,0	9,2	8,5	6,5
7	Industrielle Nettoproduktion, Verarbeitende Industrie	12,0	9,0	7,0	6,0	1,0
8	Industrielle Nettoproduktion, Investitionsgüterindustrien	13,5	8,0	7,2	6,0	1,0
9	Geldvolumen [4]	10,0	7,5	7,0	6,5	4,0
10	Kurzfristige Kredite der Kreditinstitute an inländische Unternehmen und Privatpersonen [4]	13,0	8,0	7,4	7,0	5,0
11	Zahl der Arbeitslosen [2]	−20,0	−4,0	0	3,0	20,0
12	Tariflohn- und -gehaltsniveau je Stunde (Gesamtwirtschaft) [4]	8,7	7,0	6,7	6,0	4,5

[1] Toleranzgrenzen in bezug auf Ursprungswerte festgesetzt.
[2] Toleranzgrenzen invers definiert.
[3] Quelle: Ifo.
[4] Quelle: Deutsche Bundesbank.

Tabelle B

Zusammensetzung des achtstufigen Gesamtindikators

Lfd. Nr.	Reihe	Obere Toleranzgrenzen			Normwert	Untere Toleranzgrenzen		
		3	2	1		1	2	3
1	Auftragseingang aus dem Inland, Verbrauchsgüterindustrien	17,0	13,5	10,0	6,0	4,0	0	−3,0
2	Auftragseingang aus dem Inland, Investitionsgüterindustrien	24,0	19,0	14,0	11,3	8,0	1,0	−6,0
3	Auftragseingang, Maschinenbau	30,0	25,0	17,0	12,3	10,0	1,0	−7,0
4	Beurteilung der Fertigwarenlager in der Verarbeitenden Industrie [1] [2] [3]	−12,5	− 7,5	−3,0	0	5,0	10,0	15,0
5	Beurteilung der Fertigwarenlager in den Investitionsgüterindustrien [1] [2] [3]	−18,0	−10,5	−3,0	0	3,0	10,5	18,0
6	Lohnsumme je geleistete Arbeiterstunde, Industrie insgesamt (ohne Energie und Bau)	13,0	11,5	10,0	9,2	8,5	7,5	6,5
7	Industrielle Nettoproduktion, Verarbeitende Industrie	12,0	11,0	9,0	7,0	6,0	3,5	1,0
8	Industrielle Nettoproduktion, Investitionsgüterindustrien	13,5	11,0	8,0	7,2	6,0	2,5	1,0
9	Geldvolumen [4]	10,0	8,8	7,5	7,0	6,5	5,3	4,0
10	Kurzfristige Kredite der Kreditinstitute an inländische Unternehmen und Privatpersonen [4]	13,0	10,5	8,0	7,4	7,0	6,0	5,0
11	Zahl der Arbeitslosen [2]	−28,0	−16,0	−4,0	0	3,0	16,0	29,0
12	Tariflohn- und -gehaltsniveau je Stunde (Gesamtwirtschaft) [4]	8,7	8,0	7,0	6,7	6,0	5,0	4,5

[1] Toleranzgrenzen in bezug auf Ursprungswerte festgesetzt.
[2] Toleranzgrenzen invers definiert.
[3] Quelle: Ifo.
[4] Quelle: Deutsche Bundesbank.

Tabelle C

Zusammensetzung des zehnstufigen Gesamtindikators

Lfd. Nr.	Reihe	Obere Toleranzgrenzen 4	3	2	1	Normwert	Untere Toleranzgrenzen 1	2	3	4
1	Auftragseingang aus dem Inland, Verbrauchsgüterindustrien	21,0	17,0	13,5	10,0	6,0	4,0	0	−3,0	− 7,0
2	Auftragseingang aus dem Inland, Investitionsgüterindustrien	27,0	24,0	19,0	14,0	11,3	8,0	1,0	−6,0	−10,0
3	Auftragseingang, Maschinenbau ...	34,0	30,0	25,0	17,0	12,3	10,0	1,0	−7,0	−11,5
4	Beurteilung der Fertigwarenlager in der Verarbeitenden Industrie [1] [2] [3]	−17,5	−12,5	− 7,5	−3,0	0	5,0	10,0	15,0	20,0
5	Beurteilung der Fertigwarenlager in den Investitionsgüterindustrien [1] [2] [3]	−22,0	−18,0	−10,5	−3,0	0	3,0	10,5	18,0	22,0
6	Lohnsummme je geleistete Arbeiterstunde, Industrie insgesamt (ohne Energie und Bau)	14,5	13,0	11,5	10,0	9,2	8,5	7,5	6,5	5,5
7	Industrielle Nettoproduktion, Verarbeitende Industrie	13,0	12,0	11,0	9,0	7,0	6,0	3,5	1,0	0
8	Industrielle Nettoproduktion, Investitionsgüterindustrien	15,5	13,5	11,0	8,0	7,2	6,0	2,5	1,0	0
9	Geldvolumen [4]	12,0	10,0	8,8	7,5	7,0	6,5	5,3	4,0	3,0
10	Kurzfristige Kredite der Kreditinstitute an inländische Unternehmen und Privatpersonen [4] ..	15,5	13,0	10,5	8,0	7,4	7,0	6,0	5,0	4,0
11	Zahl der Arbeitslosen [2]	−40,0	−28,0	−16,0	−4,0	0	3,0	16,0	29,0	42,0
12	Tariflohn- und -gehaltsniveau je Stunde (Gesamtwirtschaft) [4]	9,5	8,7	8,0	7,0	6,7	6,0	5,0	4,5	4,0

[1] Toleranzgrenzen in bezug auf Ursprungswerte festgesetzt.
[2] Toleranzgrenzen invers definiert.
[3] Quelle: Ifo.
[4] Quelle: Deutsche Bundesbank.

Tabelle D

Zusammensetzung des Mengenindikators

Lfd. Nr.	Reihe	Obere Toleranzgrenzen 4	3	2	1	Normwert	Untere Toleranzgrenzen 1	2	3	4
1	Auftragseingang (Volumen), Verarbeitende Industrie	23,0	20,0	16,0	10,7	8,3	7,1	3,0	−1,0	−4,0
2	Auftragseingang (Volumen), Investitionsgüterindustrien	28,0	21,0	16,0	12,3	9,6	6,3	2,2	−2,0	−5,5
3	Auftragseingang (Volumen), Verbrauchsgüterindustrien	19,0	15,0	12,6	10,8	6,8	4,8	2,0	0	−3,0
4	Industrielle Nettoproduktion, Verarbeitende Industrie	13,0	12,0	11,0	9,0	7,0	6,0	3,5	1,0	0
5	Industrielle Nettoproduktion, Investitionsgüterindustrien	15,5	13,5	11,0	8,0	7,2	6,0	2,5	1,0	0
6	Industrielle Nettoproduktion, Verbrauchsgüterindustrien	14,2	11,0	10,1	9,2	5,8	4,1	2,9	0,5	−0,9
7	Beurteilung der Fertigwarenlager in der Verarbeitenden Industrie [1] [2] [3]	−17,5	−12,5	− 7,5	−3,0	0	5,0	10,0	15,0	20,0
8	Beurteilung der Fertigwarenlager in den Investitionsgüterindustrien [1] [2] [3]	−22,0	−18,0	−10,5	−3,0	0	3,0	10,5	18,0	22,0
9	Zahl der Arbeitslosen [2]	−40,0	−28,0	−16,0	−4,0	0	3,0	16,0	29,0	42,0

Zusammensetzung des Kosten- und Preisindikators

Lfd. Nr.	Reihe	Obere Toleranzgrenzen 4	3	2	1	Normwert	Untere Toleranzgrenzen 1	2	3	4
1	Geldvolumen [4]	12,0	10,0	8,8	7,5	7,0	6,5	5,3	4,0	3,0
2	Kurzfristige Kredite an Unternehmen und Privatpersonen [4] ..	15,5	13,0	10,5	8,0	7,4	7,0	6,0	5,0	4,0
3	Lohnsumme je geleistete Arbeiterstunde, Industrie insgesamt (ohne Energie und Bau)	14,5	13,0	11,5	10,0	9,2	8,5	7,5	6,5	5,5
4	Tariflohn- und -gehaltsniveau je Stunde (Gesamtwirtschaft) [4] ..	9,5	8,7	8,0	7,0	6,7	6,0	5,0	4,5	4,0
5	Lohnkosten je Produkteinheit, Verarbeitende Industrie	6,8	5,3	5,1	4,9	4,0	3,0	2,0	1,5	0
6	Großhandelsverkaufspreise	2,0	1,9	1,8	1,6	1,3	1,0	0	−0,5	−0,9
7	Industrielle Erzeugerpreise, Verarbeitende Industrie	2,4	2,2	2,0	1,8	1,5	1,2	0,6	0,1	−0,4
8	Industrielle Erzeugerpreise, Investitionsgüter	5,0	4,1	3,5	2,6	2,3	2,0	0,9	0,1	−0,5
9	Industrielle Erzeugerpreise, Verbrauchsgüter	3,0	2,6	2,3	1,9	1,7	1,5	0,9	0,4	0

[1] Toleranzgrenzen in bezug auf Ursprungswerte festgesetzt.
[2] Toleranzgrenzen invers definiert.
[3] Quelle: Ifo.
[4] Quelle: Deutsche Bundesbank.

VII.

Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Vom 27. Juli 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 1081)
Auszug

. . . . .

Marktbeherrschende Unternehmen

§ 22

(1) Soweit ein Unternehmen für eine bestimmte Art von Waren oder gewerblichen Leistungen ohne Wettbewerber ist oder keinem wesentlichen Wettbewerb ausgesetzt ist, ist es marktbeherrschend im Sinne dieses Gesetzes.

(2) Als marktbeherrschend gelten auch zwei oder mehr Unternehmen, soweit zwischen ihnen für eine bestimmte Art von Waren oder gewerblichen Leistungen allgemein oder auf bestimmten Märkten aus tatsächlichen Gründen ein wesentlicher Wettbewerb nicht besteht und soweit sie in ihrer Gesamtheit die Voraussetzungen des Absatzes 1 erfüllen.

(3) Die Kartellbehörde hat gegenüber marktbeherrrschenden Unternehmen die in Absatz 4 genannten Befugnisse, soweit diese Unternehmen

1. bei Abschluß von Verträgen über diese Waren oder gewerblichen Leistungen ihre Marktstellung beim Fordern oder Anbieten von Preisen oder bei der Gestaltung von Geschäftsbedingungen mißbräuchlich ausnutzen oder
2. durch mißbräuchliche Ausnutzung ihrer Marktstellung den Abschluß von Verträgen über diese Waren oder gewerblichen Leistungen davon abhängig machen, daß der Vertragsgegner sachlich oder handelsüblich nicht zugehörige Waren oder Leistungen abnimmt.

Bei der Beurteilung, ob die Marktstellung mißbräuchlich ausgenutzt ist, sind alle Umstände zu berücksichtigen.

(4) Die Kartellbehörde kann unter den Voraussetzungen des Absatzes 3 marktbeherrschenden Unternehmen ein mißbräuchliches Verhalten untersagen und Verträge für unwirksam erklären; § 19 gilt entsprechend. Zuvor soll die Kartellbehörde die Beteiligten auffordern, den beanstandeten Mißbrauch abzustellen.

(5) Soweit die Voraussetzungen des Absatzes 1 bei einem Konzern im Sinne des § 15 des Aktiengesetzes vorliegen, stehen der Kartellbehörde die Befugnisse nach Absatz 4 gegenüber jedem Konzernunternehmen zu.

. . . . .

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen

(Bundestagsdrucksache VI/2520)
Auszug

. . . . .

§ 22 wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„(1) Soweit ein Unternehmen für eine bestimmte Art von Waren oder gewerblichen Leistungen ohne Wettbewerber ist oder keinem wesentlichen Wettbewerb ausgesetzt ist, ist es marktbeherrschend im Sinne dieses Gesetzes. Ein Unternehmen ist auch marktbeherrschend im Sinne dieses Gesetzes, wenn es als Anbieter oder Nachfolger einer bestimmten Art von Waren oder gewerblichen Leistungen eine im Verhältnis zu seinen Wettbewerbern überragende Marktstellung hat; hierbei sind außer seinem Marktanteil seine Finanzkraft, sein Zugang zu den Beschaffungs- oder Absatzmärkten, Verflechtungen mit anderen Unternehmen sowie rechtliche oder tatsächliche Schranken für den Marktzutritt anderer Unternehmen zu berücksichtigen. Es wird vermutet, daß ein Unternehmen marktbeherrschend im Sinne dieses Gesetzes ist, wenn es für eine bestimmte Art von Waren oder gewerblichen Leistungen einen Marktanteil von mindestens 40 vom Hundert und keiner seiner Wettbewerber auf diesem Markt einen Anteil von mehr als 10 vom Hundert hat. Die Vermutung gilt nicht, wenn das Unternehmen im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr Umsatzerlöse von weniger als 250 Millionen Deutscher Mark hatte. Für die Berechnung der Marktanteile und Umsatzerlöse gilt § 23 Abs. 1 Satz 2 bis 6 entsprechend.

(2) Als marktbeherrschend gelten auch zwei oder mehr Unternehmen, soweit zwischen ihnen für eine bestimmte Art von Waren oder gewerblichen Leistungen allgemein oder auf bestimmten Märkten aus tatsächlichen Gründen ein wesentlicher Wettbewerb nicht besteht und soweit sie in ihrer Gesamtheit die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 oder 2 erfüllen. Es wird vermutet, daß die Voraussetzungen des Satzes 1 vorliegen, wenn die Unternehmen sich beim Fordern oder Anbieten von Preisen über einen längeren Zeitraum hinweg gleichförmig verhalten. Die Vermutung gilt nicht, soweit es sich um Unternehmen handelt, die im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr Umsatzerlöse von weniger als 100 Millionen Deutscher Mark hatten. Für die Berechnung der Umsatzerlöse gilt § 23 Abs. 1 Satz 2 bis 6 entsprechend."

. . . . .

§ 24

(1) Ist zu erwarten, daß

1. durch einen Zusammenschluß eine marktbeherrschende Stellung entsteht oder verstärkt wird und
2. diese marktbeherrschende Stellung nicht durch eine Verbesserung der Wettbewerbsvoraussetzungen auf diesem oder anderen Märkten aufgewogen wird,

so hat die Kartellbehörde die in den folgenden Bestimmungen genannten Befugnisse.

(2) Liegen die Voraussetzungen des Absatzes 1 vor, so untersagt das Bundeskartellamt den Zusammenschluß. Das Bundeskartellamt darf einen Zusammenschluß untersagen, sobald ihm das Vorhaben des Zusammenschlusses bekanntgeworden ist; vollzogene Zusammenschlüsse darf das Bundeskartellamt nur innerhalb einer Frist von einem Jahr seit Eingang der vollständigen Anzeige nach § 23 untersagen. Hat das Bundeskartellamt die Verfügung nach Satz 1 erlassen, so ist es unzulässig, den Zusammenschluß ohne Erlaubnis des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen zu vollziehen oder am Vollzug des Zusammenschlusses mitzuwirken; ein vollzogener Zusammenschluß ist aufzulösen, wenn nicht der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen die Erlaubnis zu dem Zusammenschluß erteilt.

(3) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen erteilt auf Antrag die Erlaubnis zu dem Zusammenschluß, wenn im Einzelfall die Wettbewerbsbeschränkung von gesamtwirtschaftlichen Vorteilen des Zusammenschlusses aufgewogen wird oder der Zusammenschluß durch ein überragendes Interesse der Allgemeinheit gerechtfertigt ist. Die Erlaubnis kann mit Beschränkungen und Auflagen verbunden werden. Diese dürfen sich nicht darauf richten, die beteiligten Unternehmen einer laufenden Verhaltenskontrolle zu unterstellen. § 22 bleibt unberührt.

(4) Der Antrag auf Erteilung der Erlaubnis zum Zusammenschluß ist binnen einer Frist von einem Monat beim Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen schriftlich einzureichen. Die Frist beginnt mit der Zustellung der in Absatz 2 Satz 1 bezeichneten Verfügung des Bundeskartellamtes; wird die Verfügung des Bundeskartellamtes innerhalb der in § 65 Abs. 1 Satz 1 und 2 vorgesehenen Frist angefochten, so beginnt die Frist für den Erlaubnisantrag in dem Zeitpunkt, in dem die Verfügung des Bundeskartellamtes unanfechtbar wird. Der Bundesmini-

ster für Wirtschaft und Finanzen soll über den Antrag innerhalb von vier Monaten seit Ablauf der in den Sätzen 1 und 2 genannten Frist für den Erlaubnisantrag entscheiden. Vor der Entscheidung sind die obersten Landesbehörden zu hören, in deren Gebiet die beteiligten Unternehmen ihren Sitz haben.

(5) Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen kann die Erlaubnis widerrufen oder durch Anordnung von Beschränkungen ändern oder mit Auflagen versehen, wenn die beteiligten Unternehmen einer mit der Erlaubnis verbundenen Auflage zuwiderhandeln. Der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen kann die Erlaubnis zurücknehmen, wenn die beteiligten Unternehmen sie durch arglistige Täuschung, Drohung, Bestechung oder durch Angaben erwirkt haben, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren.

(6) Die Auflösung eines vollzogenen Zusammenschlusses kann auch darin bestehen, daß die Wettbewerbsbeschränkung auf andere Weise als durch Wiederherstellung des früheren Zustands beseitigt wird. Das Bundeskartellamt ordnet die zur Auflösung des Zusammenschlusses erforderlichen Maßnahmen an, wenn

1. seine in Absatz 2 Satz 1 bezeichnete Verfügung unanfechtbar geworden ist und,
2. falls die beteiligten Unternehmen beim Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen einen Antrag auf Erteilung der Erlaubnis zum Zusammenschluß gestellt hatten, die Ablehnung dieses Antrags oder in den Fällen des Absatzes 5 der Widerruf unanfechtbar geworden ist.

Hierbei hat es unter Wahrung der Belange Dritter diejenigen Maßnahmen anzuordnen, die mit dem geringsten Aufwand und der geringsten Belastung für die Beteiligten zum Ziele führen.

(7) Zur Durchsetzung seiner Anordnung kann das Bundeskartellamt insbesondere

1. durch einmalige oder mehrfache Festsetzung eines Zwangsgeldes von 10 000 bis eine Million Deutscher Mark die zur Auflösung des Zusammenschlusses Verpflichteten dazu anhalten, daß sie unverzüglich die angeordneten Maßnahmen ergreifen,
2. untersagen, daß das Stimmrecht aus Anteilen an einem beteiligten Unternehmen, die einem anderen beteiligten Unternehmen gehören oder ihm zuzurechnen sind, ausgeübt wird, oder die Ausübung des Stimmrechts oder die Art der Ausübung von der Erlaubnis des Bundeskartellamtes abhängig machen,
3. den Zusammenschluß bewirkende Verträge der in § 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 3 bezeichneten Art für unwirksam erklären; dies gilt nicht für Verträge über die Verschmelzung, Umwandlung, Eingliederung oder Gründung eines Unternehmens und für Unternehmensverträge im Sinne der §§ 291 und 292 des Aktiengesetzes, sobald sie durch Eintragung in das Handelsregister oder in das Genossenschaftsregister rechtswirksam geworden sind,
4. einen Treuhänder bestellen, der für die zur Auflösung des Zusammenschlusses Verpflichteten die erforderlichen Willenserklärungen abzugeben und die erforderlichen tatsächlichen Handlungen vorzunehmen hat; hierbei ist zu bestimmen, in welchem Umfang während der Dauer der Treuhänderschaft die Rechte der Betroffenen ruhen; für das Rechtsverhältnis zwischen dem Treuhänder und dem Verpflichteten sind die §§ 664, 666 bis 670 des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechend anzuwenden; der Treuhänder kann von dem Verpflichteten eine angemessene Vergütung beanspruchen.

(8) Die Absätze 1 bis 7 gelten nicht,

1. wenn die beteiligten Unternehmen insgesamt im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr Umsatzerlöse von weniger als einer Milliarde Deutscher Mark hatten oder
2. wenn ein Unternehmen, das im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr Umsatzerlöse von nicht mehr als 50 Millionen Deutscher Mark hatte, sich einem anderen Unternehmen anschließt oder
3. soweit zu erwarten ist, daß die Wettbewerbsbeschränkung sich nicht im gesamten Geltungsbereich dieses Gesetzes oder in einem wesentlichen Teil desselben auswirkt oder
4. soweit ein Markt für Waren oder gewerbliche Leistungen betroffen ist, auf dem im letzten abgeschlossenen Kalenderjahr weniger als fünf Millionen Deutscher Mark umgesetzt wurden.

Bei der Berechnung der Umsatzerlöse ist § 23 Abs. 1 Satz 2 bis 6 anzuwenden."

. . . . .

§ 24 a

(1) Das Vorhaben eines Zusammenschlusses kann beim Bundeskartellamt angemeldet werden. Das Vorhaben ist beim Bundeskartellamt anzumelden, wenn mindestens zwei der am Zusammenschluß beteiligten Unternehmen im letzten abgeschlossenen Geschäftsjahr Umsatzerlöse von jeweils einer Milliarde Deutscher Mark oder mehr hatten; das Zusammenschlußvorhaben ist ferner anzumelden, wenn der Zusammenschluß nach Landesrecht durch Gesetz oder sonstigen Hoheitsakt bewirkt werden soll. Für die Anmeldung gilt § 23 entsprechend mit der Maßgabe, daß bei Anwendung des § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Abs. 5 an die Stelle des Zeitpunktes des Zusammenschlusses der Zeitpunkt der Anmeldung tritt und daß in den Fällen der Verschmelzung oder Umwandlung die Inhaber, die Vertreter oder zur Vertretung berufenen Personen der am Zusammenschluß beteiligten Unternehmen zur Anmeldung verpflichtet sind. Die Anmeldung gilt nur als bewirkt, wenn sie die in § 23 Abs. 4 bezeichneten Angaben enthält. § 46 Abs. 8 und 9 sowie § 47 finden auf die anläßlich der Anmeldung erlangten Kenntnisse und Unterlagen entsprechende Anwendung.

(2) Ist das Zusammenschlußvorhaben beim Bundeskartellamt angemeldet worden, so darf das Bundeskartellamt den Zusammenschluß nur untersagen,

wenn es demjenigen, der die Anmeldung bewirkt hat, innerhalb einer Frist von einem Monat seit Eingang der Anmeldung mitteilt, daß es in die Prüfung des Zusammenschlußvorhabens eingetreten ist und wenn die Verfügung nach § 24 Abs. 2 Satz 1 innerhalb einer Frist von vier Monaten seit Eingang der Anmeldung ergeht. Das Bundeskartellamt darf den Zusammenschluß auch nach Ablauf der vier Monate untersagen, wenn

1. die am Zusammenschluß beteiligten Unternehmen einer Fristverlängerung zustimmen oder
2. der Zusammenschluß vollzogen wird, obgleich die in Satz 1 genannte Frist von einem Monat oder, wenn das Bundeskartellamt die Mitteilung nach Satz 1 gemacht hat, die dort genannte Frist von vier Monaten noch nicht abgelaufen ist oder
3. der Zusammenschluß anders als angemeldet vollzogen wird oder
4. der Zusammenschluß noch nicht vollzogen ist und die Verhältnisse, auf Grund deren das Bundeskartellamt von der Mitteilung nach Satz 1 oder von der Untersagung des Zusammenschlusses nach § 24 Abs. 2 Satz 1 abgesehen hatte, sich wesentlich geändert haben oder
5. das Bundeskartellamt durch unrichtige oder unvollständige Angaben der am Zusammenschluß beteiligten Unternehmen oder eines anderen veranlaßt worden ist, die Mitteilung nach Satz 1 oder die Untersagung des Zusammenschlusses nach § 24 Abs. 2 Satz 1 zu unterlassen oder
6. eine Auskunft nach § 23 Abs. 5 oder § 46 nicht oder nicht fristgemäß erteilt wurde und das Bundeskartellamt dadurch zu dem in Nummer 5 bezeichneten Verhalten veranlaßt worden ist.

(3) Die Anmeldung des Zusammenschlußvorhabens läßt die Pflicht zur Anzeige des Zusammenschlusses nach § 23 unberührt; bei der Anzeige nach § 23 kann auf die bei der Anmeldung des Zusammenschlußvorhabens eingereichten Unterlagen Bezug genommen werden.

(4) Der Vollzug eines Zusammenschlusses, der nach Absatz 1 Satz 2 anzumelden ist, ist vor dem Ablauf der in Absatz 2 Satz 1 genannten Frist von einem Monat und, wenn das Bundeskartellamt die Mitteilung nach Absatz 2 Satz 1 gemacht hat, vor dem Ablauf der dort genannten Frist von vier Monaten unzulässig. § 24 Abs. 2 Satz 3 bleibt unberührt.

VIII.

Methodische Erläuterungen

Zur Bestimmung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials (Sachkapazitäten)

1. Verwendete Symbole für die Jahre t, t +1, ..., t + n:

K_t	Bruttoanlagevermögen am Jahresanfang
$\frac{1}{2}(K_t+K_{t+1})$	jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen
Y_t	reales Bruttoinlandsprodukt
Y_t^*	gesamtwirtschaftliches Produktionspotential
P_t^*	Produktionspotential des Sektors Unternehmen
k_t	statistisch gemessene Kapitalproduktivität
k_t^*	von Auslastungsschwankungen bereinigte (trendmäßige) Kapitalproduktivität
u_t	Zufallsvariable
λ_t	Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials

2. Das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential setzt sich additiv zusammen aus dem potentiellen Produktionsvolumen des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) und den Beiträgen des Staates, der Wohnungsvermietung und der Privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter zum realen Bruttoinlandsprodukt. Beim Staat und den übrigen Bereichen außerhalb des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) wird dabei angenommen, daß deren Produktionspotential stets voll ausgelastet und damit mit ihren Beiträgen zum Bruttoinlandsprodukt identisch ist.

3. Das Produktionspotential des Sektors Unternehmen (ohne Wohnungsvermietung) ist das Produkt des jahresdurchschnittlichen Bruttoanlagevermögens und der trendmäßigen Kapitalproduktivität bei Vollauslastung der Sachkapazitäten (JG 68 Anhang IV).

$$P_t^* = \frac{k_t^*}{2}(K_t + K_{t+1})$$

Die Schätzwerte für die von Auslastungsschwankungen bereinigte Kapitalproduktivität werden mit Hilfe einer linearen Trendfunktion aus den Logarithmen der statistisch gemessenen Kapitalproduktivitäten errechnet:

$$\log k_t^* = a_0 + a_1 \log k_t + u_t$$

Die Trendfunktion wird soweit parallel verschoben, bis sie durch den höchsten im Beobachtungszeitraum festgestellten Wert der statistisch gemessenen Kapitalproduktivität verläuft (1970). Da die Produktionskapazitäten im Jahresdurchschnitt 1970 stärker ausgelastet waren als im Jahre 1969, wurde an die Stelle der Kapitalproduktivität des Jahres 1969 als bisheriger Bezugsgröße die des Jahres 1970 gesetzt.

DerAuslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials errechnet sich aus der Relation:

$$\lambda t = \frac{k_t}{k_t^*} = \frac{Y_t}{Y_t^*}$$

4. Über die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Potentialwachstums wurden folgende Annahmen gemacht:
   - Bei der Fortschreibung des vom Statistischen Bundesamt geschätzten Bruttoanlagevermögens bis zum 1. 1. 1972 wurde davon ausgegangen, daß die realen Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen 1971 um 5,1 vH zunehmen und 1972 um 6,0 vH das Vorjahresniveau unterschreiten.
   - Die rechnerischen Abgänge wurden nach einem Verfahren geschätzt, das quasilogistischen Verteilungsfunktionen ähnelt.
   - Die von Auslastungsschwankungen bereinigte Kapitalproduktivität wurde bestimmt aus den Trendwerten für die Periode 1961 bis 1970.

Zur Bestimmung des Rechnerischen Kreditmaximums

1. Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

L	Liquiditätssaldo
K	Kreditbestand (gesamte von Geschäftsbanken an Nichtbanken bereitgestellte Mittel)
RKM	Rechnerisches Kreditmaximum
E	Einlagen (gesamtes Mittelaufkommen von Nichtbanken bei Geschäftsbanken)
r	durchschnittlicher Mindestreservesatz (Reserve-Soll in vH der Einlagen [1])
RKS	Rechnerischer Kreditschöpfungsspielraum
L^F	freie Liquiditätsreserven
L^M	Mindestreserve-Soll

[1] Der von der Bundesbank ausgewiesene „Durchschnittliche Reservesatz" bezieht demgegenüber das Reserve-Soll auf die reservepflichtigen Verbindlichkeiten.

2. Die Berechnung des Rechnerischen Kreditmaximums geht von der folgenden aggregierten Bilanzgleichung des Geschäftsbankensystems aus:

$$L + K = E \quad (1)$$

Das Mindestreserve-Soll kann nie größer sein als der Liquiditätssaldo; daher gilt für die Einlagen folgende Restriktion:

$$rE \leqq L$$

beziehungsweise

$$\frac{1}{r} L \geqq E \quad (2)$$

Gleichung (1) wird umgestellt zu

$$K = E - L \quad (3)$$

Ungleichung (2) in (3) eingesetzt ergibt

$$K \leqq \frac{1}{r} L - L$$

beziehungsweise

$$K \leqq \frac{1-r}{r} L \quad (4)$$

Für das Rechnerische Kreditmaximum gilt das Gleichheitszeichen im Ausdruck (4). Mithin ist

$$RKM = \frac{1-r}{r} L \quad (5)$$

3. Der Rechnerische Kreditschöpfungsspielraum ist definiert als

$$RKS = RKM - K \quad (6)$$

Seine Verknüpfung mit den freien Liquiditätsreserven ergibt sich wie folgt:

Es gilt

$$L = L^M + L^F \quad (7)$$

und

$$E = \frac{1}{r} L^M \quad (8)$$

(7) und (8) in (3) eingesetzt ergibt

$$K = \frac{1}{r} L^M - L^M - L^F$$

beziehungsweise

$$K = \frac{1-r}{r} L^M - L^F \quad (9)$$

andererseits ergibt (7) in (5) eingesetzt

$$RKM = \frac{1-r}{r} L^F + \frac{1-r}{r} L^M \quad (10)$$

Den Rechnerischen Kreditschöpfungsspielraum in der Definition (6) erhält man, wenn (9) von (10) abgezogen wird

$$RKS = \frac{1-r}{r} L^F + \frac{1-r}{r} L^M - \frac{1-r}{r} L^M - L^F$$

beziehungsweise

$$RKS = \frac{1}{r} L^F \quad (11)$$

Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushaltes

A. Die verwendeten Symbole haben folgende Bedeutung:

- P_t^i Produktionspotential in Preisen von 1962 im Jahr t
- p_t „konjunkturneutrale" Erhöhung des Preisniveaus (Deflator des Bruttosozialproduktes) im Jahr t (in vH)
- P_t^n Produktionspotential, inflationiert mit dem Deflator des Bruttosozialproduktes im Vorjahr (t − 1) und der „konjunkturneutralen" Erhöhung des Preisniveaus (p_t) im Jahr t
- P_t^i Produktionspotential in jeweiligen Preisen (Deflator des Bruttosozialproduktes) im Jahr t
- G_t^i tatsächliche Staatsausgaben im Jahr t
- g_o Anteil der Staatsausgaben am Produktionspotential im Basisjahr
- G_t^n Staatsausgaben im Jahr t bei gleichem Staatsanteil am Produktionspotential wie im Basisjahr ($g_o \cdot P_t^n$)
- Y_t Bruttosozialprodukt in jeweiligen Preisen im Jahr t
- t_o volkswirtschaftliche Steuerquote (Anteil der tatsächlichen Steuereinnahmen am Bruttosozialprodukt) im Basisjahr (in vH)
- t_t volkswirtschaftliche Steuerquote im Jahr t (in vH)
- T_t^i tatsächliche Steuereinnahmen im Jahr t
- T_t^n Steuereinnahmen im Jahr t bei gleicher Steuerquote wie im Basisjahr ($t_o \cdot Y_t$)
- H_t^n konjunkturneutrales Haushaltsvolumen im Jahr t

B. Definitionen:

$$H_t^n = (g_o \cdot P_t^n) + (T_t^i - t_o Y_t)$$

konjunktureller Effekt:

$H_t^n > G_t^i$: kontraktiv

$H_t^n = G_t^i$: konjunkturneutral

$H_t^n < G_t^i$: expansiv

konjunkturneutrale Staatsquote: $\frac{H_t^n}{P_t^n}$

beanspruchte Staatsquote: $\frac{G_t^i}{P_t^n}$

realisierte Staatsquote: $\frac{G_t^i}{P_t^i}$

C. Zur Berechnung der Steigerungsrate für eine konjunkturneutrale Ausweitung der Staatsausgaben (bezogen auf die Ist-Ausgaben des Vorjahres)

$$\left(\frac{H_{t+1}^n}{G_t^i} - 1\right) \cdot 100$$

$$= \left[\frac{H_t^n \cdot \left(\frac{P_{t+1}^i}{P_t^i}\right) \cdot \left(\frac{P_t^i}{P_t^n}\right) \cdot (100 + p_{t+1}) + (t_{t+1} - t_t)\, Y_{t+1}}{G_t^i \cdot 100} - 1 \right] \cdot 100$$

$$= \left[\frac{\left(\frac{P_{t+1}^i}{P_t^i}\right) \cdot \left(\frac{P_t^i}{P_t^n}\right) \cdot (100 + p_{t+1}) + \frac{(t_{t+1} - t_t)\, Y_{t+1}}{H_t^n}}{\frac{G_t^i}{H_t^n} \cdot 100} - 1 \right] \cdot 100$$

Zwischen den Werten der konjunkturneutralen Steigerungsrate in Zeile (b) der Tabelle 18 und den Werten in den Zeilen (c) bis (g) besteht folgender Zusammenhang:

$$\text{(b)} \quad = \left[\frac{\frac{[100 + (c)]}{100} \cdot \frac{[100 + (d)]}{100} \cdot \frac{[100 + (f)]}{100} + \frac{(e)}{100}}{\frac{[100 - (g)]}{100}} - 1 \right] \cdot 100$$

IX.

Statistischer Anhang

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	Seite	173
Tabellenteil	Tabellen	27—72

Erläuterung von Begriffen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1. Sektoren der Volkswirtschaft

Die inländischen wirtschaftlichen Institutionen sind in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Sektoren zusammengefaßt. In der Grundeinteilung werden drei Sektoren unterschieden, nämlich Unternehmen, Staat und private Haushalte einschl. privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Zu den **Unternehmen** rechnen alle Institutionen, die vorwiegend Waren und Dienstleistungen produzieren bzw. erbringen und diese gegen spezielles Entgelt verkaufen, das in der Regel Überschüsse abwirft oder mindestens die Kosten deckt. Hierzu gehören unter anderem auch landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe und Freie Berufe, ferner Bundesbahn, Bundespost und sonstige öffentliche Unternehmen, unabhängig von ihrer Rechtsform. Einbezogen in den Unternehmenssektor ist auch die Wohnungsvermietung einschl. der Nutzung von Eigentümerwohnungen.

Der **Staat** umfaßt folgende öffentliche Körperschaften: Bund einschl. Lastenausgleichsfonds und ERP-Sondervermögen, Länder einschl. Stadtstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbände, und zwar Hoheits- und Kämmereiverwaltungen (also nicht ihre Unternehmen), ferner Zweckverbände, soweit sie Aufgaben erfüllen, die denen der Gebietskörperschaften entsprechen, und die Sozialversicherung einschl. der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst. In die Sozialversicherung einbezogen ist ein fiktiver Pensionsfonds für Beamte, der unterstellt werden muß, damit das Einkommen der Beamten mit dem anderer Arbeitnehmergruppen vergleichbar dargestellt werden kann.

In den Sektor der **privaten Haushalte** sind die privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter eingeschlossen, wie Kirchen, religiöse und weltanschauliche Organisationen, karitative, kulturelle und wissenschaftliche Organisationen, politische Parteien, Gewerkschaften, Sportvereine, gesellige Vereine usw., die wie der Staat ihre Leistungen überwiegend ohne Entgelt „verkaufen".

2. Das Sozialprodukt und seine Entstehung

Das **Sozialprodukt** gibt in zusammengefaßter Form ein Bild der wirtschaftlichen Leistung der Volkswirtschaft.

Von seiner Entstehung her gesehen wird das Sozialprodukt über das **Inlandsprodukt** berechnet. Ausgangsgröße für die Ermittlung des Inlandsprodukts sind in der Regel die Produktionswerte (Umsatz, Bestandsveränderung an Halb- und Fertigfabrikaten, selbsterstellte Anlagen) der Wirtschaftsbereiche. Zieht man hiervon die sogenannten Vorleistungen (Materialeinsatz usw.) ab, erhält man den Beitrag der Bereiche zum **Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen.**

Erhöht man das Bruttoinlandsprodukt um die Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Institutionen von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man die Erwerbs- und Vermögenseinkommen ab, die an die übrige Welt gezahlt worden sind, ergibt sich das **Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen.**

Das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen ist, von seiner Verwendung her gesehen, gleich der Summe aus dem (Privaten und Staats-)Verbrauch, den Investitionen und den Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt) nach Abzug der Einfuhren von Waren und Dienstleistungen (einschl. der Erwerbs- und Vermögenseinkommen für die übrige Welt).

Zieht man vom Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen die verbrauchsbedingten, zu Wiederbeschaffungspreisen bewerteten Abschreibungen ab, erhält man das **Nettosozialprodukt zu Marktpreisen.** Hieraus leitet sich durch Kürzung um die indirekten (bei der Gewinnermittlung abzugsfähigen) Steuern und durch Addition der für die laufende Produktion gezahlten staatlichen Subventionen das **Nettosozialprodukt zu Faktorkosten** ab. Es ist identisch mit dem Volkseinkommen.

Die einzelnen Begriffe hängen, schematisch dargestellt, wie folgt zusammen:

	Bruttoinlandsprodukt
+	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt
=	Bruttosozialprodukt
−	Abschreibungen
=	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen
−	Indirekte Steuern
+	Subventionen
=	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten = Volkseinkommen

3. Verteilung des Volkseinkommens

Das Volkseinkommen ist die Summe aller Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländern zugeflossen sind.

In der Verteilungsrechnung des Volkseinkommens werden zwei wichtige Einkommensarten unterschieden, nämlich Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Das **Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit** umfaßt die Bruttolohn- und -gehaltssumme, die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und die zusätzlichen Sozialaufwendungen der Arbeitgeber für Krankheitsfälle, Altersvorsorge u. ä.

Das **Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen** enthält das Einkommen der privaten Haushalte und des Staates aus Zinsen, Nettopachten, Einkommen aus immateriellen Werten, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit sowie Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, und zwar nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden bzw. auf die öffentliche Schuld. Dazu kommen die nicht ausgeschütteten Gewinne der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften usw.).

Die Anteile der Sektoren am Volkseinkommen enthalten noch die direkten Steuern, derjenige der privaten Haushalte außerdem die Beiträge zur Sozialversicherung.

Erhöht man den Anteil der privaten Haushalte (und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter) am Volkseinkommen um die Renten, Pensionen, Unterstützungen und ähnliches, die die privaten Haushalte usw. vom Staat und von der übrigen Welt bezogen haben, und zieht man von dieser Summe die von ihnen an den Staat geleisteten direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und sonstigen laufenden Übertragungen sowie die an die übrige Welt geleisteten laufenden Übertragungen ab, ergibt sich das **verfügbare Einkommen** des Haushaltssektors. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte kann sowohl einschl. als auch ohne nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen und Personengesellschaften dargestellt werden. Dasselbe gilt für die **Ersparnis** der privaten Haushalte, die man erhält, wenn man vom verfügbaren Einkommen den Privaten Verbrauch abzieht.

4. Verwendung des Sozialprodukts

In der Verwendungsrechnung werden der Private Verbrauch, der Staatsverbrauch, die Investitionen und der Außenbeitrag unterschieden.

Der **Private Verbrauch** umfaßt die Güter- und Dienstleistungskäufe der inländischen privaten Haushalte für Konsumzwecke sowie den Eigenverbrauch (Käufe minus Verkäufe, ohne Investitionsgüter) der privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter. Neben den tatsächlichen Käufen sind auch bestimmte unterstellte Käufe einbegriffen, wie der Eigenverbrauch der Unternehmer, der Wert der Nutzung von Eigentümerwohnungen und ähnliches. Der Verbrauch auf Geschäftskosten wird nicht zum Privaten Verbrauch gerechnet, sondern zu den Vorleistungen der Unternehmen. Nicht enthalten sind ferner die Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die zu den Investitionen zählen.

Der **Staatsverbrauch** entspricht den Aufwendungen des Staates für Verwaltungsleistungen, die der Allgemeinheit ohne spezielles Entgelt zur Verfügung gestellt werden. Zu den Aufwendungen für Verwaltungsleistungen zählen die Waren- und Dienstleistungskäufe des Staates (ohne Käufe von Investitionsgütern für zivile Zwecke), die Einkommen der im Staatsdienst Beschäftigten, ferner unterstellte Nettomieten für die vom Staat benutzten eigenen Gebäude und Abschreibungen auf diese Anlagen und das bewegliche Sachvermögen. Um den Staatsverbrauch zu ermitteln, wird von den Aufwendungen der Wert der Staatsleistungen abgesetzt, die verkauft oder für die Gebühren erhoben werden. Zu den laufenden Aufwendungen für Verteidigungszwecke zählen auch die Käufe von Rüstungsgütern und militärischen Bauten. Sachleistungen der Sozialversicherung, der Sozialhilfe usw. an private Haushalte zählen zum Staatsverbrauch und nicht zum Privaten Verbrauch.

Die **Investitionen** setzen sich aus Anlageinvestitionen (Ausrüstungen und Bauten) und der Vorratsveränderung zusammen.

Die **Anlageinvestitionen** umfassen die gesamten privaten und staatlichen Käufe dauerhafter Produktionsmittel sowie die selbsterstellten Anlagen. Als dauerhaft werden in diesem Zusammenhang diejenigen Produktionsmittel angesehen, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und die normalerweise aktiviert und abgeschrieben werden; ausgenommen sind geringwertige Güter.

Die Anlageinvestitionen werden unterteilt in **Ausrüstungsinvestitionen** (Maschinen und maschinelle Anlagen, Fahrzeuge usw.) und **Bauinvestitionen** (Wohngebäude, Verwaltungsgebäude, sonstige gewerbliche Bauten, Straßen, Brücken, Wasserwege usw.).

Die **Vorratsveränderung** ist zu Wiederbeschaffungspreisen bewertet und damit frei von Scheingewinnen und -verlusten, die aus den preisbedingten Änderungen der Buchwerte resultieren.

Als **Außenbeitrag** wird die Differenz zwischen der Ausfuhr und Einfuhr von Waren und Dienstleistungen bezeichnet. Erfaßt werden die Waren- und Dienstleistungsumsätze zwischen Inländern und der übrigen Welt. Einbezogen in die Ausfuhr sind Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die Inländer von der übrigen Welt bezogen haben; in der Einfuhr sind die an die übrige Welt geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten.

Beim Vergleich mit entsprechenden Positionen der Zahlungsbilanz ist zu beachten, daß in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die übrige Welt neben dem Ausland auch die DDR und Berlin (Ost) umfaßt.

5. Das Sozialprodukt in konstanten Preisen und die Preisentwicklung des Sozialprodukts

Das Sozialprodukt und die wichtigsten Teilgrößen der Entstehungs- und Verwendungsrechnung werden auch in konstanten Preisen (von 1962) berechnet. Man spricht in diesem Fall auch vom realen Sozialprodukt im Gegensatz zum nominalen, das in

jeweiligen Preisen ausgedrückt ist. Dividiert man nominale durch die entsprechenden realen Größen, erhält man Preisindizes auf der Basis 1962. Diese Preisindizes haben eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb" des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1962; die Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen — wegen der wechselnden Wägung — nur mit Einschränkungen abzulesen.

Weitere Hinweise zum Inhalt der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Begriffe werden in den Fußnoten zu den einzelnen Tabellen gegeben.

Tabelle 27

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Zeitraum	Einwohner (Wohnbevölkerung)	Erwerbspersonen	Erwerbsquote [1]	Erwerbstätige insgesamt	Erwerbstätige darunter Abhängige zusammen	Erwerbstätige darunter Abhängige dar. nichtdeutsche Arbeitnehmer [2]	Offene Stellen	Registrierte Arbeitslose	Arbeitslosenquote [3]
	1000		vH		1000				vH
1950 [4]	46 908	21 577	*46,0*	19 997	13 674	.	116	1 580	*10,4*
1951 [4]	47 413	21 952	*46,3*	20 520	14 286	.	116	1 432	*9,1*
1952 [4]	47 728	22 289	*46,7*	20 910	14 754	.	115	1 379	*8,5*
1953 [4]	48 172	22 684	*47,1*	21 425	15 344	.	123	1 259	*7,6*
1954 [4]	48 710	23 216	*47,7*	21 995	15 968	73	137	1 221	*7,1*
1955 [4]	49 203	23 758	*48,3*	22 830	16 840	80	200	928	*5,2*
1956 [4]	49 797	24 196	*48,6*	23 435	17 483	99	219	761	*4,2*
1957 [4]	50 434	24 602	*48,8*	23 940	17 992	108	217	662	*3,5*
1958 [4]	51 056	24 807	*48,6*	24 124	18 188	127	216	683	*3,6*
1959 [4]	51 634	24 857	*48,1*	24 381	18 531	167	280	476	*2,5*
1960 [4]	52 183	25 043	*48,0*	24 808	19 067	.	449	235	*1,2*
1960	55 433	26 511	*47,8*	26 240	20 252	279	465	271	*1,3*
1961	56 175	26 772	*47,7*	26 591	20 730	507	552	181	*0,9*
1962	56 938	26 938	*47,3*	26 783	21 053	629	574	155	*0,7*
1963	57 587	27 066	*47,0*	26 880	21 303	773	555	186	*0,9*
1964	58 266	27 148	*46,6*	26 979	21 547	902	609	169	*0,8*
1965	59 012	27 300	*46,3*	27 153	21 841	1 119	649	147	*0,7*
1966	59 638	27 243	*45,7*	27 082	21 870	1 244	540	161	*0,7*
1967	59 873	26 751	*44,7*	26 292	21 180	1 014	302	459	*2,1*
1968	60 184	26 665	*44,3*	26 342	21 330	1 019	488	323	*1,5*
1969	60 848	27 001	*44,4*	26 822	21 920	1 366	747	179	*0,8*
1970	61 546	27 353	*44,4*	27 204	22 433	1 807	795	149	*0,7*
1963 1. Hj.	57 403	27 017	*47,1*	26 770	21 160	734	529	247	*1,2*
2. Hj.	57 771	27 114	*46,9*	26 990	21 445	812	581	124	*0,6*
1964 1. Hj.	58 061	27 054	*46,6*	26 833	21 364	840	584	221	*1,0*
2. Hj.	58 471	27 242	*46,6*	27 125	21 730	964	635	117	*0,5*
1965 1. Hj.	58 811	27 215	*46,3*	27 022	21 682	1 053	631	193	*0,9*
2. Hj.	59 212	27 385	*46,2*	27 284	22 000	1 184	667	101	*0,5*
1966 1. Hj.	59 481	27 253	*45,8*	27 084	21 839	1 222	589	169	*0,8*
2. Hj.	59 794	27 233	*45,5*	27 080	21 901	1 266	490	153	*0,7*
1967 1. Hj.	59 824	26 806	*44,8*	26 270	21 140	1 049	288	536	*2,5*
2. Hj.	59 922	26 697	*44,6*	26 314	21 220	978	316	383	*1,8*
1968 1. Hj.	60 036	26 548	*44,2*	26 099	21 077	955	404	449	*2,1*
2. Hj.	60 333	26 783	*44,4*	26 585	21 583	1 083	573	198	*0,9*
1969 1. Hj.	60 645	26 841	*44,3*	26 599	21 687	1 241	689	242	*1,1*
2. Hj.	61 051	27 160	*44,5*	27 045	22 153	1 490	805	115	*0,5*
1970 1. Hj.	61 358	27 208	*44,3*	27 022	22 242	1 684	806	186	*0,8*
2. Hj.	61 735	27 498	*44,5*	27 386	22 625	1 930	784	112	*0,5*
1971 1. Hj.	61 978	27 358	*44,1*	27 157	22 486	...	680	201	*0,9*

[1] Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) an der Wohnbevölkerung.
[2] Jahreszahlen: Bis 1960 Stand Ende Juli, 1961 Stand Ende Juni. — Halbjahreszahlen: eigene Schätzung.
[3] Anteil der Arbeitslosen an den abhängigen Erwerbspersonen (abhängige Erwerbstätige + registrierte Arbeitslose).
[4] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 28

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

Anteil in vH

Jahr	Alle Wirtschaftsbereiche		Land- und Forstwirtschaft [1]		Produzierendes Gewerbe [2]		Handel und Verkehr [3] [5]		Übrige Bereiche [4] [5]	
	Selbständige [6]	Abhängige	Erwerbstätige insgesamt	dar. Abhängige	Erwerbstätige insgesamt	dar. Abhängige	Erwerbstätige insgesamt	dar. Abhängige	Erwerbstätige insgesamt	dar. Abhängige
1950 [7]	31,6	68,4	24,8	5,0	42,6	37,3	16,0	11,6	16,6	14,5
1951	30,4	69,6	23,4	4,5	43,3	38,2	16,8	12,5	16,5	14,4
1952	29,4	70,6	22,2	4,2	43,8	38,7	17,5	13,2	16,6	14,5
1953	28,4	71,6	21,0	3,9	44,5	39,6	18,1	13,8	16,5	14,3
1954	27,4	72,6	19,8	3,6	45,6	40,9	18,1	13,9	16,4	14,3
1955 [7]	26,2	73,8	18,6	3,2	46,7	42,2	18,5	14,3	16,2	14,1
1956 [7]	25,4	74,6	17,7	3,0	47,5	43,1	18,7	14,5	16,2	14,0
1957 [7]	24,8	75,2	17,0	2,8	47,4	43,0	19,3	15,1	16,4	14,2
1958 [7]	24,6	75,4	16,3	2,6	47,5	43,2	19,4	15,1	16,7	14,5
1959 [7]	24,0	76,0	15,5	2,4	47,7	43,4	19,6	15,2	17,2	15,0
1960 [7]	23,0	76,9	14,4	2,2	48,2	43,9	19,9	15,7	17,5	15,2
1960	22,8	77,2	13,8	2,0	47,7	43,5	17,2	13,2	21,3	18,6
1961	22,0	78,0	13,0	1,8	48,1	44,2	17,4	13,3	21,6	18,7
1962	21,4	78,6	12,6	1,7	48,2	44,6	17,3	13,3	21,8	19,0
1963	20,7	79,3	12,0	1,6	48,2	44,7	17,6	13,6	22,1	19,3
1964	20,1	79,9	11,4	1,4	48,3	44,7	17,6	13,8	22,7	19,9
1965	19,6	80,4	10,9	1,4	48,7	45,1	17,6	13,9	22,8	20,0
1966	19,2	80,8	10,6	1,3	48,4	45,0	17,7	14,0	23,3	20,5
1967	19,4	80,6	10,4	1,2	47,1	43,7	18,0	14,2	24,5	21,4
1968	19,0	81,0	10,0	1,2	47,4	44,1	17,9	14,2	24,8	21,5
1969	18,3	81,7	9,4	1,1	48,2	45,0	17,6	14,1	24,7	21,5
1970	17,5	82,5	8,8	1,0	48,7	45,5	17,7	14,2	24,8	21,7

[1] Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei.
[2] Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe.
[3] Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung.
[4] Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe, Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung, ohne Angabe des Wirtschaftsbereiches.
[5] Ab 1960 (Bundesgebiet) geänderte Abgrenzung durch Einführung der neuen Wirtschaftszweigsystematik (1961).
[6] Einschließlich mithelfende Familienangehörige.
[7] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 29

Beiträge zusammengefaßter Wirtschafts

Mrd.

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe				Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungen [4]	Staat [5]	Private Haushalte usw. [6]
			insgesamt	Energiewirtschaft [2] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
	in jeweiligen Preisen									
1960	302,55	17,31	164,69	15,95	127,55	21,19	59,31	34,44	21,84	4,96
1961	333,45	17,48	182,05	16,04	141,36	24,65	64,17	39,50	24,95	5,30
1962	360,91	17,76	196,16	16,58	151,68	27,90	70,91	43,04	27,33	5,71
1963	384,77	18,91	205,83	17,45	158,34	30,04	76,07	47,47	30,33	6,16
1964	422,14	20,39	227,39	18,07	174,75	34,57	82,40	52,27	33,18	6,51
1965	462,02	19,69	250,07	18,93	194,52	36,62	88,96	58,56	37,76	6,98
1966	492,10	20,71	262,12	19,60	203,12	39,40	94,71	64,71	42,22	7,63
1967 [7]	496,86	20,97	257,56	19,29	201,38	36,89	95,82	69,72	44,74	8,05
1968 [7]	540,54 a)	20,76	287,70	21,34	226,52	39,84	103,18	76,21	47,85	8,64
1969 [7]	603,88 a)	22,43	325,95	22,50	258,52	44,93	112,23	85,20	54,13	9,74
1970 [7]	683,48 a)	21,69	374,53	25,26	293,65	55,62	123,93	96,33	63,03	10,97
1961 1. Hj.	159,41	8,88	86,52	7,96	67,37	11,19	30,26	19,07	12,11	2,57
2. Hj.	174,04	8,60	95,53	8,08	73,99	13,46	33,91	20,43	12,84	2,73
1962 1. Hj.	172,65	8,85	93,26	8,10	72,63	12,53	33,65	20,93	13,18	2,78
2. Hj.	188,26	8,91	102,90	8,48	79,05	15,37	37,26	22,11	14,15	2,93
1963 1. Hj.	181,24	9,06	95,90	8,62	74,89	12,39	35,70	22,89	14,73	2,96
2. Hj.	203,53	9,85	109,93	8,83	83,45	17,65	40,37	24,58	15,60	3,20
1964 1. Hj.	200,24	10,33	107,17	8,85	82,84	15,48	38,60	25,21	15,82	3,11
2. Hj.	221,90	10,06	120,22	9,22	91,91	19,09	43,80	27,06	17,36	3,40
1965 1. Hj.	221,11	10,22	119,65	9,39	93,80	16,46	41,63	28,24	18,03	3,34
2. Hj.	240,91	9,47	130,42	9,54	100,72	20,16	47,33	30,32	19,73	3,64
1966 1. Hj.	238,79	10,25	128,22	9,81	100,01	18,40	45,37	31,34	19,97	3,64
2. Hj.	253,31	10,46	133,90	9,79	103,11	21,00	49,34	33,37	22,25	3,99
1967 1. Hj. [7]	238,93	10,84	123,20	9,49	96,51	17,20	45,22	34,08	21,69	3,90
2. Hj. [7]	257,93	10,13	134,36	9,80	104,87	19,69	50,60	35,64	23,05	4,15
1968 1. Hj. [7]	254,31 a)	10,02	133,81	10,35	105,75	17,71	48,15	37,03	22,87	4,13
2. Hj. [7]	286,23 a)	10,74	153,89	10,99	120,77	22,13	55,03	39,18	24,98	4,51
1969 1. Hj. [7]	282,63 a)	11,25	150,84	11,00	120,69	19,15	52,24	41,31	25,22	4,57
2. Hj. [7]	321,25 a)	11,18	175,11	11,50	137,83	25,78	59,99	43,89	28,91	5,17
1970 1. Hj. [7]	322,22 a)	10,90	175,67	12,52	139,90	23,25	57,55	46,13	29,99	5,18
2. Hj. [7]	361,26 a)	10,79	198,86	12,74	153,75	32,37	66,38	50,20	33,04	5,79
1971 1. Hj. [7]	358,60 a)	10,08	197,08	. . .	. . .	. . .	62,39	51,75	41,30	

[1] Einschließlich Tierhaltung und Fischerei.
[2] Einschließlich Wasserversorgung.
[3] Einschließlich Nachrichtenübermittlung.
[4] Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, Wohnungsvermietung, Dienstleistungsunternehmen und Freie Berufe.
[5] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[6] Häusliche Dienste und private Organisationen ohne Erwerbscharakter.

Tabelle 29

bereiche zum Bruttoinlandsprodukt

DM

Bruttoinlandsprodukt	Land- und Forstwirtschaft [1]	Produzierendes Gewerbe insgesamt	Energiewirtschaft [2] und Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel und Verkehr [3]	Dienstleistungen [4]	Staat [5]	Private Haushalte usw. [6]	Zeitraum		
in Preisen von 1962												
328,59	18,17	176,09	15,90	135,50	24,69	64,96	39,05	24,46	5,86	1960		
347,06	18,35	188,01	16,07	145,06	26,88	67,77	41,35	25,91	5,67	1961		
360,91	17,76	196,16	16,58	151,68	27,90	70,91	43,04	27,33	5,71	1962		
373,28	18,68	202,29	17,20	156,51	28,58	72,98	44,99	28,54	5,80	1963		
398,50	20,13	220,20	17,93	170,59	31,68	76,14	46,87	29,36	5,80	1964		
421,03	17,88	236,20	18,28	185,03	32,89	80,69	49,72	30,74	5,80	1965		
433,01	18,33	242,16	18,89	188,58	34,69	82,50	52,07	32,06	5,89	1966		
432,09	20,50	236,06	18,15	184,41	33,50	82,65	53,86	33,07	5,95	1967		
462,89	21,11	259,11	18,83	205,58	34,70	86,78	55,59	34,24	6,06	1968		
499,84	20,38	286,47	20,08	230,04	36,35	93,74	57,76	35,27	6,22	1969		[7]
527,41	20,40	304,19	21,30	244,06	38,83	99,50	59,87	37,10	6,35	1970		
168,10	9,77	90,41	7,97	69,76	12,68	32,02	20,26	12,80	2,84	1961	1. Hj.	
178,96	8,58	97,60	8,10	75,30	14,20	35,75	21,09	13,11	2,83		2. Hj.	
174,15	8,79	94,11	8,15	73,21	12,75	33,65	21,17	13,57	2,86	1962	1. Hj.	
186,76	8,97	102,05	8,43	78,47	15,15	37,26	21,87	13,76	2,85		2. Hj.	
176,84	8,91	94,58	8,54	74,11	11,93	34,28	22,04	14,14	2,89	1963	1. Hj.	
196,44	9,77	107,71	8,66	82,40	16,65	38,70	22,95	14,40	2,91		2. Hj.	
190,81	10,27	104,25	8,81	81,14	14,30	35,73	23,04	14,63	2,89	1964	1. Hj.	
207,69	9,86	115,95	9,12	89,45	17,38	40,41	23,83	14,73	2,91		2. Hj.	
203,65	9,61	113,63	9,11	89,63	14,89	37,87	24,48	15,17	2,89	1965	1. Hj.	
217,38	8,27	122,57	9,17	95,40	18,00	42,82	25,24	15,57	2,91		2. Hj.	
212,05	9,09	118,80	9,45	93,25	16,10	39,66	25,65	15,91	2,94	1966	1. Hj.	
220,96	9,24	123,36	9,44	95,33	18,59	42,84	26,42	16,15	2,95		2. Hj.	
207,71	10,20	112,74	8,92	88,44	15,38	38,88	26,50	16,43	2,96	1967	1. Hj.	
224,38	10,30	123,32	9,23	95,97	18,12	43,77	27,36	16,64	2,99		2. Hj.	
219,84	10,82	121,01	9,16	96,38	15,47	40,46	27,49	17,05	3,01	1968	1. Hj.	
243,05	10,29	138,10	9,67	109,20	19,23	46,32	28,10	17,19	3,05		2. Hj.	
237,95	10,29	135,01	9,85	109,31	15,85	43,60	28,47	17,49	3,09	1969	1. Hj.	[7]
261,89	10,09	151,46	10,23	120,73	20,50	50,14	29,29	17,78	3,13		2. Hj.	
253,97	10,16	145,70	10,63	118,50	16,57	46,97	29,61	18,38	3,15	1970	1. Hj.	
273,44	10,24	158,49	10,67	125,56	22,26	52,53	30,26	18,72	3,20		2. Hj.	
263,95	10,62	151,92	...	...	...	48,28	30,69	22,44		1971	1. Hj.	

[7]) Vorläufige Ergebnisse.

a) Die Summe der Beiträge der Wirtschaftsbereiche zum Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen ist um den Vorsteuerabzug an Umsatzsteuern auf Investitionen in der Gesamtwirtschaft, vermindert um die Investitionsteuer, überhöht; diese Differenz läßt sich nicht auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche aufteilen.

Tabelle 30

Sozialprodukt und

Mrd.

Zeitraum	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozialprodukt	Abschreibungen	Nettosozialprodukt zu Marktpreisen	Indirekte Steuern [1] abzügl. Subventionen [2]	Nettosozialprodukt zu Faktorkosten (Volkseinkommen)
	in jeweiligen Preisen						
1960	302,55	−0,25	302,30	25,73	276,57	40,87	235,70
1961	333,45	−0,85	332,60	29,26	303,34	45,33	258,01
1962	360,91	−0,81	360,10	33,48	326,62	49,17	277,45
1963	384,77	−0,77	384,00	37,19	346,81	51,05	295,76
1964	422,14	−1,24	420,90	41,17	379,73	55,48	324,25
1965	462,02	−1,62	460,40	46,21	414,19	58,94	355,25
1966	492,10	−1,40	490,70	50,68	440,02	62,93	377,09
1967 [3]	496,86	−1,36	495,50	53,80	441,70	65,71	375,99
1968 [3]	540,54	−0,54	540,00	57,40	482,60	65,74	416,86
1969 [3]	603,88	−0,48	603,40	63,80	539,60	80,53	459,07
1970 [3]	683,48	−1,38	682,10	74,13	607,97	81,50	526,47
1961 1. Hj.	159,41	−0,21	159,20	14,12	145,08	21,90	123,18
2. Hj.	174,04	−0,64	173,40	15,14	158,26	23,43	134,83
1962 1. Hj.	172,65	−0,25	172,40	16,24	156,16	23,82	132,34
2. Hj.	188,26	−0,56	187,70	17,24	170,46	25,35	145,11
1963 1. Hj.	181,24	−0,44	180,80	18,17	162,63	24,76	137,87
2. Hj.	203,53	−0,33	203,20	19,02	184,18	26,29	157,89
1964 1. Hj.	200,24	−0,64	199,60	20,03	179,57	26,89	152,68
2. Hj.	221,90	−0,60	221,30	21,14	200,16	28,59	171,57
1965 1. Hj.	221,11	−1,01	220,10	22,58	197,52	29,15	168,37
2. Hj.	240,91	−0,61	240,30	23,63	216,67	29,79	186,88
1966 1. Hj.	238,79	−0,69	238,10	24,85	213,25	31,53	181,72
2. Hj.	253,31	−0,71	252,60	25,83	226,77	31,40	195,37
1967 1. Hj. [3]	238,93	−0,53	238,40	26,60	211,80	32,30	179,50
2. Hj. [3]	257,93	−0,83	257,10	27,20	229,90	33,41	196,49
1968 1. Hj. [3]	254,31	−0,21	254,10	28,13	225,97	31,62	194,35
2. Hj. [3]	286,23	−0,33	285,90	29,27	256,63	34,12	222,51
1969 1. Hj. [3]	282,63	−0,33	282,30	30,82	251,48	36,69	214,79
2. Hj. [3]	321,25	−0,15	321,10	32,98	288,12	43,84	244,28
1970 1. Hj. [3]	322,22	−0,62	321,60	35,83	285,77	38,72	247,05
2. Hj. [3]	361,26	−0,76	360,50	38,30	322,20	42,78	279,42
1971 1. Hj. [3]	358,60	−0,10	358,50	40,97	317,53	44,28	273,25

[1] Einschließlich der Einnahmen des Staates aus dem Preisausgleich, der Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung, der von Unternehmen gezahlten Verwaltungsgebühren und der von der EGKS erhobenen Umlagen.

Tabelle 30

Volkseinkommen

DM

Bruttoinlands-produkt	Saldo der Erwerbs- und Vermögens-einkommen zwischen Inländern und der übrigen Welt	Bruttosozial-produkt	Ab-schreibungen	Nettosozial-produkt zu Marktpreisen	Zeitraum
		in Preisen von 1962			
328,59	−0,19	328,40	28,09	300,31	1960
347,06	−0,86	346,20	30,65	315,55	1961
360,91	−0,81	360,10	33,48	326,62	1962
373,28	−0,78	372,50	36,36	336,14	1963
398,50	−1,20	397,30	39,35	357,95	1964
421,03	−1,53	419,50	42,66	376,84	1965
433,01	−1,31	431,70	46,05	385,65	1966
432,09	−1,29	430,80	49,11	381,69	1967
462,89	−0,59	462,30	52,20	410,10	1968
499,84	−0,54	499,30	55,82	443,48	1969
527,41	−1,21	526,20	59,68	466,52	1970
168,10	−0,20	167,90	14,99	152,91	1961 1. Hj.
178,96	−0,66	178,30	15,66	162,64	2. Hj.
174,15	−0,25	173,90	16,38	157,52	1962 1. Hj.
186,76	−0,56	186,20	17,10	169,10	2. Hj.
176,84	−0,44	176,40	17,81	158,59	1963 1. Hj.
196,44	−0,34	196,10	18,55	177,55	2. Hj.
190,81	−0,61	190,20	19,28	170,92	1964 1. Hj.
207,69	−0,59	207,10	20,07	187,03	2. Hj.
203,65	−0,95	202,70	20,92	181,78	1965 1. Hj.
217,38	−0,58	216,80	21,74	195,06	2. Hj.
212,05	−0,65	211,40	22,62	188,78	1966 1. Hj.
220,96	−0,66	220,30	23,43	196,87	2. Hj.
207,71	−0,51	207,20	24,13	183,07	1967 1. Hj.
224,38	−0,78	223,60	24,98	198,62	2. Hj.
219,84	−0,24	219,60	25,69	193,91	1968 1. Hj.
243,05	−0,35	242,70	26,51	216,19	2. Hj.
237,95	−0,35	237,60	27,48	210,12	1969 1. Hj.
261,89	−0,19	261,70	28,34	233,36	2. Hj.
253,97	−0,57	253,40	29,40	224,00	1970 1. Hj.
273,44	−0,64	272,80	30,28	242,52	2. Hj.
263,95	−0,15	263,80	31,38	232,42	1971 1. Hj.

[3]) Einschließlich der Ausgaben des Staates für den Preisausgleich und der Zahlungen der EGKS.
[3]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 31

Verteilung des Volkseinkommens

Mrd. DM

Zeitraum	Volkseinkommen	Einkommen aus unselbständiger Arbeit		Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen				
				insgesamt		der privaten Haushalte [3]	der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit [4] = unverteilte Gewinne	des Staates [5]
		brutto [1]	netto [2]	brutto	netto			
1960	235,70	142,83	107,25	92,87	71,98	72,54	17,49	2,84
1961	258,01	160,51	119,92	97,50	73,44	76,46	17,65	3,39
1962	277,45	177,48	132,04	99,97	73,66	79,00	17,39	3,58
1963	295,76	190,44	140,97	105,32	78,01	84,25	17,34	3,73
1964	324,25	208,42	154,19	115,83	87,12	92,70	19,20	3,93
1965	355,25	229,99	171,56	125,26	96,07	102,42	19,03	3,81
1966	377,09	247,56	181,65	129,53	99,32	106,95	18,87	3,71
1967 [6]	375,99	247,90	180,78	128,09	98,23	106,95	18,04	3,10
1968 [6]	416,86	266,31	190,76	150,55	118,16	123,23	23,70	3,62
1969 [6]	459,07	300,10	210,50	158,97	122,91	130,41	24,67	3,89
1970 [6]	526,47	353,14	241,61	173,33	138,44	144,55	24,71	4,07
1961 1. Hj.	123,18	77,15	58,11	46,03	34,43	.	.	1,46
2. Hj.	134,83	83,36	61,81	51,47	39,01	.	.	1,93
1962 1. Hj.	132,34	85,03	64,17	47,31	34,06	.	.	1,45
2. Hj.	145,11	92,45	67,87	52,66	39,60	.	.	2,13
1963 1. Hj.	137,87	90,80	67,99	47,07	33,34	.	.	1,53
2. Hj.	157,89	99,64	72,98	58,25	44,67	.	.	2,20
1964 1. Hj.	152,68	99,31	74,54	53,37	38,83	.	.	1,55
2. Hj.	171,57	109,11	79,65	62,46	48,29	.	.	2,38
1965 1. Hj.	168,37	109,44	83,20	58,93	44,17	.	.	1,48
2. Hj.	186,88	120,55	88,36	66,33	51,90	.	.	2,33
1966 1. Hj.	181,72	119,30	89,10	62,42	46,48	.	.	1,59
2. Hj.	195,37	128,26	92,55	67,11	52,84	.	.	2,12
1967 1. Hj. [6]	179,50	120,30	89,23	59,20	44,16	.	.	1,30
2. Hj. [6]	196,49	127,60	91,55	68,89	54,07	.	.	1,80
1968 1. Hj. [6]	194,35	126,33	91,91	68,02	52,25	.	.	1,42
2. Hj. [6]	222,51	139,98	98,85	82,53	65,91	.	.	2,20
1969 1. Hj. [6]	214,79	140,66	100,70	74,13	56,88	.	.	1,76
2. Hj. [6]	244,28	159,44	109,80	84,84	66,03	.	.	2,13
1970 1. Hj. [6]	247,05	166,00	116,13	81,05	64,39	.	.	1,70
2. Hj. [6]	279,42	187,14	125,48	92,28	74,05	.	.	2,37
1971 1. Hj. [6]	273,25	190,69	129,47	82,56	64,57	.	.	2,03

[1] Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (einschließlich der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und der fiktiven Pensionsfonds für Beamte) sowie zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[2] Bruttoeinkommen minus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und minus Lohnsteuer.
[3] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter; nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden.
[4] Einschließlich der netto im Haushalt verbuchten öffentlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und der Einzelunternehmen u. ä. im Bereich „Kreditinstitute".
[5] Nach Abzug der Zinsen auf öffentliche Schulden.
[6] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 32

Volkseinkommen und Produktivität

Zeitraum	Volkseinkommen je Einwohner		Brutto- einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen [1]		Netto- einkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen [1]		Bruttoinlandsprodukt [2] je Erwerbstätigen [3] (Produktivität)		Lohnkosten je Produkteinheit [4]
	DM	1960=100	DM	1960=100	DM	1960=100	DM	1960=100	
1960	4 252	100	7 053	100	5 296	100	12 597	100	100
1961	4 593	108,0	7 743	109,8	5 785	109,2	13 120	104,2	105,4
1962	4 873	114,6	8 430	119,5	6 272	118,4	13 549	107,6	111,3
1963	5 136	120,8	8 940	126,8	6 617	124,9	13 958	110,8	114,5
1964	5 565	130,9	9 673	137,1	7 156	135,1	14 838	117,8	116,4
1965	6 020	141,6	10 530	149,3	7 855	148,3	14 567	123,6	120,9
1966	6 323	148,7	11 320	160,5	8 306	156,8	16 050	127,4	126,1
1967 [5]	6 280	147,7	11 704	165,9	8 535	161,2	16 510	131,1	126,6
1968 [5]	6 926	162,9	12 485	177,0	8 943	168,9	17 651	140,1	126,4
1969 [5]	7 545	177,4	13 691	194,1	9 603	181,3	18 709	148,5	130,7
1970 [5]	8 554	201,2	15 742	223,2	10 770	203,4	19 449	154,4	144,6
1961 1. Hj.	2 200	103,5	3 756	106,5	2 829	106,8	6 393	101,5	104,8
2. Hj.	2 389	112,4	3 985	113,0	2 955	111,6	6 725	106,8	105,9
1962 1. Hj.	2 332	109,7	4 065	115,3	3 068	115,9	6 562	104,2	110,7
2. Hj.	2 540	119,5	4 363	123,7	3 203	121,0	6 985	110,9	111,6
1963 1. Hj.	2 402	113,0	4 291	121,7	3 213	121,3	6 641	105,4	115,4
2. Hj.	2 733	128,6	4 646	131,7	3 403	128,5	7 313	116,1	113,6
1964 1. Hj.	2 630	123,7	4 648	131,8	3 489	131,8	7 146	113,5	116,3
2. Hj.	2 934	138,0	5 021	142,4	3 665	138,4	7 689	122,1	116,8
1965 1. Hj.	2 863	134,7	5 048	143,1	3 837	144,9	7 568	120,2	119,1
2. Hj.	3 156	148,4	5 480	155,4	4 016	151,7	7 997	127,0	122,5
1966 1. Hj.	3 055	143,7	5 463	154,9	4 080	154,1	7 860	124,8	124,1
2. Hj.	3 267	153,7	5 856	166,1	4 226	159,6	8 190	130,0	127,9
1967 1. Hj. [5]	3 000	141,1	5 691	161,4	4 221	159,4	7 943	126,1	128,0
2. Hj. [5]	3 279	154,2	6 013	170,5	4 314	162,9	8 567	136,0	125,5
1968 1. Hj. [5]	3 237	152,3	5 994	170,0	4 361	164,7	8 463	134,4	126,6
2. Hj. [5]	3 688	173,5	6 486	183,9	4 580	173,0	9 182	145,8	126,3
1969 1. Hj. [5]	3 542	166,6	6 486	183,9	4 643	175,3	8 983	142,6	128,9
2. Hj. [5]	4 001	188,2	7 197	204,1	4 956	187,2	9 719	154,3	132,3
1970 1. Hj. [5]	4 026	189,4	7 464	211,7	5 221	197,2	9 431	149,7	141,4
2. Hj. [5]	4 526	212,9	8 271	234,5	5 546	209,4	10 014	159,0	147,7
1971 1. Hj. [5]	4 409	207,4	8 480	240,5	5 758	217,4	9 747	154,8	155,4

[1] Inländerkonzept (nach dem Wohnort).
[2] Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962.
[3] Inlandskonzept (nach dem Beschäftigungsort).
[4] Bereinigt um Änderungen in der Struktur der Erwerbstätigkeit;
berechnet als $\frac{\text{Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je beschäftigten Abhängigen (Inlandskonzept)}}{\text{Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 je Erwerbstätigen (Inlandskonzept)}}$.
[5] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 33

Verwendung des

a) Mrd.

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]
				insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
	in jeweiligen Preisen									
1960	302,30	172,43	41,12	72,66	32,54	40,12	+ 8,70	62,67	55,28	+ 7,39
1961	332,60	189,02	46,39	84,05	38,30	45,75	+ 6,60	65,16	58,62	+ 6,54
1962	360,10	205,20	53,47	93,77	41,89	51,88	+ 4,00	68,37	64,71	+ 3,66
1963	384,00	218,20	59,55	99,06	43,06	56,00	+ 2,10	74,49	69,40	+ 5,09
1964	420,90	234,95	62,24	113,49	47,25	66,24	+ 5,20	82,91	77,89	+ 5,02
1965	460,40	258,67	70,03	122,24	52,00	70,24	+10,00	90,87	91,41	− 0,54
1966	490,70	277,85	76,49	126,31	52,62	73,69	+ 3,60	102,29	95,84	+ 6,45
1967	495,50	285,31	81,14	114,43	48,02	66,41	− 1,30	110,12	94,20	+15,92
1968 [3]	540,00	301,77	84,34	124,78	52,87	71,91	+11,50	123,83	106,22	+17,61
1969 [3]	603,40	334,00	95,11	146,20	66,90	79,30	+13,30	141,85	127,06	+14,79
1970 [3]	682,10	370,66	108,21	181,08	82,90	98,18	+11,20	157,81	146,86	+10,95
1961 1. Hj.	159,20	87,74	21,49	39,75	18,38	21,37	+ 6,00	32,25	28,03	+ 4,22
2. Hj.	173,40	101,28	24,90	44,30	19,92	24,38	+ 0,60	32,91	30,59	+ 2,32
1962 1. Hj.	172,40	96,45	24,38	43,72	20,14	23,58	+ 5,70	33,11	30,96	+ 2,15
2. Hj.	187,70	108,75	29,09	50,05	21,75	28,30	− 1,70	35,26	33,75	+ 1,51
1963 1. Hj.	180,80	102,62	28,06	43,85	20,26	23,59	+ 4,90	34,95	33,58	+ 1,37
2. Hj.	203,20	115,58	31,49	55,21	22,80	32,41	− 2,80	39,54	35,82	+ 3,72
1964 1. Hj.	199,60	110,29	28,35	52,06	22,25	29,81	+ 5,20	40,36	36,66	+ 3,70
2. Hj.	221,30	124,66	33,89	61,43	25,00	36,43	—	42,55	41,23	+ 1,32
1965 1. Hj.	220,10	120,38	31,85	56,69	24,93	31,76	+11,20	43,43	43,45	− 0,02
2. Hj.	240,30	138,29	38,18	65,55	27,07	38,48	− 1,20	47,44	47,96	− 0,52
1966 1. Hj.	238,10	132,08	35,26	61,00	26,49	34,51	+ 8,80	48,23	47,27	+ 0,96
2. Hj.	252,60	145,77	41,23	65,31	26,13	39,18	− 5,20	54,06	48,57	+ 5,49
1967 1. Hj.	238,40	135,71	37,85	53,05	22,35	30,70	+ 3,70	53,39	45,30	+ 8,09
2. Hj.	257,10	149,60	43,29	61,38	25,67	35,71	− 5,00	56,73	48,90	+ 7,83
1968 1. Hj.	254,10	141,55	38,78	55,13	23,40	31,73	+11,10	57,32	49,78	+ 7,54
2. Hj.	285,90	160,22	45,56	69,65	29,47	40,18	+ 0,40	66,51	56,44	+10,07
1969 1. Hj. [3]	282,30	156,54	43,23	64,70	30,57	34,13	+11,70	66,80	60,67	+ 6,13
2. Hj. [3]	321,10	177,46	51,88	81,50	36,33	45,17	+ 1,60	75,05	66,39	+ 8,66
1970 1. Hj.	321,60	173,19	49,23	79,28	38,44	40,84	+15,40	75,07	70,57	+ 4,50
2. Hj.	360,50	197,47	58,98	101,80	44,46	57,34	− 4,20	82,74	76,29	+ 6,45
1971 1. Hj.	358,50	193,59	58,27	93,14	44,35	48,79	+ 8,80	83,70	79,00	+ 4,70

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.
[2] Ausfuhr ./. Einfuhr.

Tabelle 33

Sozialprodukts

DM

Brutto-sozial-produkt	Privater Ver-brauch	Staats-ver-brauch	Anlageinvestitionen			Vor-rats-verän-derung	Aus-fuhr [1]	Ein-fuhr [1]	Außen-beitrag [2]	Zeitraum	
			ins-gesamt	Aus-rüstun-gen	Bauten						
					in Preisen von 1962						
328,40	183,15	45,26	80,87	34,72	46,15	+ 8,80	64,11	53,79	+10,32	1960	
346,20	194,70	48,12	88,88	39,64	49,24	+ 6,70	65,97	58,17	+ 7,80	1961	
360,10	205,20	53,47	93,77	41,89	51,88	+ 4,00	68,37	64,71	+ 3,66	1962	
372,50	212,53	57,19	96,04	42,74	53,30	+ 2,10	74,00	69,36	+ 4,64	1963	
397,30	223,51	56,79	107,36	46,45	60,91	+ 5,10	81,82	77,28	+ 4,54	1964	
419,50	238,50	59,53	112,33	49,44	62,89	+ 9,50	87,93	88,29	− 0,36	1965	
431,70	247,39	60,80	113,36	49,01	64,35	+ 3,40	97,36	90,61	+ 6,75	1966	
430,80	249,55	62,71	103,84	44,60	59,24	− 1,20	105,25	89,35	+15,90	1967	
462,30	258,98	62,68	112,10	49,30	62,80	+11,60	119,40	102,46	+16,94	1968	[3]
499,30	279,80	66,16	125,70	60,45	65,25	+13,00	134,45	119,81	+14,64	1969	
526,20	298,76	68,98	140,72	71,13	69,59	+10,60	145,75	138,61	+ 7,14	1970	
167,90	91,27	22,59	42,82	19,13	23,69	+ 6,10	32,75	27,63	+ 5,12	1961	1. Hj.
178,30	103,43	25,53	46,06	20,51	25,55	+ 0,60	33,22	30,54	+ 2,68		2. Hj.
173,90	96,73	24,89	44,23	20,24	23,99	+ 5,70	33,23	30,88	+ 2,35	1962	1. Hj.
186,20	108,47	28,58	49,54	21,65	27,89	− 1,70	35,14	33,83	+ 1,31		2. Hj.
176,40	100,13	27,34	42,76	20,13	22,63	+ 4,90	34,65	33,38	+ 1,27	1963	1. Hj.
196,10	112,40	29,85	53,28	22,61	30,67	− 2,80	39,35	35,98	+ 3,37		2. Hj.
190,20	105,31	26,53	49,63	22,05	27,58	+ 5,10	40,00	36,37	+ 3,63	1964	1. Hj.
207,10	118,20	30,26	57,73	24,40	33,33	—	41,82	40,91	+ 0,91		2. Hj.
202,70	111,95	27,67	52,37	23,77	28,60	+10,60	42,26	42,15	+ 0,11	1965	1. Hj.
216,80	126,55	31,86	59,96	25,67	34,29	− 1,10	45,67	46,14	− 0,47		2. Hj.
211,40	118,10	28,83	54,91	24,73	30,18	+ 8,10	46,07	44,61	+ 1,46	1966	1. Hj.
220,30	129,29	31,97	58,45	24,28	34,17	− 4,70	51,29	46,00	+ 5,29		2. Hj.
207,20	118,61	29,54	47,73	20,68	27,05	+ 3,30	51,19	43,17	+ 8,02	1967	1. Hj.
223,60	130,94	33,17	56,11	23,92	32,19	− 4,50	54,06	46,18	+ 7,88		2. Hj.
219,60	121,74	29,45	49,87	21,96	27,91	+11,20	55,14	47,80	+ 7,34	1968	1. Hj.
242,70	137,24	33,23	62,23	27,34	34,89	+ 0,40	64,26	54,66	+ 9,60		2. Hj.
237,60	131,49	31,01	57,11	28,17	28,94	+11,50	63,72	57,23	+ 6,49	1969	1. Hj. [3]
261,70	148,31	35,15	68,59	32,28	36,31	+ 1,50	70,73	62,58	+ 8,15		2. Hj.
253,40	140,26	32,04	63,19	33,60	29,59	+14,50	70,11	66,70	+ 3,41	1970	1. Hj.
272,80	158,50	36,94	77,53	37,53	40,00	− 3,90	75,64	71,91	+ 3,73		2. Hj.
263,80	149,75	34,81	68,76	36,62	32,14	+ 8,00	76,10	73,62	+ 2,48	1971	1. Hj.

[3] Vorläufige Ergebnisse.

n o c h Tabelle 33

Verwendung des

b) Anteil

Zeitraum	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen			Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]
			insgesamt	Ausrüstungen	Bauten				
	in jeweiligen Preisen								
1960	57,0	13,6	24,0	10,8	13,3	2,9	20,7	18,3	2,4
1961	56,8	13,9	25,3	11,5	13,8	2,0	19,6	17,6	2,0
1962	57,0	14,8	26,0	11,6	14,4	1,1	19,0	18,0	1,0
1963	56,8	15,5	25,8	11,2	14,6	0,5	19,4	18,1	1,3
1964	55,8	14,8	27,0	11,2	15,7	1,2	19,7	18,5	1,2
1965	56,2	15,2	26,6	11,3	15,3	2,2	19,7	19,9	−0,1
1966	56,6	15,6	25,7	10,7	15,0	0,7	20,8	19,5	1,3
1967 [3]	57,6	16,4	23,1	9,7	13,4	−0,3	22,2	19,0	3,2
1968 [3]	55,9	15,6	23,1	9,8	13,3	2,1	22,9	19,7	3,3
1969 [3]	55,4	15,8	24,2	11,1	13,1	2,2	23,5	21,1	2,5
1970 [3]	54,3	15,9	26,5	12,2	14,4	1,6	23,1	21,5	1,6
1961 1. Hj.	55,1	13,5	25,0	11,5	13,4	3,8	20,3	17,6	2,7
2. Hj.	58,4	14,4	25,5	11,5	14,1	0,3	19,0	17,6	1,3
1962 1. Hj.	55,9	14,1	25,4	11,7	13,7	3,3	19,2	18,0	1,2
2. Hj.	57,9	15,5	26,7	11,6	15,1	−0,9	18,8	18,0	0,8
1963 1. Hj.	56,8	15,5	24,3	11,2	13,0	2,7	19,3	18,6	0,8
2. Hj.	56,9	15,5	27,2	11,2	15,9	−1,4	19,5	17,6	1,8
1964 1. Hj.	55,3	14,2	26,1	11,1	14,9	2,6	20,2	18,4	1,9
2. Hj.	56,3	15,3	27,8	11,3	16,5	0,0	19,2	18,6	0,6
1965 1. Hj.	54,7	14,5	25,8	11,3	14,4	5,1	19,7	19,7	0,0
2. Hj.	57,5	15,9	27,3	11,3	16,0	−0,5	19,7	20,0	−0,2
1966 1. Hj.	55,5	14,8	25,6	11,1	14,5	3,7	20,3	19,9	0,4
2. Hj.	57,7	16,3	25,9	10,3	15,5	−2,1	21,4	19,2	2,2
1967 1. Hj. [3]	56,9	15,9	22,3	9,4	12,9	1,6	22,4	19,0	3,4
2. Hj. [3]	58,2	16,8	23,9	10,0	13,9	−1,9	22,1	19,0	3,0
1968 1. Hj. [3]	55,7	15,3	21,7	9,2	12,5	4,4	22,6	19,6	3,0
2. Hj. [3]	56,0	15,9	24,4	10,3	14,1	0,1	23,3	19,7	3,5
1969 1. Hj. [3]	55,5	15,3	22,9	10,8	12,1	4,1	23,7	21,5	2,2
2. Hj. [3]	55,3	16,2	25,4	11,3	14,1	0,5	23,4	20,7	2,7
1970 1. Hj. [3]	53,9	15,3	24,7	12,0	12,7	4,8	23,3	21,9	1,4
2. Hj. [3]	54,8	16,4	28,2	12,3	15,9	−1,2	23,0	21,2	1,8
1971 1. Hj. [3]	54,0	16,3	26,0	12,4	13,6	2,5	23,3	22,0	1,3

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.
[2] Ausfuhr ./. Einfuhr.

noch Tabelle 33

Sozialprodukts

in vH

Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Anlageinvestitionen insgesamt	Anlageinvestitionen Ausrüstungen	Anlageinvestitionen Bauten	Vorratsveränderung	Ausfuhr [1]	Einfuhr [1]	Außenbeitrag [2]	Zeitraum	
				in Preisen von 1962						
55,8	13,8	24,6	10,6	14,1	2,7	19,5	16,4	3,1	1960	
56,2	13,9	25,7	11,5	14,2	1,9	19,1	16,8	2,3	1961	
57,0	14,8	26,0	11,6	14,4	1,1	19,0	18,0	1,0	1962	
57,1	15,4	25,8	11,5	14,3	0,6	19,9	18,6	1,2	1963	
56,3	14,3	27,0	11,7	15,3	1,3	20,6	19,5	1,1	1964	
56,9	14,2	26,8	11,8	15,0	2,3	21,0	21,0	−0,1	1965	
57,3	14,1	26,3	11,4	14,9	0,8	22,6	21,0	1,6	1966	
57,9	14,6	24,1	10,4	13,8	−0,3	24,4	20,7	3,7	1967	
56,0	13,6	24,2	10,7	13,6	2,5	25,8	22,2	3,7	1968	[3]
56,0	13,3	25,2	12,1	13,1	2,6	26,9	24,0	2,9	1969	
56,8	13,1	26,7	13,5	13,2	2,0	27,7	26,3	1,4	1970	
54,4	13,5	25,5	11,4	14,1	3,6	19,5	16,5	3,0	1961	1. Hj.
58,0	14,3	25,8	11,5	14,3	0,3	18,6	17,1	1,5		2. Hj.
55,6	14,3	25,4	11,6	13,8	3,3	19,1	17,8	1,4	1962	1. Hj.
58,3	15,3	26,6	11,6	15,0	−0,9	18,9	18,2	0,7		2. Hj.
56,8	15,5	24,2	11,4	12,8	2,8	19,6	18,9	0,7	1963	1. Hj.
57,3	15,2	27,2	11,5	15,6	−1,4	20,1	18,3	1,7		2. Hj.
55,4	13,9	26,1	11,6	14,5	2,7	21,0	19,1	1,9	1964	1. Hj.
57,1	14,6	27,9	11,8	16,1	0,0	20,2	19,8	0,4		2. Hj.
55,2	13,7	25,8	11,7	14,1	5,2	20,8	20,8	0,1	1965	1. Hj.
58,4	14,7	27,7	11,8	15,8	−0,5	21,1	21,3	−0,2		2. Hj.
55,9	13,6	26,0	11,7	14,3	3,8	21,8	21,1	0,7	1966	1. Hj.
58,7	14,5	26,5	11,0	15,5	−2,1	23,3	20,9	2,4		2. Hj.
57,2	14,3	23,0	10,0	13,1	1,6	24,7	20,8	3,9	1967	1. Hj.
58,6	14,8	25,1	10,7	14,4	−2,0	24,2	20,7	3,5		2. Hj.
55,4	13,4	22,7	10,0	12,7	5,1	25,1	21,8	3,3	1968	1. Hj.
56,5	13,7	25,6	11,3	14,4	0,2	26,5	22,5	4,0		2. Hj.
55,3	13,1	24,0	11,9	12,2	4,8	26,8	24,1	2,7	1969	1. Hj. [3]
56,7	13,4	26,2	12,3	13,9	0,6	27,0	23,9	3,1		2. Hj.
55,4	12,6	24,9	13,3	11,7	5,7	27,7	26,3	1,3	1970	1. Hj.
58,1	13,5	28,4	13,8	14,7	−1,4	27,7	26,4	1,4		2. Hj.
56,8	13,2	26,1	13,9	12,2	3,0	28,8	27,9	0,9	1971	1. Hj.

[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 34

Investitionen

Jahr	Insgesamt	Ausrüstungs-investitionen			Bau-investitionen				Vorratsveränderung
		zusammen	Unternehmen	Staat	zusammen	Unternehmen [1]	Staat	Wohnbauten	
					Mrd. DM				
1960	81,36	32,54	31,37	1,17	40,12	14,56	8,32	17,24	+ 8,70
1961	90,65	38,30	36,97	1,33	45,75	16,41	9,90	19,44	+ 6,60
1962	97,77	41,89	40,34	1,55	51,88	17,63	12,47	21,78	+ 4,00
1963	101,16	43,06	41,29	1,77	56,00	18,40	14,49	23,11	+ 2,10
1964	118,69	47,25	45,28	1,97	66,24	21,59	17,54	27,11	+ 5,20
1965	132,24	52,00	49,79	2,21	70,24	22,97	17,98	29,29	+10,00
1966	129,91	52,62	50,40	2,22	73,69	24,03	18,80	30,86	+ 3,60
1967	113,13	48,02	45,88	2,14	66,41	21,23	16,29	28,89	− 1,30
1968 [2]	136,28	52,87	50,82	2,05	71,91	23,33	18,55	30,03	+11,50
1969 [2]	159,50	66,90	64,58	2,32	79,30	26,91	20,98	31,41	+13,30
1970 [2]	192,28	82,90	79,96	2,94	98,18	...	26,46	...	+11,20
					Anteil in vH				
1960	*100*	*40,0*	*38,6*	*1,4*	*49,3*	*17,9*	*10,2*	*21,2*	*10,7*
1961	*100*	*42,3*	*40,8*	*1,5*	*50,5*	*18,1*	*10,9*	*21,4*	*7,3*
1962	*100*	*42,8*	*41,3*	*1,6*	*53,1*	*18,0*	*12,8*	*22,3*	*4,1*
1963	*100*	*42,6*	*40,8*	*1,7*	*55,4*	*18,2*	*14,3*	*22,8*	*2,1*
1964	*100*	*39,8*	*38,1*	*1,7*	*55,8*	*18,2*	*14,8*	*22,8*	*4,4*
1965	*100*	*39,3*	*37,7*	*1,7*	*53,1*	*17,4*	*13,6*	*22,1*	*7,6*
1966	*100*	*40,5*	*38,8*	*1,7*	*56,7*	*18,5*	*14,5*	*23,8*	*2,8*
1967	*100*	*42,4*	*40,6*	*1,9*	*58,7*	*18,8*	*14,4*	*25,5*	*−1,1*
1968 [2]	*100*	*38,8*	*37,3*	*1,5*	*52,8*	*17,1*	*13,6*	*22,0*	*8,4*
1969 [2]	*100*	*41,9*	*40,5*	*1,5*	*49,7*	*16,9*	*13,2*	*19,7*	*8,3*
1970 [2]	*100*	*43,1*	*41,6*	*1,5*	*51,1*	...	*13,8*	...	*5,8*

[1] Ohne Wohnbauten.
[2] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 35

Einkommen und Ersparnis der privaten Haushalte [1])

Mrd. DM

Jahr	Erwerbs- und Vermögenseinkommen insgesamt	Einkommen aus unselbständiger Arbeit [2])	Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	Empfangene laufende Übertragungen [3])	Gesamtes Einkommen (brutto)	Geleistete laufende Übertragungen [4])	Verfügbares Einkommen
1960	216,29	142,83	73,46	40,63	256,92	54,17	202,75
1961	237,94	160,51	77,43	44,43	282,37	62,48	219,89
1962	257,54	177,48	80,06	48,89	306,43	70,36	236,07
1963	275,82	190,44	85,38	52,29	328,11	76,70	251,41
1964	302,36	208,42	93,94	57,73	360,09	83,93	276,16
1965	333,86	229,99	103,87	64,59	398,45	90,75	307,70
1966	356,22	247,56	108,66	70,77	426,99	101,42	325,57
1967	356,43	247,90	108,53	78,02	434,45	103,48	330,97
1968 [6])	391,22	266,31	124,91	82,34	473,56	113,83	359,73
1969 [6])	432,55	300,10	132,45	89,09	521,64	131,59	390,05
1970 [6])	500,13	353,14	146,99	96,75	596,88	158,31	438,57

Jahr	Privater Verbrauch	Ersparnis	Nichtentnommene Gewinne der Einzelunternehmen u. ä. [5])	Ersparnis ohne nichtentnommene Gewinne	Empfangene Vermögensübertragungen	Geleistete Vermögensübertragungen	Finanzierungssaldo
1960	172,43	30,32	14,21	16,11	2,08	2,91	15,28
1961	189,02	30,87	12,71	18,16	2,48	3,59	17,05
1962	205,20	30,87	11,00	19,87	2,50	4,33	18,04
1963	218,20	33,21	9,33	23,88	2,56	4,74	21,70
1964	234,95	41,21	11,91	29,30	3,10	5,61	26,79
1965	258,67	49,03	13,27	35,76	3,44	6,27	32,93
1966	277,85	47,72	12,68	35,04	3,00	6,94	31,10
1967	285,31	45,66	10,35	35,31	3,58	8,29	30,60
1968 [6])	301,77	57,96	16,87	41,09	3,75	9,35	35,49
1969 [6])	334,00	56,05	8,35	47,70	4,38	10,07	42,01
1970 [6])	370,66	67,91	14,59	53,32	4,68	11,70	46,30

[1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter.
[2]) Bruttolöhne und -gehälter und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (einschließlich der Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst und der fiktiven Pensionsfonds für Beamte) sowie zusätzliche Sozialaufwendungen der Arbeitgeber.
[3]) Leistungen der Sozialversicherung, öffentliche Pensionen, Leistungen der Gebietskörperschaften, laufende Übertragungen von Versicherungsunternehmen und der übrigen Welt.
[4]) Direkte Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Rückerstattungsbeträge u. ä., laufende Übertragungen an Versicherungsunternehmen und die übrige Welt; einschließlich Zinsen auf Konsumentenschulden.
[5]) Ohne Unternehmen im Bereich „Kreditinstitute".
[6]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 36

Käufe der inländischen privaten

nach Verwen

Jahr	Insgesamt		Nahrungs- und Genußmittel [2]		Kleidung, Schuhe		Wohnungsmieten u. ä. [3]		Elektrizität, Gas, Brennstoffe	
	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH
										in jeweiligen
1960	170,18	*100*	64,94	*38,2*	21,84	*12,8*	12,22	*7,2*	5,62	*3,3*
1961	186,44	*100*	69,52	*37,3*	23,88	*12,8*	14,48	*7,8*	6,03	*3,2*
1962	202,38	*100*	73,53	*36,3*	26,00	*12,8*	15,74	*7,8*	7,28	*3,6*
1963	215,24	*100*	76,38	*35,5*	27,08	*12,6*	17,69	*8,2*	8,64	*4,0*
1964	231,97	*100*	80,95	*34,9*	28,97	*12,5*	20,02	*8,6*	8,39	*3,6*
1965	255,51	*100*	86,92	*34,0*	32,28	*12,6*	22,56	*8,8*	9,05	*3,5*
1966	274,46	*100*	91,54	*33,4*	33,94	*12,4*	26,11	*9,5*	9,51	*3,5*
1967	281,84	*100*	92,37	*32,8*	33,86	*12,0*	29,47	*10,5*	10,19	*3,6*
1968	298,00	*100*	94,73	*31,8*	35,15	*11,8*	33,24	*11,2*	11,30	*3,8*
1969 [5]	329,55	*100*	102,05	*31,0*	38,97	*11,8*	37,98	*11,5*	12,31	*3,7*
1970	365,52	*100*	110,69	*30,3*	43,75	*12,0*	40,98	*11,2*	13,95	*3,8*
										in Preisen
1960	180,58	*100*	67,85	*37,6*	22,83	*12,6*	14,00	*7,8*	5,88	*3,3*
1961	192,01	*100*	71,55	*37,3*	24,47	*12,7*	14,88	*7,7*	6,25	*3,3*
1962	202,38	*100*	73,53	*36,3*	26,00	*12,8*	15,74	*7,8*	7,28	*3,6*
1963	209,76	*100*	74,55	*35,5*	26,54	*12,7*	16,63	*7,9*	8,46	*4,0*
1964	220,89	*100*	77,13	*34,9*	28,00	*12,7*	17,67	*8,0*	8,32	*3,8*
1965	235,97	*100*	79,84	*33,8*	30,49	*12,9*	18,77	*8,0*	8,89	*3,8*
1966	244,87	*100*	81,66	*33,3*	31,28	*12,8*	19,91	*8,1*	9,25	*3,8*
1967	247,08	*100*	82,39	*33,3*	30,96	*12,5*	21,13	*8,6*	9,51	*3,8*
1968	256,43	*100*	84,12	*32,8*	32,16	*12,5*	22,32	*8,7*	10,26	*4,0*
1969 [5]	277,08	*100*	88,69	*32,0*	35,26	*12,7*	23,43	*8,5*	11,22	*4,0*
1970	295,93	*100*	93,44	*31,6*	38,02	*12,8*	24,45	*8,3*	12,13	*4,1*

[1] **Hauptgruppen des Systematischen** Güterverzeichnisses für den Privaten Verbrauch (1963).
[2] Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3] Einschließlich Mietwert der Eigentümerwohnungen.

Tabelle 36

Haushalte für den Privaten Verbrauch

dungszwecken [1])

Übrige Haushaltsführung		Verkehr, Nachrichtenübermittlung		Körper- und Gesundheitspflege		Bildung und Unterhaltung		Persönliche Ausstattung u. ä. [4])		Jahr	
Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH	Mrd. DM	vH		
Preisen											
23,75	*14,0*	15,05	*8,8*	6,84	*4,0*	11,93	*7,0*	7,99	*4,7*	1960	
25,85	*13,9*	17,11	*9,2*	7,44	*4,0*	12,99	*7,0*	9,14	*4,9*	1961	
28,01	*13,8*	19,62	*9,7*	8,00	*4,0*	13,93	*6,9*	10,27	*5,1*	1962	
29,21	*13,6*	21,82	*10,1*	8,59	*4,0*	14,69	*6,8*	11,14	*5,2*	1963	
31,85	*13,7*	24,16	*10,4*	9,49	*4,1*	15,93	*6,9*	12,21	*5,3*	1964	
34,93	*13,7*	27,59	*10,8*	10,52	*4,1*	17,63	*6,9*	14,03	5,5	1965	
37,32	*13,6*	30,41	*11,1*	11,38	*4,1*	18,74	*6,8*	15,51	*5,7*	1966	
37,49	*13,3*	30,68	*10,9*	11,97	*4,2*	19,62	*7,0*	16,19	*5,7*	1967	
38,56	*12,9*	33,78	*11,3*	12,82	*4,3*	20,82	*7,0*	17,60	*5,9*	1968	[5])
42,86	*13,0*	38,35	*11,6*	14,01	*4,3*	22,96	*7,0*	20,06	*6,1*	1969	
48,16	*13,2*	44,09	*12,1*	15,21	*4,2*	25,78	*7,1*	22,91	*6,3*	1970	
von 1962											
25,71	*14,2*	15,46	*8,6*	7,26	*4,0*	12,80	*7,1*	8,79	*4,9*	1960	
26,91	*14,0*	17,31	*9,0*	7,69	*4,0*	13,38	*7,0*	9,57	*5,0*	1961	
28,01	*13,8*	19,62	*9,7*	8,00	*4,0*	13,93	*6,9*	10,27	*5,1*	1962	
28,74	*13,7*	21,29	*10,1*	8,36	*4,0*	14,43	*6,9*	10,76	*5,1*	1963	
30,86	*14,0*	23,24	*10,5*	8,96	*4,1*	15,26	*6,9*	11,45	*5,2*	1964	
33,12	*14,0*	26,42	*11,2*	9,47	*4,0*	16,37	*6,9*	12,60	*5,3*	1965	
34,53	*14,1*	28,13	*11,5*	9,65	*3,9*	17,04	*7,0*	13,42	*5,5*	1966	
34,62	*14,0*	27,41	*11,1*	9,93	*4,0*	17,46	*7,1*	13,67	*5,5*	1967	
35,41	*13,8*	29,32	*11,4*	10,26	*4,0*	18,25	*7,1*	14,33	*5,6*	1968	[5])
38,65	*13,9*	33,45	*12,1*	10,81	*3,9*	19,81	*7,1*	15,76	*5,7*	1969	
41,61	*14,1*	37,10	*12,5*	11,22	*3,8*	21,08	*7,1*	16,88	*5,7*	1970	

[4]) Einschließlich Dienstleistungen der Kreditinstitute, der Versicherungsunternehmen, des Beherbergungsgewerbes u. ä.
[5]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 37

Wirtschaftliche Beziehungen des Staates zu den anderen

Mrd.

Jahr	Einnahmen				
	insgesamt	Steuern u. ä. Übertragungen [2]	Erwerbs- und Vermögens-einkommen [3]	Gebühren u. ä., Verkäufe von Land und gebrauchten Anlagen	Veränderung der Verbindlich-keiten [4]
					Staat insgesamt (einschließlich
1960	115,06	103,67	4,71	4,11	2,57
1961	129,59	116,82	5,31	4,34	3,12
1962	141,94	128,45	5,57	5,12	2,80
1963	154,34	136,41	5,92	5,32	6,69
1964	166,71	148,52	6,32	5,94	5,93
1965	180,20	159,10	6,51	6,42	8,17
1966	193,11	171,74	7,06	7,16	7,15
1967	205,84	175,89	7,42	7,59	14,94
1968 [8]	218,38	189,73	8,07	8,16	12,42
1969 [8]	245,03	223,54	8,96	8,78	3,75
1970 [8]	279,44	248,50	9,71	9,44	11,79
					Gebietskör
1960	81,91	71,66	3,31	4,08	2,86
1961	95,21	81,82	3,67	4,31	5,41
1962	101,62	89,66	3,81	5,08	3,07
1963	110,99	94,63	3,91	5,28	7,17
1964	120,55	103,72	4,03	5,90	6,90
1965	130,01	109,83	4,12	6,38	9,68
1966	137,07	117,26	4,34	7,13	8,34
1967	148,84	119,98	4,62	7,57	16,67
1968 [8]	153,41	128,19	5,36	8,12	11,74
1969 [8]	170,20	152,41	6,12	8,74	2,93
1970 [8]	192,17	164,47	6,41	9,39	11,90
					Sozialver
1960	33,15	32,01	1,40	0,03	−0,29
1961	34,39	35,00	1,64	0,03	−2,28
1962	40,31	38,79	1,76	0,04	−0,28
1963	43,35	41,78	2,01	0,04	−0,48
1964	46,17	44,80	2,29	0,04	−0,96
1965	50,19	49,27	2,39	0,04	−1,51
1966	56,04	54,48	2,72	0,03	−1,19
1967	57,01	55,91	2,80	0,02	−1,72
1968 [8]	64,97	61,54	2,71	0,04	0,68
1969 [8]	74,83	71,13	2,84	0,04	0,82
1970 [8]	87,27	84,03	3,30	0,05	−0,11

[1] Dargestellt nach den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Vorgänge zwischen den einzelnen Gruppen von Gebietskörperschaften des Staatssektors sind im Prinzip ausgeschlossen. Ausführliche Erläuterungen siehe Statistisches Bundesamt, Fachserie N, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1 1969, S. 57.

[2] Unterstellte Einzahlungen in „Pensionsfonds" für Beamte sind als Einnahmen der Sozialversicherung dargestellt.

Tabelle 37

Sektoren der Volkswirtschaft und zur übrigen Welt [1])

DM

Ausgaben							
insgesamt	Käufe für den laufenden Bedarf	Investitionen [5])	Löhne, Gehälter u. ä. [6])	Zinsen auf öffentliche Schulden	Renten u. ä. Übertragungen, Subventionen [7])	Veränderung der Forderungen [4])	Jahr
Sozialversicherung)							
115,06	23,37	9,63	20,58	1,87	47,12	12,49	1960
129,59	25,79	11,35	23,55	1,92	53,72	13,26	1961
141,94	31,24	14,18	25,73	1,99	60,12	8,68	1962
154,34	34,56	16,39	28,54	2,19	61,66	11,00	1963
166,71	34,99	19,71	31,14	2,39	67,78	10,70	1964
180,20	38,64	20,44	35,46	2,70	76,59	6,37	1965
193,11	41,35	21,33	39,59	3,35	80,87	6,62	1966
205,84	43,91	18,76	42,02	4,32	88,24	8,59	1967
218,38	44,55	20,98	44,83	4,45	95,74	7,83	1968
245,03	49,60	23,75	50,81	5,07	104,85	10,95	1969
279,44	54,53	29,82	59,03	5,64	113,81	16,61	1970 [8])
perschaften							
74,55	17,00	9,44	19,33	1,87	17,12	9,79	1960
84,78	18,65	11,24	22,16	1,92	20,36	10,45	1961
92,33	23,24	14,00	24,23	1,99	23,35	5,52	1962
101,06	25,79	16,21	26,91	2,19	21,73	8,23	1963
109,63	25,39	19,54	29,38	2,39	25,18	7,75	1964
118,35	27,50	20,28	33,51	2,70	30,36	4,00	1965
124,52	28,15	21,12	37,42	3,35	30,10	4,38	1966
135,12	29,74	18,52	39,71	4,32	31,49	11,34	1967
139,79	28,92	20,81	42,42	4,45	35,40	7,79	1968
156,36	32,06	23,56	48,09	5,07	38,64	8,94	1969
178,46	34,78	29,62	55,78	5,64	42,86	9,78	1970 [8])
sicherung							
40,51	6,37	0,19	1,25	—	30,00	2,70	1960
44,82	7,14	0,11	1,39	—	33,36	2,82	1961
49,60	8,00	0,18	1,50	—	36,77	3,15	1962
53,28	8,77	0,18	1,63	—	39,93	2,77	1963
57,09	9,60	0,17	1,76	—	42,60	2,96	1964
61,85	11,14	0,16	1,95	—	46,23	2,37	1965
68,59	13,20	0,21	2,17	—	50,77	2,24	1966
70,73	14,17	0,24	2,31	—	56,75	−2,74	1967
78,59	15,63	0,17	2,41	—	60,34	0,04	1968
88,67	17,54	0,19	2,72	—	66,21	2,01	1969
100,98	19,75	0,20	3,25	—	70,95	6,83	1970 [8])

[3]) Einkommen aus öffentlichen Unternehmen und Vermögen.
[4]) Quelle: Deutsche Bundesbank.
[5]) Käufe für Anlageinvestitionen sowie Käufe von Land.
[6]) Löhne und Gehälter sowie Arbeitgeberbeiträge zu öffentlichen Einrichtungen der sozialen Sicherung.
[7]) Die Versorgungsleistungen für Beamte sind als Ausgaben der Sozialversicherung dargestellt.
[8]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 38

Vermögensbildung, Sachvermögensbildung und Finanzierungssalden

Mrd. DM

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Übrige Welt	Finanzielle Sektoren [2]	Insgesamt
	private Haushalte	Unternehmen: ohne Wohnungsvermietung	Unternehmen: Wohnungsvermietung	Unternehmen: zusammen [1]	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen [1]			
I. Vermögensbildung [3]										
1961	17,1	18,5	4,1	22,5	14,7	5,4	59,6	— 0,5	2,2	61,4
1962	18,3	19,8	4,0	23,8	14,8	3,6	60,5	1,6	2,1	64,3
1963	21,5	16,5	4,3	20,8	15,5	3,5	61,3	0,0	2,6	64,0
1964	26,8	20,3	5,0	25,3	18,3	4,0	74,5	0,4	2,6	77,5
1965	32,9	21,2	5,6	26,9	12,3	4,0	76,1	7,3	2,6	86,0
1966	31,1	19,3	7,1	26,4	14,3	3,8	75,6	0,0	3,6	79,2
1967	30,6	18,0	7,4	25,3	10,4	—0,9	65,5	— 9,7	3,5	59,3
1968 [4]	35,2	27,6	8,1	35,7	14,4	—0,5	84,9	—10,3	3,8	78,4
1969	42,0	22,8	5,2	28,0	25,9	1,4	97,3	— 1,9	0,3	95,7
1970	46,8	27,3	6,5	33,8	23,5	7,2	111,4	— 1,0	7,8	118,2
1970 1. Hj	15,7	20,3	2,3	22,6	10,7	2,0	51,0	0,1	7,8	58,9
2. Hj. [4]	31,1	7,1	4,2	11,2	12,9	5,1	60,4	— 1,1	0,0	59,3
1971 1. Hj.	18,3	9,7	4,7	14,4	13,3	3,3	49,2	1,5	10,3	61,0
II. Sachvermögensbildung										
1961	—	35,6	15,0	50,6	9,8	0,1	60,6	—	0,8	61,4
1962	—	34,1	16,8	50,9	12,4	0,2	63,4	—	0,9	64,3
1963	—	30,9	17,6	48,5	14,4	0,2	63,1	—	0,9	64,0
1964	—	37,9	21,0	58,9	17,5	0,2	76,6	—	0,9	77,5
1965	—	44,2	22,6	66,8	17,9	0,2	84,9	—	1,1	86,0
1966	—	35,7	23,6	59,3	18,4	0,2	77,9	—	1,3	79,2
1967	—	20,7	21,3	42,0	15,7	0,3	58,0	—	1,3	59,3
1968 [4]	—	36,9	21,9	58,8	17,8	0,2	76,8	—	1,6	78,4
1969	—	50,9	22,4	73,3	20,0	0,2	93,6	—	2,1	95,7
1970	—	64,0	26,2	90,2	25,5	0,2	116,0	—	2,2	118,2
1970 1. Hj.	—	37,7	10,2	47,9	10,1	0,2	58,2	—	0,7	58,9
2. Hj. [4]	—	26,3	16,0	42,3	15,4	0,1	57,8	—	1,5	59,3
1971 1. Hj.	—	35,7	12,9	48,6	11,6	0,1	60,2	—	0,8	61,0
III. Veränderung der Forderungen										
1961	18,5	8,4	0,5	8,4	10,2	5,0	40,1	2,7	40,2	83,0
1962	19,3	3,6	0,3	3,3	5,5	3,4	31,2	3,8	32,6	67,6
1963	22,9	6,7	0,7	6,6	8,2	3,3	40,5	5,4	42,9	88,8
1964	28,2	7,8	0,1	7,8	7,8	3,9	46,8	6,3	42,8	95,9
1965	34,6	9,8	0,1	9,4	4,0	3,8	50,4	8,7	48,1	107,1
1966	32,0	7,1	0,6	6,8	4,4	3,6	45,4	6,0	46,2	97,5
1967	31,7	16,0	0,2	15,9	11,3	—1,1	56,2	1,8	61,1	119,1
1968 [4]	38,3	18,0	0,3	18,0	8,8	—0,7	65,1	13,4	78,4	157,0
1969	46,1	19,8	0,3	19,9	7,9	1,2	75,7	11,4	78,4	165,5
1970	51,0	23,5	0,3	23,5	6,2	6,9	87,4	33,5	102,3	223,2
1970 1. Hj.	17,1	8,6	0,1	8,6	1,1	1,9	28,5	11,1	36,4	76,1
2. Hj. [4]	33,9	14,9	0,2	14,9	5,1	5,1	58,9	22,4	65,9	147,1
1971 1. Hj.	20,9	14,0	0,2	14,1	6,3	3,2	43,6	17,5	48,3	109,4

noch Tabelle 38

Zeitraum	Inländische nichtfinanzielle Sektoren							Übrige Welt	Finanzielle Sektoren [2]	Insgesamt
	private Haushalte	Unternehmen ohne Wohnungsvermietung	Unternehmen Wohnungsvermietung	Unternehmen zusammen [1]	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen [1]			
	IV. Veränderung der Verpflichtungen									
1961	1,5	25,5	11,5	36,5	5,4	−0,3	41,1	3,1	38,9	83,0
1962	1,0	17,9	13,1	30,3	3,0	—	34,1	2,2	31,4	67,6
1963	1,4	21,1	14,0	34,3	7,1	—	42,3	5,4	41,2	88,8
1964	1,5	25,4	16,2	41,4	6,9	—	48,9	5,9	41,1	95,9
1965	1,7	32,7	17,1	49,3	9,6	—	59,2	1,3	46,6	107,1
1966	0,8	23,5	17,1	39,7	8,5	—	47,8	6,0	43,8	97,5
1967 [4]	1,1	18,8	14,1	32,6	16,6	—	48,7	11,5	58,9	119,1
1968 [4]	3,1	27,2	14,1	41,0	12,2	—	57,0	23,8	76,2	157,0
1969 [4]	4,1	48,0	17,5	65,2	2,0	—	71,9	13,3	80,3	165,5
1970 [4]	4,1	60,1	20,1	80,0	8,1	—	92,0	34,5	96,7	223,2
1970 1. Hj. [4]	1,4	26,0	8,1	33,9	0,6	—	35,7	11,0	29,3	76,1
1970 2. Hj. [4]	2,7	34,1	12,1	46,0	7,6	—	56,3	23,5	67,4	147,1
1971 1. Hj. [4]	2,6	40,0	8,3	48,2	4,6	—	54,6	16,1	38,7	109,4
	V. Finanzierungssaldo [5] (= I ⁄ II oder III ⁄ IV)									
1961	+17,1	−17,1	−11,0	−28,1	+4,8	+5,3	− 0,9	− 0,5	+1,4	—
1962	+18,3	−14,3	−12,8	−27,1	+2,5	+3,4	− 2,9	+ 1,6	+1,2	—
1963	+21,5	−14,4	−13,3	−27,7	+1,1	+3,3	− 1,8	+ 0,0	+1,7	—
1964	+26,8	−17,6	−16,1	−33,6	+0,9	+3,9	− 2,1	+ 0,4	+1,7	—
1965	+32,9	−23,0	−17,0	−39,9	−5,6	+3,8	− 8,8	+ 7,3	+1,5	—
1966	+31,1	−16,4	−16,5	−32,9	−4,1	+3,6	− 2,4	+ 0,0	+2,3	—
1967 [4]	+30,6	− 2,7	−14,0	−16,7	−5,3	−1,1	+ 7,5	− 9,7	+2,2	—
1968 [4]	+35,2	− 9,3	−13,8	−23,1	−3,4	−0,7	+ 8,1	−10,3	+2,2	—
1969 [4]	+42,0	−28,1	−17,2	−45,4	+5,9	+1,2	+ 3,7	− 1,9	−1,8	—
1970 [4]	+46,8	−36,7	−19,8	−56,4	−2,0	+6,9	− 4,6	− 1,0	+5,6	—
1970 1. Hj. [4]	+15,7	−17,4	− 7,9	−25,4	+0,6	+1,9	− 7,2	+ 0,1	+7,1	—
1970 2. Hj. [4]	+31,1	−19,2	−11,9	−31,1	−2,5	+5,1	+ 2,6	− 1,1	−1,5	—
1971 1. Hj. [4]	+18,3	−26,0	− 8,2	−34,2	+1,7	+3,2	−11,0	+ 1,5	+9,6	—

[1] Bei der Summenbildung wurden intersektorale Ströme nicht mitaddiert.
[2] Banken, Bausparkassen, Versicherungen.
[3] Ersparnis und Vermögensübertragungen.
[4] Vorläufige Ergebnisse (1969 bis 1971 aufgrund der korrigierten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes teilweise revidiert).
[5] Finanzierungsüberschuß (+) oder -defizit (—). Änderung des Nettogeldvermögens (Kasse + sonstige Forderungen — Verbindlichkeiten) eines Sektors.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 39

Kassenmäßige Steuereinnahmen

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	darunter						
		Lohn-	Veranlagte Einkommen-	Körperschaft-	Steuern vom Umsatz [1]			Mineralölsteuer
		steuer			insgesamt	Umsatz- (Mehrwert-) steuer	Einfuhrumsatz- steuer	
1950 [2]	18 802	1 807	2 087	1 449	4 987	.	.	73
1951	25 183	2 797	2 303	2 273	7 148	.	.	463
1952	31 215	3 658	3 925	2 780	8 736	.	.	590
1953	34 320	3 740	4 870	2 990	9 104	.	.	734
1954	35 894	3 875	4 588	3 071	9 766	.	.	781
1955	39 736	4 402	4 352	3 111	11 337	.	.	1 136
1956	44 530	5 402	4 728	3 637	12 437	.	.	1 415
1957	47 935	5 289	5 879	4 506	12 882	.	.	1 642
1958	50 188	5 932	5 473	5 190	13 506	.	.	1 665
1959	56 644	5 855	7 323	5 118	14 943	.	.	2 145
1960	66 627	8 102	8 963	6 510	16 917	.	.	2 664
1961	76 705	10 453	10 817	7 473	18 670	.	.	3 325
1962	84 480	12 315	12 218	7 790	20 036	.	.	3 699
1963	89 735	13 844	13 451	7 688	20 922	.	.	4 139
1964	98 061	16 092	14 101	8 018	22 845	.	.	6 071
1965	104 460	16 738	14 798	8 170	25 103	.	.	7 428
1966	111 154	19 055	16 075	7 687	25 989	.	.	8 016
1967	113 350	19 558	15 782	7 061	25 628	.	.	9 423
1968	120 378	22 080	16 272	8 553	25 779	18 786	6 994	9 875
1969	146 928	27 057	16 989	10 895	37 141	26 816	10 324	10 601
1970	152 318	35 086	16 001	8 716	38 125	26 791	11 334	11 512
1970 1. Vj.	33 519	7 485	3 895	2 417	9 634	6 875	2 759	2 127
2. Vj.	35 671	7 170	3 805	2 255	8 858	6 029	2 828	2 695
3. Vj.	38 985	9 625	3 994	2 093	9 227	6 432	2 795	3 071
4. Vj.	44 150	10 806	4 307	1 951	10 406	7 455	2 951	3 619
1971 1. Vj.	39 013	9 929	4 487	1 831	10 852	7 959	2 892	2 489
2. Vj.	39 665	8 936	4 318	1 500	10 222	7 156	3 066	3 036
3. Vj.	37 552	10 891	4 308	1 815	10 359	7 369	2 990	3 314

[1] Bis 1967: Umsatzsteuer, Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; ab 1968: Mehrwertsteuer einschließlich Umsatzsteuer alt, Einfuhrumsatzsteuer einschließlich Reste Umsatzausgleichsteuer, Beförderungsteuer; 1969: wie 1968 einschließlich Straßengüterverkehrsteuer; ab 1970: Mehrwertsteuer einschließlich Umsatzsteuer alt, Einfuhrumsatzsteuer einschließlich Reste Umsatzausgleichsteuer sowie ohne durchlaufende Posten.

[2] Ohne Saarland.

Tabelle 40

Kreditmarktverschuldung der öffentlichen Haushalte [1])

Mill. DM

Monatsende [2])	Insgesamt	Kürzerfristige Kredite					Längerfristige Kredite		
		Schatzwechsel	Unverzinsliche Schatzanweisungen, Steuergutscheine	Betriebsmittelkredite/Kassenkredite		Kassenobligationen	Anleihen (Inhaberschuldverschreibungen)	Verzinsliche Schatzanweisungen	Kredite von Banken, Sparkassen, Versicherungen [3]), Bausparkassen
				Buchkredite der Deutschen Bundesbank	Kredite von anderen Banken u. ä.				
31. 3. 1950	1 216	.	405 [4])	543		—	63	—	206
31. 3. 1951	1 912	.	862 [4])	381		—	51	1	617
31. 3. 1952	2 899	583	836	292		—	63	56	1 070
31. 3. 1953	4 080	148	1 106	43		—	760	77	1 946
31. 3. 1954	5 872	130	883	34		—	1 516	91	3 219
31. 3. 1955	6 961	57	757	222		—	1 633	88	4 203
31. 3. 1956	7 993	42	511	44		—	1 716	87	5 593
31. 3. 1957	9 316	50	625	81		—	1 962	29	6 569
31. 3. 1958	10 973	—	843	91		—	1 584	55	8 400
31. 3. 1959	13 207	—	566	48		—	1 914	30	10 649
31. 3. 1960	17 598	22	1 186	175		183	2 871	523	12 638
31. 12. 1960	18 786	—	1 162	109		302	2 840	516	13 858
31. 12. 1961	24 591	—	538	201		792	4 892	355	17 813
31. 12. 1962	28 064	—	533	786		705	5 713	455	19 871
31. 12. 1963	34 102	—	452	1 784		611	7 651	555	23 050
31. 12. 1964	40 232	—	598	1 342		1 088	9 056	577	27 572
31. 12. 1965	49 503	523	856	1 403	412	1 173	11 500	497	33 140
31. 12. 1966	59 189	1 196	2 498	1 164	655	1 383	12 202	410	39 682
31. 12. 1967	73 326	204	7 729	2 211	341	3 189	14 048	319	45 286
31. 12. 1968	83 551	150	8 650	1 361	122	4 029	15 346	312	53 580
31. 12. 1969	85 744	—	2 407	1 974	99	3 659	15 422	271	61 913
31. 12. 1970	94 026	—	1 750	2 334	175	3 210	16 922	229	69 407

[1]) Bund, Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände.
[2]) Ab 31. 3. 1952 einschließlich Berlin (West), ab 31. 3. 1960 einschließlich Saarland.
[3]) Ohne Sozialversicherung.
[4]) Einschließlich Schatzwechsel.

Tabelle 41

Konsolidierte Bilanz des

Veränderung gegenüber dem

Zeitraum	I. Kreditgewährung an inländische Nichtbanken					II. Netto-Forderungssaldo gegenüber dem Ausland [3]			
			durch Kreditinstitute [2]					Kreditinstitute	
	insgesamt	durch Deutsche Bundesbank	zusammen	an inländische Unternehmen und Privatpersonen	an inländische öffentliche Haushalte	insgesamt	Deutsche Bundesbank	zusammen	darunter mittel- und langfristig
1963	+26,84	+0,98	+25,87	+22,32	+ 3,54	+ 3,29	+ 2,75	+0,55	+ 1,25
1964	+30,19	−1,03	+31,23	+25,16	+ 6,07	+ 1,70	+ 0,43	+1,27	+ 1,32
1965	+34,17	−0,43	+34,60	+27,54	+ 7,06	+ 0,03	− 1,30	+1,33	+ 1,14
1966	+28,20	+0,29	+27,91	+21,56	+ 6,36	+ 3,42	+ 1,89	+1,53	+ 1,14
1967	+32,89	+0,67	+32,22	+18,33	+13,89	+ 4,67	− 0,17	+4,84	+ 1,64
1968	+39,99	−2,07	+42,06	+30,90	+11,17	+10,70	+ 6,81	+3,89	+ 6,83
1969	+53,48	+0,67	+52,81	+51,22	+ 1,59	− 2,98	−10,52	+7,54	+11,87
1970	+50,76	−0,24	+51,00	+44,04	+ 6,97	+14,65	+21,60	−6,94	+ 0,13
1968 1. Vj.	+ 6,26	−2,31	+ 8,57	+ 3,45	+ 5,12	+ 4,43	+ 1,53	+2,90	+ 1,05
2. Vj.	+10,76	−0,17	+10,93	+ 9,03	+ 1,90	+ 1,53	+ 1,42	+0,12	+ 1,77
3. Vj.	+ 9,82	−0,37	+10,19	+ 7,20	+ 2,98	+ 2,78	+ 0,78	+2,00	+ 2,78
4. Vj.	+13,15	+0,77	+12,38	+11,21	+ 1,17	+ 1,96	+ 3,09	−1,12	+ 1,23
1969 1. Vj.	+ 9,32	−1,15	+10,47	+ 9,19	+ 1,28	+ 0,48	− 7,21	+7,69	+ 2,97
2. Vj.	+ 9,02	−0,63	+ 9,65	+10,18	− 0,53	+ 9,18	+ 7,57	+1,61	+ 1,97
3. Vj.	+11,04	−0,02	+11,06	+ 9,76	+ 1,31	+ 4,83	+ 7,31	−2,48	+ 1,70
4. Vj.	+24,10	+2,47	+21,63	+22,10	− 0,47	−17,47	−18,19	+0,72	+ 5,23
1970 1. Vj.	+ 6,88	−2,01	+ 8,89	+ 7,71	+ 1,18	+ 1,55	+ 0,56	+0,99	+ 1,88
2. Vj.	+14,23	+0,42	+13,81	+12,90	+ 0,91	+ 4,31	+ 5,38	−1,07	− 0,14
3. Vj.	+ 9,44	−0,76	+10,19	+ 8,47	+ 1,72	+ 5,67	+ 8,03	−2,36	− 1,16
4. Vj.	+20,22	+2,12	+18,10	+14,95	+ 3,16	+ 3,12	+ 7,62	−4,50	− 0,45
1971 1. Vj.	+ 6,08	−2,41	+ 8,49	+ 6,87	+ 1,62	+11,93	+ 7,56	+4,37	− 0,42
2. Vj.	+16,59	+0,34	+16,25	+14,03	+ 2,22	+ 6,06	+ 3,28	+2,79	− 1,39
3. Vj.	+18,97	−0,08	+19,05	+16,76	+ 2,29	− 0,98	+ 1,78	−2,76	− 0,88

[1] Kreditinstitute einschließlich Bundesbank.
[2] Einschließlich Wertpapiere.
[3] Einschließlich Wertpapiere ausländischer Emittenten im Besitz des Bankensystems sowie einschließlich Entwicklungshilfekredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

Tabelle 41

Bankensystems (Geldvolumensrechnung) [1])

vorangegangenen Zeitraum in Mrd. DM

III. Geldkapitalbildung				IV. Zentralbankeinlagen inländischer öffentlicher Haushalte	V. Sonstige Positionen [6])	VI. Geldvolumen [7]) (Bargeldumlauf und Sichteinlagen = I+II+V−III−IV)			Zeitraum	
insgesamt [4])	darunter: Termingelder	darunter: Spareinlagen [5])	darunter: Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf (netto)			insgesamt	Bargeldumlauf	Sichteinlagen inländischer Nichtbanken		
+24,49	+ 6,33	+11,55	+4,99	−0,61	−1,85	+4,41	+1,27	+3,14	1963	
+26,74	+ 5,64	+12,53	+6,60	−0,85	−0,61	+5,40	+2,38	+3,02	1964	
+28,67	+ 4,30	+16,26	+5,99	−1,11	−1,06	+5,57	+1,77	+3,81	1965	
+29,92	+ 8,63	+16,27	+3,28	−0,53	−1,15	+1,09	+1,22	−0,13	1966	
+29,80	+ 8,44	+17,65	+1,80	+0,29	+0,83	+8,30	+0,63	+7,67	1967	
+43,57	+14,10	+22,02	+4,65	+1,19	−0,41	+5,53	+0,96	+4,57	1968	
+43,12	+14,11	+21,59	+4,81	+0,44	−0,98	+5,96	+2,10	+3,86	1969	
+43,77	+11,98	+20,74	+8,32	+4,09	−8,77	+8,79	+2,20	+6,59	1970	
+10,78	+ 2,35	+ 6,13	+1,42	+2,89	−3,82	−6,79	−0,37	−6,43	1968	1. Vj.
+ 7,16	+ 2,19	+ 2,96	+0,83	−0,21	−0,98	+4,36	+0,93	+3,43		2. Vj.
+ 8,00	+ 3,07	+ 3,76	+0,86	+1,76	−1,36	+1,48	−0,14	+1,62		3. Vj.
+17,63	+ 6,49	+ 9,18	+1,54	−3,25	+5,75	+6,49	+0,55	+5,94		4. Vj.
+11,11	+ 2,98	+ 5,90	+1,44	+2,73	−1,87	−5,92	−0,01	−5,91	1969	1. Vj.
+ 9,39	+ 3,92	+ 3,66	+0,69	−0,60	−4,21	+5,21	+1,03	+4,18		2. Vj.
+10,01	+ 4,47	+ 3,49	+1,77	+1,80	−2,55	+1,52	+0,26	+1,27		3. Vj.
+12,61	+ 2,74	+ 8,54	+0,92	−3,48	+7,65	+5,15	+0,82	+4,33		4. Vj.
+ 5,03	− 1,02	+ 3,58	+1,45	+3,25	−6,13	−5,98	−0,63	−5,35	1970	1. Vj.
+ 9,86	+ 5,41	+ 1,88	+1,71	+0,25	−3,33	+5,10	+0,93	+4,17		2. Vj.
+ 7,38	+ 2,26	+ 2,31	+2,40	+1,38	−5,75	+0,59	+0,61	−0,02		3. Vj.
+21,50	+ 5,33	+12,98	+2,75	−0,79	+6,44	+9,08	+1,29	+7,79		4. Vj.
+11,56	+ 3,51	+ 6,15	+1,28	+4,62	−8,17	−6,34	−0,93	−5,41	1971	1. Vj.
+ 9,33	+ 2,89	+ 3,95	+1,42	+1,02	−4,03	+8,27	+1,46	+6,81		2. Vj.
+ 9,74	+ 2,50	+ 3,59	+3,16	+0,92	−5,08	+2,24	+1,04	+1,20		3. Vj.

[4]) Einschließlich Kapital und Rücklagen.
[5]) Einschließlich Sparbriefe.
[6]) Saldo der übrigen Positionen der konsolidierten Bilanz des Bankensystems.
[7]) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 42

Zahlungsmittelbestände und Kredite

Mrd. DM

Ende des Zeitraums	Geldvolumen			Termingelder [3]		Kredite der Kreditinstitute an inländische Unternehmen und Privatpersonen			
	insgesamt	Bargeldumlauf [1]	Sichteinlagen [2]	insgesamt	darunter mit einer Befristung unter 3 Monaten	insgesamt	kurzfristig [4]	mittel- und langfristig	Wertpapiere [5]
1955 [6]	31,48	14,04	17,44	11,20	2,01	63,27	.	.	.
1956 [6]	33,89	14,88	19,01	13,56	2,78	71,23	.	.	.
1957 [6]	37,81	16,46	21,35	17,13	3,27	78,31	.	.	.
1958 [6]	42,58	17,94	24,64	17,94	3,19	85,92	.	.	.
1959	47,61	19,34	28,26	19,97	3,31	101,16	.	.	.
1960	51,08	20,83	30,25	21,62	3,61	116,25	.	.	.
1961	58,71	23,20	35,52	23,47	3,94	135,76	.	.	.
1962	63,28	24,25	39,03	25,19	4,10	154,83	.	.	.
1963	67,77	25,51	42,26	26,75	4,57	173,92	.	.	.
1964	73,05	27,89	45,16	27,78	5,23	231,81	60,67	163,74	7,40
1965	78,53	29,65	48,87	28,40	5,16	259,27	67,31	183,91	8,05
1966	79,62	30,88	48,74	33,77	4,58	280,74	72,32	200,35	8,08
1967	87,92	31,51	56,41	39,65	7,80	298,88	74,29	216,18	8,42
1968	93,47	32,59	60,88	48,86	9,58	334,55	81,00	242,80	10,75
1969	99,43	34,69	64,74	57,45	14,82	385,95	101,56	272,35	12,03
1970	108,22	36,89	71,33	65,16	28,43	430,54	113,62	304,10	12,83
1968 1. Vj.	81,13	31,14	49,99	41,90	5,33	302,36	73,50	219,77	9,10
2. Vj.	85,49	32,06	53,42	43,93	5,67	311,39	76,71	225,01	9,67
3. Vj.	86,96	31,92	55,04	46,07	6,24	318,59	78,12	230,14	10,33
4. Vj.	93,47	32,59	60,88	48,86	9,58	334,66	81,10	242,81	10,76
1969 1. Vj.	87,55	32,58	54,97	49,73	6,56	343,73	84,71	247,40	11,62
2. Vj.	92,76	33,61	59,15	52,70	7,30	353,91	88,26	254,08	11,58
3. Vj.	94,28	33,87	60,42	56,26	8,47	363,67	90,45	261,41	11,80
4. Vj.	99,43	34,69	64,74	57,45	14,82	385,95	101,56	272,35	12,03
1970 1. Vj.	93,45	34,06	59,39	55,38	14,45	393,58	103,85	277,33	12,41
2. Vj.	98,55	34,99	63,56	60,40	19,49	406,48	109,92	284,29	12,27
3. Vj.	99,14	35,60	63,54	61,15	21,24	414,96	109,85	292,93	12,18
4. Vj.	108,22	36,89	71,33	65,16	28,43	430,54	113,62	304,10	12,83
1971 1. Vj.	101,88	35,96	65,92	67,47	30,33	437,39	114,66	310,06	12,68
2. Vj.	110,15	37,41	72,73	69,34	28,70	451,45	120,41	318,40	12,64
3. Vj.	112,39	38,46	73,93	69,42	30,36	468,21	123,78	331,30	13,13

[1] Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschließlich der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen.
[2] Ohne Zentralbankeinlagen öffentlicher Haushalte.
[3] Mit einer Befristung bis unter 4 Jahren.
[4] Einschließlich Schatzwechsel und U-Schätze der Bundesbahn und Bundespost.
[5] Ohne Bankschuldverschreibungen, einschließlich Anleihen der Bundesbahn und der Bundespost.
[6] Ohne Saarland.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 43

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

a) Insgesamt

Zeitraum	Auftragseingang				Auftragseingang in vH des Umsatzes			
	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien
	Wertindex 1962 = 100				vH			
1962	100	100	100	100	*98*	*99*	*96*	*99*
1963	105	103	107	104	*100*	*102*	*99*	*100*
1964	120	120	123	116	*103*	*102*	*104*	*102*
1965	128	123	134	126	*101*	*99*	*103*	*101*
1966	128	127	131	124	*97*	*100*	*96*	*96*
1967	127	127	130	123	*100*	*100*	*101*	*99*
1968	147	143	155	138	*107*	*104*	*112*	*105*
1969	180	168	204	154	*111*	*105*	*120*	*103*
1970	188	177	213	160	*103*	*100*	*107*	*99*
1967 1. Vj.	117	122	117	112	*98*	*103*	*100*	*90*
2. Vj.	126	127	125	124	*102*	*99*	*100*	*110*
3. Vj.	124	128	126	113	*99*	*98*	*104*	*92*
4. Vj.	142	131	151	141	*101*	*100*	*99*	*107*
1968 1. Vj.	132	131	139	123	*109*	*107*	*117*	*97*
2. Vj.	143	141	146	142	*109*	*104*	*110*	*116*
3. Vj.	147	148	156	129	*106*	*103*	*114*	*97*
4. Vj.	164	151	178	158	*106*	*103*	*108*	*107*
1969 1. Vj.	168	158	189	147	*116*	*110*	*130*	*102*
2. Vj.	177	167	198	155	*114*	*107*	*120*	*112*
3. Vj.	181	172	211	143	*111*	*102*	*126*	*95*
4. Vj.	191	173	217	172	*105*	*102*	*109*	*103*
1970 1. Vj.	185	172	217	147	*110*	*106*	*122*	*94*
2. Vj.	189	181	210	163	*104*	*100*	*107*	*106*
3. Vj.	183	177	207	149	*100*	*96*	*107*	*93*
4. Vj.	196	179	217	184	*99*	*100*	*96*	*104*
1971 1. Vj.	190	173	218	167	*103*	*102*	*107*	*97*
2. Vj.	197	184	216	182	*102*	*101*	*100*	*109*
3. Vj. [2])	187	180	206	162	*97*	*97*	*98*	*94*

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 43

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

b) Inland, Ausland (Wertindex 1962 = 100)

Zeitraum	Inland				Ausland			
	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien
1963	102	101	104	103	117	116	117	119
1964	118	119	119	115	131	125	135	133
1965	125	120	131	125	141	137	142	143
1966	121	121	122	122	157	156	157	159
1967	117	117	116	119	173	176	171	175
1968	134	132	137	133	202	195	206	207
1969	165	157	185	146	246	220	259	256
1970	175	165	199	153	249	237	254	261
1967 1. Vj.	106	109	102	108	168	181	162	165
2. Vj.	115	117	110	120	174	177	171	183
3. Vj.	115	121	113	110	163	161	166	152
4. Vj.	132	120	139	137	188	186	186	200
1968 1. Vj.	121	121	123	118	184	181	186	185
2. Vj.	132	131	128	138	196	191	197	204
3. Vj.	135	139	140	124	198	190	203	190
4. Vj.	149	137	159	151	232	219	235	251
1969 1. Vj.	153	145	170	139	240	221	249	249
2. Vj.	161	155	177	146	251	227	260	269
3. Vj.	167	164	191	136	248	212	270	230
4. Vj.	179	164	204	164	247	218	256	278
1970 1. Vj.	171	159	203	140	249	235	257	244
2. Vj.	176	169	197	155	246	238	248	261
3. Vj.	171	167	194	142	242	229	248	241
4. Vj.	181	166	201	174	260	244	262	298
1971 1. Vj.	173	156	200	158	268	256	272	284
2. Vj.	182	170	199	173	265	251	266	306
3. Vj. [2])	174	170	192	155	243	230	247	258

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; Inland bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer, Ausland durchweg ohne Umsatzsteuer.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

noch Tabelle 43

Auftragseingang in der Verarbeitenden Industrie [1])

c) Inland, Ausland (Volumenindex 1962 = 100)

Zeitraum	Inland				Ausland			
	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Insgesamt	Grundstoff- und Produktionsgüter-industrien	Investitionsgüter-industrien	Verbrauchsgüter-industrien
1963	102	101	104	101	117	118	116	118
1964	116	119	117	111	128	123	132	128
1965	120	117	125	118	134	134	135	135
1966	115	117	114	112	147	151	144	148
1967	112	116	110	110	162	172	157	162
1968	135	139	138	130	191	193	190	194
1969	163	161	180	140	221	203	227	231
1970	162	161	178	139	214	212	212	232
1967 1. Vj.	101	107	96	99	157	176	148	154
2. Vj.	110	118	104	111	163	174	157	170
3. Vj.	110	121	107	102	153	156	152	141
4. Vj.	128	117	132	127	175	180	171	185
1968 1. Vj.	121	125	124	116	173	176	172	173
2. Vj.	133	139	130	135	185	189	183	191
3. Vj.	137	147	141	121	187	189	188	178
4. Vj.	150	144	159	147	218	218	216	233
1969 1. Vj.	153	152	169	134	221	214	222	225
2. Vj.	161	161	175	140	227	212	231	242
3. Vj.	164	168	186	129	221	191	236	206
4. Vj.	173	165	192	155	217	196	221	251
1970 1. Vj.	160	155	185	129	216	207	218	218
2. Vj.	164	165	178	142	212	209	209	233
3. Vj.	158	163	174	129	207	206	207	213
4. Vj.	166	161	176	157	220	225	213	262
1971 1. Vj.	155	148	169	140	222	233	215	245
2. Vj.	162	160	167	152	218	228	209	263
3. Vj. [2])	154	161	161	135	199	212	192	221

[1]) Ohne Nahrungs- und Genußmittelindustrien; Inland bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer, Ausland durchweg ohne Umsatzsteuer.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 44

Umsatz in der Industrie [1])

a) Insgesamt

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950 [2])	80 395	4 573	75 822	22 459	18 348	20 139	14 875
1951 [2])	109 908	5 776	104 133	33 372	26 531	26 520	17 708
1952 [2])	119 392	6 908	112 484	36 821	31 783	25 013	18 867
1953 [2])	126 162	7 321	118 841	36 928	34 147	27 108	20 658
1954 [2])	140 943	7 718	133 225	42 197	39 630	29 055	22 343
1955 [2])	166 511	8 464	158 048	51 313	49 496	32 713	24 526
1956 [2])	185 646	9 452	176 194	56 417	55 471	36 282	28 023
1957 [2])	199 551	10 186	189 365	59 639	60 634	39 032	30 060
1958 [2])	205 069	9 577	195 493	59 990	65 253	38 726	31 523
1959 [2])	223 656	9 400	214 256	67 414	72 168	41 492	33 182
1960	266 373	11 374	254 999	81 585	87 678	48 459	37 277
1961	287 018	11 011	276 007	85 200	98 294	52 347	40 166
1962	304 028	11 123	292 906	87 207	105 652	56 288	43 759
1963	315 309	11 702	303 608	89 446	110 405	57 908	45 848
1964	346 804	11 026	335 779	100 931	121 660	63 656	49 531
1965	374 612	10 606	364 006	108 161	132 714	69 718	53 413
1966	388 029	10 099	377 930	111 592	138 685	72 355	55 299
1967	380 659	9 473	371 186	111 178	133 020	69 012	57 976
1968	405 599	9 565	396 034	122 041	141 806	73 118	59 070
1969	470 537	10 080	460 457	141 145	173 772	82 724	62 815
1970	528 867	11 669	517 198	156 255	203 498	90 056	67 390
1970 1. Vj.	121 175	2 817	118 357	35 676	45 589	21 406	15 686
2. Vj.	131 441	2 810	128 631	40 014	50 346	21 489	16 783
3. Vj.	132 971	3 013	129 958	40 559	49 785	22 411	17 203
4. Vj.	143 280	3 028	140 252	40 005	57 777	24 751	17 718
1971 1. Vj.	134 271	3 022	131 249	38 020	52 502	23 696	17 031
2. Vj.	139 889	3 071	136 818	40 622	55 168	23 328	17 700
3. Vj.	140 617	2 930	137 687	40 751	54 334	24 174	18 428

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 44

Umsatz in der Industrie [1])

b) Inland

Mill. DM

Zeitraum		Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
					industrien			
1953	[2])	110 894	5 729	105 166	32 617	26 591	25 482	20 476
1954		122 424	6 014	116 410	36 985	30 353	26 958	22 113
1955		144 717	6 790	137 927	45 148	38 234	30 297	24 247
1956		159 570	7 639	151 931	48 594	42 030	33 668	27 638
1957		169 166	8 293	160 873	50 518	44 475	36 247	29 633
1958		174 201	7 757	166 445	51 186	48 143	36 064	31 052
1959		189 904	7 689	182 215	57 447	53 595	38 525	32 647
1960		225 616	9 142	216 474	69 191	65 721	44 887	36 676
1961		244 016	8 834	235 182	72 372	74 643	48 676	39 491
1962		259 081	8 947	250 134	74 150	80 477	52 461	43 045
1963		266 359	9 398	256 961	75 379	82 946	53 620	45 015
1964		292 167	8 833	283 334	85 370	90 743	58 643	48 578
1965		315 772	8 426	307 346	90 772	99 779	64 413	52 382
1966		321 720	8 026	313 694	91 897	101 177	66 390	54 229
1967		309 301	7 494	301 807	88 935	93 655	62 553	56 665
1968		325 238	7 458	317 780	98 342	96 190	65 664	57 584
1969		337 570	8 051	369 518	113 945	120 771	73 786	61 016
1970		426 794	9 278	417 516	126 194	145 105	80 741	65 477
1970	1. Vj.	97 517	2 256	95 261	28 623	32 229	19 156	15 252
	2. Vj.	105 796	2 265	103 531	32 367	35 646	19 214	16 305
	3. Vj.	107 998	2 368	105 630	32 952	35 899	20 088	16 691
	4. Vj.	115 484	2 388	113 095	32 252	41 331	22 283	17 229
1971	1. Vj.	107 654	2 370	105 284	30 280	37 340	21 147	16 517
	2. Vj.	112 152	2 419	109 732	32 709	39 036	20 806	17 181
	3. Vj.	113 235	2 285	110 950	32 926	38 503	21 632	17 889

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

noch Tabelle 44

Umsatz in der Industrie [1])

c) Ausland

Mill. DM

Zeitraum		Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
					industrien			
1953	[2])	15 268	1 593	13 675	4 312	7 556	1 626	182
1954		18 519	1 704	16 816	5 212	9 277	2 096	230
1955		21 795	1 674	20 121	6 165	11 262	2 416	279
1956		26 076	1 813	24 263	7 823	13 440	2 614	385
1957		30 385	1 893	28 492	9 122	16 159	2 784	427
1958		30 868	1 820	29 048	8 804	17 110	2 662	472
1959		33 752	1 711	32 041	9 967	18 573	2 966	535
1960		40 757	2 232	38 525	12 395	21 957	3 572	601
1961		43 003	2 177	40 826	12 828	23 651	3 672	675
1962		44 947	2 176	42 772	13 057	25 175	3 827	713
1963		48 950	2 303	46 647	14 068	27 458	4 288	833
1964		54 637	2 192	52 445	15 561	30 917	5 013	953
1965		58 840	2 180	56 660	17 389	32 935	5 305	1 031
1966		66 309	2 074	64 236	19 694	37 508	5 964	1 069
1967		71 358	1 979	69 379	22 243	39 366	6 459	1 311
1968		80 361	2 107	78 254	23 699	45 616	7 454	1 485
1969		92 967	2 028	90 939	27 201	53 001	8 938	1 799
1970		102 073	2 391	99 682	30 060	58 393	9 315	1 913
1970	1. Vj.	23 658	561	23 097	7 054	13 360	2 250	433
	2. Vj.	25 645	545	25 100	7 647	14 700	2 275	479
	3. Vj.	24 973	645	24 328	7 607	13 886	2 323	512
	4. Vj.	27 797	640	27 157	7 753	16 447	2 468	489
1971	1. Vj.	26 617	652	25 965	7 740	15 162	2 549	514
	2. Vj.	27 737	652	27 085	7 912	16 132	2 522	519
	3. Vj.	27 382	645	26 737	7 825	15 831	2 542	539

[1]) Umsatz aus eigener Erzeugung (Fakturenwerte); ohne Umsatzsteuer.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 45

Industrielle Produktion [1])

1962 = 100

Zeitraum	Index der industriellen Nettoproduktion								Index der industriellen Bruttoproduktion [2])	
	Industrie insgesamt		Bergbau	Verarbeitende Industrie						
	einschl. öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie	ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie		zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	Investitionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Nahrungs- und Genußmittelindustrien	Investitionsgüter [3])	Verbrauchsgüter [3])
1950	36,4	36,6	74,4	33,9	35,9	28,0	38,3	40,5	29,5	30,3
1951	42,7	43,1	82,1	40,4	42,5	35,4	43,5	45,4	36,6	35,0
1952	45,6	45,9	86,1	43,1	44,5	39,5	44,6	48,4	42,1	37,6
1953	49,6	49,7	87,9	47,1	47,4	41,7	52,2	54,8	44,2	44,1
1954	55,3	55,5	90,1	53,1	54,0	48,6	57,3	58,0	51,4	49,0
1955	64,1	64,4	95,0	62,2	62,9	60,3	63,9	63,8	63,3	56,2
1956	69,5	69,7	98,6	67,7	67,0	66,3	70,3	69,4	69,2	63,1
1957	73,3	73,6	99,9	71,8	70,7	68,9	75,5	77,2	71,2	68,9
1958	75,4	75,6	98,9	74,0	71,3	72,9	75,9	80,6	74,0	71,8
1959	81,0	81,0	95,6	80,0	80,0	77,8	81,6	84,0	77,9	78,2
1960	90,2	90,5	97,5	90,0	90,9	90,1	89,6	88,6	88,4	88,0
1961	95,9	96,2	99,4	95,9	95,6	97,5	94,7	94,0	96,9	94,1
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,4	103,1	101,6	103,2	104,3	102,5	101,9	104,9	100,2	104,7
1964	112,3	111,7	103,3	112,3	118,1	110,2	108,6	110,5	106,3	112,7
1965	118,2	117,9	100,2	119,1	124,8	117,8	115,6	115,2	112,3	120,3
1966	120,3	119,6	95,8	121,2	129,2	117,3	118,4	118,8	113,0	122,6
1967	117,4	116,6	90,0	118,5	132,7	109,1	113,2	121,4	106,0	116,9
1968	131,2	130,7	93,4	133,3	151,6	122,7	129,5	128,2	115,5	135,0
1969	148,2	147,9	96,6	151,5	170,0	146,5	144,2	134,4	135,9	153,8
1970	157,2	156,5	99,1	160,5	178,6	160,1	147,7	138,6	146,4	163,0
1970 1. Vj.	151,0	151,7	102,8	155,1	170,8	155,8	146,9	129,0	140,4	162,8
2. Vj.	164,5	163,7	98,3	168,3	187,7	171,1	151,7	139,8	154,7	171,3
3. Vj.	149,1	147,9	93,6	151,6	178,6	144,7	136,3	133,0	134,0	145,7
4. Vj.	164,3	162,7	102,1	166,9	177,4	170,1	156,7	148,6	158,3	171,2
1971 1. Vj.	156,7	156,2	108,1	159,6	174,7	161,1	150,2	133,9	147,3	167,8
2. Vj.	167,9	167,1	101,2	171,7	191,3	171,8	159,3	144,5	158,3	176,0
3. Vj. [4])	150,2	148,8	94,3	152,6	179,4	142,2	140,2	140,2	133,1	150,0

[1]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[2]) Einschließlich Personenkraftwagen und Kombinationskraftwagen. Die Zuteilung zum jeweiligen Güterbereich erfolgt annäherungsweise nach der Zulassungsstatistik für Kraftfahrzeuge.
[3]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert.
[4]) Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 46

Beschäftigte

in

Zeitraum	Insgesamt		Bergbau		Ver zusammen	
	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter
1950 [1)]	4 797	4 054	571	528	4 226	3 526
1951	5 332	4 509	593	548	4 739	3 961
1952	5 518	4 633	614	568	4 903	4 066
1953	5 751	4 814	643	591	5 108	4 222
1954	6 062	5 070	642	588	5 420	4 482
1955	6 576	5 498	644	587	5 932	4 910
1956	6 991	5 820	653	594	6 338	5 226
1957	7 221	5 984	668	606	6 553	5 378
1958	7 273	5 979	657	593	6 616	5 385
1959	7 301	5 949	613	549	6 688	5 400
1960	8 081	6 545	616	547	7 465	5 998
1961	8 316	6 674	586	517	7 730	6 157
1962	8 339	6 623	549	481	7 790	6 141
1963	8 264	6 500	517	452	7 747	6 049
1964	8 301	6 491	497	432	7 804	6 059
1965	8 460	6 578	474	410	7 986	6 168
1966	8 385	6 452	435	373	7 949	6 079
1967	7 843	5 927	378	321	7 465	5 606
1968	7 899	5 967	337	285	7 562	5 682
1969	8 308	6 284	318	266	7 991	6 018
1970	8 603	6 471	310	259	8 293	6 211
1970 1. Vj.	8 528	6 434	308	258	8 219	6 176
2. Vj.	8 572	6 457	309	259	8 263	6 199
3. Vj.	8 652	6 506	312	260	8 340	6 246
4. Vj.	8 662	6 485	312	260	8 350	6 225
1971 1. Vj.	8 584	6 398	310	258	8 274	6 140
2. Vj.	8 535	6 347	307	255	8 228	6 092
3. Vj.	8 549	6 349	306	254	8 243	6 095

[1)] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 46

in der Industrie

1000

arbeitende Industrie								Zeitraum	
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien		Investitionsgüterindustrien		Verbrauchsgüterindustrien		Nahrungs- und Genußmittelindustrien			
Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter	Beschäftigte	Arbeiter		
1 095	915	1 457	1 186	1 336	1 160	338	266	1950	[1]
1 202	1 004	1 679	1 372	1 501	1 303	357	282	1951	
1 243	1 030	1 776	1 440	1 508	1 302	376	294	1952	
1 248	1 029	1 866	1 503	1 605	1 386	389	304	1953	
1 313	1 080	2 020	1 631	1 684	1 457	403	314	1954	
1 422	1 170	2 302	1 867	1 787	1 545	421	328	1955	
1 496	1 225	2 522	2 035	1 879	1 622	442	344	1956	
1 538	1 254	2 650	2 126	1 906	1 642	458	356	1957	
1 539	1 243	2 722	2 168	1 888	1 614	467	360	1958	
1 564	1 256	2 793	2 205	1 864	1 583	467	356	1959	
1 722	1 379	3 232	2 536	2 005	1 699	506	384	1960	
1 784	1 416	3 398	2 641	2 033	1 713	514	387	1961	
1 771	1 390	3 462	2 659	2 033	1 702	524	391	1962	
1 750	1 358	3 454	2 623	2 015	1 678	528	390	1963	
1 770	1 366	3 508	2 648	2 006	1 663	522	382	1964	
1 804	1 384	3 629	2 726	2 032	1 680	520	379	1965	
1 771	1 339	3 617	2 683	2 040	1 679	521	379	1966	
1 670	1 237	3 385	2 461	1 902	1 544	507	364	1967	
1 682	1 243	3 466	2 530	1 908	1 549	505	359	1968	
1 750	1 288	3 741	2 750	1 990	1 619	510	361	1969	
1 810	1 323	3 959	2 901	2 010	1 626	515	361	1970	
1 783	1 304	3 911	2 877	2 017	1 638	508	357	1970	1. Vj.
1 806	1 323	3 942	2 894	2 008	1 627	507	355		2. Vj.
1 829	1 340	3 982	2 916	2 008	1 623	522	367		3. Vj.
1 821	1 326	4 000	2 917	2 006	1 618	522	365		4. Vj.
1 790	1 294	3 988	2 895	1 988	1 599	508	353	1971	1. Vj.
1 789	1 294	3 962	2 865	1 970	1 582	507	352		2. Vj.
1 792	1 294	3 956	2 854	1 973	1 583	521	364		3. Vj.

[1])

Tabelle 47

Geleistete Arbeiterstunden in der Industrie [1])

Mill.

Zeitraum	Insgesamt	Bergbau	Verarbeitende Industrie				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950	9 240	1 152	8 088	2 146	2 723	2 594	624
1951	10 218	1 204	9 014	2 348	3 156	2 851	659
1952	10 501	1 230	9 273	2 398	3 317	2 861	695
1953	10 885	1 258	9 627	2 388	3 433	3 085	721
1954	11 516	1 218	10 298	2 541	3 777	3 234	746
1955 [2])	12 484	1 213	11 271	2 738	4 319	3 436	778
1956	12 952	1 218	11 734	2 809	4 557	3 560	807
1957	12 624	1 188	11 436	2 714	4 478	3 430	813
1958	12 377	1 134	11 242	2 624	4 545	3 272	801
1959	12 231	1 014	11 217	2 654	4 558	3 221	783
1960	13 393	1 026	12 368	2 900	5 230	3 407	831
1961	13 403	962	12 441	2 923	5 352	3 345	821
1962	12 998	889	12 109	2 802	5 219	3 269	819
1963	12 579	833	11 746	2 713	5 070	3 154	810
1964	12 609	795	11 814	2 758	5 133	3 130	793
1965	12 654	738	11 916	2 764	5 250	3 123	779
1966	12 221	656	11 565	2 632	5 090	3 071	772
1967	10 986	545	10 441	2 391	4 521	2 787	742
1968	11 322	497	10 826	2 444	4 792	2 860	730
1969	11 946	465	11 481	2 546	5 247	2 960	728
1970	12 246	441	11 804	2 590	5 534	2 948	733
1970 1. Vj.	3 015	110	2 905	627	1 361	742	176
2. Vj.	3 081	108	2 973	653	1 401	740	179
3. Vj.	3 008	109	2 899	652	1 348	713	186
4. Vj.	3 141	113	3 028	658	1 425	753	192
1971 1. Vj.	2 996	111	2 885	617	1 365	728	176
2. Vj.	2 941	102	2 839	613	1 340	710	175
3. Vj.	2 854	104	2 750	610	1 273	684	183

[1]) Von Arbeitern (einschließlich gewerbliche Lehrlinge) geleistete Stunden.
[2]) Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 48

Produktionsergebnis je Beschäftigtenstunde in der Industrie

1962 = 100

Zeitraum	Industrie insgesamt [1]	Bergbau [2]	Verarbeitende Industrie [2]				
			zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-
				industrien			
1950	51,6	53,8	51,0	48,2	52,9	48,4	51,7
1951	55,1	56,9	54,7	51,7	58,1	50,6	55,0
1952	57,1	58,5	56,7	53,1	61,4	51,7	57,2
1953	59,5	59,1	59,3	55,6	62,2	56,2	62,3
1954	62,7	62,5	62,6	59,7	66,2	59,0	63,8
1955	66,8	65,8	66,9	64,4	71,7	61,7	66,9
1956	69,3	67,7	69,4	66,3	74,1	65,1	69,7
1957	74,1	70,1	74,3	71,8	77,5	70,6	76,1
1958	77,1	72,9	77,4	74,3	80,6	74,0	80,2
1959	83,2	78,0	83,6	82,3	85,4	80,7	84,6
1960	90,0	86,2	90,3	90,0	92,4	87,6	89,5
1961	94,4	92,5	94,4	93,0	96,3	93,1	94,9
1962	100	100	100	100	100	100	100
1963	105,2	108,1	105,1	106,7	103,9	104,5	104,7
1964	114,0	114,8	114,0	119,2	110,8	112,9	112,8
1965	119,6	119,3	119,6	124,9	115,6	120,7	119,7
1966	123,9	126,6	123,9	133,6	116,9	124,4	124,1
1967	131,5	140,3	131,3	148,5	119,3	128,7	129,6
1968	142,7	157,6	142,3	165,9	127,2	142,7	137,4
1969	153,0	172,9	152,4	178,1	139,3	152,7	143,3
1970	157,7	185,7	156,8	183,8	144,2	157,4	146,2
1970 1. Vj.	151,7	189,7	150,4	177,3	139,0	151,7	138,1
2. Vj.	159,4	183,1	158,5	187,7	146,8	155,5	145,6
3. Vj.	158,9	183,5	158,0	188,6	141,2	158,3	145,8
4. Vj.	161,3	188,0	160,1	179,6	149,4	164,7	154,4
1971 1. Vj.	159,5	200,2	151,8	185,0	146,2	161,6	146,1
2. Vj.	165,9	196,5	164,9	199,0	149,6	166,0	149,6
3. Vj. [3]	166,6	191,6	165,6	199,6	144,7	168,4	155,5

[1] Ohne öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie.
[2] Hauptgruppen nach Vierteljahren: Eigene Schätzung.
[3] Vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 49

Baugenehmigungen

Zeitraum	Genehmigungen für Hochbauten [1]								Öffentliche Aufträge für Tiefbauten
	umbauter Raum [2]				veranschlagte reine Baukosten [3]				
	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude: von Unternehmen und Freien Berufen [4]	Nichtwohngebäude: von Gebietskörperschaften [5]	insgesamt	Wohngebäude	Nichtwohngebäude: von Unternehmen und Freien Berufen [4]	Nichtwohngebäude: von Gebietskörperschaften [5]	
	1000 cbm				Mill. DM				1962 = 100
1950 [6]	.	140 665	.	.	.	5 243	.	.	.
1951	.	139 448	.	.	.	5 337	.	.	.
1952	230 108	135 652	94 456		9 693	6 216	3 478		.
1953	245 968	163 649	82 319		11 370	7 860	3 510		.
1954	282 134	185 592	96 542		13 375	9 062	4 313		.
1955	309 971	195 519	114 452		15 488	10 063	5 425		.
1956	304 198	180 298	123 900		16 129	10 061	6 069		.
1957	286 391	174 078	88 877	23 436	16 404	10 459	3 877	2 068	.
1958	311 254	193 297	89 514	28 443	19 208	12 386	4 209	2 612	.
1959	343 689	210 904	103 353	29 432	22 136	14 321	4 940	2 875	.
1960	392 427	234 427	124 073	33 927	27 491	17 253	6 624	3 614	.
1961	422 657	248 582	135 029	39 046	31 685	19 851	7 527	4 307	79,1
1962	427 301	253 459	133 795	40 047	34 675	22 176	7 445	5 055	100
1963	383 726	229 774	113 144	40 808	34 189	21 836	6 768	5 586	104,9
1964	429 635	246 181	136 895	46 559	40 738	25 397	8 676	6 665	109,2
1965	441 163	259 257	134 819	47 087	44 879	28 534	9 140	7 205	122,5
1966	421 309	245 143	135 531	40 635	44 680	28 555	9 617	6 508	112,2
1967	378 533	219 319	119 593	39 621	41 483	26 062	8 898	6 523	121,6
1968	400 265	226 408	131 122	42 736	43 187	27 031	9 351	6 805	149,3
1969	470 178	242 236	183 995	43 947	49 521	29 541	12 992	6 988	178,0
1970	497 264	266 573	182 286	48 405	59 058	35 529	14 874	8 655	173,9
1970 1. Vj.	97 488	52 688	35 677	9 123	10 917	6 700	2 745	1 472	121,2
2. Vj.	132 302	71 427	48 963	11 912	15 126	9 394	3 641	2 091	193,3
3. Vj.	144 608	78 650	52 114	13 844	17 576	10 601	4 492	2 483	225,8
4. Vj.	122 596	63 386	45 751	13 459	15 419	8 821	3 991	2 607	155,3
1971 1. Vj.	111 415	61 280	38 991	11 144	14 242	8 715	3 458	2 069	136,9
2. Vj.	143 218	83 415	46 452	13 351	19 308	12 442	4 317	2 549	190,2
3. Vj.	153 728	90 745	50 533	12 450	20 942	13 815	4 623	2 504	157,7

[1] Aus erhebungstechnischen Gründen (insbesondere durch Nachmeldungen am Jahresende) stimmt die jeweilige Summe der Vierteljahresergebnisse nicht immer mit den entsprechenden Jahressummen überein.
[2] Ab 1963 nur Neu- und Wiederaufbau (einschließlich Umbau ganzer Gebäude).
[3] Alle Baumaßnahmen. — [4] Einschließlich privater Bauherren. — [5] Alle Anstaltsgebäude und die von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter geplanten Nichtwohngebäude. — [6] Ohne Saarland und Berlin.

Tabelle 50

Umsatz, Beschäftigung und Produktion im Bauhauptgewerbe [1])

Zeitraum	Umsatz [2]) insgesamt	Wohnungsbau	landwirtschaftlicher und gewerblicher Bau	öffentlicher und Verkehrsbau	Beschäftigte [3])	Geleistete Arbeitsstunden [4])	Nettoproduktionsindex [5])
	Mill. DM				1000	Mill.	1962 = 100
1950 [6])	6 182	.	.	.	913	1 811	.
1951	7 783	.	.	.	922	1 862	.
1952	9 237	.	.	.	945	1 899	.
1953	10 690	.	.	.	1 051	2 179	.
1954	11 722	5 470	2 827	3 424	1 095	2 262	.
1955	14 172	6 236	3 582	4 354	1 209	2 498	.
1956	15 638	6 695	4 026	4 918	1 217	2 551	.
1957	15 978	6 811	4 078	5 089	1 201	2 379	.
1958	17 172	7 366	4 101	5 705	1 206	2 340	.
1959	21 057	8 479	4 969	7 609	1 287	2 493	.
1960	25 018 a)	9 706	6 411	8 882	1 406	2 604	.
1961	28 650 a)	10 860	7 212	10 564	1 447	2 668	.
1962	33 359 a)	12 149	7 665	13 532	1 526	2 706	100
1963	36 420 a)	13 016	7 738	15 654	1 604	2 660	102,8
1964	42 617	15 097	8 872	18 649	1 643	2 908	117,5
1965	44 375	15 906	9 717	18 753	1 643	2 800	117,7
1966	46 878	16 896	10 312	19 670	1 619	2 793	122,2
1967	44 329	16 414	8 921	18 994	1 467	2 475	113,4
1968	28 417	10 391	6 317	11 709	1 487	2 472	119,1
1969	42 752	15 069	9 816	17 866	1 505	2 440	123,5
1970	55 229	18 232	13 441	23 556	1 529	2 526	133,4
1970 1. Vj.	8 116	2 749	2 159	3 208	1 429	375	78,7
2. Vj.	11 548	3 995	2 923	4 631	1 551	723	157,5
3. Vj.	15 623	5 015	3 783	6 825	1 590	754	152,7
4. Vj.	19 942	6 473	4 576	8 893	1 545	673	142,9
1971 1. Vj.	11 747	3 811	3 215	4 721	1 466	463	97,8
2. Vj.	14 107	4 884	3 798	5 425	1 553	692	157,9
3. Vj.	16 983	5 796	4 456	6 730	1 570	708	147,8

[1]) Nur Betriebe des Hoch-, Tief- und Spezialbaus, des Stukkateur- und Gipsergewerbes sowie der Zimmerei und Dachdeckerei.
[2]) Nur baugewerblicher Umsatz. Ab 1968 ohne Umsatzsteuer, bis 1967 vorwiegend Zahlungseingang, ab 1968 vorwiegend vereinbarte Entgelte.
[3]) Ohne mithelfende Familienangehörige.
[4]) Von Inhabern, Angestellten und Arbeitern (einschließlich Lehrlinge) auf Bauhöfen und Baustellen geleistete Stunden; ohne mithelfende Familienangehörige.
[5]) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt.
[6]) Ohne Saarland und Berlin.
a) Einschließlich Trümmerbeseitigung und Abbruch in Berlin (West).

Tabelle 51

Großhandelsumsatz [1])

1962 = 100

Zeitraum	Großhandel insgesamt	davon Großhandel mit				
		Getreide, Futter- und Düngemitteln	Rohstoffen und Halbwaren	Nahrungs- und Genußmitteln	Textilwaren, Heimtextilien und Schuhen	sonstigen Fertigwaren
1963	104,5	100,9	105,0	106,4	103,9	103,4
1964	112,9	109,0	112,6	115,3	111,0	113,7
1965	122,2	119,0	117,1	131,3	121,1	123,7
1966	125,0	125,1	117,6	136,9	122,1	126,0
1967	124,4	124,1	114,4	144,3	118,2	120,7
1968	128,1	119,3	122,2	144,3	119,5	126,4
1969	145,6	134,8	140,4	158,4	128,8	150,6
1970	159,3	147,3	154,9	167,4	138,7	171,2
1967 1. Vj.	111,2	113,4	99,5	130,3	116,5	109,0
2. Vj.	123,1	113,2	113,0	151,3	108,8	116,0
3. Vj.	125,5	131,8	117,3	144,3	113,0	115,0
4. Vj.	137,8	138,0	128,0	151,1	134,6	143,0
1968 1. Vj.	111,3	95,3	108,2	127,4	106,0	108,0
2. Vj.	128,4	115,3	121,8	151,7	108,3	123,2
3. Vj.	131,4	132,1	128,5	142,5	119,4	123,7
4. Vj.	141,1	134,3	130,4	155,8	144,1	150,6
1969 1. Vj.	125,3	111,0	119,8	139,9	121,1	129,1
2. Vj.	143,2	136,9	137,0	161,2	112,8	142,0
3. Vj.	151,9	145,3	150,9	160,0	128,6	151,0
4. Vj.	159,1	143,8	151,4	170,3	150,1	175,4
1970 1. Vj.	144,7	133,0	143,9	151,8	128,5	147,9
2. Vj.	163,7	141,7	163,8	174,7	125,2	170,4
3. Vj.	161,7	156,2	159,3	166,3	137,9	169,5
4. Vj.	167,2	157,9	153,7	175,8	162,7	196,9
1971 1. Vj.	150,3	134,8	141,8	158,4	148,7	171,6
2. Vj.	165,4	146,4	157,7	179,0	143,6	182,7
3. Vj.	166,3	161,5	157,0	176,4	153,1	180,9

[1]) Ab 1968 ohne Umsatzsteuer.

Tabelle 52

Einzelhandelsumsatz

1962 = 100

Zeitraum		Einzelhandel insgesamt [1]	darunter Einzelhandel mit								
			Waren verschiedener Art [2]	Nahr.- und Genußmitteln, Gemischtwaren	Bekleidung, Wäsche, Schuhen	Hausrat u. Wohnbedarf	Elektro- u. opt. Erzeugnissen, Uhren	Papierwaren und Druckerzeugnissen	pharmaz., kosmet. u. ä. Erzeugnissen	Kohle u. Mineralölerzeugnissen	Fahrzeugen, Maschinen, Büroeinrichtungen
		in jeweiligen Preisen									
1963		104,9	108,1	104,4	103,4	100,8	102,5	106,4	107,2	116,8	104,7
1964		113,0	121,1	111,4	110,4	110,1	112,0	114,6	115,1	109,1	115,2
1965		124,3	140,7	120,8	121,0	119,9	123,9	127,7	127,2	112,4	127,4
1966		130,9	153,3	127,1	125,3	128,6	129,6	137,9	138,9	114,1	128,6
1967		132,4	158,6	130,8	123,2	128,5	127,2	145,1	149,1	116,2	121,2
1968		138,2	173,3	136,9	125,9	131,7	132,0	151,5	160,7	126,2	118,2
1969		152,4	188,6	147,0	140,2	148,1	147,0	166,9	176,7	132,6	146,4
1970		169,7	216,3	159,0	156,4	169,6	168,0	178,0	188,9	150,6	172,6
1970	1. Vj.	144,9	173,2	144,6	124,9	133,0	128,3	151,1	172,7	155,6	146,1
	2. Vj.	163,2	192,5	157,5	149,2	155,7	137,6	147,2	180,6	141,6	191,9
	3. Vj.	162,4	197,6	158,7	137,6	169,1	154,0	168,9	188,4	144,4	168,7
	4. Vj.	208,4	302,0	175,0	214,2	220,6	251,9	244,7	213,7	160,9	183,5
1971	1. Vj.	162,7	200,7	155,3	139,3	158,6	143,6	169,4	196,8	182,0	177,0
	2. Vj.	183,4	222,5	174,3	169,4	180,7	157,2	165,9	206,0	158,3	209,6
	3. Vj.	179,2	224,9	171,1	156,6	191,3	175,8	198,4	211,3	136,6	181,3
		in Preisen von 1962									
1963		103,3	106,7	102,6	101,2	99,1	104,2	103,5	106,2	112,0	104,3
1964		110,1	118,4	108,6	106,6	106,8	113,4	107,9	113,0	102,2	114,4
1965		118,8	135,7	114,8	114,6	113,4	124,6	114,6	123,3	102,7	125,1
1966		122,7	145,7	118,6	115,9	119,3	129,7	118,9	127,8	103,2	124,3
1967		123,5	150,6	112,7	112,8	118,9	128,6	120,1	135,3	102,4	116,8
1968		128,9	165,5	128,8	115,4	122,2	133,7	123,4	142,6	106,9	112,4
1969		140,1	178,1	135,4	127,1	136,3	147,4	132,3	154,0	110,0	137,7
1970		150,8	197,6	143,8	136,5	148,9	164,8	134,0	156,7	113,0	154,8
1970	1. Vj.	130,1	160,5	131,2	110,8	118,7	127,1	116,7	145,4	119,5	132,8
	2. Vj.	145,3	176,8	141,4	131,2	137,5	135,6	112,3	150,3	109,5	173,3
	3. Vj.	144,3	180,5	143,6	120,2	148,5	151,0	127,6	155,7	107,4	151,2
	4. Vj.	183,6	272,4	158,9	184,0	191,0	245,5	179,4	175,3	115,5	161,7
1971	1. Vj.	140,1	178,4	137,2	117,6	134,2	138,3	121,6	159,3	126,6	151,7
	2. Vj.	155,7	194,9	151,0	141,1	150,8	149,9	117,6	163,7	111,6	178,4
	3. Vj.	151,2	195,5	148,0	128,8	158,4	166,9	139,1	166,7	94,9	153,4

[1] Einschließlich Einzelhandel mit sonstigen Waren.
[2] Ohne Gemischtwaren; überwiegend Warenhausunternehmen und Versandhandelsunternehmen mit warenhausähnlichem Sortiment (Wirtschaftsklasse 43 00 0).

Tabelle 53

Zahlungs

Mill.

Zeitraum	Saldo der Devisenbilanz [1]	Bilanz der laufenden Posten				
		insgesamt	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs			Saldo der Übertragungen [4]
			zusammen	Handelsbilanz [2]	Dienstleistungsbilanz [3]	
1950	− 564	− 407	− 2 472	− 3 012	+ 540	+2 065
1951	+ 2 038	+ 2 341	+ 812	− 149	+ 961	+1 529
1952	+ 2 900	+ 2 528	+ 2 368	+ 706	+1 662	+ 160
1953	+ 3 646	+ 3 793	+ 4 244	+ 2 516	+1 728	− 451
1954	+ 2 971	+ 3 609	+ 4 083	+ 2 698	+1 385	− 474
1955	+ 1 851	+ 2 205	+ 3 039	+ 1 245	+1 794	− 834
1956	+ 5 010	+ 4 379	+ 5 600	+ 2 897	+2 703	−1 221
1957	+ 5 122	+ 5 761	+ 7 643	+ 4 083	+3 560	−1 882
1958	+ 3 444	+ 5 798	+ 7 798	+ 4 954	+2 844	−2 000
1959	− 1 692	+ 3 962	+ 7 241	+ 5 361	+1 880	−3 279
1960	+ 8 019	+ 4 493	+ 7 981	+ 5 223	+2 758	−3 488
1961	− 2 297	+ 2 843	+ 7 273	+ 6 615	+ 658	−4 430
1962	− 877	− 1 950	+ 3 260	+ 3 477	− 217	−5 210
1963	+ 2 740	+ 661	+ 5 756	+ 6 032	− 276	−5 095
1964	+ 435	− 16	+ 5 295	+ 6 081	− 786	−5 311
1965	− 1 283	− 6 723	− 346	+ 1 203	−1 549	−6 377
1966	+ 1 952	+ 68	+ 6 363	+ 7 958	−1 595	−6 295
1967	− 140	+ 9 436	+15 858	+16 862	−1 004	−6 422
1968	+ 7 009	+10 904	+18 216	+18 372	− 156	−7 312
1969	−14 361	+ 6 226	+14 650	+15 584	− 934	−8 424
1970	+22 650	+ 2 491	+11 805	+15 670	−3 865	−9 314
1970 1. Vj.	+ 1 446	+ 14	+ 2 021	+ 2 953	− 932	−2 007
2. Vj.	+ 5 316	+ 675	+ 2 873	+ 3 365	− 492	−2 198
3. Vj.	+ 8 268	− 276	+ 2 075	+ 4 264	−2 189	−2 351
4. Vj.	+ 7 620	+ 2 078	+ 4 836	+ 5 088	− 252	−2 758
1971 1. Vj.	+ 8 503	+ 411	+ 3 007	+ 3 653	− 646	−2 596
2. Vj.	+ 3 339	− 152	+ 2 456	+ 3 232	− 776	−2 608
3. Vj.	+ 1 936	− 518	+ 2 521	+ 4 656	−2 135	−3 039

[1] Veränderung der Währungsreserven der Bundesbank einschließlich der deutschen Reserveposition im IWF und der Sonderziehungsrechte (Zunahme: +).
[2] Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik; Einfuhr cif, Ausfuhr fob.
[3] Ohne die bereits im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten, jedoch einschließlich des Saldos des Transithandels sowie einschließlich sonstiger, den Warenverkehr betreffender Ergänzungen.

Tabelle 53

bilanz

DM

Kapitalbilanz [5]			Saldo der statistisch erfaßten Transaktionen	Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen [6]	Zuteilung von Sonderziehungsrechten und Ausgleichsbedarf der Bundesbank [7]	Zeitraum
Saldo des gesamten Kapitalverkehrs	langfristiger Kapitalverkehr	kurzfristiger Kapitalverkehr				
+ 207	+ 458	− 251	− 200	− 364	—	1950
+ 87	− 149	+ 236	+ 2 428	− 390	—	1951
+ 116	− 447	+ 563	+ 2 644	+ 256	—	1952
+ 82	− 398	+ 480	+ 3 875	− 229	—	1953
− 186	− 518	+ 332	+ 3 423	− 452	—	1954
− 450	− 381	− 69	+ 1 755	+ 96	—	1955
+ 148	− 455	+ 603	+ 4 527	+ 483	—	1956
− 2 305	− 440	− 1 865	+ 3 456	+1 666	—	1957
− 2 049	− 1 457	− 592	+ 3 749	− 305	—	1958
− 6 108	− 3 739	− 2 369	− 2 146	+ 454	—	1959
+ 1 782	− 171	+ 1 953	+ 6 275	+1 744	—	1960
− 4 259	− 4 203	− 56	− 1 416	+ 594	−1 475	1961
− 267	− 353	+ 86	− 2 217	+1 340	—	1962
+ 2 260	+ 1 546	+ 714	+ 2 921	− 181	—	1963
− 1 765	− 1 034	− 731	− 1 781	+2 216	—	1964
+ 2 362	+ 957	+ 1 405	− 4 361	+3 078	—	1965
+ 881	− 762	+ 1 643	+ 949	+1 003	—	1966
− 9 998	− 3 180	− 6 818	− 562	+ 422	—	1967
− 7 315	−11 491	+ 4 176	+ 3 589	+3 420	—	1968
−18 857	−22 918	+ 4 061	−12 631	+2 369	−4 099	1969
+ 9 944	− 4 009	+13 953	+12 435	+9 477	+ 738	1970
− 1 518	− 3 916	+ 2 398	− 1 504	+2 212	+ 738	1970 1. Vj.
+ 1 494	− 1 169	+ 2 663	+ 2 169	+3 147	—	2. Vj.
+ 4 812	+ 468	+ 4 344	+ 4 536	+3 732	—	3. Vj.
+ 5 156	+ 608	+ 4 548	+ 7 234	+ 386	—	4. Vj.
− 661	− 114	− 547	− 250	+8 126	+ 627	1971 1. Vj.
+ 1 112	+ 1 679	− 567	+ 960	+2 379	—	2. Vj.
+ 753	+ 2 873	− 2 120	+ 235	+1 701	—	3. Vj.

[4]) Eigene Leistungen: —.
[5]) Kapitalexport: —.
[6]) Saldo der nicht erfaßten Posten und statistischen Ermittlungsfehler im Leistungs- und Kapitalverker (= Restposten).
[7]) Gegenposten zu Veränderungen der zentralen Währungsreserven (Devisenbilanz), die nicht auf den Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland zurückgehen: Minderung des DM-Wertes der Gold- und Devisenpositionen der Deutschen Bundesbank durch die DM-Aufwertungen sowie Zuteilung von Sonderziehungsrechten.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 54

Kapitalverkehr

Mill.

Zeitraum		Langfristiger Kapitalver							
			privat						
		insgesamt [2] (Kapitalexport: −)	zusammen [2] (Kapitalexport: −)	deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: −)			ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)		
				zusammen [2]	Direktinvestitionen und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen, Portfolioinvestitionen	zusammen [2]	Direktinvestitionen und privater Grundbesitz	Kredite und Darlehen, Portfolioinvestitionen
1960		− 171	+ 1 140	− 1 394	− 633	− 783	+ 2 534	+ 617	+2 033
1961		− 4 203	+ 885	− 1 138	− 872	− 268	+ 2 023	+ 898	+1 253
1962		− 353	+ 937	− 1 540	− 1 135	− 374	+ 2 477	+ 968	+1 541
1963		+ 1 546	+ 2 993	− 1 443	− 813	− 633	+ 4 436	+1 451	+3 009
1964		− 1 034	+ 281	− 2 107	− 1 102	− 1 022	+ 2 388	+2 034	+ 367
1965		+ 957	+ 2 248	− 2 009	− 1 258	− 741	+ 4 257	+3 187	+1 087
1966		− 762	+ 1 769	− 2 615	− 1 416	− 1 187	+ 4 384	+3 333	+1 064
1967		− 3 180	− 1 690	− 3 363	− 1 202	− 2 150	+ 1 673	+2 735	−1 010
1968		−11 491	−10 162	−11 833	− 1 795	−10 020	+ 1 671	+1 407	+ 323
1969		−22 918	−21 081	−21 850	− 2 472	−19 355	+ 769	+1 299	− 509
1970		− 4 009	− 1 565	− 7 898	− 2 895	− 4 983	+ 6 333	+ 993	+5 375
1969	1. Vj.	− 5 778	− 5 622	− 5 846	− 515	− 5 328	+ 224	+ 155	+ 83
	2. Vj.	− 4 114	− 4 050	− 4 400	− 505	− 3 895	+ 350	+ 102	+ 249
	3. Vj.	− 3 421	− 2 714	− 4 187	− 663	− 3 522	+ 1 473	+ 932	+ 542
	4. Vj.	− 9 605	− 8 695	− 7 417	− 789	− 6 610	− 1 278	+ 110	−1 383
1970	1. Vj.	− 3 916	− 3 667	− 3 523	− 803	− 2 712	− 144	− 219	+ 88
	2. Vj.	− 1 169	− 239	− 1 006	− 515	− 482	+ 767	+ 117	+ 652
	3. Vj.	+ 468	+ 1 066	− 1 300	− 731	− 570	+ 2 366	+ 451	+1 916
	4. Vj.	+ 608	+ 1 275	− 2 069	− 846	− 1 219	+ 3 344	+ 644	+2 719
1971	1. Vj.	− 114	+ 246	− 1 561	− 975	− 577	+ 1 807	+ 431	+1 379
	2. Vj.	+ 1 679	+ 2 459	+ 70	− 618	+ 694	+ 2 389	+ 279	+2 115
	3. Vj.	+ 2 873	+ 3 319	− 324	− 793	+ 469	+ 3 643	+ 834	+2 810

[1]) Entsprechend der Darstellungsweise der Zahlungsbilanz haben Zahlungsmittelzuflüsse ein positives, Zahlungsmittelabflüsse ein negatives Vorzeichen.

[2]) Einschließlich „sonstige Nettokapitalanlagen".

Tabelle 54

mit dem Ausland [1])

DM

kehr	Kurzfristiger Kapitalverkehr					Zeitraum
		privat				
öffentlich (Kapitalexport: −)	insgesamt (Kapitalexport: −)	zusammen (Kapitalexport: −)	Kreditinstitute	Wirtschaftsunternehmen und Private	öffentlich (Kapitalexport: −)	
−1 311	+ 1 953	+ 2 959	+2 369	+ 590	−1 006	1960
−5 088	− 56	+ 165	− 380	+ 545	− 221	1961
−1 290	+ 86	+ 246	− 259	+ 505	− 160	1962
−1 447	+ 714	+ 723	+ 684	+ 39	− 9	1963
−1 315	− 731	+ 310	+ 85	+ 225	−1 041	1964
−1 291	+ 1 405	+ 353	− 478	+ 831	+1 052	1965
−2 531	+ 1 643	+ 1 306	− 574	+1 880	+ 337	1966
−1 490	− 6 818	− 6 457	−4 823	−1 634	− 361	1967
−1 329	+ 4 176	+ 2 991	+2 455	+ 536	+1 185	1968
−1 837	+ 4 061	+ 4 090	+4 325	− 235	− 29	1969
−2 444	+13 953	+14 381	+7 927	+6 454	− 428	1970
− 156	− 4 310	− 4 214	−4 717	+ 503	− 96	1969 1. Vj.
− 64	+ 2 541	+ 2 449	+ 359	+2 090	+ 92	2. Vj.
− 707	+ 6 991	+ 6 892	+4 177	+2 715	+ 99	3. Vj.
− 910	− 1 161	− 1 037	+4 506	−5 543	− 124	4. Vj.
− 249	+ 2 398	+ 2 303	+1 527	+ 776	+ 95	1970 1. Vj.
− 930	+ 2 663	+ 3 154	+1 171	+1 983	− 491	2. Vj.
− 598	+ 4 344	+ 4 171	+1 277	+2 894	+ 173	3. Vj.
− 667	+ 4 548	+ 4 753	+3 952	+ 801	− 205	4. Vj.
− 360	− 547	− 1 180	−4 484	+3 304	+ 633	1971 1. Vj.
− 780	− 567	− 897	−4 123	+3 226	+ 330	2. Vj.
− 446	− 2 120	− 2 491	−1 718	−4 209	+ 371	3. Vj.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Tabelle 55

Außenhandel (Spezialhandel)

Tatsächliche Werte, Volumen und Durchschnittswerte

Zeitraum	Tatsächliche Werte		Volumen [1] [2]		Index der Durchschnittswerte [2]		Terms of Trade [3]
	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	
	Mill. DM				1962 = 100		
1950 [4]	8 362	11 374	.	.	.	.	.
1951 [4]	14 577	14 726	.	.	.	.	.
1952 [4]	16 909	16 203	17 588	12 781	96,3	126,8	75,9
1953 [4]	18 526	16 010	19 643	14 077	94,3	113,7	82,9
1954 [4]	22 035	19 337	23 712	17 399	92,9	111,1	83,6
1955 [4]	25 717	24 472	27 525	21 681	93,4	112,9	82,7
1956 [4]	30 861	27 964	31 896	24 213	96,8	115,5	83,8
1957 [4]	35 968	31 697	36 258	26 970	99,2	117,5	84,4
1958 [4]	36 998	31 133	38 065	29 215	97,2	106,6	91,2
1959 [4]	41 184	35 823	42 352	34 609	97,2	103,5	93,9
1960	47 946	42 723	48 449	40 401	99,0	105,7	93,7
1961	50 978	44 363	51 351	43 421	99,3	102,2	97,2
1962	52 975	45 498	52 975	49 498	100	100	100
1963	58 310	52 277	58 285	52 719	100,0	99,2	100,8
1964	64 920	58 839	64 848	59 261	100,1	99,3	100,8
1965	71 651	70 448	70 407	69 186	101,8	101,8	100,0
1966	80 628	72 670	78 365	70 278	102,9	103,4	99,5
1967	87 045	70 183	85 379	68 657	102,0	102,2	99,8
1968	99 551	81 179	99 033	81 244	100,5	99,9	100,6
1969	113 557	97 972	111 041	95 850	102,3	102,2	100,1
1970	125 276	109 606	120 389	109 343	104,1	100,2	103,9
1970 1. Vj.	28 710	25 757	27 875	25 660	103,0	100,4	102,6
2. Vj.	31 183	27 817	30 196	27 420	103,3	101,4	101,9
3. Vj.	30 833	26 569	29 369	26 670	105,0	99,6	105,4
4. Vj.	34 551	29 463	32 949	29 593	104,9	99,6	105,3
1971 1. Vj.	33 133	29 480	31 744	29 230	104,4	100,9	103,5
2. Vj.	33 738	30 506	31 972	30 161	105,5	101,1	104,4
3. Vj.	33 839	29 182	31 560	29 729	107,2	98,2	109,2

[1] Mengen bewertet mit den Durchschnittswerten des Jahres 1962.
[2] Werte 1952 bis 1957 von Originalbasis 1954, Werte von 1958 bis 1961 von Originalbasis 1960 umbasiert.
[3] Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr in vH des Index der Durchschnittswerte der Einfuhr.
[4] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 56

Warenausfuhr und -einfuhr nach Warengruppen der Produktionsstatistik

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	Bergbauliche Erzeugnisse	Erzeugnisse der Grundstoff- und Produktionsgüter- [2]	Erzeugnisse der Investitionsgüter- industrien	Erzeugnisse der Verbrauchsgüter- [2]	Erzeugnisse der Nahrungs- und Genußmittel- [2]	Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei
				Ausfuhr			
1958 } [3]	36 998	2 243	10 007	19 947	3 475	657	344
1959 } [3]	41 184	2 293	11 680	21 657	3 948	766	434
1960	47 946	2 595	14 037	24 963	4 470	867	439
1961	50 978	2 561	14 528	27 304	4 630	841	448
1962	52 975	2 520	14 225	28 901	5 262	909	476
1963	58 310	2 715	15 167	32 118	5 969	981	596
1964	64 920	2 551	17 082	35 576	6 872	1 212	682
1965	71 651	2 464	19 272	38 883	7 618	1 504	779
1966	80 628	2 361	22 138	43 853	8 589	1 556	783
1967	87 045	2 282	24 813	46 434	9 248	1 974	874
1968	99 551	2 536	27 840	53 525	10 736	2 385	989
1969	113 557	2 416	31 040	61 620	12 753	2 792	1 257
1970	125 276	2 849	33 778	68 534	13 220	3 083	1 698
1970 1. Vj.	28 710	638	7 984	15 427	3 105	679	423
2. Vj.	31 183	655	8 460	17 013	3 207	749	498
3. Vj.	30 833	763	8 482	16 561	3 339	814	365
4. Vj.	34 551	793	8 852	19 533	3 569	841	411
1971 1. Vj.	33 133	777	8 859	18 117	3 535	965	399
2. Vj.	33 738	729	8 748	18 686	3 524	1 047	395
3. Vj.	33 839	755	8 703	18 776	3 722	993	303
				Einfuhr			
1958 } [3]	31 133	4 011	8 161	2 856	2 912	2 565	9 569
1959 } [3]	35 823	3 757	9 501	3 644	3 502	3 331	10 438
1960	42 723	4 808	12 376	4 740	4 375	3 639	10 996
1961	44 363	4 900	12 046	5 883	4 926	3 840	10 884
1962	49 498	4 744	12 733	7 006	5 743	4 662	11 992
1963	52 277	5 109	13 422	7 161	6 326	4 763	11 042
1964	58 839	6 205	16 518	8 453	7 251	5 023	12 275
1965	70 448	6 602	18 905	11 089	9 118	6 245	13 932
1966	72 670	6 891	19 343	12 284	9 891	6 603	14 186
1967	70 183	7 432	19 406	12 047	8 461	6 328	13 134
1968	81 179	8 832	24 503	14 090	10 613	7 015	13 281
1969	97 972	9 424	30 346	18 526	13 293	7 968	14 788
1970	109 606	10 249	32 793	24 651	14 458	9 115	14 873
1970 1. Vj.	25 757	2 344	8 244	5 339	3 493	2 082	3 573
2. Vj.	27 817	2 513	8 697	6 560	3 386	2 090	3 808
3. Vj.	26 569	2 671	7 978	5 760	3 621	2 246	3 474
4. Vj.	29 463	2 720	7 875	6 992	3 958	2 697	4 018
1971 1. Vj.	29 480	2 777	7 843	7 127	4 094	2 452	3 812
2. Vj.	30 506	3 018	8 320	7 278	4 103	2 350	4 252
3. Vj.	29 182	2 889	8 203	6 450	4 424	2 542	3 550

[1] Einschließlich Waren, die nicht zugeordnet werden konnten.
[2] Ab 1962 geänderte systematische Abgrenzung.
[3] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 57

Warenausfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mill. DM

Zeitraum		Insgesamt [1]	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
				zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
							zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	[2]	8 362	196	8 166	1 168	1 576	5 422	1 862	3 560
1951		14 577	489	14 088	1 318	2 110	10 660	3 678	6 982
1952		16 909	379	16 529	1 281	2 544	12 704	3 488	9 216
1953		18 526	476	18 050	1 488	2 724	13 839	3 384	10 455
1954		22 035	515	21 521	1 694	2 883	16 943	4 109	12 834
1955		25 717	683	25 034	1 568	3 268	20 198	4 769	15 429
1956		30 861	834	29 945	1 715	3 819	24 412	5 945	18 467
1957		35 968	829	35 044	1 939	4 153	28 951	7 135	21 816
1958		36 998	882	35 998	1 710	3 890	30 398	6 769	23 630
1959		41 184	1 005	40 057	1 968	4 309	33 780	7 970	25 810
1960		47 946	1 091	46 696	2 182	5 007	39 506	9 672	29 834
1961		50 978	1 075	49 705	2 175	5 282	42 248	9 731	32 517
1962		52 975	1 143	51 616	2 362	4 982	44 273	9 876	34 397
1963		58 310	1 317	56 742	2 489	5 446	48 807	10 450	38 357
1964		64 920	1 614	63 039	2 518	5 733	54 788	11 847	42 941
1965		71 651	1 981	69 361	2 555	6 254	60 552	13 312	47 240
1966		80 628	1 968	78 301	2 835	7 152	68 314	14 727	53 587
1967		87 045	2 476	84 166	2 880	7 573	73 713	16 570	57 143
1968		99 551	2 985	96 098	3 163	8 563	84 373	18 264	66 109
1969		113 557	3 657	109 308	3 080	8 900	97 328	21 141	76 187
1970		125 276	4 380	120 194	3 188	9 577	107 430	23 034	84 395
1970	1. Vj.	28 710	1 006	27 545	745	2 217	24 583	5 446	19 137
	2. Vj.	31 183	1 144	29 875	772	2 352	26 751	5 794	20 957
	3. Vj.	30 833	1 080	28 579	813	2 437	26 329	5 739	20 590
	4. Vj.	34 551	1 149	33 194	857	2 571	29 766	6 055	23 712
1971	1. Vj.	33 133	1 251	31 709	808	2 613	28 288	6 034	22 254
	2. Vj.	33 738	1 331	32 212	825	2 665	28 722	5 886	22 837
	3. Vj.	33 839	1 201	32 437	797	2 590	29 051	5 904	23 147

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 58

Wareneinfuhr nach Warengruppen der Außenhandelsstatistik

Mill. DM

Zeitraum		Insgesamt [1]	Ernährungswirtschaft	Gewerbliche Wirtschaft					
				zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
							zusammen	Vorerzeugnisse	Enderzeugnisse
1950	[2]	11 374	5 013	6 360	3 368	1 564	1 429	714	714
1951		14 726	5 876	8 850	5 249	2 012	1 588	848	740
1952		16 203	6 065	10 138	5 635	2 357	2 146	1 175	970
1953		16 010	5 852	10 158	5 224	2 438	2 497	1 450	1 046
1954		19 337	7 151	12 186	5 502	3 476	3 208	1 894	1 314
1955		24 472	7 635	16 837	7 281	4 916	4 640	2 764	1 876
1956		27 964	9 162	18 657	8 225	5 236	5 196	2 910	2 286
1957		31 697	9 975	21 569	9 376	5 741	6 452	3 338	3 114
1958		31 133	9 408	21 438	7 685	5 252	8 500	3 845	4 655
1959		35 823	10 731	24 755	7 749	5 977	11 030	4 719	6 311
1960		42 723	11 246	31 076	9 269	8 061	13 746	5 773	7 973
1961		44 363	11 677	32 186	9 095	7 542	15 550	6 028	9 522
1962		49 498	13 684	35 371	8 821	7 863	18 688	6 689	11 999
1963		52 277	12 779	38 987	9 362	8 049	21 575	7 142	14 433
1964		58 839	14 035	44 214	10 916	9 779	23 519	8 548	14 971
1965		70 448	16 852	52 917	11 431	10 807	30 679	10 424	20 256
1966		72 670	17 451	54 425	11 819	10 814	31 792	10 556	21 236
1967		70 183	16 599	52 648	11 828	10 961	29 859	9 454	20 406
1968		81 179	17 083	63 035	13 645	13 630	35 761	12 649	23 111
1969		97 972	19 331	77 404	14 487	16 720	46 196	15 767	30 429
1970		109 606	20 924	87 233	14 809	17 660	54 763	16 999	37 764
1970	1. Vj.	25 757	4 794	20 672	3 542	4 384	12 746	4 374	8 372
	2. Vj.	27 817	5 124	22 324	3 676	4 688	13 959	4 438	9 521
	3. Vj.	26 569	5 034	21 153	3 752	4 336	13 065	4 032	9 033
	4. Vj.	29 463	5 972	23 084	3 839	4 252	14 993	4 155	10 838
1971	1. Vj.	29 480	5 449	23 699	3 882	4 158	15 658	4 320	11 339
	2. Vj.	30 506	5 872	24 214	4 114	4 149	15 950	4 771	11 179
	3. Vj.	29 182	5 407	23 352	3 917	4 076	15 359	4 731	10 627

[1] Einschließlich Rückwaren und Ersatzlieferungen.
[2] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 59

Warenausfuhr nach Ländergruppen

Verbrauchsländer

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EWG-Länder	EFTA-Länder [2]	Übrige europäische Länder [3]	Staatshandelsländer [4]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [5]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten	Übrige Länder [6]
1950 [7]	8 362	3 102	2 213	703	361	714	433	1 244
1951	14 577	4 326	4 109	1 190	284	1 611	992	3 027
1952	16 909	4 782	5 046	1 797	223	1 609	1 048	3 415
1953	18 526	5 528	5 187	1 449	330	2 028	1 249	3 928
1954	22 035	6 432	6 381	1 439	430	2 167	1 237	5 053
1955	25 717	7 409	7 419	1 829	623	2 723	1 625	5 531
1956	30 861	9 095	8 656	1 930	1 081	3 446	2 089	6 422
1957	35 968	10 502	9 803	1 954	1 192	4 332	2 521	7 944
1958	36 998	10 102	10 162	2 145	1 847	4 603	2 699	7 937
1959	41 184	11 463	11 107	2 477	1 868	5 914	3 835	8 119
1960	47 946	14 148	13 436	2 873	2 255	6 111	3 767	8 979
1961	50 978	16 180	14 422	3 178	2 072	5 875	3 497	9 103
1962	52 975	18 012	14 712	3 367	2 143	6 334	3 858	8 241
1963	58 310	21 754	15 795	3 518	1 813	6 862	4 195	8 383
1964	64 920	23 630	17 686	3 998	2 317	7 873	4 785	9 194
1965	71 651	25 220	19 342	4 779	2 676	9 070	5 741	10 331
1966	80 628	29 281	20 303	5 494	3 309	10 744	7 178	11 245
1967	87 045	32 007	20 623	5 922	4 377	12 191	7 859	11 670
1968	99 551	37 368	22 587	6 154	4 512	15 759	10 835	12 900
1969	113 557	45 177	25 602	7 201	5 081	16 201	10 633	14 037
1970	125 276	50 259	28 344	8 364	5 400	17 747	11 437	14 904
1970 1. Vj.	28 710	11 653	6 508	1 892	1 335	3 859	2 507	3 405
2. Vj.	31 183	12 650	7 072	2 055	1 359	4 349	2 741	3 641
3. Vj.	30 833	12 109	6 991	2 103	1 358	4 470	2 889	3 729
4. Vj.	34 551	13 847	7 773	2 314	1 349	5 068	3 299	4 129
1971 1. Vj.	33 133	13 541	7 321	2 182	1 351	4 746	3 183	3 919
2. Vj.	33 738	13 778	7 522	2 225	1 504	4 765	3 201	3 864
3. Vj.	33 839	13 152	7 437	2 125	1 420	5 410	3 825	4 208

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ab März 1970 einschließlich Island.
[3] Ohne Staatshandelsländer.
[4] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[5] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[6] Außereuropäische Entwicklungsländer.
[7] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 60

Wareneinfuhr nach Ländergruppen

Herstellungsländer

Mill. DM

Zeitraum	Insgesamt [1]	EWG-Länder	EFTA-Länder [2]	Übrige europäische Länder [3]	Staatshandelsländer [4]	Außereuropäische Industrieländer zusammen [5]	Außereuropäische Industrieländer Vereinigte Staaten	Übrige Länder [6]
1950 [7]	11 374	3 031	2 390	537	352	2 372	1 811	2 677
1951	14 726	2 986	2 644	1 012	429	3 636	2 722	4 019
1952	16 203	3 686	3 121	1 340	313	3 667	2 507	4 076
1953	16 010	4 027	3 205	1 148	419	2 931	1 658	4 259
1954	19 337	4 724	3 903	1 212	511	3 444	2 237	5 522
1955	24 472	6 317	4 687	1 418	729	4 683	3 209	6 613
1956	27 964	6 590	5 550	1 519	1 117	5 798	3 997	7 351
1957	31 697	7 404	6 019	1 584	1 226	7 789	5 671	7 642
1958	31 133	7 969	6 487	1 597	1 445	6 191	4 219	7 413
1959	35 823	10 334	7 420	1 771	1 647	6 421	4 595	8 193
1960	42 723	12 708	8 392	1 989	1 998	8 034	5 977	9 500
1961	44 363	13 778	8 592	2 249	2 042	8 241	6 100	9 367
1962	49 498	15 966	9 396	2 277	2 159	9 379	7 033	10 235
1963	52 277	17 342	9 646	2 285	2 155	10 206	7 941	10 565
1964	58 839	20 393	10 686	2 612	2 412	10 609	8 066	12 043
1965	70 448	26 648	12 133	2 905	2 917	12 296	9 196	13 451
1966	72 670	27 774	11 955	2 993	3 150	12 576	9 177	14 124
1967	70 183	27 636	10 993	2 694	3 015	12 055	8 556	13 702
1968	81 179	33 453	12 666	3 186	3 410	12 790	8 850	15 582
1969	97 972	42 431	15 222	4 139	3 973	15 115	10 253	16 995
1970	109 606	48 437	16 634	4 422	4 394	17 934	12 066	17 684
1970 1. Vj.	25 757	11 427	3 871	1 078	1 036	4 021	2 723	4 301
2. Vj.	27 817	12 329	4 233	1 028	961	4 641	3 176	4 606
3. Vj.	26 569	11 686	4 051	1 009	1 100	4 381	2 864	4 314
4. Vj.	29 463	12 995	4 479	1 307	1 297	4 890	3 304	4 464
1971 1. Vj.	29 480	13 314	4 096	1 126	1 049	4 962	3 502	4 902
2. Vj.	30 506	14 254	4 245	1 006	1 090	5 010	3 480	4 871
3. Vj.	29 182	13 632	4 199	1 110	1 202	4 336	2 895	4 668

[1] Einschließlich Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und „Nicht ermittelte Länder".
[2] Ab März 1970 einschließlich Island.
[3] Ohne Staatshandelsländer.
[4] Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Nord-Vietnam, Mongolische Volksrepublik, Volksrepublik China, Nord-Korea.
[5] Australischer Bund, Japan, Kanada, Neuseeland, Republik Südafrika und Vereinigte Staaten.
[6] Außereuropäische Entwicklungsländer.
[7] Bis 5. 7. 1959 ohne Saarland.

Tabelle 61

Zur Preis- und Lohnentwicklung

1963

Zeitraum	Bundesrepublik Deutschland	Belgien	Frankreich	Italien	Niederlande	Großbritannien
						Verbraucher
1965	106	108	106	111	110	108
1966	110	113	109	113	117	112
1967	111	116	112	117	121	115
1968	113	119	117	119	125	121
1969	116	124	124	122	135	127
1970	120	129	131	128	141	135
1971 1. Hj.	125	133	136	133	149	145
						Großhandels
1965	102	106	104	105	110	106
1966	103	108	107	107	115	110
1967	103	107	106	106	115	111
1968	97 [a]	107	105	107	116	117
1969	99 [a]	113	116	111	117 [a]	121
1970	105 [a]	118	124	119	124 [a]	129
1971 1. Hj.	109 [a]	117 [a]	126	122	125 [a]	137
						Durchschnittswerte
1965	102	102	105	101	104	105
1966	103	105	108	99	104	109
1967	102	104	107	99	103	110
1968	101	103	106	97	102	119
1969	102	108	114	102	104	123
1970	104	113	126	108	108	131
1971 1. Hj.	105	...	131	114	110	140
						Durchschnittswerte
1965	103	101	104	104	103	104
1966	104	102	105	105	104	105
1967	103	100	104	106	103	105
1968	101	101	102	106	100	117
1969	103	104	108	108	103	122
1970	101	108	120	113	110	128
1971 1. Hj.	102	...	124	120	116	131
						Bruttostundenverdienste
1965	119	120	113	124	128	111
1966	127	131	120	128	141	118
1967	132	140	127	135	150	123
1968	138	147	143	140	162	133
1969	151	158	159	151	177	140
1970	170	171	176	183	196	154
1971 1. Hj.	187	...	188	204	211	168
						Anteil am Warenhandel [4] der
1965 bis 1970	×	*8,2*	*12,2*	*8,6*	*10,5*	*4,0*

[1]) Nationale Quellen.
[2]) Quelle: OECD.
[3]) Belgien, Frankreich, Italien, Niederlande, Schweiz: Tarifliche Stundenlöhne. — Japan: Bruttomonatsverdienste.

Tabelle 61

in wichtigen Industrieländern

= 100

Schweden	Schweiz	Vereinigte Staaten	Kanada	Japan	Zeitraum
preise [1])					
109	107	103	104	112	1965
116	112	106	108	117	1966
120	116	109	112	122	1967
123	119	114	117	128	1968
126	122	120	122	136	1969
135	126	127	126	146	1970
143	133	131	128	...	1971 1. Hj.
preise [1])					
109	102	102	102	101	1965
112	104	106	106	103	1966
112	104	106	108	105	1967
113	104	108	110	106	1968
118	107	113	115	108	1969
126	112	117	117	112	1970
128	114	120	118	112	1971 1. Hj.
der Ausfuhr [2])					
107	106	104	103	98	1965
108	110	107	107	98	1966
109	114	109	109	101	1967
109	118	111	112	101	1968
113	119	114	115	105	1969
122	123	121	118	111	1970
128	130	125	117	115	1971 1. Hj.
der Einfuhr [2])					
106	103	104	101	105	1965
108	106	106	102	105	1966
108	106	107	103	105	1967
108	107	109	106	104	1968
111	110	112	108	103	1969
119	118	120	110	108	1970
125	121	125	112	111	1971 1. Hj.
in der Industrie [2]) [3])					
118	111	106	109	120	1965
127	118	111	115	134	1966
139	124	115	123	152	1967
148	129	122	132	174	1968
160	134	130	143	203	1969
181	143	137	155	239	1970
189	155	144	166	222	1971 1. Hj.
Bundesrepublik Deutschland in vH					
3,6	*4,0*	*10,4*	*1,2*	*1,4*	1965 bis 1970

[4]) Einfuhr + Ausfuhr.
a) Ohne Mehrwertsteuer.

Tabelle 62

Preisentwicklung nach den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1962 = 100

Zeitraum	Bruttosozialprodukt	Einfuhr [1]	Letzte Verwendung	Ausfuhr [1]	Letzte inländische Verwendung					
					insgesamt	Privater Verbrauch	Staatsverbrauch	Bruttoanlageinvestitionen		
								zusammen	Ausrüstungen	Bauten
1960	92,1	102,8	93,6	97,8	92,7	94,1	90,9	89,8	93,7	86,9
1961	96,1	100,8	96,7	98,8	96,4	97,1	96,4	94,6	96,6	92,9
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,1	100,1	102,6	100,7	103,0	102,7	104,1	103,1	100,7	105,1
1964	105,9	100,8	105,1	101,3	105,9	105,1	109,6	105,7	101,7	108,8
1965	109,7	103,5	108,7	103,3	109,8	108,5	117,6	108,8	105,2	111,7
1966	113,7	105,8	112,3	105,1	114,0	112,3	125,8	111,4	107,4	114,5
1967 [2]	115,0	105,4	113,4	104,6	115,6	114,3	129,4	110,2	107,7	112,1
1968 [2]	116,8	103,7	114,4	103,7	117,3	116,5	134,6	111,3	107,2	114,5
1969 [2]	120,8	106,1	118,0	105,5	121,4	119,4	143,8	116,3	110,7	121,5
1970 [2]	129,6	106,0	124,7	108,3	129,3	124,1	156,9	128,7	116,5	141,1
1961 1. Hj.	94,8	101,4	95,8	98,5	95,2	96,1	95,1	92,8	96,1	90,2
2. Hj.	97,3	100,2	97,7	99,1	97,4	97,9	97,5	96,2	97,1	95,4
1962 1. Hj.	99,1	100,3	99,3	99,6	99,2	99,7	98,0	98,8	99,5	98,3
2. Hj.	100,8	99,8	100,6	100,3	100,7	100,3	101,8	101,0	100,5	101,5
1963 1. Hj.	102,5	100,6	102,2	100,9	102,5	102,5	102,6	102,5	100,6	104,2
2. Hj.	103,6	99,6	103,0	100,5	103,5	102,8	105,5	103,6	100,8	105,7
1964 1. Hj.	104,9	100,8	104,3	100,9	105,0	104,7	106,9	104,9	100,9	108,1
2. Hj.	106,9	100,8	105,9	101,7	106,7	105,5	112,0	106,4	102,5	109,3
1965 1. Hj.	108,6	103,1	107,6	102,8	108,7	107,5	115,1	108,2	104,9	111,0
2. Hj.	110,8	103,9	109,6	103,9	110,8	109,3	119,8	109,3	105,5	112,2
1966 1. Hj.	112,6	106,0	111,5	104,7	113,0	111,8	122,3	111,1	107,1	114,3
2. Hj.	114,7	105,6	113,1	105,4	114,9	112,7	129,0	111,7	107,6	114,7
1967 1. Hj. [2]	115,1	104,9	113,3	104,3	115,6	114,4	128,1	111,1	108,1	113,5
2. Hj. [2]	115,0	105,9	113,4	104,9	115,6	114,3	130,5	109,4	107,3	110,9
1968 1. Hj. [2]	115,7	104,1	113,6	104,0	116,2	116,3	131,7	110,5	106,6	113,7
2. Hj. [2]	117,8	103,3	115,1	103,5	118,3	116,7	137,1	111,9	107,8	115,2
1969 1. Hj. [2]	118,8	106,0	116,3	104,8	119,5	119,1	139,4	113,3	108,5	117,9
2. Hj. [2]	122,7	106,1	119,5	106,1	123,2	119,7	147,6	118,8	112,5	124,4
1970 1. Hj. [2]	126,9	105,8	122,5	107,1	126,8	123,5	153,7	125,5	114,4	138,0
2. Hj. [2]	132,1	106,1	126,7	109,4	131,6	124,6	159,7	131,3	118,5	143,4
1971 1. Hj. [2]	135,9	107,3	129,7	110,0	135,4	129,3	167,4	135,5	121,1	151,8

[1] Waren- und Dienstleistungsverkehr mit der übrigen Welt.
[2] Vorläufige Ergebnisse.
Hinsichtlich der Behandlung der Mehrwertsteuer bei der Berechnung der Preisentwicklung siehe „Wirtschaft und Statistik", Heft 9/68, S. 439 ff.

Tabelle 63

Index der Grundstoffpreise [1])

1962 = 100

Zeitraum	Grundstoffe industrieller Herkunft									
	insgesamt	bergbauliche Erzeugnisse, Erzeugnisse der Energiewirtschaft, Wasser	Grundstoffe des Verarbeitenden Gewerbes							Grundstoffe des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes
			zusammen	darunter						
				Steine und Erden	Eisen, Stahl, NE-Metalle und Metallhalbzeug	chemische Erzeugnisse	bearbeitetes Holz	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	Textilien	
1963	100,3	100,0	99,9	102,5	99,2	97,1	100,3	100,2	103,0	104,4
1964	102,5	98,6	103,1	105,3	105,3	96,2	102,5	101,3	106,4	108,3
1965	104,9	99,4	105,7	106,5	111,3	96,5	105,1	103,3	105,5	112,8
1966	106,2	99,6	107,4	107,4	116,0	95,0	104,2	102,6	104,9	114,4
1967	103,2	101,8	103,1	106,3	108,3	94,0	98,2	101,5	101,4	108,1
1968	98,8	98,6	98,6	99,2	106,0	88,2	92,2	93,5	98,1	101,2
1969	101,2	96,8	102,0	99,7	113,3	88,1	98,5	95,0	99,0	106,0
1970	105,4	103,7	105,8	106,5	119,0	88,5	104,9	99,2	99,5	106,7
1967 1. Vj.	104,2	99,6	104,8	107,3	111,2	94,7	100,7	102,2	102,4	112,0
2. Vj.	102,0	99,6	102,1	106,7	105,3	93,8	98,9	101,8	101,4	108,7
3. Vj.	102,8	103,8	102,1	105,8	106,3	93,7	97,4	101,3	100,7	106,4
4. Vj.	103,8	104,2	103,4	105,3	110,4	93,8	95,8	100,5	101,3	105,2
1968 1. Vj.	100,2	99,7	100,2	100,2	109,9	88,8	91,2	93,3	97,9	101,4
2. Vj.	98,1	98,1	98,0	99,3	104,5	88,4	91,6	93,1	97,9	99,3
3. Vj.	98,3	98,3	98,0	98,8	104,5	87,7	92,5	93,9	98,1	100,9
4. Vj.	98,7	98,3	98,3	98,6	105,2	87,7	93,5	93,6	98,6	103,2
1969 1. Vj.	99,3	97,3	99,3	98,5	107,7	87,7	95,1	93,4	98,4	104,4
2. Vj.	100,1	95,9	101,0	99,1	111,1	87,9	97,5	94,2	99,0	103,4
3. Vj.	101,6	95,6	103,1	99,9	115,5	88,3	99,8	95,7	99,3	106,2
4. Vj.	103,7	98,4	104,7	101,2	118,8	88,5	101,8	96,4	99,4	110,1
1970 1. Vj.	105,6	99,7	107,2	103,7	123,8	88,4	103,2	98,1	99,9	109,0
2. Vj.	105,7	101,6	106,9	105,5	122,3	88,3	105,0	98,8	99,7	106,9
3. Vj.	105,3	105,6	105,2	107,7	116,9	88,3	105,7	99,7	99,5	105,9
4. Vj.	105,0	108,0	103,9	109,2	112,8	88,9	105,7	100,4	99,0	105,1
1971 1. Vj.	106,3	110,9	104,9	114,0	113,6	89,1	106,5	101,1	98,5	104,8
2. Vj.	107,6	113,8	105,8	116,6	114,8	89,2	106,7	100,7	99,0	105,3
3. Vj.	107,4	114,2	105,2	118,0	112,4	89,2	106,2	100,0	99,8	107,1

[1]) Bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.

Tabelle 64

Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

(Inlandsabsatz) [1]

1962 = 100

Zeitraum	Industrieerzeugnisse insgesamt	Bergbauliche Erzeugnisse	Elektr. Strom, Gas, Wasser	Erzeugnisse der Verarbeitenden Industrie					Investitionsgüter [2]	Verbrauchsgüter [2]
				zusammen	Grundstoff- und Produktionsgüter-	Investitionsgüter-	Verbrauchsgüter-	Nahrungs- und Genußmittel-		
					industrien					
1950	79,8	57,4	66,8	81,9	73,9	72,9	96,4	93,7	.	.
1951	94,7	64,2	70,9	97,9	93,7	85,1	117,7	101,3	.	.
1952	96,9	74,7	83,3	98,9	102,0	92,6	100,9	101,5	.	.
1953	94,4	85,9	92,7	94,7	97,3	91,1	93,7	98,0	.	.
1954	92,9	86,0	93,1	93,0	95,4	88,5	92,7	96,8	.	.
1955 [3]	94,5	86,0	92,8	94,9	100,2	89,5	93,0	97,4	85,0	92,6
1956	95,9	90,1	93,7	96,2	101,5	91,2	94,1	98,1	87,4	93,1
1957	97,6	96,4	96,2	97,6	102,5	93,0	97,1	97,8	90,2	94,8
1958	97,2	101,2	99,4	96,9	100,9	93,9	95,4	97,0	92,0	94,9
1959	96,5	100,7	100,3	96,0	99,9	93,1	93,3	97,8	91,9	94,0
1960 [4]	97,6	100,0	100,7	97,2	100,8	94,5	96,6	96,8	93,3	95,6
1961	98,9	99,2	100,9	98,8	100,6	97,2	99,1	98,3	96,2	97,8
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,5	101,8	99,8	100,5	99,3	100,4	101,6	101,1	101,0	101,1
1964	101,6	101,4	100,7	101,6	100,1	101,6	103,6	101,9	102,8	101,9
1965	104,0	105,7	103,5	104,0	102,2	104,6	106,0	103,2	105,9	104,4
1966	105,8	105,4	104,7	105,9	103,3	106,7	108,7	105,4	108,6	106,7
1967	104,9	105,3	105,8	104,8	100,7	105,6	108,0	106,3	108,3	107,3
1968	99,3	101,1	105,0	98,9	95,1	99,2	102,2	101,1	102,4	101,2
1969	101,5	104,0	104,3	101,3	97,2	102,7	104,6	102,1	106,9	102,4
1970	107,5	119,3	105,1	107,2	102,6	111,4	109,6	104,6	117,1	107,3
1970 1. Vj.	106,2	113,3	104,4	106,1	102,1	109,5	108,3	104,0	114,4	105,8
2. Vj.	107,0	116,1	105,1	106,8	102,4	110,6	109,3	104,4	115,8	106,6
3. Vj.	107,8	123,8	105,2	107,4	102,6	111,4	110,0	104,7	117,2	107,8
4. Vj.	109,1	124,1	105,8	108,7	103,1	114,2	110,8	105,4	121,1	109,0
1971 1. Vj.	111,5	125,2	107,5	111,1	105,4	117,9	112,7	106,6	125,3	111,6
2. Vj.	112,5	127,5	108,7	112,1	106,3	118,9	113,9	107,7	126,5	112,2
3. Vj.	113,0	133,4	110,0	112,5	105,6	119,5	114,9	108,5	127,4	112,6

[1] Bis 1967 einschließlich, ab 1968 ohne Umsatzsteuer.
[2] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).
[3] Ohne Saarland und Berlin.
[4] Ohne Berlin.

Tabelle 65

Preisindizes für Neubau und Instandhaltung, Baulandpreise [1])

1962 = 100

Zeitraum	Preisindizes für Bauwerke [2])						Instandhaltung von Mehrfamiliengebäuden [3])	Baureifes Land
	Wohngebäude	Bürogebäude	Betriebsgebäude: gewerbliche	Betriebsgebäude: landwirtschaftliche	gemischt genutzte Gebäude	Straßenbau		
1950 [4])	54,8	.	.	.	.	.	.	.
1951	63,4	.	.	.	.	.	.	.
1952	67,5	.	.	.	.	.	.	.
1953	65,3	.	.	.	.	.	.	.
1954	65,6	.	.	.	.	.	.	.
1955	69,1	.	.	.	.	.	.	.
1956	71,0	.	.	.	.	.	.	.
1957	73,5	.	.	.	.	.	.	.
1958	75,8	77,1	79,0	78,1	77,1	80,5	.	.
1959	79,8	81,2	82,1	81,1	80,8	85,2	.	.
1960	85,8	86,8	87,4	86,7	86,5	89,2	.	.
1961	92,3	92,7	93,0	92,7	92,5	93,7	.	.
1962 [5])	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	105,2	105,0	104,5	105,1	105,1	103,8	104,4	114,1
1964	110,0	109,5	108,6	109,5	109,7	102,9	109,2	124,5
1965	114,6	113,6	112,8	113,5	114,3	97,5	114,6	147,6
1966	118,5	117,4	115,9	117,2	118,2	96,3	119,0	159,2
1967	115,9	114,5	110,3	114,7	115,2	91,8	117,6	173,4
1968	120,8	119,0	116,1	119,3	120,2	96,2	122,7	191,3
1969	127,2	126,3	126,1	125,8	126,9	100,5	128,0	201,3
1970	147,4	147,7	149,2	146,9	147,4	115,6	143,3	208,2
1970 Feb	140,8	141,2	142,9	139,7	140,8	110,3	138,1	198,6
Mai	147,4	147,8	149,2	147,3	147,2	116,2	142,9	205,7
Aug	149,6	149,9	150,9	149,5	149,5	117,6	144,8	214,2
Nov [6])	151,8	151,8	153,8	151,2	152,0	118,1	147,3	214,4
1971 Feb	155,8	155,7	159,5	154,9	156,2	120,3	153,0	227,3
Mai	163,6	163,4	166,6	163,5	163,7	126,6	158,6	...
Aug	165,3	164,8	167,3	164,9	165,2	126,5	159,9	...

[1]) Einschließlich Umsatzsteuer.
[2]) Gebäude: Bauleistungen am Gebäude; Straßenbau: Bauleistungen insgesamt.
[3]) Einschließlich Schönheitsreparaturen.
[4]) Ohne Saarland und Berlin.
[5]) Ohne Berlin.
[6]) Für baureifes Land: Vierteljahre.

Tabelle 66

Index der Verkaufspreise für Ausfuhrgüter [1])

1962 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	darunter	
							Investitionsgüter [2])	Verbrauchsgüter [2])
1954	94,9	97,2	94,8	92,0	101,4	94,2	84,8	100,1
1955	96,9	96,0	96,9	92,4	106,2	96,1	87,1	99,5
1956	99,6	99,1	99,6	96,6	110,4	98,4	90,8	99,1
1957	101,9	101,7	101,9	103,0	113,5	100,4	94,2	99,5
1958	99,5	104,8	99,4	101,7	104,2	98,7	92,0	99,5
1959	98,9	98,7	99,0	102,1	104,1	98,2	92,3	98,9
1960	100,2	97,9	100,2	101,6	105,4	99,6	94,5	98,6
1961	99,9	96,2	100,0	100,1	102,3	99,7	97,1	99,2
1962	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	100,1	109,5	100,0	100,9	98,7	100,0	101,2	100,6
1964	102,5	110,3	102,3	104,9	102,6	102,1	103,3	102,3
1965	104,8	111,1	104,6	104,7	105,2	104,6	106,6	104,8
1966	107,0	113,8	106,8	104,8	108,0	106,8	109,7	108,4
1967	106,9	112,0	106,8	101,1	108,0	106,9	110,9	110,0
1968	105,8	107,9	105,8	99,9	106,8	106,0	110,4	109,4
1969	111,3	109,0	111,3	101,3	112,3	111,8	117,2	111,8
1970	116,6	113,1	116,7	108,4	120,5	116,7	124,8	113,6
1969 1. Vj.	108,9	108,8	108,9	100,8	107,6	109,6	115,1	111,5
2. Vj.	110,4	110,1	110,4	100,3	110,9	110,9	115,7	111,9
3. Vj.	112,3	109,7	112,4	100,7	115,1	112,7	117,6	112,2
4. Vj.	113,4	107,5	113,5	103,5	115,4	113,9	120,1	111,4
1970 1. Vj.	115,3	109,3	115,5	104,5	119,4	115,6	122,1	112,7
2. Vj.	116,1	111,7	116,2	105,5	121,2	116,3	123,1	113,2
3. Vj.	116,9	114,5	117,0	111,7	122,1	116,6	125,1	113,9
4. Vj.	117,9	116,9	118,0	111,8	119,4	118,1	128,9	114,6
1971 1. Vj.	120,8	117,6	120,9	115,3	121,4	121,1	132,7	117,9
2. Vj.	121,8	117,7	121,9	117,6	123,7	122,0	133,6	119,5
3. Vj.	122,1	116,3	122,2	120,0	121,5	122,4	134,6	121,2

[1]) 1954 bis 1957 umbasiert von Originalbasis 1958.
[2]) Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

Tabelle 67

Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter

1962 = 100

Zeitraum	Insgesamt	Güter der Ernährungswirtschaft	Güter der gewerblichen Wirtschaft					
			zusammen	Rohstoffe	Halbwaren	Fertigwaren		
						zusammen	darunter	
							Investitionsgüter [1]	Verbrauchsgüter [1]
1958	109,5	109,5	109,5	116,3	106,7	107,1	101,8	114,5
1959	105,4	103,8	106,0	110,2	104,9	104,3	101,9	105,2
1960	105,0	101,9	106,3	109,3	107,1	104,3	101,9	102,9
1961	100,8	97,8	102,1	103,7	102,2	101,2	99,6	99,5
1962	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	102,0	104,4	101,0	100,5	100,9	101,3	102,5	102,1
1964	103,7	105,9	102,8	101,4	104,5	102,8	104,0	98,7
1965	106,3	110,8	104,3	100,9	109,2	103,8	106,0	97,0
1966	108,2	110,8	107,0	102,5	113,9	106,0	109,0	99,0
1967	105,9	107,1	105,4	99,7	112,2	105,0	107,7	101,9
1968	105,4	104,2	105,9	100,2	115,2	104,3	108,1	102,6
1969	108,0	108,0	108,0	98,8	121,2	106,3	108,6	100,5
1970	107,2	107,1	107,3	97,2	121,2	105,7	105,5	101,8
1969 1. Vj.	107,5	107,6	107,4	101,3	117,7	105,4	108,8	102,0
2. Vj.	109,0	110,4	108,4	100,2	120,3	106,8	109,6	100,7
3. Vj.	109,5	109,0	109,7	99,5	123,9	108,1	110,0	101,2
4. Vj.	106,0	105,1	106,5	94,1	122,7	104,9	106,1	97,9
1970 1. Vj.	108,2	108,7	107,9	96,0	125,3	105,6	105,6	98,0
2. Vj.	107,7	107,6	107,8	96,9	123,4	105,8	105,5	98,4
3. Vj.	106,5	105,7	106,9	97,1	119,3	105,8	105,5	103,0
4. Vj.	106,5	106,3	106,5	98,8	116,8	105,6	105,4	107,7
1971 1. Vj.	108,6	110,1	108,0	101,8	116,6	107,0	107,4	110,4
2. Vj.	109,0	108,5	109,3	105,7	116,0	107,8	108,1	108,5
3. Vj.	105,4	102,1	106,7	102,9	109,9	107,2	107,6	105,1

[1] Hauptsächlich Enderzeugnisse, nach ihrer vorwiegenden Verwendung gruppiert (entsprechend der Warengliederung des Index der industriellen Bruttoproduktion).

Tabelle 68

Preisindex für die Lebenshaltung

Alte Systematik

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [1])

1962 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Ernährung	Gesamtlebenshaltung ohne Ernährung	Ernährung	Getränke und Tabakwaren	Wohnung [2])	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung, Unterhaltung und Erholung	Verkehr
1950 [3])	78,8	82,1	75,1	117,5	67,7	66,9	89,2	90,1	81,6	73,8	72,7
1951 [3])	84,9	87,7	82,0	115,2	68,9	72,4	98,5	99,9	88,1	79,9	81,5
1952 [3])	86,7	87,6	85,7	117,0	70,2	77,8	97,8	93,1	87,0	82,0	85,0
1953 [3])	85,1	86,0	84,3	109,6	72,4	80,4	92,8	88,2	84,7	81,0	85,8
1954 [3])	85,3	85,2	85,4	101,7	72,5	84,8	91,1	87,0	84,2	79.7	86,3
1955 [3])	86,7	86,3	87,0	100,8	74,7	86,8	91,8	87,0	86,5	81,4	86,8
1956 [3])	88,9	88,3	89,6	100,6	79,5	88,5	93,7	87,8	88,1	83,5	86,0
1957 [3])	90,7	90,3	91,1	100,5	80,6	90,7	97,2	91,1	89,5	86,2	86,7
1958 [3])	92,7	92,3	93,0	100,2	82,0	94,6	97,7	93,8	91,6	88,6	93,2
1959 [3])	93,6	92,7	94,6	99,2	83,9	95,4	96,4	93,5	92,5	90,0	94,7
1960 [4])	94,9	94,6	95,2	99,1	89,1	96,5	96,3	95,2	94,0	92,4	96,1
1961 [4])	97,1	97,6	96,2	99,1	96,8	98,1	98,3	97,4	96,5	95,7	98,8
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	103,0	102,8	103,3	101,0	105,8	102,6	100,4	102,3	102,4	103,7	104,1
1964	105,4	105,2	105,8	101,6	112,4	104,1	101,1	104,3	104,2	107,4	105,1
1965	109,0	108,1	110,6	101,8	118,9	105,9	102,9	107,1	107,4	111,4	106,3
1966	112,8	112,5	113,3	105,9	129,6	107,3	104,2	110,6	112,1	115,7	110,5
1967	114,4	115,4	112,7	108,9	137,6	108,4	103,5	112,1	113,9	119,7	114,0
1968	116,1	119,0	110,8	111,1	147,4	115,6	102,6	112,1	119,9	125,3	116,6
1969	119,3	122,0	114,5	111,7	160,4	117,4	103,1	113,3	121,5	128,5	116,7
1970	123,7	127,1	117,5	115,8	167,4	124,0	106,7	118,3	126,4	135,7	119,5
1970 1. Vj.	122,5	125,4	117,2	114,6	164,5	122,8	105,3	116,4	124,6	134,0	118,3
2. Vj.	123,6	126,4	118,5	115,8	166,2	121,9	106,3	117,6	125,7	135,3	118,8
3. Vj.	124,0	127,5	117,5	116,2	168,1	124,1	107,0	118,5	127,0	135,9	119,7
4. Vj.	124,7	129,2	116,6	116,7	170,9	127,0	108,1	120,5	128,4	137,5	121,1
1971 1. Vj.	127,7	131,7	120,2	118,0	173,6	129,6	109,9	122,7	130,3	139,6	127,6
2. Vj.	129,9	133,6	123,2	119,9	176,7	128,7	111,3	124,6	132,2	141,5	130,3
3. Vj.	131,3	135,4	123,9	120,9	179,6	130,2	112,2	126,1	133,6	143,5	133,4

[1]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes. Bis 1956 Warenkorb 1950, von 1957 bis 1960 Warenkorb 1958, ab 1961 Warenkorb 1962.
[2]) Bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.
[3]) Ohne Saarland und Berlin.
[4]) Ohne Berlin.

Tabelle 69

Preisindex für die Lebenshaltung

Neue Systematik

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [1])

1962 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung einschl. Nahrungs- und Genußmittel [2])	Gesamtlebenshaltung ohne Nahrungs- und Genußmittel [2])	Nahrungs- und Genußmittel [2])	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete [3])	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
1963	103,0	103,1	102,9	102,2	105,6	102,7	102,0	104,6	102,9	101,4	103,3
1964	105,4	105,7	105,0	104,3	112,1	104,2	103,4	105,7	105,6	103,4	106,7
1965	109,0	108,9	109,0	107,1	118,6	106,1	106,2	106,8	109,2	106,3	109,7
1966	112,8	113,4	112,0	110,5	129,7	107,5	108,3	111,2	115,2	109,2	113,4
1967	114,4	116,3	112,0	112,1	138,2	108,5	108,3	114,3	117,6	111,6	117,8
1968	116,1	120,0	111,1	112,0	148,4	115,9	108,5	117,0	125,3	115,1	122,4
1969	119,3	123,5	114,2	113,2	161,9	117,8	109,5	116,9	127,3	117,1	126,4
1970	123,7	128,7	117,4	118,0	168,5	124,4	114,1	119,9	133,4	123,7	130,5
1967 1. Vj.	114,2	115,7	112,2	112,1	135,8	109,6	108,6	113,5	116,9	111,0	116,7
2. Vj.	114,8	115,9	113,3	112,2	137,8	106,2	108,4	113,7	117,3	111,5	116,7
3. Vj.	114,5	116,5	112,0	112,0	139,2	108,3	108,1	114,8	118,0	111,7	118,4
4. Vj.	114,1	116,9	110,6	111,9	140,2	110,0	107,9	115,1	118,2	112,2	119,5
1968 1. Vj.	115,7	119,0	111,4	111,9	143,9	116,9	108,2	116,4	124,5	114,7	121,5
2. Vj.	115,9	119,4	111,4	111,9	147,3	113,4	108,3	116,6	124,8	115,2	121,5
3. Vj.	115,9	120,4	110,2	112,0	149,9	115,5	108,7	117,2	125,9	115,2	122,7
4. Vj.	116,9	121,2	111,2	112,3	152,6	117,9	108,8	117,7	126,1	115,4	124,0
1969 1. Vj.	118,3	122,5	113,2	112,6	158,9	118,0	108,9	116,9	126,8	116,0	124,5
2. Vj.	119,3	122,8	114,9	112,8	161,6	114,9	109,2	117,0	127,0	116,4	124,7
3. Vj.	119,5	123,6	114,5	113,1	163,0	115,9	109,5	116,8	127,2	117,6	127,4
4. Vj.	120,2	124,9	114,1	114,2	164,0	122,2	110,5	117,1	127,9	118,4	129,0
1970 1. Vj.	122,5	126,9	116,9	116,2	165,9	123,3	112,1	118,7	131,3	122,1	129,8
2. Vj.	123,6	127,9	118,2	117,3	167,5	122,3	113,4	119,2	132,6	123,4	130,4
3. Vj.	124,0	129,0	117,5	118,2	169,1	124,6	114,6	120,1	134,1	123,8	130,7
4. Vj.	124,7	130,9	116,8	120,3	171,6	127,5	116,2	121,6	135,6	125,7	131,1
1971 1. Vj.	127,7	133,7	120,0	122,5	174,5	130,1	118,1	124,6	137,8	127,8	139,0
2. Vj.	129,9	135,6	122,8	124,3	177,5	129,1	119,9	127,5	139,7	129,8	139,9
3. Vj.	131,3	137,4	123,6	125,8	180,0	130,6	121,6	129,6	141,0	130,7	144,4

[1]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.
[2]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.
[3]) Bei Neubau-Wohnungen nur sozialer Wohnungsbau.

Tabelle 70

Preisindex für die Lebenshaltung

Neue Systematik

Alle privaten Haushalte

1962 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung		Nahrungs- und Genußmittel [1]	Kleidung, Schuhe	Wohnungsmiete	Elektrizität, Gas, Brennstoffe	Übrige Haushaltsführung	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Körper- und Gesundheitspflege	Bildung und Unterhaltung	Persönliche Ausstattung u. ä.
	einschl. Nahrungs- und Genußmittel [1]	ohne Nahrungs- und Genußmittel [1]									
1963	102,9	103,0	102,8	102,1	105,4	103,2	101,9	103,3	103,1	102,7	102,0
1964	105,4	105,6	105,1	103,6	111,4	105,1	102,9	104,4	106,9	106,5	103,6
1965	108,7	108,7	108,8	105,8	117,8	107,1	104,8	105,2	112,3	110,2	106,0
1966	112,7	113,0	112,2	108,7	127,1	108,4	107,0	109,5	119,5	114,0	108,8
1967	114,6	116,2	112,1	110,0	135,7	109,9	107,1	112,9	123,6	117,8	111,4
1968	116,4	120,0	111,1	110,0.	146,0	116,7	107,8	116,0	130,5	121,1	114,0
1969	119,5	123,0	114,1	111,3	156,6	118,7	109,1	115,3	133,3	123,1	116,4
1970	124,0	128,5	117,4	115,8	163,4	127,4	114,1	118,1	140,9	129,4	121,0
1967 1. Vj.	114,4	115,6	112,5	110,0	132,2	110,9	108,7	111,9	122,6	116,7	110,9
2. Vj.	114,7	115,6	113,2	110,1	134,7	106,9	107,1	112,2	122,9	117,8	110,8
3. Vj.	114,5	116,3	111,9	109,9	137,2	109,8	105,7	113,7	124,4	117,8	111,6
4. Vj.	114,6	117,2	110,8	109,9	138,7	111,8	106,9	113,8	124,5	118,9	112,2
1968 1. Vj.	116,1	119,3	111,3	109,8	142,4	118,2	108,2	115,8	129,6	120,6	113,5
2. Vj.	116,3	119,6	111,2	109,8	145,1	113,7	108,4	115,7	129,9	121,0	113,5
3. Vj.	116,2	120,1	110,3	110,1	147,1	115,9	107,1	116,3	131,1	121,3	114,2
4. Vj.	117,1	121,0	111,4	110,4	149,3	119,0	107,5	116,3	131,4	121,6	114,9
1969 1. Vj.	118,7	122,3	113,2	110,7	153,9	119,0	109,6	115,4	132,1	122,2	115,3
2. Vj.	119,3	122,4	114,6	110,9	156,3	115,3	108,8	115,4	132,7	122,6	115,6
3. Vj.	119,4	122,8	114,3	111,2	157,5	116,4	107,9	115,2	133,5	123,3	116,9
4. Vj.	120,4	124,4	114,4	112,3	158,6	124,0	110,1	115,3	134,7	124,3	117,9
1970 1. Vj.	122,9	126,8	117,0	114,1	160,6	125,5	113,3	116,8	138,5	127,6	120,2
2. Vj.	123,9	127,7	118,1	115,1	162,5	124,5	113,9	117,4	140,3	128,9	120,7
3. Vj.	124,1	128,7	117,4	116,1	164,0	127,9	113,5	118,3	141,6	129,5	121,3
4. Vj.	125,3	130,7	117,1	118,0	166,3	131,7	115,9	119,7	143,3	131,5	121,7
1971 1. Vj.	128,0	133,6	119,7	120,2	169,0	135,2	119,5	122,6	146,8	133,7	124,8
2. Vj.	129,9	135,3	121,9	122,0	172,1	133,6	120,2	125,1	149,7	135,8	125,6
3. Vj.	131,0	136,7	122,5	123,4	174,4	135,0	120,3	126,5	151,3	137,3	127,8

[1]) Einschließlich Verzehr in Gaststätten.

Tabelle 71

Preisindex für die Lebenshaltung

Alte Systematik, Zusatzdarstellung

1962 = 100

Zeitraum	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [1]	Wohnungsnutzung [2]	Dienstleistungen [3]	Sonstige Waren [4]	Gesamtlebenshaltung	Nahrungsmittel [1]	Wohnungsnutzung [2]	Dienstleistungen [3]	Sonstige Waren [4]
	alle privaten Haushalte					4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte [5]				
1963	102,9	103,2	105,4	105,0	101,4	103,0	103,3	105,6	104,9	101,4
1964	105,4	105,5	111,3	109,2	102,2	105,4	105,6	112,0	108,5	102,5
1965	108,7	110,0	117,6	113,6	103,6	109,0	110,4	118,4	112,2	104,4
1966	112,7	112,9	126,9	120,8	105,5	112,8	112,9	129,5	118,4	106,8
1967	114,6	111,9	135,4	125,1	106,7	114,4	112,1	137,9	121,8	108,3
1968	116,4	109,4	145,6	131,5	107,7	116,1	109,8	148,1	128,4	109,4
1969	119,5	113,2	156,0	134,3	108,3	119,3	113,5	161,4	131,3	110,2
1970	124,0	116,1	162,8	141,3	112,5	123,7	116,3	168,0	138,3	114,4
1967 1. Vj.	114,4	112,8	131,9	124,2	107,0	114,2	112,7	135,5	121,2	108,0
2. Vj.	114,7	113,3	134,3	124,7	106,4	114,8	113,6	137,5	121,4	108,1
3. Vj.	114,5	111,5	136,9	125,4	106,5	114,5	111,9	138,9	122,0	108,4
4. Vj.	114,6	110,0	138,4	126,2	107,0	114,1	110,1	139,9	122,6	108,5
1968 1. Vj.	116,1	109,9	142,0	130,5	108,0	115,7	110,4	143,6	127,2	109,5
2. Vj.	116,3	109,7	144,7	130,9	107,5	115,9	110,5	146,9	127,6	109,1
3. Vj.	116,2	108,2	146,7	132,0	107,4	115,9	108,6	149,6	129,0	109,4
4. Vj.	117,1	109,7	148,8	132,6	107,8	116,9	109,9	152,1	129,8	109,8
1969 1. Vj.	118,7	112,1	153,4	133,1	108,3	118,3	112,3	158,4	130,2	109,8
2. Vj.	119,3	114,0	155,7	133,7	107,8	119,3	114,6	161,1	130,6	109,6
3. Vj.	119,4	113,5	156,9	134,6	107,7	119,5	113,9	162,5	131,7	110,0
4. Vj.	120,4	113,4	158,0	135,7	109,4	120,2	113,2	163,5	132,8	111,3
1970 1. Vj.	122,9	116,1	160,1	138,9	111,4	122,5	116,2	165,4	136,0	113,0
2. Vj.	123,9	117,1	161,9	140,5	111,9	123,6	117,5	166,9	137,6	113,8
3. Vj.	124,1	115,9	163,4	142,0	112,5	124,0	116,4	168,5	139,0	114,6
4. Vj.	125,3	115,1	165,7	143,6	114,3	124,7	115,3	171,0	140,4	116,7
1971 1. Vj.	128,0	118,4	168,3	146,8	116,7	127,7	119,0	173,8	144,3	118,2
2. Vj.	129,9	120,8	171,4	149,5	117,6	129,9	122,0	176,9	147,1	119,5
3. Vj.	131,0	121,2	173,7	152,2	118,1	131,3	122,6	179,4	150,5	120,5

[1]) Ohne Gaststättenleistungen.
[2]) Einschließlich Garagennutzung.
[3]) Einschließlich Reparaturen, Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.
[4]) Ohne Gaststätten- und Beherbergungsleistungen.
[5]) Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes.

Tabelle 72

Löhne und Gehälter

1962 = 100

Zeitraum	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen	Bruttostundenverdienste in der Industrie [1]	Bruttowochenverdienste in der Industrie [1]	Bruttomonatsverdienste in Industrie [1] und Handel [2]	Tarifliche Stundenlöhne in der Industrie [1]	Tarifliche Stundenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften	Tarifliche Wochenlöhne in der Industrie [1]	Tarifliche Wochenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften	Tarifliche Monatsgehälter in der Industrie [1]	Tarifliche Monatsgehälter in der gewerblichen Wirtschaft und bei Gebietskörperschaften
1960	83,2	81,3	82,4	84,8	83,9	84,1	85,6	85,5	85,0	86,3
1961	91,7	89,7	90,8	92,1	90,6	91,0	92,2	92,3	92,1	93,1
1962	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1963	106,1	107,5	106,8	106,5	106,5	106,7	105,6	105,9	105,2	105,8
1964	115,5	116,5	115,2	113,5	113,8	113,8	110,9	111,1	110,2	110,7
1965	125,9	127,9	127,0	122,9	122,4	122,6	118,4	118,8	117,8	117,9
1966	134,9	136,4	134,2	131,8	131,1	131,5	126,2	126,7	125,0	125,1
1967	139,3 a)	140,7	133,4	137,0	137,3	137,3	130,1	130,6	128,3	129,1
1968	147,7 a)	146,9	142,5	143,5	143,1	142,9	135,2	135,5	132,6	133,3
1969	161,2 a)	160,1	158,0	154,7	152,5	152,7	143,9	144,3	141,1	141,4
1970	184,9 a)	182,4	179,9	172,9	172,9	173,5	161,8	162,7	156,9	156,5
1969 Jan [3]	152,8 a)	153,0	148,3	149,1	147,5	148,0	139,4	140,0	136,5	137,2
Apr		157,4	155,6	152,6	150,6	151,1	142,2	142,9	140,0	141,1
Jul	169,5 a)	160,6	159,3	155,7	152,2	152,5	143,7	144,3	141,1	142,1
Okt		169,2	168,6	161,3	159,7	159,1	150,1	149,9	146,9	145,1
1970 Jan	174,9 a)	174,1	169,9	165,7	163,5	164,9	153,4	155,0	148,8	151,0
Apr		177,8	176,6	170,6	167,2	168,6	156,5	158,0	152,1	154,5
Jul	194,7 a)	185,9	183,4	175,9	176,1	176,3	164,7	165,2	158,8	158,1
Okt		191,8	189,8	179,2	184,7	184,2	172,5	172,5	167,8	162,4
1971 Jan	198,3 a)	197,5	190,2	186,1	189,3	191,1	176,8	178,5	171,2	168,0
Apr		200,6	194,3	190,1	191,4	193,5	178,6	180,5	173,0	171,9
Jul		208,6	202,8	195,6	200,7	202,2	187,3	188,7	178,2	175,7

[1]) Einschließlich Hoch- und Tiefbau.
[2]) Einschließlich Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe.
[3]) Für Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Abhängigen: Halbjahre.
a) Vorläufige Ergebnisse.

SACHREGISTER

(Die Zahlenangaben beziehen sich auf die Textziffern)

Abschöpfungsmaßnahmen am Euro-Dollarmarkt 9, 135
Abschwungsprozeß 23, 56, 214, 233
Abwehrmaßnahmen gegen Dollarzuflüsse 9
Administrierte Preise 99, 337
Arbeitskräftepotential 62
Arbeitslose 61, 221
Arbeitslosenquote 61, 227 f.
Arbeitsmarkt 60 ff., 228
Arbeitsproduktivität 58 f., 223, 227, 325
Arbeitsvolumen 221
Aufkommenselastizität des Steuersystems 171
Auftragsbestände 34, 119
Auftragseingang
— aus dem Ausland 23, 26 ff., 119, 215
— bei den Investitionsgüterindustrien 31 ff.
— bei den Verbrauchsgüterindustrien 47
Aufwertung
— De-facto-Aufwertung der D-Mark und Wettbewerb 70
— D-Mark-Aufwertung 1969 und Agrarpreise 81
— gewogener Aufwertungssatz 104 f., 241
Ausfuhr 120 ff., 220, 330
— Investitionsgüterausfuhr 352, 355
Ausfuhrpreise 112 f.
Auslastungsgrad des Produktionspotentials 49, 51, 53, 213, 219, 227, 325
Ausrüstungsinvestitionen 23, 35, 214, 364
Außenbeitrag 124, 330
Außenwirtschaft 100 ff.
— Außenwirtschaftspolitik 349
— Wettbewerbsposition der Exportwirtschaft 105, 351
Außenwirtschaftliches Gleichgewicht 226, 232
Bankenliquidität 141 ff.
Bardepot 238, 298 f.
Baseler Abkommen 7
Bauwirtschaft
— Angebot 57
— Nachfrage 36 ff.
— Preisentwicklung 94, 224
— voraussehbare Entwicklung 216
Belgien 2, 105, 203
Beschäftigung 62, 221, 228, 232, 323 f.
Bruttoinlandsprodukt 48, 51 f., 227 f., 372
Bruttosozialprodukt 219
Bundesbank 2, 103, 125, 131 f., 134 f., 148 ff., 233, 243 ff., 310, 313, 375
— Devisenbestände 101
Dänemark 17
Degressive Abschreibung 32
Devisenbörsen 2, 10
Devisenmarkt
— gespaltener 10, 14, 17, 275
— Kursbildung 242, 294 f.
Devisenzuflüsse 2, 19 f., 101, 132, 134 ff.
Dienstleistungsbilanz 123
Diskontsatz 139
Durchschnittswerte der Ausfuhr 108 f., 118
Einfuhr 63, 122, 220
Einfuhrpreise 144 ff.
Einkommen
— aus unselbständiger Arbeit 72, 77
— aus Unternehmertätigkeit und Vermögen 71
— Entwicklung in der Landwirtschaft 80 ff.
Einkommenspolitik 248, 331 ff., 336 f., 344
Einkommensverteilung 72
Entspannung, konjunkturelle 22 ff.
Ersparnisbildung 45
Erzeugerpreise 25, 93
— in der Industrie 89 ff., 224, 229, 344
— in der Landwirtschaft 81
Euro-Geld(Dollar)markt 5, 9, 131, 134 f., 152 f.
Europäische Währungsunion 281 ff.
— Autonomie der Zinspolitik 285
— Integrationsprozeß 287 f.
— Splitting in der Interventionspflicht 285
— wirtschaftspolitische Zielvorstellungen 284
Expansionspolitik 325
— alternative Strategien 358 ff., 364 f., 369 ff.
— Maßstablosigkeit 319
— Strategie der zukunftsgerechten Expansion 326 ff., 345 ff., 358 ff., 363, 366
Finanzlage der Rentenversicherung 79, 335
Finanzplanungsrat 155 f., 161
Finanzpolitik 177 ff., 181 ff., 245 f., 329, 339 ff.
s. auch öffentliche Finanzen
Frankreich 2, 10, 215
— konjunkturelle Entwicklung 14
— voraussehbare Entwicklung 201
— Wettbewerbsposition 105
Fusionskontrolle 394 ff.
Geldpolitik 131 ff., 231, 348 f.
Geldwertstabilität 226, 229 f., 232, 234, 247, 254, 283, 324
Gemeindefinanzen 161 ff.
Gesamtindikator 192 ff.
Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen 377, 386 f.
— zur Novellierung 392 ff.
Gewinne 71, 347
— voraussehbare Entwicklung 332 f.
Großbritannien 10, 120
— konjunkturelle Entwicklung 18
— voraussehbare Entwicklung 204
Handelsbilanz 123
Importe
s. Einfuhr
Industrieproduktion 55 f.
Inflation
— und internationaler Preiszusammenhang 6
— und öffentliche Haushalte 188 ff.
— und Weltwährungssystem 253
Internationaler Währungsfonds 252
— Allgemeine Kreditvereinbarungen 7
— Kreditfazilitäten 253
— Sonderziehungsrechte 8, 263 f.
— Ziehungsmöglichkeiten 7
Interventionspflicht der Notenbank 131, 242, 261 f., 264
Investitionen
— öffentliche 167, 209, 342, 363
— private 32, 332
Investitionsneigung 31 f., 214, 347 f.
Investitionsquote, volkswirtschaftliche 347
Italien
— konjunkturelle Entwicklung 15
— voraussehbare Entwicklung 202
Japan 2, 9 f.
— Acht-Punkte-Programm 19
— konjunkturelle Entwicklung 19
— voraussehbare Entwicklung 205
Kanada 20, 355
Kapazitätsauslastung
— in der Industrie 53
s. auch Auslastungsgrad des Produktionspotentials
Kapitalkosten 74
Kapitalmarkt 140, 151
Kapitalproduktivität 50

Kapitalverkehr 125 ff., 251, 255, 287
— Kontrollen 238 ff., 251, 274 ff., 278, 286, 298, 316
Konjunkturausgleichsrücklage 156
Konjunkturneutraler Haushalt 177 ff., 207, 212
Konjunkturpolitische Autonomie 4, 258 f., 265, 273, 283
— und freier Kapitalverkehr 5
— und Wechselkursfreigabe 236 ff.
Konjunkturrat für die öffentliche Hand 155 f., 161
Konjunkturzuschlag zur Einkommensteuer 77, 346, 365
Konsolidierter Haushalt 185 ff.
Konvertibilitätsbeschränkungen 238, 298 f., 303
Kreditaufnahme des Staates 184, 343
Kredite westdeutscher Unternehmen im Ausland 134
Kreditmaximum, rechnerisches 141 ff., 146 ff., 149
Kreditpolitik 145 f., 148, 231, 245, 348 f.
Kreditschöpfung 141 ff.
Kreditschöpfungsspielraum, rechnerischer 142, 145 f.
Kurssicherung 289 ff., 295, 300 ff., 304 ff.
Lagerdispositionen
— Ifo-Konjunkturtest 43
— Lagerabbau 41
— voraussehbare Entwicklung 217
Landwirtschaft
— und flexible Wechselkurse 83, 87 f.
— und wachstumsnotwendige Strukturanpassung 84 ff., 87
Liquidität, internationale 8, 272
Liquiditätssaldo 143 ff., 147
Liquiditätssituation der Banken 133, 138 f.
Löhne
— Effektivverdienste 69, 222
— kostenniveauneutrale 74
— Lohndrift 69
— Lohn-Lag 44
— Lohnquote 72
— Lohnstückkosten 70, 223, 320
— Reallöhne 73
— Tariflohnniveau 65 f.
— voraussehbare Entwicklung 222, 338
Lohnpolitik 25, 64, 67 f., 222, 247 f., 324, 338
Mindestreservepolitik 141 ff.
Niederlande 2, 9, 123, 203
— konjunkturelle Entwicklung 16
Öffentliche Finanzen 154 ff.
— Ausgaben 157 ff.
— Einnahmenausfälle 172 ff.
— konjunkturelle Wirkung 179 ff., 185 ff., 245 f.
— Kreditaufnahme 184, 343
— öffentliche Haushalte bei Inflation 188 ff.
— prozyklisches Verhalten der Gemeinden 161 ff.
— Steuereinnahmen 168 ff.
— Verpflichtungsermächtigungen 183
— voraussehbare Entwicklung 207 ff., 339 ff.
Orientierungsdaten der Bundesregierung 68
Österreich 2, 17, 105, 123
Paritätsänderungen 2, 17, 262
— Regeln 270 f.
Preisbindung der zweiten Hand 380
Preisentwicklung 25, 89 ff., 99, 224, 322
— im internationalen Vergleich 21
Preisindex
— des Bruttosozialprodukts 151
— für die Lebenshaltung 95 ff., 225, 229
— für die letzte Verwendung 75
Preiszusammenhang, internationaler 6, 276
Produktionspotential 24, 48 ff., 53, 325, 346, 363, 372
s. auch Auslastungsgrad des Produktionspotentials
— Struktur der Ansprüche an das Produktionspotential 326 f.
Progression der Einkommensteuer 77
Reallohnposition 75, 248, 334, 336
Schweden 203
Schweiz 2, 17, 105, 123
Sozialeinkommen 78 f., 336
Sozialpolitik 335
Sparquote 42, 218
Staatsquote 180, 189, 191, 327 f., 346
Stabilisierungsprogramm der Bundesregierung 32, 67, 156, 158 f.
Stabilitäts- und Wachstumsgesetz 366
Steuerquote 178, 189
Steuerrechtsänderungen 170, 210
Steuerreform 347
Strukturhilfen 356 f.
Swap-Abkommen 7
Swapsatz 153, 294 f.
Tarifautonomie 324
Terms of Payment 278
Terms of Trade 118, 354
— Terms-of-Trade-Effekt 74
Verbrauchskonjunktur 30, 44 ff., 218
Vereinigte Staaten 4, 8 f., 11 f., 105, 215, 262, 265, 273, 352, 354
— Abschöpfungsmaßnahmen am Euro-Dollarmarkt 9
— Arbeitslosigkeit 9, 11
— Einfuhrsteuer 9, 11, 352
— Handelsbilanz 9, 12
— konjunkturelle Entwicklung 12
— Leitwährungsfunktion 4, 8, 263
— Maßnahmen vom 15. August 2, 9, 11, 15, 19
— Preisentwicklung 9
— Unterausschuß für internationalen Zahlungsverkehr 9
— voraussehbare Entwicklung 200
— Währungsreserven 9
Vermögensbildungsgesetz, drittes 45
Verzinsungsverbot für Ausländerguthaben 152
Währungsparitäten, feste
— und Breite des Kursbandes 265 ff.
— und Realignment 354
— und unterschiedliche Inflationsraten 4, 6, 268, 276
Währungspolitik 235 ff., 245, 249 ff.
Währungsreserven 9, 19
Wechselkurse
— Modell fester Wechselkurse 258
— Modell (System) flexibler Kurse 242, 259, 314 f.
Wechselkursfreigabe
— der D-Mark 2, 67, 89, 100 f., 131, 232, 236
— Kursentwicklung 102 f.
— und Agrarpreisregelung 83 f.
— und Auslandsnachfrage 119
— und Wettbewerb im Außenhandel 106 ff.
Wechselkursillusion 289, 295
Weltkonjunktur 1, 20 ff.
— voraussehbare Entwicklung 199 ff.
Weltwährungssystem
s. auch Internationaler Währungsfonds
— Hauptaufgabe 251
— internationale Solidarität 252 f., 283
— Krise 2 ff.
— Reform 249 ff., 257, 261 ff., 273
— Suspendierung der Goldumtauschpflicht 2, 9, 11
— System von Bretton Woods 3, 249, 251 f., 254
— und Europäische Währungsunion 281 ff., 313 ff.
— und Geld- und Kreditpolitik 255
— und Geldwertstabilität 253
— und wirtschaftspolitische Zielkonflikte 254
Wettbewerb
— Preiswettbewerb von außen 318
— und gesamtwirtschaftliche Ziele 379 ff.
Wettbewerbsgesetzgebung und Konzentration 384 ff.
Wettbewerbspolitik 377 ff., 404
Wohnungsmieten 98, 322
Zielkonflikt der Konjunkturpolitik 317, 370 f.
Zinsdifferenzen 267 f., 294 f.
Zinsniveau 267 f., 295
— in der Bundesrepublik 150 ff.
— internationales 20, 132